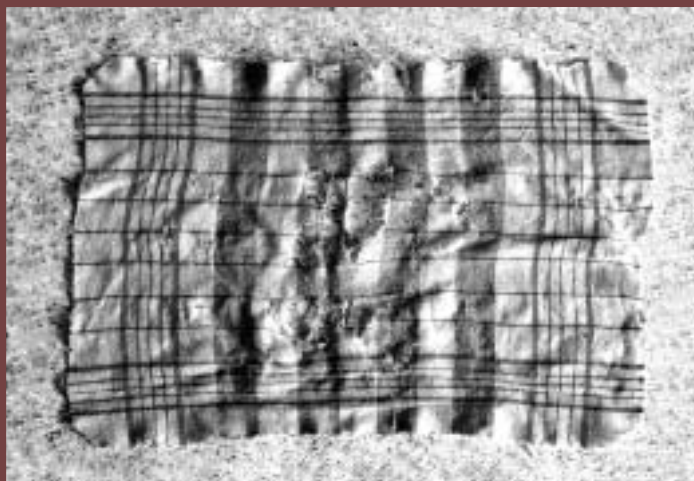


Hella Hertzfeldt, Katrin Schäfgen, Silke Veth (Hrsg.)



Geschlechter Verhältnisse

Analysen aus Wissenschaft, Politik und Praxis

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Texte 18

Rosa-Luxemburg-Stiftung

HELLA HERTZFELDT, KATRIN SCHÄFGEN,
SILKE VETH (HRSG.)

GeschlechterVerhältnisse

Analysen aus Wissenschaft, Politik
und Praxis

Karl Dietz Verlag Berlin

Hella Hertzfeldt, Katrin Schäfer, Silke Veth (Hrsg.):
GeschlechterVerhältnisse.
Analysen aus Wissenschaft, Politik und Praxis
(Reihe: Texte/Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 18)
Berlin: Dietz, 2004

ISBN 3-320-02055-2

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2004
Satz: Marion Schütrumpf und Jörn Schütrumpf
Umschlag-Foto: Mia Unverzagt, www.fragment.de
Umschlag, Druck und Verarbeitung:
Mediaservice GmbH Bärenruck und Werbung
Printed in Germany

Inhalt

Vorwort

HELLA HERTZFELDT, KATRIN SCHÄFGEN & SILKE VETH 9

Einführung

FRIGGA HAUG
Gender – Karriere eines Begriffs und was dahinter steckt 15

Theoretische Diskurse

SYLKA SCHOLZ
»Hegemoniale Männlichkeit« – Innovatives Konzept
oder Leerformel 33

LILL-ANN KÖRBER
Politiken der Männlichkeit und Politiken der Repräsentation
in Werk und Rezeption Edvard Munchs 46

HEIKE RAAB
Queer meets Gender – Prekäre Beziehung oder
gelungene Koalition? 56

HEINZ-JÜRGEN VOß
Queer zwischen kritischer Theorie und Praxisrelevanz 66

INGRID JUNGWIRTH
Zur Konstruktion von »Weiß-Sein« – ein Perspektivenwechsel
in der Auseinandersetzung mit Rassismus 77

ANETTE DIETRICH Weiß-Sein und Geschlecht im Kontext des deutschen Kolonialismus	92
---	----

NANCY CHENG Weißes Coming-Out oder Wie schwarze Frauen weiße ausziehen. Critical Whiteness am Beispiel von »When night is falling«	101
--	-----

Arbeit und Familie

GISELA NOTZ Hauptsache Arbeit? Arbeit, Geschlecht und Politik	113
--	-----

BRIGITTE STOLZ-WILLIG Familie und Arbeit zwischen Modernisierung und (Re-)Traditionalisierung	124
---	-----

GERDA HECK & SUSANNE SPINDLER »Wir wissen, dass das Ausbeutung ist.« Geschlecht und Migration, Klischee und Widerspruch	139
---	-----

HANNELORE BULS Hartz und die Leit/dkultur Familie	156
--	-----

KATJA WOLF Parlamentarische Arbeits- und Sozialpolitik	166
---	-----

BETTINA MUSIOLEK, NINA ASCOLY & INEKE ZELDENRUST Die Clean Cloth Campaign und die Bekleidungsvermarkter – gezähmte Modemultis?	174
--	-----

Strategische Optionen

CHRISTA WICHTERICH Frauenbewegungen und feministische Globalisierungskritik	182
--	-----

REGINA FREY & MARA KUHLE Wohin mit Gender Mainstreaming? Zum Für und Wider einer geschlechterpolitischen Strategie	192
--	-----

CHRIS SCHENK
Über Frauenpolitik, Gender Mainstreaming und die Notwendigkeit
der Weiterentwicklung politischer Theorie und Praxis 209

GUNILD LATTMANN-KRETSCHMER
Geschlechtergerechtigkeit in der Kultur?
Gedanken zum Thema aus der Sicht einer kulturpolitischen
Sprecherin des Sächsischen Landtages 221

CORINNA VOIGT-KEHLENBECK
»Ach, ich weiß – ich bohr in der Nase und mach auf dumm.«
Geschlechterreflexive Perspektiven und
jugendliche Inszenierungen 231

Hochschulpolitische Projekte und Erfahrungen

ILONA PACHE
Erfolgsgeschichte oder Auslaufmodell?
Gratwanderungen in den Gender Studies 243

CHRISTINE KATZ & TANJA MÖLDERS
Aus(nahme)fälle in der Nachwuchsförderung –
Qualifizierungen im Themenfeld Gender und Nachhaltigkeit 254

REGINA SCHLEICHER
Liasons manifesto – Netzfeminismus als Praxis
von WissenschaftlerInnen 263

(Ohn)Macht und Gewalt

RONALD LUTZ
Faszination der Gewalt 267

BRITTA FERCHLAND
Zur politischen Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes
in Sachsen-Anhalt 280

SILKE-BRIGITTA GAHLEITNER

Keine Regel ohne Ausnahme – Genderaspekte in der Bewältigung
sexueller Gewalt 290

CONSTANZE OHMS

Recht lesbisch? Das deutsche Gewaltschutzgesetz und Gewalt
in lesbischen Beziehungen 298

Medien und Krieg

ELVIRA CLAßEN

Informationsmacht oder -ohnmacht?
Die Instrumentalisierung von Genderstrukturen im Krieg 309

AutorInnen und Herausgeberinnen 330

Vorwort

Seit der Skandalisierung der Ungleichheit und Unterdrückung von Frauen durch die Neue Frauenbewegung hat sich in den Geschlechterverhältnissen vieles verändert. Die verfassungsmäßige Gleichstellung der Geschlechter wurde um die staatliche Förderung der Durchsetzung derselben und die Beseitigung bestehender Nachteile erweitert; die Einrichtung von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, die Etablierung von Frauenförderung sowie die Einführung des Gender Mainstreaming eröffneten neue Möglichkeiten bei der Beseitigung bestehender Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern, neue Familien- und Lebensmodelle haben an gesellschaftlicher Relevanz gewonnen. In die Wissenschaft hat Gender als analytische Kategorie zunehmend Eingang gefunden; hier hat sich während der letzten Jahre eine starke Ausweitung von der Frauenforschung zu den Gender Studies vollzogen. Diese beschränken sich nicht länger auf die Geschlechterdifferenz, sondern weisen nach, wie Gender in Prozessen der Interaktion und des Symbolischen konstruiert wird. Auch werden weitergehende Differenzierungen wie Race und Queer zunehmend in die wissenschaftliche Analyse einbezogen und interdisziplinäre Verknüpfungen hergestellt.

Doch was haben die beschriebenen Entwicklungen für die Umsetzung feministischer Forderungen nach emanzipativen Geschlechterverhältnissen bewirkt? Wie stellen sich diese heute in verschiedenen gesellschaftlichen Sphären dar? Ist die Auseinandersetzung mit Gender überhaupt in den Mainstream von Wissenschaft, Politik und Praxis gelangt? Wo kristallisieren sich aufgrund aktueller politischer Entwicklungen neue Herausforderungen für feministische Akteurinnen und Akteure heraus? Diesen Fragen sind wir auf der durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung organisierten Tagung: »Ausnahme (Regel)? Gender in Politik, Wissenschaft und Praxis« nachgegangen, die am 27./28. Juni 2003 mit mehr als hundert TeilnehmerInnen in Frankfurt a. M. stattgefunden hat.

Die Heterogenität der Programms war dabei durchaus gewollt: In bewusster Abkehr von einer ausschließlich wissenschaftlichen Tagung ging es uns zum einen darum, den Diskurs zwischen AkademikerInnen, PolitikerInnen und VertreterInnen der Praxis zu befördern. Zum anderen zielte diese Tagung

darauf, verschiedene Aspekte der Geschlechterverhältnisse – Arbeit, Bildung, Familie, Migration und auch Gewalt – in den Blick zu nehmen. Ein weiteres Ziel dieser Tagung war es, die Arbeiten von StipendiatInnen der Stiftung einem breiteren Publikum zugänglich zu machen und sie aktiv in den Diskurs zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis einzubeziehen.

Der vorliegende Tagungsband spiegelt die wichtigsten Diskussionsstränge der Tagung wider und markiert mit den überarbeiteten und aktualisierten Beiträgen den Stand der Debatten in ausgewählten Themen- und Handlungsfeldern. In ihrem einleitenden Beitrag steckt Frigga Haug das Feld der Tagung ab; sie stellt die Entwicklung der Debatten um Geschlecht von Olympe de Gouges bis zur Frauen- und Geschlechterforschung dar und setzt sich zugleich kritisch mit dem Begriff Gender auseinander. In der Problematisierung des Spannungsverhältnisses von Arbeit und Familie skizziert sie zugleich die aktuellen politischen Auseinandersetzungen, die derzeit in den so genannten Hartz-Gesetzen umgesetzt werden.

Im folgenden Kapitel zu theoretischen Debatten wird die Bezugnahme auf Gender als singuläre Analysekategorie bereits wieder in Frage gestellt, indem sie mit Konstruktionen von Männlichkeit, mit Queer und mit Race, die weitere Differenzierungen hervorbringen, verknüpft wird. So arbeitet Sylka Scholz den hierarchischen Konstruktionsmodus von Männlichkeit heraus, der im Konzept der »hegemonialen Männlichkeit« (Connell) nur unzureichend erfasst ist und demzufolge differenzierter analysiert und in ein Verhältnis zur Macht gestellt werden muss. Weiter zeigt Lill-Ann Körber am Beispiel des Werkes des Malers Edvard Munch, welche Auswirkungen individuelle und gesellschaftliche Entwicklungen auf die Repräsentationen von Männlichkeit haben, die das Männerbild für Jahrzehnte prägen.

Der Beitrag von Heike Raab setzt sich aus einer queer-theoretischen Perspektive mit der Homogenisierung und Normierung durch den Gender-Begriff auseinander und zeigt auf, dass Queer und Gender in einem konstitutiven Wechselverhältnis stehen. Auch bei Heinz-Jürgen Voß wird die Normierung durch Zweigeschlechtlichkeit problematisiert, aus der Queer einen Ausweg insofern anbietet, als es ein Diskussionsangebot darstellt, das unterschiedliche Formen von Diskriminierungen offenbart.

Ingrid Jungwirth, Anette Dietrich und Nancy Cheng weisen in ihren Beiträgen nach, dass Whiteness als soziale Konstruktion die privilegierte soziale Position »Weißer« sichert, indem diese als die Norm gegenüber anderen definiert wird. Die Konstruktion von Whiteness vollzieht sich dabei, wie in den Beiträgen von Jungwirth und Dietrich dargestellt, sowohl über die Definition der Staatsbürgerschaft als auch im Film als Medium der Kultur, den Cheng in ihrem Beitrag als Beispiel für die Konstruktion von Whiteness analysiert. Damit wird Rassismus zum Herrschaftsverhältnis, das die gesellschaftliche ebenso wie die soziale Ordnung strukturiert.

Das zweite Kapitel thematisiert aktuelle Entwicklungen in den Bereichen Arbeit, Familie und Migration in ihren Konsequenzen für Geschlechterverhältnisse sowie für politische Gegenstrategien. So unterzieht Gisela Notz den traditionellen, ausschließlich produktive Arbeit einschließenden Arbeitsbegriff der Kritik und plädiert für dessen Erweiterung um reproduktive Tätigkeiten. Dies setzt jedoch eine Arbeitszeitverkürzung ebenso voraus wie die Verteilung unbezahlter Arbeit auf mehr Menschen – damit würde zugleich die Trennung von Arbeit und Leben aufgehoben.

Die Veränderung von Erwerbsarbeit bildet auch den Kontext des Beitrages von Brigitte Stolz-Willig. Sie stellt fest, dass Frauen im Erwerbssystem gegenüber Männern immer noch erheblich benachteiligt sind und nach wie vor den Großteil der Reproduktionsleistungen übernehmen. Die Zunahme weiblicher Erwerbsbeteiligung hat nicht zu einer Umverteilung reproduktiver Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern, sondern zu neuen Ungleichheiten unter Frauen geführt.

Diese sind auch Thema des Beitrages von Gerda Heck & Susanne Spindler. Sie zeigen, dass die Zunahme weiblicher Arbeitsmigration mit der Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen im Zusammenhang steht. Dem Opferdiskurs in Bezug auf Migrantinnen setzen sie das Potenzial entgegen, das in den vielfältigen Möglichkeiten von Migrantinnen, Definitions- und Gestaltungsmacht über ihr Leben zu erhalten, steckt.

Die Beiträge von Hannelore Buls und Katja Wolf setzen sich mit politischen Strategien gegen die Reproduktion von Geschlechterungleichheit auseinander. Buls macht deutlich, dass die Gewerkschaften in der Hartz- (und Rürup-) Kommission zwar Veränderungen im Familien- und Frauenbild einbringen, die Wiederbelebung eines konservativen Familienbildes jedoch nicht verhindern konnten. Die Koppelung von Leistungen an die Bedürftigkeit reproduziert die finanzielle Abhängigkeit, insbesondere von Frauen; die Umschichtung der eingesparten Arbeitslosenhilfe zur Finanzierung der Steuerreform kommt dagegen insbesondere Gutverdienern (i.d.R. Männern) zugute. Wolf verweist auf das Gegenmodell der PDS zur gegenwärtigen »Reform« des Sozialstaats, die als Abbau desselben zu beschreiben ist. Sie macht deutlich, dass durch allgemeine Arbeitszeitverkürzungen nicht nur eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie möglich, sondern dass ein Grundeinkommen über Vermögens- und Erbschaftssteuern auch finanzierbar ist. Geschlechtergerechtigkeit lässt sich nach Wolf nur über eine eigenständige Existenzsicherung auch von Frauen erreichen, die über Kinderbetreuungsmöglichkeiten abgesichert werden muss.

Nina Ascoly, Bettina Musiolek & Ineke Zeldenrust demonstrieren am Beispiel der Clean Clothes Campaign (CCC), wie AktivistInnen gegen die unmenschlichen Beschäftigungsverhältnisse in den Bekleidungsfirmen der »Freien Wirtschaftszonen« vorgegangen sind, in denen hauptsächlich Frauen be-

schäftigt werden. Hier wurde erreicht, dass Verhaltenskodizes verabschiedet wurden, die die (mehrheitlich weiblichen) Beschäftigten vor überlangen Arbeitszeiten, Zwangsarbeit und Hungerlöhnen bewahren.

Im dritten Kapitel stehen die strategischen Optionen zur Veränderung geschlechterhierarchischer Verhältnisse im Mittelpunkt. So arbeitet Christa Wichterich heraus, dass die feministische Kritik an den Globalisierungsprozessen im Ergebnis der Weltfrauenkonferenz 1995 in Beijing auf eine geschlechtergerechte und ökologische Umgestaltung von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zielte. Trotz einer Vielzahl von Strategien ist es bislang kaum gelungen, das Thema Geschlechtergerechtigkeit in den Neuen sozialen Bewegungen (z.B. Weltsozialforum) zu etablieren.

Regina Frey & Mara Kuhl geben in ihrem Beitrag einen Überblick über das Konzept, die Geschichte und die Umsetzung von Gender Mainstreaming, dem sie durchaus Potenzial einer erfolgreichen geschlechterpolitischen Strategie zusprechen. Demgegenüber hält Chris Schenk Gender Mainstreaming als Gegenstrategie nur für bedingt geeignet, da sie die Gefahr von Essentialisierungen birgt, indem nicht-geschlechtsbezogene Hierarchien nicht berücksichtigt werden. Um diesen zu entgehen und wirkliche Chancengleichheit zu erreichen, hält sie das Konzept des Managing Diversity für geeigneter.

Gunild Lattmann-Kretschmer macht am Beispiel der Kulturpolitik Sachsens deutlich, dass die Umsetzung von Gender Mainstreaming gleichstellungspolitische Erfolge nach sich ziehen würde. Da dessen Umsetzung jedoch noch in den Anfängen steckt, ist nicht nur die Situation von Künstlerinnen extrem prekär – diese wird im politischen Raum auch kaum wahrgenommen.

Am Beispiel der Genderpädagogik verweist Corinna Voigt-Kehlenbeck auf die Reproduktion von Geschlechterstereotypen im Agieren von Gruppen. Dies zu thematisieren eröffnet Möglichkeiten, sich von bestehenden Geschlechterordnungen zu distanzieren.

Im vierten Kapitel werden hochschulpolitische Projekte und Erfahrungen vorgestellt. Hier beschreibt Ilona Pache, dass die Einrichtung von Frauen- und Geschlechterstudien zwar als Innovation an den Hochschulen begriffen wird, deren Institutionalisierung insbesondere im Zuge des Bologna-Prozesses jedoch gefährdet ist. Erst die Zukunft wird zeigen, ob es gelingt, die Frauen- und Geschlechterstudien in die neu entstehenden Bachelor- und Master-Studiengänge zu verankern bzw. als eigene Studiengänge zu erhalten.

Christine Katz & Tanja Mölders verweisen in ihrem Beitrag auf die Problematik des Themas Gender und Nachhaltigkeit: Wenn dieses auch als Innovationsmoment zunehmend Anerkennung gewinnt, bleiben Disziplinen, die sich mit Nachhaltigkeit befassen (Natur- und Technikwissenschaften), gegenüber Frauen- und Geschlechterforschung weitgehend abstinent. Am Beispiel der Universität Lüneburg wird aufgezeigt, wie über die Organisation informeller Betreuung und Mittelbauinitiativen diesem Problem begegnet wird.

Auch Regina Schleicher macht mit dem Beispiel der Vernetzung von RomanistInnen deutlich, wie zum einen den sich verschlechternden Bedingungen universitärer Forschung begegnet werden kann und wie zum anderen verhindert wird, dass etablierte Gender Studies dem Mainstream überlassen werden.

Das letzte Kapitel setzt sich mit dem Problem der Gewalt in unterschiedlichen Facetten auseinander. Ronald Lutz leitet in seinem Artikel das Phänomen der Gewalt sowohl biographisch wie anthropologisch her und weist nach, dass diese in modernen Gesellschaften ihre rituelle Einhegung verloren hat.

Die politischen Interventionen gegen häusliche Gewalt stehen im Mittelpunkt des Beitrags von Britta Ferchland. Sie zeigt am Beispiel der Initiative der PDS für ein Programm zur Bekämpfung von Gewalt, dass dieses Problem nur zu lösen ist, wenn ein koordiniertes Vorgehen aller mit häuslicher Gewalt konfrontierten Institutionen ermöglicht wird.

Silke-Brigitta Gahleitner weist in ihrem Beitrag nach, dass die Bewältigungsstrategien bei Opfern sexueller Gewalt nach Geschlechtern unterschiedlich aussehen. Diese Strategien sind eng mit der Geschlechtersozialisation verwoben und führen bei weiblichen Opfern eher zu Ohnmacht und Autoaggression, während sie bei männlichen Opfern eher mit Täterverhalten einhergehen.

Am Beispiel lesbischer Beziehungen illustriert Constance Ohms, dass auch ein geschlechtsneutral formuliertes Gewaltschutzgesetz so lange in seiner Wirkung begrenzt bleibt, wie keine Auseinandersetzung mit weiblicher Täterschaft erfolgt und die Spezifik homosexueller Subkultur nicht berücksichtigt wird.

Im abschließenden Beitrag von Elvira Claßen wird Bezug auf ein aktuelles Thema genommen: auf die Rolle von Geschlechterbildern im Krieg. Sie arbeitet heraus, dass die moderne mediale Kriegsführung weit über die traditionelle Dichotomisierung (Frauen = Opfer und Mann = Täter) hinausgeht. Für die neuen Images von Kriegen (»humanitär«, »Anti-Terror« etc.) werden jedoch weiterhin Genderimages benötigt und genutzt. In ihrem Beitrag werden die Konstruktionen dieser Images dargestellt, die der Legitimierung der Kriege dienen. Diese müssen und können jedoch nur durch alternative Informations- und Kommunikationsstrukturen entlarvt werden.

Insgesamt erhoffen wir uns mit diesem Tagungsband die Weiterführung der in Frankfurt a. M. begonnenen Diskussionen und freuen uns auf Ihre Feedbacks, Anregungen und Kritiken.

August 2004

Hella Hertzfeldt

Katrin Schäffgen

Silke Veth

Einführung

FRIGGA HAUG

Gender – Karriere eines Begriffs und was dahinter steckt

Vorbemerkung

Im Folgenden soll eine historisch-kritische Darstellung das Denken von Frauenunterdrückung und, wo möglich, die entsprechenden Politiken und Praxen skizzieren und damit einen Rahmen für die Tagung setzen. Das wird, je nach Alter, Erinnerung für die einen, bloß vergangene »Geschichte« für die anderen. Geschichte für die Gegenwart zu nutzen braucht eine eigene Anstrengung. Sie muss, um lebendige Kraft zu sein, mit aktueller Gegenwart verknüpft werden. Ich beginne, historisch für die Fragen von Frauenunterdrückung spät, mit der Französischen Revolution und ende mit dem Hartz-Modell. Da der Bogen recht weit gespannt wird, werden die einzelnen Etappen nur sehr knapp vorgeführt.

Olympe de Gouges

In der »Zweiten Frauenbewegung« wurde außerordentlich intensiv nach den Spuren der in männlicher Geschichtsschreibung »vergessenen« Frauen geforscht – wurden historisch frühe Zeugnisse über das Wirken von Frauen ausgegraben. Gemessen an dem schon vorhandenen Wissen setze ich mit der Französischen Revolution hier relativ spät ein. Olympe de Gouges, die für die Rechte der Frauen stritt und auf dem Schafott starb, hinterließ ganz erstaunliche, bis heute bedenkenswerte Vorstellungen, die Frauenunterdrückung mit den gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen zusammenbringen und sie politisch zu artikulieren. Zudem sind ihre Schriften (1791/1979) frech und lustvoll zu lesen. Für sie sind öffentliches Elend und Korruption der Regierungen ein Produkt der Nichteinbeziehung der Frauen. Auch das Schicksal der Revolution denkt sie abhängig von Frauen. Das weibliche Geschlecht »fühlt, dass sein Prestige nicht nur Gewalt über die Schwächen der Männer hat, deren Wünsche bald durch Verachtung ersetzt werden [...] Eine Revolution bereitet sich vor, die den Geist und die Seele des einen und des anderen Geschlechts anhebt, und alle beide werden in Zukunft am Gemeinwohl mitwirken.« (35) Ohne Gleichheit der Geschlechter wird die Revolution zur Farce. Die Durchsetzung von Herrschaft und Unterdrückung geschieht nach de Gouges durch das Recht. Das Recht als Mittel von Männerherrschaft wird so zugleich Mittel

der Befreiung beider Geschlechter. Die widernatürliche Herrschaft der Männer über die Frauen komme aus psychologischen Quellen: männlicher Herrschsucht, Unwissenheit und Dummheit. Der Mann »extravagant, blind, von den Wissenschaften aufgeblasen und degeneriert, will er in diesem Jahrhundert der Aufklärung und Scharfsichtigkeit, doch in krassester Unwissenheit, despotisch über ein Geschlecht befehlen, das alle intellektuellen Fähigkeiten besitzt« (35). Die Folge sei, dass Frauen wie Sklaven gehalten werden und sie daher als Sklaven über Männer zu herrschen beginnen. Diese doppelte Verkehrung kennzeichnet de Gouges als Inbegriff der allgemeinen Korruption, des Verfalls, der Zerrüttung. Aus der Position der Rechtlosigkeit entwickelte das weibliche Geschlecht sich nicht menschlich, sondern setzte hinterlistige Formen von Herrschaft durch. Seine Bildung wurde vernachlässigt. So wurden Frauen mehr schädlich als gut, ihre Politik heimlich, ihr Mittel die Einsetzung von Charme zur korrupten Macht über Männer, ihre Waffe das Gift. Entsprechend verfolgt de Gouges keinen Opferdiskurs; sie denkt früh das Ineinander von Herrschaft und Unterdrückung bei Annahme einer grundsätzlichen Gleichheit der Geschlechter in Bezug auf Intelligenz, Fähigkeiten, Menschsein. (Frauen seien lediglich schöner und mutiger, da sie die Mutterschaft durchlebten). Sie ist der Auffassung, dass die gesamte Politik bis zur Revolution in Abhängigkeit von Frauen betrieben wurde, es sich de facto um Frauenherrschaft im Kabinett, in der Botschaft, in der Heeresführung, in den Ministerien, in der Präsidentschaft, bei den Bischöfen und Kardinälen handelte. »Ja alles, was die Dummheit der Männer ausmacht, ob im säkularen oder im religiösen Bereich, alles war der Habgier und der Ambition des weiblichen Geschlechts unterworfen, ein Geschlecht, das früher verachtenswert war, doch geehrt wurde, und das seit der Revolution ehrenwert ist, doch verachtet wird.« (41) In gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen zwischen den Geschlechtern große Ungleichheit besteht, bilden sich irrationale Herrschaft und eine Macht der Unterdrückten heraus. »Die Frau als Sklavin befiehlt dem Herrn.«¹ Wichtig also wird es, die Macht der Subalternität in die Forschung über Geschlechter- und Gesellschaftsverhältnisse einzubeziehen. Und politisch wird es notwendig, die Frauen aus der Geheimpolitik in öffentliche Politik zu holen und sie bei der Entscheidung über die Verwendung der Staatsausgaben zu beteiligen. Auch das gilt bis heute.

Zur Schärfung eines Begriffs von Frauenunterdrückung gewinnt man aus de Gouges: Es ist heuristisch fruchtbar, von der Gleichheit der Geschlechter auszugehen; Verhältnisse der Ungleichheit führen zu Unmenschlichkeit und Zerrüttung von Gesellschaft; es ist wichtig, die Akteure in den Unterdrückungsverhältnissen in ihren jeweiligen Macht- und Unterwerfungsstrukturen und

1 Dieser Faden wird von Friedrich Nietzsche aufgenommen: »Der Sklavenaufstand der Frauen wird uns eine Menge Nerven kosten.«

deren Folgen (Sklavenmoral) zu denken. Das Recht als Form, in der sich herrschende Verhältnisse reproduzieren, ist in das Dispositiv der Unterdrückungsverhältnisse einzuzeichnen. Zentrale Dimension von Herrschaft wird die Zuweisung des Reproduktionsproblems der Gattung als Privatsache an Frauen anstelle einer gesellschaftlichen Lösung.

Engels

Über die Auffassungen der Klassiker des Marxismus zur Frauenunterdrückung und -befreiung herrscht eine allgemeine Ahnung, die sich als Irrtum erweist, liest man die Texte selbst. Dort stehen ganz ungewöhnliche Aussagen, die überraschend mit den Vorstellungen der Zweiten Frauenbewegung zusammenzubringen sind.

Ich erinnere zunächst an Friedrich Engels, der für die Fragen von Frauenunterdrückung und Produktionsweise, um die es uns bis heute geht, erhebliche Weichen gestellt hat, theoretisch wie praktisch. Auch er ist mit Vergnügen zu lesen, weil er ziemlich abenteuerliche kräftige Worte für diesen Zusammenhang gefunden hat. In seinem Buch zum *Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats* liest man: »Der erste Klassengegensatz, der in der Geschichte auftritt, fällt zusammen mit der Entwicklung des Antagonismus von Mann und Weib in der Einzelehe, und die erste Klassenunterdrückung mit der des weiblichen Geschlechts durch das männliche. Die Einzelehe war ein großer geschichtlicher Fortschritt, aber zugleich eröffnet sie neben der Sklaverei und dem Privatreichum jene bis heute dauernde Epoche, in der jeder Fortschritt zugleich ein relativer Rückschritt ... Sie ist die Zellenform der zivilisierten Gesellschaft, an der wir schon die Natur der in dieser sich voll entfaltenden Gegensätze und Widersprüche studieren können.« (MEW 21, 68) Und im gleichen Kontext taucht die Formulierung auf, die in ihrer paternalistischen Frauenfreundlichkeit ebenso fast vergnüglich zu lesen ist: »Der Umsturz des Mutterrechts war die weltgeschichtliche Niederlage des weiblichen Geschlechts. Der Mann ergriff das Steuer auch im Hause, die Frau wurde entwürdigt, geknechtet, Sklavin seiner Lust und bloßes Werkzeug der Kinderzeugung. Diese erniedrigte Stellung der Frau [...] ist allmählich beschönigt und verheuchelt, auch stellenweise in mildere Form gekleidet worden; beseitigt ist sie keineswegs.« (MEW 21, 60f)

Engels verbindet mithin Männerherrschaft über Frauen mit einer bestimmten Form, in der die Geschlechter als natürlich verschiedene historisch zusammentreffen, der Einzelehe, in der die Reproduktion der Gattung geregelt ist. Der Herrschaftszusammenhang ist zugleich staatlich-gesellschaftlich gestützt (Zellenform der zivilisierten Gesellschaft) und gewährt zumindest den Herrschenden sexuelle Lust. Das weibliche Geschlecht ist darin zugleich er-

niedrigt zum Werkzeug und zurückgedrängt ins Haus. Zwischen Männern und Frauen herrscht ein »Antagonismus«, ein feindlicher Gegensatz, in der jeweils der eine gewinnt, was der andere verliert, wie in einem Nullsummenspiel. Zugleich erscheint dieser Herrschaftszusammenhang als »Fortschritt« gegenüber den unregelmäßigen Zeiten davor, in der das Zusammentreffen der Geschlechter, die »Kinderzeugung«, mehr noch auf Kosten der Frauen geschah.²

Sozialistische Tradition

In der Arbeiterbewegung ebenso wie in den staatssozialistischen Ländern orientierte sich das Frauenbefreiungsprojekt weniger auf die Sprengung der »Einzelehe«.³ Vielmehr wurde Frauenunterdrückung am Ausschluss insbesondere aus dem Erwerbsarbeitsleben festgemacht und die Befreiungshebel entsprechend angesetzt. Männerherrschaft über Frauen, die »weltgeschichtliche Niederlage des weiblichen Geschlechts« sollte aufgehoben werden durch weibliche Teilhabe an der außerhäuslichen Erwerbsarbeit, Vergesellschaftung von Kindererziehung und tendenzielle Abschaffung der Hausarbeit (auch dies ist im Übrigen auch schon bei Engels gedacht). Das wurde bis in die heutige Zeit fortgesetzt, dabei insbesondere in sozialdemokratischem Kontext ermäßigt zur »Vereinbarkeit von Beruf und Familie«.

Erste Bilanz

Was brachten mehr als hundert Jahre Politik in der Frauenbefreiung? Durchaus Erfolge, was den Grad an weiblicher Erwerbsarbeit angeht. Diese sinkt in den westlich industrialisierten Ländern jedoch heute ständig bzw. die Frauenarbeitslosigkeit steigt unverhältnismäßig, während in den »Dritten Welten« eine überproportionale Einbeziehung weiblicher junger Arbeitskraft in extrem ausbeuterische Erwerbsverhältnisse zu verzeichnen ist.⁴ Zugleich bleiben die einflussreichen, die qualifizierten, die Positionen mit Entscheidungsbefugnissen relativ stabil in Männerhand, bleiben Frauen weitgehend ausgeschlossen von gesellschaftlicher Macht.⁵ Trotz zunehmender Sichtbarkeit von Frauen in

2 Engels denkt im Übrigen, dass die Frauen auch moralische Probleme mit der Vielweiberei und dem, wie er es nennt, »zügellosen« Geschlechtsverkehr hatten.

3 Obwohl dies in den Anfängen der Sowjetrepublik etwa durch Alexandra Kollontai thematisiert wurde. Ihr war es vordringlich, dass die neue Frau aus dem »Liebesgefängnis« herauskam, um »frei zu sein wie der Wind und einsam wie das Steppengras« (1920/1978).

4 Ein Prozess, der auch *Feminisierung der Arbeit* genannt wird

5 In Deutschland z.B. ist weibliche Teilhabe an Führungspositionen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik trotz Quotenpolitik kaum über die magische 10 Prozent-Marke hinausgekommen.

der Öffentlichkeit bleiben Staat, Wirtschaft, Wissenschaft weitgehend unangefochten männlich.⁶

In den ehemals sozialistischen Ländern wurden zwar Schritte in Richtung Vergesellschaftung der Kindererziehung getan – Kinderkrippen- und Kindergartenplätze, Ganztagschulen, Subventionierung von Kleidung und Wohnen – die nur sehr zaghaft und halbherzig in den westlichen Ländern zum Tragen kamen. Aber die sozialistischen Länder haben aufgegeben und die westlichen stehen vor der Zerreißprobe: Neben dem allgemeinen Sozialabbau zumindest einigen Frauen Chancen zu eröffnen, auch in die Liga der Gewinnerinnen aufzusteigen, so sie nur »frei« genug sind, also keine Kinder haben. Diese Entwicklungen kann man auch an den Bildern, die das Fernsehen propagiert, studieren⁷; die Masse vollzieht diesen Aufstieg lediglich semantisch, als »Selbstunternehmerinnen« und »Ich-AGs« – darauf werde ich im Folgenden zurückkommen.

Zögerlich, mit einigen Gesetzen und wenig Wirkung wird auch der von Engels genannte Herrschaftsraum Einzelehe mit der Ehefrau als »Werkzeug sexueller Lust« beschritten – Gewalt in der Ehe, sexueller Missbrauch, sexuelle Belästigung (dies vor allem am Arbeitsplatz) sind Reformprojekte der 1990er Jahre.

Und natürlich dient die »Befreiung der Frauen« als Legitimation für Übergriffe in andere Länder, wie am Beispiel Afghanistan exemplarisch deutlich wurde, einer Befreiung, für die sich nach dem Krieg übrigens niemand mehr interessierte. So der Stand der Dinge in Bewegung.

Die Begriffe in der Frauenbewegung

Selbst wenn man von der Frauenbewegung der 1970er und 80er Jahre kaum etwas weiß, so doch so viel, dass sie in Sachen Frauenunterdrückung und -befreiung andere Auffassungen als die Arbeiterbewegung hatte. Tatsächlich schloss sie aber an zwei Seiten der Engelsschen Argumentation an, wenn auch bald gespalten in zwei Richtungen. Während die einen in Verstärkung der Arbeiterbewegungspolitik für die »Befreiung aus dem Haus«, für das »Recht auf Arbeit« (gemeint war Erwerbsarbeit), für Gleichstellung und zugleich gegen Kapitalismus stritten (und solcherart eine allgemeine Befreiung der Menschen, in die eben auch Frauen eingeschlossen sein sollten, anzielten), nahmen die anderen den Faden bei der sexuellen Unterdrückung auf und kämpften gegen Männergewalt. Beide Richtungen aber lehnten sich auf gegen ein Patriarchat, dessen Herrschaftsmacht so wirksam war wie ihre Reproduktionsweise weitgehend im Dunklen blieb.

6 Wie das Bild der »europäischen Familie« der 40 Staats- und Regierungschefs unter dem Schutz der Madonna mit Kind verdeutlicht – siehe Titelfoto des »Argument« 247/2002.

7 Z.B. an der erfolgreichen Serie Allie McBeal.

Also wie kommt es eigentlich, dass Männer über Frauen verfügen? Die Begriffe, mit denen Männerherrschaft über Frauen eingreifend verstanden werden sollte, waren *Ungleichheit*, ein fast paradoxer Begriff, der zwar erlaubte, auf Gleichstellungspolitik zu orientieren, jedoch das im Wort anklingende Ziel der Gleichheit der Geschlechter gar nicht vorsah. Der Begriff *Unterdrückung* wiederum denkt Frauen als Opfer und versucht, mit essentialistischen Annahmen über das Wesen der Frau einen öffentlichen Raum für Frauen zu erringen. Dieser sucht ihre Einschreibung in Geschichte, Literatur und Wissenschaften darzustellen und entziffert diese als Werke von Männern über Männer. Der von Engels gebrauchte Begriff der *Unterwerfung* schließlich lässt die Akteure, die Kämpfe auf beiden Seiten sichtbar werden. Allerdings bleibt auch dieser Begriff, der den beiden vorherigen entschieden vorzuziehen ist, in einer Art von Geschichtslosigkeit gefangen, die ihn für weiteres Begreifen, für Forschung und Politik unbrauchbar macht. Er erlaubt es nämlich kaum, die Taten der Unterworfenen als Teilhabe sowohl an ihrer eigenen Unterwerfung als auch an der folgenden Geschichte zu untersuchen.

Gegenwart

In einer historischen Lage, in der durch die Krise, die seit dem Ende des Fordismus selber nicht enden will, die Frauenerwerbsarbeit wieder zurückgedrängt, der Sozialabbau begonnen, das Wirtschaftswachstum gesichert wurde durch Export auch von Arbeit in Niedriglohnländer, verlor die Frauenbewegung in den 1980er Jahren an Energie. Die Unruhe aus den nicht »westlich-weißen« Frauenzusammenhängen führte zunächst dazu, die im Begriff *Ungleichheit*, aber auch *Frauenunterdrückung* oder *-unterwerfung* unterstellte gleiche Betroffenheit von Frauen zu verwerfen zugunsten des Begriffes der *Differenz*. Es wurde herausgestellt, dass Frauen untereinander verschiedener sind als Männer und Frauen der gleichen Klasse. So führte die kolossale Erweiterung des Erfahrungsraumes durch Einbeziehung von »schwarzen Frauen« – ein Begriff, der militant für alle Nichtweißen in diesem Kontext aufkam – nicht zu einem besseren Begreifen von Frauenunterwerfung. Im Gegenteil wurde solches Verlangen als verspätete Suche nach einer universalen Theorie verworfen. An die Stelle der oben diskutierten, unzureichenden, aber doch immerhin gegen Herrschaft opponierenden Begriffe trat das neutrale Wort *Geschlecht* – *gender* – seine Karriere an. Es erlaubt eine Ahnung, dass der natürliche »Trennungszusammenhang« der Geschlechter ein wesentliches Forschungsfeld ist, und es legt nahe, über beide Geschlechter (nicht bloß über unterworfenen Frauen) in diesem Kontext nachzudenken. So konnten die Nachteile der gebräuchlichen politischen Begriffsbildung überwunden werden durch Preisgabe des Befreiungsprojekts. Oder anders: Befreiung wurde

gewissermaßen verlagert: auf der einen Seite in das Projekt, Geschlecht selbst »abzuschaffen«, wenn es denn am Grunde von Herrschaft liegt (Butler u.a.) und auf der anderen Seite in die als »Gender Mainstreaming« entwickelte Politik. Mittels dieser sollen Frauen von Anfang an und überall gleichberücksichtigt werden, im Guten wie im Bösen, oben wie unten, ihnen soll – wie Ingrid Kurz-Scherf dies ausdrückt – ebenfalls ein Platz Erster Klasse auf der untergehenden Titanic zugestanden werden. Während die erste Position theoretisch gewiss wichtig und heuristisch fruchtbar, politisch jedoch gegen den alltäglichen Augenschein kaum Überzeugungskraft in der Menge des Frauenvolks gewinnen kann,⁸ hat die andere jede Kritik am Kapitalismus als notwendig zu überwindendes Herrschaftsverhältnis abgestreift.

Nehmen wir die Herausforderungen aus den verschiedenen Positionen auf und suchen einen tragfähigen Begriff, der Herrschaft und Befreiung zwischen den Geschlechtern im gesellschaftlichen Zusammenhang erarbeiten lässt.

Das Merkwürdige an der Herrschaft über Frauen ist, dass sie zugleich allgegenwärtig scheint, dann wieder nirgends wirklich greifbar, gewissermaßen atmosphärisch wird wie Luft zum Atmen. Sobald man sie in einem bestimmten Kontext festhält und durch politische Maßnahmen aus dem Wege räumt, etwa im Verbot ungleichen Lohns für gleiche Arbeit, lässt sich beobachten, dass »Lohngleichheit« überhaupt nicht zu gleichen Löhnen führt. Überall erzielen Frauen durch Erwerbsarbeit weiterhin weniger Einkommen als Männer, in Deutschland sind dies etwa dreißig Prozent weniger.⁹ Oder in der Bildung: Schafft man die Separierung der schulischen Erziehung in Mädchen- und Jungenklassen als Frauendiskriminierung ab, stellt sich heraus, dass Koedukation gerade für die naturwissenschaftlichen Fächer äußerst problematisch ist und Mädchen erst recht benachteiligt. Wird das Gesetz über die Abhängigkeit der Erwerbstätigkeit von der Einwilligung des Ehemanns abgeschafft, verlagert sich offenbar die Wahl des Hausfrauenberufs ins Innere eigenen Wunschs.¹⁰ Setzt man durch, dass Männerherrschaft, soweit sie sich in der Alltagssprache symbolisch festmacht, dadurch zurückgedrängt wird, dass Frauen immer genannt werden,¹¹ stellt sich über kurz oder lang heraus, dass gerade solche »political correctness« die tatsächliche Abwesenheit von Frauen in den entsprechenden Feldern verstellt.¹²

8 Man wird kaum Zustimmung – z.B. in einem Supermarkt – finden, wenn man behauptet, dass es das weibliche Geschlecht ebenso wenig wie das männliche gäbe oder dass der Unterschied unerheblich sei.

9 Das gilt für den Durchschnitt und macht sich praktisch insbesondere in den alten Bundesländern geltend. Da in den neuen Bundesländern die Löhne noch insgesamt niedriger sind, scheint diese Ungleichbehandlung die zwischen den Geschlechtern eher auszugleichen. (Vgl. Christina Klenner, 2002)

10 Wie meine Untersuchung über die Zukunftserwartungen der Schuljugend 2002 belegt: In 8 Schulen in 15 Klassen schrieben Jugendliche zwischen 13 und 18 Jahren einen Aufsatz zum Thema: Ein Tag in meinem Leben in 20 Jahren, in dem insbesondere Gymnasiastinnen aus der ehemaligen DDR Hoffnung aufs Hausfrauendasein äußerten (vgl. Das Argument 247, H 4).

11 Durch die Einführung des großen I in der Verwaltungs-, in der juristischen, in der gewöhnlichen Sprache.

12 Dies ist z.B. in der ArbeiterInnenbewegung oder bei ProfessorInnen auf den ersten Blick offensichtlich.

Kurz: Herrschaft um die Geschlechterfrage scheint ein vagierendes Phänomen zu sein, weder mechanisch festzumachen noch durch korrigierende Maßnahmen auf eine Weise veränderbar, dass nicht Rückschläge im gleichen Bereich oder anderswo das Getane wieder zunichte machen. Wir haben es mithin mit einem Herrschaftszusammenhang zu tun, in den beide Geschlechter verstrickt sind, der sich immer wieder hartnäckig reproduziert. Entsprechend ist zum Begreifen und Erforschen des Zusammenhangs ein Begriff notwendig, der der Beweglichkeit und Dialektik seines Gegenstandes Rechnung trägt. Hierfür schlage ich den Begriff *Geschlechterverhältnisse* analog zu dem der Produktionsverhältnisse vor.

Zum Begriff Geschlechterverhältnisse

Mit diesem Begriff soll die Einspannung der Geschlechter in die gesellschaftlichen Gesamtverhältnisse kritisch untersuchbar sein. Im Begriff ist zunächst gleichzeitig vorausgesetzt, was selbst in gewisser Weise Resultat gesellschaftlicher Verhältnisse ist: die Existenz von Geschlechtern. Auf der Grundlage einer Komplementarität bei der Fortpflanzung, mithin auf zunächst natürlicher Basis, werden die Geschlechter im historischen Prozess *sozial* überformt. Auf diese Weise treten die Geschlechter als Ungleiche aus dem Gesellschaftsprozess, wird ihre Nicht-Gleichheit zur Grundlage weiterer Überformungen und werden Geschlechterverhältnisse fundamentale Regelungsverhältnisse in allen Gesellschaftsformationen. Sie durchqueren bzw. sind wiederum zentral für Fragen von Arbeitsteilung, Herrschaft, Ausbeutung, Ideologie, Politik, Recht, Religion, Moral, Sexualität, Körper und Sinne, Sprache, Kultur – d.h. es kann kein Bereich sinnvoll untersucht werden, ohne die Weise, wie Geschlechterverhältnisse formen und geformt werden, mit zu erforschen. Davon abzusehen gelingt nur, wenn man zugleich – wie dies in der bürgerlichen Wissenschaftstradition üblich ist – davon ausgeht, dass es nur ein, das männliche Geschlecht gibt und alle Verhältnisse also als männliche abzubilden sind. Freilich wird es schwierig, die Analyse auf bloß Zwischenmenschliches zu vermeiden wegen der Phänomenologie der Männer und Frauen, die in der Gesellschaft in einem bestimmten Verhältnis, einer Beziehung zueinander auftreten. Diese Konstellation ist jedoch ein Effekt von Geschlechterverhältnissen, d.h. sie muss als Folge, nicht als Ursache analysiert werden.

Es gilt also, Begriffe so zu bilden, dass sie zum einen der Beweglichkeit und Veränderbarkeit des von ihnen Ergriffenen Rechnung tragen und zum anderen sich selbst mit zur Diskussion stellen. Unter *Geschlechterverhältnissen* sollen – wie im Begriff Produktionsverhältnisse – (viele) Praxisverhältnisse der Geschlechter fassbar werden; zugleich soll sowohl die Formierung der Akteure als auch die Reproduktion des gesellschaftlichen Ganzen auf dieser Grundla-

ge der Erkenntnis zugänglich gemacht werden. *Geschlechterverhältnisse* implizieren damit kein festes Verhältnis und keine natürlichen festen Akteure.

Die Forschungsfrage

Die Analyse der Einspannung der Geschlechter in die Gesellschaftsreproduktion ist die Weiterentwicklung der alten Frage nach dem Verhältnis von Kapitalismus und Patriarchat. Beide Herrschaftsverhältnisse werden in Wechselverhältnissen gedacht. Daher ist zu erforschen, wie die Akteure in ihrer Beziehung zueinander und bei der Aneignung von Gesellschaftlichkeit ihre gesellschaftlichen Verhältnisse herstellen, wie sie die vorgefundenen Bedingungen modifizieren und sich selbst dabei formen.

Für diese Arbeit machen wir noch einmal einen Schritt zurück: Bei Marx und Engels finden sich eine Reihe vorbereitender Überlegungen zum Zusammenhang von Geschlechterverhältnissen und gesamtgesellschaftlicher Reproduktion. Dies vor allem in der Bestimmung, dass menschliche Reproduktion auf doppelte Weise geschieht: als Produktion sowohl von Menschen als auch von Lebensmitteln. »Die Produktion des Lebens, sowohl des eignen in der Arbeit wie des fremden in der Zeugung, erscheint nun schon sogleich als ein doppeltes Verhältnis – einerseits als natürliches, andererseits als gesellschaftliches Verhältnis –, gesellschaftlich in dem Sinne, als hierunter das Zusammenwirken mehrerer Individuen [...] verstanden wird. Hieraus geht hervor, daß eine bestimmte Produktionsweise oder industrielle Stufe stets mit einer bestimmten Weise des Zusammenwirkens oder gesellschaftlichen Stufe vereinigt ist, [...] also die ›Geschichte der Menschheit‹ stets im Zusammenhange mit der Geschichte der Industrie und des Austausches studiert und bearbeitet werden muß.« (MEW 23, 29f)

Es geht also darum, die unterschiedlichen Produktionsweisen in der Geschichte immer auch als Geschlechterverhältnisse zu untersuchen, um die Frage also, wie die Produktion des Lebens im Gesamt der Produktionsverhältnisse geregelt wird und in welchem Verhältnis sie zur Produktion der Lebensmittel steht. Das schließt die Etablierung der Geschlechter selbst, die jeweiligen Konstruktionen von Weiblichkeit und Männlichkeit ebenso ein wie Fragen von Arbeitsteilung und eben von Herrschaft – darin die ideologischen Legitimationen, Politik um Sexualität und die Entwicklung der Produktivkräfte.

Antonio Gramsci

Wichtige Überlegungen für den Versuch, Geschlechterverhältnisse und Produktionsweise zusammenzudenken, finden wir bei Antonio Gramsci. In sei-

nem Text zu *Amerikanismus und Fordismus* (Heft 4, §52), macht Gramsci die Anpassung der Arbeiter und Arbeitshaltungen an die Produktionserfordernisse zum Thema. Ausgangspunkt ist, dass es sich nicht bewährt hatte, mit militärischem Drill Disziplin und Ordnung aufrechtzuerhalten. Das »militärische ›Vorbild‹ war zu einem verhängnisvollen Vorurteil geworden, die Arbeitsheere scheiterten.« (529) Gramsci geht davon aus, dass Lebensweise und neue Arbeitsmethode in einem Zusammenhang studiert werden müssen, weil sich in keinem der beiden Bereiche Erfolge verzeichnen ließen ohne Ergebnisse im anderen. Er stellt einen Zusammenhang her zwischen der Rationalisierung im Betrieb, dem staatlich verordneten Prohibitionismus und dem Interesse der Industriellen für das Privatleben ihrer Arbeiter. Nachvollziehbar geht er davon aus, dass hoher Alkoholkonsum und die rohe Form des Familienlebens inkompatibel mit der neuen Arbeitshaltung waren. Der »von einigen Industriellen geschaffene Inspektionsdienst zur Kontrolle der ›Moralität‹ der Arbeiter sind Erfordernisse der neuen Arbeitsmethode«. Man muss dies »studieren, um den Sinn und die *objektive Tragweite* des amerikanischen Phänomens zu verstehen, das *auch* die größte [bisher dagewesene] kollektive Anstrengung ist, mit unerhörter Geschwindigkeit und einer in der Geschichte nie da gewesenen Zielbewusstheit einen neuen Arbeiter- und Menschentypus zu schaffen.« Gramsci denkt folgenden Entwicklungszusammenhang: Bestimmte Arbeitserfordernisse brauchen einen bestimmten Menschentyp, ohne diesen (später subjektiver Faktor genannt) sind sie schwer zu erfüllen. Dieser Typ ergibt sich nicht als Reflex auf neue Anforderungen, er ist vielmehr Produkt kultureller Anstrengungen, hier u.a. von Seiten der Unternehmer und des Staates.

Gramsci bezieht Taylors Bemühungen ein, durch neue Formen von Arbeitsteilung und Rationalisierung von Arbeitshandlungen für die neue Industrie den »dressierten Affen« zu schaffen. Es sei darum gegangen, »beim arbeitenden Menschen maximal den maschinenhaften Teil zu entwickeln, den alten psycho-physischen Zusammenhang der qualifizierten Berufsarbeit zu zerreißten, der eine gewisse Beteiligung der Intelligenz, der Initiative, der Fantasie des Arbeiters verlangt hatte, um die Produktionstätigkeiten auf den bloßen physischen Aspekt zu reduzieren.« (529) Er nimmt an, dass in solchen Umbrüchen viele auf der Strecke bleiben. In diesem Zusammenhang studiert er die Initiativen Henry Fords. Menschlichkeit und Geistigkeit, Kunst und Handwerk sind das, was zerstört wird; stattdessen werde das psycho-physische Gleichgewicht außerhalb der Arbeit aufrechterhalten, um den individuellen Zusammenbruch zu verhindern. Der Industrialismus setzt auf Freizeit und Familie und eine funktionierende Verausgabung in der Fabrik. Solches Gleichgewicht nennt Gramsci wegen der Verlagerung nach außen ein äußerliches. Das notwendige innere Gleichgewicht wird Produkt der Arbeitenden selbst.

Der Industrielle setzt nicht auf den einzelnen Arbeiter, sondern auf die eingespielte Belegschaft; Gramsci nennt sie einen *industriellen Komplex*, deren Zu-

sammenhalt etwa durch höhere Löhne stabilisiert werden soll. Damit der Lohn zugunsten von Leistungsfähigkeit ausgegeben wird, muss sich der Industrielle nicht nur dafür interessieren, dass überhaupt konsumiert wird, sondern auch für das Wie der Konsumtion. Kampagnen zur richtigen Lebensführung werden Staatsfunktion, so die Kampagne gegen den Alkoholismus. Gramsci denkt auch daran, dass Arbeitslosigkeit Moralkrisen hervorruft, die wiederum vom Staat aufgefangen werden könnten oder müssten. Ins Zentrum der Maßnahmen rückt auch die Frage der Regelmäßigkeit bzw. umgekehrt die Unregelmäßigkeit im Sexuellen, die einem stabilen Funktionieren in der Arbeitswelt abträglich sein soll. Er gibt einen Hinweis darauf, wie solche, dem Funktionieren in der Arbeit geschuldeten, Initiativen zur Staatsideologie werden, indem sie mit Pioniermoral, Puritanismus etc. überhöht als Kampagne zurückkommen. Alkoholkonsum wird in der Prohibition ein Problem von Geld und Zeit; beides ist im Arbeiterleben kaum zu haben. Gleiches gelte für die Jagd auf Frauen, die Zeit, Müßiggang und Geld kosteten. »Der neue Industrialismus will die Monogamie, will, dass der arbeitende Mensch seine Nervenkräfte nicht bei der krampfhaften und ungeordneten Suche nach sexueller Befriedigung verschwendet: der Arbeiter, der nach einer ausschweifenden Nacht zur Arbeit geht, ist kein guter Arbeiter, der Überschwang der Leidenschaft verträgt sich nicht mit der zeitgemessenen Bewegung der Maschinen und der menschlichen Produktionsgesten.«

Folgen wir Gramsci, so sind im widersprüchlichen Zusammenhang von Arbeits- und Lebensweise die Möglichkeiten der Herausbildung neuer Menschentypen folgendermaßen zu studieren: 1. als subjektive Tat, 2. als bestimmt durch Arbeitsweise (Entwicklung der Produktivkräfte) und 3. durch Produktionsverhältnisse als ideologische Veranstaltung durch industrielle Apparate (Schule bis Betrieb), 4. schließlich als staatliche Kampagnen, in denen neue Erfordernisse unter Aufnahme von Tradition und herkömmlicher Sitte verdichtet werden zu quasi weltanschaulichen Systemen (Beispiel Puritanismus). Der Stoff, um den gerungen wird, ist die Psychophysis der Menschen, motivierte Verausgabung auf dem geforderten Niveau und subjektive Zustimmung. Das schließt alle Fragen der Haltung zum Körper und zur Seele, schließt die Geschlechterverhältnisse ein.

Entwicklung der Produktivkräfte

In umfangreichen empirischen Untersuchungen hat das Projekt Automation und Qualifikation (PAQ) Analysen vorgelegt zum Wechsel der Lohnarbeiter-Identitäten, von körperlicher zu kognitiver Inanspruchnahme, von Teilarbeiten zu planenden Strategien, vom abhängig Tätigen zur paradoxen Gestalt des Lohnarbeiters als Eigentümer usw. Es ist ganz eindeutig so, dass die noch von

Gramsci wahrgenommenen Wechsel auf Disziplin und angestrengte körperliche Verausgabung, die ihre Kompensation in der Familie brauchten und zum Protest gegen eine Art maschineller Vernutzung menschlichen Lebens herausfordern sollten, einem neuerlichen, mindestens ebenso radikalen, Wechsel unterliegen. Zerstört werden jetzt eben die Protestpotentiale, die wir als Solidarität, Arbeiterbewegung, männliches Arbeitskollektiv bezeichnen, die aus Fordismus, Taylorismus, Massenproduktion hervorgegangen sind und abgesichert wurden durch Familie, Sexualmoral, Gesundheits- und Lernverhalten, Regelmäßigkeit, Ordnung, Disziplin und eingebettet waren in eine allgemeine nationale Moral. Zugespitzt gesprochen erfahren wir nun eine Verlagerung aller im Kollektiv abgesicherten Dimensionen menschlichen Lebens (Arbeit, Konsum, Reproduktion) in die Verantwortung jedes Einzelnen.¹³

Neoliberalismus und Mikroelektronik

Dreißig Jahre der Entwicklung und Ausbreitung von Hochtechnologie in der Produktionsweise und dreizehn Jahre (nach 1989) verschärfter Unterwerfung unter Marktgesetze, einer Entwicklung, welcher der Staat unterstützend zu Hilfe eilt, haben Bewegungen, Verwerfungen, Brüche hervorgebracht, in denen einige Konturen neuer Arbeits- und Menschentypen – um mit Gramsci zu sprechen – erkennbar sind, anhand derer Vermutungen über die jeweiligen Veränderungen in der Zivilgesellschaft ausgesprochen werden können.

Offensichtlich sind z.B. die Umbrüche im Sexuellen: Hier erleben wir seit fast dreißig Jahren eine zunehmende Liberalisierung der Sexualmoral – sowohl in theoretischen Abhandlungen, in Ratgeberbüchern und Zeitschriften, vor allem in Film und Fernsehen, wie im tatsächlichen Verhalten der Individuen, soweit es öffentlich zugänglich gemacht wurde – die zugleich einhergeht mit einem zunehmenden Verfall der Familie. Beides – die Liberalisierung der Sexualmoral ebenso wie der Zerfall der Familie – trifft auf verschärften Widerstand zumeist konservativer Kreise. Medial und halbstaatlich begleitet, unterstützt, verdichtet werden diese Entwicklungen durch sexualpolitische Kampagnen insbesondere der letzten zwanzig Jahre. Man denke an sexuellen Missbrauch, Gewalt gegen Frauen, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, Kinderpornografie, Prostitution aus den Dritten Welten, Sextourismus, Kampagnen, in denen jeweils der Staat als Gesetzgeber und Ordnungshüter eingriff, und in denen alte Moral, alte Formen, alte Ordnungen Maßstab und Anrufungsinstanz waren, wie wir sie aus der Zeit des Fordismus als funktional kennen. Sie sind verknüpft mit anderen Institutionen aus der Zivilgesellschaft, staatlichen oder institutionellen Mischformen, die sich mit Fragen von Ge-

13 Fitnesstraining, Gesundheitsverantwortung, Bildungsmanagement.

sundheit und ihrer Kontrolle beschäftigen. Hierher gehören u.a. die Indienstnahme von Aids für die Stärkung der Sexualmoral auf der einen Seite, die Verknüpfung von sexuellem Missbrauch mit der Psychiatrie in den Kampagnen um multiple Persönlichkeiten auf der anderen. (Vgl. dazu Haug, F. 1999)

Der neue Menschentyp des Peter Hartz

Man muss gegenwärtig nicht einmal besonders aufmerksam hinsehen, um die verschiedenen Instanzen, die bei Gramsci ausgestellt waren, am Werk zu sehen bei der »Schaffung des neuen Menschentyps«, wie er für die hochtechnologische Produktionsweise aktuell ist: Den Staat, die Betriebe, die Erziehungsapparate (Schule, Universität, Berufserziehung) und die Sekundärapparate wie Medien. Das Gleiche gilt für die Einzelnen in diesen Instanzen, wie sie sich auf einem global umbrechenden Arbeitsmarkt auch in ihrer Lebensweise zurechtzufinden versuchen.

Prüfen wir diesen ungeheuren kulturellen Umbruch und zum Abschluss darin insbesondere die Frage der Geschlechterverhältnisse, in denen wir die Verschiebung der Frauenfrage buchstabieren wollen. Dazu analysiere ich das Projekt von Peter Hartz¹⁴ bzw. das, was als Agenda 2010 von unserer Regierung durchgesetzt werden wird.

Hartz macht den Bezug zur durch Technologie bestimmten Produktionsweise explizit. Er verkündet wiederholt, dass die Zeiten von Ford und Taylor vorbei sind und es jetzt um Neues gehe. Zum geforderten neuen Menschentyp, den durchzusetzen er mit geradezu religiösem Eifer verfolgt, heißt es: »Die Job-Revolution kommt. Das wird keine betuliche Entwicklung, die Job-Inhaber aus geschützten Positionen überleben könnten. Dramatisch wird sie für jeden, dessen persönliche Lerngeschwindigkeit und Beschäftigungsfähigkeit mit der Dynamik [...] nicht mehr Schritt hält.« (10) Fünf wichtige Weichen sind in diesem einzigen Satz gestellt: 1. Es ist eine Revolution – da bleibt nichts beim Alten; 2. Es geht um Leben und Tod, da kann man untergehen; 3. Arbeitsplätze kann man nicht einfach haben und behalten; 4. Es geht um die einzelnen als Individuen und ihre persönliche Ausstattung und Haltung – hier ihre Lerngeschwindigkeit; 5. Es kommt eine ganz neue Qualifikation auf, ein neues Wort – *Beschäftigungsfähigkeit*. Aber »kein Berufsabschluss garantiert mehr Beschäftigungsfähigkeit«, heißt es an anderer Stelle (70) – wodurch als Eigenschaft der Einzelnen erscheint, ob sie auf dem Arbeitsmarkt verkaufbar sind oder nicht. Der Arbeitsplatz, der Job, die Beschäftigung sind die neuen Subjekte, denen die Einzelnen sich als »geeignet« zu unterwerfen haben, indem sie die richtige Passform erreichen.

14 Leiter der gleichnamigen Kommission.

In seinem Buch »JobRevolution. Wie wir neue Arbeitsplätze gewinnen können« finden sich die Bestandteile des »neuen Menschen« fast drohend vorge-
tragen: Es geht um Hightech-Qualifikationen; wer sie nicht beherrscht, ist in
der neuen Zeit »Analphabet«; es geht um den äußersten Einsatz eines jeden:
»rennen, rackern, rasen«, ohne den ein anderer das Rennen macht. Es geht vor
allem um die Unterordnung der ganzen Menschen unter ihre Verkaufbarkeit
auf dem Markt (Hartz benutzt dazu das auch unter einigen Feministinnen be-
liebte Wort »ganzheitlich«). Dieser Verkaufbarkeit muss die konzentrierteste
Anstrengung gelten, d.h. man muss um die eigene Marktförmigkeit wissen
und diese darstellen können. Es geht um »performance«, »Auftrittenssicher-
heit« - dies ist in erster Linie ein affektives Problem. Der neue Mensch braucht
»eine neue Job-Moral, in der sich die Menschen nicht nur als Inhaber ihrer Ar-
beitskraft verstehen (sozusagen als shareholders ihrer Human Assets), son-
dern die Verantwortung für ihre Beschäftigungsfähigkeit übernehmen, also
sich als »workholder«, als Bewahrer und aktive Entwickler ihrer Chancen und
Arbeitsplätze verhalten.« (41) In dieser Weise wird die *Verantwortung* – das
zentrale Wort der neoliberalen Umordnung – den Einzelnen zugleich übereig-
net, sie werden Manager ihrer Biographien, ihrer Gesundheit, ihres Lernens –
und im gleichen Moment in einen Bann gezogen, der nichts außer der Ver-
kaufbarkeit auf dem Markt gelten lässt. »Emotionalität wird Kapital« (57);
»wer bisher Gültiges, Geglauhtes, Erlebtes, Machbares, Wahrnehmbares, Ge-
fühltes oder Denkbare noch einmal überschreiten kann – der schafft einen
neuen Wert, erzeugt Qualität als ultimatives entertainment« (57).

Man muss sich immer wieder vor Augen halten, dass hier nicht einfach ein
Werbebüro spricht, sondern Peter Hartz, ehemaliger Leiter der Hartz-Kom-
mission der Regierung mit ihren Vorschlägen für den Arbeitsmarkt, dessen
Maßstab es ist, »die Differenz zu allem Vorhandenen als Wahrnehmungskitzel
unter Haut und Hirn« (57) herauszufinden. Es geht um den »Kampf um neue
Kunden«, wo sich der »Horizont bis zum Abgrund« öffnet: »Hohes und Rohes
droht« usw. (57) Und so muss man sein: »Fit, fähig, flexibel und jetzt auch
noch fantastisch« (die vier f) – so sind wir auf dem Weg zum »atmenden even-
tiven Unternehmen. Die Jobs der Zukunft leben von der Inszenierung. Des fei-
nen Unterschieds wegen: Design, Farbe, Haptik, Geruch und Ton sollen die
Sinne fesseln, Erlebnisse den Kunden ans Unternehmen binden. Dies Indivi-
duelle und Authentische vermitteln nur Mitunternehmer und Mitunterneh-
merinnen.« (59) Die politisch korrekte Nennung beider Geschlechter wirft uns
zurück auf unsere Fragen nach den Geschlechterverhältnissen in der neuen
Produktionsweise.

Zunächst folgende Resultate: Wo Gramsci bei monotoner physischer Ver-
ausgabung von Arbeitskraft die Notwendigkeit sah, die innere Balance durch
eine Verschiebung des Lebensmittelpunktes nach außen in Familie und Frei-
zeit zu legen – entsprechend »man« sich eine sorgende Ehefrau »leisten«

konnte, die monogam einzubinden war¹⁵ –, geht es jetzt um eine energische Verschiebung des gesamten Lebenssinns ins Innere von Arbeit und Unternehmen: Familie, Ehefrauen, Freizeit bilden eher eine Bedrohung des Zentrums, in dem der Einzelne ganz allein und hochkompetent an seiner ständigen Verkaufbarkeit/Beschäftigungsfähigkeit arbeitet. So ist der Einzelne, gleich welchen Geschlechts, ein/e Unternehmer/in seiner/ihrer selbst geworden, rastlos bestrebt, fremdes Kapital zu vermehren, ohne selbst Kapitalist zu sein.

Drei Fragen bleiben offen: 1. Diese Aussagen, so sehr sie schon Zeugnisse einer gigantischen Verdinglichung von Menschen, ihrer Unterwerfung unter ihnen äußere Zwecke sind, sind doch zugleich nur Aussagen über eine Elite, in der die Geschlechter als Singles jung, fit und flexibel auftauchen, sich aber nicht als Geschlechter aufeinander beziehen, noch irgend sichtbar an der Produktion von Leben und seiner Unterhaltung beteiligt sind.

2. Wo also bleibt das Verhältnis zur eigenen und zur außermenschlichen Natur, in denen die Geschlechterverhältnisse je historisch für Über- und Unterordnung sorgen?

Und 3. Wo bleibt eigentlich das Gros der Menschen, die Arbeitslosen, die Jungen ohne Einstieg in diese Welt¹⁶, ganz zu schweigen von den Behinderten und Kranken, Alten usw. – die aber doch unter dem Namen Sozialreform Brennpunkt der Hartz-Kommission und also Agenda 2010 sind?

Zunächst zu den Frauen und der Reproduktion der Gattung: Wie schon angemerkt, treten Frauen als Ehefrauen bei Hartz ebenso wenig mehr auf, wie die männlichen Ernährer noch irgendeine Rolle spielen. Die Familie kommt im Begriff »Job-Familie« zu neuen Ehren. Dies ist im Prinzip die Arbeitsgruppe mit Älteren (Job-Eltern) und Jüngeren (Job-Kids). Kinder im alten Sinn tauchen kurz als Aufgabe auf, die mittels Trainings zu lösen ist, mit Anleitung zur Problematik: »Wie werdende Eltern ihr individuelles ›work & life balance‹-Modell gestalten können.« (60f) Wieder geht es um Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit wie lange schon, diesmal als partnerschaftliches Konfliktmodell – da gibt es nichts, in das sich Gesellschaft einmischen müsste. Hartz kann seine emanzipatorische Gesinnung, soweit sie Frauen gelten soll, auf anderthalb Seiten damit begründen, dass etwas gegen sexuelle Belästigung im Betrieb zu tun sei, dass Frauen Selbstverteidigung lernen müssten, dass Frauenförderung an sich sein müsse, denn »beim Erfolg von morgen« »die Hälfte der Menschheit übergehen zu wollen, halbiert die unternehmerische Energie und zerstört die Wurzel unternehmerischer Verhaltenskultur – das persönliche Engagement, Initiative mit Herz und Hirn.« (61) Damit wird, was einmal als »weibliche« Tugenden bezeichnet wurde, in der Unterneh-

15 Insofern entschlüsselt sich uns die Monogamie auch als eine Art einseitiger Vorratshaltung, legitimiert durch die Positionen von Konsument und sexuellem »Vorrat«.

16 Allein im Sommer 2003 melden die Arbeitsämter 70.000 Schulabgänger beiderlei Geschlechts ohne Aussicht auf eine Lehrstelle.

mentenkultur aufgehoben; zugleich wird Verantwortung und individuelles Unternehmertum auf große Teile der Bevölkerung ausgeweitet, die als prekär Beschäftigte oder Arbeitslose zu den Verlierern dieser Umbrüche gehören. Auch sie sollen zukünftig durch »Ich-AGs« oder »Selbstunternehmer« zu Unternehmern werden. Hartz gibt auch hierfür das Brückenstichwort: Es geht um *Zumutbarkeit* – ein Begriff, der in der Agenda 2010 ganz zentral ist. Bei diesem Begriff geht es nicht allein darum, dass man jeden Arbeitsplatz annehmen, also als zumutbar interpretieren sollte; sondern zunächst wird klargestellt, warum dies so ist; Zumutbarkeit wird so erklärt, dass sie einem in Fleisch und Blut übergeht: »Zumutbarkeit gehört zu den zentralen Begriffen für die Gesellschaftspolitik der Zukunft.« Wir müssen über »veränderte Erwartungen sprechen«. Zumutbarkeit ist nämlich einfach »die Rückseite des Leistungsprinzips«. Wo Erfolg ist, wird nach Leistung gemessen, wo Misserfolg ist, »gilt die Regel der Zumutbarkeit«. Zumutbarkeit ist demnach die Quittung aufs Pech, das selbst auch zum persönlichen Schicksal wird. »Zumutbarkeit und Beschäftigbarkeit sind die Eckpfeiler jeder Zukunftsgestaltung unserer Sozialsysteme.« (52) Die Zumutbarkeit wächst, während die Beschäftigbarkeit schrumpft. Es gibt mehr Pechvögel als Glückspilze. Und man erfährt, dass bei einem Teil des Nachwuchses bei »steileren Lernkurven« und »schneller verfallenden Qualifikationen« die »Grundgeschwindigkeit« unter »der Schwelle zum Take-Off« bleibt. Zumutbar ist: Sich selbst mehrere Sprachen anzueignen; IT-fit zu werden, sich im Internet zu bewegen. Wer nicht ins Internet geht, ist »out«, ein »Analphabet«. »Durch Zumutbarkeit und Beschäftigbarkeit verliert [...] die Gesellschaft an den Rändern die, die sich im Hochleistungssystem nicht mehr halten können oder wollen.« (52)

Unter der unbarmherzigen Leistungsfähigkeit dieses Hochgeschwindigkeitszuges, als den wir uns die Gesellschaft vorstellen sollen, bleibt die Frage nach den Geschlechterverhältnissen bzw. danach, wie die Geschlechter eingespannt werden in die Reproduktion dieser Gesellschaft, seltsam unbestimmt.

Perspektiven

Die alten Geschlechterverhältnisse mit ihrer bewährten Arbeitsteilung von sorgenden, pflegenden, umsonst arbeitenden Frauen und den dazugehörigen Werthaltungen, die für das Funktionieren bei der gewinnbringenden Verausgabung männlicher Arbeitskraft stehen, die darum im Austausch ein Recht auf eine gewisse Verfügung über weibliche Hilfe bei der eigenen Bedürfnisbefriedigung auch im Sexuellen hat, bleiben für die neue Produktionsweise ebenso notwendig, wie sie überflüssig werden. Die Auflösung dieses Paradoxes ist die Spaltung des Arbeitspersonals. Die Akteure der neuen informationsgesteuerten Produktionsweise sind offenbar Singles, die in der Lage sein

müssen, ihren Geist, ihren Körper, ihren Charakter und also auch ihren Sex so zu kontrollieren und zu managen, dass der aufs Äußerste konzentrierten Ver-
ausgabung ihrer Arbeitskraft, welche die ganze Person verlangt, nichts im
Wege steht. Dafür müssen sie jung und allein sein, leistungsfähig und also ihre
eigenen Bedürfnisse in den entsprechenden Zeiten rationell organisieren. Sie
sollten keine Hilfe brauchen, die abhängig macht, und nicht sorgen müssen
für andere, die von ihnen abhängig sind. Insofern wird es unerheblich, ob sie
Männer oder Frauen sind, heterosexuell oder homosexuell, schwarz oder
weiß, sofern sie nur ihr eigenes Leben vollständig in der Hand haben. Die
Politik um Sex, Körper und Arbeit betrifft das übrige Volk in der Arbeit. Hier
gelten die alten Regeln verschärft. Denn die Verwerfungen und Brüche in der
Arbeitswelt lassen den Wettkampf um die verbleibenden Plätze härter werden
und schaffen einen Boden, auf dem die alten Sorgeideale, zumeist erfüllt von
Frauen, umso dringlicher werden, da sie jetzt auch die fallen gelassenen Ar-
beiten des Sozialstaats im Abbau absichern müssen.

Politisch, so lässt sich festhalten, gibt es Solidarität (»diese Nibelungen-
treue« (Hartz)) nicht mehr, ebenso wenig wie überhaupt Sorge für andere,
auch nicht für Kinder, Alte, Kranke. Jede/r ist auf sich gestellt, nur so kann das
Olympiateam funktionieren. Dies ist jedoch nur im Politischen möglich; in der
menschlichen Wirklichkeit werden weiter Kinder geboren und durch Frauen
aufgezogen, gepflegt, ernährt usw., wodurch diese geradezu automatisch in
die Gruppe der Armen fallen. Working poor – die arbeitenden Armen – diese
Schicht wird immer größer. Zu ihr gehören zu siebzig bis achtzig Prozent
allein erziehende Frauen. Doppelt frei gesetzt, ohne den Familientyrannen als
Ernährer, springen sie »gleichberechtigt« in die Job-Revolution, eröffnen im
Wohnzimmer eine Ich-AG mit Bügeleisen usw. und werden andererseits um
des Überlebens willen alle Niedriglohnjobs der Welt akzeptieren. Insofern be-
ginnt diese Gesellschaft ein neues Drama in der Geschichte der Geschlechter-
verhältnisse. Frauen werden nicht mehr ins Haus gesperrt, sie werden nicht il-
lusionär verklärt oder mit Gewalt zur dienenden Hausfrau gezwungen. Sie
sind frei, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen. Und die Gesellschaft, die
sich so hartnäckig um das Problem der menschlichen und außermenschlichen
Natur herumdrückt, um alle Natur als Steinbruch zu benutzen, kann die
Menschen (und besonders die Frauen) ausbeuten und Profit aus ihnen schla-
gen und diejenigen, die sich »natürlich« verstricken, aus dem Klassenspiel
ausschließen und in immer größere Armut schicken. Eine wenig widerständi-
ge Auftreffstruktur für diese Umbrüche ist zweifellos, dass schon lange nicht
mehr von einer Frauenfrage gesprochen wird, dass Frauen als kollektive Sub-
jekte aus unserem theoretischen Vokabular gestrichen sind. Stattdessen begleiten
gender oder *Geschlecht* als geeignete monadische Posten für jeweils beide Ge-
schlechter einen Prozess, in dem durchaus alle gleichberechtigt am Rennen
teilnehmen dürfen. Dass die einen dabei als Behinderte auftreten, mit Ein-

kaufstüten und Babys im Arm, zeigt lediglich an, dass sie je individuell die Grundaxiome der neuen Gesellschaft, nämlich alles in ihre Beschäftigbarkeit zu investieren, nicht verstanden haben.

Die neue Arbeitsdisziplin ist ausschweifend. Sie verlangt nicht mehr so sehr die weibliche Kontrolle über einen männlichen Arbeitskörper, wie dies für den Fordismus von Gramsci beschrieben wurde. Der passende postfordistische Arbeitsmensch ist einer, der sein Begehren auch virtuell zu befriedigen vermag und insofern der Unterwerfung von Frauen nicht wirklich bedarf, wie er auch Verantwortung für die Nachkommen nicht abzuschieben braucht, weil er keine hat. Wer sich jetzt zu wehren in der Lage ist, kann das Anrecht auf die neue Arbeitswelt erkämpfen zusammen mit der Rücksichtslosigkeit, die für die völlige Verachtung menschlicher und außermenschlicher Natur gebraucht werden. So gelesen sind die weiblichen Tugenden, die konservativ in diesem Kontext noch angerufen und befestigt werden, auch Nachzügler eines Gesellschaftsprojekts, welches der neoliberale Kapitalismus zu zerstören begonnen hat.

Literatur

- Butler, Judith (1994): Phantasmatische Identifizierung und die Annahme des Geschlechts. In: Institut für Sozialforschung (Hg.), Geschlechterverhältnisse und Politik. Frankfurt a. M.
- Engels, Friedrich: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. In: MEW 21, Berlin
- de Gouges, Olympe (1791/1979): Deklaration der Rechte der Frau und Bürgerin. In: Schröder, Hannelore (Hg.), Die Frau ist frei geboren. Texte zur Frauenemanzipation, München
- Gramsci, Antonio (1991-2002): Gefängnishefte (hg. von K. Bochmann und W.F. Haug) Kritische Gesamtausgabe in 10 Bänden, Hamburg und Berlin
- Hartz, Peter (2001): Job Revolution. Wie wir neue Arbeitsplätze gewinnen können. Frankfurt a. M.
- Haug, Frigga; Wittich-Neven, Silke (1997): Lustmolche und Köderfrauen. Politik um sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Berlin und Hamburg
- Haug, Frigga (1999): Sexuelle Deregulierung oder der Kinderschänder als Held im Neoliberalismus. In: Haug, Frigga: Vorlesungen zur Einführung in die Erinnerungsarbeit. Hamburg, S. 153 - 176
- Haug, Frigga (2002): 1 Tag in meinem Leben in 20 Jahren. Lebensentwürfe von Schuljugend. In: Das Argument 247, H 4, S. 500 - 522
- Haug, Wolfgang Fritz (1987): Entfremdete Handlungsfähigkeit. Fitness und Selbstpsychiatisierung im Spannungsverhältnis von Produktions- und Lebensweise. In: Fremde Nähe. Festschrift für Erich Wulff (hg. v. H. Pfefferer-Wolf) Berlin
- Klenner, Christina (2002): Geschlechtergleichheit in Deutschland? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 33-34
- Kollontai, Alexandra (1920/1978): Die neue Moral und die Arbeiterklasse. Münster
- Marx, Karl: Das Kapital, Bd. I, MEW 23, Berlin
- Projekt Automation und Qualifikation (PAQ) (1983): Zerreißproben. Automation im Arbeiterleben. Empirische Untersuchungen. Band 4, Berlin
- Projekt Automation und Qualifikation (PAQ) (1987): Widersprüche der Automationsarbeit. Ein Handbuch. Berlin

Theoretische Diskurse

SYLKA SCHOLZ

»Hegemoniale Männlichkeit« – Innovatives Konzept oder Leerformel?

Einleitung

Erst in den 1990er Jahren setzte im Rahmen der sozialwissenschaftlichen Frauen- und Geschlechterforschung eine vermehrte Beschäftigung mit dem Thema Männlichkeit(en) ein. In ihren Anfängen konzentrierte sich Frauenforschung fast ausschließlich auf Frauen. Im Mittelpunkt standen Untersuchungen der spezifisch weiblichen Lebenserfahrungen und -situationen. Forscherinnen, welche die Diskriminierung und den Ausschluss von Frauen analysierten, haben sich jedoch auch schon damals – zwangsläufig – mit Männern und Männlichkeit(en) beschäftigt. Im Mittelpunkt dieser Untersuchungen zur Herrschaft von Männern über Frauen standen die physischen Gewaltverhältnisse.¹ Diese Studien kann man bereits als »Studien über Männer und Männlichkeiten« lesen »auch wenn es nicht im Titel steht« (Armbruster 1993, 135).

Selbstverständlich war diese Beschäftigung mit Männern und Männlichkeit(en) in der Frauenforschung aber keineswegs: Zu Beginn der 1980er Jahre gab es in den feministischen Sozialwissenschaften noch harte Auseinandersetzungen darüber, ob Männer und Männlichkeit(en) Forschungsgegenstände sein sollen. Eine umfassende Diskussion zu diesem Thema wurde 1984 durch den Vortrag von Lerke Gravenhorst »Private Gewalt von Männern und feministische Sozialwissenschaften« auf dem Soziologenkongress der DGS in Dortmund ausgelöst.² Die Diskussionen über die Notwendigkeit und mögliche Inhalte einer »feministischen Männerforschung« wurden jedoch, nachdem die ersten Wellen der Empörung abgeklungen waren, nicht fortgesetzt. Erst im Kontext (de)konstruktivistischer Ansätze wurden Frauen und Weiblichkeit immer stärker »als relationale Kategorien zu Männern und Männlichkeit begriffen, die zutiefst aufeinander bezogen und voneinander abhängig« (Stein-Hilbers 1994, 69) sind. Diese Erkenntnis initiierte eine Reihe von empirischen Untersuchungen.³

1 Vgl. dazu bspw. den Überblick in Engelfried 1996.

2 Der Vortrag und die sich anschließende Diskussionen sind in dem Sammelband »FrauenMännerBilder« (Rerrich; Hagemann-White, 1988) dokumentiert.

3 Vgl. u. a. Behnke 1997, Engelfried 1996, Franzke 1997, Rothe 1997 und Seifert 1996.

Parallel begannen sich auch männliche Wissenschaftler mit diesem Thema auseinander zu setzen: »Männer«, »Männlichkeit(en)«, »männliche Identität« etc. wurden explizit zum Gegenstand sozialwissenschaftlicher Publikationen.⁴ Damit vollzog sich auch im deutschsprachigen Kontext allmählich eine Entwicklung, die im nordamerikanischen Raum sehr viel früher eingesetzt hatte. In den USA haben sich bereits ab Mitte der 1980er die »Men's Studies« als eigenständiges Forschungsgebiet etabliert.⁵ Davon kann jedoch auch heute in der deutschen Gender Studies-Landschaft noch nicht die Rede sein. Seminare zum Thema Männlichkeit(en) sind immer noch eine Ausnahme und nicht die Regel.

Die publizierten Analysen lassen sich in drei Kategorien systematisieren:⁶ Erstens eine so genannte Männerforschung, welche die Subjektivität männlichen Daseins und männlicher Erfahrung unter dem Gesichtspunkt einer Neubestimmung von Männlichkeit in der heutigen Gesellschaft untersucht. Davon zu unterscheiden sind zweitens Forschungen, in denen durch Sensibilisierungs- und Bewusstwerdungsprozesse die eigenen theoretischen Entwürfe und empirischen Arbeiten um die Kategorie Geschlecht erweitert werden. Diese Arbeiten finden sich insbesondere in den Bereichen Familiensoziologie, Sozialstrukturanalyse, Organisationssoziologie, aber auch Wissenschafts- und Techniksoziologie. Ein Teil der Forschungen – und dies ist die dritte Kategorie – analysiert Männlichkeit(en) in Bezug auf das Geschlechterverhältnis und strebt eine grundlegende Revision soziologischer Theorien an. Quantitativ überwiegen die Forschungen der ersten Kategorie, während theoretische Konzeptionalisierungen von Männlichkeit(en) immer noch rar sind.

Wohl auch auf Grund dieser Mangelsituation haben die Arbeiten des Australiers Robert W. Connell und sein Begriff der hegemonialen Männlichkeit eine solche Popularität erlangt. In fast allen vorliegenden Publikationen zum Gegenstand Männlichkeit(en) trifft man auf diesen Begriff (vgl. auch Janshen 2000; Rudlof 2002). In diesem Rezeptionsprozess ist der Begriff schon fast zu einer inhaltsleeren Formel geworden, denn in den verschiedensten Untersuchungen folgt der Anwendung des Begriffes allzu häufig keine inhaltliche Bestimmung (Scholz 2001). Dieses Phänomen ist jedoch, wie zu zeigen sein wird, teilweise durch Connells Ansatz selbst bedingt. Connells Schriften sind durch eine »undifferenzierte multiple Verwendung des zentralen Begriffs« (Rudlof 2002, 47) gekennzeichnet.

4 Vgl. u. a. Bartjes 1996; Böhnisch; Winter 1993; Hollstein 1992; Kersten 1997 und Meuser 1998.

5 Vgl. dazu Walter 1996.

6 Ich beziehe mich auf eine Systematisierung, welche Mitte der 90er Jahre von Marlene Stein-Hilbers (1994) und Christoph L. Armbruster (1995) entwickelt wurde, sie hat bis heute ihre Gültigkeit behalten. Vgl. dazu auch den Überblick über die deutschsprachige Männlichkeitsforschung von Willi Walter (2000) und Peter Döge und Michael Meuser (2001).

Ich werde in einem ersten Schritt kurz Connells zentrale Prämissen darlegen und darauf aufbauend im zweiten und Hauptteil meine Kritik an seinem Konzept formulieren und weiter gehend ein anderes Verständnis von hegemonialer Männlichkeit vorstellen. In einem dritten und letzten Schritt ziehe ich ein Resümee hinsichtlich der Frage, ob hegemoniale Männlichkeit eine inhaltsleere Formel oder ein innovatives Konzept ist.

Die zentralen Prämissen des Konzeptes »hegemoniale Männlichkeit«

Das Konzept der hegemonialen Männlichkeit, welches Connell in den 1980er Jahren entwickelte, ist Teil einer umfassend konzipierten »Soziologie der Männlichkeit« (Carrigan et al. 1996) und einer Theorie der Geschlechterverhältnisse (Connell 1986). Für die Organisation des Geschlechterverhältnisses sind nach Connell drei Dimensionen ausschlaggebend: Macht, Produktion/Arbeit und Sexualität. Connell orientiert sich in seiner Konzeptionalisierung des Geschlechterverhältnisses »an feministischen, neomarxistischen und strukturalistischen Theorien, die die fundamentale Bedeutung der geschlechtlichen Arbeitsteilung und der gesellschaftlichen Kontrolle und kulturellen Konstruktion der Sexualität für die historische Grundlegung und Reproduktion männlicher Herrschaft herausgearbeitet haben« (Rudlof 2002, 25).

Männlichkeit konstituiert sich für Connell durch eine doppelte Relation: in Bezug auf Weiblichkeit und auf andere Männlichkeiten. Die Relation von Männlichkeit zu Weiblichkeit ist durch Dominanz und Überordnung bestimmt, die zu anderen Männlichkeiten durch ein hierarchisch strukturiertes Über- und Unterordnungsverhältnis. Die Annahme, dass es in einer Gesellschaft unterschiedliche Männlichkeiten gibt, die in einem hierarchischen Verhältnis zueinander stehen, macht die Attraktivität des Ansatzes aus. Systematisch können nun Machtbeziehungen und soziale Ungleichheiten unter Männern ins Auge gefasst werden, was mit dem Patriarchatskonzept nicht möglich ist.⁷

Während Connell in seinen älteren Schriften davon ausgeht, dass in einer Gesellschaft verschiedene *Formen* von Männlichkeit wie hegemoniale, komplizenhafte, untergeordnete und konventionelle konstruiert werden⁸, konzipiert er das hierarchische Verhältnis von Männlichkeiten in neueren Veröffentlichungen als »Typen von Relationen – Hegemonie, Dominanz/Unterordnung und Komplizenschaft einerseits, Marginalisierung und Ermächtigung andererseits« (Connell 1999, 102).⁹

⁷ Vgl. auch die Argumentation von Michael Meuser (1998).

⁸ Vgl. bspw. Connell 1996 und die ausführliche Darstellung in Armbruster 1993.

⁹ In einem neueren Aufsatz betont Connell ausdrücklich, dass es ihm bei dem Konzept hegemoniale Männlichkeit nicht um Typen von Männlichkeiten gehe, sondern um Relationen unter den verschiedenen Männlichkeiten innerhalb einer Gesellschaft (Connell 2000).

Connells zentrale Annahme ist, dass jede Gesellschaft ein hegemoniales Männlichkeitsmuster ausbildet, dem Weiblichkeit und alle anderen Formen von Männlichkeit untergeordnet sind. Dieses Muster beinhaltet spezifische »Handlungsweisen, Stilmittel, institutionelle Arrangements und Beziehungsformen« (Meuser 2000, 59). Zentral ist, dass Connell hegemoniale Männlichkeit nicht als starr und fix konzipiert, sondern als eine »historisch bewegliche Relation« (Connell 1999, 102) versteht.

Bei der Formulierung seines Konzeptes greift Connell auf den Hegemoniebegriff von Antonio Gramsci zurück und geht dementsprechend davon aus, dass hegemoniale Männlichkeit nicht vorrangig durch gewaltförmige Herrschaft, sondern in sozialen Kämpfen reproduziert wird. Grundlegend für ihre Rekonstruktion ist die Akzeptanz und das Einverständnis der meisten Männer mit dieser Männlichkeit, welches darin begründet ist, dass sie im Großen und Ganzen von der Unterdrückung und Abwertung von Weiblichkeit profitieren. Diesen Aspekt fasst Connell mit dem Begriff »patriarchale Dividende« (ebd., 100), worunter eine Art Gewinn zu verstehen ist, den Männer aus der Dominanz und Unterordnung gegenüber Weiblichkeit ziehen. So erhalten Männer durchschnittlich einen höheren Lohn als Frauen, auch ihr Anteil an Führungspositionen ist deutlich höher als der von Frauen.

Connell geht nun davon aus, dass nur eine kleine Anzahl von Männern das hegemoniale Männlichkeitsmodell in der Praxis vollständig verwirklicht, es wirkt innerhalb einer Gesellschaft vor allem als verbindliches Orientierungsmuster, zu dem sich Männer (zustimmend oder abgrenzend) in Bezug setzen müssen. Die Tatsache, dass die Mehrzahl der Männer von der Vorherrschaft dieses Männlichkeitsmusters einen Nutzen hat, fasst Connell mit dem Begriff der »Komplizenschaft«. Darunter versteht er »Männlichkeiten, die zwar die patriarchale Dividende bekommen, sich aber nicht den Spannungen und Risiken an den vordersten Fronten des Patriarchats aussetzen« (ebd., 100).

Männlichkeiten sind für Connell »materiell«. Das bedeutet, sie sind nicht nur auf der Ebene der Persönlichkeit der Individuen und ihrer Körper zu verorten,¹⁰ sondern auch auf den Ebenen Institution, Kultur, Milieu. Er konzipiert damit einen mehrdimensionalen Begriff von Männlichkeit und weiter gehend von Geschlecht als Struktur sozialer und individueller Praxis. Insgesamt beinhaltet der Männlichkeitsbegriff bei Connell eine strukturelle, eine kulturell-symbolische und individuelle Dimension (vgl. auch Scholz 2000). Die jeweiligen Ebenen haben spezifische Eigenlogiken, Entwicklungsprozesse können somit ungleichzeitig verlaufen.

Offen geblieben ist in meiner Darstellung bisher, was Connell »inhaltlich« unter hegemonialer Männlichkeit versteht. Dies kommt nicht von ungefähr, denn die inhaltliche Bestimmung ist unterdeterminiert. Bisher legt er nur eher

10 Vgl. zur Bedeutung des Körpers und zum Begriff der »körperreflexiven Praxis« Connell 1999, 81 ff.

hypothetische Untersuchungen über die historisch verschiedenen Formen hegemonialer Männlichkeit vor (Connell 1995, 1996, 1998, 1999). Als neues Leitbild hegemonialer Männlichkeit moderner neoliberaler Gesellschaften bestimmt er den Manager im technokratischen Milieu, der auf globalen Märkten agiert (Connell 1998). Zu fragen ist aber, ob sich mit diesem Leitbild, das kaum ausformuliert ist, die Reproduktion von männlicher Herrschaft angesichts der Pluralisierung geschlechtsbezogener Lebensformen und kultureller Deutungsmuster von Geschlecht angemessen untersuchen lässt.

Darüber hinaus legen Connells empirische Darstellungen der australischen Gegenwartsgesellschaft nahe, dass er entgegen seinem Postulat, dass es nur eine hegemoniale Männlichkeit gibt, doch von verschiedenen Versionen innerhalb einer Gesellschaft ausgeht. »Connells Ausführungen«, so lässt sich mit Michael Meuser feststellen, »informieren mehr über Verhältnisse und Beziehungsstrukturen zwischen Geschlechtern und unter Männern als darüber, was Männlichkeit bzw. was Männer als Geschlecht ausmacht« (Meuser 1998, 104). Dies hat in der Rezeption des Konzeptes häufig recht fatale Folgen, denn statt diese Leerstelle zu füllen, wird der Begriff, so unterdeterminiert wie er in Bezug auf die inhaltliche Dimension ist, unhinterfragt benutzt.

Im Folgenden werde ich darlegen, dass man von verschiedenen Versionen hegemonialer Männlichkeiten in einer Gesellschaft ausgehen muss. In diesem Kontext werde ich ein anderes Verständnis von hegemonialer Männlichkeit vorschlagen, das ich vor allem in Auseinandersetzung mit einer eigenen empirischen Untersuchung gewonnen habe.

Hegemoniale Männlichkeit als ein generatives Prinzip der sozialen Reproduktion von Männlichkeit

Umfangreiche Studien vor allem aus dem Bereich des Arbeitsmarktes und der Professionen belegen, dass das, was jeweils als männlich bzw. weiblich gilt, nicht feststeht, sondern in Aushandlungsprozessen begründet wird (Maruani 1997, Neusel; Wetterer 1999). Gildemeister und Wetterer bezeichnen diese Aushandlungsprozesse als »Umschrift der Differenz« (Gildemeister; Wetterer 1992, 223). In der Regel gehen sie mit einer Hierarchisierung zu Gunsten von Männlichkeit einher.¹¹ Zugleich zeigen diese Untersuchungen, dass innerhalb der einzelnen Professionen von den Männern spezifische Männlichkeitsideale entworfen werden.

11 Die Frage, ob Differenz und Hierarchie gleich ursprünglich sind, wie Gildemeister und Wetterer dies annehmen, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Einige neuere Studien zeigen, dass Differenzierungsprozesse nicht unbedingt mit Hierarchisierungen einhergehen (Neusel; Wetterer 1999). Vgl. zu diesem Aspekt auch die Argumentation von Gudrun-Axeli Knapp (1999).

Dies werde ich im Folgenden anhand eines Beispiels aus meiner Untersuchung lebensgeschichtlicher Narrationen ostdeutscher Männer aufzeigen (Scholz 2004). Befragt wurden knapp 30 Männern, die zwischen Mitte der 1950er und Mitte der 1960er Jahre in der DDR geboren wurden. Sie wurden entsprechend der Methode des narrativen Interviews in einer sehr offenen Erzählaufforderung gebeten, ihre Lebensgeschichte zu erzählen. Der Fallvergleich zeigt, dass alle Interviewten ihre Berufsausbildung und ihre Berufsarbeit in den Mittelpunkt der lebensgeschichtlichen Erzählungen stellten und die eigene Familie und Freundschaften nur am Rande thematisiert wurden. Alle Lebensgeschichten sind inhaltlich durch eine Fokussierung der Berufsarbeit charakterisiert.

Die befragten Männer entwerfen in ihren Lebensgeschichten berufliche Identitäten, durch die sie lebensgeschichtliche Kontinuität herstellen. Dies gilt gerade auch für die Männer, die ausgesprochen diskontinuierliche Erwerbsbiographien haben. Des Weiteren konstruieren die befragten Männer spezifische berufliche Ideale. Diese Konstruktionen beinhalten die Idealvorstellung des befragten Mannes von der Ausübung seines Berufes.

Dieter Schulz beispielsweise, der 1954 geboren wurde, eine Berufsausbildung mit Abitur und anschließend ein Hochschulstudium zum Agraringenieur absolvierte, arbeitete im Staatsapparat der DDR als Leiter des Ratbereiches Landwirtschaft beim Rat des Kreises. Er entwirft ein berufliches Ideal, das – so legt es die Darstellung nahe – in seinem Arbeitskollektiv, welches er als »Truppe«¹² bezeichnet, als gemeinsam geteiltes Leitbild fungierte. Dieses lässt sich wie folgt charakterisieren: Realismus, Sachlichkeit, Verantwortungsbewusstsein, Eigenverantwortung und Fachlichkeit im Umgang mit dem Volkswirtschaftsplan der DDR. Mittels des gemeinsam geteilten Leitbildes wird eine Gemeinschaft hergestellt: die »Truppe«, die sich nach außen abgrenzt und die anderen Ratsbereiche ausschließt. Diesen anderen schreibt Dieter Schulz im Interview die polaren Charakteristika seines beruflichen Ideals zu: Sie sind in Bezug auf den Volkswirtschaftsplan unrealistisch und unvernünftig, handeln nicht verantwortungsbewusst hinsichtlich der fachlichen Arbeit und reagieren außerdem noch cholerisch.

Während er und seine »Truppe« »nur das gemacht [haben], was wir wollten, was wir auch uns selbst, was wir auch, ich sag Ihnen, verantworten können persönlich gegenüber dem, was da ist«, sind die anderen unverantwortlich, denn sie halten sich nicht an das, was da ist beispielsweise das verfügbare Futtermittel und die reale Anzahl der Schweine. Sie wollen stattdessen nur etwas »auf [dem] Papier ... sehen« (26/13-16) und damit den Volkswirtschaftsplan zumindest formal erfüllen.¹³

12 Alle Zitate aus dem Interview mit Dieter Schulz, der richtige Name ist selbstverständlich anonymisiert, sind in Anführungszeichen gesetzt.

Auffällig ist, dass die Konstruktion des beruflichen Ideals und die Abgrenzung von den »anderen« Männern durch Gegensatzpaare erfolgt: rational – emotional, vernünftig – unvernünftig etc. Viele dieser Oppositionen sind in der Kultur der modernen Zweigeschlechtlichkeit jeweils mit Männlichkeit bzw. Weiblichkeit konnotiert: So gelten Männer meist als rational bzw. vernünftig und Frauen eher als vom Gefühl bestimmt. Diese Zuschreibungen haben eine lange historische Tradition. Sie haben sich im Zuge der modernen Geschlechterordnung im Rahmen des philosophischen Diskurses der Aufklärung und des medizinisch-anthropologischen Diskurses herausgebildet und sind in die modernen Konzepte des sozialen Geschlechts wie beispielsweise »Geschlechtscharaktere« oder die »Geschlechterrollen« eingeflossen (Hausen 1997, Mehlmann 1998, Frevert 1995). Auch wenn sich die Vorstellungen über die Geschlechter verändert haben, so ist es auch heute noch üblich, Tätigkeiten, Berufe, Handlungen, Kommunikationsstile, kognitive Fähigkeiten etc. in männlich und weiblich einzuteilen.

Schaut man sich die Zuschreibungen, die Dieter Schulz vornimmt, genau an, so sieht man, dass er sich und seiner »Truppe« die männlich konnotierten Charakteristika zuschreibt, während er den anderen die weiblich konnotierten Merkmale zuweist. Bei diesem beruflichen Ideal könnte es sich um das hegemoniale Männlichkeitsideal des Ratsbereiches Landwirtschaft handeln. Auf meine Nachfrage nach dem Verhältnis von Frauen und Männern im Ratsbereich stellt sich jedoch heraus, dass »mehr als fünfzig Prozent, ja, mehr als fünfzig Prozent Frauen [waren]«. Dieter Schulz betont, dass die »Frauen nicht irgendwie Büroarbeit schlechthin gemacht haben, sondern richtig Sacharbeit bis in die ganze Futterbilanzierung, Futterbewirtschaftung«. Deutlich wird, dass die Frauen explizit seinem beruflichen Ideal entsprechen. Das heißt, Frauen sind aus dem beruflichen Ideal nicht ausgeschlossen, sondern werden eingeschlossen, solange sie wie die Männer »Sacharbeit« leisten. Während die Frauen des Ratsbereiches von Dieter Schulz in das berufliche Ideal eingeschlossen werden, erfolgt die Abgrenzung gegenüber den anderen durch weiblich konnotierte Zuschreibungen. Auf diese Art und Weise werden die anderen Männer abgewertet und feminisiert.

Die Konstruktion beruflicher Ideale dient also nicht vorrangig der Abgrenzung gegenüber Frauen, stattdessen werden durch den Bezug auf die Geschlechterdifferenz Gemeinsamkeiten und Differenzen unter Männern hergestellt.¹⁴ Frauen sind solange eingeschlossen, wie sie die männlichen Normen

13 Vgl. zum Umgang mit dem Volkswirtschaftsplan der DDR Pirker et al. 1995. Die Interviews, die von Pirker, Lepsius, Weinert und Hertle mit verschiedensten Wirtschaftsfunktionären unterschiedlicher Hierarchieebenen geführt worden sind, zeigen, dass allen Funktionären bewusst war, dass der Volkswirtschaftsplan der DDR in hohem Maße eine Fiktion war und trotzdem als Ganzes nicht in Frage gestellt werden durfte. Der Plan fungierte als Befehl, den es ohne Widerspruch auszuführen galt.

14 In den Debatten zum Zusammenhang von Profession und Geschlecht wird immer wieder darauf ver-

und Werte mittragen und reproduzieren. Mittels dieses Abgrenzungsmodus' werden also vor allem Hierarchien innerhalb der Genusgruppe Männer hergestellt.

Das jeweilige berufliche Ideal fungiert in der alltäglichen Praxis als »regulatorisches Ideal« (Hark 1999, 70) für das Handeln des Mannes. Indem es im Handeln realisiert wird, wird Männlichkeit reproduziert. Derjenige Mann, der dem entsprechenden Ideal am nächsten kommt, hat innerhalb der Organisation das höchste Prestige und soziale Macht. Dass das berufliche Ideal ein Männlichkeitsideal ist, ist den befragten Männern in der Regel nicht bewusst, aus der Perspektive der Männer handelt es sich um ein allgemeines Ideal. Mit dieser »Desexuierung« (Meuser 1998, 297) des eigenen Geschlechts wird jedoch die »Hypostasierung des Männlichen zum Allgemein-Menschlichen« (Meuser 2001, 8) fortgeschrieben, die für moderne Männlichkeit konstitutiv ist. Das zentrale Bestimmungsmerkmal moderner Männlichkeit ist ihre Unsichtbarkeit, was – dies sei an dieser Stelle angemerkt – es auch so schwierig macht, sie zu analysieren.

Die Perspektive, dass in ganz konkreten sozialen Praxen ein sehr spezifisches Männlichkeitsideal konstruiert wird, welches nur in diesem Kontext hegemonial ist, legen auch andere einschlägige Untersuchungen nahe. Verwiesen sei auf Cynthia Cockburns Untersuchung in einer Druckerei (Cockburn 1991), Frank Barretts in der Marine der US-Army (Barrett 1999), Stephan Höyngs und Ralf Pucherts in Berliner Verwaltungen (Höyng; Puchert 1998) oder Stefanie Englers über das Selbstverständnis von Professoren (Engler 2000). Diese Männlichkeitskonstruktionen sind immer zugleich mit anderen sozialen Kategorien verknüpft wie Klasse bzw. Milieu, Generation, Nation/Ethnie.

Ich gehe nun davon aus, dass der Entwurf eines spezifischen Männlichkeitsideals als ein *generatives Prinzip* der Konstruktion von Männlichkeit zu verstehen ist. Durch die Konstruktion eines spezifischen Ideals wird eine Gemeinschaft hergestellt, die sich nach »außen« abgrenzt und im »Inneren« hierarchisch strukturiert ist. Michael Meuser benennt diesen Aspekt als »kompetitive Struktur« (Meuser 2001, 9) von Männlichkeit.

Die jeweilige hegemoniale Männlichkeit ist in der entsprechenden sozialen Organisation in bestimmten kulturellen Vorstellungen und Leitbildern objektiviert. Damit einhergeht, dass männliche Interessen und Perspektiven in der Organisation dominant sind. Ich sehe das Zusammenspiel der verschiedensten sozialen Praxen in den Bereichen Erwerbsarbeit, Politik, Militär, Freizeit etc., in denen je spezifische Männlichkeitsideale rekonstruiert werden, welche

wiesen, dass Männer stärker als Frauen im beruflichen Alltagshandeln die Geschlechterdifferenz herstellen und sich von Kolleginnen abgrenzen (vgl. die folgenden Sammelbände Wetterer 1992; Wetterer 1995 und Nickel et al. 1999), meine Untersuchung zeigt hingegen, dass vor allem Differenzen unter Männern konstruiert werden.

jeweils die dargestellten Funktionen haben, als Ursache dafür, dass die Überlegenheit und Dominanz von Männlichkeit in modernen Gesellschaften immer wieder hergestellt wird. Die verschiedenen kontextgebundenen Versionen hegemonialer Männlichkeit konkurrieren miteinander, stehen innerhalb einer Gesellschaft wiederum in einem hierarchischen Über- und Unterordnungsverhältnis und reproduzieren insgesamt eine männliche Hegemonie in der Gesellschaft.

Den Begriff männliche Hegemonie habe ich im Anschluss an Connells Konzept der hegemonialen Männlichkeit und mit Bezügen zu Bourdieus Theorie der männlichen Herrschaft (Bourdieu 1997)¹⁵ und Birgit Rommelspachers Konzept der Dominanzkultur (Rommelspacher 1995) entwickelt und schlage vor, zukünftig statt von »männlicher Herrschaft« von »männlicher Hegemonie« zu sprechen. Denn die gesellschaftliche Dominanz von Männern und Männlichkeit(en) und damit verbunden die soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern wird in spätmodernen Gesellschaften weniger durch direkte Herrschaft konstituiert, sondern mehr durch Hegemonie. Darunter ist eine geistige und moralische Vorherrschaft von männlichen Wert- und Ordnungssystemen, Verhaltenslogiken und Kommunikationsstilen etc. zu verstehen. Die Aufrechterhaltung der Hegemonie erfolgt durch die Produktion einer hierarchischen Kultur der Zweigeschlechtlichkeit. Das, was in spätmodernen Gesellschaften als männlich gilt, ist in den verschiedenen sozialen Praxen sehr unterschiedlich und kann sich teilweise sogar widersprechen, dennoch gibt es einen gemeinsamen Kern: das Männliche gilt als Norm und gegenüber dem Weiblichen als überlegen.

Zentral ist, dass die männliche Hegemonie auf dem Einverständnis der Beherrschten mit diesen Vorstellungen beruht. Dieses Einverständnis wird gerade *nicht* durch Repression, Gebote, Verbote und physische Gewalt – also Herrschaft – geschaffen, sondern durch die Bündelung von Interessen und die Herstellung von Konsens erzeugt. Gleichzeitig wird Zustimmung auch »über die sozialen Strukturen und die internalisierten Normen vermittelt« (Rommelspacher 1995, 27).

Die Reproduktion der männlichen Hegemonie vollzieht sich auch durch symbolische Gewalt, so der zentrale Begriff bei Bourdieu¹⁶, mit dem er die soziale Wirkmächtigkeit der hierarchischen symbolischen Zweigeschlechtlichkeit erfasst. Bourdieu zeigt, dass in die kognitiven Strukturen der Individuen die Zweiteilung der sozialen Welt in männlich und weiblich sowie die Vorstellung von der männlichen Überlegenheit bereits eingeschrieben ist. Diese

15 Eine Verknüpfung zwischen Bourdieu und Connell wurden ebenfalls von Michael Meuser (1998), Holger Brandes (2002) und Matthias Rudlof (2002) vorgelegt. Ihre jeweiligen theoretischen Ansätze basieren im Gegensatz zu meinem Konzept auf Bourdieus Habituskonzept.

16 Zum Begriff der symbolischen Gewalt vgl. neben Bourdieu 1997 auch Bourdieu; Wacquant 1996 und Kraus 1993.

Sichtweise erscheint den Individuen als natürlich und selbstverständlich, »weil sie kognitive Strukturen auf [die soziale Welt] anwenden, die aus eben diesen Strukturen der Welt hervorgegangen sind« (Bourdieu; Wacquant 1996, 204).

Mit Bezug auf Bourdieu lässt sich auch das Phänomen, dass die befragten Männer meiner Untersuchung vorrangig über ihre Berufsarbeit erzählen und berufliche Identitäten konstruieren, als Ausdruck von symbolischer Gewalt lesen. Die befragten Männer sind also »Gefangene und auf versteckte Weise Opfer der herrschenden Vorstellungen« (Bourdieu 1997, 187), dass männliche Identität eine berufliche Identität ist, was dazu führt, dass der Entwurf alternativer männlicher Identitätskonzepte nachhaltig blockiert ist. Dieser Aspekt ist umso wichtiger, wenn man bedenkt, dass Erwerbsarbeit in spätmodernen Gesellschaften ein immer knapper werdendes Gut wird und damit verbunden sich das (männliche) Normalarbeitsverhältnis zunehmend auflöst.

Resümee: Plädoyer für eine weitere Arbeit am Konzept

Das Innovative, zugleich aber auch Problematische an Connells Begriff der hegemonialen Männlichkeit ist, dass er sehr Verschiedenes umfasst: Hinter dem Begriff hegemoniale Männlichkeit steckt einerseits der Versuch, die Funktionsweise männlicher Herrschaft analytisch zu erfassen. Andererseits dient der Begriff zur Untersuchung konkreter kulturell hegemonialer Muster von Männlichkeit bzw. gruppenbezogener männlicher Sozialcharaktere.

Diese verschiedenen Ebenen gilt es in der weiteren Arbeit an Connells Konzept genauer und vor allem auch begrifflich zu differenzieren.

Meine Annahme, dass es sich bei hegemonialer Männlichkeit um einen hierarchischen *Konstruktionsmodus* von Männlichkeit handelt, bedeutet, das Unterfangen aufzugeben, den Gehalt oder die Substanz einer historisch konkreten globalen oder nationalen hegemonialen Männlichkeit zu suchen. Stattdessen ist von jeweils unterschiedlichen Versionen von Männlichkeit auszugehen, die in konkreten sozialen Praxen hegemonial sind. Zu untersuchen ist, ob und in welchem Wechselverhältnis sie zueinander stehen: Steht die ökonomische, kulturelle und/oder symbolische Mächtigkeit bestimmter Institutionen wie beispielsweise Staat, Wirtschaft, Militär, die wiederum genau historisch zu rekonstruieren ist, in einem Zusammenhang mit der Hierarchie unter (hegemonialen) Männlichkeiten? Wie reproduziert sich die männliche Hegemonie, aber auch welche Brüche und Transformationen zeigen sich im Geschlechterverhältnis?

Hinsichtlich der drei von Connell beschriebenen Strukturen des Geschlechterverhältnisses gilt es die Machtdimension, die von ihm bisher nicht systematisch herausgearbeitet wurde (Meuser 1998), analytisch genauer zu erfassen. In dieser Hinsicht sehe ich eine weitere Differenzierung des Hegemonie-

konzeptes als fruchtbar an. Als ein weiteres Arbeitsfeld stellt sich die Verknüpfung von Connells und Bourdieus Ansatz dar. Legt Connell in seinen Arbeiten sein Augenmerk auf den Wandel von Männlichkeit(en), so richtet sich Bourdieus Blick auf die permanente Reproduktion von männlicher Macht. Eine Verbindung beider Ansätze verspricht, sowohl die Prozesse der Reproduktion als auch der Transformationen von Männlichkeit(en) und männlicher Hegemonie analysieren zu können.

Literatur

- Armbruster, Christof L.: (1993): Eine »Soziologie der Männlichkeit«? Antisexistische Studien von Männern über Männer im Kontext feministischer Theoriediskussion, Diplomarbeit Universität Bielefeld
- Armbruster, Christof L.; Müller, Ursula; Stein-Hilbers, Marlene (Hg.) (1995): Neue Horizonte? Sozialwissenschaftliche Forschung über Geschlechter und Geschlechterverhältnisse, Opladen
- Barrett, Frank J. (1999): Die Konstruktion hegemonialer Männlichkeit in Organisationen: Das Beispiel der US-Army. In: Eifler, Christine; Seifert, Ruth (Hg.): Soziale Konstruktionen – Militär und Geschlechterverhältnis, Münster, S. 71-93
- Bartjes, Heinz (1996): Der Zivildienst als Sozialisationsinstanz. Theoretische und empirische Annäherungen, Weinheim/München
- Behnke, Cornelia (1997): »Frauen sind wie andere Planeten« Das Geschlechterverhältnis aus männlicher Sicht, Frankfurt a.M./New York
- Böhnisch, Lothar; Winter, Reinhard (1993): Männliche Sozialisation, Bewältigungsprobleme männlicher Geschlechtsidentität im Lebenslauf, Weinheim/München
- Bourdieu, Pierre (1997): Männliche Herrschaft. In: Dölling, Irene; Krais, Beate (Hg.): Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis, Frankfurt a.M., S. 153-217
- Bourdieu, Pierre; Wacquant, Loïc J. D. (1996): Reflexive Anthropologie, Frankfurt a.M.
- Brandes, Holger (2002): Der männliche Habitus. Band 2: Männerforschung und Männerpolitik, Opladen
- Carrigan, Tim; Connell, Robert W.; Lee, John (1996): Ansätze zu einer neuen Soziologie der Männlichkeit. In: BauSteineMänner (Hg.): Kritische Männerforschung, Hamburg, S. 38-75
- Cockburn, Cynthia (1991): Das Material männlicher Macht. In: Barrow, Logie (Hg.): Nichts als Unterdrückung? Geschlecht und Klasse in der englischen Sozialgeschichte, Münster, S. 67-84
- Connell, Bob (1986): Zur Theorie der Geschlechterverhältnisse. In: Das Argument, Heft 157, S. 330-344
- Connell, Robert W. (1995): Neue Richtungen für Geschlechtertheorie, Männlichkeitsforschung und Geschlechterpolitik. In: Armbruster, Christof L.; Müller, Ursula; Stein-Hilbers, Marlene (Hg.): Neue Horizonte? Sozialwissenschaftliche Forschung über Geschlechter und Geschlechterverhältnisse, Opladen, S. 61-83
- Connell, Robert W. (1996): »The Big Picture«: Formen der Männlichkeit in der neueren Weltgeschichte. In: Widersprüche, Heft 56/ 57, Bielefeld, S. 23-45
- Connell, Robert W. (1998): Männer in der Welt: Männlichkeiten und Globalisierung. In: Widersprüche, Heft 67, Bielefeld, S. 91-106
- Connell, Robert W. (1999): Der gemachte Mann. Männlichkeitskonstruktionen und Krise der Männlichkeit, Opladen
- Connell, Robert W. (2000): Die Wissenschaft von der Männlichkeit. In: Bosse, Hans; King, Vera (Hg.): Männlichkeitsentwürfe. Wandlungen und Widerstände im Geschlechterverhältnis, Frankfurt a.M./New York, S. 17-28
- Döge, Peter; Meuser, Michael (2001): Geschlechterverhältnisse und Männlichkeit. Entwicklungen und Perspektiven sozialwissenschaftlicher Männlichkeitsforschung. In: Döge, Peter; Meuser, Michael (Hg.): Männlichkeit und soziale Ordnung. Neuere Beiträge zur Geschlechterforschung, Opladen, S. 7-26
- Engelfried, Constanze (1996): Männlichkeiten. Die Öffnung des feministischen Blicks auf den Mann, Weinheim/München
- Engler, Stefanie (2000): Zum Selbstverständnis von Professoren und der illusio des wissenschaftlichen Feldes. In: Krais, Beate (Hg.): Wissenschaftskultur und Geschlechterordnung. Über die verborgenen Mechanismen männlicher Dominanz in einer akademischen Welt, Frankfurt a.M./New York, S. 121- 47

- Franzke, Bettina (1997): Was Polizisten über Polizistinnen denken. Ein Beitrag zur geschlechtsspezifischen Polizeiforschung, Bielefeld
- Frevert, Ute (1995): »Mann und Weib, und Weib und Mann«. Geschlechter-Differenzen in der Moderne, München
- Gildemeister, Regine; Wetterer, Angelika (1992): Wie Geschlechter gemacht werden. Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung. In: Knapp, Gudrun-Axeli; Wetterer, Angelika (Hg.): Traditionen Brüche, Freiburg (i. Br.), S. 201-254
- Hark, Sabine (1999): Deviante Subjekte. Normalisierung und Subjektformung. In: Sohn, Werner; Mertens, Herbert (Hg.): Normalität und Abweichung: Studien zur Theorie und Geschichte der Normalisierungsgesellschaft, Opladen/Wiesbaden, S. 65-84
- Hausen, Karin (1997): Die Polarisierung der Geschlechtscharaktere – Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben. In: Conze, Werner (Hg.): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas, Stuttgart, S. 363-393
- Hollstein, Walter (1992): Die Männer. Vorwärts oder zurück? München
- Höyng, Stephan; Puchert, Ralf (1998): Die Verhinderung beruflicher Gleichstellung. Männliche Verhaltensweisen und männerbündische Kultur, Bielefeld
- Janshen, Doris (Hg.) (2000): Blickwechsel. Der neue Dialog zwischen Frauen- und Männerforschung., Frankfurt a.M./New York
- Kersten, Jochim (1997): Gut und (Ge)schlecht. Männlichkeit, Kultur und Kriminalität, Berlin/New York
- Knapp, Gudrun-Axeli (1999): Geschlechterdifferenzen und Dekonstruktion. Anmerkungen zur Verwendung des Dekonstruktionsbegriffs in der sozialwissenschaftlichen Frauenforschung. In: Nickel, Hildegard Maria; Völker, Susanne; Hüning, Hasko (Hg.): Transformationen – Unternehmensreorganisation – Geschlechterforschung, Opladen, S. 35-53
- Krais, Beate (1993): Geschlechterverhältnis und symbolische Gewalt. In: Gebauer, Gunter; Wulf, Christoph (Hg.): Praxis und Ästhetik, Frankfurt a.M., S. 208-250
- Maruani, Margaret (1997): Die gewöhnliche Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. In: Dölling, Irene; Krais, Beate (Hg.): Ein alltägliches Spiel, Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis, Frankfurt a.M., S. 48-74
- Mehlmann, Sabine (1998): Das vergeschlechtlichte Individuum – Thesen zur historischen Genese des Konzepts männlicher Geschlechtsidentität. In: Bublitz, Hannelore (Hg.): Das Geschlecht der Moderne. Genealogie und Archäologie der Geschlechterdifferenz, Frankfurt a.M./New York, S. 95-119
- Meuser, Michael (1998): Geschlecht und Männlichkeit. Soziologische Theorie und kulturelle Deutungsmuster, Opladen
- Meuser, Michael (2000): Perspektiven einer Soziologie der Männlichkeit. In: Doris Janshen (Hg.): Blickwechsel. Der neue Dialog zwischen Frauen- und Männerforschung, Frankfurt a.M./New York, S. 47-78
- Meuser, Michael (2001): Männerwelten. Zur kollektiven Konstruktion hegemonialer Männlichkeit. In: Schriften des Essener Kollegs für Geschlechterforschung, Heft III
- Neusel, Aylä; Wetterer, Angelika (Hg.) (1999): Vielfältige Verschiedenheiten. Geschlechterverhältnisse in Studium, Hochschule und Beruf. Frankfurt a.M./New York
- Nickel, Hildegard Maria; Völker, Susanne; Hüning, Hasko (1999): Transformationen – Unternehmensreorganisation – Geschlechterforschung, Opladen
- Pirker, Theo; Lepsius, M. Rainer; Weinert, Rainer; Hertle, Hans-Hermann (1995): Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR, Opladen
- Rerrich Maria S.; Hagemann-White, Carol (1988): FrauenMännerBilder. Männlichkeit in der feministischen Diskussion, Bielefeld
- Rommelspacher, Birgit (1995): Dominanzkultur. Texte zur Fremdheit und Macht. Berlin
- Rothe, Andrea (1997): Männer, Prostitution, Tourismus. Wenn Herren reisen.... Münster
- Rudlof, Matthias (2002): Männlichkeiten und Milieus in der sozialen Arbeit. Autobiographische und pädagogische Narrationen von männlichen Jugendsozialarbeitern in diskurspsychologischer und wissenssoziologischer Perspektive im Rahmen qualitativ-rekonstruktiver Geschlechterforschung. Dissertation an der Freien Universität Berlin.
- Scholz, Sylka (2000): Männlichkeiten erforschen. Eine Einführung in das Lehrforschungsprojekt. In: Potsdamer Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung, Heft 1/2, S. 6-21
- Scholz, Sylka (2001): Basar der Männlichkeiten. Erste Tagung des Arbeitskreises für interdisziplinäre Männer- und Geschlechterforschung in Stuttgart-Hohenheim, 1. bis 3. Februar 2001. In: L'Homme. Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaften, Heft 1, S. 160-164
- Scholz, Sylka (2004): Männlichkeiten erzählen. Lebensgeschichtliche Identitätskonstruktionen ostdeutscher Männer, Münster

- Seifert, Ruth (1996): Militär, Kultur, Identität: Individualisierung, Geschlechterverhältnis und die soziale Konstruktion des Soldaten, Bremen
- Stein-Hilbers, Marlene (1994): Männer und Männlichkeit in der neueren sozialwissenschaftlichen Diskussion. In: Psychologie und Gesellschaft, Heft 3/4, S. 67-79
- Walter, Willi (2000): Gender, Geschlecht, Männerforschung. In: Braun, Christina von; Stephan, Inge (Hg.): Gender-Studien: Eine Einführung, Stuttgart/Weimar, S. 97-115
- Walter, Willi (1996): Kritische Männerforschung. Neue Ansätze in der Geschlechtertheorie. In: BauSteineMänner (Hg.): Kritische Männerforschung, Hamburg, S. 5-26
- Wetterer, Angelika (Hg.) (1992): Profession und Geschlecht: Über die Marginalität von Frauen in hochqualifizierten Berufen, Frankfurt a.M./New York
- Wetterer Angelika (Hg.) (1995): Die soziale Konstruktion von Geschlecht in Professionalisierungsprozessen, Frankfurt a.M./New York

Politiken der Männlichkeit und Politiken der Repräsentation in Werk und Rezeption Edvard Munchs

Einleitung

»The representation of gender is its construction« (de Lauretis 1987, 3). Repräsentation ist niemals objektiv, sondern beruht immer auf Entscheidungsprozessen: Was wird repräsentiert, was wird verschwiegen? Was wird mit welchem Ziel zu sehen gegeben? Nach de Lauretis bedeutet Repräsentation nicht nur Abbildung von etwas Existierendem, sondern auch dessen Produktion und Konstruktion. Repräsentation und Konstruktion von Geschlechtern findet bei dem norwegischen Künstler Edvard Munch (1863-1944), dessen Männlichkeitsdarstellungen ich hier untersuchen möchte, auf zwei Ebenen statt: Erstens im Werk selbst, in Form von Bildern der Geschlechter, zweitens in der Repräsentation dieser Bilder durch ihre Rezeption und die Forschung. Dort werden wiederum Entscheidungen getroffen: Was wird ausgestellt und in Katalogen publiziert? Inwieweit werden durch die Ausstellungspraxis die Geschlechterverhältnisse im Werk wiederholt oder aber kritisch beleuchtet? Inwiefern trägt die Rezeption dadurch zum Weiterschreiben des Mythos vom genialen männlichen modernen Künstler bei?

Ich gehe grundsätzlich davon aus – und lehne mich dabei an Erkenntnisse feministischer Kunstgeschichte und verwandter Disziplinen an –, dass das Verschwiegene oder das Unsichtbare genauso zur Kenntnis genommen werden muss wie das Offensichtliche. Beispielsweise können Frauen-Bilder mehr über ihren Urheber, über die Geschlechterverhältnisse zum Zeitpunkt ihrer Entstehung und über Künstlermythos und Geniekult aussagen als über die dargestellte Frau oder die Beschaffenheit des abgebildeten Körpers. Mit »Schweigen« oder »Unsichtbarkeit« meine ich in diesem Fall die vermeintliche Neutralität des männlichen Autors, die Tatsache also, dass der Mann im Gegensatz zur Frau nicht als einem Geschlecht zugehörig thematisiert wird. Dies ist in der Munch-Rezeption, wie ich zeigen werde, der Fall. Ich möchte argumentieren, dass hingegen das Werk Munchs als eine Untersuchung von Männlichkeit(en) interpretiert werden kann.

Von Robert Connell, der mit *Masculinities* eines der am breitesten rezipierten Werke aus den men's studies vorgelegt hat, möchte ich den Begriff der »Politiken der Männlichkeit« ausleihen und ihn für Werk und Rezeption

1 Für eine grundlegende kritische Diskussion der Prämissen der Kunstgeschichte siehe Schade; Wenk 1995.

Munchs fruchtbar machen.² Connell benutzt den Begriff der Politik in diesem Zusammenhang, um deutlich zu machen, wann es sich in gesellschaftlichen Prozessen um eine aktive Verhandlung und Generierung von Bedeutungen von Männlichkeit handelt und damit Machtpositionen stabilisiert werden sollen. Auch ich wähle diesen Begriff um zu verdeutlichen, dass Repräsentation von Männlichkeit ein aktiver, konstitutiver Akt ist.

Politiken von Männlichkeit kommen sowohl in der Rezeption als auch im Werk Munchs zum Tragen. In der Rezeption besteht eine Politik der Männlichkeit meines Erachtens darin, die Kategorie Männlichkeit als neutrale und universale Kategorie zu etablieren. Das geschieht zum Beispiel dadurch, die »Krise der Männlichkeit« um die Jahrhundertwende mit einem veränderten Verhalten oder veränderten Ansprüchen der Frauen zu erklären, nicht aber mit Veränderungen der Männlichkeiten selbst.³ Munchs persönliche »Krisen« wiederum werden so stark psychologisiert und pathologisiert, dass dabei außer Acht gelassen wird, dass es sich dabei nicht nur um spezifische Problematiken eines Individuums, sondern um spezifische Problematiken von Männlichkeit handelt.⁴

Bei Munch besteht die Politik der Männlichkeit im Spätwerk, dem ich mich hier zuwenden möchte, in einem Kult einer vitalen und produktiven Männlichkeit. Die Kontexte, in welchen Munch Männerfiguren präsentiert, belegen, dass hier bewusst versucht wird, Männlichkeit mit neuen positiven Bedeutungen aufzuladen und in Abgrenzung zu anderen Kategorien zu stabilisieren.⁵

2 Connell definiert »masculinity politics« als »those mobilizations and struggles where the meaning of masculine gender is at issue, and, with it, men's position in gender relations. In such politics masculinity is made a principle theme, not taken for granted as background« (Connell 1995, 205). Als Beispiele für Politiken der Männlichkeit nennt Connell die Gun Lobby oder die Männlichkeitstherapie als Teil der Männerbewegung.

3 Seit den 1980er Jahren wird das Konzept der »bedrohlichen Frau« der Jahrhundertwende, das im Typus der »femme fatale« kulminiert und bis heute tradiert wird, aus Perspektive der Geschlechterforschung hinterfragt und kritisiert und die Veränderung von Männlichkeiten um 1900 wird fokussiert. Als problematisch ist es zu werten, wenn historische Frauen aus Munchs Umfeld bis heute als »femme fatale« bezeichnet werden. Dies tut z. B. Ursula Zeller, die über Munchs Frauenbekanntschaften schreibt, sie seien »selbstbewußt und stark, Femmes fatales des Fin de Siècle« (Zeller 1993, 165).

4 Siehe z.B. Bublitz 1998. Nach Bublitz erscheint »die europäische Kulturkrise der Moderne«, die im Rahmen von Künstler- und Autobiografien und in der Literatur der Jahrhundertwende stark individualisiert und personalisiert wird, als »Krise der männlichen Identität, begleitet und/oder ausgelöst von einer alptraumhaft oder utopisch-visionär erscheinenden Feminisierung der Kultur und einer, sie begleitenden und/oder auslösenden Fragmentierung des männlichen ICH.« (Bublitz 1998, 26).

5 Selbstverständlich beziehen sich die Politiken der Männlichkeit auch auf Munchs Frauen-Bilder. Z.B. würde ich argumentieren, dass der Versuch der Stabilisierung von Männlichkeit im Spätwerk durch positive Männerfiguren damit einhergeht, Frauen fast nur noch in ihrer Funktion als Modell darzustellen, Frauen also in einer Form »zum Bild zu machen«, wie dies im Frühwerk nicht der Fall ist. Ich konzentriere mich hier auf die Männer-Bilder, um eine Kritik am Konzept der Frauenfigur als Bildobjekt zu kennzeichnen.

Kurzüberblick über das Werk

Edvard Munch wird 1863 in Oslo (damals Kristiania) geboren. Sein Werk kann grob in zwei Phasen unterteilt werden. Zwischen den 1880er Jahren und den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts schließt er sich in den europäischen Großstädten avantgardistischen Bohème-Kreisen an. Munchs Werk aus dieser Zeit ist geprägt von Diskursen über Décadence, Fin de Siècle und den so genannten Geschlechterkampf. Munchs typisches Männer-Bild aus dieser Phase ist – vereinfachend zusammengefasst – ein blutleerer Mann, der von einer rothaarigen Frau eingesponnen und seiner Lebenskraft beraubt wird, oder aber der Leidtragende in einer Dreiecksbeziehung (vgl. z.B. *Vampir*, *Eifersucht*, *Melancholie*).

Ein Wendepunkt in der Darstellung der Geschlechter geschieht in den Jahren um 1908, als Munch mit Halluzinationen, Verfolgungswahn und anderen Symptomen, die hauptsächlich auf übermäßigen Alkoholkonsum zurückzuführen sind, in eine Nervenklinik eingeliefert wird. Ein neues Männer-Bild ist während dieser »Krise« im Entstehen.⁶ Während eines Aufenthalts an der Ostsee, der Munchs Nervenschwäche kurieren soll, malt er die *Badenden Männer*: athletische, gesunde und ästhetische Männerkörper »im Einklang mit der Natur«.

Nach der »Krise« lebt Munch bis zu seinem Tod 1944 größtenteils zurückgezogen in Norwegen. Munch beschäftigt sich neben neuen Variationen alter Motive hauptsächlich mit Darstellungen von Künstler und Modell (Modelle und Haushälterinnen waren die einzigen Frauen, mit denen er noch Umgang pflegte), mit Landschaften und Serien von Arbeitern: Fischer, Bauern, Gleis- und Bauarbeiter.

Deutlich ist eine Verschiebung im Bezug auf die Darstellung von Männern bei Munch, die von im Geschlechterkampf unterlegenen, passiven und effeminierten zu vitalen, virilen und produktiven Männern führt.

Rezeption⁷

Munch und sein Verhältnis zu Frauen ist ein beliebtes Thema der Munch-Forschung.⁸ Das Problemfeld wird bis heute oft unter dem Gesichtspunkt einer psychologisch-biografischen Deutung des Werks untersucht: Munchs Frauen-

6 Ich markiere den Begriff der »Krise«, um den Zusammenhang mit Diskursen über eine »Krise der Moderne« deutlich zu machen. Unter Umständen ist der Begriff nur bedingt dazu geeignet, einen faktischen Krankheitszustand eines Individuums zu beschreiben. Siehe auch Anm. 4.

7 Einen konzisen, vollständigen und kritischen Überblick über die Munch-Forschung gibt Berman 1994.

8 Die neuesten Publikationen hierzu: Munch og kvinner – Munch and Women (2001), Berman; Van Nimmen 1997 und Schmidt; Zeller 1993.

bild und Darstellungen von Frauen werden oft auf die traumatischen Kindheitserfahrungen des Verlusts von Mutter und Schwester zurückgeführt (vgl. z.B. Lengerke 1987, 51f.). In einer Ausstellung bzw. dem zugehörigen Katalog *Munch und seine Modelle* wird zwar der Versuch unternommen, die »realen« Frauen hinter den Bildern aus dem Spätwerk sichtbar zu machen und ansatzweise ihre Geschichten zu erzählen, das Konzept von (männlichem) Künstler und (weiblichem) Modell wird dabei aber nicht problematisiert (Schmidt; Zeller 1993). Im Katalog *Munch and Women. Image and Myth* (Berman; Van Nimmen 1997) wird zum ersten Mal darauf hingewiesen, dass Frauenbilder und Vorstellungen von Weiblichkeit nicht von einer Untersuchung von Männlichkeitsvorstellungen abgekoppelt werden können; letzteres wird aber nicht durchgeführt.

Die Untersuchung von Munchs Männer-Bildern stellt ein weitgehendes Forschungsdesiderat dar. Einzige Ausnahme sind einige Publikationen zu einzelnen Werkgruppen, so zu den *Badenden Männern und Bauern* (Berman 1993, Berman 1997). Die *Badenden Männer* wurden insgesamt kaum in Ausstellungen mit aufgenommen. Die offensichtliche Unsicherheit, wie mit dem Motiv des Männeraktes umzugehen sei, hat eine Tradition seit seiner Entstehung: Im Gegensatz zu den zahllosen Frauenakten im Werk Munchs, die Sexualität viel offensiver zeigen, erregten die Männerakte derart Anstoß, dass ein Hamburger Galerist 1907 aus Angst vor der Polizei die Aufhängung des Bildes ablehnte (Vgl. Berman 1993, 73).

Die Publikationen zu Munchs Arbeiterbildern sind etwas umfangreicher, stehen aber dennoch nicht in Proportion zur Größe der Werkgruppe(n).⁹ In der Forschung ist noch nicht auf den Umstand eingegangen worden, dass Munch die Kategorie »Arbeiter« bis auf wenige Ausnahmen ausschließlich für Männer reserviert hat.

Insgesamt ist in der Munch-Rezeption ein Überhang der Rezeption vom Frühwerk bis ca. 1900 und den Frauenbildern festzustellen. Mit dem Spätwerk, das sich immerhin über fast vier Jahrzehnte erstreckt und zum Teil völlig neue Sujets behandelt, hat sich die Forschung viel seltener auseinander gesetzt.¹⁰ Offensichtlich ist eine Tendenz, Munch als Maler des Geschlechterkampfes der Jahrhundertwende, als Maler von »Lust und Tod«, zu präsentieren und dabei auszublenden, dass sich Munch später auch anderen Themen zugewandt hat.¹¹ Die »schwachen Männer« aus dem Frühwerk sind noch nicht

9 Die wichtigsten Publikationen hierzu: Berman 1997; Edvard Munch. Arbeiterbilder 1910-1930 (1978); Edvard Munch: The Soul of Work (1996).

10 Einen ersten ausführlichen Überblick über die Periode nach ca. 1908 gibt Prelinger 2001. Michael E. Shapiro schreibt im Vorwort: »Even art aficionados seem astonished to learn that Munch lived well into the twentieth century and that he was extremely productive almost to the time of his death« (Prelinger 2001, 7).

11 Symptomatisch hierfür ist die Ausstellung im Sommer 2003 im Berliner Kupferstichkabinett, deren

mit Fokus auf Männerbilder oder Männlichkeiten der Zeit interpretiert worden, sondern werden oft als Opfer einer *femme fatale* gedeutet.¹² Auch die Nicht-Beachtung von Männer-Bildern aus den späteren Werkgruppen korrespondiert mit der zu Anfang genannten Imagination des Künstlersubjekts und seines Geschlechts als einer neutralen Position. Die Konstellation von männlichem Autor und weiblichem Bildobjekt wird in den meisten Fällen der Ausstellungspraxis unhinterfragt übernommen, wenn z.B. ein männlicher Kurator eine Ausstellung zum Thema »Munch und die Frau« präsentiert. Auch Texte aus Ausstellungskatalogen vollziehen den männlichen Blick auf das Modell, das zum reinen Blick- und Bildobjekt wird, nach: »Als Ingeborg bei Munch wohnte, war sie auch seine Haushälterin. Sie verschmolz sozusagen mit seiner Umgebung und war ein Wesen, das er in alltäglichen Situationen studieren konnte [...] Mit welcher Wärme der Künstler sein Modell studierte und wie offen und vertrauensvoll die junge Frau sich ihm gegenüber zeigte, geht unmittelbar aus den Bildern hervor. Ihre Natürlichkeit und Jugend waren für Munch sicher eine Augenweide. Munch behielt sein junges Modell offenbar fast nur für sich.« (Eggum 1993, 20)

Das Schweigen über Machtverhältnisse, über die Konstruiertheit des männlichen Künstlersubjekts und über den Kunst produzierenden und vermittelnden Autor als geschlechtlich markierte Position, kann meines Erachtens als Teil einer Strategie, einer Politik der Männlichkeit, gelesen werden, die eine fundamentale Unsicherheit und Instabilität der Kategorie Mann verschleiert. Munchs Werk selbst kann, wie bereits angedeutet, als eine Untersuchung und Verhandlung von Männlichkeiten verstanden werden. Aus einer »Krise der Männlichkeit« um die Jahrhundertwende, wie sie natürlich nicht nur für Munch postuliert worden ist, entwickelt Munch Strategien der Konsolidierung und Stabilisierung der Männlichkeit, die ich anhand der bereits kurz gezeigten Beispiele kurz präsentieren möchte.

Politik der Männlichkeit im Werk Munchs

Badende Männer – Vitalismus und Kult der Männlichkeit

Munchs *Badende Männer* sind durch die Forschung in Zusammenhang mit dem Vitalismus gebracht worden, einer Strömung in Nordeuropa Anfang des 20. Jahrhunderts, die unmittelbar an die Nietzsche-Rezeption der Zeit gebun-

einführender Text mit folgendem Satz beginnt: »Eros und Melancholie, Liebe und Tod, Alter und Einsamkeit – die Leitthemen Edvard Munchs haben sich [...] tief in unser gemeinsames Gedächtnis gegraben.« (Vorwort in Achenbach 2003. Siehe auch den Internetauftritt der Ausstellung: <http://munchundberlin.org>). Der Überhang der Rezeption von Werken der 1890er Jahre ist allerdings auch auf den Umstand zurückzuführen, dass in diese Zeit der Großteil von Munchs grafischer Produktion fällt, die schneller und weiter verbreitet werden konnte als die großen Gemälde.

12 Siehe Anm. 3.

den ist. Ein enger Kontakt zwischen Mensch und Natur soll wieder hergestellt werden, der durch Bürokratie, Urbanisierung und Technologisierung abgerissen sei. Wichtigster Aspekt der Bewegung in diesem Zusammenhang ist die Verherrlichung des männlichen Körpers als Verkörperung der Natur, als Rückkehr zum eigentlich Menschlichen, als lebensbejahendes Moment. Die Rückkehr zur Natur steht hier allerdings, anders als bei weiblichen nackten Körpern, nicht für eine Regression zu den Instinkten, sondern setzt im Gegenteil neue intellektuelle und kreative Kräfte frei, durch die eine höhere Stufe der Zivilisation erreicht werden kann.¹³

Die neuen Männerbilder können und müssen als Reaktion gelesen werden gegen Bilder von verweiblichten, fragmentierten Männern, also gegen die so verstandene »feminisierte« Kultur um 1900. Am Ende des 19. Jahrhunderts wurden das urbane Leben und die Familie als weibliche Sphären rezipiert, die bei zu großem Kontakt den Mann effeminiert, verweichlicht und krank werden lassen (siehe z.B. Bublitz 1998, 34f.). Das Leben in einem Männerkollektiv in möglichst großer Entfernung zur Großstadt ist demnach gesünder und die Männer in diesem Kontext viriler, vitaler und stärker. In den Sommerkolonien und Nudistencamps, die oft reine Männerveranstaltungen waren, wurden Rituale von Hygiene und Reinigung gepflegt und mit einer Suche nach Gesundheit und männlicher Identität verbunden. Diese »Re-Naturalisierung« des männlichen Körpers lässt sich, so legen es die Quellen nahe, nur unter Ausschluss von Frauen, in einem homosozialen Kontext, verwirklichen.

Das Beispiel eines schwedischen Kollegen Munchs, Eugène Janssons, zeigt, wie wichtig und umkämpft in einem homosozialen Kontext wiederum die Grenze zur Homoerotik ist. Jansson malte ab 1907 Männerakte in Sporthallen und Schwimmbädern. Ein Hauptwerk ist sein *Badebild* (1908), das im Jahr nach Munchs *Badenden Männern* entsteht und in ähnlicher Weise dem athletischen, ästhetischen, gesunden Männerkörper huldigt. Allerdings führte die Homosexualität des Künstlers, die einige Kollegen ablehnten, zu einem temporären Ausschluss aus einem Komitee des *Konstnårsförbundet* (einer wichtigen schwedischen Künstlervereinigung), also aus dem »homosocial bonding«, dem homosozialen Kollektiv (vgl. Varnedoe 1988, 121).¹⁴

Im Kult der Männlichkeit, den Munch mit seinen athletischen Männerakten in den *Badenden Männern* vorführt, werden durch den männlichen Körper also neue Räume und Bedeutungen für die Männlichkeit beansprucht. Eine vermeintliche Stabilisierung und Identitätsfindung kann hier aber nur durch massive Ausgrenzung von Frauenkörpern, weiblich konnotierten gesellschaftlichen Sphären und Homosexuellen erreicht werden.

13 Zu diesem Abschnitt siehe v. a. Berman 1993, Varnedoe 1988, S. 194f. und Bardon u.a. 1999, dort v.a. Huusko 1999. Zum Vitalismus außerdem: Martens 1971, Sørensen 1981.

14 Den Begriff der Homosozialität für ein Kontinuum gleichgeschlechtlicher (sozialer) Beziehungen zwischen Männern entwickelt Sedgwick 1985 und 1990.

Arbeiter – Männlichkeit und »Unsterblichkeit«

Wie bereits erwähnt, sind Munchs Arbeiterbilder eine weitere Werkgruppe, in der Männlichkeiten konstruiert und verhandelt werden. Interessant an den Tätigkeitsfeldern, die Munch für die Darstellung von Arbeitern auswählt, die also die Arbeiterschaft repräsentieren, ist die Tatsache, dass alle in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Diskurs über die Bildung der norwegischen Nation nach der Unabhängigkeit von Schweden 1905 stehen. Wie Patricia Berman, ausgehend von Munchs Bauern, gezeigt hat, stellen die Bauern schon seit der Romantik Ikonen der norwegischen Nation dar: »Munch assembled tropes for the body of the nation and translated them into the sturdy, fertile, atemporal bodies of the peasantry« (Berman 1997, 217). Die Körper der Bauern fungieren als Zeichen für einen nationalen Kollektivkörper, der sich durch seine »Fruchtbarkeit«, durch die Fähigkeit, Leben zu spenden und zu erhalten, auszeichnet. Hier findet also eine Geschlechterinversion statt, indem die weibliche Reproduktionsfähigkeit auch für Männer beansprucht wird. Damit geht wiederum ein Ausschluss von Frauen einher: Es gibt, bis auf wenige Zeichnungen aus den 1880er Jahren, keine Bilder von Bäuerinnen oder allgemein Arbeiterinnen während der Arbeit.¹⁵

Ebenfalls direkt mit dem Bau der Nation verbunden sind die Gleisarbeiter, die in den Jahren bis 1909 die Eisenbahnlinie Bergen-Oslo fertig stellten. Der Strecke wurde ein hoher symbolischer Wert zugesprochen, weil durch sie zwei zuvor getrennte Landesteile verbunden wurden und so zu einer Nation zusammenwachsen konnten. Die Gleisarbeiter wurden als die »real nation builders« verherrlicht, die die Nation unter Einsatz ihrer körperlichen Kräfte erbauten, im Gegensatz zu den selbsternannten urbanen Eliten, die vom Schreibtisch aus Entscheidungen fällten (vgl. Sæland 1996, 66).¹⁶

Die dritte Gruppe der »nation builders«, die im Werk Munchs wiederkehrt, sind die Bauarbeiter, die in Munchs letzten Lebensjahren am Bau des neuen Rathauses in Oslo, einem weiteren nationalen Prestigeprojekt, tätig waren. Für die Ausschmückung des Rathauses plante Munch über viele Jahre hinweg einen monumentalen *Arbeiterfries*. Die Pläne, die nie realisiert wurden, können dahin gedeutet werden, dass Munch den Arbeitern als »real nation builders« ein Denkmal setzen wollte. Eine politische und soziale Demonstration, die scheinbar nur die Kategorie »Klasse« verhandelt, ist, davon gehe ich aus, in den Kontext von Munchs lebenslanger Erforschung von Männlichkeiten eingebunden: Er dokumentiert mit der Arbeit in der Landwirtschaft, an der

15 Munch hat schon früher Bauern als Zeichen für Fruchtbarkeit eingesetzt, z.B. trägt die Darstellung eines Bauernpaares unter einem Baum in Munchs »Lebensfries« den Titel Fruchtbarkeit (1900). Das Bauernpaar kann hier zugleich für Produktion und Re-Produktion stehen.

16 Ich verwende hier den englischen Begriff »nation builders«, weil es im Deutschen keine Entsprechung zum »nationsbygging« im norwegischen Diskurs gibt. Vor der Fertigstellung der Bergen-Bahn konnte die Strecke zwischen den beiden Städten Bergen (an der Westküste gelegen) und Oslo nur über den Seeweg oder durch eine langwierige Reise über die Berge zurückgelegt werden.

Eisenbahn und am Bau eines Osloer Wahrzeichens die produktiven Fähigkeiten des Mannes, deren Ziel es ist, etwas zu schaffen, was überdauern wird. Als Künstler mit demselben Ziel und als »Handwerker«, also im Rahmen körperlicher und kultureller Arbeit, identifiziert er sich mit den Arbeitern, die alle im Rahmen der Meta-Erzählung der Nation ein unsterbliches Werk hinterlassen. Mit der Verherrlichung des eigenen Produktionsvermögens und des Männerkörpers als Ort der Einbindung in den Kreislauf des Lebens kann der Mann damit die Re-Produktion kompensieren, die der Frau und dem weiblichen Körper vorbehalten bleibt.¹⁷

Zusammenfassung

Meines Erachtens vermitteln Munchs spätere Männerbilder vor allem die Vorstellung von Männlichkeit als einer vitalen, produktiven und kreativen Kraft, die im Kollektiv gesehen dazu in der Lage ist, den Tod zu überwinden, indem sie Bleibendes schafft. Diese »Unsterblichkeit« beschränkt sich dabei nicht nur auf die traditionell männliche kulturelle Sphäre, sondern wird auf den biologischen Kreislauf und die Nähe des männlichen Körpers zur Natur ausgeweitet. Der Mann schreibt sich in den Zyklus des Lebens ein, indem er das Land bewirtschaftet und die Menschheit nährt oder indem er die Eisenbahnlinie Bergen-Oslo oder das neue Rathaus in Oslo baut und dadurch zum Bau und zum Überdauern der Nation beiträgt.

Munchs aktive Männerkörper sind Ikonen einer Vorstellung einer gesunden, kohärenten, stabilen Männlichkeit. Aber gleichzeitig weist schon Munchs sorgfältige Konstruktion von Männlichkeit, die Tatsache, dass er über Jahrzehnte hinweg ein neues Männerbild entwirft, auf ihren unnatürlichen, konstruierten und instabilen, krisenhaften Charakter hin. Munch schreibt die Eigenschaften Produktivität und Arbeit dem männlichen Geschlecht zu und verhandelt in diesem Kontext das eigene künstlerische Schaffen. Meines Erachtens wird damit zweierlei sichtbar: Erstens die geschlechtliche Bedingtheit von Künstlerschaft und zweitens die Konstruiertheit der Kategorie »Künstler« oder »Autor«, die in der Kunstgeschichte zumeist als neutrale Position gedacht ist.

Mein Ziel ist es, sichtbar zu machen, was in Diskursen über Künstlerschaft, Moderne und Repräsentation in der Vergangenheit oft als neutral imaginiert und deshalb gar nicht erst thematisiert wurde. Mir geht es nicht darum, der Person Munchs näher zu kommen, indem ich vermeintliche Identitätskrisen

¹⁷ Mit der Reproduktion hat sich Munch schon in seinem Frühwerk intensiv auseinander gesetzt. Bekanntestes Beispiel dafür ist eine Grafik-Version der Madonna (1895/1902), in der eine Frau, die im Augenblick der Empfängnis dargestellt ist, von einem Rahmen aus Spermien und einem Embryo umgeben wird.

untersuche, sondern darum, die Prozesse zu analysieren, durch welche ein männliches Künstlersubjekt, hier am Beispiel Munch, sich konstituiert und konstituiert wird. Dazu ist es notwendig, eine biografistische Lesart aufzugeben und in umgekehrter Stoßrichtung zu fokussieren, welche Aufschlüsse über das Künstlersubjekt die Bilder selbst zulassen. Liest man im Fall Munchs Rezeption und Werk gegeneinander, lässt sich erkennen, dass der »Moderne Künstler« kein neutraler, abgeschlossener Ort des Sprechens ist, sondern im Rahmen komplexer Repräsentations-, Ausschluss-, Abgrenzungs- und Resignifikationsverfahren, die ich anfangs als Politiken der Männlichkeit bezeichnet habe, erst konstituiert wird.

Literatur

- Achenbach, Sigrid (Hrsg.) (2003): Edvard Munch. Die Graphik im Berliner Kupferstichkabinett (Ausstellungskatalog), Berlin
- Bardon, Annie u.a. (1999): Munch und Warnemünde 1907-1908 (Ausstellungskatalog), Kunsthalle Rostock, Munch-Museum Oslo
- Berman, Patricia G. (1994): (Re-) Reading Edvard Munch: Trends in the Current Literature. In: *Scandinavian Studies*, S. 45-67
- Berman, Patricia G. (1993): Body and body politic in Edvard Munch's Bathing Men. In: Adler, Kathleen; Pointon, Marcia (Hrsg.): *The body imaged. The human form and visual culture since the Renaissance*, Cambridge/New York
- Berman, Patricia G. (1997): Edvard Munch's Peasants and the Invention of Norwegian Culture. In: Brown, Berit I. (Hrsg.): *Nordic Experiences: Exploration of Scandinavian Cultures*, Westport, CT/London, S. 213-233
- Berman, Patricia G.; Van Nimmen, Jane (1997): *Munch and Women. Image and Myth* (Ausstellungskatalog), Alexandria, Virginia
- Bublitz, Hannelore (Hrsg.) (1998): *Das Geschlecht der Moderne. Genealogie und Archäologie der Geschlechterdifferenz*, Frankfurt a.M./New York
- Connell, Robert W. (1995): *Masculinities*, Berkeley; Los Angeles
- Eggum, Arne (1993): Edvard Munch und seine Modelle 1912-1943. In: Schmidt, Johann-Karl; Zeller, Ursula (Hrsg.): *Edvard Munch und seine Modelle* (Ausstellungskatalog), Stuttgart, S. 13-17
- Huusko, Timo (1999): Im Spannungsfeld von Kunst und Trieb. Edvard Munch, Badende Männer und Finnland. In: Bardon, Annie u.a.: *Munch und Warnemünde 1907-1908* (Ausstellungskatalog), Kunsthalle Rostock, Munch-Museum Oslo, S. 108-117
- Lauretis, Teresa de (1987): *The Technology of Gender*. In: Lauretis, Teresa de (Ed.): *Technologies of Gender. Essays on Theory Film and Fiction*, Indiana, S. 1-30
- Lengerke, Christa von (1987): Edvard Munch. Kunst als Lebenssinn und Selbstbekenntnis. In: *Edvard Munch 1863-1944*, S. 50-63
- Martens, Gunter (1971): *Vitalismus und Expressionismus*, Stuttgart u.a.
- Munch og kvinnene – Munch and Women (Ausstellungskatalog) (2001) Bergen
- Munch, Edvard (1978): *Arbeiterbilder 1910-1930* (Ausstellungskatalog), Hamburg
- Munch, Edvard (1987): *1863-1944* (Ausstellungskatalog), München
- Munch, Edvard (1996): *The Soul of Work* (Ausstellungskatalog), Rjukan; Kopenhagen; Reykjavik
- Prelinger, Elizabeth (2001): *After the Scream. The Late Paintings of Edvard Munch* (Ausstellungskatalog), Atlanta
- Sæland, Frode (1996): Edvard Munch and Contemporary Norway. In: *Edvard Munch: The Soul of Work*, S. 63-78
- Shade, Sigrid; Wenk, Silke (1995): *Inszenierungen des Sehens: Kunst, Geschichte und Geschlechterdifferenz*. In: Bußmann, Hadumod; Hof, Renate (Hrsg.): *Genus. Zur Geschlechterdifferenz in den Kulturwissenschaften*, Stuttgart, S. 340-407

- Schmidt, Johann-Karl; Zeller, Ursula (Hrsg.) (1993): Edvard Munch und seine Modelle (Ausstellungskatalog), Stuttgart
- Sedgwick Kosofsky, Eve (1985): *Between Men. English Literature and Male Homosocial Desire*, New York/Chichester
- Sedgwick Kosofsky, Eve (1990): *Epistemology of the Closet*, Berkeley; Los Angeles
- Sørensen, G. (1981): Vitalismens år? In: *Cras*, S. 26-42
- Varnedoe, Kirk (1988): *Northern Light. Nordic Art at the Turn of the Century*, New Haven; London
- Zeller, Ursula (1993): Das Mysterium der Frau: Munch und seine weiblichen Modelle. In: Schmidt, Johann-Karl; Zeller, Ursula (Hrsg.): *Edvard Munch und seine Modelle (Ausstellungskatalog)*, Stuttgart, S. 161-171

»Queer meets Gender« – Prekäre Beziehung oder gelungene Koalition?

Zum Verhältnis von Queer Theory und Genderforschung

Standortbestimmung

Mehr als zehn Jahre nach der durch Judith Butler's Buch »Gender Trouble« ausgelösten »Genderdebatte« scheint die Frage nach der Verhältnisbestimmung von *queer* und *gender*, hier verstanden als Analysekategorien zur Erforschung gesellschaftlicher Sexualitäts- und Geschlechterverhältnisse, kaum noch die Gemüter zu erhitzen.

Zwar wurde in der BRD Butler's *Gender*kritik zunächst als poststrukturalistische Kritik an bisherigen feministischen *Gender*konzepten verstanden und erst in deren Verlauf als sexualtheoretische Entprivilegierung der Kategorie *gender* im Kontext von Queer Theory wahrgenommen. Gleichwohl wurde und wird *queer* hierzulande überwiegend als spezifische Variante konstruktivistischer *Gender*theorien angesehen. Nicht zuletzt die institutionelle Verortung des ersten Lehrstuhls für Queer Theory in Hamburg spricht hier eine deutliche Sprache, ist er doch als Teilgebiet der »Gender Studies« angelegt.¹ Damit wird auf der wissenschaftspolitischen Ebene symbolisiert, das *queer* als integraler Bestandteil der Frauen- und Geschlechterforschung anzusehen ist.

So gesehen ist dem langjährigen und polarisiert geführten Schlagabtausch zwischen Queer Theory und Genderforschung ein pragmatischer Umgang miteinander gewichen. Und nicht nur das: In Anbetracht einer gemeinsamen Bezugnahme auf konstruktivistische Theoriegrundlagen und einem ähnlich gelagerten erkenntnistheoretischen Interesse, wie der Frage nach der Produktion, Organisation und Konstruktion hegemonialer Sexualitäts- und Geschlechterverhältnisse, lässt sich in der Tat von Gemeinsamkeiten und Über-

1 Vgl. Birgit Bauer (1999). Die Autorin berichtet hier über den angestrebten Studiengang »Gender/ Queer Studies« an der Hamburger Universität und interpretiert das Potential von *queer* ausdrücklich als wichtige Ergänzung im Bereich der »Gender Studies«. Siehe dazu: <http://fh-hamburg.de/sp/standpunkt/treber/Bauer.htm> vom 15. Januar 2001. Wesentlich polemischer kommentiert vier Jahre später der Spiegel den ersten queeren Lehrstuhl in der BRD. Unter der Überschrift »Das Schwuchtel-diplom« berichtete der »Spiegel« (UniSpiegel 1/2003) über das Modefach! »Gender Studies« und dessen neuesten Ableger »Queer Studies«. Inhaltlich definierte der »Spiegel« *queer* verkürzt als *gender*-Theorie für sexuelle Minderheiten und fragt anschließend besorgt nach den Berufsperspektiven für solche »Orchideenfächer«. Erwähnenswert erscheint mir diese Art der Berichterstattung wegen ihrer Verknüpfung von politischem Mainstream-Journalismus, Homophobie und der ökonomischen Funktionalisierung des Akademischen. Vgl.: Spiegel Online: <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,232930,00.html> vom 28. Februar 2003.

lappungen zwischen *queer* und *gender* sprechen. Doch die Feststellung von Gemeinsamkeiten ist nicht mit einer Austauschbarkeit der Kategorien und Theoriegebäude gleichzusetzen. Ein (kurzer) Blick auf die Entstehungsgeschichte und den Debattenverlauf soll dies verdeutlichen: Während die Kategorie *gender* im deutschsprachigen Bereich in einer viel diskutierten und durchaus konfliktbeladenen Beziehung zwischen Frauen-/Lesbenbewegung, feministischer Wissenschaft, Frauenforschung und Gender Studies angesiedelt ist, gibt es dazu keine entsprechende Korrespondenz für die Kategorie *queer*.

Zur Erinnerung: Der Begriff *queer*, in den USA ein homophobes Schimpfwort, wurde dort Ende der 1980er Jahre von der Queerbewegung zu einem neuen politischen Kampfbegriff gewendet. In den US-amerikanischen aktivistischen Kontexten wurde *queer* damit zum Ausdruck einer Kritik an integrationistischen Homo-Emanzipationspolitiken und führte zu einer neuen Art von politischem Aktivismus.² Parallel dazu kam es auf der akademischen Ebene mit dem Entstehen der Queer Theory zu einer Abgrenzung und Weiterentwicklung von den »Gay and Lesbian Studies«. In Deutschland hingegen war der Begriff *queer* nicht nur ohne jegliche Anwendungstradition im Sprachgebrauch, der – nicht zuletzt auch deswegen – zu einer zögerlichen und marginalen Verankerung in den Bewegungsmilieus führte. Der amerikanische Theorieimport *queer* traf zudem auf eine kaum vorhandene akademische Anbindung der Lesben- und Schwulenforschung in der BRD.

Insofern lässt der Schlagabtausch zwischen Queer Theory und Genderforschung, auch eine Lesart zu, die in der langjährigen Tradition feministischer Forschung steht, lesbisch-schwule Theorien und Erkenntnisinteressen für die eigenen Theoriebildung möglichst auszublenden bzw. innerhalb der akademischen Forschungslandschaft nicht zur Kenntnis zu nehmen. Nicht zuletzt deswegen weist die Queertheoretikerin Sabine Hark darauf hin, dass seit Beginn feministischer Theoriebildung die Figur der »Lesbe« als das konstitutive Außen, als die »illegitime Cousine«³ der Frauen- und Geschlechterforschung⁴ fungierte. Vor diesem Hintergrund scheint es also kaum verwunderlich, dass Butler's Heterosexualitätskritik, d.h. ihr Hinweis auf die konstitutiven, aber ausgeblendeten heteronormativen Grundlagen hinsichtlich der Konzeptionalisierung der feministischen Kategorie *gender*, in der sogenannten »Genderdebatte« für lange Zeit hartnäckig übersehen wurde.

Mittlerweile haben sich – wie weiter oben schon erwähnt – die Wogen der Anti-Butler-Front beruhigt und die Tatsache, dass theoretische Ansätze im Be-

2 Die Queerbewegung entstand vor dem Hintergrund der Aids-Krise und dem offensichtlichen politischen Unvermögen der etablierten Lesben- und Schwulenorganisationen, darauf angemessen und wirkungsvoll zu reagieren, sowie einer in den USA hegemonial gewordenen rechtskonservativen politischen Landschaft.

3 Vgl. Hark, Sabine (1998)

4 Trotz aller vorhandenen Unterschiede zwischen feministischer Forschung, Frauen- und Geschlechterforschung sowie Genderforschung verwende ich in diesem Beitrag diese Begrifflichkeiten synonym.

reich Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender etc. und die Thematisierung von Heterosexualität Einlass in die Universität gefunden haben, kann als Erfolg gewertet werden.

Doch diese aktuelle Entwicklung ist in einem hohen Maß von Gegensätzen und Widersprüchlichkeiten bestimmt. Zwar kommt es zu einer Öffnung gegenüber *queer* im Kontext der Genderforschung. Gleichzeitig ist dieser Prozess von einer neuartigen klammheimlichen Arbeitsteilung zwischen einer einerseits geschlechterkritischen Genderforschung und einer andererseits sexualitätstheoretischen »Queerforschung« geprägt. Mit anderen Worten: Das Zentrum-Peripherie-Verhältnis zwischen einer hegemonialen, auf Geschlechterverhältnisse bezogenen, Genderforschung und einer marginalisierten queeren (Homo)Sexualitätsforschung wird weiter fortgeschrieben. Einer der Gründe ist sicherlich die nach wie vor vorhandene Neigung der Mehrheit des akademischen Feminismus, sich gegen das vermeintliche Terrain der Queer Theory abzuschotten. Aber auch der gegenwärtige Trend, die Queer Theory als eigenständige akademische Disziplin zu etablieren, sollte nicht übersehen werden. Denn die vielfältigen Bestrebungen einer Institutionalisierung bergen durchaus die Gefahr, die hierarchisch-analytische Trennung von *queer* und *gender*, im Sinne einer stärkeren Profilierung der jeweiligen Gegenstandsbereiche, weiter zu forcieren.

Nach diesem Versuch einer aktuellen Standortbestimmung der Queer Theory entlang einer kritischen Diskussion um die akademische Verankerung und Gefahren und Paradoxien der Kämpfe um Anerkennung im wissenschaftlichen Feld, möchte ich mich nun dem eigentlichen Inhalt meines Beitrags zuwenden.

Im Folgenden beabsichtige ich eine Auseinandersetzung um das Verhältnis von *queer* und *gender*, in deren Mittelpunkt die theoretischen Interventionen der Queer Theory stehen. Im Gegensatz zu der sich abzeichnenden Tendenz einer Aufteilung des akademischen Feldes in Queer Theory bzw. Queer Studies und Gender Studies, begreife ich die Analysekategorien *queer* und *gender* nicht als feststehende Entitäten oder klar abgrenzbare Forschungsfelder, sondern als konstitutives Wechselverhältnis, in dem beide Begriffe in einem dynamischen Verhältnis zueinander stehen. Die Perspektive, die ich mit der Frage »Queer meets Gender – prekäre Beziehung oder gelungene Koalition?« einnehme, setzt also beide Positionen in ein relationales Verhältnis zueinander und möchte dabei dieses Verhältnis in kritischer Weise durchqu(e)ren.

Mit dieser kritischen Bestandsaufnahme plädiere ich nicht nur für eine queer-feministische Herangehensweise, sondern auch für eine stärkere Wahrnehmung der differentiellen Vielfältigkeit queerer und gendertheoretischer Forschungsansätze.

Doch erst einmal stellt sich die Frage, welche kritischen Spuren die Queer Theory gelegt hat, was dies für die aktuelle Auseinandersetzung mit femini-

stischen *gender*-Konzepten bedeutet und was darin eine queer-feministische Perspektive meint?

Ausgangspunkt hierfür bilden für mich die Kernelemente der Queer Theory: Erstens die Forderung nach einer adäquaten Theoretisierung von (Hetero)Sexualität, zweitens die Infragestellung von Zweigeschlechtlichkeit als Naturtatsache und schließlich drittens die Kritik an den identitätslogischen Grundlagen emanzipatorischer Bewegungen. Damit verbinde ich die These, dass diese drei signifikanten Züge der Queer Theory ganz unterschiedliche und vielfältige Berührungspunkte, Einlassungen und Ausblendungen hinsichtlich der Konzeptionalisierung der Kategorie *gender*, nicht nur in der Genderforschung, hervorgerufen haben.

Gender without Sexuality?

Beginnen möchte ich mit der in bundesdeutschen Kontexten relativ ausgeblendeten US-amerikanischen Kontroverse um *queer*, nämlich dem Appell nach einer Trennung von »Sexualität« und *gender* bzw. der Bevorzugung der Analysekategorie »Sexualität« gegenüber der Analysekategorie *gender* in queeren Ansätzen.

Auch wenn der Theoriestrang der feministischen Sexualitätsforschung kaum in der hiesigen Frauen- und Geschlechterforschung rezipiert wurde, möchte ich an dieser Stelle darauf eingehen. Denn meiner Meinung nach knüpft *queer* mit der theoretischen Fokussierung auf die Analysekategorie »Sexualität« an bestimmte feministische Analysen zur gesellschaftlichen Organisation von Sexualität an, geht jedoch gleichzeitig auch über jene hinaus: Erstmals kam es zu einer Politisierung von Sexualität in den mittlerweile als Klassiker zu bezeichnenden Arbeiten von Kate Millett⁵, Adrienne Rich⁶ und Catharine MacKinnon.⁷ Sexualität wurde hier zum ersten Mal jenseits von Privatheit und Intimität als soziales Verhältnis bestimmt. Die Gemeinsamkeit jener frühen, die feministische Auseinandersetzung um Sexualität sehr prägenden, Entwürfe beruhte dabei auf der Bestimmung von Sexualität als Moment der gesellschaftlichen Ordnung und der Erforschung von Sexualität aus dem Blickwinkel der Geschlechterhierarchie. D.h. Sexualität wurde maßgeblich für die hierarchische Organisation der Geschlechterverhältnisse verantwortlich gemacht.

In Anschluss an jene frühen sexualtheoretischen feministischen Debatten ist auch in der queeren Version Sexualität das zentrale Strukturierungsprinzip des Sozialen. Aber anders als in den bisherigen feministischen Analysen ge-

5 Vgl. Kate Millett (1985)

6 Vgl. Adrienne Rich (1989)

7 Vgl. Catharine A. MacKinnon (1989)

sellschaftlicher Sexualitätsverhältnisse stellen so unterschiedliche queere TheoretikerInnen wie Diane Fuss, Eve Sedgwick Kotosofsky und Michael Warner⁸ die Homo/Heterosexualität-Dichotomie als Fundament moderner Machtverhältnisse in den Mittelpunkt. Die Aufteilung des sexuellen Feldes in Homosexualität und Heterosexualität wird in ihnen zur Basis für vielfältige Untersuchungen über das abendländische Denken, dessen Diskurse, Wissenssysteme, Normalisierungspraktiken und Ordnungen des Symbolischen.

Mit Blick auf die Kategorie *gender* wird somit von einem Teil queertheoretischer DenkerInnen normative (Hetero)Sexualität gewissermaßen als »Masterkategorie« positioniert, die gelegentlich in einem äußerlichen und für manche gar in einem entgegengesetzten Verhältnis zur *gender*-Problematik steht.

Im Unterschied dazu kommt es bei dem eher am Feminismus orientierten Zweig der Queer Theory, stellvertretend seien hier Theresa de Lauretis⁹ und Judith Butler¹⁰ genannt, zu einer expliziten Auseinandersetzung um das Verhältnis von (Hetero)Sexualität und Geschlecht. D.h. die beiden Autorinnen denken Geschlechterhierarchie und normative Sexualität als konstitutiven Zusammenhang. In erster Linie ist hierbei Butler's Diktum vom »Gesetz der heterosexuellen Kohärenz« zu nennen, das die Verknüpfung von Gender-Normen und Heterosexualität innerhalb der Queer Theory theoretisch fundierte und eine sexualitätstheoretische Konzeptionalisierung der Kategorie *gender* einführte.

Die Diskussion um die beiden Analysekatgeorien in der US-amerikanischen *queer*-Debatte bildet somit die Grundlage für eine zweidimensionale Verortung von Sexualität und führt zu zwei voneinander zu unterscheidenden Problemzonen im Kontext der Verhältnisbestimmung von *queer* und *gender*.

Einmal stellt sich die Frage nach den ausgeblenden sexualitätstheoretischen Grundannahmen innerhalb der Kategorie *gender*, d.h. problematisiert wird die heteronormative Verfasstheit von *gender* in der feministischen Theoriebildung. Zum anderen geht es um die Bedeutung von *gender* im Verhältnis zu Sexualität als zwei miteinander verwobenen aber getrennten Faktoren im Feld sozialer Regulierung. Mit dem Auftauchen der sexualtheoretischen Akzentsetzung der Queer Theory wird also die Berechtigung der Dominanz einer einzigen Leitkategorie (*gender*) legitimationsbedürftig, aber auch umgekehrt wird die Glaubhaftigkeit einer inneren Kohärenz von Leitkategorien brüchig. So gesehen geht es weniger um eine analytische Separierung oder um die Aufgabe einer feministischen Verpflichtung durch die Queer Theory, vielmehr hätten *gender*-zentrierte Ansätze die Aufgabe, in wechselnden Perspektiven das Funktionieren von (Hetero)Sexualität zu berücksichtigen. In Anbe-

8 Vgl. Diana Fuss (1991) und Michael Warner (1993). Bezeichnenderweise sind all diese sexualitätstheoretischen Arbeiten im Bereich der Queer Theory bis heute in Deutschland nicht übersetzt worden.

9 Vgl. Theresa de Lauretis (2003)

10 Grundlegend dazu: Judith Butler (1991)

tracht der bislang ausgebliebenen Auseinandersetzung zum Thema (Hetero-) Sexualität in der deutschsprachigen Gender-Forschung signalisiert diese Problematik momentan allerdings die größte Barriere zwischen Queer Theory und Genderforschung.

Queering gender oder gendering Queer?

Der zweite theoretische Eingriff der Queer Theory hingegen entspringt einer neuen Art und Weise, sexuelle Differenz zu denken und initiierte ein neuartiges Verständnis von *gender*. Grundlage hierfür bilden die in den lesbisch-schwulen Subkulturen anzutreffenden Praktiken der »Gender Performance«, oder auch »Gender Parody«, die aus queerer Sicht einen Ansatz zur Dekonstruktion normativer und binärer Geschlechtermodelle bereitstellen.

Die Entwicklung einer Theorieform, die am Zwang zur geschlechtlichen Vereindeutigung ansetzt in Verbindung mit der Infragestellung von Zweigeschlechtlichkeit als Naturtatsache wurde damit maßgeblich für einen spezifischen queeren *gender*-Begriff. Auch hier war Butler im deutschsprachigen Bereich prägend für den entscheidenden Wechsel in der Perspektive. Ihre Vorstellung von der Performativität von Geschlecht, d.h. von Geschlecht als produktive Zitationspraxis, steht für eine radikal entnaturalisierte Funktions- und Herstellungsweise von Geschlechtlichkeit. Geschlecht bzw. die binäre und hierarchische Organisation von Geschlechterdifferenz wird zum Effekt hegemonialer kultureller Codes und Zeichensysteme.

War Butler's semiotisch-materielle Konzeptionalisierung von *gender* lange Zeit der umstrittenste Aspekt der Queer Theory, so ist nun positiv zu vermerken, dass diese Denkweise von Geschlecht eingespeist ist als eine von vielfältigen Untersuchungsbereichen konstruktivistischer *gender*-Theorien.

Doch der Einschluss queerer Theorieelemente in die Genderforschung erfolgte nicht ohne Ausschluss. So resultiert die Rezeption des queeren *gender*-Konzepts überwiegend aus der mangelnden Berücksichtigung all jener, die nicht ins hegemoniale *gender*-Raster passen. Die gesamte Palette sexueller und geschlechtlicher Minoritäten, die den theoretischen Hintergrund für eine queertheoretische Konzeptionalisierung von Geschlecht darstellen, verweilt nach wie vor jenseits der meisten feministischen *gender*-kritischen Arbeiten und wird vorzugsweise nur in queeren Forschungen zum Untersuchungsgegenstand.

Verloren geht auf diese Weise die Besonderheit und das Anliegen der queeren *Gender*-Theorie, nämlich die Ermöglichung und die Wahrnehmung nicht-kongruenter Nebeneinanderstellungen verschiedener Konfigurationen von Geschlecht.¹¹ D.h. die innere Stabilität des binären Rahmens von *gender* wird weiterhin aufrechterhalten. Hinterrücks entsteht so die paradoxe Situation ei-

ner neuerlichen sexuellen und geschlechtlichen Homogenisierung der Kategorie *gender* – auch wenn nun die Entstehung und Verstetigung (hetero-)normativer Zweigeschlechtlichkeit zum Erkenntnisinteresse geworden ist.

Gleichzeitig erfordert die queere Dekonstruktion von »Geschlecht« und die damit verbundene Geschlechterutopie – sei es nun die Auflösung, die Vervielfältigung oder die Veruneindeutigung von Geschlecht – einen feministischen Bezugsrahmen. Denn die theoretische wie politische Popularisierung von Gender-Stilisierungen entwickelt sich zunehmend zu einer entpolitisierenden Form von »Gender Games«¹² und bringt bisweilen die Problematik der Geschlechterhierarchie in eine allzu schlichte Logik.¹³ Die Frage, wann und unter welchen Bedingungen das Überschreiten oder Verwischen von Geschlechtergrenzen emanzipatorische Veränderungen hervorruft, wird dabei ins Abseits gedrängt. Betonen queere Ansätze folglich die Relevanz und Vielzahl lesbisch-schwuler *gender*-Formen, so ist aber auch anzumerken, dass damit kein zwangsläufiger Automatismus in Bezug auf eine Destabilisierung hegemonialer gesellschaftlicher oder geschlechtlicher Wirklichkeiten verbunden ist. Vielmehr bedarf das queere *gender*-Modell einer stärkeren kontextuellen Rückbindung und Analyse konkreter parodistischer Gender-Praktiken, um deren Effekte im Feld des Politischen auszuloten.

Verque(e)re Identitäten?

Zusammenfassend lässt sich sagen: Der US-amerikanische Theorieimport *queer* revolutionierte durch eine sexualtheoretische Operationalisierung der Geschlechterverhältnisse und ein entnaturalisiertes Konzept von Geschlechterdifferenz buchstäblich das Denken des Feminismus. Trotzdem ist als dessen eigentlicher Erfolg die Kritik an den identitätslogischen Grundlagen feministischer Theorie und Praxis zu nennen.

Im Zentrum der queeren Identitätskritik stand dabei vor allem die bislang unreflektierte normative Bezugnahme von Identität in der feministischen Theoriebildung und in den Bewegungsmilieus.

D.h. mit der Kritik an den Identitätskategorien »Frau«, »Lesbe« und »Geschlecht« der Frauen-/Lesbenbewegung und -forschung wurden deren inhärente Ausschlussverfahren benannt und Identität als ausschließendes und normierendes Regulationsregime enttarnt.

Eine der wichtigsten Ausgangspositionen der Queer Theory ist folglich, dass Identitäten keine Konstanten sind, sondern das Resultat von Normierungen.¹⁴

11 Vgl. Sabine Hark (1998)

12 So heißt ein fast gleich lautender Titel zum Thema: Marion Strunk (2002)

13 Vgl. dazu: Antke Engel (2000)

14 Judith Butler, Das Unbehagen der Geschlechter, a.a.O.

Gleichzeitig fungierte die queere Identitätskritik und die dadurch ausgelöste Debatte um die Prämissen feministischer Forschung als dynamisches Feld der Neustrukturierung der Frauen- und Geschlechterforschung. Entsprechend war die queere Identitätsskepsis eine der gewichtigen Faktoren für die Forcierung bzw. die gesteigerte Prominenz der Analysekategorie *gender* und der sogenannten »gender studies«.

Nicht zuletzt deswegen teilen *queer* und *gender* die Infragestellung von Identitäten als kohärente feststehende Einheiten und vertreten beide ein anti-normatives, hybrides, entnaturalisiertes, anti-essentialistisches Identitätskonzept.

Doch *queer* steht für mehr als für eine Identität ohne Essenz. Die Verflüssigung von Identitäten und die Betonung von Pluralität und Differenz geht einher mit dem Anspruch auf ein neuartiges Analysemodell. Die queere Kritik an den Identitätsfixierungen feministischer Theoriebildung versteht sich zugleich als ein Versuch, neue epistemologische Landkarten zu schreiben, die sich nicht in den Beschränkungen normativer, kohärenter Kategorien und Denksysteme einnisten.¹⁵

Dementsprechend möchte ich die eingangs gestellte Frage nach der Bedeutung einer queer-feministischen Perspektive weniger im Sinne von Interdisziplinarität beantworten, sondern vielmehr eine transdisziplinäre Herangehensweise anregen. Denn beim Thema Queer-Feminismus sollte es nicht darum gehen, zwei getrennte diskrete Entitäten zu verbinden, sondern deren gegenseitige Bedingtheit nachzuweisen. Trans- und nicht Interdisziplinarität hieße somit der Weg zur Beachtung der Vielfältigkeit, Komplexität und gegenseitigen Verwobenheit gesellschaftlicher Ungleichheits- und Dominanzverhältnisse, innerhalb derer Sexualitäts- und Geschlechterverhältnisse eine bedeutsame Rolle spielen.

Die Frage nach der Verhältnisbestimmung von *queer* und *gender* müsste demzufolge aufgegeben werden zugunsten einer multidimensionalen Perspektive, in der Queer-Feminismus als Knotenpunkt vielfältiger Überschneidungen und Verbindungen¹⁶ im Kontext weiterer Regime sozialer Regulierung, wie. z.B. Klasse, Behinderung oder Ethnizität, zum Ausgangspunkt einer kritischen Gesellschaftsanalyse der Vergangenheit und Gegenwart wird.

Schlussbetrachtung: Sexualität, Geschlecht, Identität und die ökonomische Ordnung

Trotz all der Bemühungen, eine komplexere Kartographie gesellschaftlicher Regulationsregime zu bestimmen, bleibt in den meisten queeren wie in

15 Vgl. Judith Butler (2003)

16 Vgl. Heike Raab, Trixie Schwarzer, Karen Wagels, Mica Wirtz (2001)

17 Siehe dazu: Katharina Pühl, Nancy Wagenknecht (2001)

gender-zentrierten Ansätzen besonders die ökonomische Dimension der Produktion, Organisation und Konstruktion von Sexualitäts- und Geschlechterverhältnissen seltsam unbestimmt.

Versteht man jedoch die Verfasstheit sexueller und geschlechtlicher Minderheiten als Symptom der jeweiligen kapitalistischen Form der Vergesellschaftung, so wird der Modus der Regulation von Sexualität und Geschlecht zu einem zentralen Bestandteil für das Funktionieren der politischen Ökonomie.

Gerade vor dem Hintergrund eines scheinbar gleitenden Übergangs der Regime normativer Heterosexualität und rigider Zweigeschlechtlichkeit in eine neoliberale Auffächerung vielfältiger geschlechtlicher und sexueller Lebensstilkomponenten scheint eine theoretische und analytische Erfassbarkeit der Veränderungen des heteronormativen Gefüges aus einem ökonomietheoretischen Blickwinkel eine wichtige Aufgabe.

So lautet denn meine abschließende These: Die gemeinsame Leerstelle queerer und gendertheoretischer Arbeiten ist eine unzureichende Problematisierung gegenwärtiger sozio-ökonomischer Verschiebungen von Sexualitäts- und Geschlechterverhältnissen.¹⁷ Ein künftig zu verfolgendes Anliegen queerfeministischer Arbeiten wäre demzufolge, die Bedeutung der Flexibilisierung von Identitäten, Geschlechtern und Sexualitäten im Verhältnis zu den Arenen des Ökonomischen¹⁸ auszuloten.

Literatur

- Bauer, Birgit (1999): Was heißt hier queer? In: standpunkt 3/99, <http://fh-hamburg.de/sp/standpunkt/treiber/Bauer.htm> vom 15.01.01.
- Butler, Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt a.M.
- Butler, Judith (2003): Imitation und Aufsässigkeit der Geschlechtsidentität, In: Kraß, Andreas (Hg.): Queer Denken, Frankfurt a.M., S. 144 - 171
- de Lauretis, Theresa (2003): Sexuelle Indifferenz und lesbische Repräsentation, in: Kraß, Andreas (Hg.): Queer Denken, Frankfurt a.M., S. 80 - 113
- Engel, Antke (2000): Umverteilungspolitiken: Aneignung und Umarbeitung der begrenzten Ressource Maskulinität in lesbischen und transgender Subkulturen, In: Die Philosophin, H. 22, S. 69 - 84
- Fuss, Diana (1991): inside/out - Lesbian Theories, Gay Theories, Routledge
- Halberstamm, Judith: (1998): Female Masculinity, Duke University Press
- Hark, Sabine (1998): Parodistischer Ernst und politisches Spiel, In: Hornscheidt, Antje; Jähnert, Gabriele; Schlichter; Annette (Hrsg.): Kritische Differenz - Geteilte Perspektiven, Opladen, S. 115 - 140
- Hark, Sabine (1998): »Umstrittene Wissensterritorien: Feminismus und Queer Theory« - Reflexivität als Programm, In: Ferdinand, Ursula; Pretzel, Andreas; Seeck, Andreas (Hg.) Verqueere Wissenschaft, Münster 1998, S. 13 - 24
- MacKinnon, Catharine A. (1989): Feminismus, Marxismus, Methode und der Staat: Ein Theorieprogramm, In: List, Elisabeth; Studer, Herlinde (Hg.): Denkverhältnisse, Frankfurt, S. 86 -133
- Millett, Kate (1985): Sexus und Herrschaft, Hamburg
- Ott, Cornelia (1998): Die Spur der Lüste. Sexualität, Geschlecht und Macht, Opladen

18 Zu den Arenen des Ökonomischen zähle ich nicht »das Ökonomische« im engeren Sinn, sondern auch das staatliche Setting, subkulturelle Praktiken und Arbeitsverhältnisse

- Pühl, Katharina; Wagenknecht, Nancy (2001): Wir stellen uns queer. In: *Jungle World*, Nr. 15, S. 5
- Raab, Heike; Schwarzer, Trixie; Wagels, Karen; Wirtz, Mica (2001): Queer Feminism. In: *femina politica*, H. 1, S. 97 - 103
- Rich, Adrienne (1989): Zwangsheterosexualität und lesbische Existenz. In: List, Elisabeth; Studer, Herlinde (Hg.): *Denkverhältnisse*, Frankfurt, S. 244 - 281
- Sedgwick Kovosofsky , Eve (1990): *Epistemology of the Closet*, New York et. al.
- Strunk, Marion (Hg.) (2002): *Gender Game*, Tübingen
- Warner, Michael (1993): *Fear of a queer Planet: Queer Politics and Social Theory*, Minneapolis/London

Queer zwischen kritischer Theorie und Praxisrelevanz

Einleitung

»Sehr geehrte Damen und Herren« ist ein Anfang, wie er bei nahezu jeder Rede und beinahe jedem Anschreiben gebraucht wird. Schon in dieser Begrüßungsformel wird deutlich, wie binär unser Alltagsleben aufgebaut ist, wie wenig Platz Menschen darin finden, die nicht dem gesellschaftskonformen Schema entsprechen. Nur zu oft greifen auch Menschen darauf zurück, die es eigentlich besser wissen müssten, Menschen, die schon seit langem in *gender* oder queeren Zusammenhängen aktiv sind. Ich möchte Sie mit diesem Text zu einem *queeren* Diskurs einladen, zu einer radikalen Kritik der normativen Zweigeschlechtlichkeit, wie sie die Queertheorie offen darlegt (2. Abschnitt), und darüber hinaus zu einer kritischen Betrachtung theoretischer Queerkonzepte in Bezug auf ihre Praxisrelevanz (3. Abschnitt). Schließen möchte ich mit einer Vision einer verqueeren Gesellschaft.¹

Queer? Ein historischer Abriss

Aus dem Englischsprachigen kommend, stand und steht *queer* als Schimpfwort für Homosexuelle. Übersetzt bedeutet es soviel wie »seltsam« oder »merkwürdig«, im Sprachgebrauch erhält es eher eine mit »Schlampe« oder »Arschficker« vergleichbare Bedeutung. Historisch entstammt *queer* der schwulen Subkultur und wurde in den USA bereits 1930 als eine Vorform von »gay« genutzt (Jagose 2001). Zunächst schon als überkommener Begriff angenommen, wurde *queer* durch *Queer Nations* in den 1980er Jahren selbstbewusst aufgegriffen und erfuhr eine Umdeutung hin zu einem übergreifenden Ausdruck, der alle Menschen, unabhängig von ihrer Identität und Lebensweise, einschließen soll. Damit stellte *queer* zumindest in der wissenschaftlichen Fachsprache explizit einen Gegensatz zu *gay* oder *lesbian* dar. *Queer Nations* entwickelte sich als loser Zusammenschluss verschiedener Gruppen und baute auf der vorangegangenen Act up-Bewegung auf, die sich zunächst aus HIV-infizierten und aidskranken Schwulen zusammensetzte und mit provokanten öffentlichen Aktionen auf die Situation aus der Gesellschaft Ausgegrenzter aufmerksam machte. Rasch entstand eine Sammelbewegung, die auch Kritik

1 Sprachlich werde ich ausschließlich die weibliche Bezeichnung verwenden mit der Intention, Menschen aller Identitäten einzuschließen und an Ihnen nicht vorbeizureden.

an der lesbischen und schwulen Community übte, die den weißen mittelständischen Mainstream angriff (und angreift) und Lesben und Schwule anderer Ethnien, Tunten, Trans*en, SMlerinnen, Prostituierte, Menschen der »Unterschicht« in den Blickpunkt der (lesBiSchwulen) Öffentlichkeit rückte. *Queer* entwickelte sich zu einer Bewegung, in der sich alle diejenigen zusammenfanden, die von der Gesellschaft zu Außenseiterinnen gemacht wurden (Kraß 2003). Allein die Begrifflichkeit verlieh *queer* dabei schon einen kämpferischen Charakter, der in öffentlichen Aktionen untermauert wurde. Mit dem Kampf auf der Straße begannen sich in den 90er Jahren Theorien zu entwickeln, die Unterdrückungs- und Abhängigkeitsverhältnisse aufzeigen wollten und begannen, die HERRschende binäre Ordnung zu hinterfragen. Patriarchat, Heteronormativität und Zweigeschlechtlichkeit wurden in Tradition zu radikaler feministischer Theorie als Unterdrückungsverhältnisse ausgemacht, hinterfragt und Lösungsvorschläge aufgezeigt.

Konzept Uneindeutigkeit

Kein Geschlecht oder viele. So ein Leitsatz der Queertheorien. Zweigeschlechtlichkeit wird als gesellschaftliches Konstrukt offenbart, das zudem erst im 19. Jahrhundert in dieser Form entstanden ist. Zuvor gab es eine Unterscheidung »vollkommener« und »unvollkommener« Körper, mit der jedoch nicht der Aspekt der Unterordnung verknüpft war. Ebenso bildete sich auch erst Mitte des 19. Jahrhunderts eine Definition von Homosexualität heraus. In frühen Diskussionen der 1970/80er Jahre suchten feministische Theorien, *sex* als biologisch festgelegtes Geschlecht und *gender* als Geschlechtsidentität voneinander zu trennen. Damit wollten sie aufzuzeigen, dass Geschlechtsidentität unabhängig von einer biologischen Bestimmtheit existiert, dass *sex* also nicht genutzt werden darf, um Rollenverhalten und Benachteiligungen abzuleiten. Diese Strategie ist problematisch, zementiert sie doch die Zweigeschlechterordnung als biologisch begründet und räumt Menschen, die einem dieser Geschlechter nicht entsprechen oder entsprechen wollen, keine Existenzberechtigung ein. Judith Butler argumentiert gegen diese Aufspaltung und zeigt auch *sex* als gesellschaftlich konstruiert auf (Butler 1991).

Schon in der Erziehung wird jungen Menschen vermittelt, wie »Mann« und »Frau« aussehen, welche biologischen Merkmale sie haben und welche gesellschaftlichen Rollen sich daraus herleiten. Medien, Einkaufsverhalten, umgebende Gesellschaft tun ein Übriges, um Uneindeutigkeiten zu reglementieren bzw. auszuschließen. Es schickt sich nicht, wenn »Jungen« mit Puppen oder »Mädchen« mit Autos spielen. Beim Einkauf muss Wäsche scharf getrennt sein, als »Mann« oder als »Frau« könnte man sonst Kleidungsstücke kaufen, die nicht dem »Geschlecht« entsprechend sind. Werbung verkauft Produkte

für »Männer« oder »Frauen«. Nicht zuletzt zeigt auch die Toilettennutzung klar, was man ist bzw. viel deutlicher, was nicht. Paradoxerweise gilt das Toilettenbeispiel nicht bei behinderten Menschen. Diese passen auf Grund ihrer Behinderung nicht in das genormte Bild, so dass ihnen selbst von einer konsequent binären Gesellschaft »Geschlecht« und Sexualität abgesprochen werden. Diese erlernte Wahrnehmung wirkt zeit Lebens fort und erschwert einen unvoreingenommenen Umgang mit anderen Menschen. Man lernt, solange man sich innerhalb einer weißen, gutsituierten Zweigeschlechtlichkeit bewegt, kann man gleichberechtigt an allen Formen des gesellschaftlichen Lebens teilhaben. Je nach Intensität der Abweichung nimmt auch der Grad der Akzeptanz und gesellschaftlichen Teilhabe ab.

Normen der Gesellschaft spiegeln sich auch im Umgang mit der sexuellen Orientierung wider. Alles was nicht-weiß und nicht-heterosexuell ist, hat keinen Platz oder muss sich diesen erst erstreiten, immer der Gefahr ausgesetzt, schon bei kleinen Änderungen der politischen Lage wieder – oder verstärkt – Diskriminierungen ausgesetzt zu sein. Mit Sondergesetzen soll eine rechtliche Gleichstellung von Homosexuellen erreicht werden. Neben dem unübersehbaren Schluss, dass Sondergesetze immer auf Diskriminierungen fußen (sonst könnten ja die gleichen Rechte zugestanden werden), muss auch beleuchtet werden, dass unsere gesamte Gesellschaft auf Heterosexualität orientiert. Es fängt an bei der Ehe und dem Ehegattensplitting und endet nicht bei der Bildungspolitik, Medien- und Werbebranche, die durch eine Fixiertheit auf heterosexuelles Publikum² einen verstärkten Druck auf Menschen, die nicht so l(i)eben, ausüben. Dabei bildet, das sei hier auch kurz angeschnitten, die Linke keinerlei positive Ausnahme, wie die Erfahrungen mit der Exillinken während des Nationalsozialismus³ und im real existierenden Sozialismus⁴ zeigen. Auch in anarchistischen Ideen wird freie Liebe als freie Liebe des Mannes verstanden. (Hetero)Sexismus ist auch hier ein entscheidendes Machtelement.⁵

2 Auch die Einteilung in »homo«- und »heterosexuell« ist problematisch, führt sie doch auch zu einer Einordnung in ein zweigeschlechtliches System. An dieser Stelle soll sie nur verwandt werden, um die Diskrepanz aufzuzeigen, in der sich Menschen verschiedener Identitäten befinden.

3 Nachdem die KPD zunächst führend war in den Forderungen nach Aufhebung der Diskriminierung Homosexueller, verknüpfte sie bereits seit 1931 menschenverachtende Äußerungen Röhrs mit seiner Homosexualität und der sittlichen und körperlichen Gefährdung der Jugend. Bis 1934 suchte die Exillinke bewusst nach Homosexuellen in der Führungsriege, um das Klischee des homosexuellen Nazis aufzubauen, das den Umkehrschluss zuließ: alle Schwulen sind Nazis. Nach einem Aufsatz von Klaus Mann (1934) verstummte die Diskussion zunächst. Schließlich wurde neben das Klischee des homosexuellen Nazis ein weiteres gesetzt, das des homosexuellen Verfolgten. (Zinn 1995).

4 Weitgehend verbreitet war die Ansicht, dass Homosexualität ein Überbleibsel des degenerierten Kapitalismus ist und sich somit im Sozialismus erübrigen würde. Entsprechend wurde die Bestrafung von Homosexualität 1968 abgeschafft, einer gesellschaftlichen Gleichstellung jedoch entgegengewirkt, Treffpunkte überwacht, Lokalitäten geschlossen und die Bildung von Vereinigungen abgelehnt. (Grau, Günter (1995)). Nicht zuletzt vertrat die DDR bis zur letzten Konsequenz ein Modell der normativen, heterosexuellen, reproduktiven Ehe.

5 Speck, Andreas: Nebenwiderspruch Homosexualität? http://people.freenet.de/ask/a_gay.html (Stand: 28. Oktober 2002)

Queertheorien wollen Unterdrückungs- und Abhängigkeitsverhältnisse aufbrechen und jedem Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Dabei muss einerseits auf feministische Theorien zurückgegriffen werden, um patriarchale Macht- und Herrschaftsverhältnisse deutlich zu machen und aufzulösen. Andererseits ist *queer* gefordert, über radikalen Feminismus hinauszugehen, um Auswirkungen von Zweigeschlechtlichkeit, das Herausbilden kollektiver Identitäten, die Einteilung in Mehrheiten und Minderheiten und die Stilisierung »des Anderen« anzugreifen. Bei allen Bestrebungen von *queer* muss hinterfragt werden, ob es nicht selbst neue Kategorien und Grenzen aufbaut oder zu einer Art allwissenden Institution wird, wozu kleine elitäre Grüppchen leicht neigen, wenn sie im eigenen Saft schmoren (Laschitz 1990).

Die Straße

Fangen wir einfach noch einmal neu an. *Queer*: »[engl.] eigenartig, komisch, seltsam, kauzig, verdächtig; umg. unwohl; umg. schwul«.⁶ Wir wehren uns zu Recht vehement gegen eine Definition des Begriffes *queer*, der eine Einschränkung auf »schwul« erfährt. In Wörterbüchern ist *queer* aber genau so belegt. Viele Menschen haben den Begriff dagegen noch nie gehört und halten das zweite »e« für einen Rechtschreibfehler. Die neue Fun-Sprache definiert gar *queer*-Partys z.T. mit dem Nachsatz »boys only«. *Queer* stellt hier eine Umschreibung für schwule House-, Techno- oder auch Alternativmusik dar. *Queer*-Theoretikerinnen versuchen nichtsdestoweniger ihre Definition des Begriffes *queer* für alle (nicht nur) von der Norm abweichende Lebensweisen, aufrechtzuerhalten.

Dies ist nur ein Beispiel, offenbart aber sehr deutlich die Diskrepanz zwischen eigenem Anspruch und der Vermittelbarkeit der Inhalte. Der Begriff *queer* bewegt sich heute im Spannungsfeld zwischen schlichter Unkenntnis, Modewort und ernsthafter Theorie. Auf der Straße ist man der Herausforderung ausgesetzt, Menschen erst einmal erklären zu müssen, dass es auch Lesben und Schwule gibt und die auch gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben möchten. Von Lebensweisenkonzepten oder gar von der Dekonstruktion von Geschlecht reden zu wollen, schafft im besten Falle Verwirrung und Desinteresse. Ähnliches gilt selbst für die lesbisch-schwule Community. Dort muss man beinahe froh sein, wenn Lesben und Schwule noch bemerken, dass sie immer noch in wesentlichen Punkten benachteiligt werden. Nach der Einführung der Eingetragenen Lebenspartnerschaft hat die Sensibilität hierfür stark abgenommen. In Berlin, Leipzig oder Köln sind Diskriminierungen in

6 Wörterbuch Englisch-Deutsch, VEB Verlag Enzyklopädie Leipzig, 1989; in gleichem Kontext: Langenscheidt Wörterbuch Englisch, Langenscheidt KG, Berlin und München, 1999 und via mundo – Basiswörterbuch Englisch, Bertelsmann Lexikon Verlag GmbH, Gütersloh/München, 2001

den letzten Jahren und Jahrzehnten zurückgegangen und ist auch die Sensibilität der Bevölkerung und der lesBiSchwulen Community weitaus größer als in kleineren Städten und Gemeinden. Aber auch in diesen Großstädten ist die, sich selbst als *queer* bezeichnende, Szene rassistisch und intolerant. Um Chancen auf mehr als einen one-night-stand zu haben, muss man – wie gehabt – weiß und möglichst gut situiert sein (oder Abhängigkeiten bewusst in Kauf nehmen) und körperlich dem Ideal entsprechen. Migrantinnen, Tunten, Trans*en, Menschen mit BBB (Brille Bart Bauch) haben keine Chancen. »Lesben« stehen »Schwulen« dabei in nichts nach. Auch hier existiert Intoleranz gegenüber Migrantinnen, begegnen sich Butches und Femmes mit Argwohn oder werden Trans*en ausgegrenzt.

Queer ist langweilig geworden. In dem Flugblattmanifest »Queers Read This! I Hate Straights« heißt es: »An Army of Lovers Cannot Lose [...] Being queer means leading a different sort of life. It's not about the mainstream, profit margins, patriotism, patriarchy or being assimilated. It's not about executive directors, privilege and elitism. It's about being on the margins, defining ourselves; it's about gender-fuck and secrets, what's beneath the belt and deep inside the heart; it's about the night. Being queer is ›grass roots‹ because we know that everyone of us, every body, every cunt, every heart and ass and dick, is a world of pleasure waiting to be explored. Every one of us is a world of infinite possibility.«⁷ Von einer radikalen Bewegung hat sich *queer* weit entfernt. *Queer* ist auf Konferenzen verbannt worden, wo die Theorie weiter ausgefeilt wird, während konservative Bewegungen dabei sind, *queer* von den Seiten her wegzufressen und mit einem Sinn zu erfüllen, der nicht mehr zu einer radikalen Opposition fähig und willens ist (Currid 2001). Damit kann nicht allein die Begrifflichkeit gemeint sein, die vornehmlich durch eine weiße, gut gebaute, gesunde, schwule Community umgedeutet wird. Kleine elitäre Konferenzen tragen ebenfalls dazu bei, dass der Begriff mehr und mehr Offenheit verliert und sich damit zu einer Art selbsterhaltender Institution entwickelt. *Queersein* ist mehr als problematisch, schafft es doch wieder eine Gemeinschaft mit Grenzen zu jenen, die nicht dazu gehören. Schon in ihrem Buch »Körper von Gewicht« plädiert Judith Butler (1997) dafür, die Offenheit des *Queerbegriffes* zu erhalten. *Queer* eingrenzen heißt, es der Offenheit und Differenz zu berauben, die es zum Atmen braucht. Um Bewegung zu werden und damit auch im Sinne von *queer* zu agieren, ist es unumgänglich, Unterstützerinnen außerhalb bestehender Diskussionskulturen zu suchen, mit ihnen Gespräch und sehr wohl auch Streit zu beginnen und damit eigene intellektuelle und praktische Begrenztheit immer wieder zu problematisieren.

7 »Queer Read This, I Hate Straights«, veröffentlicht in dem Manifest der Gruppe »Queer Nation«, 1990, in leicht veränderter Fassung u.a. im Internet: <http://www.jessanderson.org/doc/qnation.html> (Stand: 1. August. 2003)

Queere Praktiken und Politiken

Queer vorleben

Queer ist nichts, was man sein kann, man kann nur selber sein und Diskriminierungen und Herrschaften radikal thematisieren. Praxisnah und erfahrbar wird bisherige *Queer*theorie, indem Menschen Offenheit in Denk- und Lebensweise leben und bisherige gesellschaftliche Kompromisse und gesetzliche Regelungen auf Offenheit überprüfen und hinterfragen. Macht- und Herrschaftsstrukturen, Hierarchien in allen Ebenen stehen einer solchen Offenheit im Wege. Von Geburt an werden diese Herrschaftsverhältnisse in »neuen Menschen« reproduziert. Insofern müssen Herrschaften konsequent angegriffen werden. Gleichzeitig muss man eigene Ansätze und Herangehensweisen hinterfragen und Verkrustungen auflösen, sich also nicht als »Nabel der Welt« begreifen und streitbar bleiben.

Bewusst muss sein, dass es für Menschen schwierig ist, Dekonstruktion von Geschlecht nachzuvollziehen, wenn man sich selbst als Lesbe oder Schwuler versteht. Einmal überdenken sollte man den Umgang mit Menschen verschiedener Identitäten und Lebensweisen, wie man beispielsweise auf verschiedene Menschen zugeht und wie man eigene Sexualpartnerinnen auswählt. Bei beidem erliegen viele einem Drang zu Benachteiligung und Diskriminierung, allein auf Grund unterstellter Körperlichkeiten oder Verhaltensweisen. Praxisrelevant ist dies allemal und dürfte auch in vielen Diskussionen angesprochen werden. Neben Ansätzen zur Änderung des eigenen Verhaltens und Verständnisses ist es hier aber auch möglich, den Unterschied zwischen vertretenen Theorie und eigenem Lebenskonzept deutlich zu machen, die durchaus – nicht nur durch herrschende gesellschaftliche Konventionen – voneinander abweichen können. Lässt man diese Problematik bei Erklärungen großzügig aus, läuft man Gefahr, unglaublich zu werden oder *queer* als nicht umsetzbare Theorie zu vermitteln. Durch ein Herausarbeiten wesentlicher Bestandteile des *Queer*konzeptes, wie der Herrschaftskritik, der Kritik an Zweigeschlechterordnung und der Heteronormativität und der kritischen Reflexion der eigenen Lebenswirklichkeit, wird es auch für Menschen, die sich bislang nicht mit *queer* beschäftigt haben, möglich, *queere* Ansätze und ihre Praxisrelevanz nachzuvollziehen. Aus meiner politischen Erfahrung ist dabei darauf zu achten, dass man in eigenen Diskussionsfäden nicht beginnt, *queer* als Sammelsurium verschiedener Sexualitäten oder als Problemkreis Ausgegrenzter darzustellen, sondern als Diskussionsangebot, das jede betrifft. So fällt es auch leichter, Bündnispartnerinnen für die weitere Arbeit zu gewinnen, da diese in allen gesellschaftlichen Bereichen zu finden sind.

Auffallen, erklären und diskutieren, ist eine Herangehensweise. Werkzeuge kann man sich dabei auf allen Ebenen suchen. Ob nun die verwendete weibliche Bezeichnung in einer patriarchal geprägten Sprachkultur oder eine nicht-

gesellschaftskonforme Toilettennutzung, letztlich sorgen sie für Aufmerksamkeit, Interesse und Unverständnis. In anschließenden Diskussionen kann die Gesellschaft als patriarchal, zweigeschlechtlich und heteronormativ enttarnt und die Auswirkungen auf Menschen, die sich nicht einpassen wollen oder können, deutlich gemacht werden.

ALLES verqueeren

Ein grundsätzlicher Ansatz kann sein, alles auf *Queerness* zu hinterfragen, sprich alles zu *verqueeren*. Ein kleines, aber nachvollziehbares Beispiel sind Schulprojekte. Neben positiven Effekten zur Förderung von Toleranz und Akzeptanz gegenüber Lesben und Schwulen, stützen sie in der praktischen Arbeit die herrschende Geschlechterordnung und -hierarchie. Lesben und Schwulen werden (vielleicht) Plätze in der Sonne der »Mehrheit« eingeräumt, Ausgrenzungen gegenüber anderen Menschen jedoch nicht thematisiert. Es wird das Denken in »Minderheiten« und »Mehrheiten« zementiert, das ein »normal« zur Grundlage hat. Natürlich sind solche Unterrichtsstunden sinnvoll und wichtig, gleichzeitig muss darüber nachgedacht werden, wie negative Wirkungen ausbleiben oder minimiert werden können. Grundlegender Ausweg ist eine umfassende Reform der Sexualpädagogik, in der Wirkungen von Sexualität, Geschlecht, Normativität und Identität diskutiert werden. Aber auch Schulprojekte können ihre Arbeitsweise und die Auswahl von Spielen insofern verändern, dass die Einteilung in Jungen und Mädchen und die Zuweisung spezifischer Rollen hinterfragt werden. Mehr ist in wenigen Stunden sicherlich nicht umsetzbar. Jeder Mensch kann im eigenen Umfeld beginnen, Herrschaftsverhältnisse zu thematisieren, sei es in Beziehungsverhältnissen, in Arbeitsverhältnissen oder bei der Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen. Wichtig erscheint mir die Erkenntnis, dass jeder Mensch diskriminiert wird und selbst diskriminiert. Betroffen von Diskriminierungen sind Menschen anderer sozialer und/oder kultureller Herkunft, anderer Religion, anderen »Geschlechts«, anderer Identität, Menschen mit Behinderung. Dabei steht immer das »anders als ich« im Mittelpunkt bewusster oder unbewusster, psychischer oder physischer Benachteiligung und/oder Gewalt. Eigene Diskriminierungen offen zu legen und abzustellen und Bereiche, in denen man selber diskriminiert wird, offen zu benennen, ermöglichen eine *queere* Leb- und Erfahrbarkeit. Erfahrungen aus dem eigenen sozialen Umfeld können dann in einer Kritik gesellschaftlicher Zusammenhänge münden. Auswirkungen von Legislative, Exekutive und Judikative können untersucht, Arbeitskritiken erarbeitet oder das Militär, als Gewalt in der Gesellschaft erhaltend und befördernd, dargestellt werden. Da wo Herrschaft, »Geschlecht« und Identität Schnittpunkte bilden, liegen Angriffspunkte für *queere* Theorien. Vorreiterin-

nen und Bündnispartnerinnen können radikale feministische Bewegungen sein, was auch die Möglichkeit bietet, der Marginalisierung von Feminismus in der *Queertheorie* entgegenzuwirken und damit von einem schwulen Image wegzukommen (Currid 2001). Nicht zuletzt kann durch eine starke Öffentlichkeit für einen umfassenden, offenen, herrschafts- und geschlechtskritischen *queer*-Begriff einer Tradierung des Begriffes durch konservative Kräfte entgegengewirkt werden.

Queere Politiken

Alles verqueeren, muss es auch in einem Rechtsstaat heißen, um zumindest Diskriminierungen und Hierarchien zu minimieren. Gender Mainstreaming und Management diversity benennen Möglichkeiten, wie Benachteiligungen aufgezeigt und abgebaut werden können. Leider vergessen sie dabei häufig eine Herrschafts- und Normenkritik, so dass sie Gefahr laufen, zu einem Handlanger einer Ordnung zu werden, die Menschen als individualisiertes Humankapital begreift oder traditionelle Familienbilder befördert. Auch Unternehmen erkennen zunehmend, dass Mitarbeiterinnen, die nicht diskriminiert werden oder sonstigem psychischen Stress ausgesetzt sind, leistungsfähiger sind. Sie präferieren individualisierte, flexible Mitarbeiterinnen, die keine sozialen Verpflichtungen haben und bei denen insofern beispielsweise das Geschlecht (hier ist das binäre gemeint) keinerlei Rolle mehr spielt. Alternativ ist ein traditionelles Familienbild (durchaus unter Einbeziehung von Lesben und Schwulen) möglich, bei denen soziale Verantwortung in regulierbare Bahnen gelenkt wird. *Queere Theorie* steht einer solchen Entwicklung durch radikale Forderungen entgegen, solange sie Grundlagen der patriarchalen Gesellschaftsformen in Frage stellt.

In der Familienpolitik hat die PDS-Bundestagsfraktion 2002 Grundzüge vorgelegt, die die traditionelle Familienpolitik in Frage stellt. Nicht mehr Mann, Frau, Kinder oder Frau, Frau, Kinder, sondern die freie Wählbarkeit der Familie bestimmen das Konzept. »Familie ist da, wo Nähe ist«, lautet somit auch der Leitspruch der AG *queer* der PDS. Jeder Mensch soll selber bestimmen, wer zur eigenen Familie gehört und dies unproblematisch dem Staat zur Kenntnis geben können, wenn sie denn will. Blutsverwandtschaft, Bevorzugungen von Ehe und Eingetragener Lebenspartnerschaft (und ihrer Abhängigkeiten) haben ausgedient. Alle Lebensweisen sollen gleichberechtigt sein, Vergünstigungen an soziale Verantwortungen gegenüber anderen Menschen (seien es beispielsweise Kinder oder Pflegebedürftige) gebunden werden. Abhängigkeitsverhältnisse sollen abgebaut und vermieden werden (PDS-Bundestagsfraktion 2002). Die Politik ist aufgefordert, sich der Lebenswirklichkeit anzupassen und Hemmnisse zu entfernen, Menschen leben *hier*^s ohnehin wie

sie wollen. Was in der Familienpolitik anfängt, muss in anderen Bereichen fortgesetzt werden. Alle rechtlichen Vorschriften sind darauf zu untersuchen, ob sie Benachteiligungen oder Diskriminierungen direkt oder indirekt voraussetzen oder fördern. In diesem Sinne ist die Rechtswirklichkeit in vielen Bereichen an bestehende Lebensrealitäten anzupassen. Identitäten dürfen nicht mehr behindert werden, auch eine freie Wahl von körperlichen Merkmalen muss selbstbestimmt möglich und durch Krankenkassen voll gedeckt werden. Die Geschlechtsbezeichnung in Ausweisen ist zu entfernen, die Abfrage des Geschlechts und des Familienstandes in amtlichen und nichtamtlichen Fragebögen zu streichen, Prostitution als Gewerbe anzuerkennen, unterschiedliche Möglichkeiten beim Zugang zu Bildung anzugleichen, alle öffentlichen und nichtöffentlichen Bauten mit behindertengerechten Zugängen zu versehen, eine soziale Grundsicherung einzuführen, die auch den Zugang zu Kultur ermöglicht, die Trennung von christlicher Kirche und Staat vollständig zu vollziehen, »Migrantinnen« und »Hiergeborene« rechtlich nicht mehr zu unterscheiden..., um nur einige Ansatzpunkte zu nennen.

Letztlich bleiben benannte Ansätze reale Politiken, die versuchen, Hierarchieebenen eines Staates abzubauen. Der Staat an sich, Polizei, Grenzschutz und Militär, Kapitalismus, real existierender Sozialismus, Patriarchat stellen Hierarchieformen dar, die selbsterhaltend wirken. Sie stehen einer freien Entfaltung des Individuums im Wege und werden durch die beschriebenen rechtlichen Änderungen nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden. Eine radikale *queere* Gesellschaftskritik bleibt folglich unerlässlich. An Stelle staats-tragender Systeme könnte ein gesellschaftlicher Konsens treten, der sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und immer veränderlich bleibt. Benachteiligungen werden auch dabei entstehen, durch eine ständige (Selbst) Reflektion können sie aber immer wieder aufgebrochen werden.⁹

Ein etwas anderer Ausblick

»Es war einmal vor langer langer Zeit in einer fernen Welt«, begann Sedu zu erzählen, »Menschen wurden geboren, wie wir heute auch. Gleich nach der Geburt kümmerte sich die Gebärende um die kleinen Frischlinge, spätestens eine Woche darauf musste das Kind einen Namen haben, der zu einem von zwei Geschlechtern passte. Der ›Mann‹, so wurde der penetrierende Anteil bei

8 In anderen Gesellschaften herrschen weit restriktivere gesetzliche Regelungen vor, die andere Lebensweisen z.T. mit der Todesstrafe verfolgen. / Eine räumliche Grenzziehung zwischen »Nationen« ist in vielerlei Hinsicht problematisch.

9 Empfohlen sei hierzu Ursula K. Le Guin (1976): Planet der Habenichtse, in dem die Vision einer herrschaftsfreien Gesellschaft dargestellt wird, die sich aus ihrem Selbst heraus neue Grenzen aufbaut. Ein gesellschaftlicher Konsens steht schließlich einer freien Entfaltung der Einzelnen entgegen, der durch Aktion wieder aufgebrochen werden kann.

der Befruchtung bezeichnet, ging währenddessen ›arbeiten‹ oder er hatte sich für ein paar Tage ›Freizeit‹ genommen. Als ›Arbeit‹ wurde ein Vorgang zum Broterwerb bezeichnet, die Zeit zwischen der Arbeit hieß ›Freizeit‹ und wurde in der Regel als viel schöner und spaßiger wahrgenommen. Zwischen dem Gebären war die ›Frau‹ (das war die Penetrierte) häufig zu Hause und kümmerte sich um Sauberkeit, das Essen, spielte mit den Kindern und hatte Sex mit dem arbeitenden Mann und nur mit diesem. Für mehr waren Frauen nicht da, das heißt in der Spätphase durften auch sie arbeiten gehen, hatten aber nicht die gleichen Rechte und Möglichkeiten, Verantwortungen zu übernehmen wie Männer. Dass die Frauen nur mit dem arbeitenden Mann Sex haben durften und nicht mit anderen Menschen wurde fest besiegelt, in christlichen Kirchen als ›Ehe‹. Der »Staat«, ein durch Gewalt aufrechterhaltenes System, beförderte diese Institution Ehe und verband damit Vergünstigungen, die die ›Arbeitsteilung‹ (also dass der Mann arbeiten ging und die Frau zu Hause blieb) beförderte. Einige Männer hatten Frauen auch ganz überflüssig gemacht und gingen miteinander Ehen ein, um miteinander Sex haben zu dürfen; der Penetrierte übernahm dann die Rolle der Frau. Ob das Kind nun ein Mann oder eine Frau war, spielte somit natürlich eine entscheidende Rolle. Dafür wurden auch Auswahlmechanismen noch vor der Geburt eingeführt, um möglichst Männer als Kinder zu kriegen... Das ›eigene‹ Bett für das Kind war schon vor der Geburt ›gekauft‹ wurden. Es wurde sogar ein ganzes Kinderzimmer eingerichtet. Die Menschen damals waren noch im Besitzstandsdenken gefangen. Man nahm nicht was man brauchte und gab was man konnte, sondern ging arbeiten, um im Austausch ›Geld‹ zu erhalten, das man dann gegen das, was man brauchte, eintauschen konnte. Wer nichts eigenes hatte, war arm dran und wurde von der Gesellschaft verstoßen. Menschen egoisierten (Le Guin 1976) gern, ›meine‹, ›deine‹, ›das Eigene‹ spielten eine große Rolle. Das Egoisieren wurde an die Kinder rasch weitergegeben. Je älter das Kind wurde, desto mehr wurde es auch an die jeweilige Lebensrolle der Frau oder des Mannes herangeführt. Geschlechtertrennung gab es allerorten, Benachteiligungen auch. Menschen die nicht Spiegelbilder von dir selbst waren, durftest du verhauen bzw. der Staat sagte, wann du sie verhauen durftest oder tat es selber. Wer nicht viele Dinge als ›eigen‹ bezeichnen konnte, hatte nur wenige Möglichkeiten auf Bildung und Teilhabe an lebensnotwendigen Prozessen der Gesellschaft, sondern musste mehr arbeiten gehen. So gingen einige acht, andere zehn oder zwölf Jahre zur Schule, wo ihnen Wissen zum Arbeiten beigebracht wurde. Nebenbei lernten sich Männer und Frauen kennen, hatten Sex miteinander. Wenn die Männer und Frauen dann alt genug waren, heirateten sie und gingen acht, zehn oder mehr Stunden am Tag arbeiten.«

›Sedu, und wie lange ging solch ein Leben?‹

Literatur

- Butler, Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt a.M.
- Butler, Judith (1997): Körper von Gewicht, Frankfurt a.M.
- Currid, Brian (2001): Nach queer? In: Heidel, Ulf; Micheler, Stefan; Tuider, Elisabeth (Hrsg.): Jenseits der Geschlechtergrenzen, Hamburg
- Grau, Günter (1995): Sozialistische Moral und Homosexualität. In: Grumbach, Detlef (Hrsg.): Die Linke und das Laster, Hamburg
- Jagose, Annamarie (2001): Queer Theory – Eine Einführung, Berlin
- Laschitzka, Annelies (1990): Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden, Extraausgabe des unvollendeten Manuskripts »Zur russischen Revolution« [...], Berlin
- Kraß, Andreas (2003): Queer Denken, Frankfurt a.M.
- Le Guin, Ursula K. (1976): Planet der Habenichtse, München (Erstveröffentlichung 1974 unter dem Titel »The Dispossessed« in den USA)
- Mann, Klaus (1934): Die Linke und das Laster
- PDS-Bundestagsfraktion (2002): Familienpolitik der PDS-Bundestagsfraktion – Grundlinien und Perspektiven, Diskussionsstand vom März 2002, Berlin
- Speck, Andreas (2002): Nebenwiderspruch Homosexualität? http://people.freenet.de/ask/a_gay.html (Stand: 28.10.2002)
- Zinn, Alexander (1995): Die Bewegung der Homosexuellen. In: Grumbach, Detlef (Hrsg.): Die Linke und das Laster, Hamburg

Zur Auseinandersetzung mit Konstruktionen von »Weiß-Sein« – ein Perspektivenwechsel

Rassismus und »Weiß-Sein«

»Racial imagery is central to the organisation of the modern world«,¹ schreibt Richard Dyer in seinem Buch *White* (1997). Die Arbeiten von u.a. Edward Saïd und Toni Morrison zeigen, auf welche Weise sich eine Tradition der Moderne durch die Herstellung von Diskursen des Orientalismus und des Afrikanismus entwirft. Die Auseinandersetzung mit »Weiß-Sein« basiert auf der Annahme, dass Konzeptionen von »race« strukturierend sind für die Moderne und ihre Institutionen, indem sie Diskurse, Bild- und Vorstellungswelten organisieren. Bei der Untersuchung von Diskursen des Orientalismus und des Afrikanismus und ihren Herstellungsprozessen, bei der Untersuchung von »race« als Herrschaftsverhältnis richtet sich das Interesse explizit auf die Subjekte eines orientalistischen oder afrikanistischen Blicks, auf »racial subjects«. In ihrem Essay *Playing in the Dark* von 1992 schlägt Toni Morrison diesen Perspektivenwechsel vor, der für die Rassismusforschung nicht nur ein weiteres Feld eröffnet, sondern gewissermaßen die Verhältnisse vom Kopf auf die Füße stellt. »Mein Vorhaben stellt eine Bemühung dar, den kritischen Blick vom ›rassialisierten‹ Objekt (racial object) zum ›rassialisierten‹ Subjekt (racial subject) zu wenden; von den Beschriebenen und Imaginierten zu den Beschreibenden und Imaginierenden; von den Dienenden zu den Bedienten.« (S. 90)

Weiß-Sein als Klassifikation für »rassialisierte Subjekte« einzuführen, ermöglicht die Untersuchung der Prozesse, durch die soziale AkteurInnen von

1 »Eine rassialisierte Vorstellungs- und Bildwelt ist zentral für die Organisation der modernen Welt« (Dyer 1997, 1). Diese und nachfolgende Übersetzungen I.J.. In der Regel wird der englische Begriff »racial« ins Deutsche als »rassistisch« übersetzt. Ich werde im Folgenden für den englischen Begriff »racial« im Deutschen die Begriffe »rassialisiert« und »rassialisierend« verwenden. Der Begriff »rassistisch« bezeichnet eine Bewertung. Eine solche Bezeichnung halte ich allerdings für die meisten Zusammenhänge, die damit beschrieben werden, für irreführend, da es oft darum geht, die Konstruktion von Wirklichkeit durch ein Konzept von »Rasse« überhaupt sichtbar zu machen und das Wissen darum nicht vorausgesetzt werden kann, ebenso wenig wie eine derartige Bewertung. Die Begriffe »rassialisiert« und »rassialisierend« bezeichnen Konstruktionsprozesse mithilfe eines Konzepts von »Rasse«. Anders als eine etwaige Übersetzung in »rassisch«, beinhalten sie ihren Konstruktionscharakter und ihre Prozesshaftigkeit. Außerdem soll vermieden werden, dass der Begriff »Rasse« hypostasiert wird, indem sein Gebrauch als Konzept deutlich gemacht wird. Die Bezeichnungen »Weiß« und »Schwarz« werden im deutschsprachigen Gebrauch großgeschrieben, um sie als soziale Konstruktionen zu unterscheiden von biologischen Zuschreibungen (Arndt 2001, 33). Diese Schreibweise lehnt sich an die Praxis der Großschreibung von »Schwarz« an, wie sie zunächst in dem Buch *Farbe bekennen* (1992 hg. v. Oguntoye; Opitz; Schultz,) verwendet wurde. Allerdings sind mit der Großschreibung auch Idee und Absicht von Selbstermächtigung verknüpft, was für die Bezeichnung »Weiß« nicht gelten kann.

Rassismus privilegiert werden. Dabei stellt der Perspektivenwechsel hin zu denjenigen, die von Rassismus profitieren, einen politischen Einsatz dar: *Erstens* Rassialisierungsprozesse als Konstruktionsmodus sozialer Wirklichkeit anzuerkennen und zu benennen – und zwar nicht nur für diejenigen, die zu Objekten von Rassismus gemacht werden, sondern auch für diejenigen, die davon profitieren. *Zweitens* diejenigen zu klassifizieren, die als »nicht klassifiziert« gelten, und aus diesem Grund für das Allgemeine stehen. *Drittens* bedeutet dieser Perspektivenwechsel, diejenigen zu Objekten der Rassismusforschung zu machen, die als »rassialisierte Subjekte« andere zu »rassialisierten Objekten« machen.

Ich möchte im Folgenden zunächst die Frage aufwerfen, welche Bedeutung eine solche Klassifizierung »whiteness« oder »Weiß-Sein«, die in den USA und England im Rahmen von antirassistischen Bewegungen aufgekommen ist und zu kulturwissenschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Untersuchungen von Rassismus und rassistischen Verhältnissen eingesetzt wird, für den deutschsprachigen Kontext haben kann. Diese Frage bezieht sich erstens auf die historische Verortung einer solchen Kategorisierung: Ist es legitim, eine Kategorie »whiteness« oder »Weiß-Sein« aus dem US-amerikanischen und englischen Kontext in den deutschsprachigen einzuführen? Zweitens bezieht sie sich auf die Problematik, dass eine solche Klassifizierung auch reproduziert, was sie untergraben soll: ein rassistisches Herrschaftsverhältnis, das auf der Zuschreibung einer Hautfarbe basiert. Diese Problematik verschärft sich angesichts dessen, dass die Definitionsmacht, die eine mit symbolischer Macht ausgestattete soziale Position ausmacht, auf diese Weise reproduziert wird. Anders als bei sozialen Bewegungen, wo die Umkehrung der Bedeutungen von Bezeichnungen wie »Frauen«, »Schwule«, »Lesben«, »Schwarze« eine ermächtigende Wirkung hat, erfordert eine kritische Auseinandersetzung mit »whiteness« oder »Weiß-Sein«, dass die Macht einer derart bezeichneten sozialen Position *gegen sie gewendet* wird: dass sie unterminiert statt gestärkt wird. Angesichts dessen, dass diese Macht darin begründet zu sein scheint, andere zu bezeichnen, ohne selbst bezeichnet zu werden, werde ich im Folgenden dafür plädieren, mit »Weiß-Sein« jene soziale Position zu markieren, die mit dieser Definitionsmacht ausgestattet ist. Eine kritische Auseinandersetzung mit Weiß-Sein erfordert allerdings, dass Weiße, die die Herstellung von Weiß-Sein untersuchen – so, wie ich das gerade tue – ihre soziale Position ausweisen, d.h. sich in dem Herrschaftsverhältnis, das sie untersuchen, als positioniert begreifen. In einem weiteren Schritt schlage ich für die Untersuchung von Weiß-Sein Bourdieus *Theorie der symbolischen Gewalt* vor, die eine gesellschaftstheoretische Formulierung von Bezeichnungsprozessen ermöglicht.

Viele Untersuchungen über Weiß-Sein wurden im Rahmen feministischer Theoriebildung und der gay- und lesbian studies bzw. queer studies in den USA und England gemacht.² Sie zeigen, wie Konstruktionen von Geschlecht

und von Geschlechterverhältnissen auch über die Zuschreibung zu Weiß-Sein hergestellt werden. Die folgenden Ausführungen stützen sich auf diese Arbeiten. Es ist allerdings nicht eine Zielsetzung dieser Darstellung, zu einer verallgemeinerbaren Theorie über den Zusammenhang von Geschlechterkonstruktionen und der Herstellung von Weiß-Sein zu gelangen. Es kann vor allem nicht darum gehen, Konstruktionsprozesse von Geschlecht und Weiß-Sein analog zu setzen. Inwieweit und auf welche Weise sich vergeschlechtlichende und rassialisierende Konstruktionsprozesse gegenseitig bedingen, muss jeweils für einen spezifischen historischen und geopolitischen Kontext empirisch untersucht werden. So zeigt z. B. Walgenbach, wie sich deutsche Frauen während deutscher Kolonialherrschaft als Weiß und bürgerlich positionierten (2003). Über die Rolle der Frauenbewegung bei der Entstehung des deutschen Nationalstaats im Zusammenhang mit Konzeptionen von Weiß-Sein müssen noch weitere Untersuchungen folgen (vgl. hierzu Dietrich in diesem Band). Wie lesbisches Begehren als Inszenierung von Weiß-Sein dargestellt wird, zeigt Cheng am Beispiel des Spielfilms *When Night is Falling* (vgl. Beitrag in diesem Band).³

Konstruktionen von »Rasse« und Konstruktionen von »Weiß-Sein« im deutschsprachigen Kontext

Oft begegnet man der Auffassung, die Bedeutung von Rassialisierungsprozessen im deutschsprachigen Kontext sei eher gering einzuschätzen, da im Unterschied zur Kolonialherrschaft anderer europäischer Nationalstaaten und zur Geschichte der Sklavenherrschaft in den USA nicht von einer historischen Institutionalisierung ausgegangen werden könne. Zudem sei der vergleichsweise geringe Anteil einer Schwarzen Bevölkerung, etwa in der Bundesrepublik, ein weiterer Grund für eine fehlende geschichtliche Fundierung von rassialisierenden Zuschreibungen.

Anknüpfend an AutorInnen wie Saïd, Morrison und Dyer geht es allerdings darum zu rekonstruieren, auf welche Weise rassialisierte und rassialisierende Bild- und Vorstellungswelten die diskursive Hervorbringung der Moderne bedingen. Wichtig ist demzufolge aufzuzeigen, ob und auf welche Weise ein Beitrag deutscher Geschichte zur diskursiven Herstellung der Mo-

2 Vgl. Dyer 1997, 8; Stokes 2001, 181ff.. Über die Erfahrung Schwarzer Frauen mit Weißer Vorherrschaft im angloamerikanischen Kontext vgl. z.B. Davis 1981; hooks 1981, 1997; Lorde 1982; für den deutschsprachigen Kontext z.B. Oguntoye u.a. 1986; Hügel-Marshall 1998; Ayim 2002. Über die Erfahrung Weißer Frauen von Weißer Vorherrschaft vgl. z.B. Pratt 1984; McIntosh 1988; Ware 1992; Frankenberg 1993, 1997; Wachendorfer 1998, 2001; Walgenbach 2003.

3 Durch diese Aufzählung sollte aber nicht der Eindruck entstehen, dass Konzeptionen von Weiblichkeit und Weiß-Sein in besonderer Affinität zueinander stünden. Zu Entwürfen von Männlichkeit in Zusammenhang mit Weiß-Sein vgl. z.B. Fanon 1980; Hall 1992; Dyer 1997; Stokes 2001.

derne auch über eine rassialisierende Bedeutungsgebung von »weiß«, »nicht-weiß« und »schwarz« erfolgte.

Den Untersuchungen von El-Tayeb (2001) und Essner (1992) zufolge spielten »Rassenkonstruktionen« in deutscher Geschichte eine Rolle, als in sozialanthropologischen und eugenischen Versuchen wissenschaftlich definiert werden sollte, was eine »weiße Rasse« ausmache. Institutionalisiert wurden diese Konstruktionen von Weiß-Sein in der Rechtspraxis der Kolonialherrschaft, indem durch die Konstruktion eines »rassisch begründeten Eingeborenenbegriffs« die Staatsbürgerschaft geteilt wurde in einen höheren und einen minderwertigen Rechtsstatus (vgl. hierzu Essner 1992, 152 ff.). Auf diese Weise wurden AfrikanerInnen und Kinder aus ehelichen wie nichtehelichen Verbindungen zwischen Deutschen und AfrikanerInnen von der deutschen Staatsbürgerschaft ausgeschlossen (ebd.), was eine Definition deutscher Staatsbürgerschaft als »weiß« zur Folge hatte. Diskursiviert wurde diese Definition von deutscher Staatsbürgerschaft als »weiß« u.a. in der sogenannte Mischehendebatte 1912 (vgl. hierzu z.B. Essner). Bis heute ist es für Nachkommen deutscher Eltern aus den Gebieten ehemaliger deutscher Kolonialherrschaft nicht möglich, einen Anspruch auf Staatsbürgerschaft geltend zu machen (Schmitz 1998). Institutionalisiert wurden diese rassialisierenden Konstruktionen von »Weißsein« darüber hinaus in den Nürnberger Gesetzen von 1935, in denen Definitionen von »Weiß-Sein« einem geteilten Recht zugrunde gelegt wurden. Juden und Jüdinnen wurden von den durch die Staatsbürgerschaft garantierten Rechten ausgeschlossen aufgrund einer Rassenkonstruktion als »Nicht-Arier«, eine Konstruktion, die sich auf eine Hierarchie von sozialanthropologischen Rassenkonstruktionen stützen konnte, innerhalb derer die »nordische Rasse« als »weiße Rasse« an der höchsten Stelle stand (vgl. El-Tayeb, 35ff.). Auf diese Weise wurden Definitionen deutscher Staatsbürgerschaft durch rassialisierende Konstruktionen von »Weißsein« in der kolonialrechtlichen Praxis sowie im nationalsozialistischen Recht festgelegt. Schmitz weist auf den Unterschied hin, der gemacht wird zwischen Nachkommen von Weißen deutschen und afrikanischen Eltern einerseits und der Konstruktion einer »deutschen Volkszugehörigkeit« von Menschen aus Osteuropa andererseits (Schmitz 1998, 216): Dieser Unterschied erweist sich als Kontinuität, nämlich deutsche Staatsangehörigkeit als »Weiß« zu definieren. Anders als oft behauptet wird, die Konstruktion von »Weiß-Sein« spiele für deutsche Geschichtsschreibung kaum eine Rolle, muss wohl eher von einer beständigen Bemühung gesprochen werden, Definitionen von deutscher Staatsbürgerschaft als »Weiß« festzulegen.

Gegen eine kollektiv geteilte Amnesie muss zudem an den deutschen Beitrag zur diskursiven Hervorbringung des »Orientalismus« erinnert werden.⁴

4 Saïds Rekonstruktion einer orientalistischen diskursiven Formation im 19. Jahrhundert beinhaltet u.a.

Wie der französische und englische hat der deutsche Orientalismus die Funktion, die Vorstellung »europäischer Überlegenheit über orientalische Rückständigkeit« zu begründen, die europäische Kultur in und außerhalb Europas hegemonial gemacht habe, so Saïd (1995, 7). Unabhängig von seiner militärischen oder wirtschaftlichen Wirksamkeit gibt es außerdem einen deutschen Beitrag zu einem »beinahe fünf Jahrhunderte währenden komplexen Prozess frühneuzeitlicher Expansion« (Gründer 2000, 15), die von Europa ausging. Notwendig wird vor diesem Hintergrund die Untersuchung der historischen Bedingungen einer diskursiven wie institutionellen Hervorbringung der europäischen Moderne – auch den Anteil deutscher Geschichte betreffend.⁵ Es gilt, die Herstellungsweise von Rassenkonstruktionen und Rassismus auf ihre Zusammenhänge und Unterschiede, Kontinuitäten und Diskontinuitäten bezüglich deutscher Geschichte der Kolonialherrschaft, NS-Geschichte und Migrationsgeschichte hin zu untersuchen. Auch für einen deutschsprachigen Kontext wird die Untersuchung von Herstellungsprozessen einer rassialisierten und rassialisierenden symbolischen und sozialen Ordnung notwendig sowie die Fokussierung auf diejenigen, die in einer solchen gesellschaftlichen Ordnung privilegiert sind und von ihr profitieren: die rassialisierten Subjekte.

»Weiß-Sein« als soziale Position: eine Theorie der symbolischen Gewalt

In die deutschsprachige Rassismusforschung wurde die Konzeption von Weiß-Sein als Kategorie u.a. von Hügel-Marshall (1998), Wachendorfer (1998), Wollrad (1999), Arndt (2001), Walgenbach (2002) und Arndt; Wollrad (2003) eingeführt. Ich möchte im Folgenden für die Auseinandersetzung mit Rassismus und Weiß-Sein eine gesellschaftstheoretische Formulierung von rassialisierten und rassialisierenden Bezeichnungsprozessen vorschlagen. Ich werde mich dabei auf Bourdieus Entwurf einer Theorie der symbolischen Gewalt (1973; 1997a; 1997b; 1998) beziehen sowie auf die Übertragungen von Weiß (2001) in die Rassismusforschung und von Bröskamp (1993) in die Migrationsforschung.

Eine *Theorie der symbolischen Gewalt* zeigt, wie symbolische Ordnung und soziale Ordnung sich in ihrer Herstellung gegenseitig bedingen. Eine gesellschaftstheoretische Formulierung von rassialisierenden Bezeichnungsprozessen heißt, davon auszugehen, dass rassialisierende Zuschreibungen, d.h. die

Schriftsteller wie Goethe (*West-östlicher Divan*) und Herder sowie den Begründer der deutschen komparatistischen Sprachwissenschaft Franz Bopp. Der entscheidende Unterschied zu dem französischen und englischen Orientalismus liegt darin, dass der deutsche Orientalismus nicht von Kolonialherrschaft ermöglicht war, d.h. von militärischer Unterwerfung und der Errichtung von Verwaltungsstrukturen (1995, 18ff).

5 Zur deutschen Kolonialgeschichte und der Konstruktion von »Weiß-Sein« vgl. auch den Beitrag von Dietrich in diesem Band und Walgenbach (2003).

Zuschreibung einer bestimmten »Natur«, indem »Rasse« als Einteilungsprinzip eingesetzt wird, weder lediglich »rhetorisch« ist⁶ – also »rein« sprachlich – noch dass sie ausschließlich notorischen Rassisten zuzurechnen ist, d.h. denjenigen, die bewusst rassistisch handeln. Statt rassistische Verhältnisse und Rassialisierungsprozesse darauf zu reduzieren, Wirkung oder Ergebnis des Bewusstseins von (bestimmten) Individuen zu sein, wird vielmehr davon ausgegangen, dass Rassialisierungsprozesse auf historisch entstandenen Klassifizierungen aufbauen, die soziale Ordnung strukturieren, indem sie spezifische soziale Positionen definieren. Das bedeutet nicht, die Einzelnen von ihrem Beitrag zur Reproduktion von rassistischen Verhältnissen auszunehmen, oder ihnen die Entscheidungsfähigkeit und Verantwortung für ihr Tun abzusprechen. Vielmehr geht es darum, sie als *soziale AkteurInnen* aufzufassen, d.h. ihr Denken und Handeln in seiner sozialen, geopolitischen und historischen Bedingtheit zu begreifen. Innerhalb eines derart abgesteckten Rahmens liegen die Möglichkeiten für Entscheidungen der Einzelnen. Eine langfristige Veränderung rassistischer Verhältnisse erfordert deswegen über das Handeln der Einzelnen hinausgehende institutionelle Umwälzungen und vor allem den Umsturz der symbolischen Ordnung.

Rassialisierende Bezeichnungsprozesse in einem Wechselverhältnis mit einem historisch entstandenen gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnis zu begreifen bedeutet, dass rassialisierende Bezeichnungsprozesse nicht allein »sprachlich« sind. Wenn man der Prämisse zustimmt, dass die Hervorbringung der europäischen Moderne auch über die Bedeutungsgebung von »hell« – »dunkel« in der christlichen Lehre, über die Vorstellung europäischer Überlegenheit im Diskurs des Orientalismus, über rassialisierende Zuschreibungen von »weiß«, »nicht-weiß« und »schwarz« mit der Begründung von Sozialanthropologie sowie über deren Institutionalisierung in der Kolonialherrschaft erfolgte, gilt es vielmehr zu zeigen, *auf welche Weise* diese historisch entstandenen Klassifizierungen gesellschaftlich strukturiert und strukturierend sind.

Eine Forderung nach Dekonstruktion, die im Rahmen von critical whiteness studies gestellt wird (z.B. Frankenberg 1997; Dyer 1997; Stokes 2001), muss dazu führen, dass *genau dieser Zusammenhang von symbolischer und sozialer Ordnung herausgestellt wird*. Auffassungen von Dekonstruktion, die mit der Annahme verbunden sind, dass die Bedeutung einer rassialisierenden Zuschreibung durch die Vermeidung ihrer Benennung minimiert werden könne, blenden diesen Zusammenhang allerdings aus.⁷ Eine historisch entstandene

6 Nakayama; Krizek (1999) entwerfen Weiß-Sein als »strategische Rhetorik«, um die sprachlich vermittelte kulturelle Konstruktion von Weiß-Sein im Unterschied zu einer biologistischen Zuschreibung zu betonen. Selbst wenn sie von Weiß-Sein als »spezifischer Position« im Sinne eines »diskursiven Raums« sprechen, bleibt meines Erachtens fraglich, wie diese Position in einem Machtverhältnis bestimmt werden kann, wenn »Machtverhältnisse« zu keinem gegebenen Zeitpunkt lokalisiert sind«, wovon Nakayama; Krizek im Anschluss an Foucault und Deleuze ausgehen (S. 94).

rassialisierende Zuschreibung zu Weiß-Sein ist nicht nur sprachlicher Art, sondern weist auf eine privilegierte soziale Position hin (bezeichnenderweise, wie wir gleich sehen werden, indem sie als solche unbenannt ist). Und es ist gerade diese Beschaffenheit als historisch und gesellschaftlich hervorgebrachte Zuschreibung, weswegen die Vermeidung ihrer Benennung nicht dazu führt, dass sie an Bedeutung verliert.⁸ Diese gegenseitige Bedingtheit in der Herstellung von symbolischer und gesellschaftlicher Ordnung zu untersuchen, ist die Zielsetzung einer Theorie der symbolischen Gewalt.

Weiß formuliert in diesem Sinne eine Kritik an »kulturalistischer Rassismusforschung«, die ihren Gegenstand inhaltlich zu bestimmen suche. Gleichzeitig ließen sich Rassenkonstruktionsprozesse nicht als ausschließlich ökonomisch begründet erklären (2001, 81f.). Auch könnten Ansätze, die Herrschaftsverhältnisse von »Rasse«, Klasse und Geschlecht »analytisch analog« behandeln, die Art und Weise der »Verquickung von kulturellen Klassifikationen und objektiven Ressourcenunterschieden« nicht aufzeigen. Demgegenüber entwickelt Weiß, aufbauend auf Bourdieus Theorie der symbolischen Gewalt, ein »strukturalistisches Modell« zur Untersuchung von Rassismus, das es ermöglicht, »das Wechselspiel zwischen rassistischen gesellschaftlichen Strukturen und deren Stabilisierung in Diskursen und Praktiken zu problematisieren« (ebd., 103).

An Weiß und Bourdieu anschließend wäre demnach *Rassismus als Herrschaftsverhältnis* zu definieren, das symbolische und gesellschaftliche Ordnung strukturiert, d.h. Institutionen, die Körper sozialer AkteurInnen und Formen der Bedeutungsgebung.⁹ Rassismus kann als eine Form symbolischer Gewalt definiert werden (Bourdieu 1973; 1997a; 1997b; 1998; Weiß 2001). Symbolische Gewalt bewirkt, dass zur »Natur« gemacht wird, was ein Herrschaftsverhältnis ist. Dies geschieht über den *Habitus* als Vermittlung zwischen Institutionen und sozialen AkteurInnen, indem rassialisierende Klassifizierungen als Sche-

7 Wenn die Forderung nach Dekonstruktion diesen Zusammenhang ausblendet, stützt sie sich auf eine Reduktion von Bezeichnungsprozessen auf eine »sprachliche« Dimension. Nicht haltbar ist etwa die Konstruktion eines Gegensatzes zwischen Dekonstruktion von »Weißsein« und »Weißsein« als Machtposition. Dahinter steht meiner Meinung nach ein falsches Verständnis von Dekonstruktion. Statt Dichotomien und Dualismen zu vermeiden, erfordert ein Verfahren der Dekonstruktion, dass diese benannt werden: Es geht darum, aufzuzeigen, welche Möglichkeiten ausgeschlossen werden müssen, um diese Dichotomien zu schaffen, nach welchen Konstruktionsregeln und -mechanismen sie hergestellt werden. Ausgehend von rassialisierenden Dichotomien wie »weiß« – »schwarz«, »hell« – »dunkel«, »zivilisiert« – »primitiv«, »modern« – »traditionell« gilt es, sie in ihrer Konstruktionsweise aufzudecken. Für »Weißsein« als Zuschreibung bedeutet das, dass sie dadurch definiert ist, eine Machtposition zu bestimmen. Auf diesen Zusammenhang gilt es aufmerksam zu machen sowie darauf, wie diese Machtposition hergestellt wird – etwa durch die Konstruktion eines anderen als »nicht-weiß«.

8 Auf diese Problematik in der Rassismusforschung weist auch Weiß hin. Rassismusforschung, die sich auf eine »einfache Forderung« nach der »Vermeidung inhaltlich rassistischer Diskurse« reduziere, führe zu dem Widerspruch, dass nicht benannt werden soll, was sich als sozial relevant erweist (2001, 103).

9 Zu den Institutionen zählen u.a. staatliche Institutionen, Gesetzgebung, Ökonomie, Arbeitsmarkt, Bildungssystem, aber auch beispielsweise institutionalisierte Formen des Zusammenlebens wie die heterosexuelle Ehe oder Kernfamilie.

mata der Wahrnehmung, des Denkens und des Handelns einverleibt werden. Dem fügt Weiß den Modus der Inkorporierung von rassialisierenden Zuschreibungen in Form von *rassistischem symbolischem Kapital* hinzu. Darin liegt die entscheidende Neuerung von Weiß' Modell, das Rassenkonstruktionen als Herstellungsmodus sozialer Ungleichheit fasst (ebd., 84ff.). Dementsprechend definiert Weiß Rassismus als »eine sich selbst stabilisierende Praxis der symbolischen Delegitimierung« (ebd., 86f.).¹⁰

In einem Herrschaftsverhältnis, das rassialisiert und rassialisierend zugleich ist, werden auf diese Weise über den Habitus und über in Feldern erworbenes Kapital *soziale Positionen* als herrschende und als beherrschte hergestellt. Dabei handelt es sich um soziale Positionen in einem hierarchisch strukturierten, gleichwohl mehrdimensionalen sozialen Raum (Bourdieu 1985).

Symbolische Macht sozialer AkteurInnen als Gruppe bewirkt, dass bestimmte Definitionen als legitime Einteilungen der sozialen Welt instituiert werden: Sie werden in Institutionen eingeschrieben und formen aufgrund der Wirkungsweise *symbolischer Gewalt* die Körper sozialer AkteurInnen über den Habitus und in Form von rassistischem symbolischem Kapital.¹¹ Machtunterschiede zwischen sozialen AkteurInnen und ihren Denk- und Verhaltensweisen erscheinen so als ihrer »Natur« entsprechend.

»Weiß-Sein« kann daraus folgend *als Markierung einer herrschenden Position in einer rassialisierten und rassialisierenden sozialen Ordnung* fungieren. »Weiß-Sein« als herrschende soziale Position bringt die *Ausstattung mit symbolischer Macht* mit sich: Diejenigen, die sie besetzen, verfügen über die Macht, *der sozialen Welt ihre »Visionen«*, d.h. ihre Sicht auf die Welt, *als legitime »Divisionen«* aufzuerlegen.

10 Um die Reproduktion sozialer Positionen analytisch zu fassen, erweitert Bourdieu den Kapitalbegriff. In materieller und inkorporierter Form bedingt Kapital in seinen verschiedenen Formen »Struktur und Funktionieren der gesellschaftlichen Welt« (Bourdieu 1997c, 50). Zwar liegt ökonomisches Kapital den anderen Kapitalsorten zugrunde, gleichzeitig lassen sich diese nicht auf ökonomisches Kapital reduzieren, u.a. da ihre Wirkung darauf basiert, dass dieser Zusammenhang verschleiert wird. Neben ökonomischem Kapital gibt es kulturelles Kapital (in seiner inkorporierten Form als Bildung, institutionalisiert in schulischen Titeln) und soziales Kapital (Beziehungen, die die Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen kennzeichnen) (Bourdieu 1997c). Weiß fügt dem Konzept des symbolischen Kapitals eine »Unterform« des »rassistischen symbolischen Kapitals« hinzu, das »rassistische Delegitimierung« bedingt, indem vorhandenes Kapital einer rassistisch beherrschten Gruppe wie der ihr zugehörigen sozialen AkteurInnen abgewertet wird. Zudem bezeichnet rassistisches symbolisches Kapital die inkorporierte »rassistische Differenzzuschreibung« (Weiß, 90 ff.).

11 Symbolische Gewalt ist sowohl für Herrschende als auch für Beherrschte in einem rassistischen Herrschaftsverhältnis im Spiel, wenn die so hergestellten Klassifizierungen in Form von Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata einverleibt werden. Allerdings ist es eine ungleiche Wirkung symbolischer Gewalt, dass rassistisch Abgewertete die rassialisierenden Klassifizierungen als legitime Einteilungen sozialer Wirklichkeit auch auf ihre eigenen Erfahrungen anwenden. Auf diese Weise tragen sie zur Reproduktion eines rassialisierenden Herrschaftsverhältnisses bei, auch wenn es zu ihrer Abwertung führt. In einem rassialisierenden Herrschaftsverhältnis tragen Privilegierte auf diese Weise zur Reproduktion ihrer herrschenden sozialen Position bei.

»Weiß-Sein« als herrschende soziale Position – vom Privileg, nicht markiert zu sein

Wie Konzeptionen von »race« die Erfahrungen »Weißer« Frauen strukturieren, zeigt eine Studie von Ruth Frankenberg (1993). Die Erfahrungen »Weißer« Frauen fasst Frankenberg in ihre Definition von »Weiß-Sein« als einen »Ort strukturellen Vorteils aufgrund von »rassisch« definierter Privilegierung« (S. 1). Diese Privilegierung äußere sich in der »Erfahrung, [eher] durch eine automatische Glastür *hindurch* zu gehen als in sie hinein zu gehen« (ebenda, 55). Peggy McIntosh (1988) beschreibt eine ähnliche Erfahrung: »Viele Türen öffnen sich für bestimmte Leute, allerdings nicht aufgrund ihrer eigenen Tugenden« (S. 95).

Wie Weiße Privilegien in die Wahrnehmung, das Denken und Handeln eingehen – d.h. in den Habitus – beschreibt Peggy McIntosh folgendermaßen: »[...] bewirken manche Privilegien, dass ich mich zu Hause fühle in der Welt. Andere erlauben mir, Strafen zu entkommen oder Gefahren, die andere erleiden. Durch manche entkomme ich Furcht, Angst, Beleidigung, Verletzung oder einem Gefühl, nicht willkommen zu sein, nicht wirklich zu sein. Manche bewahren mich davor, mich verstecken zu müssen, maskiert sein zu müssen, sich krank oder verrückt fühlen zu müssen, jede Transaktion von der Position einer Außenseiterin verhandeln zu müssen oder, innerhalb meiner Gruppe, eine Person zu sein, die verdächtigt wird, zu enge Verbindungen mit der herrschenden Kultur zu haben. Die meisten bewahren mich davor, wütend sein zu müssen.« (ebenda, 100f.)

Die Weißen Privilegien, die McIntosh beschreibt, zeichnen sich offenbar dadurch aus, dass ihre TrägerInnen in Übereinstimmung mit herrschenden oder vorherrschenden Normen sind, d.h. das Allgemeingültige repräsentieren. Die eigene Erfahrung wird als »gegeben, neutral, normal und allgemein für alle zugänglich« wahrgenommen (ebenda). Die Erfahrung von Weiß-Sein besteht offenbar darin, dass sie nicht als partikular oder abweichend empfunden wird. Das sind die Privilegien, die damit verbunden sind, nicht markiert zu sein. Dass Weißen ihre privilegierte soziale Stellung nicht bewusst ist, ist zum einen darin begründet, dass sie über den Habitus in den Körper und ins Unbewusste eingeschrieben ist: Sie wird nicht bewusst wahrgenommen. Zum anderen verfügen sie – aufgrund der beherrschenden sozialen Position – über symbolische Macht, d.h. die Macht, legitime Klassifizierungen der sozialen Welt und allgemein anerkannte Normen zu instituieren.

Weiß-Sein als herrschende soziale Position ist durch die Ausstattung mit ökonomischem, kulturellem, sozialem und symbolischem Kapital gekennzeichnet. Erworben wird Kapital in Auseinandersetzungen auf Feldern (z.B. Feld der kulturellen Produktion) und Märkten, wobei Kapital dazu tendiert, sich zu reproduzieren: D.h. wer über Kapital verfügt, neigt dazu, dieses noch

zu vermehren. Wenn Weiß-Sein als herrschende soziale Position durch die Akkumulierung von Kapital reproduziert wird, so bedeutet das außerdem, dass mit Weiß-Sein das Interesse einhergeht, diese privilegierte Stellung aufrechtzuerhalten. Eine Strategie, die zur Beibehaltung einer privilegierten sozialen Position eingesetzt wird, ist die Leugnung dieser Privilegierung.

Frankenberg nennt das »Farb- und Machtausblendung« (»color evasiveness« und »power evasiveness«; 1993, 14). Dabei werde ein »Weißes Selbst« konstruiert, das frei von Rassismus ist. Diese Haltung basiert auf der Vorstellung von einer »allumfassenden (allgemeinen) Menschheit«, die nicht durch rassistische Grenzen geteilt ist, während gleichzeitig der »Weiße Blick« von den Machtungleichheiten einer rassistisch segregierten Gesellschaft abgewendet wird (188ff.). Hooks beschreibt das als Vorstellung von »Weißsein als das Gute« (1997, 169). Das ist einer der Gründe, weswegen Weiße die Beschäftigung mit ihrer eigenen Privilegierung vermeiden: Sie können sich nicht vorstellen, dass »die Art und Weise, auf die Weißsein als Präsenz im Leben von Schwarzen empfunden wird, meistens eine terrorisierende Belastung ist, eine Macht, die verwundet, verletzt und quält« (ebenda). Wenn AntirassistInnen, FeministInnen und andere Linke allem kritischen Bewusstsein zum Trotz dennoch dazu neigen, ihre Machtposition auszublenden, dann hängen sie auch einer solchen Vorstellung von »Weißsein als das Gute« an.

Als Strategie eingesetzt, bewirkt die Leugnung der eigenen herrschenden Position sowie die Aberkennung des Leids von rassistisch Beherrschten die Aufrechterhaltung der eigenen Machtposition. Diese Strategie ist charakteristisch für eine privilegierte oder herrschende soziale Positionierung.¹² Es ist diese Strategie, die eigene Privilegierung auszublenden und zu leugnen, die es ermöglicht, dass Weiß-Sein als Norm sich als Allgemeines und Unsichtbares zugleich instituiert.

Wenn Weiß-Sein eine herrschende soziale Position in einem hierarchisch strukturierten sozialen Raum bezeichnet, die u.a. durch den Habitus und rassistisches symbolisches Kapital bedingt wird, so ist Weiß-Sein auch relational bedingt und überdeterminiert. Weißsein wird gleichermaßen durch andere soziale Zuschreibungen wie Klasse, Geschlecht, Alter, sexuelle Orientierung oder Lebensweise hergestellt sowie im Verhältnis und in Abgrenzung zu Zuschreibungen als »Nicht-Weiß«. Erst im Zusammenwirken mit anderen sozialen Zuschreibungen stellt sich Weißsein her, anders ausgedrückt: Klassenzugehörigkeit oder Zugehörigkeit zu einer sexuellen Orientierung oder Lebensform erfahren wir als soziale AkteurInnen über die Zuschreibung zu einer Hautfarbe. Arbeiten von Twine (1997) oder Sacks (1994) zeigen,¹³ dass die Zu-

12 Diese Wirkungsweise auch für andere Herrschaftsverhältnisse wie Klassenverhältnisse und Geschlechterverhältnisse hat u.a. Bourdieu herausgearbeitet.

13 Twines Untersuchung von Vorstadtkindern, die sie als »braun« beschreibt, zeigt, wie die Zuschreibung zur Mittelklasse einen Status von Weiß-Sein befördert oder sichert. Sacks beschreibt die Klassenmobi-

schreibung zur Mittelklasse auch durch die Zuweisung eines Status' von Weiß-Sein hergestellt bzw. abgesichert wird. Oder umgekehrt: Die Zuschreibung zu einer Gruppe von Weißen scheint die Möglichkeit zur sozialen Mobilität zu eröffnen.

Die Relationalität und Überdeterminiertheit einer sozialen Position Weiß-Sein bringt es mit sich, dass sie als herrschende Position unterminiert werden kann. Möglich wird dies in Interaktionen: D.h. eine soziale Position muss als solche immer wieder hergestellt werden und ist von den Bedingungen ihrer Herstellung abhängig. Und da es dabei um Machterhalt geht, ist die Grenze, durch die Weiß-Sein als herrschende soziale Position bestimmt wird, indem Nicht-Weiße und Schwarze markiert werden, ein Schauplatz von Ängsten und Begehrlichkeiten.¹⁴

Zwischen Stabilisieren und Unterminieren – »Weiß-Sein« als Angst

Angesichts der Beständigkeit eines rassistischen Herrschaftsverhältnisses und seiner Fähigkeit zur Reproduktion weisen Definitionen von Weiß-Sein als Angst, wie sie von den Filmwissenschaftlern Mason Stokes und Richard Dyer aufgestellt werden, auf die Möglichkeiten seiner Unterminierung hin. Stokes' Definition von Weiß-Sein als eine »Form textueller, politischer und sexueller Angst« (2001, XII), bezieht sich auf Inszenierungen von Weiß-Sein in literarischen, bildlichen und filmischen Repräsentationsformen. Diese Inszenierungen von »Weiß-Sein« als Angst weisen auf die Möglichkeit des Verlusts von Weiß-Sein hin, so Stokes und Dyer, was wir gerade als Verlust einer privilegierten Stellung ausgemacht haben. Als solche seien sie eine Quelle von Angst wie von Begehren (daher die zentrale Bedeutung der Darstellung von Sex zwischen sogenannten »Rassen« in »Rassentheorien«, so Robert Young).¹⁵ Während in diesen Inszenierungen einerseits die Möglichkeit ihrer Unterminierung sichtbar wird, sind sie doch oft Zeugnis ihrer Stabilisierung, indem rassistische Stereotypen reproduziert werden. Mit anderen Worten, die Inszenierung von Weiß-Sein als Angst ist auch ein Versuch, einen drohenden Machtver-

lität von jüdischen und anderen AmerikanerInnen europäischer Herkunft nach dem Zweiten Weltkrieg, die u.a. durch die Zuschreibung zu Weiß-Sein bedingt wurde.

14 Es wäre zu überlegen, inwiefern Weißsein im Sinne von Distinktion funktioniert, d.h. als Form von »kulturellen Abgrenzungen«, die eine soziale Gruppe zusammenfügen, und darüber hinaus »das System der sozialen Stratifikation tradieren, verstärken und reproduzieren« (Bröskamp 1993, 189f.). Bröskamp bezieht sich auf Bourdieus Konzeption des Lebensstils, der Distinktionen herstellt, um sich unterscheidende Lebensstile von Einheimischen und MigrantInnen in ihrer hierarchischen Anordnung zu erfassen. Distinktion als Strategie fungiert demnach als »kulturelle Abgrenzung gegenüber denjenigen, die die eigene soziale Stellung bedrohen« (ebd., 189). Es wäre noch zu untersuchen, inwiefern eine derartige Strategie auch auf rassialisierende Differenzsetzungen zutrifft: D.h. ob die Zuschreibung zu Weiß-Sein als Distinktionszeichen fungiert.

15 Young 1995, 181; zitiert nach Stokes, XVI ff.

lust oder Verlust von Status abzuwenden.¹⁶ Die Machtwirkungen von Weiß-Sein scheinen angesichts der Möglichkeit ihrer Unterminierung reproduziert und verstärkt zu werden. Jene Grenzgebiete, in denen Weiße Herrschaft instabil wird, sind auch Schauplätze ihrer (Re-) Inszenierung und Stabilisierung.

Schlussbemerkungen

Ich habe argumentiert, dass diese Grenzziehungen durch symbolische Macht ermöglicht werden: Die Macht, Klassifizierungen als legitime durchzusetzen. Dass die Differenz »Weiß« – »Nicht-Weiß« oder »Weiß« – »Schwarz« als legitime Klassifikationen durchgesetzt werden, liegt an der symbolischen Macht von Weißen sozialen AkteurInnen, ihre Sicht auf die Welt den Dingen, Institutionen und Körpern (ihren eigenen eingeschlossen) einzuschreiben. Mit anderen Worten handelt es sich um eine Macht, die Vielfalt und Komplexität sozialer Welt entsprechend eines Gegensatzes einzuteilen. Es ist der Wirkungsweise symbolischer Gewalt zuzuschreiben, dass dieser Konstruktionsprozess sozialer Wirklichkeit bzw. die Herrschaftsverhältnisse, die sie bedingen, als »Natur« erscheinen. Für Rassismusforschung wie für critical whiteness studies bedeutet das, dass eine kritische Auseinandersetzung mit einem rassialisierten und rassialisierenden Herrschaftsverhältnis genau diesen Prozess zum Inhalt haben muss, durch den gesellschaftliche Realität entsprechend eines Gegensatzes hergestellt wird.

Angesichts der Beständigkeit und Fähigkeit eines rassistischen Herrschaftsverhältnisses zur Reproduktion stellt sich die Frage: Welche Möglichkeiten der Veränderung gibt es? Die kritische Auseinandersetzung mit Konstruktionen von Weiß-Sein ist ein wichtiger Bestandteil von Bemühungen um die Veränderung einer rassialisierten gesellschaftlichen Ordnung, gerade da sie den rassistischen objektivierenden Blick umkehrt und zurückwendet auf das Subjekt seiner Hervorbringung.

Wenn Weiße Herrschaft in Interaktionen und Repräsentationsformen eingesetzt und inszeniert wird, so scheinen andererseits hier Möglichkeiten zu

16 Die Beispiele von Filmen, in denen Weiß-Sein als Angst dargestellt wird, reichen dabei von programmatischen Inszenierungen von Weißer Vorherrschaft (z.B. *The Birth of the Nation*, USA 1915; vgl. Stokes, 158-177), bis zu Filmen, die Weiße Herrschaft als Quelle der Angst und des Begehrens inszenieren, indem sie stereotype Darstellungsweisen einsetzen (*When Night is Falling* von Patricia Rozema, Kanada 1996; vgl. Cheng in diesem Band). Ein Beispiel für einen Film, in dem die Herstellung Weißer Angst filmisch reflektiert wird, ist *M. Butterfly* von David Cronenberg, USA 1992/93 (vgl. Warth 1997). Während die ersten beiden Beispiele die Reproduktion von rassistischer Herrschaft bedingen, indem eine rassialisierte und rassialisierende symbolische Ordnung reproduziert wird, ist Warth zufolge in dem Film *M. Butterfly* die Herstellungsweise von Weiß-Sein durch (neo-) koloniale Fantasien und Machtverhältnisse dargestellt. Indem die Konstruktion von Weiß-Sein (in Verbindung mit männlicher Heterosexualität) zum Inhalt gemacht wird, werden auch deren Bruchstellen offen gelegt, was im Film im Einsturz Weißer Vorherrschaft und deren Fundamente, endet.

liegen, sowohl die Instabilität Weißer Herrschaft als auch die Mechanismen ihrer Reproduktion aufzudecken und ihnen entgegenzuwirken. Aus diesem Grund ist es notwendig, dass Weiße ihr Verhalten, Denken und Wahrnehmen aus dem Bereich des selbstverständlich Gewussten ins Bewusstsein bringen. Es ist außerdem notwendig, die symbolischen Konstruktionsprozesse einer rassialisierten und rassialisierenden gesellschaftlichen Ordnung in Bild und Text aufzuspüren. Hier liegen die Möglichkeiten eines Eingreifens, wenn die Logik symbolischer Gewalt durchbrochen wird und die Instabilität Weißer Herrschaft gegen sie selbst gewendet wird. Dauerhaftere Veränderungen sind jedoch nur möglich, wenn sie auf das *Zusammenwirken* gesellschaftlicher Institutionen – ökonomische, symbolische, staatliche – und sozialer AkteurInnen zielen: Dies betrifft sowohl wissenschaftliche Untersuchungen als auch politische Aktionen und Forderungen. Angesichts der Wirkungsweise symbolischer Macht, als Vermittlung ökonomischer, kultureller und sozialer Macht, legitime Definitionen zu installieren, sollten Weiße sich Forderungen nach dem Zugang von Nicht-Weißen zu institutioneller Macht zu eigen machen: Dabei geht es um den Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildungsinstitutionen, zu Stellen und anderen Ressourcen auch in feministischen, linken und anderen Organisationen. Nicht zuletzt sind es solche Forderungen, die die Privilegien Weißer angreifen, indem der Anspruch von Schwarzen und people of color auf symbolische Macht geltend gemacht wird.

Für critical whiteness studies gilt: Wenn Weiße über Rassismus und über Konstruktionen von Weiß-Sein arbeiten, sind sie gleichzeitig in diesem Herrschaftsverhältnis verortet. Aufgrund ihrer beherrschenden sozialen Position sind sie prädisponiert, dieses Herrschaftsverhältnis zu reproduzieren. D.h. ihre symbolische Macht zu bestätigen und zu vermehren. Deswegen ist es gerade für Weiße notwendig, sich zum Prozess des Sprechens über »race« und Weiß-Sein ins Verhältnis zu setzen: Sich als positioniert in einem Herrschaftsverhältnis zu begreifen und sich politisch dazu zu positionieren.

Literatur

- Arndt, Susan (Hg.) (2001a): AfrikaBilder. Studien zu Rassismus in Deutschland, Münster
- Arndt, Susan (2001b): Impressionen. Rassismus und der deutsche Afrikadiskurs. In: Arndt, Susan (Hg.): AfrikaBilder. Studien zu Rassismus in Deutschland, Münster, S. 11-70
- Arndt, Susan; Wollrad, Eske (2003): Critical Whiteness Studies und Gender in transdisziplinärer Perspektive. Vortrag, gehalten auf der Tagung »Weißsein und Geschlecht« in Berlin, 14.-16.3.2003
- Ayim, May (2002): Grenzenlos und unverschämt, Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre; Passeron, Jean-Claude (1973): Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt, Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre (1985): Sozialer Raum und »Klassen«. Leçon sur la leçon. Zwei Vorlesungen. Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre (1997a): Männliche Herrschaft revisited. In: Feministische Studien 2, S. 88-99
- Bourdieu, Pierre (1997b): Die männliche Herrschaft. In: Dölling, Irene; Kraus, Beate: Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis, Frankfurt a.M., S. 153-217

- Bourdieu, Pierre (1997c): Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital. In: Bourdieu, Pierre: Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zu Politik & Kultur 1. Hg. v. Margarete Steinrück, Hamburg, S. 49-80
- Bourdieu, Pierre (1998): La domination masculine, Paris
- Bröskamp, Bernd (1993): Ethnische Grenzen des Geschmacks. Perspektiven einer praxeologischen Migrationsforschung. In: Gebauer, Gunter; Wulf, Christoph (Hg.): Praxis und Ästhetik. Neue Perspektiven im Denken Pierre Bourdieus, Frankfurt a.M., S. 174-207
- Castro Varela, María del Mar u.a. (Hg.) (1998): Suchbewegungen: Interkulturelle Beratung und Therapie, Tübingen
- Davis, Angela Y. (1981): Women, Race & Class, New York
- Dyer, Richard (1997): White, London.
- El-Tayeb, Fatima (2001): Schwarze Deutsche. Der Diskurs um »Rasse« und nationale Identität 1890 – 1933. Frankfurt a.M.
- Essner, Cornelia (1992): »Wo Rauch ist, da ist auch Feuer«. Zu den Ansätzen eines Rassenrechts für die deutschen Kolonien. In: Wagner, Wilfried u.a. (Hg.) (1992): Rassendiskriminierung, Kolonialpolitik und ethnisch-nationale Identität. Münster, S. 145-160
- Fanon, Frantz (1980): Schwarze Haut, weiße Masken, Frankfurt a.M.
- Frankenberg, Ruth (1993): White Women. Race Matters. The Social Construction of Whiteness, London
- Frankenberg, Ruth (Hg.) (1997): Displacing Whiteness. Essays in Social and Cultural Criticism, Durham
- Frankenberg, Ruth (1997): Introduction. In: Frankenberg, Ruth (Hg.): Local Whitenesses. Localizing Whiteness, Durham/London, S. 1-34
- Gründer, Horst (2000): Geschichte der deutschen Kolonien, Paderborn
- Hall, Catherine (1992): White, Male and Middle-Class. Explorations in Feminism and History, Cambridge
- hooks, bell (1981): Ain't I A Woman: Black Women and Feminism, Boston
- hooks, bell (1997): Whiteness in the Black Imagination. In: Frankenberg, Ruth (Hg.): Local Whitenesses. Localizing Whiteness, Durham/London, S. 165-179
- Hügel-Marshall, Ika (1998): Schwarze KlientInnen in Therapie und Beratung bei Weißen TherapeutInnen. In: Castro Varela u.a. (Hg.): Suchbewegungen: Interkulturelle Beratung und Therapie, Tübingen, S. 109-116
- Lorde, Audre (1993): Zami: Ein Leben unter Frauen, Frankfurt a.M. [Zami: A New Spelling of My Name. 1982].
- McIntosh, Peggy (2001): White Privilege and Male Privilege. A Personal Account of Coming to See Correspondences through Work in Women's Studies. In: Andersen, Margaret L.; Hill Collins, Patricia (Hg.): Race, Class, and Gender. An Anthology, Belmont, S. 95-105 [1988]
- Morrison, Toni (1992): Playing in the Dark. Whiteness and the Literary Imagination, Cambridge, Massachusetts
- Nakayama, Thomas K.; Krizek, Robert L. (1999): Whiteness as a Strategic Rhetoric. In: Nakayama, Thomas K.; Martin, Judith N. (Hg.): Whiteness: The communication of social identity. Thousand Oaks, California, S. 87-106.
- Oguntoye, Katharina; Opitz, May; Schultz, Dagmar (Hg.) (1992): Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte, Frankfurt a.M. [1986]
- Opitz (Ayim), May (1992): Rassismus, Sexismus und vorkoloniales Afrikabild in Deutschland. In: Oguntoye u.a. (Hg.): Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte, Frankfurt a.M., S. 17-84
- Pratt, Minnie Bruce (1984): Identity: Skin, Blood, Heart. In: Bulkin, Elly u.a. (Hg.): Yours in Struggle: Three Feminist Perspectives on Anti-Semitism and Racism, Brooklyn, S. 11-63
- Sacks, Karen Brodtkin (1994): How Did Jews Become White Folks? In: Gregory, Steven; Sanjek, Roger (Hg.): Race, New Brunswick, S. 78-102
- Saïd, Edward W. (1995): Orientalism. Western Conceptions of the Orient, London 1995 [1978]
- Schmitz, Birgit (1998): Deutschland postkolonial? Über die »Bewältigung« des deutschen Kolonialismus. In: Mayer, Ruth; Terkessidis, Mark (Hg.): Globalkolorit. Multikulturalismus und Populärkultur, St. Andrä/Wörtern, S. 211-220
- Stokes, Mason (2001): The Color of Sex. Whiteness, Heterosexuality, and the Fiction of White Supremacy, Durham
- Twine, France Winddance (1997): Brown-Skinned White Girls: Class, Culture, and the Construction of White Identity in Suburban Communities. In: Frankenberg, Ruth (Hg.): Local Whitenesses. Localizing Whiteness, Durham/London, S. 214-243
- Wachendorfer, Ursula (1998): Soziale Konstruktionen von Weiß-Sein. Zum Selbstverständnis Weißer TherapeutInnen und BeraterInnen. In: Castro Varela u.a. (Hg.): Suchbewegungen: Interkulturelle Beratung und Therapie, Tübingen, S. 49-60

- Wachendorfer, Ursula (2001): Weiß-Sein in Deutschland. Zur Unsichtbarkeit einer herrschenden Normalität, Münster, S. 87-101
- Walgenbach, Katharina (2002): Weiße Dominanz. Zwischen struktureller Unsichtbarkeit, diskursiver Selbstaffirmation und kollektivem Handeln. In: Bartmann, Sylke u.a. (Hg.): Kollektives Handeln. Politische Mobilisierung zwischen Struktur und Identität, Düsseldorf, S. 123-136
- Walgenbach, Katharina (2003): Zwischen Selbstaffirmation und Distinktion: Weiße Identität, Geschlecht und Klasse in der Zeitschrift »Kolonie und Heimat«. In: Winter, Carsten u.a. (Hg.): Medienidentitäten. Identität im Kontext von Globalisierung und Medienkultur, Köln, S. 136-152
- Ware, Vron (1992): *Beyond the Pale. White Women, Racism and History*, London.
- Warth, Eva (1997): Die Inszenierung von Unsichtbarkeit: Zur Konstruktion weißer Identität im Film. In: Friedrich, Annegret; Haehnel, Birgit u.a. (Hg.): Projektionen. Rassismus und Sexismus in der Visuellen Kultur, Marburg, S. 125-130
- Weiß, Anja (2001): Rassismus als symbolisch vermittelte Dimension sozialer Ungleichheit. In: Weiß, Anja; Koppetsch, Cornelia u.a. (Hg.): Klasse und Klassifikation. Die symbolische Dimension sozialer Ungleichheit, Wiesbaden, S. 79-108
- Wollrad, Eske (1999): Wildniserfahrung: womanistische Herausforderung und eine Weiße feministische Herausforderung, Gütersloh.
- Young, Robert (1995): *Colonial Desire. Hybridity in Theory, Culture and Race*. London

Weiß-Sein und Geschlecht im Kontext des deutschen Kolonialismus

Einleitung

Die Bedeutsamkeit des Kolonialismus in Deutschland wird aufgrund seiner vergleichbar kurzen Dauer zumeist als marginal eingeschätzt. Dreißig Jahre Kolonialismus in Togo, Deutsch-Südwestafrika, Deutsch-Ostafrika, Kongo und im Pazifik erscheinen gegen die Jahrhunderte währende Kolonialzeit anderer europäischer Kolonialmächte geradezu unbedeutend. Dennoch besitzt der Kolonialismus ein Strukturierungspotential für die deutsche Moderne, die Herausbildung des deutschen Nationalstaates und die Vorstellung eines nationalen homogenen Weißen Raumes¹ bzw. die Konstruktion nationaler Identität, ganz besonders aber für entstehende Rassediskurse in Deutschland (vgl. El-Tayeb 2001, Grosse 2000). Während vor allem im angloamerikanischen Raum eine unüberschaubare Menge von Material zu Kolonialismus und Postkolonialismus erschienen ist (vgl. Wolter 2000, Loomba 1998), beginnt in Deutschland erst allmählich eine Aufarbeitung des Kolonialismus und dessen Auswirkungen u.a. auf die Etablierung rassistischer Strukturen (Eckert; Wirz 2002, Kundrus 2003). Sehr zögerlich und vereinzelt werden postkoloniale Perspektiven beispielsweise für die Rassismusforschung in Deutschland entwickelt und Kontinuitäten und Spuren der deutschen Kolonialgeschichte innerhalb der aktuellen Gesellschaftsformation herausgearbeitet (vgl. Grimm 1997, Ha 1999, Konuk 1999, Oguntoye 1986). Ich möchte an dieser Stelle zunächst den Blick auf die Bedeutsamkeit des Kolonialismus für eine europäische resp. deutsche Moderne richten. Deutlich wird die Verwobenheit der Konstrukte von »Rasse«, Nation, Geschlecht und Klasse. Anschließend möchte ich die Partizipation von Frauen(verbänden) an der Ausgestaltung des kolonialen und nationalen Projektes aufzeigen. Auch (feministische) Diskurse der Frauenbewegung haben daran mitgewirkt.

1 Weiß schreibe ich im Folgenden groß, um kenntlich zu machen, dass es sich hierbei nicht um eine »natürliche Gemeinschaft« oder Hautfarbe handelt, sondern dass Weiß-Sein politisch, kulturell und juristisch erst hergestellt werden musste. Hierbei beziehe ich mich auf Critical Whiteness Studies. Theoretisch baut er auf einem Referat über »Weiß-Sein als gesellschaftstheoretischem Begriff« von Ingrid Jungwirth auf, das in diesem Band nachzulesen ist.

Kolonialfantasien. Wegbereiter des deutschen Kolonialismus

Der Wunsch nach einem »Platz an der Sonne« ging dem tatsächlichen Kolonialbesitz (1884-1918) lange voraus. Dieser Wunsch, der ab Mitte des 19. Jahrhunderts insbesondere in nationalistischen Kreisen geradezu in eine Besessenheit mündete, zeigt sich u.a. in ausgeprägten Kolonialfantasien, die vom 16. Jahrhunderts an in Romanen, philosophischen Schriften, Kinderbüchern bzw. zahlreichen Kolonialtheorien das kollektive Imaginäre nährten. »Der Drang nach kolonialer Besitzergreifung – und damit meine ich Verfügungsgewalt über fremde Ländereien, Bodenschätze und, nicht zuletzt, Menschenkörper und Menschenarbeit – drückte sich (...) nicht so sehr als bewußte Absicht aus, sondern eher in unbewußt geäußerten Kolonialfantasien: Geschichten von sexueller Eroberung bzw. Willfährigkeit, von Liebe und gesegnetem häuslichen Einvernehmen zwischen Kolonisator und Kolonisierten auf gemeinsamem Boden – Geschichten, die das Fremde vertraut und das Vertraute familiennah, »familiär« machten« (Zantop 1999, 10).

Künstlerische Ausdrucksformen der Kolonialfantasien stellen das imaginierte Kolonialverhältnis oft als Liebesverhältnis oder sexuelle Beziehung dar, wobei die Kolonie als weiblicher Körper allegorisiert ist, der eingenommen und erobert wird. Die Kolonie changiert dabei zwischen anziehend-verführerischer und bedrohlich-verschlingender Weiblichkeit. Anne McClintock hat in *Imperial Leather*² herausgearbeitet, dass Sexualität einen zentralen Stellenwert in Kolonialfantasien hat, denn gerade diese ist eng verknüpft mit Rasse-Diskursen.³ Hier wird der – historische wie strukturelle – Zusammenhang moderner Geschlechterverhältnisse mit modernem Rassismus deutlich. »Diese Konstruktion eines modernen Rasse-Geschlechts-Modells zwischenmenschlicher Beziehungen fand in einem ausdrücklich »kolonialen« Kontext statt: Erst durch den Rückgriff auf kolonisierte Völker, auf »anziehende« oder »abstoßende« Menschen anderer Kultur und Hautfarbe, die sie begehrteten oder von ihrem angestammten Platz vertrieben, konnten weiße europäische Männer sich als »der Europäer«, »der Deutsche« oder »der Engländer« behaupten, der biologisch zur körperlichen und kulturellen Vorherrschaft prädestiniert sei« (Zantop 1999, 15). Die Sexualisierung und Hierarchisierung der Fantasien dienten der Herstellung des Selbst: des männlichen, weißen, deutschen Subjekts. Zentral in diesem Prozess ist die Zuordnung zu bzw. Abgrenzung von scheinbar »rassischen«, ethnischen, sexuellen oder nationalen⁴ Eigenschaften. Edward Said (1981, 15) verweist auf ein »Arsenal von Wünschen, Repressio-

2 Anne McClintocks (1995) Untersuchung stützt sich auf die Geschichte des Britischen Empire, lässt sich jedoch auf den deutschen Kontext übertragen (Vgl. Zantop 1999, 14).

3 In Michel Foucaults Theorie der entstehenden Bio-Macht ist Sexualität ein besonders dichter Durchgangspunkt für Machtbeziehungen. Das Konzept der »Bio-Macht« wurde inzwischen produktiv auf den kolonialen Kontext bezogen (z.B. Stroler 1995).

nen, Investitionen und Projektionen«, das zusammen mit Wissenschafts- und Wirtschaftsinteressen zur Entstehung einer kolonialistischen Geisteshaltung beitrug. Tatsächliche Kolonisierungsversuche und die Beteiligung an anderen europäischen Kolonialprojekten – z.B. die Beteiligung und der Profit am Sklavenhandel – lassen die zeitlichen und territorialen Grenzen des Kolonialismus verschwimmen.⁵ Stuart Hall (2002, 231) bezeichnet den Kolonialismus als »konstitutive Außenseite« des westlichen Kapitalismus. Die modernen Nationalstaaten sind damit nicht nur Grundlage und Ausgangspunkt der kapitalistischen und kolonialen Austausch- und Ausbeutungsbeziehung, sondern innerhalb eines wechselseitigen Konstituierungsprozesses zugleich auch ihr Produkt (vgl. Conrad; Randeria 2002, 21). Die Nationengeschichte auch von Deutschland ist demnach nicht ohne die Kolonialgeschichte lesbar.

Die Kolonialfantasien verstärkten die Herausbildung eines maskulinistischen bürgerlichen Bewusstseins in Opposition zur aristokratischen Dekadenz und die Formierung eines nationalen Bewusstseins. Aus- und Eingrenzungsfantasien und hierarchische Ordnungen verliehen der Sehnsucht nach einem festumrissenen Staatsgebilde, nach Einheit und interner Kontrolle Ausdruck. Die darin gezogenen Grenzen zwischen dem Selbst und dem Anderen/Fremden schufen den Rahmen für eine nationale Identität, die auf Differenzen aufbaute. Insbesondere im Zuge der sogenannten Befreiungskriege gegen das Frankreich Napoleons verstärkte sich eine nationalistische Bewegung.⁶ Nationalismus und Kolonialismus wurden in allen europäischen Nationen eng verknüpft, auch in der entstehenden deutschen. Ab den 1840er Jahren begannen planmäßige deutsche Kolonialversuche auf der Basis nationaler Argumentationen. Erst 1884 gelang jedoch die »nationale Vollendung« durch die Entscheidung Bismarcks, den bislang informell-indirekten Freihandelsexpansionismus in einen direkt-formellen Kolonialbesitz umzuwandeln.

Durch die über einen langen Zeitraum kontrovers geführten Kolonialdebatten (Kundrus 2003, 2f, Gründer 2000, 26f), ob Kolonien zum »nationalen Wohl« beitragen würden oder nicht, zog sich die Hoffnung, deutsche Kolonien könnten die mit der Industrialisierung einhergehenden sozialen und ökonomischen Konflikte – Arbeitslosigkeit, Klassenkonflikte, Urbanisierung, Pau-

4 Z.B. auch als Konkurrenzverhältnis zwischen anderen europäischen Kolonialmächten um die »beste« Kolonialherrschaft und -macht.

5 Bereits im 16. und 17. Jahrhundert wurde im Gefolge der spanisch-portugiesischen Conquista, an der deutsche Forscher, Unternehmer etc. massiv beteiligt waren, versucht, deutsche Kolonialgebiete zu errichten, zunächst erfolglos. Kleinere Gebietsbesitzungen einzelner Herzoge und Kurfürsten in Afrika und im Pazifik sind kaum mehr bekannt, die Gründung von »Groß-Friedrichsburg« an der westafrikanischen Küste 1683 stellt einen Höhepunkt der kolonialen Unternehmungen dar (Vgl. Gründer 2000, 15ff).

6 Während und nach den Befreiungskriegen wuchs eine nationalistische Bewegung mit starken anti-französischen Ressentiments. Auch Stereotypisierungen von Polen spielten in der nationalistischen Bewegung eine wichtige Rolle zur Abgrenzung nach außen. (Vgl. Pleitner 2001).

perisierung – lösen oder zumindest abfedern. Die Kolonialfrage spielte daher auch für die deutsche Innenpolitik eine Rolle.

Nationstheorien (Anderson, 1996; Yuval- Davis 2001) haben herausgearbeitet, dass sich eine Nation bzw. nationale Identität über Inklusions- und Exklusionsprozesse, durch Homogenisierung nach innen und der Abgrenzung nach außen herstellen.⁷ Nach bestimmten Kriterien, z.B. die Staatsbürgerschaft (-srechte), entscheidet sich, wer dazu gehört und wer nicht. Darüber werden Machtverhältnisse abgesichert und gesellschaftliche Ressourcen und Privilegien verteilt. Die Auswirkungen des Kolonialismus auf die Konstitution einer vorgestellten deutschen (homogenen) Gemeinschaft finden, insbesondere im deutschen Kontext, keine Beachtung. Bei genauerer Betrachtung wird die Wirkungsmächtigkeit kolonialer Diskurse auf die sich herausbildende Gesellschaftsordnung deutlich.

Durch den deutschen Kolonialismus entstanden die Voraussetzungen für die Konstituierung einer »rassischen Ordnung« in der deutschen Gesellschaft, d.h. der moderne Rassismus⁸ wurde zu einem vorherrschenden Ordnungsprinzip gesellschaftlicher Beziehungen. Das Bild eines homogenen Deutschland entwickelte sich über die Abgrenzung einerseits von anderen europäischen Staaten, andererseits jedoch auch von den Kolonien und seinen BewohnerInnen als Negativfolie der eigenen Weißen zivilisierten Kultur.

»Mischehen« – Ein Exerzierfeld

Knotenpunkt des Kolonialismus und seine Auswirkungen auf einen vorgestellten Weißen Nationenkörper mit einer rassistischen Unterfütterung ist die Frage der Organisation der sexuellen Beziehungen – der kolonialen »Mischehenfrage« –, denn in der »Rassenmischung« wurde die Vorherrschaft der »weißen Rasse« gefährdet. In der »Mischehenfrage« ging es vor allem um den Status der Nachkommen aus »Mischehen« zwischen Weißen Männern und Frauen aus den Kolonien. Da die Staatsangehörigkeit über den deutschen Vater bestimmt wurde, eröffneten »Mischehen« für diese Nachkommen auf juristischer Ebene die Möglichkeit, deutscher Bürger zu werden.⁹ Die Weiße Vor-

7 Diese Abgrenzungsprozesse nach außen stellen ein scheinbar homogenes Kollektiv her. Die imaginierte homogene Nation ist jedoch durchzogen von Hierarchien über Klasse, »Rasse«, Geschlecht. Für die Entstehung der Nation ist u.a. die binäre Geschlechterkonstruktion grundlegend: Die Aufteilung der gesellschaftlichen Sphären in Privat/Öffentlich, Lohnarbeit/Reproduktionsarbeit und die damit einhergehende geschlechtsspezifische Rollenaufteilung sind Voraussetzungen für die sich herausbildende kapitalistische Ökonomie.

8 Hierbei wird oft unterschieden zwischen einem biologistischen und einem kulturalistischen Rassismus. Diese Trennung erachte ich jedoch als problematisch, weil biologistische und kulturalistische Diskurse oftmals untrennbar miteinander verwoben sind.

9 Männliche Kinder aus Mischehen waren aus juristischer Sicht wehrpflichtig und fähig, öffentliche Ämter zu erlangen.

herrschaft in den Kolonien, aber auch in Deutschland, schien gefährdet und es wurde versucht, diesem »Problem« gesetzlich zu begegnen. Der Mangel an Weißen Frauen in den Kolonien galt als Kern des Problems: »Das erhebliche Überwiegen der weißen männlichen über die weiße weibliche Bevölkerung ist ein Missstand, der auch für die Lebensverhältnisse und für die Zukunft des Landes von großer Bedeutung ist. Er hat zu einer ziemlichen Anzahl von Mischverbindungen geführt, die, abgesehen von den üblichen Folgen der Rassenvermischung, vor allem deshalb zu bedauern sind, weil in Südafrika die weiße Minderheit sich durch die Reinhaltung ihrer Rasse in ihrer Herrschaft über die Farbigen zu behaupten hat« (Gouverneur Friedrich von Lindequist am 19. Sept. 1906, zit. nach Mamozai 1982, 125).

Seit Mitte der 1890er Jahre gab es die ersten Programme, um Frauen in die Kolonien zu entsenden. Auf administrativer Ebene arbeitete die Kolonialverwaltung mit dem 1907 entstandenen Frauenbund in der deutschen Kolonialgesellschaft zusammen und entwarf Vermittlungsprogramme zur Ansiedlung der Weißen deutschen Frau. In einem Aufruf von Anna von Zech, Frau des Gouverneurs von Togo, heißt es: »Zur Entwicklung unserer Kolonien ist die Mitarbeit der Frau unbedingt erforderlich, nur dadurch werden die Kolonien wirklich deutsch werden. (...) Durch die Anwesenheit einer größeren Zahl von Frauen wird gar manche Unsitte gesteuert werden, die jetzt leider noch teilweise herrschen, wird ein nicht zu unterschätzender Einfluss auf die Höherentwicklung der guten Sitten sich geltend machen« (zit. nach Grosse 2000, 172).¹⁰

In diesem Zusammenhang wurden administrative Entscheidungen in Form der »Mischehenverordnungen« getroffen, die in Entwürfe einer »Rassengesetzgebung« mündeten. Sie zielte darauf ab, das als homogen vorgestellte deutsche »Volk« »reinrassig« zu halten. Die lokalen Kolonialbehörden erließen 1905 in Deutsch-Südwestafrika, 1906 in Deutsch-Ostafrika und 1912 ähnlich auf Samoa »Mischehenverbote«.¹¹ Diese Gesetze annullierten Ehen, die vor 1905 geschlossen worden waren, ab 1908 konnten Männer, die mit afrikanischen Frauen verheiratet waren oder offen zusammenlebten, die bürgerlichen Ehrenrechte verlieren: Das konnte z.B. den Verlust des Wahlrechts nach sich ziehen, den Erwerb von Grundbesitz verhindern oder den Ausschluss aus Vereinen und dem Sozialleben in den Kolonien bedeuten. Die Agitation der Kolonialverbände zielte darauf ab, »Mischehen« im Zusammenhang mit der Novellierung des Staatsangehörigkeitsrechts 1912/13 den legalen Status zu entziehen. Gerade im rechtlichen Bereich wird eine Rückwirkung der kolonialen auf die deutsche Gesellschaftsordnung deutlich: Die Debatten um eine Neu-

10 Die Kolonialverwaltung schlug zur Erhaltung der »Rassenreinheit« zunächst vor, Weiße Prostituierte in die Kolonien zu versenden (siehe dazu Kundrus 2003, 246f).

11 Die geringe Anzahl von Ehen verdeutlicht die Relevanz der Debatte für die deutsche Kolonialmacht: 1907 bestanden in allen Kolonien zusammen vermutlich nicht mehr als 166 »Mischehen« (Kundrus 2003, 220)

fassung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes bleiben ohne den kolonialen Kontext unverständlich. Die »Mischehendebatte« stellte einen Versuch dar, »rassische« Kriterien in der Staatsangehörigkeit zu verankern. Die Kolonialverwaltung war bestrebt, systematisch rassistische Kategorien in das Gefüge der deutschen Gesellschaftsordnung einzupassen.

In der »Mischehenfrage« vermischten sich Konzepte bürgerlicher Sexualmoral mit grundsätzlichen »rassepolitischen« Zielen. Durch die »Mischehenverbote« wurde erstmals ein Verhaltenskodex für Männer im Sinne einer »Rassenmoral« erlassen. Das »Rassenmischungsproblem« wurde zum Deutungsraum für Ängste des politischen Kontrollverlusts. Die »Mischehenverbote« verhinderten die staatsbürgerliche Gleichstellung Schwarzer Ehefrauen deutscher Männer und gemeinsamer Nachkommen, nicht aber die »Rassenmischung« an sich. In der Frage der »Mischehen« konnte keine Einigung im Reichstag hergestellt werden. Die »Mischehenverbote« lösten großen Protest aus, weniger wegen deren rassistischer Ausrichtung, sondern weil sie als Verstoß gegen Menschen- und Bürgerrechte betrachtet wurden. Die Kirche beispielsweise warnte vor einer Gefahr der Zunahme von Prostitution, Konkubinen und Promiskuität und sprach sich daher gegen die »Mischehenverbote« aus. Sie glaubte zudem an eine missionarische Wirkung der Ehen auf die Schwarze Bevölkerung (Kundrus 2003, 250ff). Die »Mischehendebatte« bewegte sich damit im Widerstreit zwischen rassistischer Ideologie und bürgerlich-christlicher Moral – dem Schutz der Institutionen Ehe und Familie – sowie zwischen Appellen an das »Rasseempfinden« und dem von Männern reklamierten Recht auf sexuelle Freiheit.

Innerhalb der Diskurse um die Problematik der Mischehen bekam das Postulat der »Rassenreinheit« Priorität vor der Einheit der Familien und bedeutete eine gesellschaftliche Eingrenzung männlicher (vormals autonomer) Sexualität. Diese Priorität konnte sich jedoch in der Reichsgesetzgebung nicht durchsetzen, sondern blieb auf die Kolonien beschränkt: Im Konflikt zwischen männlicher sexueller Autonomie und einer »reinen Weißen Rasse« setzte sich zunächst die bürgerlich-patriarchale Geschlechterordnung durch.

Frauen als Hüterinnen deutscher Kultur

Nach der Jahrhundertwende äußerten sich zunehmend deutsche Frauen zur Kolonialpolitik und organisierten sich z.B. in der Deutschen Kolonialgesellschaft. Sie forderten die Entwicklung Deutschlands zur Kolonialmacht, die sie mitgestalten wollten. Die deutsche Frau wurde zur Retterin und Erhalterin der Deutschen Kultur und »Rasse« stilisiert, und diese Rolle entwickelte sich zum zentralen partizipativen Element am kolonial-imperialen Nationalismus. Der Kulturbegriff wurde damit auf eine rassistische Reproduktion zurückgeführt.

In den »Mischehede-batten« verstärkte sich das Bild weiblicher Weißer Reinheit: Reinheit der »Rasse« und die der sexuellen Tugend.

An dieser Stelle wird die Relevanz Weißer Frauen für eine Ausgestaltung des kolonialen Herrschaftsgefüges deutlich. Die in der Kolonialbewegung vertretenen Frauen wurden zu den erbittertsten Befürworterinnen des Mischehenverbotes. In einem »Aufruf an alle deutschgesinnten Männer und Frauen«, 1912 von Frauen überwiegend aus der oberen Mittelklasse unterzeichnet, heißt es: »Sollen deutsche Frauen und Mädchen stillschweigend dulden, daß man sie mit Angehörigen der am niedrigsten stehenden Rasse auf eine Stufe stellt? Sollen sie zusehen, wie ihre Söhne und Brüder mit Frauen dieser Rasse Verbindungen eingehen, die zwar vor dem Gesetz als Ehe bestehen können, welche aber der sittlich höher empfindende Mensch als solche nie anerkennen kann und darf?« (zit. nach Mamozai 1982, 137).

In der »Mischehendebatte« spiegelt sich der Kampf um Selbstbehauptung und -affirmation der bürgerlichen Frau. Mit dem Eintritt deutscher Frauen in die Kolonialbewegung wird eine Ideologie der rassistisch begründeten Reproduktion, die sich um den symbolträchtigen (Weißen) Frauenkörper herum etabliert, verstärkt. Diskurse der Frauenbewegung verknüpften sich mittels der Thematisierung von Sittlichkeit, Sexualmoral etc. mit der Sorge um den gesunden »Volks«- und »Gesellschaftskörper« und verbanden sich mit sozialdarwinistischen Vorstellungen von »Rassehygiene«. Reinlichkeits- und Sittlichkeitsdiskurse dienten nicht nur der Selbstaffirmation der Weißen Frau, sondern gleichzeitig der Abgrenzung bürgerlicher von proletarischen Frauen; ebenso finden sie sich innerhalb antisemitischer Diskurse und in Stereotypen über die jüdische Frau (Omran 2000, 126ff.).

Sicherlich stellten die kolonialpolitisch organisierten Frauen einen konservativen Rand der Frauenverbände dar, doch war der Frauenbund der Deutschen Kolonialgesellschaft immerhin Teil des Bundes deutscher Frauenvereine (BDF), Sammelbecken der bürgerlichen Frauenbewegung. Die bürgerliche Frauenbewegung beschrieb sich explizit als nationale Bewegung, die im Ersten Weltkrieg in den Nationalen Frauendienst, der Kriegsfürsorge, gipfelte. Zentrale Diskurse der bürgerlichen Frauenbewegung konnten für nationalistische Argumentationen eingesetzt werden bzw. schlossen nahtlos an völkische nationalistische Diskurse an. Cornelia Eichhorn (1994) kritisierte an der Auseinandersetzung mit der Geschichte der Frauenbewegung, dass die aktive Teilhabe und der Kampf der bürgerlichen Frauenvereine um Partizipation am Nationalstaat nicht ausreichend bearbeitet worden ist, sondern meist nur der Ausschluss und die Rechtlosigkeit der Frauen im Mittelpunkt feministischer Forschung stand. Insofern müssen die Grundlagen und die Geschichte der Frauenbewegung kritisch nach ihrer aktiven Partizipation an der völkisch-nationalistischen Ausrichtung eines entstehenden Nationalstaats hinterfragt werden. Eichhorn bezeichnet die sich innerhalb der Frauenbewegung durch-

setzende »geistige Mütterlichkeit« als »Motor der Nationalisierung« der Gesellschaft. Dieses Konzept¹² hatte ebenso eine wichtige Funktion im Kolonialdiskurs. Ein »deutsches Volk« erscheint darin als erweiterte Familie, um deren Wohl sich die deutsche Frau sorgt. Fraueneinwanderung wird in dieser Logik zu einer nationalen Aufgabe. Die Spuren (sowie die Hinterlassenschaften) des Kolonialismus in Diskursen und dem Selbstverständnis der Frauenbewegung(en) wurden noch nicht ausreichend aufgearbeitet.¹³

Beim Betrachten der Debatten um »Mischehen« wird deutlich, wie tiefgreifend die sich herausbildende bürgerliche Identität mit Weiß-Sein und Vorstellungen von »Rasse« durchdrungen war. Diese Debatten waren ein Exerzierfeld für die Etablierung einer bürgerlich geprägten »rassischen Ordnung«. Darin äußern sich Verschwörungstheorien kollektiver Untergangsszenarien durch eine biologische und kulturelle »Vermischung« und die Infragestellung Weißer Identität und Vorherrschaft. Auch nach dem Verlust der Kolonien wirkte die dort eingeübte »rassische Dissimilation« verstärkt auf Deutschland zurück, die Bedeutung rassenbiologischer Diskurse wuchs.

Das Konzept »Rasse« wurde jedoch in den Versuchen, Weiß und Schwarz zu definieren und abzugrenzen, eher unklarer,¹⁴ denn es gründete nicht nur auf dem Prinzip der Abstammung, sondern war immer auch an Kultur gebunden und somit verhaltensabhängig und veränderbar. Insofern musste ein imaginiertes Weißes Kollektiv sozial, kulturell, juristisch und politisch überhaupt erst hergestellt werden.¹⁵

Die Vorstellung eines Weißen Kollektivs war zwar in den Kolonien weitaus bedeutsamer als in der Metropole, dennoch wirkte sie auf eine Identitätsbildung zurück und verstärkte die zunehmende Ethnisierung im Kontext eines völkischen Nationalismus und sich ausprägenden Rassismus: »Deutsch-Sein« wurde zu einer ethnischen Einheit, in der nicht mehr ein gemeinsamer Staat, sondern ein »gemeinsames Volkstum« als Grundlage der Nation galt. Antisemitische Prägungen des Nationalismus hatten schon vorher im Reich den Begriff »deutsch« im Sinne von »nichtjüdisch« verstanden. Im Zuge des Kolonialismus fielen Deutsch-Sein und Weiß-Sein immer mehr zusammen und wurde um »nichtscharz« erweitert« (Kundrus 2003, 289).

12 Die Politik der »geistigen Mütterlichkeit« dominierte trotz interner Differenzen die erste Frauenbewegung. Deren Vertreterinnen »erhoben Dienen und Pflichterfüllung zu den wichtigsten weiblichen Attributen und sorgten mit ihrem Konzept (...) dafür, daß die Frauenbewegung ihre Bemühungen endgültig dem nationalen Staat eingliederte« (Eichhorn 1994, 80).

13 Zwar gab es immer wieder Diskussionen um die Kolonialfrage, jedoch gab es nur vereinzelte Stimmen, die sich gegen den Kolonialismus an sich aussprachen (Vgl. Mamozai 1982, 212f).

14 Dazu auch Kundrus 2003, 256ff. Zum Beispiel konnten weiße Männer, die zu lange in den Kolonien waren oder eine Beziehung mit einer Schwarzen Frau führten »Verkauffern«, d.h., sie wurden Schwarz. Ebenso konnten Schwarze, die die bürgerlichen »Konventionen« beherrschten, Weiß werden. Hier zeigt sich noch mal die Amalgamierung eines »Rasse«- und Kulturbegriffs.

15 Zur sozialen Konstruktion einer »Weißen Rasse« siehe Allen 1998. Allen gelingt in seiner Studie der historische Nachweis, dass es sich bei der »weißen Rasse« (hierbei bezieht er sich auf Irland als Kolonie Englands) um eine soziale Konstruktion, eine »Erfindung«, handelt.

Literatur

- Allen, Theodore W. (1998): Die Erfindung der weißen Rasse, Berlin
- Anderson, Benedict (1996): Die Erfindung der Nation: zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt a.M.
- Conrad, Sebastian; Randeria, Shalini (2002): Einleitung. Geteilte Geschichten – Europa in einer postkolonialen Welt. In: Conrad, Sebastian; Randeria, Shalini (Hg.): Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften Frankfurt a.M.
- Eckert, Andreas; Wirz, Albert (2002): Wir nicht, die Anderen auch. In: Conrad, Sebastian; Randeria, Shalini (Hg.): Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt a.M., S. 372-392
- Eichhorn, Cornelia (1994): Im Dienste des Gemeinwohls. Frauenbewegung und Nationalstaat, In: Eichhorn, Cornelia; Grimm, Sabine (Hg.): Gender Killer. Texte zu Feminismus und Politik, Berlin, S. 77-92
- El-Tayeb, Fatima (2001): Schwarze Deutsche. Der Diskurs um »Rasse« und nationale Identität 1890-1933, Frankfurt a.M.
- Grimm, Sabine (1997): Postkoloniale Kritik. In: Die Beute 2.
- Grosse, Pascal (2000): Kolonialismus, Eugenik und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland 1850-1918, Frankfurt a.M.
- Gründer, Horst (2000): Geschichte der deutschen Kolonien, Paderborn
- Ha, Kien Nghi (1999): Ethnizität und Migration, Münster
- Hall, Stuart (2002): Wann gab es »das Postkoloniale«? Denken an der Grenze. In: Conrad, Sebastian; Randeria, Shalini (Hg.): Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt a.M., S.219-246
- Konuk, Kader u.a. (Hg.) (1999): Aufbrüche. Kulturelle Produktionen von Migrantinnen, Schwarzen und jüdischen Frauen in Deutschland, Königstein
- Kundrus, Birthe (2003): Moderne Imperialisten. Das Kaiserreich im Spiegel seiner Kolonien, Böhlau/Köln
- Loomba, Ania (1998): Colonialism/Postcolonialism, New York
- Mamozai, Martha (1982): Schwarze Frau, weiße Herrin, Reinbek bei Hamburg
- McClintock, Anne (1995): Imperial Leather. Race, Gender And Sexuality. In The Colonial Contest, New York
- Oguntoye, Katharina u.a. (1986): Farbe bekennen. Afrodeutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte, Berlin
- Omrán, Susanne (2000): Frauenbewegung und »Judenfrage«. Diskurse um Rasse und Geschlecht nach 1900, Frankfurt a.M.
- Pleitner, Berit (2001): Die »vernünftige« Nation. Zur Funktion von Stereotypen über Polen und Franzosen im deutschen nationalen Diskurs 1850-1871, Frankfurt a.M.
- Said, Edward (1981): Orientalismus, Frankfurt a.M.
- Stroher, Ann Laura (1995): Race And The Education Of Desire. Foucault's History of Sexuality And The Colonial Order Of Things, Durham and London
- Wolter, Udo (2000): Postkolonialismus. Ein neues Paradigma kritischer Gesellschaftstheorie? In: jour fixe-initiative berlin (Hg.): Theorie des Faschismus - Kritik der Gesellschaft, Münster, S. 92-128
- Yuval-Davis, Nira (2001): Geschlecht und Nation, Emmendingen
- Zantop, Susanne (1999): Kolonialphantasien im vorkolonialen Deutschland (1770-1870), Berlin

Weißes Coming-out oder Wie schwarze Frauen weiße ausziehen. Critical Whiteness am Beispiel von »When night is falling«

»Tja, was lässt sich noch sagen über einen lesbischen Kultfilm? Vielleicht ›Ein wunderbarer Liebesfilm!‹ wie die Süddeutsche Zeitung? Oder ›Sex, so wie er sein soll!‹ wie die Berliner tip? Fest steht, dass Patricia Rozema uns ein zutiefst ästhetisches und sinnliches lesbisches Märchen beschert hat, mit zwei Zauberfrauen in den Hauptrollen. Und dass die lesbische Filmlandschaft ohne diesen Film sehr viel ärmer wäre.« (in: Dykes Vision, 10/95)

Die Darstellung schwarzer Frauen im populärkulturellen Mainstream ist nicht erst seit Dorothy Dandridge von Bildern der bedrohlichen Sexualität vorbelastet. Bereits in den Anfängen der Ethnografie zeigt sich, auf welche Weise sowohl schwarze Männlichkeit (Giga-Penis/Phallus) als auch Weiblichkeit (düstere Vagina/Dentata) primär sexuell festgeschrieben wird. Auch »When night is falling« ist nicht frei von dieser Bildertradition. Sie bestimmt, wie ich in diesem Beitrag zeigen möchte, die Art und Weise, wie die kanadische Filmemacherin Patricia Rozema lesbisch-weiße Identität konstruiert.

Was hat ethnografische Fotografie¹ mit »When night is falling« zu tun?

Das 19. Jahrhundert war bekanntlich durch eine massive koloniale Expansion gekennzeichnet. Als eines der wichtigsten Kontrollwerkzeuge kultureller Dominanz sollte sich die Fotografie herausstellen. Der genauen Wiedergabe von Stereotypen und kulturellen Klischees zur symbolischen Kontrolle des Körpers des »Anderen« in Gestalt eines photographischen »Abklatsches« kam in der Geschichte des Kolonialismus eine zentrale Funktion zu, so wie den »orientalisierenden« Motiven in der romantischen Malerei, die zwar ähnlich funktionierten, allerdings keine vergleichbare Verbreitung fanden. Nun galt vor allem das Motto des Pathologen und Anthropologen Rudolf Virchow²: »Wir

1 Mit ethnografischer Fotografie sollen hier jene fotografischen Bilddokumente bezeichnet werden, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts ihren Siegeszug als damals neuartiges Aufzeichnungsverfahren »fremder Kulturen« begannen und westlichen Beobachtern (Wissenschaftlern, Berufsfotografen, Reisenden) dazu dienten, ein Bild der »Fremde« zu fixieren. Für das 19. Jahrhundert sind im Hinblick auf die ethnografische Fotografie vor allem zwei Hauptdisziplinen auszumachen: Anthropologie und Ethnografie (bis Mitte des 19. Jahrhunderts noch Teil der Erdkunde). Vgl. dazu ausführlich die Einführung von Thomas Theye 1989, 8-33.

2 Vgl. hier die Fotografiensammlung der »Berliner Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte« im Sinne eines »fotografischen Museums der Menschenrassen«, dessen Anfänge eben auf Virchow zurückgehen: »[D]essen Weltruf man es zu danken hatte, dass schon vor mehr als einem Men-

wollen nicht glauben, sondern schauen«.³ Im Unterschied zu den bereits länger kursierenden Gemälden und Skizzen des »Anderen«, suggerierte die Fotografie eine wirklichkeitsgetreue, unverfälschte Abbildung und unterschlug dabei ihren artifiziellen Status. Als unsichtbare Kontrollinstanz wurde die Fotografie zu einem besonders wirksamen Instrument bei der Errichtung und Aufrechterhaltung des Kolonialismus.⁴ In den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts entstanden zahlreiche größere Firmen, die Fotografien als Postkarten, Einzelabzüge, aber auch Alben produzierten, die massenhafte Verbreitung in ganz Europa fanden. Besonders beliebt waren hierbei die Fotoalben, die Körperdarstellungen der »Eingeborenen« aus den kolonisierten Ländern sammeln und systematisierten. Als wahrheitsgetreue Abbildungen der Realität fotografisch in Szene gesetzt,⁵ gelang es diesen Arbeiten, eine »wissenschaftliche Distanz« vorzugeben. Dabei war es eine der wichtigsten Regeln der ethnografischen Fotografie, spezifische physiognomische Details festzuhalten und so Differenz zu kreieren, so etwa die »Eigenart« der Haut, der Hautfarbe (damals eine besondere künstlerische Herausforderung unter den Voraussetzungen von Schwarz-Weiß-Bedingungen), der Gesichtszüge. Aber auch die weniger künstlerisch ausgearbeiteten, kommerziellen Arbeiten generierten ab 1870 mit ihren einfach produzierten Porträts exotischer Menschen den »kolonisierten Körper«.⁶ Im harmlosen Fall führte die auf diese Weise alltäglich gewordene Begegnung mit Exotismus und Primitivismus zu kulturellrelativistischen Haltungen⁷ auf Seiten der Europäer. Gerade im innereuropäischen Zusammenhang hatte sich, wie etwa das Beispiel der Gymnastik- und Turnerbewegung zeigt, die Konstruktion des Nationalen als schwierig erwiesen, war doch das Paradoxe an der Verkörperung der Nation, dass beispielsweise Deutschland und Frankreich auf eine gemeinsame Tradition zurückblickten. Ein wichtiger Antrieb für die Produktion des nationalen Körpers lag daher in einer Abgrenzungshaltung gegenüber der »ethnologischen Herausforderung« in der Begegnung mit dem »Anderen«, sprich den nichteuropäischen Zivilisationen.⁸ In

schenalter von allen Seiten anthropologische und ethnographische Aufnahmen zusammenströmten.« Richard Neuhauss zit. n. Theye 1989, 66f.

3 Virchow zit. n. Theye 1989, 60.

4 Pultz. 1995, 21.

5 Die ethnografische Fotografie ist nicht zuletzt von der feministisch-psychoanalytischen Forschung aufgearbeitet worden, vgl. vor allem die post-colonial studies, die zeigten, mit welchem Aufwand die »natürlichen« Bilder des »Anderen« inszeniert und stilisiert wurden: etwa durch die sorgfältige Anordnung der »Eingeborenen«.

6 Vgl. zur ethnografischen Fotografie ausführlich John Pultz: Der fotografierte Körper, Thomas Theye: Der geraubte Schatten, Trinh T. Minh-ha, Grever Martha (Hg.): Out there. Marginalization and Contemporary Cultures.

7 So kam etwa das »Negern« in den 1920er Jahren in Mode, wobei Deutsche sich auf »Negerbällen« als Schwarze schminkten und verkleideten, den schwarzen Bewegungsstil imitierten, um wieder zu ihrem instinktgeleiteten Wesen zurückzufinden. Als ästhetische Attitüde setzte dies doch auch ein Wissen über die Relativität und Verfügbarkeit kultureller Identitäten voraus. Noch heute imitiert eine europäisch-weiße Jugend den Bewegungsstil des schwarzen Rappers.

diesem Sinne war die Verkörperung der Nation und die Nationalisierung des Körpers entscheidend von der Erfahrung einer kulturellen Differenz geprägt.⁹ Die Angst vor »fremden Massen« fungierte in gewisser Weise als anthropologisches Futter für die Fiktion der nationalen Einheit. Vor allem die fiktiven Traditionen, die ja die nationale Substanz, den Nationalkörper, generieren und der nationalen Gemeinschaft als Selbstversicherung dienen, profitierten von der hysterischen Angst vor Vermischung.¹⁰

Die filmische Darstellung schwarzer Frauen, unabhängig davon, wie rassen- und geschlechtsneutral sie sich auch geben mag (wie im Fall des von mir behandelten Beispiels von »When night is falling«), steht in dieser kolonialen Bildertradition. Damit berührt der Film notwendig die Themen von »Rasse« und »Geschlecht«. Gerade die jüngere Debatte um das Thema »Nation« hat gezeigt, dass Prozesse der politischen, sozialen und kulturellen Nationalbildung gendered und raced sind. Ihre Funktionsweise basiert auf der In- und Exklusion relationaler Differenzkategorien wie Geschlecht, Rasse, Klasse, Ethnizität und Religion.¹¹ Die amerikanische Soziologin Evelyn Nakano Glenn fasst es folgendermaßen zusammen: »Gender and race are mutually constituted [...]. Gender is racialized and race is gendered« (S. 4). Sowohl die race- als auch gender-Kategorie sind also relational. Wesentlich für beide Kategorien ist ihr Entwurf von Dichotomien, in denen symbolische und strukturelle Prozesse enthalten sind und deren zentrales Element Macht ist.¹² Ohne diesen historischen und theoretischen Hintergrund ist weder der Erfolg noch die Problematik von Rozemas Film, der immerhin ein emanzipatorisches Anliegen verfolgt – er schildert ja eine coming-out-story – vollständig zu verstehen.

Die Vermehrung des authentischen Wissens

Zu den ureigensten Intentionen der frühen Fotografie gehörte es, die Kenntnis möglichst vieler Menschen von fernen Weltgegenden zu vergrößern und, wie es so schön im Journal of Photographic Society 1856 heißt: Die »Erkenntnis un-

8 Vgl. dazu Düding, Dieter: Von der Opposition zur Akklamation – Die Turnerbewegung im 19. Jahrhundert als politische Bewegung, In: Diekmann, Irene 1997, 79-98.

9 Die wachsende Präsenz des »Anderen« im »Eigenen« war nicht nur mit Angst besetzt – ihre Kehrseite war die Faszination, der Exotismus, der sich beispielsweise in der Aneignung »andersartiger Bewegungsstile« manifestierte. Rudolf von Laban erkannte und kritisierte ausdrücklich die Vermischung von fremden und eigenen Bewegungen und engagierte sich für eine spezifisch europäische Herstellung des kollektiven Körpers. Die »Modetänze« stellten einen gefährlichen »Einbruch fremdrassiger Bewegungsgewohnheiten dar« (Der Laientanz in kultureller und pädagogischer Bedeutung, Laban zit. n. Baxmann, Inge 2000, 355).

10 Diese stellt keine allgemeinen Angst vor dem racial mix dar, sondern vielmehr eine Angst vor der Färbung der weißen Rasse, vgl. dazu Elaine Showalters »Hystories«.

11 Vgl. Karen Hagemann und Catherine Hall (eds.): Gendered nations: nationalism and gender order in the long nineteenth century, Oxford, 2000.

12 Vgl. Myra Marx Ferree, Judith Lorber, Beth B. Hess (Hg.): Revisioning Gender, 1999.

seres eigenen Geschlechts« zu mehrten (einen ähnlichen »Wissensdurst« nach fremden Rassen thematisiert übrigens gegenwärtig »Star Trek«, auch wenn hier die Rassen als Aliens verkleidet erscheinen). Die wesentliche Neuerung der fotografischen Bilderzeugung lag vor allem in dem Verhältnis der Fotografie zur abgebildeten Wirklichkeit, die Alexander von Humboldt unter dem Begriff einer »geschärften Beobachtung« subsumierte. Damit war Authentizität gemeint, die eben die Fotografie vor allen anderen Darstellungsweisen auszeichnen sollte. An Stelle der klassischen Überlieferung (etwa Reiseberichte¹³) setzte sie die wahrheitsgetreue Abbildung und formulierte gleichsam einen aufklärerischen Anspruch auf die Entmythisierung der Welt. Die Wirklichkeit, so dachte man, komme schließlich selbst, unverfälscht und ohne Einwirkung des Menschen »zu Wort«. So beschreibt ein Dekret vom 15. Juni 1839, in dem sich Frankreich zur Zahlung einer Entschädigung an die Erfinder Louis Jacques Mandé Daguerre und seinen Sohn verpflichtete, die Entstehung der Fotografie: « [...] die von der Natur selbst abgedruckten Bilder, die durch die Macht des Lichtes entstandenen Zeichnungen von Gegenständen, die mathematisch genau ihre Formen bis in die kleinsten Details behalten, sind ein wahrhaftes Faksimile und entstehen, indem man sich einige Augenblicke vor dem komplizierten Monument, vor der ausgebreiteten Landschaft aufhält.«¹⁴

Fotografie präsentierte stets »die dargestellte Sache«, was den Zeitgenossen das Gefühl gab, »der Wirklichkeit endlich habhaft geworden zu sein«.¹⁵ Realität selbst – und sei es bloß ein Ausschnitt – ließ sich also in dieser Auffassung endlich mit nach Hause tragen.¹⁶ Der Bilderhunger nach fotografischen Belegen war derart groß, dass im Verlauf des 19. Jahrhunderts ein gewaltiger Strom fotografischer Berichterstattungen, unterschiedlicher Herkunft und von unterschiedlichen Motiven angetrieben, in Bewegung gesetzt wurde. So erstaunt die warnende Bemerkung eines Genfer Ästhetikprofessors nicht, der bereits 1839 an dem »Taumelzug« der Fotografie kritisiert, »daß, wenn unsere ganze Erde bald auf Metallplatten aufgenommen sein wird, man dann nicht weiß, woher man eine neue nehmen soll, um durch Daguerreotypen die außerordentlich aufgestachelte Neugierde der ganzen Menschheit zu befriedigen«.¹⁷

13 Nicht zuletzt die deutsche Literaturgeschichte bietet eine Fülle von exotischer Literatur. Mehr noch simulierte jedoch die deutsche sprachwissenschaftliche, natur- und völkerkundliche Forschung, vor allem A. W. Schlegel, die Brüder Humboldt, Friedrich August Wolf, eine wissenschaftliche, ethnografische Situation der Kulturbegegnung. Vgl. dazu etwa die Arbeiten von Klaus Scherpe und Alexander Honold, insbesondere der Aufsatz: Auf dem Papier sind Indianer weiß, im Ritual die Weißen farbig.

14 Zit. n. Theye 1989, 13.

15 Ebenda.

16 Vgl. auch den Begriff Typus, der im Wort Daguerreotypie enthalten ist – ursprünglich griech. Typos= Schlag, Gepräge vom Stammwort typein=schlagen, hauen – demnach wäre der fotografische Prozess vergleichbar mit der Prägung von Münzen, einem Abdruck einer Gipsmarke.

17 Theye 1989, 29.

So wie »Männlichkeit« in Abhängigkeit von »Weiblichkeit« als das »andere Geschlecht« konstruiert wird, wurden die Kulturen Asiens, Afrikas und Amerikas genutzt, um sich als weiß und europäisch abzugrenzen. Zur Konstruktion von rassistischen Klischees und symbolischer Kontrolle über den Körper des »anderen« spielte die Fotografie eine zentrale Rolle – scheinbar wirklichkeitstreu, unverfälschte Abbildungen der Welt. Dabei machte vor allem die Unsichtbarkeit als Kontrollinstanz ihre Effizienz im Hinblick auf die Errichtung und Aufrechterhaltung des Kolonialismus aus. Kulturwissenschaftliche Arbeiten, die die im Kolonialismus und Rassismus gebildeten Stereotypen untersuchen, haben hierbei immer wieder auf die scheinbare wissenschaftliche Objektivität der ethnografischen Fotografie hingewiesen, die wissenschaftliche Distanz auf »das Andere« aus der Sicht des Europäers beleuchtet, die den Fotografien den Status eines authentischen »Dokuments« verschafften. Die Art, wie beispielsweise der Kopf des »Anderen« häufig im Dreiviertelprofil gehalten wird (gleichsam die Regeln der ethnografischen Fotografie abbilden), zeigen immer wieder, dass physiognomische Spezifika aufgezeichnet werden sollen, die sie als Exemplare einer »fremden Spezies« (Clifford Geertz »Die künstlichen Wilden«) ausweisen. Rasch wurde die ethnografische Fotografie zum kommerziellen Erfolg, Bilder exotischer Menschen waren in erster Linie als Souvenirs für Touristen gedacht und erfüllten die Bedürfnisse der Anthropologen und Ethnografen, um Körper fremder Völker zu vermessen, zu definieren und zu katalogisieren.

Ethnografische Fotografie reproduzierte dabei die hierarchischen Strukturen von Dominanz und Unterwerfung, die den Kolonialismus auszeichnen. Eben dieser kolonisierende Blick ethnografischer Fotografie wird in der Folgezeit durch das Medium Film aufgenommen - und Patricia Rozemas »When night is falling« bildet hier keine Ausnahme: Er kreierte, wie noch zu zeigen sein wird, weiß-lesbische Identität. Im Folgenden soll erklärt werden, wie so etwas funktioniert.

Auf welche Weise wird Whiteness repräsentiert?

Der britische Filmwissenschaftler Richard Dyer¹⁸ dreht den Spieß auf erfrischende Weise um. Er fragt nicht, wie gemeinhin üblich, nach der Darstellung des Anderen, Fremden, Exotischen, sondern nach den filmischen Konstruktionsverfahren von *weißer Subjektivität*, kurz *Whiteness*.

Dyer beobachtet vor allem seit der Nachkriegszeit die Tendenz, den Begriff »weiß« schlicht fallen zu lassen oder zu ignorieren. Die Folge: Fällt das Wort

18 Richard Dyer: Das Licht der Welt – Weiße Menschen und das Film-Bild. In: Angerer, Marie-Luise 1995, 151-171.

»Rasse«, bedeutet dies stets, dass die Auseinandersetzung anderen Menschen und Kulturen gilt (während sich doch der frühere Rassendiskurs bekanntlich stärker auf die weiße Rasse im Sinne ihrer geistig-moralischen Überlegenheit bezog). Der Blick gilt vermehrt dem »Anderen«. Das zu diagnostizierende Schweigen um die »weiße Identität« scheint hierbei nicht zuletzt auf ein stillschweigendes Übereinkommen zurückzugehen, wonach die *Whiteness* doch allgemeinmenschliche Norm ist.

Fotografie und biologistischer Rassismus entstanden historisch zeitgleich und sind miteinander verbunden. Der Fotografie – das hat der kurze Verweis auf die ethnografische Fotografie verdeutlicht – kommt bei der Bestimmung von Rasse inklusive *Whiteness* eine zentrale Rolle zu. Dyer zeigt, auf welche Weise die ästhetische Technologie der Fotografie und insbesondere ihre alltägliche, gewohnheitsmäßige Verwendung geradezu auf »Weiß-Sein« basiert. Das fotografische Instrumentarium und die Art und Weise, wie es zum Einsatz gelangt, offenbaren, dass die Idee eines weißen Menschen (als Norm) vorausgesetzt wird und eine privilegierte Position einnimmt. Dies bedeutet für den fotografischen Alltag: Eine normale, »richtige« filmische Aufnahme setzt stets ein weißes Subjekt voraus. Bereits in den entsprechenden Handbüchern zeigen die Anleitungen, dass »die Belichtungseinstellungen, Ratschläge für die Lichtbedingungen oder Geräte [...], allesamt auf weiße Körper ausgerichtet sind«.¹⁹ Die Gebrauchsanweisungen sind stets von Abbildungen weißer Gesichter begleitet und die Ausnahmen – Darstellungen nicht-weißer Körper beschreiben – im Gegensatz dazu die Schwierigkeiten, die ein solcher Körper darstellt. So heißt es im *Focal Encyclopedia of Photography*: »Wenn es um einen Maßstab zum Zwecke der Qualitätssicherung geht, wird, sofern nicht anders gegeben, angenommen, daß das typische Subjekt ein Europider mit einem Hautspiegelungsgrad von etwa 36 Prozent ist.«²⁰

Der Europide, oder »36 Prozent Hautspiegelungsgrad«, bildet also die fotografische Norm. Der Fotohistoriker Brian Winston²¹ konnte anhand der Geschichte von Farbfotomaterial in Bezug auf das weiße Gesicht nachweisen, auf welche Weise fortlaufend Veränderungen vorgenommen wurden, bis das Material die so genannte richtige Hautfarbe eines Gesichts wiedergab, was bezeichnenderweise letztlich auf den idealen Rosaton einer weißen Frau hinauslief.

Ähnliches hat Dyer über den Zusammenhang von Filmmaterial, Beleuchtung und Schminke in der Geschichte des frühen Kinos herausgearbeitet. Das frühe (orthochromatische) Filmmaterial reagierte äußerst empfindlich auf scharfe Kontraste von Hell und Dunkel. Allerdings hatte das verwendete Licht der so genannten Wolframlampe hohe rot-gelb Anteile, worauf das Filmmate-

19 Dyer 1995, 154.

20 *Focal Encyclopedia of Photography* zit. n. Dyer, S. 155.

21 Brian Winston 2000.

rial reagierte, indem es diese Farbe dunkler wiedergab, und dies galt eben auch für rosafarbene Gesichter – der Effekt: Weiße Menschen erscheinen schwarz. Die Folge: Weiße Schauspieler mussten, um der Schwärze zu entkommen, besonders dick weiße Schminke auftragen.²²

Nicht nur wird so ein weißes Gesicht im Bild privilegiert bzw. kommen über Beleuchtungsverfahren rassistische Positionen zum Ausdruck, sondern schlussendlich meint das Licht überhaupt erst die Erleuchtung und Erzeugung des weißen vernunftbegabteren Subjekts selbst.

Ich untersuche dies beispielsweise in meiner Dissertation anhand von US-amerikanischen Actionfilmen: Wenn etwa Sylvester Stallone in seiner Rolle als »Rocky« nach seinem Sieg über den afroamerikanischen Champion »Apollo Creed« bis ins Messianische hinein ausgeleuchtet wird und somit gleichsam den Sieg über das Dunkle nicht nur auf der Handlungsebene verkörpert. Aber Ähnliches geschieht fortlaufend, selbst in den wohlwollend bis gut gemeinten Filmen, die das Thema »race« explizit verhandeln und auch das sich demokratisch gebende – nicht zuletzt an ein lesbisches Publikum gerichtete – »When night is falling« bildet hier keine Ausnahme.

In diesem Zusammenhang kommt besonders der *Oberbeleuchtung*²³ eine zentrale, gestaltende Funktion zu. Das Oberlicht, man nennt es auch Nordlicht (Norden oben – Süden unten), demonstriert in seiner Verwendungsgeschichte eine simple Grundannahme: »Weiße reflektieren es besser, [...] es ist schließlich für ihren Charakter besser geeignet.«²⁴ Während der schwarze Körper also das Licht absorbiert, verschafft es dem Weißen in dieser Vorstellung vor allem eins: wertvolle Transparenz. In diesem Sinne kann das Licht auch in Bezug auf weiße Heterosexualität gedeutet werden. Während der Mann voll ausgeleuchtet wird und farbig unterschiedlich gekleidet erscheint – oben hell (männlicher Verstand, Vernunft) unten dunkel (Sexualität, Reproduktion) –, ist die Frau vollständig ausgeleuchtet – eine Art überhöhtes Lichtwesen.²⁵

Zu den klassischen Standaufnahmen heterosexueller Paare sagt Dyer: »Der Mann wird so platziert, daß er in die Frau einzudringen, zu ihr zu streben scheint. [...] Die dunkle Gestalt seines Körpers richtet sich in ihrem Licht auf; er ist unten dunkel und wird allmählich heller [...].«²⁶ Die problematische

22 Dazu sagte die Schauspielerin Geraldine Farrar: Das Schlimmste daran war, diese schreckliche weiße Schminke zu tragen: »Es war furchtbar heiß und die Kieg-Lampen machten es noch schlimmer. [...] die meiste Zeit brachte man damit zu, in die Ambulanz zu pilgern.« zit. n. Dyer 156.

23 Sie entwickelte sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts im Theater und in der Fotografie, auch in der nordeuropäischen Malerei von Rembrandt bis Vermeer.

24 Dyer 1995, 161.

25 Die Hell-Dunkel-Verteilung zeigt sich aber auch in anderen Variationen, etwa bei den zwei Frauenfiguren in »Blondinen bevorzugt«, Jane Russel und Marilyn Monroe: Hier kommt man, und dabei wurde ganz offensichtlich ein dezidiert heterosexuelles Publikum angesprochen, zu ähnlichen ästhetischen Hell-Dunkel-Verfahrenstechniken und einer entsprechenden Verteilung von A- und B-Ware.

26 Dyer 1995, 162.

Ideologie ist vor allem die inhärente Geist/Körper-Dichotomie, die in diesem Fall auf das Geschlecht innerhalb einer heterosexuellen Konstruktion verweist, die aber auf dieselbe Art und Weise Rassendifferenzen konstituiert. In diesem Fall steht die dunkle Rasse für das Körperliche, Erotische, Sinnliche, während bekanntlich die hellen Rassen durch Geist, Intelligenz, Zielstrebigkeit ausgezeichnet werden. Dabei überzeugt allerdings Dyers Erklärung: weiße Männer streben zum Licht, weiße Frauen verkörpern dasselbe nicht. Er will begründen, warum denn in dieser Gleichung der weiße Mann weniger weiß erscheint als die weiße Frau. Ich denke, dass hier vor allem dem Begehren eine zentrale Funktion zukommt, denn die Frau muss weißer erscheinen (Heilige), damit der Mann sie begehren kann. Umgekehrt darf die Frau nicht selbst begehren (Hure), also dunkler erscheinen. Das mit Dunkelheit gekoppelte Begehren, die Kontrolle über die Reproduktion, ist diesem Gesetz nach eine reine Männerangelegenheit.

Dorothy Dandrige

In welchen Film-Rollen sehen wir »schwarze« Frauen? Hollywood hatte afro-amerikanische Schauspielerinnen bis in die 1940er Jahre vor allem als eine Art weibliche Antwort auf die Figur des *Onkel Tom* auf den Platz des Dienstmädchens verwiesen: Entweder schmalbrüstig und verschämt-kichernd oder als korpulente, urige Amme, die etwa den bezeichnenden Namen *Mammy* trägt (Hattie McDaniel, die 1939 für eben diese Rolle den Oscar als beste Nebendarstellerin in »Vom Winde verweht« erhielt). Allesamt teilen sie in diesen Figuren eines: Sie wurden *entsexualisiert*. In den 1950er Jahren wird das Entsexualisierungsprogramm der schwarzen Frau radikal umgeschrieben. Auf einmal gab es sie doch, *the black sex goddess*, und sie wurde ausschließlich mit einer Schauspielerin besetzt (und in diesem Punkt wäre ein Vergleich mit der *white sex goddess* Marilyn Monroe spannend): Dorothy Dandrige.

»Explosive Sexualisierung«: Während bei Marilyn Monroe die Verführungskraft von ihrer enormen Unschuld im Sinne eines *so weiß wie Schnee* (und die eingestandene, ihr in den Mund gelegte »Geldgierlichkeit« des *material girl* machte das Ganze noch süßer) einschließlich ihrer weißblonden Haarpracht ausging, war es bei Dorothy Dandrige ihr »dunkler Teint«, der ihren Körper als »forbidden fruit«, also sündhaft markierte, sie »bittersweet« erschienen ließ.

Und dennoch war sie in den Augen der (männlichen) Zeitgenossen so ungeheuer »tasty«. Allerdings brachte sie im Unterschied zur Monroe nicht das ewige Leben, sprich die heilige Kleinfamilie, sondern katapultierte den Durchschnittsmann – interessanterweise gleichgültig welcher Hautfarbe – sofort vor das jüngste Gericht, dessen Urteilsspruch, wie zu erwarten, nur ewiges Feuer bedeuten konnte. Dorothy Dandrige, präziser ihr Körper, brachte den Män-

nern den sicheren Tod (etwa in dem Tarzanfilm »Tarzan rettet die Dschungelkönigin« mit Lex Barker). Entsprechend musste sie bestraft werden – so wie eine Carmen, so wie eine Esmeralda – sie starb oft. Eine weitere Gemeinsamkeit zwischen der Monroe und der Dandige – beide starben früh, beide Todesfälle wurden von der Nachwelt unkritisch ins Tragische mystifiziert.

»When night is falling«

Gleich vorneweg: Es handelt sich um eine »weiße« coming-out-story. Erzählt wird sie aber nicht programmatisch politisch – das wäre ja wieder »abtörend« –, sondern eher beiläufig und geradezu märchenhaft, so wie »man« es sich wünscht. Märchenhaft und mythisch, ein Mythos für weiße Akademikerinnen, denn so eine verkörpert Camille.

Camille ist nett. Camille ist schüchtern. Dementsprechend hat sie ihren Kopf auch häufig leicht geneigt und schaut verschämt und bloß nicht begierig. Das würde auch gar nicht zu ihr passen. Denn sie ist Lehrerin an einem christlichen College, also ist sie auch noch klug. Vornehme (weiße) Intelligenz erkennt man ebenfalls an ihrer geschmackvoll eingerichteten Wohnung. Très bien. Viele Bücher, gediegen und von unaufdringlichem Charme – also noch einmal ganz so wie sie selbst ist: unaufdringlich.

Ihr Freund Martin – standesgemäß – ist auch Lehrer, selbstverständlich am selben College und bisweilen turteln sie sogar öffentlich herum, was weniger prickelnd ist – jedenfalls im Vergleich zum großen, unbekannten Anderen. Das »Andere« ist die Welt des Zirkus, des Varieté, der Manege und da ist – Petra. Die schöne dunkelhäutige Unbekannte. Hier beginnt das Märchen. Petra weiß sich zu bewegen. Das erkennen wir an ihrer Performance, einem Schattenspiel – es geht also um Kontraste. So weit so gut. Nicht nur mittels schöner Bewegungen weiß sich Petra in Szene zu setzen, sie hat diese samtweiche Stimme und einen entsprechenden Blick, der dem ganzen eine Harmonie verleiht, doch durchdringend ist. Der filmische Blick jedoch ist in dieser Szene eindeutig Camille zuzuordnen – auch wenn sie noch so scheu und verlegen wirkt. Sie ist in diesem Fall die Schauende und Beobachtende. Und Petra? Diejenige, die geschaut werden will. Sonst würde sie ja nicht so aufwendige Schattenspielchen betreiben.

Wann begann noch einmal die Handlung? Handlungen werden oftmals zur Dramaturgie, wenn jemand stirbt. In diesem Fall ist es der kleine, süße (weiße) quicklebendige Hund. Das kündigt an: Jetzt passiert etwas. Ein Vermisster – doch für lebendigen Ersatz ist sogleich gesorgt. In die schöne, geordnete, jedoch etwas leblose (blasse) Welt der Weißen – an dieser Stelle darf dies so formuliert werden – tritt ein wenig (koordinierte) Anarchie, eine wohl dosierte Unberechenbarkeit namens Petra. Die Welt, in der sie lebt, ist – bei aller Un-

durchschaubarkeit – eine aufregende und lebendige Welt. Zirkus, Manege und nicht zuletzt ihre Hautfarbe rufen die Diskurse des Exotischen, Orientalischen, auf jeden Fall Fremden in uns wach und sie rühren uns ebenso wie das allzu verständliche Begehren Camilles. So steif und festgefroren, wie sie wirkt (man denke an die Schneewittchen-im-Schnee Sequenz), benötigt sie dringend Wärme, und die verschafft ihr Petra, auch weil sie so gut massieren kann.

Von Rozema gut erkannt (das meine ich ganz ohne Zynismus): Die Welt, in der Camille lebt, ist eine tote Welt. Da kommt ihr Lebensabschnittspartner Martin auch noch mit einem Heiratsantrag – was ja wohl einem Todesurteil noch näher kommt. Und mit ihrem kleinen Hündchen, um noch einmal darauf zu sprechen zu kommen, geht ihr das bisschen fröhliche Lebendigkeit, über die sie verfügt, auch noch gänzlich abhanden.

Camille ist (beinahe) tot. Eine lebende Untote. Ein Vampir? Vielleicht trägt sie deswegen diesen Namen. Der »schwarzen« Filmfigur hat Rozema dagegen einen recht profanen »weißen« Namen gegeben (die Figur der Petra ist jedoch ansonsten mit Exotismus im Hinblick auf ihre Ausstattung, etwa ihre Kleidung, ihr Wohnwagen, überfrachtet). Camille erinnert an Carmilla, und das ist wohl eine der berühmtesten lesbischen Vampirfiguren²⁷, die die Literaturgeschichte hervorgebracht hat.²⁸ Aber in Camilles tote, sinnentleerte Welt der Heterosexualität (siehe die Sexszene mit Martin) soll durch ein gelungenes lesbisches Coming-Out eine Welt des Lebendigen hereingeholt werden. Petra ist ja auch schließlich der schwarze Heiland, der sie wachküst. Carmilla ist der Sage nach edler Abkunft – eine Gräfin (Gräfin Mircalla von Karnstein). Übersetzt in die Gegenwart kommt, mit vergleichbar adligem Touch (siehe die hohe Stirn, die sehr hohen Augenbrauen, die Rozema gerne im »Close« zeigt und der den Code der *Décadence* mit hineinnimmt), im Film Camille als College-Dozentin daher (sowieso eine der Lieblingsfantasien im lesbischen Universum) – die Identifikationsflüsse sind also nach beiden Seiten geöffnet, eine kluge Angelegenheit: Das kitzelt das lesbische Publikum wach. So eine möchte ich auch einmal verführen – von so einer möchte ich auch einmal verführt werden usw. Was selbstverständlich auch für Petra gilt.

Was wäre, wenn Camille gar eine Carmilla wäre? Carmilla, die Gräfin von unbeschreiblicher Schönheit und ewig währender Jugend, die, um diese Jugend, also Lebendigkeit aufrechtzuerhalten, das eine oder andere Mal die eine

27 Die Geschichte um die lesbische Vampirin, die sich in das Haus eines pensionierten Militärs einschleicht, um dessen Tochter als Gefährtin zu gewinnen, gilt als der erste literarisch bedeutsame Vampirroman, geschrieben vom irischen Romancier Joseph Sheridan Le Fanu, erschienen 1872 als Teil der Geschichtensammlung »In a Glass Darkly«.

28 Das Vampirmotiv im Zusammenhang mit einer lesbischen Geschichte erscheint auch in zahlreichen anderen Filmbeispielen: David Lynchs »Mulholland Drive«, der jedoch bewusst mit dem Namen und dem lesbischen Vampir-Mythos spielt. »Et Mourir de Plaisir« von Roger Vadim, »Twins of Evil« oder der deutsche Titel »Draculas Hexenjagd« von Hammer Films. Das Genre des weiblichen Vampirs wurde natürlich auch in den Sexvampirfilmen verarbeitet: Jesus Franco Maneras »Vampyros Lesbos – Erbin des Dracula«, Richard Wenks »Vamps«.

oder andere Jungfrau tötet, um in ihrem Blut zu baden. Zugegeben, »When night is falling« ist kein Splatter-Film, das traut er sich nicht, wie er sich im Übrigen überhaupt recht wenig traut. Kam da womöglich doch das eine oder andere Unbehagen mit der schwarz-weißen Figurenkonstellation bei Patricia Rozema auf? Auch wenn sie sich das *black meets white* getraut hat – denn bei so viel *Whiteness*, wie Camille sie verkörpert, muss konsequenterweise eine gehörige Portion *Blackness* zugesetzt werden –, zu einem wirklichen Mix kommt es an keiner Stelle des Films. Dabei folgt Rozema ganz brav den ungeschriebenen Rassengesetzen: Gemischt wird nicht. Besonders deutlich wird dies an der »Sexszene«, die bei der »lesbischen« Rezension so gut ankam.

Da liegt sie, die schöne, weiße, kluge Camille, und schaut ganz verträumt drein. Beleuchtet ist sie standardmäßig, die Bildkomposition ist entsprechend, denn während der weiße Protagonist im Film, wie Richard Dyer herausgearbeitet hat, stets vollständig ausgeleuchtet ist, um besonders weiß zu scheinen, bleibt der Schwarze zumeist dunkler, als er ist. Ein schwarzer Scherenschnitt?

Dennoch gibt es im Ausleuchtungsverfahren der Camille einen kleinen Bruch, einen kaum bemerkbaren, jedoch umso bezeichnenderen: Normgemäß wäre der Körper der weißen Frau vollständig ausgeleuchtet, während der des Mannes im oberen – sprich Kopf - und höchstens Brustbereich ausgeleuchtet ist und der untere, mit Sexualität gekoppelte Bereich verschwiegen im Dunklen bleibt. Genau dieses aber geschieht hier mit Camille, und die ist doch eigentlich eine Frau, oder? Doch in dem einzigen Augenblick, in dem ihr Begehren überdeutlich hervorscheint und nicht mehr durch die Handlung oder durch die Figur der Petra kaschiert werden kann, wird ihr – zumindest in der Art der Ausleuchtung – Männlichkeit zugeschrieben. So liegt sie in einer Szene – im Übrigen handelt es sich um das am meisten reproduzierte Filmstill mit dem heftigst geworben wurde – auf schönen weichen Stoffen und ist vollständig enthüllt, einfach nackt. Und wo ist Petra? Petra bedeckt sie mit ihrem schönen schwarzen Körper. Und wo liegt sie? Petras Körper bedeckt Camilles Schambereich – ganz im Sinne der standardisierten filmischen Ausleuchtungskomposition des männlichen Subjekts: Oben (wo der weiße Verstand sitzt) hell, unten (wo die Sexualität sitzt) dunkel. Und diese dunkle Stelle ist in dem Fall Petra, sie ist entsprechend gleichbedeutend mit Sexualität. Insofern sagt dieses Bild in der Tat – und die Rezeption hat es auch begriffen – alles. Camille hat sich ihre Sexualität zurückerobert – auch wenn die Eroberungskünste fortlaufend Petra zugeschrieben werden, die als kleiner schwarzer Amor mit Pfeilen um sich schießt. Camille hat sich ihr eigentliches (zumindest von Rozema so definiertes) Leben zurückerobert – und unterscheidet so sich kaum von Carmilla, dem lesbischen Vampir. In dieser Eroberungsfantasie unterscheidet sie sich im Übrigen auch nicht von einem durchschnittlichen männlichen weißen Kolonisator. Dies bedeutet zugleich eine erneute Eroberung des Orients und noch fernerer Afrikas.

Camille ist lesbisch geworden. Endlich angekommen ist sie: Ein männliches, weißes, kolonisierendes Subjekt mit hochgezogenen Augenbrauen und kühlem analytischen Blick.

Literatur

- Baxmann, Inge (2000): *Mythos: Gemeinschaft. Körper- und Tanzkulturen in der Moderne*, Berlin
- Blom, Ida; Hagemann, Karen; Hall, Catherine (Hg.) (2000): *Gendered nations: nationalism and gender order in the long nineteenth century*, Oxford and New York
- Düding, Dieter (1997): Von der Opposition zur Akklamation – Die Turnerbewegung im 19. Jahrhundert als politische Bewegung. In: Diekmann, Irene (Hg.): *Sport und Zeitgeist im 19. und 20. Jahrhundert*, Potsdam, S. 79-98
- Dyer, Richard (1995): Das Licht der Welt – Weiße Menschen und das Film-Bild. In: Angerer, Marie-Luise (Hg.): *The body of gender: Körper/Geschlechter/Identitäten*, Wien, S. 151-171
- Edward, Elisabeth (Hg.) (1992): *Anthropology and Photography 1860-1920*, New Haven
- Ferguson, Russell; Minh-ha, Trinh T. (Hg.) (1990): *Out there. Marginalization and Contemporary Cultures*, Cambridge
- Ferree, Myra Marx; Lorber, Judith; Hess, Beth B. (Hg.) (1999): *Revisioning Gender*, Thousand Oaks
- Geertz, Clifford (1990): *Die künstlichen Wilden*, München
- Gernig, Kerstin (Hg.) (2001): *Fremde Körper. Zur Konstruktion des Anderen in europäischen Diskursen*, Berlin
- Greenblatt, Stephen (1994): *Wunderbare Besitztümer. Die Erfindung des Fremden: Reisende und Entdecker*, Berlin
- Pultz, John (1995): *Der fotografierte Körper*, Köln
- Scherpe, Klaus (1993): Die Wahrnehmung des Fremden 1914/17. In: *Weimarer Beiträge* 39, Weimar, S. 485-498
- Scherpe, Klaus; Honold, Alexander (1995): Auf dem Papier sind die Indianer weiß, im Ritual die Weißen farbig. Fremdhheitsforschung in der Literaturwissenschaft. In: *Humboldt-Spektrum* Heft 4/95, S. 28-34
- Showalter, Elaine (1997): *Hystorien. Hysterische Epidemien im Zeitalter der Medien*, Berlin
- Theye, Thomas (Hg.) (1989): *Der geraubte Schatten*, München
- Wiener, Michael (1990): *Ikonographie des Wilden. Menschen-Bilder in Ethnographie und Photographie zwischen 1850 und 1918*, München
- Winston, Brian (2000): *Lies, Damn Lies and Documentaries*, London
- Film:
- When night is falling*, Buch/Regie: Patricia Rozema, DarstellerInnen: Pascale Bussi res, Rachel Crawford, Henry Czerny, Kanada 1995.

Arbeit und Familie

GISELA NOTZ

Hauptsache Arbeit? Arbeit, Geschlecht und Politik

Einleitung

Die heutige westliche »Arbeitsgesellschaft« ist im wesentlichen immer noch so strukturiert, dass von einem »Normalarbeitsverhältnis«, in dem Männer einer Erwerbsarbeit nachgehen und Frauen sich in der Familie und im sozialen Ehrenamt betätigen und gegebenenfalls ein bisschen mitverdienen, ausgegangen wird. Diesem Arbeitsverständnis liegt die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung nach dem Vorbild der bürgerlichen Kleinfamilie zu Grunde, nach der sich auch die Arbeitsmänner der unteren Schichten drängten, obwohl sie für Arbeiterhaushalte eigentlich nie funktioniert hat. Auch die traditionelle »Vollbeschäftigung«, ist – wenn sie überhaupt möglich wäre – aus feministischer Sicht gar nicht wünschenswert. Sie schreibt für Frauen die Verantwortung für die so genannten Reproduktionsarbeiten fest und sichert für Männer den bezahlten Arbeitsplatz.

Auch viele »Zukunftsmodelle« schreiben die soziale und geschlechterspezifische Ungleichheit fort, schreiben neue Unterschichtungen fest und stilisieren sie zu Modellen für das »gute Leben« (Beck 1997, Rifkin 1995, Giarini; Liedtke 1998). Aktuell gehen die Vorschläge der Hartz-Kommission von einem antiquierten Familienmodell aus (Hartz u.a. 2002). (Nicht nur) das Kapitel »Familien-AG« rekonstruiert die bürgerliche Kleinfamilie mit der sozial- und ökonomisch nicht abgesicherten »mithelfenden Familienangehörigen«. Auch die Mini-Jobberin kann von ihren höchstens 400 € nicht leben, auch ihr wird »Zuverdienst« unterstellt. Die Tatsache, dass viele Frauen mit einem oder mehreren solcher Jobs ihren Lebensunterhalt und den vorhandener Kinder bestreiten müssen, bestraft sie letztlich dafür, dass sie andere Lebensmuster leben. Auch wenn wir wissen, dass Männer und Frauen in der Realität keine klar gegeneinander abgegrenzten, in sich homogenen Bevölkerungsgruppen sind, ist es nach wie vor die binäre Strukturierung von Öffentlichkeit und Privatheit, die die alltägliche Praxis der Arbeitsverteilung bestimmt. Es ist die Kategorie Geschlecht, die neben nationaler Zugehörigkeit, Ethnizität und Klasse entscheidende Marken für den Zugang zu ausreichend bezahlter Arbeit und damit auch für die Konstitution des Selbst- und Fremdbildes der Subjekte setzt.

Mit meinem Beitrag will ich dazu anregen, einen erweiterten Arbeitsbegriff, wie er in der soziologischen Frauenforschung bereits benutzt wird, auch zum

Gegenstand von Arbeitsmarktforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik zu machen. Ich versuche dabei, Abgrenzungen zu einem »inflationären« Arbeitsbegriff vorzunehmen, mit dem undifferenziert behauptet wird, alles, was Menschen in ihrer wachen Zeit tun, Arbeit sei. Und ich werde auch aufzeigen, dass eine bloße Erweiterung des Arbeitsbegriffs nicht ausreicht, sondern dass strukturelle Veränderungen in allen Bereichen menschlicher Arbeit und in den Formen des Zusammenlebens unabdingbar sind.

Was ist Arbeit?

Industrie- und arbeitssoziologische Theorien zur Erklärung von menschlicher Arbeit – außerhalb der Frauenforschung – beziehen sich bis heute meist auf die Arbeit, die der (männliche) Lohnarbeiter in Industrie und Verwaltung leistet. Untersuchungsobjekte, -subjekte, Beschäftigte oder Arbeitspersonen, Betroffene oder Akteure sind scheinbar »geschlechtsneutral«, egal, ob in der Schwerindustrie, in der kleinen Fabrik, im Kaufhaus oder Krankenhaus geforscht wird.

Der »Restbereich«, die Arbeit, die für die so genannte Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft notwendig ist, bleibt weiterhin privat, unbezahlt, angeblich unbezahlbar, jedenfalls unsichtbar. Frauen, die außerhalb bezahlter Lohnarbeit Arbeiten verrichten, werden nicht zu denjenigen gezählt, die gesellschaftliche Arbeit leisten, wie der Blick in die Geschichte der Frauenarbeit beweist (Notz 1986, S. 139 ff). Freilich ist die Positionierung der Frauen in Küchen und Kinderzimmern nicht ohne ihr Zutun zu begreifen (Haug 1999). Und die bloße Behauptung, die Hausarbeit sei ebenso produktive Arbeit, die in Verbindung mit der in den großen Fabriken geleisteten Arbeit für die Vergrößerung des Mehrwerts Sorge, ändert nichts daran, dass sie eben nicht als Arbeit zählt, mehrheitlich durch Frauen geleistet wird und scheinbar unbezahlbar ist.

Innerhalb der soziologischen Frauenforschung hatte sich – ausgehend von einem globalen Konsens in der Ablehnung von Frauenunterdrückung und Frauenausbeutung – bereits in den 70er Jahren die Erkenntnis der Notwendigkeit der Erarbeitung einer »feministischen Gesellschaftstheorie« durchgesetzt, der ein erweiterter Arbeitsbegriff zu Grunde zu legen ist. Die marxistische Gesellschaftstheorie bot zwar den Raum für eine Theorie der Frauenbefreiung, aber eine unkritische Übernahme der marxistischen Konzepte und Thesen würde unweigerlich zu Schwierigkeiten führen. Dies deshalb, weil diese – ebenso wie die Begrifflichkeit der Kritik der Politischen Ökonomie – lediglich zur Analyse der Funktionsweise des Kapitalismus entworfen worden waren. Der Begriff der »produktiven Arbeit«, so wie er im *Kapital* verwendet wird, erfasst den größten Teil der überwiegend durch Frauen geleisteten Ar-

beiten nicht. Marx entwickelt im *Kapital* die Elemente des Arbeitsprozesses und den Gedanken des Mehrwerts. Dieser wird bezogen auf das produktive Vermögen der Arbeit und auf die unabdingbare Arbeitsmenge, die zur Reproduktion der Arbeitsfähigkeit nötig ist. Die Reproduktion selbst bleibt als Arbeit unberücksichtigt.

Die Frage, ob Hausarbeit produktiv sei, ob sie als unproduktive, aber »notwendige Arbeit« zu fassen sei, wird – ebenso wie die Frage nach Lohn für Hausarbeit – bis heute diskutiert. Claudia von Werlhof hat 1978 bereits in der ersten Ausgabe der »beiträge zur feministischen theorie und praxis« darauf hingewiesen, dass ohne die Berücksichtigung von geschlechtsspezifischen Arbeitsteilungen und Frauenausbeutung eine Charakterisierung und Typisierung der Logik der verschiedenen Produktionsweisen in der Geschichte nicht möglich ist. Denn damit bleibt auch die ökonomische Ausbeutung in der »Privatsphäre« weitgehend unkommentiert und dies nicht nur deshalb, weil der (meist) männliche Ökonom sich nicht für das Thema interessiert, sondern auch, weil die ökonomische Begriffswelt bereits den Blick verstellt. Sie verwies auf die Allianz zwischen dem Kapital, den abhängig arbeitenden Männern und dem Staat, die alle ein Interesse daran hätten, die Haus(frauen)arbeit unsichtbar zu machen, nicht zu bewerten und nicht zu bezahlen, um insgesamt die Arbeit der Frauen (auch die bezahlte Erwerbsarbeit) abzuwerten und die Löhne für »typische Frauenberufe« niedriger als die der Männer zu halten. Frauen wird, egal, ob sie Familie haben oder nicht, eine »Doppelorientierung« unterstellt, die angeblich dazu führt, dass sie für Erwerbsarbeit nur eingeschränkt zur Verfügung stehen. Claudia von Werlhof stellte die Analyse der Hausarbeit als »Nicht-Lohnarbeit«, die typischerweise durch Frauen geleistet wird, in den Gegensatz zur Lohnarbeit, die typischerweise durch Männer geleistet wird, und verwies gleichzeitig darauf, dass eine Lohnarbeiterin auch zugleich immer »Nichtlohnarbeiterin« ist. Der Form der Ausbeutung über mehrwertproduzierende Lohnarbeit stellte sie die Ausbeutungsform über Nicht-Lohnarbeit (vor allem Hausfrauenarbeit hier und in der »Dritten Welt«) gegenüber (25).

Die Marxistin Christel Neusüß verweist mit ihrer Marx-Kritik auf die Notwendigkeit der Einbeziehung des Privaten in das Politische. Denn Reproduktionstätigkeiten erscheinen zur Schaffung einer Privatsphäre geeignet, deren Existenz und Gestaltung (scheinbar) im Belieben eines jeden Einzelnen (bzw. einer jeden Einzelnen) steht. Neusüß nahm das Problem der Zuordnung dieser Tätigkeiten zum Bereich der Nichtarbeit, also zur »Freizeit« auf: »Freie Zeit, Reich der Freiheit, der freien Entwicklung – im Unterschied zur Arbeit, dem Reich der Notwendigkeit, der unfreien Tätigkeit« (1985, 136), das würde für Männer etwas grundsätzlich anderes bedeuten als für Frauen. Für den Arbeitsmann solle sich das »freie Schöpfungstum« in der arbeitsfreien Zeit entfalten. Neusüß arbeitete heraus, dass das für die Arbeitsfrau oder auch die Frau

des Arbeiters nicht zutrifft. Sie wandte sich gegen einen marxistischen Arbeitsbegriff, nach dem es nach der produktiven Arbeit in der Fabrik nichts mehr zu tun gäbe und verwies auf die vielfältigen häuslichen und familialen Tätigkeiten, die der »Mann Marx« außer Acht gelassen habe.

Die Notwendigkeit eines erweiterten Arbeitsbegriffs

Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen ist, dass sowohl im Bereich der (jetzt) bezahlt geleisteten Arbeiten als auch im Bereich der (jetzt) unbezahlt geleisteten Arbeiten gesellschaftlich notwendige und nützliche Tätigkeiten verrichtet werden. Umgekehrt fallen in beiden Bereichen Tätigkeiten an, die diesen Kriterien nicht entsprechen. Soll (zunächst) die Trennung zwischen Produktionsarbeit und Reproduktionsarbeit beibehalten werden, so wäre unter »Produktionsarbeit« die instrumentell gebundene, zielgerichtete, gesellschaftlich nützliche Tätigkeit in Produktion und Dienstleistung zu verstehen. Tätigkeiten jenseits der Lohnarbeit (oder einer anderen das Einkommen sicherstellenden Erwerbsarbeit), die zur Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft und des menschlichen Lebens notwendig sind, wären dann »Reproduktionsarbeiten«.

Der Reproduktionsbereich bezeichnet jedoch in meiner Definition kein »Reich der Freiheit«, das dem »Reich der Notwendigkeit« entgegengesetzt ist. Die Arbeiten, die dort geleistet werden, sind vielfältig strukturiert und stets komplementär zum Produktionsprozess. Durch die Abkoppelung von der unmittelbaren Einflussnahme des kapitalistischen Verwertungsprozesses werden dort Zeitstrukturen, Arbeitsformen und psychisch-emotionale Beziehungsweisen möglich, ohne die die Lebens- und Arbeitsfähigkeit der Individuen nicht erhalten und erzeugt werden könnten (vgl. Negt; Kluge 1972). Produktions- wie Reproduktionsarbeiten können sowohl mit Mühsal verbunden sein wie auch Befriedigung, Lust und Selbstbestätigung verschaffen.

Zu den *Reproduktionsarbeiten* gehören Hausarbeitsverhältnisse, Erziehungsarbeit, Pflegearbeit für Alte, Kranke und Behinderte, unbezahlte Konsumarbeit, Subsistenzarbeiten, ehrenamtliche politische und kulturelle Arbeit, bürgerschaftliches Engagement, »freiwillige« unbezahlte soziale Arbeit, unbezahlte Arbeit in Selbsthilfegruppen. Zu den *Produktionsarbeiten* gehören ungeschützte Erwerbsarbeit, Teilzeitarbeit, tariflich abgesicherte Arbeit und selbstständige Arbeit. Ein Arbeitsbegriff, der sich auf die Analyse des gesamten Spektrums von Arbeit bezieht, unabhängig von der Entlohnung, muss allerdings auch von verschiedenen Arbeitsorten ausgehen: Neben Industriebetrieben, kleinen und mittleren Unternehmungen, Verwaltungen und Projekten und Betrieben aus der Alternativökonomie sind das Einrichtungen im Sozial- und Gesundheitsbereich, Wohlfahrtsorganisationen, Vereine und Verbände, Pro-

jekte der sozialen Bewegungen und freilich auch Familien oder andere Wohn- und Lebensgemeinschaften, in denen Haus- und Sorgearbeit organisiert wird. Er erfordert einen erweiterten Begriff von Wirtschaften, der Erwerbs-, Gemeinwesen-, Versorgungs-, Subsistenz- und Haushaltsökonomie einschließt und gleichgewichtig betrachtet. Es geht also nicht nur um einen neuen Arbeitsbegriff, sondern um einen Begriff von Wirtschaft, der alle ökonomischen Bereiche beinhaltet, den Zusammenhang zwischen Reproduktion und Produktion herstellt sowie die Trennung zwischen ökonomischen und (scheinbar) außerökonomischen Bereichen überwindet. Die bestehenden Geschlechterverhältnisse sind so strukturiert, dass die in der Familie und anderen Lebensformen sowie in sozialen Organisationen geleistete unbezahlte Arbeit Marktaktivitäten überhaupt erst möglich macht. Andererseits sind die bezahlt geleisteten Marktaktivitäten Voraussetzung für die angebliche Unbezahlbarkeit der Haus-, Sorge- und Fürsorgearbeiten. Wesentliche wirtschaftliche Zusammenhänge können daher nicht verstanden werden, wenn der Blick nicht auf die gesamte Ökonomie gerichtet wird und wenn die unterschiedlichen Arbeits- und Lebenssituationen von Frauen und Männern in den verschiedenen Bereichen nicht in Betracht gezogen werden. Auch die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit findet keineswegs nur im Inneren der Fabrik statt.

Die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung

Die beiden Hauptkategorien (Produktions- und Reproduktionsarbeiten) lassen sich nur analytisch trennen. Geht man bei der Definition von Produktionsarbeit allein von der Tätigkeit des Produzierens aus, so müssten auch viele Arbeiten außerhalb der Lohnarbeit dazugezählt werden, weil auch dort produziert wird. Faktisch müssen Hausarbeitsverhältnisse den Produktionsverhältnissen zugerechnet werden, wenn sie von Putzfrauen, Hausangestellten oder Kinderfrauen gegen Entgelt geleistet werden. Auch leisten »reine Hausarbeiterinnen« Arbeiten, die zu den Produktionsarbeiten gehören; nämlich dann, wenn sie z. B. stundenweise unterbezahlte Aushilfsarbeiten verrichten oder selbstgefertigte Produkte gegen Entgelt veräußern.

An der Tatsache, dass die Zuordnungen zu den verschiedenen Arbeitsverhältnissen sowie die Trennung von unbezahlter und bezahlter Arbeit auch die geschlechtshierarchischen Beziehungen zwischen Männern und Frauen bestimmen ändern diese Verwischungen nichts. Sieht man von einigen Hausmännern ab, sind in den Hausarbeitsverhältnissen ausschließlich Frauen zu finden. Frauen, die Erwerbsarbeitsverhältnisse ausüben, sind dort meist mit Tätigkeiten befasst, die in hohem Maße partialisiert, niedrig entlohnt, auf den unteren hierarchischen Ebenen angesiedelt sind und dem so genannten »weiblichen Ar-

beitsvermögen« (kritisch siehe Knapp 1987), das aus der historischen Beschränkung der Frau auf Haus- und Familienarbeit abgeleitet wird, entsprechen. Es ist die Konzeptionierung der Frau als Hausarbeiterin, die dazu führt, dass viele Frauen in ökonomischer Abhängigkeit leben müssen. Die Notwendigkeit für diese Abhängigkeit wird oftmals mit der Doppelorientierung der Frauen auf Kind und Beruf begründet. Tatsächlich lassen sich für die meisten Frauen die Arbeitsbereiche Erwerbsarbeit und Hausarbeit nicht auseinander reißen, weil sie über weite Strecken ihres Lebens den physischen und psychischen Anforderungen in beiden Bereichen ausgesetzt sind und diese ausbalancieren müssen (vgl. Becker-Schmidt u.a. 1982; Notz 1991). Die widersprüchlichen und ambivalenzträchtigen Erfahrungen, die dieser Balanceakt erzeugt, haben Becker-Schmidt u. a. (1982) herausgearbeitet. Die immensen Benachteiligungen, die sich für Frauen aus der »Doppelorientierung« ergeben, setzen jedoch vor der Mutterschaft an, wirken weit über diese hinaus und betreffen auch Frauen, die niemals Mütter waren oder werden wollen.

Was ist gesellschaftlich notwendige und nützliche Arbeit?

In meinem Arbeitsbegriff sind destruktive Tätigkeiten, die der Zerstörung von Mit- und Umwelt und kriegerischen Auseinandersetzungen dienen, nicht verankert. Diese Tätigkeiten sind heute meist mit großer gesellschaftlicher Akzeptanz und hoher materieller Alimentation versehen. Für mich fallen sie nicht unter Produktionsarbeiten und schon gar nicht gehören sie zu den Reproduktionsarbeiten. Ich zähle sie zum Bereich Destruktion. Arbeit in Initiativen, die sich gegen Zerstörungsarbeit wenden, wäre gesellschaftlich nützliche Arbeit und daher unter die Reproduktionsarbeiten zu subsumieren, sie wären für mich wünschenswertes bürgerschaftliches Engagement. Betriebliche Initiativen zur Konversion von Vernichtungs- und Rüstungsindustrie gehören selbstverständlich in den Bereich der Produktionsarbeiten. Die Schwierigkeiten einer Abgrenzung zwischen Destruktion und Produktion – wie auch zwischen Produkt und Destrukt – liegen in der modernen Technikgesellschaft auf der Hand. Technik – z. B. in Form des Autos – kann Gegenstand von Arbeit sein, Gebrauchsgegenstand für das Subjekt, Vehikel für persönliche Freizügigkeit oder auch – global betrachtet – Instrument von Umweltvernichtung (Siebel 1990, 18).

Eine andere Arbeitsform, die ich mit dem oben entwickelten Arbeitsbegriff ebenfalls nicht erfasst habe, ist die »Beziehungsarbeit«. Sie wird in der Frauenforschung oft verwendet. Kontos; Walser (1979, 97ff.) benutzen diesen Begriff, um damit die psychischen Dimensionen der Hausarbeit zu fassen. Diese psychischen Dimensionen grenzen sie ab von der materiellen Hausarbeit. Die Schwierigkeit einer empirischen Trennung führen sie auf die Unsichtbarkeit

der »Beziehungsarbeit« und die Vermischung derselben mit der »von Arbeit unabhängigen Interessen an menschlicher Beziehung« zurück.

Nach meiner Beobachtung ergeben sich die Schwierigkeiten der Abgrenzung vor allem durch die psychische Durchdringung auch »einfacher« materieller Hausfrauentätigkeiten. Diese psychische Durchdringung erstreckt sich m. E. gleichermaßen auf Hausarbeit wie auch unbezahlte Arbeit. Ebenso auf Hausarbeit als bezahlt geleistete Arbeit. Sie trifft auch auf Erziehungsarbeit zu, wie sie durch Tagesmütter oder in einer Institution arbeitende Erzieherinnen geleistet wird. Zweifelsohne sind also mit dem Begriff »Beziehungsarbeit« Anforderungen bezeichnet, die sowohl in der Reproduktionsarbeit als auch in der Produktionsarbeit vorwiegend von Frauen verlangt und auch erfüllt werden. Ein Blick in die Geschichte der Professionalisierung der Heil- und Pflegeberufe zeigt, dass das Image solcher Frauenberufe seit Beginn der Industrialisierung von der jeweiligen gesellschaftlichen Bewertung der »Beziehungsarbeit« abhängt. Das führt dazu, dass einerseits unterstellt wird, die notwendigen Qualifikationen könnten gar nicht erlernt werden, weil sie zum Repertoire »weiblicher Fähigkeiten« gehörten, andererseits wird angenommen, dass in Folge komplexer werdender psychischer und physischer Notlagen eine Verwissenschaftlichung der Ausbildung dringend erforderlich ist (vgl. Notz 1986). Die jeweilige Bewertung der Arbeit ist abhängig davon, ob genügend Frauen zur Verfügung stehen, die diese Arbeit unbezahlt leisten können. Auch davon, ob Männer es wünschenswert finden, in diese Arbeitsbereiche »einzudringen«, und in welcher Höhe staatliche Mittel für diese Arbeiten bereitgestellt werden und davon, ob die Wirtschaft die Eingliederung der Frauen braucht oder nicht, also von Sozial-, Familien- und Wirtschaftspolitik. Ich fasse »Beziehungsarbeiten« nicht unter dem Arbeitsbegriff, weil sie mit allen anderen Arbeiten kohärent sind. Ich betrachte sie als eine zur Ausübung der verschiedenen Arbeiten notwendige Qualifikation. In diesem Zusammenhang zählen sie zu den sozialen Qualifikationen, die – im Sinne einer Entpolarisierung der Geschlechterverhältnisse – von Frauen wie Männern in allen Arbeitsverhältnissen zu erbringen wären. Keinesfalls lässt sich daraus, dass viele Frauen diese »Arbeiten« erledigen, die Zuständigkeit aller Frauen für die Reproduktion ableiten.

Handlungsoptionen für das Politikfeld Arbeit

Angeichts der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung, verbunden mit Erwerbslosigkeit, Orientierungslosigkeit und Armut, aber auch angesichts der gewachsenen Bedürfnisse der Menschen an gesellschaftlicher Teilhabe und eigenständiger Existenzsicherung durch sinnvolle, gesellschaftlich nützliche und möglichst selbstbestimmte Arbeit, kommt es darauf an, Konzepte zu entwickeln, wie die begrenzt vorhandene bezahlte Arbeit auf mehr

Menschen verteilt werden kann. Das bedingt aber auch Überlegungen für eine gleichmäßige Verteilung der massenhaft vorhandenen, jetzt unbezahlt geleisteten Arbeit. Allein die Verkürzung der »Normalarbeitszeit« im Produktionsbereich für Menschen, die sie jetzt ausfüllen, wird nicht ausreichen. Auch eine Aufwertung der im Bereich der Reproduktion geleisteten Arbeit ohne eine Veränderung der Arbeitsteilung und der Arbeitsorganisation wird nicht ausreichen, um die Probleme forcierter Modernisierung, Individualisierung, Flexibilisierung und Naturzerstörung zu lösen. Schon gar nicht zur Lösung trägt die Auffassung bei, dass »Arbeit« »individuell und kollektiv weniger zentral geworden« sei und mehr und mehr an »den Rand der Biografie« verdrängt werde (Offe 1982, 50 ff.). Es geht dabei um eine Entglorifizierung der Erwerbsarbeit. Für die meisten Frauen gilt, dass sie sich den Zugang zu bezahlter Arbeit gerade erst erkämpft haben. Für viele von ihnen, wie auch für (andere) Erwerbslose klingt es wie Hohn, wenn immer wieder erzählt wird, sie sollten ihre Sinnperspektiven außerhalb der Erwerbsarbeit suchen.

Betrachten wir Konzepte und Strategien zur »Lösung« der aktuellen Arbeitsmarktprobleme, so wird die Verkehrung feministischer Forderungen und Anliegen deutlich. Der von Feministinnen geforderte »erweiterte« Arbeitsbegriff wird zwar aufgenommen, aber geradezu ins Gegenteil verkehrt, indem bisher im Bereich der Reproduktion angesiedelte Tätigkeiten als »Arbeit« (Beispiel: care-work) ideologisch aufgewertet werden. Sie sollen Ersatzfunktionen zur Abmilderung der sozialstaatlichen Abbaustrategie übernehmen. Der Staat verabschiedet sich aus der Verantwortung für das Gemeinwohl, indem er an den Familiensinn und Gemeinsinn von BürgerInnen appelliert (vgl. Notz 1999).

(Vor allem) Frauen sollen danach mit »Bürgergeld« (Beck 1997) oder Lohn für Familienarbeit und »Erziehungsgehalt« (Leipert; Opielka 1998) ausstaffiert und aus den Listen der um Erwerbsarbeit Nachsuchenden gestrichen werden. Haus- und Erziehungsarbeit wird unter den traditionellen Arbeitsbegriff adiiert; die Notwendigkeit von Strukturveränderungen wird nicht gesehen und die isolierten Arbeitsorte werden keiner Analyse unterzogen. Die Exklusion aus gesellschaftlich organisierter Arbeit mit allen damit verbundenen Nachteilen - unter anderem den Schwierigkeiten der späteren Wiedereingliederung - wird so reproduziert und die geschlechterhierarchische Grundstruktur von »Arbeit« zementiert.

Unberücksichtigt bleibt die Tatsache, dass die meisten Frauen gar nicht unter verschiedenen Arbeitsbereichen und Arbeitsorten auswählen können, weil der Arbeitsmarkt für viele keine existenzsichernde Arbeit zur Verfügung stellt und/oder weil die Optionen aufgrund fehlender Kinderbetreuung und mangelnder struktureller Möglichkeiten, Berufstätigkeit und Kinder zu vereinbaren, gar nicht zur Verfügung stehen. Frauen, die in Hausarbeitsverhältnissen arbeiten, bleiben kollektive Arbeitszusammenhänge versperrt. Sie arbeiten nach wie vor isoliert und vereinzelt in ihren Häusern und Wohnungen. Haus-

frauen haben keine Kolleginnen, mit denen sie kooperieren und kommunizieren können, mit denen sie sich gegen ungerechte Zumutungen zur Wehr setzen können. Ihre Teilnahme am gesellschaftlichen Geschehen ist begrenzt und meist über die gesellschaftliche Position ihres (Ehe-)Mannes bestimmt, auf dessen Informations- und Gesprächsbereitschaft sie weitestgehend angewiesen sind. In der Zukunft muss es darum gehen, die herkömmliche Trennung von ökonomisch und außerökonomisch sowie deren geschlechterspezifische Zuordnung grundsätzlich in Frage zu stellen. Daraus kann dann abgeleitet werden, welcher institutionellen Änderungen es in Beruf, Gemeinwesen und Haushalt bedarf, damit Frauen und Männer die dort anfallenden Arbeiten ebenbürtig erledigen können und damit Geschlechterdifferenzen *und* schichtspezifische Differenzen abgebaut werden. »Neue« Dienstbotinnenmodelle, die weiße deutsche Mittelschichtfrauen auf Kosten von Frauen, die illegalisiert in Deutschland leben, begünstigen, sind keine Lösung der Probleme. Sie führen zu neuen Unterschichtungen (auch) unter Frauen.

Verbindung von feministischer Kritik und Utopie

Notwendig wird eine feministische Wissenschaftskritik, die den traditionellen Begriff Arbeit kritisiert und als völlig falsch entlarvt. Die bloße Erweiterung des Arbeitsbegriffs um Reproduktionsarbeiten reicht nicht. Die Kritik der Arbeit in kapitalistischen Verhältnissen zielt über die Forderung nach Einbeziehung aller jetzt unbezahlt geleisteten Arbeiten in die Lohnform hinaus. Schließlich geht es um eine Kritik an der Lohnförmigkeit auch der jetzt bezahlt geleisteten Arbeit und der Abhängigkeit der bloßen Existenz vom gezahlten Lohn. Und diese Kritik muss geschlechtsspezifisch geführt werden.

Die Kritik muss auch die Inhalte und hierarchischen Strukturen aller Arbeitsbereiche und -orte erfassen. Sie muss also auch die Scheidung zwischen dispositiven Faktoren (Planung, Anweisung, Organisation) und ausführenden Faktoren in allen Arbeitsbereichen enthalten, ebenso wie sie die Ausrichtung auf lebenslange Ganztagsarbeit (für Männer) kritisieren muss, wie die Ausrichtung auf lebenslange Sorgearbeit (für Frauen). Neben die Problematisierung inhumaner fremdbestimmter Arbeitsbedingungen in der Produktionsarbeit muss die Problematisierung des kommunikationslosen Charakters der Arbeit in den Küchen treten, die ebenso wie viele Formen der »Eigenarbeit« und nicht marktvermittelter Versorgungsarbeit vom toten Kapital definiert wird, genauso wie die Arbeit in der großen und kleinen Fabrik und in der Verwaltung.

Konstruktive Kritik kann nur unter den Bedingungen einer Zielvorstellung, also einer Vorstellung vom Anderen, Besseren, von sinnvoller Lebens-Arbeit erfolgen. Schließlich geht es um die Aufhebung der entfremdeten Arbeit und

um die Zusammenführung von Arbeit und Leben sowie um die Teilhabe von Männern und Frauen am ganzen Leben. Der Kritikbegriff muss mit einem neuen Utopiebegriff zusammengebracht werden. Das hieße, eine Verallgemeinerung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit (bezahlter und unbezahlter, auch gemeinwesenorientierter und ehrenamtlicher Arbeit) auf alle anzustreben, ebenso wie ein Recht auf existenzsichernde, sinnvolle und selbstbestimmte Arbeit für alle Menschen, die das wollen, zu verankern. Erst so können die befreienden und die sozialen Dimensionen nicht marktförmiger Arbeit ohne zusätzliche Ausbeutung wirklich werden. Ziel wäre ein Arbeitsverständnis, in dem Erwerbsarbeit, Haus- und Sorgearbeit, Subsistenzarbeit und die Arbeit im sozialen, politischen, kulturellen, künstlerischen und gemeinwesenorientierten Bereich zeitlich, räumlich und inhaltlich eine Einheit darstellen, in die die Sorge, Verantwortung und Hilfe für menschenwürdiges Leben von Kindern, Jugendlichen, kranken und alten Menschen integriert werden kann. »Aufwertungskampagnen« würden sich dann erübrigen. Dies wäre eine Gesellschaft, in der die »freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist« (Marx; Engels, MEW 4, 482).

Notwendige Voraussetzungen sind eine Verkürzung der Vollzeiterwerbsarbeit (6-Stunden-Tag), eine Wiederaufnahme der Diskussion um »Humanisierung und Demokratisierung der Arbeit« – und zwar für alle Bereiche von bezahlt und unbezahlt geleisteter Arbeit. Notwendig wird auch die Bereitstellung pädagogisch und pflegerisch wertvoller Infrastruktur sowie bildungspolitische, gesellschaftliche und normative Regelungen, die geeignet sind, mit der Verweigerungshaltung der Männer im Blick auf die (individuelle und kollektive) Übernahme von unbezahlter Haus- und Sorgearbeit und der damit verbundenen Verantwortung zu brechen.

Literatur

- Beck, Ulrich (1997): Was heißt Globalisierung? Frankfurt a.M.
 Becker-Schmidt, Regina u. a. (1982): Nicht wir haben die Minuten, die Minuten haben uns. Zeitprobleme und Zeiterfahrungen von Arbeitermüttern in Fabrik und Familie, Bonn
 Giarini, Orio; Liedtke, Patrick M. (1998): Wie wir arbeiten werden: Der neue Bericht an den Club of Rome, Hamburg
 Hartz, Peter u.a. (2002): Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, Bericht der Kommission, Berlin
 Haug, Frigga (1999): Feministisch arbeiten mit Marx
 Knapp, Gudrun-Axeli (1987): Arbeitsteilung und Sozialisation: Konstellationen von Arbeitsvermögen und Arbeitskraft im Lebenszusammenhang von Frauen. In: Beer, Ursula (Hrsg.): Klasse Geschlecht. Feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik, Bielefeld, S. 236-273
 Kontos, Silvia; Walser, Karin (1979): ... Weil nur zählt, was Geld einbringt. Probleme der Hausfrauenarbeit, Gelnhausen/Berlin
 Leipert, Christian; Opielka, Michael (1998): Erziehungsgehalt 2000. Ein Weg zur Aufwertung der Erziehungsarbeit, Freiburg
 Marx, Karl (1974): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band (Marx-Engels-Werke Bd. 23), Berlin
 Marx, Karl; Engels, Friedrich (1988): Manifest der Kommunistischen Partei, Berlin

- Negt, Oskar; Kluge, Alexander (1972): Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von proletarischer und bürgerlicher Öffentlichkeit, Frankfurt a.M.
- Neusüß, Christel (1985): Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung oder: Die Genossin Luxemburg bringt alles durcheinander, Hamburg
- Notz, Gisela (1986): Frauen, die zum Nulltarif arbeiten, waren immer unentbehrlich. Zur Geschichte der ehrenamtlichen Tätigkeit von Frauen im sozialen Bereich. In: Dalhoff, Jutta; Frey, Ursula; Schöll, Ingrid (Hrsg): Frauenmacht in der Geschichte, Düsseldorf
- Notz, Gisela (1989): Die Arbeit der Frauen. Frauenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland. In: Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis, S. 59 - 81
- Notz, Gisela (1991): Du bist als Frau um einiges mehr gebunden als der Mann. Die Auswirkungen der Geburt des ersten Kindes auf die Lebens- und Arbeitsplanung von Müttern und Vätern, Bonn
- Notz, Gisela (1999): Die neuen Freiwilligen. Das Ehrenamt – Eine Antwort auf die Krise? Neu-Ulm (2. Aufl.)
- Notz, Gisela (1999): Über den traditionellen Arbeitsbegriff und die Notwendigkeit seiner Veränderung. In: Utopie kreativ, November/Dezember, Berlin, S. 151 - 161
- Offe, Claus (1982): Arbeit als soziologische Schlüsselkategorie? In: Matthes J. (Hrsg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages
- Rifkin, Jeremy (1995): Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt a.M./New York
- Siebel, Werner (1990): Bürgerliches Subjekt und technische Zivilisation. Der Mensch als Störfall technischer Rationalität. In: Ästhetik und Kommunikation, H. 75/1990, S. 12-21
- Werhof, Claudia von (1978): Der blinde Fleck in der politischen Ökonomie. In: beiträge zur feministischen theorie und praxis H. 1/1978, S. 18-32

Familie und Arbeit zwischen Modernisierung und (Re-)Traditionalisierung¹

Einleitung

Bei Wissenschaftlern, die sich mit der Zukunft der Arbeit auseinander setzen, steht die Arbeitsgesellschaft mit ihren prägenden Strukturen für Sozialstaat und Lebensverhältnisse nicht mehr hoch im Kurs. Der Abschied von der Vollbeschäftigung, der Normalarbeitsbiographie und der an Erwerbsarbeit gekoppelten sozialen Sicherung gehört zur Routineübung.

Neue Perspektiven sind so zahlreich wie nie. Auch wenn die Tragweite des tief greifenden Strukturwandels der Arbeits- und Berufswelt durchaus unterschiedlich gedeutet wird, ist doch weitgehend unbestritten, dass wir uns im Übergang zu einer gesellschaftlichen Ordnung befinden, in der die klassische Erwerbsbiographie abgelöst wird von einer Vielzahl an Beschäftigungs- und Tätigkeitsprofilen, deren geschickte Kombination den Individuen zu einer bunten Patchwork-Biographie verhilft. Damit verbunden wird die Hoffnung auf eine grundlegende Neugestaltung der alten Geschlechterordnung, auf den Aufbruch »in eine Vermischung weiblicher und männlicher Lebensrollen in einer tendenziell androgynen Gesellschaft« (Bertram 2000, 342). In dem Maße, wie sich diskontinuierliche Erwerbsbiographien verallgemeinern, erscheinen Frauen nicht länger als Benachteiligte in einem männlich geprägten Arbeitssystem, sondern als Pionierinnen, deren Patchwork-Karrieren zwischen Beruf und Familie zum neuen Muster der Zukunft der Arbeit erklärt werden können.

Tatsächlich verliert das traditionelle Modell der Versorgerehe zunehmend an Attraktivität und empirischer Relevanz. Die Geschlechterbeziehungen und Familienstrukturen haben sich in den letzten Jahrzehnten tief greifend verändert. So ist in der Zwischenzeit eine Pluralität von Lebensformen und -stilen entstanden, die nicht zu dem hegemonialen Grundmuster der Ehe und Familie passen wollen. Sinkende Heiratsneigung, steigende Häufigkeit von Trennungen und Scheidungen, ein wachsender Anteil von Alleinerziehenden, Auftreten und Verbreitung von alternativen Lebensformen und zurückgehende Geburtenraten sind Indikatoren für den Wandel der Geschlechter- und Familienbeziehungen.

1 Dieser Beitrag ist erschienen bei: Baatz, Dagmar; Rudolph, Clarissa; Satilmis, Ayla (Hrsg.): *Hauptsache Arbeit? Feministische Perspektiven auf den Wandel von Arbeit*, Münster: Westfälisches Dampfboot 2004. Wir danken dem Verlag und der Autorin für die freundliche Nachdruckgenehmigung.

Die Wünsche und Vorstellungen der jüngeren Frauengeneration entsprechen nicht den traditionellen Rollenfestlegungen. Dank einer stark verbesserten Teilhabe an schulischer und außerschulischer Bildung ist die alleinige Zuständigkeit für Familie heute für Frauen nicht mehr selbstverständlich. Die Frauen- und insbesondere Müttererwerbstätigkeit steigt im Westen der Republik kontinuierlich an und verbleibt im Osten trotz dramatischer Beschäftigungseinbrüche auf einem hohen Niveau. Die Beschäftigungsquote von Frauen mit einem höheren Bildungsabschluss liegt heute bereits deutlich über der Beschäftigungsquote von gering qualifizierten Männern. Insofern sind frauenpolitisch unbestreitbar Fortschritte in der gesellschaftlichen Wirklichkeit und im (Selbst-)Bewusstsein der Frauen zu registrieren.

Die Rolle des männlichen Familienernährers ist ernsthaft bedroht. Die Erosion dieses Stützpfeilers des traditionellen Lebensmusters ist jedoch nicht Folge eines neuen Konsenses über die Geschlechterrollen, sondern eine Konsequenz der Krise des Beschäftigungssystems. Ein geschlechtsspezifisch segregierter Arbeitsmarkt, Einkommensbenachteiligungen und begrenzte Aufstiegs- und Karrieremöglichkeiten erwerbstätiger Frauen deuten auf das Fortbestehen einer geschlechtshierarchisch strukturierten gesellschaftlichen Arbeits- und Lebensordnung.

Nach wie vor übertrifft die Zunahme von ungesicherten und prekären Beschäftigungsformen der Frauen weithin die der Männer. Unter den »working poor« stellen Frauen den weit überwiegenden Anteil. Das Resultat der Beschäftigungskrise ist eine Verallgemeinerung von Verarmungsmustern, insbesondere für Frauen. Die wachsende Zahl auch männlicher Beschäftigter, die sich mit unsicheren und fragmentierten Berufsbiographien konfrontiert sieht, hat auch indirekt keinerlei positive Wirkungen für eine Neubestimmung der Geschlechterverhältnisse. Im Gegenteil untergräbt das »Regime der kurzfristigen Zeit« (Sennett 1998), die Zunahme von Beschäftigungsrisiken und sozialer Unsicherheit auch die Grundlagen verlässlicher sozialer Beziehungen und verschärft die Konflikte und Spannungen zwischen beruflicher Arbeit und privatem Leben.

Arbeit und Familie

Obwohl westdeutsche Frauen heute häufiger erwerbstätig sind, als das in der Vergangenheit der Fall war, hat sich der Anteil der Frauen am bezahlten Erwerbsarbeitsvolumen kaum verändert bzw. ist sogar geringfügig zurückgegangen. Der Grund dafür liegt in der gleichzeitigen Reduzierung der durchschnittlichen Arbeitszeiten der Frauen. Der Arbeitsmarkteintritt von Müttern erfolgt häufig in Teilzeitarbeit. Ein großer Teil dieser Beschäftigungsverhältnisse und der größte Teil des Zuwachses liegen im Bereich sehr kurzer Arbeitszeiten, also bei Wochenarbeitszeiten von weniger als 20 Stunden.

Die Beschäftigungserfolge von Frauen bei einem annähernd gleichen Anteil an dem gesamtwirtschaftlichen Erwerbsvolumen lassen sich folglich als Umverteilung der Erwerbsarbeit unter den Frauen interpretieren.

Während in Westdeutschland für die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit in den letzten Jahren gerade der Anstieg der Mütter(Teilzeit)-Erwerbstätigkeit bedeutsam war und eine zumindest partielle Modernisierung der Geschlechterverhältnisse einleitete, lässt sich für Ostdeutschland eine gegenläufige Entwicklung feststellen. In Ostdeutschland war eine hohe Frauenerwerbstätigkeit Normalität, und die konkrete Familiensituation (Familienphase, Alter und Anzahl der Kinder) beeinflusste ihre Erwerbstätigkeit nur wenig. Im Gefolge der Arbeitsmarktlage und des Rückbaus sozialer Einrichtungen und Dienste werden erwerbstätigen Frauen wie Männern Anpassungsleistungen abverlangt, die zu einer Reprivatisierung der Familienarbeit und einer Verstärkung ihrer geschlechtsspezifischen Zuweisung führen (Nickel 2001).

Das Verhältnis von Arbeit und Familie wird von den sich in den letzten Jahren enorm verstärkenden Prozessen der Flexibilisierung von Arbeitszeiten und Beschäftigungsformen stark beeinflusst. Die Kultur des flexiblen Kapitalismus verstärkt mit dem Leitbild des »Arbeitskraftunternehmers« (Voß; Pongratz 1998) nicht lediglich die Anforderungen an eine Synchronisation von betrieblichen und außerbetrieblichen Anforderungen und Interessen, sondern repräsentiert mit ihrem Diktat der grenzenlosen »Marktfähigkeit« der Arbeitskraft die systematische Ausgrenzung des nach wie vor Frauen zugeschriebenen Reproduktionsbereiches.

So versprechen zwar die Unternehmen mit der Einführung so genannter Vertrauensarbeitszeiten ein Weniger an Kontrolle und ein Mehr an Freiheit, gleichzeitig verstärken sie aber den Druck auf andere Parameter der Arbeitssituation (Martens u.a. 2001). Sie erhöhen mit anderen Worten den Leistungsdruck und verlagern das ökonomische Risiko auf die einzelnen Beschäftigten. Folgen dieser Mechanismen sind die entgrenzte Leistungsverausgabung und die erzwungene Bereitschaft zur permanenten zeitlichen Verfügbarkeit, das »Arbeiten ohne Ende«. Vielfältige Probleme der »Entgrenzung« der Arbeit treten auf. Tendenziell für alle Beschäftigten ist es in der jüngeren Vergangenheit zu einer Intensivierung der Arbeit (d.h. einer inhaltlichen Verdichtung von Arbeitsprozessen) gekommen. Eine Extensivierung der Arbeit (Verlängerung der Arbeitszeiten) findet sich besonders bei Beschäftigten in höheren Qualifikations- und Funktionsbereichen. Weiter geöffnet hat sich die Schere zwischen tariflich vereinbarten und tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden. Mit dem neuen Arbeitszeitmodell der »Vertrauensarbeitszeit« verzichtet das Unternehmen gänzlich auf Erfassung und Kontrolle von Arbeitszeiten. Da die Standards, die von den stets sich ändernden Erfordernissen der jeweiligen Arbeitssituation abstrahieren, völlig fehlen, können die Zwänge des Marktes ohne den Schutz kollektiver Arbeitszeitregelungen direkt auf das Leistungs-

und Sozialverhalten der Beschäftigten durchschlagen. In Trendbranchen wie der Computerindustrie eskalieren Belastungsprobleme. »Mit Haut und Haaren« frisst einen der Job – so das Ergebnis einer Befragung von IBM-Beschäftigten (IG Metall 2000). Die Projektarbeit und enge Zielvorgaben führen dazu, dass der Arbeitgeber »in den eigenen Kopf einzieht« (Wiedemeyer 2001, 44). Das Nichteinhalten von immer engeren Terminvorgaben, das Verfehlen inhaltlicher Zielvorgaben ist immer nur das eigene Scheitern, die eigene Unfähigkeit – die in der Struktur angelegte Überforderung ist nur schwer wahrnehmbar.

Man mag das für das Luxusproblem einer privilegierten, hoch bezahlten Beschäftigtengruppe halten. Aber auch am unteren Ende der Job-Pyramide, wo Menschen gezwungen sind, mehrere Teilzeitjobs miteinander zu kombinieren oder wechselnde Anstellungsverhältnisse einzugehen, mehren sich Zeitstress und Zerfaserung des Alltags.

Im Umbruch der Arbeitswelt zeigt sich eines deutlich: An die Stelle dicht strukturierter Vorgaben zur Arbeitsaufgabe tritt die Notwendigkeit eigenverantwortlicher Strukturierungsleistungen in der Arbeits- und Lebenswelt. Diagnostiziert wird der Übergang zu einem neuen Typus der Vergesellschaftung von Arbeit: Aus den traditionell unselbstständigen und fremdbestimmten Arbeitnehmern werden »Arbeitskraftunternehmer«, d.h. Arbeitskräfte, die ihre Arbeitskraft eigenständig vermarkten müssen (Voß; Pongratz 1998). Folgen der hohen Anforderungen sind eine erweiterte Selbstkontrolle der Arbeitenden, der Zwang zur verstärkten Ökonomisierung der eigenen Arbeitsfähigkeiten und -leistungen sowie eine straffe Organisation des gesamten Alltags. Dies zeitigt die Konsequenz, dass das Leben systematisch auf die Erwerbsarbeit ausgerichtet und die gesamte Lebensführung »verbetrieblicht« wird. Dies erhöht die Unsicherheit der Lebensperspektiven und übt einen massiven Veränderungsdruck auf die Lebensführung der Menschen aus. Tatsächlich stehen diesen steigenden Belastungen nur bei einem kleinen Teil der Bevölkerung entsprechende Ressourcen und Möglichkeiten an sozialer Kompetenz, Einkommen und Einfluss gegenüber.

Für Beschäftigte mit sorgeabhängigen Angehörigen können die mit den Anforderungen des flexibilisierten Kapitalismus einhergehenden Zumutungen zu einer völligen Überforderung und letztlich zu einem Scheitern der Vereinbarkeit von Beruf und Familie führen. Auf der anderen Seite scheinen in modernen Unternehmenskonzepten lebensweltliche Anforderungen und Bedürfnisse einen größeren Stellenwert zu erhalten – jedenfalls wenn es sich um solche der höher qualifizierten Frauen und Männer handelt. Die amerikanische Soziologin Arlie Hochschild hat in ihrer Untersuchung (2002) der Situation berufstätiger Eltern zwischen den Anforderungen einer flexibilisierten Arbeitswelt und denen des Familienlebens herausgestellt, wie stark die kulturelle Dominanz der Erwerbsarbeit über das gesamte soziale Leben und Gefühlsleben

in modernen Unternehmensstrukturen sich bereits entwickelt hat. Arbeit entwickelt sich zu so etwas wie ein »Ersatzzuhause« für »Zero-Drag« (d.h. Null-Reibung) Beschäftigte. Um qualifizierte Fachkräfte an sich zu binden, entwickeln manche Unternehmen Programme, die darauf abzielen, einen mit allen Dienstleistungen ausgestatteten Idealarbeitsplatz zu schaffen. Von Kinderbetreuung, Ferienorganisation, Selbsthilfegruppen und Fertigmahlzeiten bis zu Nachhausenehmen spannt sich die Palette betrieblicher Unterstützungsmaßnahmen. Unter den Etiketten »work-life-balance« und »managing diversity« gewinnen vergleichbare Unternehmenskonzepte auch hier zu Lande vermehrt publicity. Hochschild stellt die Frage: »Könnte es sein, dass die Unternehmen, zumindest die Unternehmen in der New Economy, ihre hoch qualifizierten einsamen Bowler mit gesellschaftlichem Leben füttern? Wenn ja, geben wir dann die Eintrittskarte zum Leben in der Bürgergesellschaft nur an solche Menschen aus, die Qualifikationen besitzen, die dringend gebraucht werden, und lassen die Jungen, die Alten und die Armen aus?« (Hochschild 2002, XXXIII)

Arbeit, Familie und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung

Die steigende Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen hat nicht dazu geführt, dass sich die weiblichen Berufsverläufe und -karrieren – von Ausnahmen abgesehen – den männlichen angleichen, mit allen direkten und indirekten Folgen für die Einkommensposition und soziale Sicherung der Frauen. Der Einkommensabstand von Frauen und Männern hat sich in den vergangenen fünfundzwanzig Jahren um sage und schreibe 2,8 v.H. verringert. Die Vollzeit-einkommen von Frauen erreichen im Durchschnitt immer noch nur 75 v.H. der männlichen Vollzeiteinkommen. Vergleicht man die kumulierten Erwerbseinkommen im Lebensverlauf für sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, beträgt die Relation der Fraueneinkommen durchschnittlich gerade noch 42 v.H. (Bericht der Bundesregierung 2002). Frauen werden nicht nur bei der Bezahlung von Erwerbsarbeit in vielfältigen Formen diskriminiert, sie verbringen darüber hinaus einen wesentlichen Teil ihrer erwerbsfähigen Zeit zu Gunsten einer oder mehrerer Etappen der Haushaltsführung, der Kindererziehung und der Angehörigenpflege.

In der Bundesrepublik wird außerhalb des Erwerbssektors in einem enormen Umfang unbezahlte Arbeit geleistet (Blanke; Ehling; Schwarz 1996). Die in privaten Haushalten geleistete Arbeit ist weit überwiegend Frauenarbeit. Dabei variiert der Zeitaufwand, den Frauen in die Haus- und Familienarbeit investieren, in Abhängigkeit von der Zahl der im Haushalt lebenden Kinder und davon, ob sie erwerbstätig sind oder nicht. Demgegenüber unterscheidet sich der Aufwand bei den männlichen Befragten nicht signifikant. Unabhän-

gig davon, ob die Paare mit Kindern leben oder ohne, ob die Partnerin erwerbstätig ist oder nicht, ist die Zeit, die Männer im Haushalt verbringen, immer auf gleich niedrigem Niveau angesiedelt. Unbezahlte weibliche Fürsorge- und Pflegearbeit konzentriert sich auf zwei Phasen einer potentiellen Erwerbsbiographie. Fürsorgearbeit wird in der Erziehung der Kinder geleistet, in der Regel in der für das berufliche Fortkommen relevanten mittleren Erwerbsphase, und zum Ende, wenn ältere Angehörige pflegebedürftig werden. Auch dann leisten Frauen den größten Anteil der Fürsorge- und Pflegearbeit.

Die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen lässt die ungleiche Lastenverteilung innerhalb des Familienhaushaltes zu einem Konfliktfeld innerhalb von Partnerschaften werden bzw. lässt immer mehr vor allem gut qualifizierte junge Frauen in weiser Voraussicht auf Familiengründung ganz verzichten. Denn solange die Partner und Väter nicht in gleicher Weise zusätzliche Verantwortung in Haushalt und Familie übernehmen, »stellt sich hier ein gravierendes Problem der Gerechtigkeit« (Bertram 2000, 325), mit negativen Folgen für die Akzeptanz und Stabilität von Partnerschaften.

Zahllose Umfragen dokumentieren zwar ein gewachsenes Bewusstsein über die Dissonanz zwischen wachsenden Gleichberechtigungsansprüchen im Sektor der Erwerbsarbeit und der anhaltend ungleichen Lastenverteilung im Bereich familialer Arbeit. Bewusstseinsunterstützende politische Kampagnen, wie die Väterkampagne der Bundesfamilienministerin oder an Männer adressierte Teilzeitleistungen, scheitern aber nicht nur an ihrer Halbherzigkeit und Unverbindlichkeit, sondern ebenso am fehlendem Umsetzungswillen der Adressaten.

Daraus zu schließen, dass alles beim Alten geblieben sei, wäre allerdings falsch. Hausarbeiten und Sorgearbeiten werden zwar nicht zwischen Männern und Frauen umverteilt, wohl aber unter Frauen, zwischen erwerbstätigen Frauen und nicht (mehr) erwerbstätigen Frauen, innerhalb verwandtschaftlicher oder nachbarschaftlicher Netze (Ludwig; Schlevogt; Klammer 2002). Die Umverteilung der Haushaltsarbeiten zwischen unterschiedlichen Gruppen von Frauen entschärft und befriedet dabei nicht nur den Geschlechterkonflikt, sie verändert auch die Deutung und Bewertung der Alltagsarbeit, die alle Merkmale schlecht bezahlter und ungesicherter Schattenarbeit annimmt. Die steigende Erwerbstätigkeit der »nationalen« Frauen führt zu neuen Ungleichheiten und Hierarchien innerhalb der Frauen(erwerbs)arbeit. Die Beschäftigung von Dienstmädchen in Privathaushalten nimmt zu, und sie wird durch eine Feminisierung der Migration ermöglicht (Gather; Geissler; Rerrich 2002). Mangelnde staatliche Versorgungsstrukturen werden durch den Rückgriff auf billige – meist illegale – Arbeit von Migrantinnen dethematisiert.

Familie und Familienförderung im deutschen Sozialsystem

Während im Zuge der Verfassungsreform die Verankerung der Frauenförderung als Staatsziel zugestanden wurde, sind die Modernisierung des Familienbegriffs und die sozialere Ausgestaltung der Kinderversorgung gescheitert. Die Bedeutung der Institution der Ehe und ihre verfassungsrechtliche Privilegierung transportieren unverändert traditionelle Vorstellungen von der Geschlechterordnung und der Zuständigkeit der Frauen für die Kindererziehung.

Anders als in anderen, allen voran skandinavischen Ländern, in denen die Absicherung über eine individuelle Existenzsicherung gefördert wird – auch für verheiratete Frauen und Mütter –, ist in der Bundesrepublik das soziale Sicherungssystem durch seine starke Verknüpfung mit der Ehe geprägt. Im Steuersystem drückt sich dies durch Ehegattenförderung und -splitting aus, mit dem asymmetrische Einkommensverhältnisse zwischen Ehepartnern gefördert werden. Das steuerliche Ehegattensplitting begünstigt die Hausfrauenehe bzw. die Zuverdienerrolle der Ehefrauen und diskriminiert unverheiratete Eltern, Alleinerziehende und gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften. Es ist unsozial und familienfeindlich. Unsozial, weil ausgerechnet gut situierte Alleinverdienerhaushalte am meisten profitieren, während alle anderen SteuerzahlerInnen dafür aufkommen müssen. Familienfeindlich ist es, weil nicht die erhöhte Kostenbelastung der Kindererziehenden den Splittingvorteil begründet, sondern nur die alleinige Tatsache der Ehe zur Steuerersparnis führt. Von den Steuervergünstigungen des Ehegattensplittings profitieren schätzungsweise zu einem Drittel Ehepaare ohne (betreuungsbedürftige) Kinder. Mehr als ein Drittel der gesamten Familienförderung fließt in die Ehegattenförderung. Der Familienlastenausgleich, der sich auf das Vorhandensein von Kindern bezieht, erreicht nur knapp das Niveau der Ehegattenförderung (Schratzzenstaller 2001).

Zwar wurde in den vergangenen Jahren das Kindergeld, von dem mittlere und höhere Einkommensgruppen profitieren, geringfügig erhöht. Dagegen wurden die Kinderfreibeträge, von denen die oberen Einkommensgruppen profitieren, beträchtlich angehoben. Die absoluten Entlastungsbeträge der Kinderfreibeträge übersteigen die Höhe des Kindergeldes beträchtlich (Dingeldey 2001).

Der mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von Ende 1998 bestärkte Grundsatz der »horizontalen Familiengerechtigkeit«, nach dem ein Millionär mit Kind keine Mark weniger haben darf als ein Millionär ohne Kind, führt am Ende – durch entsprechende Freibeträge – zu einer gewaltigen Umverteilung von unten nach oben. Damit nicht genug: Die für Alleinerziehende im Steuerrecht geltenden spezifischen Vorteile (Haushaltsfreibetrag, Kinderfreibetrag) wurden aufgehoben bzw. abgebaut mit der Folge einer gra-

vierenden Schlechterstellung gerade dieser von Armutsrisiken besonders betroffenen Familienform.

Die steuerliche Privilegierung der Hausfrauenehe wirkt sich unterschiedlich auf das Arbeitsangebot der Frauen aus. Während für Alleinerziehende starke Anreize zur Arbeitsaufnahme bestehen – für die Mehrzahl der allein erziehenden Frauen in Westdeutschland und in Ostdeutschland ist die eigene Erwerbstätigkeit die wichtigste Einkommensquelle –, wird das Arbeitsangebot verheirateter Mütter verknappt.

Besonders nachteilig wirkt das Konstrukt der Familienernährerrolle des Ehemannes in der Arbeitsmarktpolitik. Schon jetzt erhalten viele der arbeitslos gemeldeten Frauen überhaupt keine Lohnersatzleistungen. Grund dafür sind nicht Sperrzeiten oder fehlende Verfügbarkeit, sondern die Anrechnung des Partnereinkommens beim Bezug von Arbeitslosenhilfe. Wird diese Anrechnung nach den Vorschlägen der Hartz-Kommission erweitert, so verlieren noch mehr Frauen aufgrund der verschärften Bedürftigkeitsprüfung ihre Ansprüche. Sie werden damit auf das nicht mehr funktionierende Modell der »Versorgerehe« verwiesen, die Verarmung der Familien wird wachsen. Sie verlieren ihre Ansprüche auf einen Großteil der Arbeitsförderungsleistungen und sind weiterhin auf geringfügige Beschäftigung, Mini-Jobs und mithelfende Tätigkeiten in einer so genannten Familien-AG angewiesen. Das bedeutet eine Ausweitung, zumindest eine Verstetigung des Niedriglohnsektors, von dem besonders Frauen betroffen sind, und eine weitere Prekarisierung der sozialen Sicherungsansprüche.

Strukturelle Defizite und soziale Bedarfslagen in der Familienpolitik

Monetäre Transfers zur Absicherung der privaten Erziehungs- und Hausarbeit, die der deutsche Sozialstaat durchaus umfangreich zur Verfügung stellt, sind mehr auf die Förderung der Institution der Ehe gerichtet als auf die sozialen Bedarfslagen von Kindern und ihrer Erziehungsverantwortlichen.

Ein Vergleich mit anderen EU-Ländern belegt, dass ein direkter Zusammenhang zwischen der Höhe der Transferzahlungen an Familien und der Bereitschaft zur Familiengründung ebenso wenig nachgewiesen werden kann wie ein positiver Zusammenhang zwischen einer niedrigen Frauenerwerbsbeteiligung und einer hohen Geburtenrate besteht (Thenner 2000). So liegt die Erwerbsbeteiligung deutscher Frauen etwa im europäischen Durchschnitt, die Geburtenrate aber am unteren Ende. Keines der Länder mit der höchsten Geburtenrate, also die skandinavischen Länder, Irland und Frankreich zahlen mehr Kindergeld als Deutschland. Vielmehr sind die Rahmenbedingungen außerhäuslicher Kinderbetreuung wesentlich besser. Weiterhin zeigen die Beispiele skandinavischer Länder wie auch Großbritanniens, dass eine über-

durchschnittliche Erwerbsbeteiligung der Frauen einer überdurchschnittlichen Geburtenrate nicht entgegensteht.

In kaum einem Land der Europäischen Union gibt es derart gravierende Defizite im Bereich öffentlicher Kinderbetreuung wie in der Bundesrepublik (Klammer 2001). So geht die hohe Erwerbstätigkeit von Müttern kleiner Kinder in Dänemark und Schweden mit einer Betreuungsquote einher von fast der Hälfte (DK) bzw. immerhin rund einem Drittel (SE) der Kinder unter drei Jahren. Hiermit konnte Ostdeutschland, wo im Jahr 1994 noch rund 4 von 10 Kindern dieser Altersgruppe öffentlich betreut wurden, durchaus mithalten, während in fast keinem Land die Betreuungsquote so niedrig lag wie in Westdeutschland.

Mit dem 1996 eingeführten Rechtsanspruch auf einen Halbtagskindergartenplatz ist zwar die Versorgungsquote der 3- bis 6-Jährigen im Durchschnitt auf 90 v.H. gestiegen. Verdeckt bleiben in den Durchschnittszahlen jedoch enorme regionale Disparitäten. Verborgен bleibt auch, dass lediglich 18,8 v.H. aller Kindergartenplätze Ganztagsplätze mit Mittagessen sind. Die Versorgungsquote bei den unter dreijährigen Kindern erreicht lediglich 2,8 v.H., und im Hortbereich lag die Quote bei 5,9 v.H. Weniger als 5 v.H. aller Schulen sind Ganztagschulen.²

Kennzeichnend für das allgemein bildende Schulwesen in Deutschland ist die starke Abgrenzung zu Erziehungs- und Betreuungsfunktionen zugunsten einer Spezialisierung auf Bildung und die daraus folgende Organisation als Halbtagschule. Kennzeichnend ist darüber hinaus mit der Dreigliedrigkeit des Schulsystems eine Struktur des Bildungssystems, das früh Statusdifferenzen erzeugt. Wie in kaum einem anderen europäischen Land bestimmt hier zu Lande die soziale Herkunft über schulischen Erfolg.

Ein weiteres gravierendes Problem liegt in der Qualität der Betreuung in den Vorschuleinrichtungen (Gottschall 2001). Der im KJHG (Kinder- und Jugendhilfegesetz) wie auch im Kindergartengesetz formulierte Bildungsauftrag findet kaum eine Entsprechung in Berufsverfassung und Arbeitsbedingungen der ErzieherInnen. Erzieher sind fast ausschließlich Frauen, die an Fachschulen ausgebildet werden, damit ohne Aufstiegswege in pädagogische Berufsfelder oder in der Verwaltung sind, sie verdienen weit weniger als GrundschullehrerInnen und bleiben aufgrund der verbreiteten Halbtagsstätigkeit regelmäßig unterhalb eines Existenz sichernden Einkommens.

Obwohl das deutsche Erziehungs- und Bildungswesen dank internationaler Vergleichsstudien an Glanz deutlich verloren hat, sind die Schritte zum Ausbau einer reformierten Ganztagsbetreuung und -schule mehr als verhalten. Die Blockaden einer Reform liegen sicher nicht nur in einem Mangel finanzieller Ressourcen. Zwar gewährt das Erziehungs- und Bildungssystem

2 Die entsprechenden Zahlen liegen in den östlichen Bundesländern trotz erheblichen Abbaus im Krippen- und Hortbereich noch bei ca. 60 v.H. (Sell 2002).

allen sozialen Schichten gleichen Zugang, gleichwohl verdankt sich ein gewichtiger Teil des Erfolges den in den sozialen und familiären Milieus erworbenen Fähigkeiten, die von der Schule als natürliche Begabung und Leistung betrachtet werden, während es sich doch um ein »soziales Erbe« handelt (Bourdieu 2003). Nichterwerbstätige Mütter nehmen im westdeutschen Erziehungssystem eine herausragende Rolle bei der Vermittlung kulturellen Kapitals und mithin bei der Aufrechterhaltung sozialer Distinktion ein. Eine Veränderung im Erziehungs- und Bildungssystem setzt auch eine Veränderung der sozialen Rolle und des Selbstverständnisses nichterwerbstätiger Mütter in privilegierten sozialen Milieus voraus.

Familiengehalt als Alternative?

Eine repräsentative Studie zum Thema »Väter und Erziehungsurlaub« hat gezeigt, dass zwar die überwiegende Mehrheit der befragten Männer den Rechtsanspruch von Vätern auf Erziehungsurlaub befürwortet, aber nur eine verschwindende Minderheit nimmt diesen tatsächlich wahr (Vaskovics; Rost 1999).

Mehr Handlungsspielräume für Eltern verspricht nun das Elternzeitgesetz, das Anfang 2001 in Kraft getreten ist. Erstmals wurde ein partnerschaftliches Leitbild für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gesetzlich verankert. Eine Individualisierung des Anspruchs auf Elternzeit, erweiterte Teilzeitmöglichkeiten und die Möglichkeit einer zeitlichen Flexibilisierung der Elternzeit erweitern die Gestaltungsoptionen der Eltern. Mit dem »Budget«-Angebot, d.h. einer besseren finanziellen Ausstattung des ersten Erziehungsjahres, ist ein Anreiz geschaffen worden, die Unterbrechungszeiten deutlich zu verkürzen, es bleibt allerdings dem Einfallreichtum der Eltern überlassen, wo und wie die Kleinkinder betreut werden sollen. Nach wie vor sind aber die Erziehungszeiten finanziell mager und sozialversicherungsrechtlich lückenhaft ausgestaltet. Unzureichende finanzielle Kompensationen erziehungs- und pflegebedingter Erwerbsbeschränkungen schreiben die eklatanten Benachteiligungen im Lebens Einkommen fort und dürften damit kaum ein Anreiz für Väter sein, ihre in der Regel besser bezahlte Erwerbstätigkeit einzuschränken.

Aber ist es nicht überhaupt sinnvoller, solange für einen gleichwertigen Austausch zwischen den beiden Tätigkeitsfeldern Beruf und Familie die materiellen und mentalen Voraussetzungen nicht entwickelt sind, »die Erwerbsarbeit in die Familie (zu bringen)«? (Biedenkopf 1998) Tatsächlich wird in der familienpolitischen Debatte verstärkt die Forderung nach Aufwertung der Familienarbeit und finanzieller Förderung der Familie vertreten. So fordern die Grünen ein Existenz sicherndes Kindergeld, die konservativen Parteien plädieren für ein Familiengehalt. Konzepte zur Einführung eines Familien-

oder Erziehungsgehaltes sind in jüngster Zeit in verschiedenen Modellvarianten vorgelegt worden (Krebs 2002, Leipert; Opielka 1998). Unabhängig von den Methoden, die zur Berechnung der Familienarbeit angewendet werden, wird ein Anteil der Haus- und Familienarbeit an der Wertschöpfung der Volkswirtschaft von 30 bis 50 v.H. ausgewiesen. Das Statistische Bundesamt errechnete 1994 einen Haushaltslohn für den deutschen Durchschnittshaushalt von 2450 DM monatlich.

Gegen die ökonomischen und sozialpolitischen Ansätze zur Aufwertung der Familienarbeit lässt sich nun nicht nur einwenden, dass sie unterschiedslos Eigenarbeit, Partner- und Familienarbeit in den Lohn eines umfassenden Marktsubstituts übersetzen und mithin die Frage unbeantwortet lassen, warum eine Gesellschaft jedwede Haushaltstätigkeit monetär bewerten sollte. Die These, dass Haus- und Familienarbeit in den gesellschaftlichen Leistungsaustausch bisher nicht einbezogen ist, ist schlichtweg falsch. Familienpolitische Aspekte werden bei nahezu allen Sozialleistungen berücksichtigt. Zur Debatte steht folglich nicht an erster Stelle das Volumen der finanziellen Transfers zur Förderung der privat geleisteten Haus- und Erziehungsarbeit als vielmehr ihre Struktur, mit der die Ehe und geschlechtshierarchische Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern gefördert wird.

Die Konzeption eines Erziehungsgehaltes oder Familiengehaltes zielt weniger auf eine deutliche Ausweitung der finanziellen Familienförderung als auf eine familienpolitische Richtungsentscheidung. Indem Familienarbeit zum Beruf erklärt wird, erledigen sich nicht nur das Problem der Arbeitsmarktintegration von Erziehenden und die Aufgabe einer familienfreundlichen Regulierung der Beschäftigungsbedingungen (Stolz-Willig 1999). Auch die gesellschaftliche Verantwortung für die Erziehung und Betreuung der nachwachsenden Generation lässt sich einmal mehr an die private Verantwortung der Eltern delegieren. Befunde der Armutsforschung (Butterwegge 2000, Butterwegge; Klundt 2002), die belegen, dass soziale Deprivationslagen im Kindesalter wesentlich mehr erfordern als eine Aufstockung der Haushaltseinkommen, nämlich Integrations- und Förderungsangebote im Kindergarten und Bildungsbereich, eine Verbesserung der gesundheitlichen Prävention und Versorgung und eine Unterstützung sozialer Netzwerkbeziehungen, werden ignoriert.

Das auch in der feministischen Debatte vertretene Postulat der Gleichwertigkeit von Familienarbeit und Erwerbsarbeit führt geradewegs in eine geschlechterpolitische und sozialpolitische Sackgasse. Natürlich kann an der gesellschaftlichen Nützlichkeit der Familien- und Sorgearbeit kein Zweifel bestehen und ihr Arbeitscharakter ist unbestritten. Vermittels der Reproduktionsarbeit wird Arbeitskraft und mithin eine zentrale ökonomische Ressource produziert, aber sie wird nicht als Ware produziert, die sich auf Käufermärkten realisieren muss. Erwerbsarbeit im kapitalistischen Sinne bezeichnet nicht nur ein Verhältnis zwischen Tätigkeit und Nutzeffekt, zwischen Arbeit und

Arbeitsprodukt, sondern ein spezifisch gesellschaftliches, geschichtlich entstandenes Produktionsverhältnis. Kapital und (Lohn-)Arbeit bedingen einander, ohne dieses gesellschaftliche Verhältnis findet keine Wert schaffende, marktgängige Produktion statt.

Haus- und Familienarbeit steht nicht im Kontext konkurrenzwirtschaftlich vermittelter Rationalität. Eine Verallgemeinerung von Standards – wie dies in der Erwerbstätigkeit über die Preisregulation durchgesetzt wird – ist auf der Ebene der Familie nicht durchsetzbar und auch nicht wünschenswert. Kulturelle und normative Ansprüche einer Gesellschaft an Erziehung, Bildung und Pflege sind durch geeignete öffentliche Angebote und einklagbare Standards und Rechtsansprüche zu gewährleisten, nicht durch die Einführung von Lohn-Leistungssystemen in die private Familienarbeit, die kaum zu bewerten und zu kontrollieren wären. Jede quasi-tarifliche Gehaltszumessung simuliert in diesem Bereich lediglich die Gleichwertigkeit zur Erwerbsarbeit. Tatsächlich handelt es sich um einen sozialen Transfer, einen Lastenausgleich für eine bestimmte Lebensphase.

Welcher Teil des gesellschaftlich produzierten Produktes für die Reproduktion des Arbeitsvermögens (Bildung, Erziehung, kulturelle Teilhabe und soziale Sicherung) angeeignet wird – sei es in der primären Einkommensverteilung, sei es in der Verteilung sozialer Transfers und der Ausgestaltung des sozialen Sicherungssystems –, hängt vom Verteilungskampf ab. Der Kampf um die Gestaltung und Durchsetzung von Bedürfnissen und Lebensansprüchen ist eine Frage der Macht und der gesellschaftlich entwickelten sozialen und kulturellen Normen. Die Anerkennung und Höherbewertung der kulturellen Ansprüche in der Familienarbeit setzt damit voraus, dass Frauen sich den Zugang zum Sektor der gesellschaftlich organisierten Arbeit und mithin zu den gesellschaftlichen Machtzentren erkämpfen.

Mit dem Ausbau des Sozialstaates haben sich nicht nur quantitativ die Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen erweitert, sondern es sind auch anspruchsvolle, qualifizierte und politisch gestaltbare Arbeitsplätze entstanden. Im Gefüge der traditionellen Arbeitspolitik sind mit dem Einfluss von institutionalisierter Frauenpolitik im öffentlichen Sektor Wandlungsprozesse in Gang gekommen, die Antidiskriminierung und Gleichberechtigungspolitik auf die Tagesordnung gesetzt haben (Bednarz-Braun 2000). Unter dem Label »Frauenförderung und Gleichberechtigungspolitik« wurden Verteilungsfragen im Rahmen von Gleichberechtigungsgesetzen und -richtlinien untergebracht und auch geregelt, von denen anzunehmen ist, dass sie auf einem anderen Verhandlungswege und in der Interessenstruktur traditioneller Akteure (Tarifparteien) und ihrer Beziehung zum Staat kaum bewegt worden wären. Ein neuer und erweiterter Blick auf Arbeit wird nicht auf der Ebene der Begriffsanstrengung entschieden, sondern in den politischen und sozialen Kämpfen von Frauen im Sektor der organisierten Arbeit.

Leitbilder sozial nachhaltiger Beschäftigungsentwicklung

Die aktuelle Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik changiert zwischen Deregulierungs- und Privatisierungspolitik zu Gunsten einer Individualisierung von Arbeitsmarktrisiken und sozialer Sicherheit bei gleichzeitig eher bescheidenen und oft auch nur symbolischen Modernisierungsansätzen im Sinn einer Stärkung partnerschaftlicher Elternzeiten. Die konzeptionslose Familienförderung verstärkt Verteilungsungerechtigkeiten zwischen traditionellen und neuen Lebensformen und zwischen den sozialen Schichten.

Eine nachhaltige Reform des deutschen Arbeitsmarkt- und Sozialsystems wird durch die Orientierung an der – wenn auch modernisierten – Versorgerrolle in Verbindung mit dem desaströsen Sparkurs der Bundesregierung verhindert. Statt auf Verknappung des Arbeitsangebotes zu setzen und öffentliche Ausgaben herunterzufahren, könnten mit einer konsequenten Förderung der Frauenbeschäftigung und dem Ausbau hochwertiger Dienstleistungen vor allem im Sozial-, Gesundheits- und Erziehungswesen sowohl positive Beschäftigungseffekte erreicht werden als auch eine Verbesserung der Einnahmen öffentlicher Haushalte und der Sozialversicherungsträger (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2002).

Dabei steht die Gesellschaft vor der Frage, wie viel ihnen qualifizierte soziale Dienstleistungen buchstäblich wert sind. Das Missverhältnis zwischen der Debatte um Aufwertung und Anerkennung von Familienarbeit und den tatsächlichen Aufwendungen für soziale Dienstleistungen ist augenfällig. Die gesellschaftliche Wertschätzung sozialer Dienstleistungen und die gesellschaftliche Wertschätzung der Erwerbsarbeit von Frauen erweisen sich als zwei Seiten einer Medaille. »Je selbstverständlicher es für qualifizierte Frauen wird, auf gleichem beruflichen Niveau wie Männer zu arbeiten, desto weniger können sich Gesellschaften darauf verlassen, ein ausreichendes Arbeitskräfteangebot für ihren wachsenden Bedarf an sozialen Dienstleistungen zu bekommen. Hier entwickelt sich allmählich ein fundamentaler Konflikt. Die Zeiten, in denen soziale Dienstleistungen als »einfache« Dienstleistungen betrachtet werden konnten, sind unwiderruflich vorbei« (Lehndorff 2002, 8).

Die von immer mehr Frauen (und Männern) gewünschte Vereinbarkeit von Beruf und Familie erfordert eine Revision des bisherigen Konzeptes der Normalarbeit, wobei die Veränderung bisheriger Arbeitszeitstandards eine entscheidende Rolle spielen muss. Es liegt auf der Hand, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie umso leichter ist, je kürzer die Arbeitszeiten sind. Die Arbeitszeitwünsche von Frauen und Männern zeigen, dass nicht nur tendenziell kürzere, sondern auch eine weniger ungleiche Verteilung der Arbeitszeiten zwischen Männern und Frauen im Allgemeinen und zwischen den Partnern im Besonderen gewünscht wird (Bielenski 2000).

Eine Rückbindung der Arbeit an die Lebensinteressen der Menschen würde für eine Neubestimmung des Normalarbeitsverhältnisses bedeuten,

- dass Beschäftigte im Laufe ihres Lebens zwischen Vollzeitarbeit, Teilzeitarbeit und Arbeitsunterbrechung ohne Verlust an sozialer Sicherung und beruflichen Weiterentwicklungsmöglichkeiten wechseln können (»Flexicurity«),

- dass Arbeitgeber sowohl bei der Festlegung des Arbeitsvolumens wie auch der Arbeitszeitlege auf die unterschiedlichen und wechselnden Interessen der Beschäftigten Rücksicht zu nehmen hätten.

Eine sozialverträgliche Arbeitszeitgestaltung geht über die Berücksichtigung und Aushandlung individueller Interessen hinaus. Erforderlich wird eine gesellschaftliche Konsensbildung über kollektiv zu schützende Zeitzonen, wie die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um den Ladenschluss oder das Wochenende veranschaulichen.

Die Durchsetzung eines so reformierten Normalarbeitsverhältnisses erfordert eine Re-Regulierung auf der Ebene von Gesetzen und Flächentarifverträgen anstelle der derzeit verfolgten Tendenzen zur Deregulierung.

Gesetze und Tarifverträge können und müssen den Rahmen für eine familienverträgliche Neubestimmung von Arbeits- und Lebensqualität setzen. Die betriebliche Umsetzung bleibt abhängig von einer Kultur der Anerkennung und Berücksichtigung pluraler Zeitinteressen und persönlicher Leistungsbedingungen. In den Fokus rücken damit die in den Unternehmen entwickelten Partizipations- und Aushandlungsformen und deren geschlechterdemokratische Ausgestaltung.

Literatur

- Bednarz-Braun, Iris (2000): Gleichstellung im Konflikt mit Personalpolitik. Praxis und Theorie beruflicher Geschlechterpolitik im internationalen Vergleich. Opladen
- Bertram, Hans (2000): Arbeit, Familie und Bindungen. In: Kocka, Jürgen; Offe, Klaus (Hg.): Geschichte und Zukunft der Arbeit. Frankfurt a.M., S. 308-343
- Biedenkopf, Kurt (1998): Es zählt nicht nur die Erwerbsarbeit. Der Generationenvertrag muss neu begründet werden. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. August 1998
- Bielenski, Harald (2000): Erwerbswünsche und Arbeitszeitpräferenzen in Deutschland und Europa. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung. In: WSI-Mitteilungen 4/2000, S. 228ff.
- Blanke, Karen; Ehling, Manfred; Schwarz, Norbert (1996): Zeit im Blickfeld. Ergebnisse einer repräsentativen Zeitbudgetuntersuchung. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Stuttgart/Berlin/Köln
- Bourdieu, Pierre (2003): Die jakobinische Ideologie. In: Bourdieu, Pierre: Interventionen 1961-2001, Hamburg, S. 58-67
- Butterwegge, Christoph (Hg.) (2000): Kinderarmut in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen, Frankfurt a.M.
- Butterwegge, Christoph; Klundt, Michael (Hg.) (2002): Kinderarmut und Generationengerechtigkeit, Familien- und Sozialpolitik im Wandel, Opladen
- Deutscher Bundestag (2002): Bericht zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern, Bundestags-Drucksache 14/9852 vom 15.04.2002
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (2002): Abschätzung der (Brutto)Einnahmeeffekte öffentlicher Haushalte und Sozialversicherungsträger bei einem Ausbau von Kindertageseinrichtungen, Berlin

- Dingeldey, Irene (2001): Familienbesteuerung in Deutschland. Kritische Bilanz und Reformperspektiven. In: Truger, Achim (Hg.): Rot-grüne Steuerreformen in Deutschland, eine Zwischenbilanz, Marburg, S. 201-228
- Gather, Claudia; Geissler, Birgit; Rerrich, Maria S. (Hg.) (2002): Weltmarkt Privathaushalt. Bezahlte Haus-haltsarbeit im globalen Wandel, Münster
- Gottschall, Karin (2001): Erziehung und Bildung im deutschen Sozialstaat. Stärken, Schwächen und Reformbedarf im europäischen Vergleich. ZeS-Arbeitspapier 9
- Hochschild, Arlie R. (2002): Keine Zeit. Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet, Opladen
- IG Metall in der IBM (2000): Mit Haut und Haaren, der Zugriff auf das ganze Individuum, Denkanstös-se (Sonderheft)
- Klammer, Ute (2001): Managerin gesucht – Erwerbstätige Mütter in Europa zwischen Sozialpolitik und sozialer Praxis. In: WSI-Mitteilungen 5/2001, S. 329-337
- Krebs, Angelika (2002): Arbeit und Liebe. Die philosophischen Grundlagen sozialer Gerechtigkeit, Frankfurt a.M.
- Lehndorff, Steffen (2002): Hochwertige Dienstleistungen gibt's nicht zum Nulltarif. Wandel der Beschäfti-gung in Dienstleistungsbereichen – ein europäischer Vergleich, IAT Report 05/2002
- Leipert, Christian; Opielka, Michael (1998): Erziehungsgehalt 2000, ein Weg zur Aufwertung der Erzie-hungsarbeit. Gutachten im Auftrag des deutschen Arbeitskreises für Familienhilfe, Freiburg
- Ludwig, Isolde; Schlevogt, Vanessa; Klammer, Ute; Gerhard, Ute (2002): Managerinnen des Alltags. Stra-tegien erwerbstätiger Mütter in Ost- und Westdeutschland, Berlin
- Martens, Helmut; Peter, Gerd; Wolf, Frieder. O. (Hg.) (2001): Zwischen Selbstbestimmung und Selbstaus-beutung, gesellschaftlicher Umbruch und neue Arbeit, Frankfurt a.M.
- Nickel, Hildegard Maria (2001): Arbeitsverhältnisse und Lebensentwürfe in der Transformation. In: Mar-tens, Helmut; Peter, Gerd; Wolf, Frieder. O. (Hg.): Zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung, gesellschaftlicher Umbruch und neue Arbeit, Frankfurt a.M., S. 84-102
- Schratzenstaller, Margit (2001): Steuerpolitische Aspekte aktueller Familienpolitik. In: Soziale Sicherheit 1/2001, S. 347ff
- Sell, Stefan (2002): »Bedarfsorientierte« Modernisierung der Kinderbetreuungsinfrastruktur in Deutsch-land. In: WSI-Mitteilungen 3/2002, S. 147-153
- Sennett, Richard (1998): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin
- Stolz-Willig, Brigitte (1999): Neubewertung der Familienarbeit, Erziehungsgehalt als Perspektive? In: Stolz-Willig, Brigitte; Veil, Mechthild (Hg.): Es rettet uns kein höheres Wesen. Feministische Perspekti-ven der Arbeitsgesellschaft, Hamburg, S. 94-112
- Thenner, Monika (2000): Familienpolitik als Politik zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf – geldwerte Leistungen, zeitwerte Anrechte, familienunterstützende Infrastruktur und ihre Auswirkungen auf das Familienverhalten. In: Dingeldey, Irene (Hg.): Erwerbstätigkeit und Familie in Steuer- und Sozialver-sicherungssystemen, Opladen, S. 95-130
- Vaskovics, Laszlo A.; Rost, Harald (1999): Väter und Erziehungsurlaub. Schriftenreihe des Bundesminis-teriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Nr. 179, Stuttgart
- Voß, Günter G.; Pongratz, Hans J. (1998): Der Arbeitskraftunternehmer, eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1/1998, S. 131-158
- Wiedemeyer, Michael (2001): Was ist los mit dem Arbeitsmarkt? Erhöhte Dynamik – vermehrte Divergenz. In: Becker, Uwe; Segbers, Franz; Wiedemeyer, Michael (Hg.): Logik der Ökonomie – Krise der Arbeit, Mainz, S. 29-50.

»Wir wissen, dass das Ausbeutung ist, aber...« Geschlecht im Migrationsprozess: Konstruktionen, Widersprüche und Bewegungen

Einleitung: Das »Neue« an der Migration

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben die globalen Migrationsbewegungen zugenommen und sich verändert. Auch die Öffnung Mittel- und Osteuropas zeigt Auswirkungen auf das Migrationsgeschehen und -verhalten der Menschen: Mehr Menschen wandern, traditionelle Auswanderungsländer werden nun zu Einwanderungsländern. Die Arbeitsbereiche von Migranten und Migrantinnen in den Einwanderungsländern haben sich ebenso geändert wie sich auch Muster der Arbeitsmigration vervielfältigt haben. So nimmt beispielsweise Pendelmigration oder »zirkuläre Migration«, also die meist regelmäßig wiederkehrende, zeitlich begrenzte Migration in ein Land, zu. Diese und andere Veränderungen werden unter dem Begriff »neue Migration« gefasst. Wanderungen sind nicht an sich neu – gewandert wurde zu allen Zeiten und in diverse Richtungen. Gemeint sind mit diesem Begriff vielmehr die Umbrüche in den Migrationsmotiven sowie die Veränderung der Migration durch zunehmende Globalisierung mit allen ihren Konsequenzen (vgl. Koser; Lutz 1998, 1ff und Morokvasic-Muller 2003a, 143).

Eines der wichtigsten Merkmale der neuen Migration ist neben der bisher dominierenden Form von Migration im Sinne eines unidirektionalen und einmaligen Wohnortwechsels von einem Land in ein anderes die immer stärker auftretende Form von transnationaler Migration, »bei der sich die Lebenspraxis und die Lebensprojekte der ›Transmigranten‹ als ihre ›sozialen Räume‹ zwischen verschiedenen Wohnorten bzw. geografischen Räumen aufspannen« (Pries 1999, 16). Die Entscheidung zur Migration und die konkrete Ausführung werden fast immer im Rahmen von Netzwerkstrukturen realisiert. Darüber hinaus werden sie auch durch politische und normative Regulierungen beeinflusst. In dem Maße, in dem die Wanderungen in Quantität und Qualität zunehmen, bilden daran beteiligte Herkunfts- und Ankunftsregionen wie auch dazwischenliegende Stationen nicht mehr bloß unverbundene »Orte«, sondern Teile eines komplexen Migrationssystems (vgl. Pries 1999, 33). Als weitere Trends der neuen Migrationsbewegungen werden Heterogenisierung der MigrantInnenprofile sowie neue politische Reaktionen und veränderte Migrationsstrategien benannt (vgl. Hillmann 1997, 19 und Lutz 2001, 4).

Ein konstitutives Element der neuen Migration ist die zunehmende Wanderung von Frauen, die auch als »Feminisierung der Migration« bezeichnet

wird. Wir möchten uns im Folgenden auf dieses Element konzentrieren und uns Fragen der Zusammenhänge von Geschlecht und Migration genauer anschauen. Dabei geht es uns sowohl um die sich abzeichnenden Tendenzen in den Migrationsprozessen als auch um ihre wissenschaftliche Rezeption. Welche Rolle spielt das Geschlecht in der Arbeitsmigration?¹ Wie geht Wissenschaft mit dem Thema Geschlecht und Migration um, was wird dabei wahrgenommen und was wird ausgeblendet? Welche Themen sind in diesem Kontext wichtig, und welche Tendenzen zeichnen sich für Geschlechterverhältnisse ab? Können beispielsweise die Feminisierung der Migration und ihre Rezeption dazu beitragen, Geschlechterverhältnisse zu ändern und egalitärer zu machen? Oder bewegen sich auch Migrantinnen und Migranten trotz der Vervielfältigung der Räume in vorgefertigten Geschlechterbahnen und haben vielleicht sogar weniger Spielräume, diese zu verlassen? Gibt es Widerstand gegen die Ausbeutungsverhältnisse innerhalb der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung von migrantischen Frauen? Wie artikuliert sich dieser Protest und wie wird er in der Öffentlichkeit wahrgenommen?

Feminisierung von Lohnarbeit und -arbeitsverhältnissen

Zusammenhänge von Geschlecht und Migration thematisiert die Forschung aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Stehen die Veränderungen durch Globalisierung im Fokus, so zeigt sich, dass Geschlecht in diesen Analysen immer noch nicht mitgedacht bzw. ausgeblendet wird² (vgl. Notz 2000, 83) und das, obwohl sich im Zuge der Globalisierung eine Tendenz zur Feminisierung von Arbeit feststellen lässt. Diese drückt sich vor allem in einer zunehmenden Erwerbsbeteiligung von Frauen aus. Die Ausweitung weiblicher Beschäftigung spricht gegen die These, Frauen seien die Verliererinnen der Globalisierung. Schaut man sich die Arbeitsbereiche genauer an, so zeigt sich, dass die Beschäftigung für Frauen meist im Niedriglohnssektor und in arbeitsintensiven Bereichen sowie im informellen Bereich mit flexiblen Lohnarbeitsformen und fragmentierten Arbeitsprozessen angesiedelt ist (vgl. Veth 2003, 3 und Wichterich 2000, 18).

- 1 Wir werden uns dabei vorrangig auf Arbeitsmigration, die durch prekäre Verhältnisse bestimmt ist, beschränken. Dabei soll nicht vergessen werden, dass es eine Vielzahl anderer Migrationsmuster gibt: Flucht vor Krieg oder sexueller Unterdrückung, Migration hochqualifizierter Wissenschaftlerinnen, Migration zu Studienzwecken etc., bei denen Geschlecht unter anderen Gesichtspunkten relevant wird.
- 2 Hinter der feministischen Forderung, Geschlecht als Querschnittsthema mitzudenken, hinkt die Forschung zwar nicht nur, aber auch in diesem Bereich hinterher. Obwohl die feministische Forschung Migration als männliches Phänomen in Frage gestellt hat (vgl. Erel; Morokvasic; Shinozaki 2003, 10), bleibt die Thematisierung doch meist ihr vorbehalten. Forscherinnen und politische Aktivistinnen thematisieren explizit die Veränderungen im Geschlechterverhältnis und Funktionen von Geschlecht im Zuge der Globalisierung. Der Weg zum Thema Migration geht über die Analyse globaler ökonomischer Verhältnisse, die sich vor allem mit der Umstrukturierung von Arbeit befassen, hin zu den Migrationsbewegungen und damit auch zu der Frage, wer warum mit welchen Konsequenzen wandert.

Feminisierung von Arbeit meint auch die Ausbreitung prekärer Arbeitsverhältnisse insgesamt, denn diese waren, da sie vom Modell lebenslänglicher, gesicherter Lohnarbeit des männlichen Familienernährers abweichen, »zunächst als ›atypisch‹ und ›feminisiert‹ diskreditiert worden« (Wichterich 2000, 18). Das Neue daran ist jedoch, dass sich auch immer mehr Männer in diese Arbeitsverhältnisse hineinbegeben müssen. »Erwerbsbiographische Abbrüche und Umbrüche, die für Frauen schon immer die Regel, für Männer aber die Ausnahme waren, werden jetzt zur gesellschaftlichen Norm, die ›Flexploitation‹ (Bourdieu) zum Normalarbeitsverhältnis« (Wichterich 2000, 20).

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse wirken sich demnach nicht nur auf weibliche Lebensläufe aus, sondern verändern auch männliches Selbstverständnis. Die Teilhabe der Männer an dem, was Connell mit »patriarchaler Dividende«³ (Connell 1999, 100) bezeichnet, ist durch diese Entwicklung für einen großen Teil der Männer nicht mehr gesichert. Da gerade die Erwerbsarbeit für die Partizipation an hegemonialer Männlichkeit⁴ wesentliche Voraussetzung ist, müssten die unbeständigen Arbeitsverhältnisse also auch Männer dazu zwingen, ihre Selbstdefinitionen umzuschreiben oder dagegen aufzubegehren. Im Gegenzug profitieren andere Männer davon, indem sie durch die Unterordnung von Männern ihre eigene Position sichern können. Geschlecht allein als soziale Kategorie reicht also nicht aus, um von Globalisierungsgewinnern oder -verlierern ausgehen zu können. Männer sind nicht automatisch die Gewinner, ebenso wenig wie Frauen qua Geschlecht die Verliererinnen sind. Sicherlich tragen Frauen weiterhin den Hauptteil der Familienarbeiten, aber die Tendenzen zunehmender Erwerbsarbeit von Frauen sowie die zunehmende Prekarisierung auch männlicher Beschäftigungsverhältnisse wirken einem traditionellen Verständnis der Männer als Haupternährer der Familien entgegen. Diese Entwicklung muss allerdings nicht unbedingt eine egalisierende Auswirkung auf das Geschlechterverhältnis nach sich ziehen. Ebenso ist denkbar, dass Männer versuchen hegemoniale Männlichkeit aufrechtzuerhalten und dazu beispielsweise auch auf Mittel wie Gewalt zurückgreifen.

3 Connell meint damit »den allgemeinen Vorteil, der den Männern aus der Unterdrückung der Frauen erwächst.« Dieser Vorteil ist eng mit der Verteilung gesellschaftlicher Arbeit, der Löhne und des Kapitals verknüpft (vgl. Connell 1999, 95).

4 Das Konzept der hegemonialen Männlichkeit wurde von Carrigan, Connell und Lee 1985 entwickelt. Sie legten damit den Grundstein für eine neue Forschung über Männer, Männlichkeiten und männliches Verhalten. Vor allem Connell erweiterte das Konzept auf der theoretischen Grundlage der sozialen Konstruktion von Geschlecht. Er beschreibt ein in westlichen Industriegesellschaften vorherrschendes Konzept von Männlichkeit. Hegemoniale Männlichkeit bildet sich demnach einerseits durch eine bipolare Geschlechterordnung in Abgrenzung zur Weiblichkeit und durch die Annahme einer grundsätzlichen Überlegenheit von Männern gegenüber Frauen, andererseits auch über das Herstellen einer hierarchischen Rangfolge unter Männern, bei der die Eigenschaften weiß, heterosexuell, mächtig und beruflich erfolgreich die obersten Sprossen der Leiter darstellen. Vgl. auch den Beitrag von Sylka Scholz in diesem Band.

Feminisierung der Migration

Parallel zur Feminisierung der Arbeit findet eine Feminisierung der Migration statt. Beide Phänomene hängen eng miteinander zusammen. Frauen sind in größerem Maß Protagonistinnen von Wanderungsbewegungen. Durch den steigenden Bedarf an weiblicher Arbeitskraft in bestimmten Sektoren wie dem Dienstleistungssektor, der Hausarbeit, Unterhaltungsindustrie und Prostitution, wächst die Anzahl von Migrantinnen in Europa stetig an (vgl. Lutz 2001 und Sassen 1991, 241). Für diejenigen Migrationsforscherinnen und -forscher, die sich auf offizielle Statistiken berufen bzw. diese erstellen, bleibt dieses Phänomen allerdings größtenteils unsichtbar, denn viele Frauen wandern oft als Illegalisierte oder pendeln mit Touristenvisa und erhalten dadurch keinen Eingang in Statistiken (vgl. Koser; Lutz 1998, 3).

Jetzt einreisenden Migrantinnen und Migranten stehen kaum mehr geregelte Arbeitsverhältnisse offen, für sie bleiben meist nur informelle Tätigkeiten. Gerade für die Migrantinnen bedeutet diese Illegalisierung ein Gefahrenpotenzial, denn sie bietet kaum Schutz vor Gewalt und sexualisierter Gewalt im Beschäftigungsverhältnis (vgl. Wichterich 2000, 20f).

Es zeigen sich aber auch dem entgegengesetzte Momente: Migrantinnen bewegen sich zwar in den ökonomischen Zwängen, die die Globalisierung mit sich bringt und ihre Entscheidungen und Möglichkeiten sind davon mitbestimmt. Dabei überwinden sie jedoch nicht nur geografische Grenzen, um ihre Lebensbedingungen zu verbessern, sondern sie nehmen ihr Schicksal im Verlauf der Wanderung auch selbst in die Hand und handeln mit relativer Autonomie. Dies wird allerdings besonders den Frauen allzu oft abgesprochen. Trotz der häufig äußerst widrigen Bedingungen von Frauen im Prozess des Migrierens üben sie ihr Recht auf Mobilität aus und entwickeln »im ›doing migration‹ eine kontinuierliche Überlebensstrategie« (Hernandez 2003, 1).

Paradoxerweise hat die in der Forschung festgestellte Feminisierung der Migration bislang nur wenig Einfluss auf die Theoriebildung über Migration oder auch auf die Gesetzgebung. Das Argument lautet immer noch, dass die meisten Frauen, die migrieren, dies nicht wegen Arbeit tun, sondern als Familiennachzug (vgl. Phizacklea 1998, 22). Dies ignoriert die Zunahme spezifisch-weiblicher Arbeitsfelder, in denen immer mehr Migrantinnen arbeiten. Deshalb werden wir im Folgenden diese Arbeitsbereiche genauer unter die Lupe nehmen.

Vergeschlechtlichungsprozesse und deren Widerspiegelung in den Arbeitsbereichen

Die Arbeitsbereiche von Migrantinnen sind meist in informellen Segmenten des Marktes angesiedelt. Die Frauen finden sich in der »typisch weiblichen«

reproduktiven Sphäre wieder, in Haushalten, im Pflegebereich, in der Sexarbeit oder in den Hinterzimmern der Gastronomie. Hier sind die Arbeitsverhältnisse von vergeschlechtlichten und ethnisierten Machtverhältnissen geprägt. Gerade wo es keine legalen Einwanderungsmöglichkeiten gibt, verstärkt sich diese Tendenz. In der BRD können Frauen aus Mittel- und Osteuropa legal fast ausschließlich kurzfristig in der Saisonarbeit oder als Au Pair arbeiten. Männer arbeiten vorrangig im Baugewerbe, in Reparaturkolonnen und in einigen landwirtschaftlichen Sektoren (vgl. Heubach 2002, 2).

Sexarbeit

Sexarbeit galt lange Zeit als Arbeitsbereich für Frauen aus Südostasien und Afrika, heute sind hier viele osteuropäische Frauen sowie Frauen aus der ehemaligen Sowjetunion tätig. Die Arbeit im Sexbereich kann auch eine unfreiwillige sein. Morokvasic-Muller (2003a, 164) und viele andere beschreiben Menschenhandel und mafiöse transnationale Märkte, die im Sexgeschäft entstanden sind. Die Verschleppung von und der Handel mit Frauen⁵, die auch als »trafficked migrants« bezeichnet werden, ist mit ständiger Ausübung von Gewalt verbunden, und ihm ist ein starkes vergeschlechtlichtes Machtgefälle inhärent. Der Handel mit Frauen gilt teilweise auch als Folge männlicher Mobilität: Männer suchen Prostituierte auf Dienstreisen, im Urlaub oder, wenn sie beim Militär sind, in Kriegsgebieten auf, so dass sich hier sichere Märkte erschließen lassen.

Allerdings birgt die Diskussion um »Menschenhandel«, wie sie momentan geführt wird, mindestens drei Gefahren: Erstens wird sie allzu oft – vor allem von staatlicher Seite – genutzt, um das Migrationsgeschehen an den Grenzen zu kriminalisieren. In diesem Sinne werden Fluchthelfer oder »Schlepper« mit Menschenhändlern, die Frauen unter Vorspiegelung falscher Tatsachen in andere Länder und dort in eine Situation absoluter Rechtlosigkeit bringen, gleichgesetzt und kriminalisiert. Die Inanspruchnahme eines »professionellen Dienstleistungsunternehmens« bzw. von »Schleppern« ist jedoch eine durchaus gängige Praxis und oft die einzige Möglichkeit für MigrantInnen, die Wanderung zu organisieren (vgl. Düvell 2003, 17; Alt 2003, 331).⁶ Zweitens verdeckt die Diskussion um Frauenhandel sehr schnell die Tatsache, dass sich viele migrantische Frauen ganz bewusst für Sexarbeit entscheiden. Sexarbeit von Migrantinnen wird nicht als eigenständige Arbeit anerkannt. Drittens ist

5 Auch wenn das Thema nicht besprochen wird, so ist doch vorstellbar, dass es einen ähnlichen Markt mit Männern und Jungen gibt, wenngleich auch in geringerem Ausmaß. Gründe für die Nichtthematization könnte die Blindheit gegenüber Gewalt und vor allem sexualisierter Gewalt gegen Jungen und Männer sein, die nicht mit typischen Bildern vom Mann zusammenpassen will.

6 Jörg Alt widerlegt in seiner Studie »Leben in der Schattenwelt« die These von der Dominanz der »kriminellen Schleuser« und »Menschenhändler« und geht davon aus, dass diese zwar existieren, jedoch der Großteil der »organisierten Migration« von privaten, weltanschaulich-ethnischen und kommerziellen Netzwerken organisiert wird (Alt 2003, 331).

problematisch, dass durch die ständige mediale Inszenierung des »Menschenhandels« erzwungene Sexarbeit sofort mit dem Thema Frauen und Migration allgemein assoziiert wird, statt diese als Arbeiterinnen in den Sektoren wahrzunehmen, in denen sie hauptsächlich beschäftigt sind, nämlich im Haushalts- und Dienstleistungssektor. Begründet wird diese ständige Inszenierung damit, sich vorgeblich für Menschen- und Frauenrechte einzusetzen. Tatsächlich fördern diese Diskurse die Kriminalisierung von Migrantinnen (vgl. Schwenken 2003a, 139ff).

Arbeit in Haushalten

Beschäftigung für Hausarbeiterinnen, auch als »Hausmädchen«, »Hausangestellte« oder »Dienstmädchen«⁷ bezeichnet, hat in Europa einen neuen Boom erfahren. Der Bedarf an Arbeiterinnen im häuslichen, pflegerischen und betreuenden Sektor ist aus mehreren Gründen gestiegen: Die Versorgung durch die Sozialen Systeme wird zunehmend teurer, viele Bereiche sind nicht abgedeckt. Die Arbeit ist statusniedrig und bietet kaum Aufstiegschancen, was sie für viele InländerInnen wenig attraktiv macht. Immer mehr berufstätige Frauen suchen zu ihrer eigenen Entlastung eine Haushaltshilfe, Betreuung für die pflegebedürftigen Eltern, Kinderbetreuung. In dieser Entwicklung zeigt sich auch, dass Reproduktionsarbeit nach wie vor in Frauenhänden liegt und die männliche Beteiligung an Hausarbeit die Ausnahme darstellt (vgl. Heubach, 2002, 2),

Dass vor allem weibliche Migrantinnen in diesem Sektor tätig sind, hat mehrere Gründe. Als Frauen und als Migrantinnen werden sie nach wie vor mit weiblichen Attributen wie Arbeitsamkeit, Fleiß, Unterwürfigkeit belegt. Sie arbeiten für einen niedrigen Lohn. Widerstand wird nicht von ihnen befürchtet. Als Frauen scheinen sie für soziale, pflegerische und haushälterische Tätigkeiten »qua Geburt« besonders gut geeignet.

Viele Frauen aus Osteuropa haben sich, bedingt durch hohe Arbeitslosigkeit und sehr niedrige Löhne in den Herkunftsländern, in diesem neuen Markt schnell etabliert. In dieser Situation nehmen die Frauen ihre Chance zur (oft zeitlich begrenzten) Migration wahr, um damit ihre Lebensverhältnisse und die ihrer Familie zu verbessern. Viele osteuropäische Frauen organisieren ihre Migration systematisch: Sie arbeiten oft in einem Rotationssystem, in dem sie entweder regelmäßig pendeln oder für den Zeitraum z.B. einer Saison migrieren. Andere Frauen übernehmen dann die Arbeitsstelle im Herkunftsland. Manchmal migrieren die Frauen auch im Wechsel. Die Kinder werden von der Familie oder Freundinnen versorgt. Das Rotationssystem ermöglicht es, Familien im Herkunftsland aufrechtzuerhalten, mit dem verdienten Geld das Fa-

7 Gabriele Ochse macht darauf aufmerksam, dass der Begriff der Hausarbeiterin der passendste ist, weil die Frauen weder Angestellte noch Mädchen sind (vgl. Ochse 1999, 69).

milieneinkommen zu großen Teilen zu sichern⁸ und durch kurze Aufenthalte rechtlichen Problemen aus dem Weg zu gehen (vgl. Schwenken 2003b, 28). »Paradoxerweise migrieren sie, um zu Hause zu bleiben. Ihre Mobilität ist hauptsächlich eine Alternative zur Auswanderung« (Morokvasic-Muller 2003a, 158). Der koordinatorische Aufwand ist enorm. Das System eignet sich besonders gut für Pflege- und Saisonarbeit.⁹ Hier sind die ArbeitgeberInnen von diesem Rotationssystem, dem Zusammenschluss und der Initiative der Frauen, ebenso abhängig wie die Frauen von den ArbeitgeberInnen. Das Machtpotenzial auf Seite der Migrantinnen wollen diese meist aber nicht realisieren.

Neue Abhängigkeiten oder Emanzipationspotenziale

Im Sektor der Versorgungsarbeiten ergeben sich vielfältige Abhängigkeiten. In »globalen Ketten der Fürsorge« müssen die einen Frauen ihre Kinder zurück lassen, um die Kinder anderer Frauen versorgen zu können, damit diese wiederum arbeiten können. Jede dieser Arbeiterinnen ist von anderen Frauen abhängig, in einer negativen Dynamik von Abhängigkeiten werden unterschiedliche Länder verbunden. Sie wird zum Teil des Gefühlslebens und der Lebensbedingungen, greift in Lebensentwürfe und soziale Gemeinschaften ein (vgl. Pühl; Brensell 2003, 93).

Dieser Blick auf Formen weiblicher Migrationsprozesse ist sicherlich in vielen Fällen zutreffend, jedoch kann Migration auch die Position der Frauen im Herkunftsland stärken. Beata Waldek, ehemalige Mitarbeiterin der »Zentralen Anlaufstelle für Pendler und Pendlerinnen aus Osteuropa« (ZAPO)¹⁰ beim polnischen Sozialrat schildert dies folgendermaßen: »Die Frauen kommen hierher und sind Arbeitnehmerinnen, verdienen Geld und sind diejenigen, die jetzt für die Familie sorgen, sie verlassen leider die Familie in Polen, der Mann kommt nicht mit, die Kinder kommen nicht mit, und sie sind jetzt die Hauptverdiener der Familie und in Polen sind sie dann auch Arbeitgeberinnen. Sie lernen auch neue Rollen kennen, neue Rollen innerhalb der Familie, aber auch innerhalb der Gesellschaft. Ich glaube, das ist das, was den Frauen ganz viel Mut macht, ich glaube, das ist auch eine wesentliche Veränderung.«

Waldek spricht hier das Potenzial der Veränderung an, das die Arbeitsmigration für Frauen beinhalten kann und das auch für das Verhältnis der Ge-

8 Sicherlich wandern Frauen auch, um sich z.B. für ihren Beruf weiterzubilden und mit anderen Motiven, die unabhängig von Familien sind (vgl. Hess 2003, 6).

9 Dieses Rotationssystem ist nur ein Beispiel dafür, welches soziale Kapital Migrantinnen einbringen, wenn sie migrieren. So formuliert Yann Moulier Boutang (2003, 19): »Es geht darum, die Bedeutung organisierter Formen der Subjektivität anzuerkennen, die in den Strömen und Netzwerken der Migration sichtbar werden.«

10 Die ZAPO war ein Projekt des Polnischen Sozialrates e.V. in Berlin. Das Projekt musste im Jahr 2003 aufgrund fehlender Finanzierung eingestellt werden. Ein Schwerpunkt des Projektes war die Unterstützung von MigrantInnen – auch ohne gültige Aufenthaltserlaubnis – bei Lohnbetrug. Die folgenden Zitate stammen aus einem Interview, das Gerda Heck im November 2003 mit Beate Waldeck geführt hat.

schlechter eine egalisierende und für das Selbstverständnis der Frauen eine belebende Wirkung haben kann. Gleichzeitig können neben einem solchen emanzipatorischen Moment auch völlig gegenteilige Effekte zum Tragen kommen. Im Einwanderungsland kann eher von »einer zunehmenden Ungleichheit zwischen Frauen: deutsche Frauen auf der einen Seite und Polinnen, Philippinas etc. auf der anderen« (Morokvasic-Muller 2003a, 159) gesprochen werden. Zunehmend werden reproduktive Arbeiten von weißen Mittelschichtfrauen an Migrantinnen, die auch noch unterbezahlt werden, delegiert. »Das Migrationskarussell trägt nicht nur zur hierarchischen Umstrukturierung der Erwerbsarbeit bei, sondern führt auch zu einer partiellen Umorganisation der Reproduktionsarbeit« (Wichterich 2000, 21). Die Arbeit der Migrantinnen ersetzt die Arbeit anderer Frauen, Reproduktionsarbeit bleibt Frauensache.

Zusätzlich werden Migrantinnen in diesen Beschäftigungsverhältnissen oft »deklassiert.« Viele der in deutschen Haushalten beschäftigten Migrantinnen haben eine sehr gute Ausbildung und gehören in den Herkunftsländern zur Mittelschicht (vgl. Morokvasic-Muller 2003a, 158). Ungleichheiten durch die Kategorien race/class/gender werden im Einwanderungsland erzeugt, erhalten und verstärkt, und es gibt vielfältige Überlagerungen der Kategorien.

Die Hausarbeit der Migrantinnen verdeutlicht somit auch, dass sich am Geschlechterverhältnis im Einwanderungsland nur sehr wenig geändert hat. In einer »Strategie der Entnennung« (Pühl; Brensell 2003, 94) werden strukturelle Geschlechterkonflikte unsichtbar gemacht. Die Reproduktionssphäre bleibt unangetastet und unhinterfragt Frauenangelegenheit. Dies macht es möglich, dass ständig davon gesprochen wird, dass Frauen das Privileg nutzen, eine Migrantin für die Hausarbeit einzustellen. Dass auch die Männer dafür verantwortlich sind, wird in der Debatte oft vergessen. Sie profitieren aber mindestens genauso viel wie die Frauen, denn die Arbeit der Migrantinnen ermöglicht es ihnen, die Trennung der vergeschlechtlichten Sphäre privat-öffentlich so aufrechtzuerhalten. Sie müssen nicht mit einem Aufstand »ihrer« Frauen rechnen und sich ebenso wenig als vergeschlechtlichte Wesen zur Disposition stellen (vgl. Phizacklea 1998, 34).

Neben den Problemen, die die Arbeit in Haushalten für die Frauen mit sich bringt, bietet die private Sphäre jedoch auch Schutz vor staatlichen Eingriffen. Hierzu noch einmal Waldek: »Man spricht von neuer Ära der Dienstmädchen, die ›Perlen aus dem Osten‹ nennt man die Frauen, sie kommen oft, um in den Haushalten, privaten Haushalten zu arbeiten. Ganz oft kommen sie montags, freitags fahren sie wieder. Da gibt's solche Fälle, dass sie bei Familien mit Pflegebedürftigen arbeiten oder als Babysitter. Die Frauen verdienen auch manchmal mehr als die Männer auf der Baustelle. Und sie haben manchmal mehr Sicherheit, da in der Privatsphäre nicht so kontrolliert wird, d. h. die Polizei darf nicht fahnden. Nur wenn es eine Anzeige gibt, eine anonyme An-

zeige meistens vom Nachbarn, dann muss die Polizei nachprüfen (...) Aber es gibt auch genug Möglichkeiten, sich da rauszureden (...), die Kinder lernen polnisch, etc.«

Zugleich zeigt sich auch, dass es durch die Öffentlichkeit männlicher Arbeitsbereiche, wie z.B. Baustellen, für migrantische Männer schwer ist, unentdeckt vom Gesetz zu bleiben. Gerade dadurch, dass die Arbeit im öffentlichen Raum stattfindet, sind sie anderen Formen der Repression ausgesetzt. Welche Auswirkungen solche Entwicklungen auf Geschlechter selbstbilder von Männern haben, ist allerdings noch ein Forschungsdesiderat. Sicherlich hat dies Konsequenzen für die Ausarbeitung einer männlichen Geschlechterordnung. In einer Hierarchie der Männlichkeiten soll der migrantische Mann unten stehen und auch bleiben. Und auch daran arbeiten Männer in Politik, Wissenschaft und Justiz.

Vergeschlechtlichte und ethnisierte Bilder und Diskurse über Migrantinnen und über Migranten

Die Situation von Migrantinnen und Migranten im Einwanderungsland ist von weiteren Faktoren geprägt: »Aufnahmegesellschaften«, die sich eigentlich nicht mehr als solche bezeichnen können, weil sie kaum noch Kriterien für eine Aufnahme zu Grunde legen, belegen Migranten und Migrantinnen mit kulturalisierenden Annahmen – sowohl allgemein als auch über »deren« Geschlechterverhältnisse. In der Bundesrepublik reicht dies von Bildern über die erste Generation von ArbeitsmigrantInnen bis hin zu illegalisierten Hausarbeiterinnen. Kaum ein Stereotyp hält sich so hartnäckig wie die Unaufhebbarkeit kultureller Differenzen (vgl. Balibar 1992, 22), die zugleich ontologisiert werden.

Mittlerweile gibt es in der vorrangig dekonstruktivistischen und qualitativen Forschung zu Migration und Geschlecht einen recht großen Anteil meist jüngerer Forscherinnen, oft mit eigenem Migrationshintergrund, die strukturelle und diskursive Bedingungen im Aufnahmeland kritisch hinterfragen und theoretisch rückbinden. Dabei kommen auch subjektive Sichtweisen von Migrantinnen zu Wort, die vielfältigen Lebenswege und Motivationen werden aufgezeigt.¹¹ Ethnisierende und vergeschlechtlichte Stigmatisierungen und ihre Verarbeitung stehen dabei im Mittelpunkt.

11 Die Themenpalette reicht von z.B. der Geschichte der Konstruktionen von Migrantinnen (vgl. Huth-Hildebrand 2002, 86ff und Huth-Hildebrand; Lutz 1998) über den medialen Diskurs (vgl. Farrokhzad 2002) oder Bildung und Bildungsaspirationen von Migrantinnen (Gutiérrez-Rodríguez 1999) hin zu Zusammenhängen von Vergesellschaftung, Vergeschlechtlichung und Migrationshintergrund (vgl. z.B. Gümen 1998, Apitzsch 2003, Castro Varela 2003, Gutiérrez-Rodríguez 2003).

Die Untersuchung der Zusammenhänge von Vergeschlechtlichung und Ethnisierung männlicher Migranten sind bisher eher die Ausnahme.¹² Die Männlichkeitsforschung hat zwar in den letzten Jahren einen Boom erfahren, jedoch wird auch hier Migration nicht als Querschnitts-, sondern als Spezialthema erfasst. Die allgemeine Geschlechterforschung stellt nach wie vor (und natürlich nicht ohne guten Grund) Frauen in den Mittelpunkt der Betrachtung.

Trotz fortschrittlicher Strömungen im wissenschaftlichen Diskurs entfaltet sich die Macht der Bilder, die Wirksamkeit kulturalisierender Diskurse des Mainstream im Alltag von Migrantinnen und Migranten und der »Mehrheitsgesellschaft« immer wieder. Geschlechterstereotype sind intensiv mit einer eindimensionalen Migrationsdebatte verwoben: Migrantinnen werden beruflich abgewertet, ihnen wird die eigene Migrationsgeschichte abgesprochen und stattdessen das Bild der abhängigen und als Familiennachzug einreisenden Migrantin konstruiert. Subjektive Gründe der Migration werden oft nicht erwähnt. Dabei sind diese so vielfältig wie die Biographien vor der Migration. Gründe können ökonomischer Art sein, der Versuch, aus starren Strukturen auszubrechen, eine unglückliche Ehe und der Wunsch nach einem besseren Leben für die Kinder (vgl. Phizacklea 2003, 94ff). Dies wird allerdings kaum wahrgenommen. Stattdessen geht man davon aus, dass Kultur und Religion Migrantinnen am Bildungsaufstieg und der Partizipation in vielen gesellschaftlichen Bereichen hindere. Eine weitere beliebte Konstruktion betrifft das Geschlechterverhältnis zwischen MigrantInnen: Im Vordergrund steht immer die Annahme, dass *die* Migrantin sich ihrem noch stark in patriarchalen Denkmustern verfangenen Mann unterordnen müsse und dies auch selbstverständlicherweise tue. Migrantinnen und Migranten werden damit auf überkommene Rollenvorstellungen festgelegt. Im Gegensatz dazu können sich autochthone¹³ Frauen dann als emanzipiert beschreiben. Der migrantische Mann wird gleichsam zum Stellvertreter, auf den sich alles Patriarchale dieser Gesellschaft abwälzen lässt. Die Kopftuchdebatte und die Debatte um islamischen Fundamentalismus beispielsweise reproduzieren ständig diese Annahmen. Die eigene Gesellschaft wird dabei überhaupt nicht in Frage gestellt, auf Rassismus und Geschlechterstereotype, die weit vom emanzipierten Ideal entfernt sind, hin überprüft. Die Konstruktion von Rückständigkeit und Ungleichheit des Geschlechterverhältnisses »der Anderen« übernimmt innergesellschaftlich eine kathartische Funktion.

Der Markt macht sich die Überschneidungen ethnisierter und vergeschlechtlicher Bilder zu Nutze: Migrantinnen bekommen vor allem Arbeitsplätze im »Unsichtbaren«, im Privathaushalt, in Großküchen sowie monotone Arbeitsplätze zugewiesen. Dies wird damit begründet, dass sie sich als Frau-

12 Einige wenige finden sich, z.B. Jäger 1996, Kersten 1997, Spindler 2003a, b, Spohn 2002.

13 Der Begriff »autochthon« ist aus dem Griechischen abgeleitet und bedeutet »alteingesessen«.

en durch Eigenschaften wie Geduld und Arbeitsamkeit besonders dafür eignen. Fingerfertigkeit wiederum wird ihnen aufgrund der Herkunft aus diesem oder jenem Land unterstellt (vgl. Castro Varela 2003, 21). Arbeitgeber vergeben Arbeitsplätze an Menschen aus bestimmten Ländern und anderen machen sie klar, dass schon die Bewerbung sinnlos sei. Unterschiede gibt es auch in der Bezahlung: Je nach Herkunftsland wird mehr oder weniger Geld für die gleichen Leistungen bezahlt (vgl. Anderson 1996, zitiert nach Phizacklea 1998, 33).

Durch die starke Machtungleichheit können Arbeitgeber sich diese Bilder, je nach Konjunktur, zunutze machen. Dabei zeigen sich erhebliche Verschiebungen: Mächte früher noch die Konstruktion vom »faulen Polen« die Runde, wird heute vorwiegend von der »fleißigen Polin« gesprochen. Heute ist es nützlich, polnische Frauen, die oft in der Pflege älterer Menschen und im Haushalt tätig sind, mit diesem Attribut zu belegen. Dabei hat sich im Diskurs auch die Hervorhebung von Geschlecht von Männern auf Frauen verschoben. Die Vermischung rassistischer und vergeschlechtlichter Stereotype kann sich voll entfalten und funktional eingesetzt werden: Ungerechte Behandlung oder der Einsatz in monotonen Arbeitsbereichen kann dann je nach Bedarf mal mit Herkunft, mal mit Geschlecht oder mit beidem legitimiert werden. Das Bild der »unterwürfig arbeitsamen und geduldigen Migrantin« legitimiert aber nicht nur Ungerechtigkeiten, sondern beruhigt auch diejenigen, die sie ausführen, indem sie denken, dass bei diesen Frauen nicht mit Widerstand zu rechnen sei.

Doing migration, doing resistance?

Die Medien zeigen Migrantinnen meist als Opfer; insbesondere bei der Thematisierung von Pflege- und Hausarbeit, Au Pairs und Prostitution wird in Printmedien und Fernsehdokumentationen mit erhobenem Zeigefinger von Sklaverei und Menschenhandel gesprochen. Widerstandspotenziale von migrantischen Frauen sowie ihre Artikulation in verschiedenen Formen des Protests werden in der Öffentlichkeit selten wahrgenommen. Ebenso werden die Alltagsstrategien und widerständige Praxen von Migrantinnen gegen Überausbeutung und Schikanen nicht gesehen. Diese sind jedoch vielfältig: »In den Communities existiert ein Wissen über die vielen Formen der Entrechtung, einfach weil sie am eigenen Leib, beim Nachbarn, der Cousine oder dem Arbeitskollegen erfahren werden. Sei es, dass bei Verurteilungen zu Haftstrafen Abschiebungen drohen, man auf dem Arbeitsamt dank ›Inländerprimat‹ den Job nicht bekommt (...) Migrantische Zeitungen bieten Serviceteile, die speziell über ausländerrechtliche Schikanen berichten – aber auch über ›ganz legale‹ Tipps und Tricks dagegen. Man sollte diese alltäglichen, nahezu banalen

Selbstverständlichkeiten nicht zu einem Widerstandsmythos hochstilisieren. Gerade in ihrer Banalität liegt ihre Wahrheit. Ähnlich wie Krankfeiern, Absentismus und lange Kaffeepausen kein Ausdruck eines revolutionären Arbeiter- und Angestelltenkampfs sind, verweisen diese Taktiken dennoch auf die Tatsache, dass die rassistische Unterschichtung der Gesellschaft nicht ohne Widerstand – und sei er noch so klein – zu haben ist« (Bojadzijev et al. 2003, 204).

Migrantinnen entwickeln in ihrem Alltag auf verschiedenen Ebenen und an verschiedenen Orten Alltagsstrategien gegen ihre Entrechtung. Dies sind individuelle, kollektive, soziale, kulturelle und politische, sei es am Arbeitsplatz, auf Ämtern oder auf der Straße (vgl. Hernandez 2003, 5). Hausarbeiterinnen organisieren die Migration und sich untereinander. Sie geben sich Tipps über Beschäftigungsverhältnisse, vermitteln die Arbeitsstellen an Freundinnen und Verwandte etc. weiter; sie warnen sich aber auch gegenseitig vor allzu schlechten Arbeitsverhältnissen. Saisonarbeiterinnen in der Landwirtschaft erzählen, dass sie meist in größeren Gruppen und mit Freundinnen, guten Bekannten und Verwandten zur Arbeit nach Deutschland oder andere westeuropäische Länder fahren. Damit schaffen sie sich einen Rahmen, der ihnen eine gewisse Sicherheit gegen Überausbeutung und Schikanen seitens der ArbeitgeberInnen gibt.

Viele Migrantinnen suchen nach Möglichkeiten, ihre Begrenzungen und Entrechtung zu überwinden: sei dies auf persönlicher, auf sozialer oder politischer Ebene. Die Strategien reichen vom Studium, um die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, über Heirat, um den Status zu legalisieren oder die rechtliche Situation zu verbessern, bis hin zu politischer Organisation.

Im Bereich der Pflege- und Hausarbeit und Prostitution finden sich derzeit in der Bundesrepublik Deutschland eine Reihe feministischer, migrantischer Organisationen: Das Netzwerk *Respect*, *Agisra* (Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung), *Mujeres sin rostros* (Frauen ohne Gesicht) seien hier als Beispiele genannt.

Respect ist ein europäisches Netzwerk für im Haushalt (meist ohne Papiere) tätige Migrantinnen. Das *Respect*-Netzwerk wurde 1997 ins Leben gerufen und umfasst Hausarbeiterinnen-, MigrantInnen- und Unterstützungsorganisationen aus acht EU-Staaten (www.respect-netz.de). Dem Netzwerk ist es in den letzten Jahren gelungen, die Themen irreguläre Arbeit, geschlechtsspezifische Arbeitsteilung sowie Arbeitsbedingungen von Migrantinnen in der Öffentlichkeit zu thematisieren und dabei seine Forderungen mit einer Politik der Rechte zu verknüpfen. Die Frauen werden nicht als Opfer von Frauenhandel oder Sklaverei bezeichnet, sondern als Arbeitsmigrantinnen, die ihre Rechte einfordern (vgl. Schwenken 2003b, 30). Durch diese Verbindung der Aspekte Geschlecht, Arbeit, Migration und den damit verbundenen Illegalisierungsprozessen setzt die antirassistische Politik von *Respect* an dem Punkt an, sichtbar zu machen, was unsichtbar gemacht ist (vgl. Jungwirth 2003).

Spargelernte zum Null-Tarif? Nicht mit uns!

»Wir sind zwar einfache Leute, aber wissen trotzdem, was uns zusteht«, sagt Frau O. in einem Interview¹⁴ und erzählt, wie sie ihrem Arbeitgeber am Abreisetag ihre Lohnabrechnung mit Gewalt entwendet und damit zum Arbeitsamt gegangen ist, um sich gegen vorzeitige Kündigung, die menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen und die geringen Lohnauszahlungen des Arbeitgebers an sie und ihre Kolleginnen zu beschweren.

Die 18 rumänischen Frauen haben im Jahr 2002 mit einem zweimonatigen Saisonarbeitsvertrag der ZAV (Zentralstelle für Arbeitsvermittlung)¹⁵ auf den Spargelfeldern im südhessischen Lampertheim gearbeitet. In der ersten Arbeitswoche erhielten die Frauen keine Verpflegung, sie ernährten sich von ihrem Reiseproviant. Die Unterkunft war miserabel, Bettwäsche gab es nicht. Nach knapp einem Monat verkündete der Arbeitgeber, er habe keine Arbeit mehr und zahlte ihnen am Abreisetag einen Lohn von ca. 300 Euro aus. 300 Euro, so rechnete eine der Arbeiterinnen uns vor, waren die Auslagen für Visum, ärztliche Untersuchung und die Reise von Arad nach Lampertheim und zurück. Daraufhin legte Ana O. mit einer Kollegin noch am Tag ihrer Rückreise Beschwerde beim örtlichen Arbeitsamt ein. Zurück in Rumänien reichten die Frauen mit Hilfe der Beratungsstelle ZAPO und eines Rechtsanwaltes Klage vor dem Arbeitsgericht ein. Im Juli des Jahres 2003 wurde Bauer S. dazu verpflichtet, den 18 rumänischen Landarbeiterinnen zumindest den noch ausstehenden Lohn des ersten Monats, 960 Euro pro Person, auszuzahlen.

An diesem Beispiel lassen sich verschiedene Verhältnisse verdeutlichen. Der migrantische Status der Frauen wiegte den Bauer in Sicherheit, sich nicht weiter mit ihnen auseinander setzen zu müssen. Das Wissen um die Pendelmigration erleichtert die unrechtmäßige vorzeitige Kündigung, denn die Frauen müssen nach Rumänien zurückkehren und von dort aus ist es sehr schwierig, weitere Forderungen zu stellen. Es handelt sich hierbei um eine Mischung aus tatsächlicher und vermeintlicher Macht von ArbeitgeberInnen: Die Arbeitserlaubnis ist an den oder die ArbeitgeberIn gebunden und zeitlich befristet. Dies begünstigt auf einer strukturellen Ebene die Ausbeutung und willkürliche Behandlung sowohl vor Ort als auch im Rahmen der Auflösung des Arbeitsverhältnisses. Nichtsdestoweniger begeht der Bauer durch die Be-

14 Die Interviews wurden im Rahmen eines Filmprojektes zum Thema »Lohnbetrug und Widerstand« im November 2003 in Arad (Rumänien) durchgeführt.

15 Die ZAV ist eine Einrichtung der Bundesanstalt für Arbeit mit Sitz in Bonn. Sie ist für Saisonkräfte aus Mittel- und Osteuropa zuständig. Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen gibt es bis zu drei Monaten in der Land- und Forstwirtschaft, der Obst- und Gemüseverarbeitung, im Hotel- und Gaststätten-gewerbe oder in der Schaustellerbranche bis zu neun Monaten pro Jahr. Im Jahr 2002 wurden mehr als 300.000 Saisonarbeitskräfte insgesamt vermittelt. (vgl. Bundesanstalt für Arbeit 2003, 19). Der größte Arbeitsbereich der ZAV ist und bleibt die landwirtschaftliche Saisonarbeit, hier arbeiten auch sehr viele Frauen.

handlung und Entlassung der Frauen Rechtsbruch. Hinter seinem Vorgehen könnte sich die Annahme verbergen, dass die Frauen unwissend in Bezug auf ihre Rechte oder unfähig, sich zu wehren, Beratung einzuholen und sich gegen die Ungerechtigkeit zu organisieren, seien. Dem wiederum könnten Annahmen aufgrund des Geschlechts zu Grunde liegen, indem der Arbeitgeber davon ausgeht, dass sie als Frauen nicht wissen, sich zur Wehr zu setzen. Nicht selten haben Arbeitgeber mit einem solchen Vorgehen Erfolg. In diesem Fall aber beriefen sich die Frauen auf ihre Rechte und forderten ein, was ihnen zustand.

Die Frauen sind sich sowohl der Ethnisierung als auch der Deklassierung bewusst, die ihr Status und das Verhalten des Arbeitgebers nach sich ziehen. Juliana T., eine der Arbeiterinnen, äußerte sich über ihren Arbeitgeber folgendermaßen: »Er dachte wohl, wir kennen den Wert des Euro nicht.« Die Tatsache, dass die Frauen sich gegen den Lohnbetrug zur Wehr gesetzt haben und sogar gerichtlich gegen den Arbeitgeber vorgegangen sind, lässt sich nicht mit dem Bild der unterwürfigen Migrantin vereinbaren, sondern muss als Akt einer widerständigen Praxis gegen (Über-)Ausbeutung angesehen werden. Zwar akzeptieren die Frauen den geringen Lohn: »Wir erhalten nie den festgeschriebenen Mindestlohn. Am Ende gehen wir meistens mit 3,50 ₸ Stundenlohn nach Hause.« Und sie sind sich der schlechten Bezahlung, die sie als migrantische Arbeiterinnen erhalten, bewusst und nehmen diese Ausbeutung in Kauf. »Wir wissen, dass das Ausbeutung ist«, meint Juliana T., und Ana O. fügt hinzu: »Aber das ist immer noch das siebenfache des Lohns hier in Rumänien.« Sich gegen den Opferblick wendend, betont eine der Frauen, Rodica H.: »Es ist nicht so, dass wir nach Deutschland zum Arbeiten gehen, weil wir hier verhungern. Nein! Aber mit dem Geld, was wir dort verdienen, können wir hier etwas für uns verwirklichen, etwas im Haushalt anschaffen oder den Kindern in der Stadt eine Wohnung mieten.«

Aber dieses Wissen bedeutet nicht, dass die Frauen noch weniger Lohn akzeptieren als ausgemacht. Die Annahme des Bauern, dass die Frauen seine unwürdige Behandlung einfach hinnehmen würden und er nicht mit Widerstand zu rechnen habe, macht sie enorm wütend. »Ich dachte ich werd verrückt, und er hat nur gelacht. Das ist keine schöne Sache, du hättest krank werden können vor Wut«, sagte Ana O. und benannte damit ihre Empörung und auch ihren Antrieb, sich zur Wehr zu setzen.

Die Frauen entwickeln in der Migration Strategien, die es ihnen auch erleichtern, sich gegen den Arbeitgeber durchzusetzen. Zum Arbeiten im Ausland gehen sie meist in größeren Gruppen von Frauen, die sich persönlich, nachbarschaftlich oder verwandtschaftlich nahe stehen. Dieses solidarische Netzwerk schützt sie einerseits davor, alleine der Willkür der ArbeitgeberInnen ausgeliefert zu sein, und gibt andererseits auch emotionale Sicherheit. Ana O. betonte im Interview, dass die Arbeiterinnen sich untereinander alle

sehr gut kannten. Sie ergänzen sich in ihrem Wissen um die rechtliche Situation in der Migration und beraten sich auch in anderen Fragen gegenseitig. Auch die Migration selbst organisieren sie untereinander. Einige der Frauen gehen schon seit Jahren in dieselbe Region zur Spargelernte und vermitteln offene Arbeitsstellen an Bekannte und Freundinnen weiter. Außerdem haben sie auch im Umfeld von Lampertheim Kontakte zu rumänischen MigrantInnen, die sich dort niedergelassen haben, und zum erweiterten Netzwerk gehören.

In dem Fall der rumänischen Frauen hat die ZAPO die Forderung der Frauen, den Lohnbetrug ans Licht zu bringen und ihr Geld zu bekommen, unterstützt. Hier zeigt sich die Relevanz von Anlaufstellen, die Möglichkeiten aufzeigen und in rechtlichen Fragen beraten. Umso problematischer ist es, wenn Initiativen wie die ZAPO nicht weiter finanziert werden.

Fälle, in denen sich Migrantinnen gegen Lohnbetrug oder Diskriminierung wehren, gelangen nur selten in die Öffentlichkeit. Auch ohne gerichtliches Vorgehen gibt es viele Erfahrungen, wie sich Migrantinnen gegen schlechte oder ausbleibende Bezahlung, diskriminierende Behandlung und harte Arbeitsbedingungen zur Wehr setzen (vgl. Schultz 2001, 10).¹⁶ In dem hier beschriebenen Beispiel spiegelt sich der alltägliche Widerstand von Migrantinnen gegen rassistische Strukturen wider. Zugleich widerlegen die Frauen durch ihr Handeln vergeschlechtlichte und ethnisierte Konstruktionen. Dabei nutzen und schaffen sie Spielräume, um Definitions- und Gestaltungsmacht über ihre Lebensbedingungen zu erhalten.

Literatur

- Alt, Jörg (2003): Leben in der Schattenwelt. Problemkomplex »illegale« Migration, Karlsruhe
- Apitzsch, Ursula (2003): Migrationsbiographien als Orte transnationaler Räume. In: Apitzsch, Ursula; Janßen, Mechthild M. (Hrsg.): Migration, Biographie und Geschlechterverhältnisse, Münster, S. 65-80
- Balibar, Etienne (1992): Gibt es einen »Neo-Rassismus«? In: Balibar, Etienne; Wallerstein, Immanuel: Rasse, Klasse, Nation: Ambivalente Identitäten, Hamburg/Berlin, S. 23-38
- Bodjadzjev, Manuela; Karakayali, Serhat; Tsianos, Vassilis (2003): Papers and Roses. Die Autonomie der Migration und der Kampf um die Rechte. In: Buko (Hrsg.): radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke, Berlin/Hamburg/Göttingen, S. 196-208
- Bundesanstalt für Arbeit (2003): Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV). Jahresbericht 2002, Bonn
- Carrigan, Tim; Connell, Robert W.; Lee, John (1985): Towards a New Sociology of Masculinity. In: Theory and Society 5, pp. 551-604
- Castro Varela, Maria do Mar (2003): Zur Skandalisierung und Re-Politisierung eines bekannten Themas: »Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt«. In: Castro Varela, Maria do Mar; Clayton, Dimitria: Migration, Gender, Arbeitsmarkt. Neue Beiträge zu Frauen und Globalisierung, Königstein/Taunus, S. 8-29
- Connell, Robert W. (1999): Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten, Opladen
- Düvell, Frank (2003): Globalisierung und Migration. In: Attac-Gegenstimmen: Der stille Krieg gegen die Flüchtlinge. Globalisierung, Migration und die Festung Europa; bzw. Rosa-Luxemburg-Stiftung: www.rosaluxemburgstiftung.de/Einzel/arbeit2/duevell.pdf (11/2001)

16 Dennoch hier der Hinweis: Die Chancen, zumindest einen Teil des nicht gezahlten Lohns – auch bei fehlender Arbeits- oder Aufenthaltserlaubnis – zu erhalten, sind sehr gut. Informationen zur »Durchsetzung von Lohnansprüchen bei fehlender Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis« erhält man beim Polnischen Sozialrat e.V. oder im Internet unter www.respect-netz.de/pages/durchsetz.htm.

- Erel, Umut; Morokvasic, Mirjana; Shinozaki, Kyoko (2003): Introduction. Bringing gender into migration. In: Erel, Umut; Morokvasic, Mirjana; Shinozaki, Kyoko (Hrsg.): *Crossing Borders and Shifting Boundaries*, Vol I: Gender on the Move, Opladen, S. 9-22
- Farrokhzad, Schahrzad (2002): Medien im Einwanderungsdiskurs. Überlegungen zur Konstruktion der »fremden Frau«. In: *beiträge zur feministischen theorie und praxis*, Heft 61, S. 75-93
- Gümen, Sedef (1998): Das Soziale des Geschlechts. Frauenforschung und die Kategorie »Ethnizität«. In: *Das Argument* 224, S. 187-202
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (1999): Intellektuelle Migrantinnen – Subjektivitäten im Zeitalter von Globalisierung, Opladen
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (2003): Soziale Ungleichheit, Subjektivität und Arbeit. Zur Dreiecksbeziehung von Migration, Geschlecht und Gouvernamentalität. In: Apitzsch, Ursula; Jansen, Mechthild M. (Hrsg.): *Migration, Biographie und Geschlechterverhältnisse*, Münster, S. 81-94
- Hernandez, Berenice (2003): Mit halber Machete in die Kämpfe des Alltags. Lebensrealitäten und Überlebensstrategien von Migrantinnen. In: *Arranca – linke Zeitschrift*, Ausgabe 26. <http://arranca.nadir.org/artikel.php.3?nr=26&id=206>
- Hess, Sabine (2003): Gender im Wandel. Osteuropas Transformation als androzentrarisches Projekt. In: *Attac-Gegenstimmen: Der stille Krieg gegen die Flüchtlinge. Globalisierung, Migration und die Festung Europa*, S. 3-7
- Heubach, Renate (2002): Migrantinnen aus Mittel- und Osteuropa in ungeschützten Arbeitsverhältnissen. <http://www.expertbase.net/forum/reader>
- Hillmann, Felicitas (1997): »Neue Paradoxien« einer alten Geschichte oder »alte« und »neue« Migrationen in Europa. In: Danckwortt, Barbara; Lepp, Claudia (Hg.): *Von Grenzen und Ausgrenzung. Interdisziplinäre Beiträge zu den Themen Migration, Minderheiten und Fremdenfeindlichkeit*, Marburg, S. 9-18
- Huth-Hildebrandt, Christine (2002): Der Blick auf die fremde Frau. In: Rohr, Elisabeth; Jansen, Mechthild, M. (Hrsg.): *Grenzgängerinnen. Frauen auf der Flucht, im Exil und in der Migration*
- Huth-Hildebrandt, Christine; Lutz, Helma (1998): Geschlecht im Migrationsdiskurs. Neue Gedanken über ein altes Thema. In: *Das Argument* 1/2, S. 159-173
- Jäger, Margarete (1996): Fatale Effekte. Die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs, Duisburg
- Jungwirth, Ingrid (2003): Illegalisierung und Arbeit – ein feministischer Einsatz. <http://www.rechtauflegalisierung.de/text/ilarb.html>
- Kersten, Joachim (1997): Gut und (Ge)schlecht: Männlichkeit, Kultur und Kriminalität, Berlin/New York
- Koser, Khalid; Lutz, Helma (1998): *The New Migration in Europe. Contents, Constructions and Realities*. In: Koser, Khalid; Lutz, Helma (Hrsg.): *The New Migration in Europe. Social Constructions and Social Realities*, London/New York, S. 1-17
- Lutz, Helma (2001): Von Grenzen, Pässen und Rechten: Europäische Szenarien. In: *eurozine – the netmagazine*. <http://www.eurozine.com/article/2001-03-09-lutz-de.html>
- Moulier Boutang, Yann (2003): Nicht länger Reservearmee. Thesen zur Autonomie der Migration und zum notwendigen Ende des Regimes der Arbeitsmigration. In: *Attac-Gegenstimmen: Der stille Krieg gegen die Flüchtlinge. Globalisierung, Migration und die Festung Europa*, S. 18-23
- Morokvasic-Muller, Mirjana (2003a): Gender Dimensionen der postkommunistischen Migrationen in Europa. In: Apitzsch, Ursula; Jansen, Mechthild M. (Hrsg.): *Migration, Biographie und Geschlechterverhältnisse*, Münster, S. 143-171
- Morokvasic, Mirjana (2003b): Transnational mobility and gender: a view from post-wall Europe. In: Erel, Umut; Morokvasic, Mirjana; Shinozaki, Kyoko (Hrsg.): *Crossing Borders and Shifting Boundaries*, Vol I: Gender on the Move, Opladen, pp.101-133
- Notz, Gisela (2000): Grenzenlos flexibel? Antworten auf die Globalisierung. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): *Globalisierung und Geschlecht. Anforderung an feministische Perspektiven und Strategien*, Berlin, S. 82-96
- Ochse, Gabriele (1999): Migrantinnenforschung in der Bundesrepublik Deutschland und in den USA, Oldenburg
- Phizacklea, Annie (1998): Migration and Globalization: A Feminist Perspective. In: Koser, Khalid; Lutz, Helma (Hrsg.): *The New Migration in Europe. Social Constructions and Social Realities*, London/New York, S. 21-38
- Phizacklea, Annie (2003): Transnationalism, gender and global workers. In: Erel, Umut; Morokvasic, Mirjana; Shinozaki, Kyoko (Hrsg.): *Crossing Borders and Shifting Boundaries*, Vol I: Gender on the Move, Opladen, S. 79-100
- Pries, Ludger (1999): Neue Migration im transnationalen Raum. In: Pries, Ludger: *Soziale Welt, Transnationale Migration*, Berlin, S. 15-47

- Pühl, Katharina; Brensell, Ariane (2003): Hegemoniale Geschlechterverhältnisse im Neoliberalismus oder Geschlechterverhältnisse als neoliberale Hegemonie? In: Buko (Hrsg.): radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke, Berlin/Hamburg/Göttingen, S. 84-100
- Sassen, Saskia (1991): Mobilität von Arbeit und Kapital. In: Prokla. Migrationsgesellschaft, H. 83, S. 222-248
- Schultz, Susanne (2001): Thesen und Gliederung des Beitrags der RESPECT-Initiative Berlin, Rosa-Luxemburg-Stiftung: Arbeitsteilung unter Frauen – Migrantinnen in privaten Haushalten.
<http://www.rosaluxemburgstiftung.de/Einzel/rlsMigrantinnen.pdf>, S. 9-11
- Schwenken, Helen (2003a): Weltwirtschaft im trauten Heim. Arbeitsmigrantinnen in deutschen Haushalten und der Kampf um Arbeits- und Aufenthaltsrechte. In: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 63/64, S. 139-151
- Schwenken, Helen (2003b): Europäische Migrationspolitik – Möglichkeiten der Einflussnahme von Migrantinnen. In: Attac-Gegenstimmen (2003): Der stille Krieg gegen die Flüchtlinge. Globalisierung, Migration und die Festung Europa, S. 24-32
- Spindler, Susanne (2003a): Boxer und underdogs. Männlichkeit als situative Ressource. In: Bukow, Wolf-Dietrich; Jünschke, Klaus; Spindler, Susanne; Tekin, Ugur: Ausgegrenzt, eingesperrt und abgeschoben. Migration und Jugendkriminalität, Opladen, S. 71-89
- Spindler, Susanne (2003b): Geschlecht hinter Mauern. Zur Ordnung von Männlichkeiten durch Ethnisierung. In: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 63/64, S. 77-88
- Spohn, Margret (2002): Türkische Männer in Deutschland. Familie und Identität. Migranten der ersten Generation erzählen ihre Geschichte, Bielefeld
- Veth, Silke (2003): Doing the dirty work? The global politics of domestic labour. Beitrag zum gleichnamigen Workshop in Porto Alegre, Januar 2003
- Wichterich, Christa (2000): Gender matters. Zur Vergeschlechtlichung von Arbeit auf globalisierten Märkten. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Globalisierung und Geschlecht. Anforderungen an feministische Perspektiven und Strategien, Berlin, S. 13-36

Hartz und die Leit/dkultur Familie

Einleitung

Die Regierungspolitik des Wahlsommers 2002 brachte eine neue Dimension in die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Mit der so genannten Hartz-Kommission setzte sie nicht nur auf einen radikalen Umbau des Sozialstaates, sondern auch auf die Einbindung von Verbänden, der Wirtschaft und der Opposition. Die Gewerkschaften, insbesondere auch ver.di, ernteten von vielen Seiten wegen ihrer direkten Mitarbeit in der Kommission Kritik. Dies wirft auch die Frage auf, welche Rolle Gewerkschaften in Sozialfragen aktuell und künftig einnehmen sollten. Nach dem weiteren Verfolgen des Prozesses stellen wir aber eindeutig fest, dass eine Beteiligung auch in dieser »Kommissionspolitik« unerlässlich ist, weil hier – wie auch danach in der so genannten Rürup-Kommission – die »Philosophie« für Gesetzentwürfe und Regierungshandeln erarbeitet wird. Durch die Beteiligung in der Hartz-Kommission ist es nicht nur gelungen, die Sicht der Beschäftigten am Arbeitsmarkt in die Kommissionsarbeit, sondern auch Änderungen in Bezug auf das verwendete Familien- und Frauenbild in das Hartz-Konzept einzubringen. So ist die in letzter Minute untergebrachte Präambel zur Chancengleichheit, auf die nun in unseren Forderungen Bezug genommen werden kann, ein Verdienst von Isolde Kunkel-Weber, der ver.di-Vetreterin in der Kommission.

Betrachtet man das weitere Gesetzesverfahren, so war die Einbringung unserer Standpunkte in das Konzept unverzichtbar, denn die Verfahren und Fristen für Beratung und Verabschiedung der folgenden Gesetze wurden so gestaltet, dass kaum noch Gelegenheit zur gewerkschaftlichen Intervention gegeben war. Nachträgliche Änderungen der zu Grunde gelegten Philosophie wären unmöglich gewesen. Das erste und zweite Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz I und II), mit denen erste Deregulierungen eingeführt wurden, griffen die Grundhaltungen der Hartz-Kommission auf, allerdings nicht mehr mit der Hauptzielrichtung der Vermittlung von Arbeitslosen, sondern mit dem Ausgabensenkungsziel an vorderster Stelle. Hier hatte das gerade zusammengelegte BMWA (Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit) neben der Kommissionsarbeit entsprechend vorgearbeitet, ohne Inhalte bekannt zu geben. Was das Frauen- und Familienbild anbetrifft, so muss festgestellt werden, dass leider das aus dem Hartz-Konzept eigentlich entfernte konservative Familienbild in den Gesetzen wiederbelebt wurde. Daher sind nun Regelungen zu finden, die durchaus der »bevorzugten Vermittlung des Familienvorstandes« entsprechen, auch wenn das so im Gesetz nicht formuliert ist.

Bundesregierung und Kanzler setzten diese Politik in 2003 fort. Insbesondere mit der Regierungserklärung »Agenda 2010« vom 14. März 2003 wurde deutlich, dass mit Hartz I und II nur ein Anfang des Sozialabbaus gemacht wurde. Spätestens hier wurde deutlich, dass die so genannte Krise des Sozialstaates nicht nur finanzielle Gründe hat. Eine wesentliche Ursache liegt darin, dass der Grundkonsens über das, was der Sozialstaat leisten sollte, ins Wanken geraten ist und neu hergestellt werden muss. Wir dürfen uns daher bei der Betrachtung der Hartz-Kommissionsergebnisse und der folgenden Gesetze nicht in der Betrachtung der Einzelheiten verlieren, auch wenn gerade diese Einzelheiten Verschlechterungen für Frauen beinhalten, sondern müssen die gesamte sozialpolitische Entwicklung im Auge behalten. Die vom Bundeskanzler angekündigte Umsetzung »1 : 1« ist erfolgt, wenn auch nicht im Sinne einer buchstabengetreuen Übertragung des Hartz-Konzeptes in Gesetze, sondern eher im Sinne der Übernahme der darin enthaltenen und vorher beabsichtigten Grundgedanken.

Die aktuelle frauenpolitische Kritik an den Hartz-Gesetzen findet in ver.di im Wesentlichen zu drei Punkten statt.

1. Beschäftigte müssen sich heute in einem Dreieck von Anforderungen bewegen, wenn sie Beschäftigung wollen: Sie sollen sich wie Unternehmer verhalten, uneingeschränkte Verantwortung und Leistungsbereitschaft an den Tag legen und, wenn ihnen beides nicht gelingen sollte, Zumutbarkeiten hinnehmen, in der Stärke variierend entsprechend ihrer Bereitwilligkeit oder Fähigkeit, sich diesem Diktat unterzuordnen. Dieser Grundsatz wird im Hartz-Konzept entwickelt und in den folgenden Gesetzen umgesetzt. Im Folgenden beschreibe ich diese Anforderung entsprechend als »mehr Markt« für Arbeitslose.

2. Die aktuelle Arbeitsmarktpolitik verkehrt feministische Forderungen in ihr Gegenteil. Sie erkennt zwar Gemeinsinn und Familiensinn, das heißt einen erweiterten Arbeitsbegriff als Leistung an, wirkt jedoch darauf hin, dass Frauen, die dem vorgenannten Anspruch nicht genügen, im außerberuflichen Bereich verbleiben. Hier wird die Umsetzung eines konservativen Familienbildes besonders deutlich und das insbesondere, wo kein direkter Zusammenhang zum Hartz-Konzept gegeben ist.

3. Wir müssen die Forderung aufrechterhalten, dass Frauen an den Ausgaben des Staates angemessen zu beteiligen sind. Wer einen eigenen Beitrag zu den sozialen Sicherungssystemen leistet, muss auch einen entsprechenden Anspruch er- bzw. behalten. Dabei sind unbedingt auch die von Frauen erbrachten Familienleistungen zu honorieren.

Die Diskussion um den »modernen Sozialstaat«

Der moderne Sozialstaat soll in der sozialdemokratischen Tradition, der auch die Gewerkschaften in der Vergangenheit gefolgt sind, vor allem zwei Prinzipien gerecht werden: Dem Prinzip der Freiheit – unter Einschluss des Marktpinzips, das heißt des Rechts auf Privateigentum und auf Erwerbsfreiheit – und dem Prinzip des sozialen Ausgleichs. In Bezug auf das Marktprinzip wurde bisher der soziale Ausgleich unter dem Begriff »soziale Marktwirtschaft« gefasst, womit hier gemeint ist, dass Defizite, die der Markt hervorbringt, durch staatliches Handeln ausgeglichen werden müssen. Diese Prinzipien sind von den Bürgerinnen und Bürgern allgemein akzeptiert. Sie geraten aber zunehmend in die politische Auseinandersetzung, wobei die Kontroverse um Gerechtigkeitsvorstellungen um so heftiger wird, je schwieriger die wirtschaftliche und finanzielle Lage ist. Verschärfend kommt hinzu, dass notwendige Anpassungen aufgrund der deutschen Einheit solange unverändert in die Zukunft verschoben worden sind, bis in der Bevölkerung sozusagen ein Bedarf nach Änderung entsteht. Welche Änderungen erforderlich sind und geplant werden, spielt dabei anscheinend schon gar keine Rolle mehr, Hauptsache »die da oben tun endlich was«. So ist es für uns selbst in der innergewerkschaftlichen Diskussion oft schwer, ReformgegnerInnen und -befürworterInnen an einen Tisch oder unter einen Hut zu bringen.

In der gewerkschaftlichen Vorstellung müssen, um Gerechtigkeit zu erzielen, Freiheit (z.B. persönliche Entscheidungsfreiheit und Eigentumsrechte) und sozialer Ausgleich in einem bestimmten Verhältnis zueinander stehen, damit wirkliche Chancengleichheit ermöglicht wird. Dies muss – je nach aktuellen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen – ausgehandelt werden. In der aktuellen sozialpolitischen Debatte äußert sich diese Auseinandersetzung in zwei wesentlichen Punkten: Zum einen wird darüber gestritten, in welchem Verhältnis »Markt« und »Staat« zueinander stehen sollen: Wer sollte und wer kann welchen Teil zufrieden stellend ausfüllen? Zum anderen geraten die von den Bürgerinnen und Bürgern als sozial gerecht empfundenen Prinzipien von Eigenverantwortung und Mindestsicherung in ein wachsendes Spannungsverhältnis zueinander. In dem Maße aber, in dem dabei Gegensätze errichtet werden, die nicht geschlechtsspezifisch sind – z.B. Arbeitslose und »Arbeitsplatzbesitzer« oder Alte und Junge – wird der politische Blick auf die unterschiedliche Wirkung auf Frauen und Männer verschleiert. Dies kann eine der beabsichtigten Wirkungen im Hartz-Konzept gewesen sein. Trotz der Präambel zur Chancengleichheit kommen Männer und Frauen in ihren jeweiligen Lebensbezügen im Text nicht vor. Differenzierte Betrachtungen und Lösungen werden nicht gegeben. In unserer Diskussion fanden wir dieses Ergebnis jedoch immer noch besser als die »bevorzugte Vermittlung des Familienvorstandes«, weil diese Formulierungen wenigstens Ergebnisoffenheit beinhalten.

In der sozialpolitischen Praxis geht es aber nicht nur darum zu definieren, worin soziale Gerechtigkeit besteht und wann sozialer Ausgleich in ausreichendem Maße ausgeübt wird. Bezogen auf Chancengleichheit für Frauen (im Sinne der Erreichung von gleichen Ausgangs- und Beteiligungsbedingungen für Frauen und Männer) ist unter anderem festzustellen, wie dieser Verteilungskompromiss zwischen Frauen und Männern aussieht und welche Wertvorstellungen unter aktuellen Gegebenheiten die Oberhand gewinnen. Herrscht wieder eine männliche Arbeitsethik vor, die – abgeleitet von der angeblich natürlichen Bestimmung der Frauen – Frauen zur Hausarbeit dienstverpflichtet und gleichzeitig die Rechte von Frauen und den Zugang zum Arbeitsmarkt einschränkt? Oder sollen Männer und Frauen sich die gesellschaftlich notwendige Arbeit aufteilen, was gleichbedeutend wäre mit gleichen Zugangsrechten für Frauen zur bezahlten Erwerbsarbeit und der gleich verteilten Pflicht zur Hausarbeit? »Markt« und »Staat« haben in diesem Verteilungskontext eine wesentliche Bedeutung, indem Verteilungsgerechtigkeit, das heißt für uns Chancengleichheit, entweder »marktvermittelt« oder »sozialstaatlich organisiert« erreicht werden soll.

In Bezug auf die Lebenslagen von Frauen haben Frauen in den Gewerkschaften schon vor langer Zeit festgestellt, dass ein Ausgleich durch sozialstaatliche Maßnahmen erforderlich ist, um für Frauen vergleichbare Lebenslagen wie für Männer herzustellen – auf jeden Fall so lange, wie Gleichberechtigung noch nicht umgesetzt ist.

In der aktuellen Arbeitsmarktpolitik stellen wir fest, dass an dieser Schraube leider nicht in eine geschlechtergerechte Richtung gedreht wird. Die folgenden Anmerkungen werden zeigen, dass das Gegenteil der Fall ist. Frauen müssen sich erneut zwischen Familie und Beruf entscheiden. Ihnen bleibt die Wahl, entweder einer männlichen Erwerbsbiografie zu folgen, um finanziell und sozial eigenständig abgesichert zu sein, oder Kinder zu haben, weniger oder gar nicht erwerbstätig und damit weniger oder gar nicht sozial abgesichert zu sein.

»Mehr Markt« in der Sozialpolitik

Eine gesellschaftliche Debatte dazu ist auch aus der Sicht der Gewerkschaften zu führen: Wir müssen eine neue Verständigung darüber erzielen, wie unser volkswirtschaftliches Leistungspotenzial wieder in Gang gesetzt werden kann und wie es verteilt wird, damit eine gleichberechtigte Beteiligung für Männer und Frauen möglich wird. Aktuell stellen wir aber fest, dass es als Lösungsansatz eine gegenläufige Entwicklung gibt, die erneut hin zu Wertvorstellungen führt, die wir längst überwunden geglaubt haben, die Frauen benachteiligen, stärkere Abhängigkeit in der Familie und weniger eigene soziale Absi-

cherung beinhalten und gleichzeitig dafür sorgen, dass Frauen dem »Markt« – z. B. dem Arbeitsmarkt – ungeschützter als bisher gegenüberstehen.

Die Philosophie des Hartz-Konzeptes setzt als Politik für den Arbeitsmarkt das Prinzip des »Fördern und Fordern«, der Leistung und Gegenleistung als Priorität ein. Dabei bedeutet »Fördern«, dass das Jobcenter alles Erforderliche zu unternehmen und zur Verfügung zu stellen hat, um Arbeitssuchende in Arbeit zu bringen. »Fordern« steht einerseits für Leistungsbereitschaft und Mobilität der Arbeitssuchenden und andererseits für das Einfordern und Akzeptieren der eingangs beschriebenen Zumutbarkeiten. Das Hartz-Konzept verlangt auf diese Weise »mehr Markt« für Arbeitslose – und das, obwohl Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsvermittlung notwendig sind, weil für einen Teil des Arbeitsmarktes (insbesondere für die weiblichen Arbeitslosen) »der Markt« nachweislich nicht funktioniert hat, und obwohl wir wissen, dass Frauen aufgrund ihrer Situation in Beruf und Familie von »mehr Markt« benachteiligt werden. Um dieses Ziel »Mehr Markt für Arbeitslose« zu erreichen, werden in den folgenden Gesetzen Hartz I und II aber nicht vorrangig die Rahmenbedingungen für die Arbeitssuchenden verbessert. Vielmehr wird entweder der Druck auf sie erhöht, damit sie sich besser einfügen, z.B. durch verschärfte Zumutbarkeitsregeln, oder mit neuen Sätzen für die Partnereinkommensanrechnung neue Abhängigkeit erzeugt und durchgesetzt. Letzteres hat zur Konsequenz, dass mehr Frauen als bisher aus der Arbeitslosenstatistik fallen, nicht mehr vermittelt werden müssen und so »dem Markt« außerhalb der Vermittlung durch das Arbeitsamt – sozusagen ohne die schützende Zwischenschicht der Arbeitsvermittlung und der sozialen Absicherung – gegenüber treten müssen. Damit kann wiederum die Theorie von »mehr Markt« realisiert werden, indem die so ungeschützten Frauen der Allokation der Löhne ausgesetzt sind. Wer keine Arbeitslosenhilfe und keine Vermittlung erhält, ist eher gezwungen, prekäre Beschäftigung anzunehmen oder durch »freiwilligen« Ausstieg das System zu verlassen.

Dass diese Art von »Mehr Markt in der Sozialpolitik« eine Gesamtstrategie ist, wird auch an anderen Stellen der sozialen Sicherung sehr deutlich. Ein Ausflug in die Gesundheitspolitik zeigt, dass auch hier nicht die Leistungen des Systems optimiert werden, sondern dass bei unverändertem System finanzielle Stellschrauben benutzt werden, um die Arbeitskosten für Unternehmen zu senken und diese den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aufzubürden. »Mehr Markt« erreichen die neuen Konzepte dadurch, dass die Beschäftigten sich dann entscheiden können, wo sie sich gegen höhere Arzt- und Arzneimittelkosten und gegen den Ausfall des Krankengeldes privat versichern wollen. Ähnliches ist in der Rentenpolitik zu beobachten. Hier wird deutlich, dass Frauen mit ihren Familienleistungen eine gesellschaftlich notwendige Leistung erbringen, für die selbst das Verfassungsgericht einen Ausgleich als gerechtfertigt ansieht, der aber ebenfalls nicht mehr gesellschaftli-

cher Konsens zu sein scheint. Das sieht so aus: In der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten Frauen einen solidarischen Ausgleich für ihre spezifischen Lebenslagen, beispielsweise die Höherbewertung von Kindererziehungszeiten und gleiche Rentenzahlungen bei gleichen Beiträgen wie Männer (der so genannte Unisex-Tarif). In den privaten und betrieblichen Rentenversicherungsformen fehlen wesentliche Teile dieses Ausgleichs, weil das der Versicherungsmarkt der privaten und betrieblichen Renten nicht von selbst hergibt, sondern durch Zusatzbeiträge erkaufte werden müsste. Eine solidarische Umverteilung zwischen Männern und Frauen wie in der gesetzlichen Rente hat der Gesetzgeber hier nicht vorgegeben. Deshalb findet sie auch nicht statt. Die geplante Besteuerung von Altersrenten wird zudem viele Frauen mit niedrigen Renten und entsprechender Steuerklasse in Zukunft davon überzeugen, dass der Aufwand für eine eigene Rente zu groß wird.

Der politisch anscheinend gewollte »Ausweg« für diesen Personenkreis der Aussteigerinnen ist schon da und wurde in der Agenda 2010 gleich mitgeliefert. Denn gleichzeitig bietet die Bundesregierung stark ausgeweitete Möglichkeiten der sozialversicherungsfreien Beschäftigung an: Minijobs für den privaten Haushalt, die Ausweitung der Verdienstgrenze für geringfügige Beschäftigung auf 400 € und Einführung der so genannten Gleitzone bis 800 € im Monat. Zusätzlich besteht die Möglichkeit eines nicht versicherten Nebenjobs. Durch Kombination können monatliche Einkünfte bis zu 1.000 € und darüber erzielt werden, ohne dass dafür eine volle soziale Absicherung gewährleistet ist. Weiterhin soll das Modell der »Ich AG« Arbeitslosen mit Unterstützung durch das Arbeitsamt den Weg in die Selbstständigkeit eröffnen, allerdings auch hier ausgerichtet auf niedrige Verdienste und sogenannte einfache Dienstleistungen.

Wir als Gewerkschaft erwarten, dass aufgrund dieser Entwicklung sehr viele noch versicherte Beschäftigungsverhältnisse in sozialversicherungsfreie oder scheinselbstständige Arbeitsplätze umgewandelt werden. Beispiele für diese Ausweitung sind die Dienstleistungsberufe, in denen hauptsächlich Frauen beschäftigt sind, z.B. in Haushalts- und Pflegediensten, in der Gebäudereinigung, bei Sicherheitsdiensten und im Handel. Auch Ministerin Renate Schmidt hat zum In-Kraft-Treten der neuen Geringfügigkeitsregelung zum 1. April 2003 darauf verwiesen, dass Frauen die Zielgruppe auf beiden Seiten darstellen und sowohl die Minijobs im Haushalt in Anspruch nehmen als auch als Beschäftigte selbst ausführen. Ein neuer Arbeitsmarkt also, sozialversicherungsfrei – speziell für Frauen.

Wir begegnen hier dem alten Modell der »Wahlfreiheit« für Frauen im neuen Gewand der Hartz-Kommission: Der sozialpolitische Ausgleich wird mit dem Verweis auf die Notwendigkeit von »mehr Markt« immer weiter zurückgedrängt, indem Leistungen der Sozialversicherung, und hier speziell der Arbeitslosenversicherung, so gestaltet werden, dass für sie der wirtschaftliche

Zwang, sich dem Markt zu stellen, zunimmt. Der Grundsatz der Geschlechtergerechtigkeit im Sinne einer gleichmäßigen Verteilung zwischen Frauen und Männern bleibt dabei auf der Strecke.

Allenfalls könnte man hier noch – wie es die SPD in ihrem Leitantrag vom 1. Juni 2003 zur Agenda 2010 formuliert hat – von »Möglichkeiten, an Bildungschancen und am Erwerbsleben teilnehmen zu können« sprechen, wenn es um »ein neues Verständnis des Sozialstaates« geht. Wenn dann gleichzeitig noch die Ausweitung der Erwerbsquote von Frauen als Erfüllung des europäischen Auftrages zur Beschäftigungsförderung in den Vordergrund gestellt, aber mit sozialversicherungsfreier Beschäftigung geantwortet wird, dann wird der Zugang zur eigenständigen existenziellen Sicherung ein Kriterium des beruflichen Erfolges und des Erfolges des Unternehmens, in dem frau beschäftigt ist – ganz ähnlich wie in den USA. »Mehr Markt« eben!

Neue Abhängigkeiten für Frauen

Kommen wir nun noch zu einigen Einzelheiten in der Hartz-Gesetzgebung, die diese Sichtweise verdeutlichen. Ein Punkt, der uns im letzten Jahr frauenpolitisch sehr beschäftigt hat, war die so genannte »familienfreundliche Quickvermittlung«, die laut den Vorentwürfen dafür sorgen sollte, dass »der Familienvorstand bevorzugt zu vermitteln« sei. Die ist zwar in der damaligen Form vom Tisch, indem sie durch einen Vorrang für »Arbeitslose, die besondere Verantwortung für abhängige betreuungsbedürftige Personen oder Familienangehörige tragen« ersetzt wurde. Das klang sogar sehr frauenfreundlich, weil sie Arbeitslose umfasste, die Kinder oder pflegebedürftige Personen betreuen. Aber der alte Inhalt begegnet uns heute in der Realität wieder, indem zu Einsparzwecken bei der Zuständigkeit der Jobcenter in »arbeitsmarktnahe« und »arbeitsmarktferne« Arbeitssuchende unterschieden wird und die Vermittlung, die Integration durch Zeitarbeit und aktive Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik (Arbeitsförderung) auf diejenigen konzentriert werden, bei denen das größte Einsparpotenzial erzielbar ist. Selbstverständlich sind das vollzeitbeschäftigte und besser verdienende Männer. Der Familienstand spielt dabei insofern noch eine Rolle, dass Alleinverdiener mit dem höheren Nettoverdienst aufgrund der entsprechenden Steuerklasse vielleicht zuerst vermittelt werden. Aber in der Vermittlungspriorität entsprechend der Hierarchie des Einsparens folgen dann nicht die Frauen mit Kindern, sondern die Arbeitslosen mit den höheren Verdiensten. Der Grundsatz der Frauenförderung ist damit ausgehebelt.

Für Frauen, die in der Regel geringer verdienen, in Teilzeit arbeiten und unterbrochene Erwerbsverläufe haben, führt der Weg stärker und schneller in die Abhängigkeit, und zwar in erster Linie durch die verschärfte Anrechnung bei

den Partnerschaftseinkommen. Schon vor der Neuregelung der Anrechnungsvorschriften zum 1. Januar 2003 erhielten nach einer Veröffentlichung des BMWA nur 22 Prozent aller arbeitslos gemeldeten Frauen Arbeitslosenhilfe, aber insgesamt 40 Prozent keine Lohnersatzleistung aufgrund der Partnereinkommensanrechnung. Diese Zahl wird noch ansteigen und damit mehr Frauen auf das nicht mehr funktionierende Modell der »Versorgerehe« verweisen. Nach Berechnungen des BMWA werden aufgrund der nun verschärften Partnereinkommensanrechnung im ersten Halbjahr 2003 ca. 160.000 Personen ihren Anspruch auf Arbeitslosenhilfe verlieren, und zwar deutlich mehr Frauen als Männer – nämlich zwei Drittel. Damit verbunden ist wiederum die schon erwähnte Regel, die im übrigen durch interne Anweisung, nicht durch Gesetz eingeführt wird, dass dort, wo das Arbeitsamt durch Vermittlung keine Einsparung erzielen kann, auch keine Vermittlung mehr stattfinden soll. Ver.di fordert deshalb, dass es keine Diskriminierung von Nicht-Leistungsempfängerinnen in den Jobcentern geben darf.

Beim aktuell vorbereiteten Arbeitslosengeld II (Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe) ist rein theoretisch eine positive Aussicht zu vermelden: Nach einer Berechnung des Bundes deutscher Juristinnen werden etwa 450.000 arbeitslos gemeldete SozialhilfeempfängerInnen, die bisher ohne Anspruch auf Leistungen nach dem SGB III waren, nun Zugang zu der Vermittlung durch das Jobcenter haben. Aber wie gesagt: Leider nur rein theoretisch, denkt man an die bereits beschriebenen Vorschriften. Schwerer wiegt, dass schätzungsweise 360.000 Haushalte mit insgesamt 930.000 Langzeitarbeitslosen ab 2004 gar keine Leistung mehr erhalten.

Bedenkt man, dass laut der Bundesanstalt für Arbeit vom September 2002 85 Prozent der Frauen mit Arbeitslosenhilfebezug weniger als 600 € im Monat erhalten und 20 Prozent weniger als 300 € im Monat, so ist auch klar, dass von weiteren Kürzungen ebenfalls Frauen überdurchschnittlich betroffen sein werden. Ein großer Teil der Langzeitarbeitslosen wird aber gar keine Leistungen mehr erhalten, z.B. weil Vermögen in Form von Altersvorsorge vorhanden ist und angerechnet wird, oder weil die Zumutbarkeitsregelungen nicht erfüllt wurden. Ein kleiner Teil wird in die Grundsicherung abwandern, weil keine Erwerbsfähigkeit vorliegt. Insgesamt verlieren diese Haushalte Einkommen in Höhe von 2,6 Milliarden € (Berechnung ver.di Bereich Wirtschaftspolitik) – womit wir wieder beim wirtschaftlichen Zusammenhang wären.

Die Bundesregierung entscheidet hier also, Transfereinkommen zu streichen, von dem klar ist, dass es direkt in den Konsum fließen und die Binnennachfrage erhöhen würde – was wir in Deutschland dringend brauchen, wenn Wirtschaftswachstum angeregt werden soll. Dies ist eine der Sparmaßnahmen, die die Agenda 2010 vorsieht, um die aktuell geplanten Steuersenkungen zu kompensieren, mit denen angeblich die Investitionen der Unternehmen angekurbelt und Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Ein Trugschluss!

Im ver.di-Bereich Wirtschaftspolitik wurde berechnet, dass damit etwa 1 Prozentpunkt des Bruttoinlandsprodukts in 2003 und 0,2 Prozentpunkte in 2004 verloren gehen werden, was gleichbedeutend ist mit dem Verlust von weiteren 100.000 Arbeitsplätzen.

Diesen Abbau der sozialen Sicherung setzt die Bundesregierung an anderen Stellen der Sozialpolitik und in der Gemeindefinanzreform fort: Aus der Rürup-Kommission verlautet, dass das Rentenniveau gesenkt, das Renteneintrittsalter erhöht und Renten künftig nachgelagert besteuert werden sollen. Wichtige Leistungen des Gesundheitssystems wie Zahnersatz und Krankengeld sollen privatisiert, das heißt durch alleinige Beiträge der Versicherten getragen werden. In der Gemeindefinanzreformdebatte spielte eine wesentliche Rolle, dass die Gemeinden durch die Regelungen nach dem Hartz-Konzept künftig von dem stark belastenden Posten der Sozialhilfeleistungen weitgehend entlastet werden sollten, um damit andere kommunale Leistungen finanzieren zu können, die ansonsten nicht mehr erbracht werden könnten. Das Herzstück der Agenda 2010 ist aber im Grunde die Steuerreform, die insbesondere bei höheren Einkommen (durch Senkung des Spitzensteuersatzes) Vergünstigungen bringt. Unsere gewerkschaftliche Schlussfolgerung ist, dass hier Umverteilung »von unten nach oben« stattfindet: Eingespart wird bei Menschen in schwierigen sozialen Lagen, verbessert wird bei denen, die sich im Arbeitsprozess befinden und insbesondere bei denen, die zu den Besserverdienenden gehören. Die anfänglich gestellte Frage, wo Markt und Staat sich treffen müssen, um Chancengleichheit herzustellen, muss demzufolge dahingehend beantwortet werden, dass die Ergebnisse, die der Markt produziert, aktuell unterstützt werden. Der vom Staat geleistete Ausgleich zur Herstellung von Chancengleichheit (u.a. auf dem Arbeitsmarkt) wird gleichzeitig zurückgedrängt. Stattdessen werden Arbeitslose, die auf dem Arbeitsmarkt in der schlechteren Position sind als Beschäftigte, einem Anspruch nach »mehr Markt« im Arbeitsamt gegenübergestellt, Frauenförderung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie werden durch verstärkte Benutzung dieses Gegensatzpaares »Beschäftigte/Arbeitslose« aus dem Blickfeld gezogen, und die unterschiedlichen Wirkungen auf Frauen Männer werden mit den Maßnahmen gestärkt, nicht gemildert.

Perspektiven

In ver.di vertreten wir nicht nur in der Frauen- und Gleichstellungspolitik die Auffassung, dass das nicht nötig ist, um finanzielle Lücken zu schließen und die politische Zukunftsdebatte in eine positive Richtung zu entwickeln. Es gibt Alternativen, die durch neue wirtschaftliche Impulse auch eine genderechte Entwicklung voranbringen können. Es gibt Möglichkeiten, dem Wandel der

Erwerbsgesellschaft mit ihrer flexiblen Arbeitsgestaltung und dem raschen technologischen Wandel zu entsprechen, nicht indem Sozialabbau betrieben wird, sondern indem eine neuartige Sicherung der qualifizierten Arbeitskraft eingeführt wird. Die Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen sollte nicht mit sozialversicherungsfreier Beschäftigung herbeigeführt werden. Nur in Form versicherter Vollzeit- und Teilzeitarbeit kann sie zur Stabilisierung der Sozialkassen und des Generationenvertrages beitragen. Mit alternativer Finanz- und Wirtschaftspolitik, z. B. einer reformierten Vermögens- und Erbschaftssteuer sowie Gewerbeertragssteuer, sind neue finanzielle Perspektiven zu eröffnen, den Gemeinden bessere Finanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen und dem Staat als Alternative zur reinen Sparpolitik neue Einnahmequellen zu erschließen. Wir brauchen in Deutschland eine andere Politik, die aber nicht in Sicht ist. Im Gegenteil. Mit den geplanten Gesetzen Hartz III und IV (Umbau der Bundesanstalt für Arbeit und Einführung von Arbeitslosengeld II (ALG II) anstelle von Arbeitslosen- und Sozialhilfe) soll das Problem frei nach dem Motto »das gleiche Rezept, nur in erhöhter Dosis« durch weitere Einsparungen gelöst werden. Das ALG II wird die Abschaffung der beitragsabhängigen Arbeitslosenhilfe bedeuten. Obwohl der Konsens im Hartz-Konzept ausdrücklich lautete, dass keine substanziellen Leistungskürzungen durchgeführt werden sollten, wird sich – soweit jetzt erkennbar – die Bundesregierung nicht daran halten und eine bedürftigkeitsabhängige und bundesstaatlich finanzierte Sozialleistung für Erwerbsfähige einführen. Es ist zu erwarten, dass durch die bedürftigkeitsabhängige Gestaltung des ALG II noch mehr Frauen aus dem System ausgegrenzt werden. Diese weitere Entwicklung wird ver.di ebenfalls kritisch begleiten. Deutlich muss dazu schon heute gesagt werden, dass im Hartz-Konzept dazu unsere Zustimmung nicht erteilt wurde.

Der Umbau des Sozialstaates und seine Folgen für Frauen

Deutschland hat ohne Zweifel in vielfältiger Weise Bedarf an Reformen. Gerade für Frauen ist dies sichtbar. Wir haben nicht umsonst die niedrigste Geburtenrate in Europa, haben den mit Abstand geringsten Anteil an Frauen in Führungspositionen, die wenigsten Angebote für Kinderbetreuung, eine große Frauenaltersarmut ... In all diesen Bereichen sind Reformen von zentraler Bedeutung. Die Problematik scheint erkannt zu sein, zumindest bestätigen alle Sonntagsreden dies.

Da sich die Bundesregierung gerade im Reformfieber befindet, könnte man davon ausgehen, dass gerade in Fragen der Bekämpfung der Diskriminierung von Frauen größte Anstrengungen unternommen werden. Dies wird durch die an sich positive Deutung des Begriffes »Reform« unterstrichen.

Welche Entwicklung wird prinzipiell sichtbar?

Das Wort »Reform« hat seine Bedeutung gänzlich verändert: Es wurde zum Synonym für den Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung und der Privatisierung der sozialen Daseinsfürsorge. Der so genannte Umbau des Sozialstaates ist in der Realität ein klarer Abbau. So sollen zum Beispiel die Kürzungen beim Arbeitslosengeld und die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe jährlich etwa 4,5 Mrd. € sparen; dies entspricht der Steuerersparnis durch die Steuerreform beim Spitzensteuersatz.

Parallel zu diesen und weiteren Einschnitten (Streichungen beim Krankengeld, Praxisgebühren, Privatisierung der Zahnbehandlungen...) ist die Zahl der Millionäre jedoch allein im Jahr 2002 um 25.000 auf 955.000 gestiegen. So kommt heute auf fünf Arbeitslose ein Millionär (die dazu noch zumeist männlichen Geschlechts sind).

Was können Alternativen sein?

Soziale Gerechtigkeit ist modern! Dies ist nicht nur aus solidarischen Aspekten richtig. Es hat sich in der Vergangenheit bewiesen, dass ein relativ hohes Lebensniveau breiter Schichten auch die Produktivität und Wirtschaftlichkeit erhöht. Ein Abbau des Sozialstaates verstößt demzufolge nicht nur gegen das verfassungsmäßige Sozialstaatsprinzip, sondern auch gegen die wirtschaftliche Vernunft.

In diesem Zusammenhang spricht es eben nicht nur für Gerechtigkeit, sondern auch für ökonomische Vernunft, Frauen nicht weiter zu benachteiligen. Alles, was die Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft erhöht, zahlt sich am Ende für diese aus. Und Frauen tun dies ohne Zweifel. Es kann also auch aus wirtschaftlicher Perspektive kein Weg sein, Frauen vor allem in prekäre Beschäftigungsverhältnisse abzudrängen, denn damit bleibt die Hälfte des gesellschaftlichen Entwicklungspotenzials ungenutzt.

Wie kann ein Sozialstaat finanziert werden?

Die aktuellen Diskussionen sind von der Feststellung geprägt, dass der Sozialstaat in seiner jetzigen Form nicht mehr finanzierbar ist. Dies ist in einer Zeit von Massenarbeitslosigkeit ohne Zweifel richtig. Im Moment werden die Kosten dieser Arbeitslosigkeit überwiegend auf die Sozialsysteme, vor allem Kranken- und Rentenversicherung, abgewälzt. Damit können diese überhaupt nicht finanzierbar bleiben.

Nicht nur ich bin der Meinung, dass breite Reformbemühungen notwendig sind, um die Sozialsysteme lebensfähig zu halten. In der Frage des »Wie« läuft die scheinbare Alternativlosigkeit jedoch völlig an den Realitäten vorbei.

In Deutschland liegt der Anteil der Steuern auf Vermögen, Erbschaften und Grundeigentum an der gesellschaftlichen Wertschöpfung bei 0,9 Prozent (im Vergleich dazu liegt er in den USA bei 3,1 Prozent, in Großbritannien bei 3,9 Prozent und in Frankreich bei 3,2 Prozent). Das heißt: In Deutschland ist der Anteil der Steuern, die auf reines Vermögen, welches nicht automatisch Investitionen dient, erhoben werden, unverhältnismäßig gering. Deutschland kann in diesem Zusammenhang als Niedrigsteuerland bezeichnet werden.

Das Steueraufkommen wird demzufolge zu seinem größten Teil von abhängig Beschäftigten erbracht. Noch vor 25 Jahren war der Anteil der Lohnsteuern noch genauso groß wie der an Gewinnsteuern (30 Prozent). Heute liegt dieser Anteil bei 35 Prozent zu 15 Prozent zugunsten der Lohnsteuern.

Die geringe Besteuerung der Vermögen und die damit zusammenhängende stärkere von Einkommen bevorteilt Männer, da diese einen deutlich höheren Anteil an diesem Reichtum besitzen.

Ich bin der Meinung, dass (nachhaltiges) Wachstum nur dann erreicht werden kann, wenn die Einkommen Konsum erlauben. Bei wachsender Produktion müssen im gleichen Maße Arbeitszeiten verkürzt werden. Dies ist im Übrigen auch für Frauen von besonderer Bedeutung: Gerade für diese ist die Neuverteilung von Arbeit eine große Chance und ein unbedingtes Erfordernis. Diese hätten deutlich leichter die Chance, Erwerbsarbeit mit Erziehungsleistungen zu verbinden, und Entwicklungschancen im Beruf wären nicht nur über den hohen Preis der Kinderlosigkeit zu erreichen. In dem Moment, wo

sich in der Regel Frauen nicht mehr entscheiden müssen zwischen »ganz oder gar nicht«, wird die Geburtenrate und die Lebenszufriedenheit steigen. Auch Männer würden von einer Arbeitszeitverkürzung profitieren, indem sie Freiräume für Privates eröffnen. Das Leben wäre für alle Beteiligten lebenswerter. Zugleich würde mit einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung bei gleichzeitigem Ausbau der Kinderbetreuung Arbeit gerecht verteilt und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt abgebaut werden. Zusätzlich würden neue Arbeitsplätze geschaffen.

Senkung der Lohnnebenkosten

Eine Senkung dieser ist auf den ersten Blick natürlich von allen zu begrüßen. Praktisch stellt sich natürlich die Frage: Wo werden die fehlenden Mittel eingespart? Hier sehen die meisten Konzepte Ausgaben- über Leistungskürzungen vor, die zu einer realen Einkommenskürzung führen.

An diesem Beispiel lässt sich der Teufelskreis aus niedrigen Löhnen, wachsender Arbeitslosigkeit und steigenden sozialen Lasten deutlich machen. Diesen kann der einseitig neoliberale Kurs nicht auflösen, er wird diese Spirale weiter beschleunigen. Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) gehen den Sozialkassen durch die neuen Mini- und Midi-Jobs jährlich 327 Mio. Euro verloren. Die 1,2 Mio. Mini-Jobs sind dabei vor allem auf die Umwandlung regulärer Vollzeit-Beschäftigungsverhältnisse in Mini-Jobs zurückzuführen. Von dieser Deregulierung von Beschäftigungsverhältnissen sind Frauen in besonderem Maße betroffen; insbesondere Verkäuferinnen und Kellnerinnen arbeiten zunehmend auf Mini-Job-Basis.

Dabei hat das Beispiel Ostdeutschland sehr eindrucksvoll bewiesen, dass ein ausgeprägter Niedriglohnbereich nicht automatisch zu mehr Beschäftigung führt.

Eine Alternative für die Schaffung neuer (Frauen-)Arbeitsplätze scheint die Beschäftigung in Privathaushalten zu sein, für die ein steigender Bedarf angenommen wird. Diesen echten Bedarf bezweifle ich. Mit einer Ausnahme: Die Pflege von Kindern und Alten. Die Pflege und Betreuung von Angehörigen jedoch als gesellschaftlich gewolltes Beschäftigungsfeld für Frauen zu definieren, birgt Gefahren in sich. Diese eindeutige Zuschreibung der Zuständigkeit von vor allem Schwieger-/Töchtern bei der Pflege nimmt diesen Wahlmöglichkeiten und schränkt damit die Entscheidungsfreiheit von Frauen ein. Gerade hier ist es notwendig, den Frauen (und Männern) Alternativen zu bieten. Auch der oft gepriesene Dienstleistungssektor ist kritisch zu betrachten. Schon heute sind die Löhne hier oft nur unwesentlich über dem Sozialhilfeniveau – z. B. bei Frisörinnen.

Wie kann Arbeit gerechter verteilt werden?

Für mich heißt das Gegenmodell zu neoliberalen Umbauprozessen Arbeitszeitverkürzung. Und diese ist möglich, wenn man sich die Fakten anschaut: Die Zahl der gesamtgesellschaftlich geleisteten Arbeitsstunden sank von 1994 an um 3,3 Prozent, die Brutto-Wertschöpfung stieg im gleichen Zeitraum um 18,5 Prozent.

In diesem Zusammenhang wären von besonderer Bedeutung: Gesetzliche Maßnahmen gegen Lohndumping (mit gesetzlichem Mindestlohn) und die Sicherung des Flächentarifvertrages. Dies hat gerade für Frauen eine zentrale Bedeutung, denn sie sind in erster Linie im Niedriglohnbereich tätig und im besonderen Maße vom Aufkündigen von Tarifverträgen betroffen. Alle bisherigen Untersuchungen zeigen eindrucksvoll, dass Frauen nur durch einen starken Tarifvertrag vor einer noch stärkeren Diskriminierung geschützt sind.

Ebenso wie Einkommen müssen auch Lohnersatzleistungen vor Armut schützen. Arbeit um jeden Preis anzunehmen fördert die Ausbeutung der ohnehin schon Ausgegrenzten und öffnet der Niedriglohnökonomie Tür und Tor. Dies betrifft in erster Linie Frauen.

Die Verhinderung eines Niedriglohnbereichs ist auch unter dem Gesichtspunkt von Bedeutung, dass Armut und damit soziale Benachteiligung vererbt wird. Über 7 Mio. (ca. 9 Prozent) der Bevölkerung sind arm. Den 30 Prozent der Haushalte, die am unteren Ende der Vermögen angesiedelt sind, gehört ein Hundertstel des Gesamtvermögens. Den oberen 10 Prozent hingegen über zwei Fünftel. Die aktuellen Reformprogramme begünstigen das obere Fünftel.

Was heißt Sozialpolitik für Frauen?

Frauen werden bis heute in der Sozialpolitik über Männer definiert: als Ehefrauen, Töchter, Hinterbliebene, Verlassene. Der Gipfel der patriarchalen Sozialpolitik ist die Subventionierung der Hausfrauenehe über das Ehegattensplitting. Auch das geltende Krankenversicherungssystem favorisiert dieses Modell, denn Ehefrauen ohne Einkommen werden von der Allgemeinheit mitfinanziert.

Die traditionelle Sozialpolitik geht nach wie vor von einem Modell männlicher, vollzeitiger Erwerbstätigkeit aus und bezieht Frauen, die (zumindest vorübergehend) nicht erwerbstätig sind, (meist) nur über die traditionelle Ehe ein.

Die ungleiche Verteilung von bezahlter Arbeit trägt immer mehr zur Spaltung in Arme und Reiche bei.

Das bedeutet:

- Die Sicherung des Lebensstandards jetzt und im Alter wird zunehmend

erschwert. Besonders die ökonomische Unterversorgung allein Erziehender nimmt im erschreckenden Ausmaß zu.

- Die Rechtsansprüche, um im sozialen Netz aufgefangen zu werden, setzen meist eine kontinuierliche Berufstätigkeit voraus. Eine Bedingung, die Frauen (und zunehmend auch Männer) oft nicht erfüllen können. Frauen haben seltener Zugang zu Arbeitsplätzen, die eine Existenzsicherung ermöglichen.

- Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeit ziehen häufig prekäre Arbeitsverhältnisse, Mini-Jobs, Ich-AGs ... nach sich, die sowohl unsicher wie schlecht abgesichert sind. Diese werden in erster Linie von Frauen besetzt. Nach bisherigen Erfahrungen kann man feststellen, dass sich der Staat zunehmend aus seiner sozialen Verantwortung zurückzieht. Dies wird bei der Absicherung von Risiken des Arbeitsmarktes ebenso offensichtlich wie bei den Einsparungen in der sozialen Infrastruktur (Erziehung und Pflege).

- Die Lücken der Rentenversicherung werden in Zukunft zunehmend dort entstehen, wo kein Anspruch auf Arbeitslosenhilfe existiert. Dies trifft schon jetzt überwiegend Frauen, da diese überproportional von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind.

- Das von der rot-grünen Koalition verabschiedete Grundsicherungsmodell bei der Rente entspricht im Wesentlichen der Sozialhilfe. Es kann davon ausgegangen werden, dass Frauen überdurchschnittlich von der Grundsicherung betroffen sein werden, da ihre Rentenansprüche deutlich geringer sind. Männer haben dagegen deutlich höhere Rentenansprüche (aufgrund eines durchschnittlich 30 Prozent höheren Einkommens) und dadurch zusätzliche Möglichkeiten bei der privaten Vorsorge.

Der gegenwärtig noch vorhandene Unterschied in den Rentenhöhen von ost- und westdeutschen Frauen schwächt sich schon jetzt deutlich ab. Frauen zwischen 50 und 65 Jahren sind beispielsweise in Thüringen nur noch zu 8 Prozent berufstätig. Die Auswirkungen auf ihren Rentenanspruch sind dementsprechend deutlich.

- Durch die stärkere Berechnung des Partnereinkommens werden gerade Frauen (im geringeren, aber wachsenden Maße auch Männer) aus dem Leistungsbezug komplett herausfallen. Für etwa ein Drittel der BezieherInnen von Arbeitslosenhilfe bedeutet dies, dass sie in Zukunft überhaupt keine Versicherungs- bzw. Transferleistungen mehr erhalten. Dies bringt in den meisten Fällen den kompletten Ausschluss von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

- Einkommensunabhängige Gebühren, beispielsweise die Praxisgebühr und Zuzahlungen bei Medikamenten, belasten untere und mittlere Einkommen überdurchschnittlich und sind damit eine weitere Diskriminierung von Frauen.

Auch steht zu befürchten, dass im Zuge der Hartz-»Reformen« Arbeitsämter vorrangig »teure« Arbeitslose vermitteln, um Kosten zu senken. Dies würde aufgrund der Lohndifferenz zwischen den Geschlechtern zu einer weiteren Benachteiligung von Frauen führen.

Welche Alternative bietet die PDS Frauen?

Es gibt eine ganze Reihe struktureller Hemmnisse beim Erreichen gerechter Geschlechterverhältnisse, auf die ich schon eingegangen bin. Einige lassen sich nur langfristig überwinden (Frauen in Führungspositionen, Einkommensentwicklung), andere ließen sich jedoch mit dem entsprechenden politischen Willen relativ leicht beseitigen. Dies ist gerade unter der derzeitigen Diskussion zum Steuersystem zu betrachten. Die Abschaffung des Ehegattensplittings ist überfällig, ebenso eine Ausweitung des Individualsteuerrechts, wie die PDS es fordert. Dies würde bestehende Barrieren für Frauen abbauen, da sich für sie aufgrund von Steuervorteilen und Befreiungen von Sozialversicherungsbeiträgen oftmals die Aufnahme einer Beschäftigung nicht lohnt.

Beitragsbemessungsgrenzen sind nicht nur aus einer Solidaritätsdiskussion heraus abzulehnen. Sie sind auch aus dem Blickpunkt der Geschlechtergerechtigkeit heraus inakzeptabel, da deutlich mehr Männer davon profitieren. Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse dürfen nicht in dieser Weise staatlich subventioniert werden. Auch dies stellt eine Forderung der PDS dar.

Der umfassende Ausbau von ganztägigen Angeboten zur Kinderbetreuung ist nicht mehr nur in den alten Bundesländern ein Thema, sondern zunehmend auch im Osten. Gerade im Krippenbereich ist hier eine dramatische Verschlechterung der Situation seit der Wende zu beobachten. Demzufolge strebt die PDS einen Rechtsanspruch auf umfassende Angebote in der Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr an.

Politik ist auch in der Pflicht, vollzeitnahe, qualifizierte Teilzeitarbeit zu schaffen. Dabei muss die Rolle als Erziehende/r und Erwerbstätige/r betrachtet werden. Ein Reduzieren auf Haupt- und Zuverdiener/in ist weder zeitgemäß noch gerecht. Hier fordert die PDS die Entwicklung und Umsetzung innovativer Konzepte sowie eine breite Akzeptanz der gesellschaftlichen Verantwortung für familiäre Verantwortung. Wir versuchen die Arbeitswelt so zu gestalten, dass Arbeitnehmerrechte gestärkt und nicht ausgehöhlt werden. Schlussfolgernd lehnen wir beispielsweise eine Verlängerung der Arbeitszeiten, verschärfte Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose und Lohnkürzungen ab – dies nicht zuletzt aus dem Blickwinkel einer geschlechtergerechten, familienfreundlichen Arbeitswelt.

Ein Blick in andere Länder ist spannend, auch wenn im Moment europaweit eine eindeutig neoliberale Entwicklung zu beobachten ist. Es finden sich doch trotzdem spannende Ansätze: In Frankreich wurden Sozialabgaben durch eine Solidaritätssteuer erheblich reduziert. Diese wird auf alle Einkommensarten erhoben. Zudem müssen Unternehmen, welche ArbeitnehmerInnen über 50 Jahre entlassen, höhere Sozialabgaben leisten. In den Niederlanden wurde der Prozess der Arbeitsumverteilung deutlich offensiver in Angriff

genommen: Bei moderaten Lohnzuwächsen wurde Arbeit gerechter verteilt. Teilzeitarbeit ist hier nicht ausschließlich Frauensache.

Die Vorschläge, welche die PDS in vielfältiger Form immer wieder in die Diskussion einbringt und nicht zuletzt auch im Bundestag zur Abstimmung stellte, »zerschellen« an einem politischen Projekt, das Deregulierung favorisiert und einseitig die Interessen privilegierter Bevölkerungsgruppen in den Mittelpunkt stellt. Dieses Projekt gefährdet nicht nur den sozialen Frieden. Es erhöht das Armutsrisiko insbesondere von Frauen, Familien mit Kindern und Alten (vor allem Frauen) dramatisch.

Das gegenwärtig favorisierte politische Projekt hat aber noch andere Auswirkungen: Eine der weltweit niedrigsten Geburtenraten ist ein weiterer »Preis«, den die Bundesrepublik für ihre Politik zahlt und zunehmend zahlen wird. Diese »soziale Sterilität« darf nicht weiter befördert werden!

Es wird höchste Zeit für eine Sozialpolitik, die nicht nach oben, sondern nach unten verteilt. Ohne eine Umverteilung des Reichtums, ohne Bereitstellung der notwendigen sozialen Infrastruktur, ohne Beteiligung der Männer an Haus- und Sorgearbeiten und der damit verbundenen Verantwortung bleibt das Emanzipationsmodell unerreichbar. Es entsteht nicht weniger Reichtum in einer Gesellschaft, nur weil dieser zunehmend von Maschinen geschaffen wird. Die gerechte Verteilung dieser Erträge erfordert jedoch echten Mut zur Veränderung.

Eine der Kernfragen für die Gestaltung einer zukünftigen Gesellschaft wird sein, ob die anstehenden Reformen diese Prämisse befolgen und dabei die unterschiedlichen Lebenslagen von Männern und Frauen berücksichtigt werden. Dies ist nicht Frauenförderung im engeren Sinne, sondern der Abbau ihrer Benachteiligung. Bisher ist leider das Gegenteil zu beobachten. Kein Schritt vor, aber viele zurück: Für Frauen in Ost wie in West.

Daten und Fakten zum Arbeitsmarkt aus Thüringer Sicht

- Arbeitsplatzabbau: Der Arbeitsplatzabbau im Osten erfolgte in erster Linie zu Lasten von Frauen. Seit 1991 wurden in Thüringen 1.000.000 Frauenarbeitsplätze abgebaut. Die Frauenerwerbsquote sank von 75 Prozent (Ende der DDR) auf 58,9 Prozent 2002. Sie erreicht damit den Westdurchschnitt.
- Langzeitarbeitslosigkeit: Diese ist weiblich dominiert. 40 Prozent der arbeitslosen Frauen sind schon länger als anderthalb Jahre auf Arbeitssuche. Bei den Männern sind es »nur« 26 Prozent.
- Einkommensunterschiede: Frauen werden bei vergleichbaren Tätigkeiten deutlich schlechter entlohnt. Frauen verdienen 83,5 Prozent vom Einkommen der Männer (umgerechnet auf Vollzeitstellen). Der Abstand vergrößert sich, denn vor 4 Jahren waren es noch 85 Prozent.

Der Bruttomonatsverdienst 2002:

von Frauen: 1.773 €

von Männern: 2.108 €.

- Qualifikationsunterschiede: Frauen sind nicht mehr schlechter qualifiziert. Sie verlassen deutlich seltener ohne Abschluss die Schule, machen häufiger das Abitur und sind in den Hochschulen in der Mehrzahl.
- Entwicklung des Niedriglohnsektors: Der Niedriglohnsektor ist schon Realität: 22 Prozent der Frauen erhalten unter 700 € netto, aber nur 4,9 Prozent der Männer; 45 Prozent der Frauen erhalten weniger als 900 € netto. (Männeranteil 25 Prozent).
- Hohe Einkommen sind Männersache: 26 Prozent der Männer haben mehr als 1500 € netto, aber nur 14,4 Prozent der Frauen.
- Teilzeitarbeit: Teilzeit ist weiblich: 24,2 Prozent Frauen, aber nur 3,7 Prozent der Männer arbeiten in Teilzeit. 52 Prozent der Frauen machen dies nur aus Mangel an einer Vollzeitstelle.
- Chancen auf dem Arbeitsmarkt: Neue Arbeitsplätze gehen meist an Männer: Nur jeder zehnte neue Job im verarbeitenden Gewerbe geht an Frauen, selbst im Sozial- und Gesundheitswesen sind es nur 57 Prozent (Frauenanteil ca. 80 Prozent).

(Quelle: Studie des DGB Thüringen zur Arbeitsmarktsituation von Frauen, März 2003)

Literatur

Informationen für die Frau, 04/2003, Berlin

DGB-Studie (2003): Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt in Thüringen, Erfurt

Notz, Gisela (2000): Verlorene Gewissheit? Individualisierung, soziale Prozesse und Familie, Frankfurt a.M.

Die Nährarbeit von Frauen, die Clean Clothes Campaign und die Modemultis²

Einleitung

Adidas-Salomon's Angestellte aus der Sozialstandardabteilung in China suchen mit dortigen NRO Lösungen für Arbeitsrechte, Reebok fördert ebenfalls in China die Organisation von Beschäftigten, H&M nimmt vor einer Auftragsvergabe nach Bulgarien mit der dortigen Regierung und Sozialpartnern Kontakt auf, um sich über die Arbeitsrechtslage zu informieren, NIKE und Reebok agieren als Schrittmacher ihrer Branche in Richtung soziale Unternehmensverantwortung, Sportartikler setzen sich bei der Regierung von Sri Lanka für freie Gewerkschaften ein.

Verkehrte Welt? C&A hieß noch vor dreizehn Jahren »The Silent Giant« (so hieß auch die berühmte erste Firmenstudie der holländischen Clean Clothes Campaign CCC) und lehnte jede Verantwortung für das, was auf der anderen Seite des Erdballs passiert, ab. Der Adidas-Salomon-Konzern hat jahrelang schlicht geschwiegen gegenüber KritikerInnen und zu tausenden von Protestpostkarten. NIKE Inc. ist im Jahr 1999 während der Aktionärshauptversammlung mit brutaler Gewalt und Privatpolizei gegen AktivistInnen vorgegangen. Wer hat die Modemultis »gezähmt«, die noch vor zehn Jahren unisono auf Eilaktionen antworteten, dass sie mit den Produktionsstätten, wo gravierende Rechtsverletzungen aufgedeckt wurden, nichts zu tun hätten?

Zustände in Freien Exportzonen gaben den Anstoß

Im Jahr 1989 wurde eine Aussperrung in einer Bekleidungsfabrik auf den Philippinen zum Brennpunkt des Interesses verschiedener Gruppen, die in den Niederlanden und in England in der Solidaritätsbewegung aktiv waren. Aus

1 Nina Ascoly und Ineke Zeldenrust arbeiten seit Beginn bzw. einigen Jahren in der holländischen und der internationalen Clean Clothes Campaign. Die Darstellung der Kampagnengeschichte ist ein Auszug aus Ascoly; Zeldenrust (1999): Die Kodex-Debatte im Kontext – ein Jahrzehnt Kampagnenarbeit für »Clean Clothes«, In: Musiolek, Bettina (Hg.): Gezähmte Modemultis, Frankfurt a.M. Das Buch kann bei der deutschen CCC-Koordinationsstelle oder bei *Terre des femmes* (Tdf) bestellt werden.

Bettina Musiolek ist für das NRO Frauenforum seit Gründung 1995 Mitglied der deutschen CCC und seit 1997 Osteuropa-Koordinatorin der internationalen CCC.

2 Das Papier basiert auf einem Artikel für das Lesebuch »Mode, Macht und Frauenrechte«, das im Zusammenhang mit der gleichnamigen Kampagne von *Terre des femmes* zum Tag gegen Gewalt an Frauen am 25.11.2003 erstellt wurde.

heutiger Sicht handelte es sich um einen durchaus typischen Fall: Ein Auftragnehmer von C&A (William Baird PLC) hatte einen Subunternehmer (IGMC). Die Arbeiterinnen bei IGMC in der Freien Exportzone von Bataan verlangten ihren gesetzlichen Mindestlohn und wurden dafür entlassen. Sie stellten einen Streikposten auf, den sie über ein Jahr hielten. Zu jener Zeit schienen dies *nicht* typisch, da in westeuropäischen Ländern kein Wissen da war über die Art und Weise, wie Konsumprodukte hergestellt werden, und über die Konsequenzen für Arbeiter und insbesondere Arbeiterinnen. Es waren »News«, dass Firmen wie C&A in fernen Ländern unter schlechten Bedingungen produzieren ließen, dass davon hauptsächlich Frauen betroffen waren und dass einige Leute eine Handelskette wie C&A für all dies verantwortlich machten. Denn was hatte C&A damit zu tun, was auf den Philippinen vor sich ging? Es war nicht ihre Firma, nicht ihr Land, waren nicht ihre Angestellten, kurz: nicht ihre Sache. Genauso war zuerst auch die Reaktion der Öffentlichkeit. Denn: das alles war lange bevor Globalisierung zum Schlagwort wurde, vor PC-Boom und Internet. Es war inmitten einer Wirtschaftskrise, als den Leuten die Arbeitsbedingungen anderer Leute, noch dazu auf der anderen Seite der Erde, nicht gleichgültiger sein konnten. Dazu trug auch bei, dass es sich bei mindestens 80 Prozent der Beschäftigten in der Bekleidungsindustrie weltweit um Frauen und Mädchen handelt.

Als das öffentliche Verbrennen von Kleidern vor dem Hauptkaufhaus von C&A in Amsterdam zu Kämpfen zwischen AktivistInnen und der Polizei führte, traf C&A Maßnahmen hinter den Kulissen, die eine Einigung mit IGMC herbeiführen sollten, wies aber offiziell jegliche Verantwortung für die Ereignisse bei IGMC zurück. C&A publizierte ein Flugblatt über »saubere« Beschaffungsprinzipien und verteilte es in all seinen holländischen Läden. Themen, die zu jener Zeit ausschließlich ein paar AkademikerInnen, einigen Radikalen und mehreren antiimperialistischen »Überresten« aus den Siebzigern vorbehalten schienen, erfreuten sich plötzlich des anhaltenden Interesses der Medien: Frauenarbeit, internationale Arbeitsteilung, die Verantwortung transnationaler Konzerne (TNCs). Fortgesetzte Nachforschungen über C&A brachten neue Fälle von gravierenden Menschenrechtsverletzungen zum Vorschein – in Bangladesch, Indien und den »Sweatshops« (Schwitzbuden) der Niederlande. Die beteiligten Solidaritätsgruppen kümmerten sich um die Kommunikation mit ArbeiterInnenorganisationen vor Ort. Ein nationaler Protesttag gegen die Praktiken von C&A wurde abgehalten. Ganz offensichtlich traf diese Initiative den Nerv: Der Kampf für eine »sozial saubere Kleidung« stellte eine konkrete Möglichkeit dar, die damaligen politischen Forderungen von Frauen- und ArbeiterInnenorganisationen im Süden aufzugreifen und das Verhalten und die Politik der TNCs und der Regierungen im Norden zu ändern, denn sie sind verantwortlich dafür, wie Leute im Süden leben und arbeiten.

Die IGMC-Arbeiterinnen erhielten nachträgliche Lohnzahlungen, doch die Hauptforderung, die Fabrik bei Zahlung von Mindestlöhnen wieder zu eröffnen, wurde nicht erfüllt. Die Koalition in den Niederlanden entschied sich, weiterzumachen – die »Kampagne für sozial saubere Kleidung« wurde 1990 offiziell gegründet.

Langer Atem mit neuer Strategie

Ende 1991 wurde jedoch klar, dass uns die Puste ausging. »Was wollt ihr *nun* schon wieder?« wurde zusehends die Reaktion von Unternehmen und Öffentlichkeit in den Niederlanden. Asiatische ArbeiterInnenorganisationen, mit denen wir in Kontakt waren, rieten zu einer offensiveren und durchdachteren Strategie, um über das Vorgehen von Eilaktion zu Eilaktion hinauszukommen. Im Januar 1992 wurde ein Studientag abgehalten. Dessen Hauptziel war die Klärung unserer Forderungen an die Bekleidungshändler und die Verbreiterung der Basis der Kampagne. Ohne direkte Beteiligung der Gewerkschaften und einiger der größeren Nichtregierungsorganisationen (NRO), so fanden wir, hatten wir keinen Rückhalt, um unsere Forderungen zu stellen.

Verschiedene Strategien für die weitere Arbeit wurden diskutiert, schließlich wurde eine Kombination von ArbeiterInnen-Charta und Firmensiegel vorgeschlagen. Die Überwachung der Einhaltung der Charta sollte Aufgabe einer eigens gegründeten Stiftung sein, da die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) oder andere internationale Instanzen als Träger nicht in Sicht waren.

Anfang 1993 wurden diese Ideen auf einem ersten internationalen Treffen diskutiert und weitere Nachforschungen angestellt. ArbeiterInnenorganisationen und Frauengruppen in Asien bekamen Entwürfe der Fair Wear Charter (in deutscher Übersetzung »Sozialcharta« wegen der Begriffskonfusion mit »fair«). VertreterInnen der Kampagne nahmen Entwürfe mit auf ihre Reisen in die Philippinen, Hongkong, Indonesien und Indien, um sie dort zu besprechen. Einer der Haupteinwände, die damals (und bereits vorher) erhoben wurden, war, dass die fünf Basisübereinkommen der IAO zu Arbeit – die als Ausgangspunkt für viele der anderen Kodizes und Chartas dienten – den Bedürfnissen der ArbeiterInnen in der Bekleidungsindustrie nicht gerecht wurden. Ohne Vorgaben für Löhne, Arbeitsstunden, Gesundheit und Sicherheit bleiben die wirklichen Probleme der Mehrheit der Beschäftigten und insbesondere der Näherinnen unangesprochen.

Das war die Geburtsstunde des Arbeitsverhaltenskodex für Bekleidung und Sportbekleidung, der schließlich 1998 von der – mittlerweile europäischen – Clean Clothes Campaign (CCC) und ihren PartnerInnen in Produktionsländern verabschiedet wurde – nach intensiven Diskussionen mit ArbeitnehmerInnenorganisationen und mit europäischen Verbündeten. Die nieder-

ländische Kampagne hatte Bündnispartner in Nachbarländern gesucht und besonders unter Frauenorganisationen und Frauen in Gewerkschaften gefunden.

Arbeitsnormen im Arbeitsverhaltenskodex der europäischen Clean Clothes Campaign (Die ersten vier entsprechend den ILO-Kernarbeitsnormen)

- Das Verbot von Zwangsarbeit und Arbeit in Schuldknechtschaft (ILO Übereinkommen 29 und 105)
- Das Diskriminierungsverbot (ILO Übereinkommen 100 und 111)
- Das Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 15 Jahren (ILO Übereinkommen 138 + 182)
- Die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen (ILO Übereinkommen 87, 98, 135 und ILO Empfehlung 143)
- Wöchentliche Arbeitszeitbegrenzung von 48 Stunden und max. 12 freiwillige Überstunden (ILO Übereinkommen 1)
- Das Recht auf einen existenzsichernden Lohn (»living wage« – ILO Übereinkommen 26 und 131 und die Universelle Menschenrechtsdeklaration)
- Das Beschäftigungsverhältnis ist stabil und vertraglich geregelt.
- Bestmöglicher Arbeits- und Gesundheitsschutz (ILO Übereinkommen 155)

Diese Arbeitsnormen sind für den Bekleidungsbereich mittlerweile als grundlegende Rechte anerkannt und deklariert worden von den »Multistakeholder Initiativen« Ethical Trading Initiative, GB, Fair Wear Foundation, NL, Social Accountability International sowie im Basiskodex des IBFG.

Der Arbeitsverhaltenskodex der CCC – Grundlage der Gespräche mit Bekleidungsvermarktern

Die klaren Verhaltensstandards, wie sie im Arbeitsverhaltenskodex enthalten sind, wurden nunmehr zum Gegenstand auch von Gesprächen und Verhandlungen mit Bekleidungsvermarktern Westeuropas. Mitte und Ende der 90er Jahre, also nach jahrelangen Kampagnenaktivitäten, begannen diese Unternehmen endlich, ihre *soziale Unternehmensverantwortung* anzuerkennen – ihre Verantwortung für die Bedingungen, unter denen jene arbeiten, die die von ihnen vermarkteten Produkte herstellen.

Die Modemultis taten endlich etwas: Sie verabschiedeten ihre eigenen Verhaltenskodizes – wenn auch mit schwächeren Arbeitsstandards als im CCC-Kodex –, sie setzen »Sozialstandardsabteilungen« ein, deren MitarbeiterInnen nichts anderes tun, als weltweit für die Umsetzung der selbstdeklarierten Arbeitsnormen zu sorgen, und gaben sich eigene Monitoringunternehmen wie z.B. SOCAM für C&A oder SYSTAIN für den OTTO-Versand.

Einige Bekleidungshändler versuchen jedoch nach wie vor, sich mit wohlklingenden Verlautbarungen und Hochglanzbroschüren aus ihrer Verantwortung zu stehlen.

Von unternehmenseigenem Monitoring zur externen Überprüfung

Die CCC und ihre weltweiten Bündnispartner (US-amerikanische und kanadische Anti-Sweatshop-Bewegung, Fair Wear-Australien) antworteten auf diese Entwicklung eigener unternehmensgeleiteter Selbstregulierungssysteme. Untermuert durch Berichte aus Produktionsstätten stellten sie fest, dass die teilweise aner kennenswerten Initiativen der Bekleidungsvermarkter zur eigenen Umsetzungskontrolle von Sozialstandards dennoch regelmäßige und strukturelle Mängel haben. Die Qualität der so genannten Sozialaudits, die Handelshäuser zur Kontrolle der selbst gesetzten Arbeitsnormen in Auftrag gaben, ließ und lässt allzu oft zu wünschen übrig. Diese Sozialaudits werden oft von kommerziellen Auditfirmen gemacht, die schlicht für diese Arbeit nicht qualifiziert sind. Im schlechtesten Falle durchlaufen sie mit Fragebogen die Firmen und lassen sich diese vom Management beantworten. Durch Medienberichte wurden schlechte Sozialaudits von Consultingfirmen wie Price-Waterhouse Coopers mittlerweile berühmt-berüchtigt. Dabei ist die Frage, ob es Feuerlöscher gibt, leicht zu kontrollieren, aber ob Näherinnen in Entlohnung und Behandlung diskriminiert werden oder warum es oft keine Gewerkschaften gibt, ist nur schwer feststellbar.

Dies führt uns zum strukturellen Mangel unternehmenseigenen Monitorings: Um ein einigermaßen realistisches Bild von der Arbeitssituation in einer Fabrik zu bekommen, müssen unternehmenseigene, also interessengeleitete Kontrollen strukturelle Grenzen haben. Dazu braucht es unabhängige, externe Kontrollen. Doch was bedeutet Unabhängigkeit auf dem komplexen Feld der Arbeitsrechte? Eine neutrale Instanz kann es schwerlich geben. Deshalb kann Unabhängigkeit hier nur heißen, dass es ein Gremium geben muss, das »über« Handel und Industrie und anderen Interessenträgern steht – und zwar dadurch, dass es sie alle paritätisch beinhaltet.

Versuchsprojekte in Richtung externer, unabhängiger Kontrolle hat die CCC zwischen 1998 und 2002 z. B. in der Schweiz und in Schweden mit H&M, Lindex, Kappahl, Migros, Mabrouc und Veillon unternommen, und sie haben bewiesen, dass es möglich ist, unabhängig zu kontrollieren und zu sinnvollen Resultaten zu kommen, die einen Prozess in Gang setzen, der zu Verbesserungen für die Beschäftigten führen kann.

Dazu muss dieser externe Überwachungsprozess jedoch kontinuierlich weiter von einer Organisation getragen werden und sich an bestimmte Handlungsleitlinien halten. Aus diesen Bestrebungen sind die so genannten »Multistakeholder-Kodex-Initiativen« hervorgegangen.

Multistakeholder-Kodex-Initiativen (alle in den späten 1990er Jahren gegründet):
Ethical Trading Initiative ETI, GB – mit Unternehmen, Gewerkschaften und NROs paritätisch besetzt, Entwicklungsministerium begleitet; keine Verifizie-

rung; Projekte, um »best practices« der Kodex-Implementierung und -verifizierung zu erproben.

Fair Wear Foundation FWF, NL – externe Verifizierung, keine Zertifizierung (siehe unten).

Fair Labor Association FLA, USA – ohne Beteiligung von Gewerkschaften, seit 2002 mit wesentlichen Verbesserungen in Richtung Transparenz und Unabhängigkeit.

Workers Rights Consortium WRC, USA – aus der Studierendenbewegung erwachsen; keine Verifizierung, untersucht nur auf Beschwerden hin.

Social Accountability International SAI, USA – zertifiziert Zulieferer nach SA 8000 mit kommerziellen Auditfirmen.

Diese Multistakeholder-Organisationen führen externe Überprüfungen durch und kooperieren dabei auch in Produktionsländern mit dortigen Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Wirtschaftsverbänden. Am konsequentesten hat dies die holländische Fair Wear Foundation entwickelt. Sie zieht die wichtigsten Interessenträger sowohl in Konsum- als auch in Produktionsländern nicht nur hinzu, sondern bezieht sie im gesamten Kontrollprozess so ein, dass sie ihn als *ihren* verstehen und vollziehen.

Prinzipien Unabhängiger Kontrollen durch die niederländische Fair Wear Foundation:

- Standards: acht Basisarbeitsnormen werden verifiziert, die auf entsprechenden ILO-Übereinkommen beruhen (siehe oben).
- Unabhängigkeit durch Multistakeholder-Zusammensetzung: Bekleidungshändler + -importeure sowie CCC (Gewerkschaften + Nichtregierungsorganisationen = NROs)
- Supply-Chain-Approach: Einbeziehung der gesamten Zulieferkette, ohne die Verantwortung und die Kosten einseitig auf die Zulieferer zu verlagern.
- Rolle lokaler Partner: Kontrolle mit stabilen Partnernetzwerken an Produktionsstandorten.
- Process-Approach: Ziel der Kontrollen ist nicht der Abbruch der Geschäftsbeziehungen, sondern die Verbesserung der Situation beim Zulieferer.

Die Durchsetzung der Sozialstandards kann deshalb nur in einem Prozess geschehen.

Leider ist in Deutschland noch keine solche Organisation entstanden. Die Hoffnung der CCC, der »Runde Tisch Verhaltenskodizes«, der seit 2001 wechselnd bei der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) zusammenkommt, würde zu einer ähnlichen Entwicklung wie in Großbritannien, der Schweiz, Schweden, den Niederlanden oder auch Frankreich führen, erfüllte sich bislang nicht (Stand Juni 2003). Im Gegenteil, ein Wirtschaftsverband des deutschen Einzelhandels – die AVE – hat

gemeinsam mit der GTZ, aber ohne Partizipation der Akteure am Runden Tisch, ein Projekt zur Umsetzung und zum Monitoring von Sozialstandards einiger deutscher Bekleidungsvermarkter konzipiert, das teilweise vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert wird. Als unternehmensgeleitete Umsetzungskontrolle von Sozialstandards großer deutscher Bekleidungshändler ist dieses Projekt zu begrüßen; es geht darin weiter als die meisten firmeneigenen Monitoringsysteme von Sportartiklern oder Handelshäusern. Den Anspruch von Unabhängigkeit und zivilgesellschaftlicher Partizipation kann es jedoch nicht einlösen. Es sieht keine vertrauenswürdigen Beschwerdeverfahren für Beschäftigte vor und bindet sowohl in Deutschland als auch in Produktionsländern Interessenträger nicht im genannten Sinne ein. Zudem blieb zunächst unklar, welche Arbeitsnormen überhaupt kontrolliert werden sollen. Es kann zugespitzt formuliert werden, dass unternehmenseigene Umsetzungsaufgaben von Arbeitsnormen hier staatlich subventioniert werden ohne zivilgesellschaftliche Verankerung, Partizipation und Transparenz.

Dieses Vorgehen hat die Tätigkeit des Runden Tisches hin zu einer Entwicklung wie in anderen europäischen Ländern verhindert.

Fazit

Die Clean Clothes Campaign, die in fast allen Ländern Gewerkschaften einschließt, und die Modemultis sind europaweit durch Lern- und Vertrauensbildungsprozesse gegangen. Es sind sehr spannende neue Entwicklungen auf dem Feld der Durchsetzung von Arbeitsrechten von Frauen in Zeiten der Globalisierung eingetreten, zu denen es ohne die CCC und ihre Hartnäckigkeit nicht gekommen wäre, an denen gleichwohl beide Seiten ihren Anteil haben. Diese Entwicklungen bergen hervorragende Chancen sowohl für Näherinnen als auch für die Bekleidungsbranche. Die wohl wichtigste Chance für letztere ist die, durch bewussteren Umgang mit Zulieferern und deren Beschäftigten aus den frühkapitalistischen Ausbeutungsmustern und kurzfristiger Profitmacherei auf Kosten der Näherinnen herauszukommen – hin zu einem stabilen, langfristigen Wirtschaften.

Einiges, was bewirkt werden konnte, hängt auf beiden Seiten von Personen samt ihrem Willen zur gemeinsamen Lösungsfindung ab, Entscheidendes aber nach wie vor von der Stärke der Kampagne. Oder anders gesagt: Was die AktivistInnen am Verhandlungstisch erreichen können, wird weiter sehr stark davon abhängen, welche Rolle sie in Versammlungsräumen und auf der Straße spielen.

Wichtiger Erfolg der deutschen Kampagne für ›Saubere‹ Kleidung: HESS NATUR und die CCC vereinbaren Kontrolle von CCC-Sozialstandards bei HESS Zulieferern:

Nach einer eineinhalbjährigen Verhandlungsphase haben beide Parteien eine Vereinbarung geschlossen, die den Arbeitsplan für die nächsten 12 Monate vorgibt. Kernelement ist die Untersuchung ausgewählter Zulieferbetriebe in Deutschland sowie in Osteuropa. Dort wird die Einhaltung der wichtigsten ArbeitnehmerInnenrechte, wie sie die Kampagne für »Saubere« Kleidung fordert, abgefragt und unabhängig verifiziert. Perspektivisch soll daraus ein kombiniertes Modell entwickelt werden, wie es die Kampagne für »Saubere« Kleidung propagiert: Firmeninternes Monitoring und unabhängige Verifizierung unter Beteiligung lokaler Akteure.

Mit dem Pilotprojekt öffnet sich Hess Natur als erstes Unternehmen in Deutschland den Forderungen der Kampagne für »Saubere« Kleidung: Der Einführung eines kompletten Verhaltenskodex sowie einer unabhängigen Umsetzungskontrolle. An der Kontrolle werden sowohl gewerkschaftliche Strukturen als auch die holländische Fair Wear Foundation (die sich aus Gewerkschaften, NRO und Unternehmensverbänden zusammensetzt) beteiligt sein.

**Die Kampagne für »Saubere« Kleidung ist ein Netzwerk aus über 250 gewerkschaftlichen und Nichtregierungsorganisationen in zwölf europäischen Ländern.*

***Die Hess Naturtextilien GmbH & Co. KG ist der größte Naturtextil-Ver sandhändler Deutschlands.*

Für weitere Fragen: Christliche Initiative Romero, Maik Pflaum,
Tel.: 0251 – 89 503, mobil: 0175 – 618 35 98, ci-romero@t-online.de,
www.ci-romero.de

Strategische Optionen

CHRISTA WICHTERICH

Frauenbewegungen und feministische Globalisierungskritik¹

Einleitung

Feministische Kritik an der Globalisierung artikulierten in den 1990er Jahren zum einen Frauenbewegungen und Aktivistinnen aus ihren politischen Praktiken heraus, zum anderen feministische Wissenschaftlerinnen. Das NRO-Forum bei der 4. Weltfrauenkonferenz 1995 in Beijing war die erste globale Plattform, auf der Frauen aus allen Kontinenten die neoliberale Globalisierung zu einem zentralen Thema machten. Dabei wurden Vorläuferdiskurse zusammengeführt, die sich seit den 1970er Jahren mit globalen Entwicklungen beschäftigten.

- Neue internationale Arbeitsteilung und Frauen in den Exportindustrien
- Strukturanpassungsprogramme in verschuldeten Ländern des Südens
- Sexuelle und strukturelle Gewalt gegen Frauen
- Zunehmende Armutsprostitution und Sextourismus, Katalogehen und Frauenhandel
- Bevölkerungspolitik als Regulations- und Steuerungspolitik mit dem Ziel, eine globale Fortpflanzungsordnung aufzubauen
- Frauenrechtsverletzungen und Verweigerung von Geschlechterdemokratie durch neue konservative und fundamentalistische Regime

Zwischen zwei Achsen der Kritik, nämlich am Neoliberalismus und an diversen Fundamentalismen, spannte sich die Auseinandersetzung mit Globalisierung. Verbindend war in Beijing die Forderung nach einer demokratischen, an Überlebensbedürfnissen orientierten, umweltverträglichen und geschlechtergerechten Umgestaltung von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Doch was genau wie verändert werden sollte, blieb höchst vage. Interessengegensätze, Bündelung von Kräften, Abstimmung und Koordinierung von Einzelkämpfen, gemeinsame Strategien – all dies wurde nicht diskutiert.

Wie viele NRO, transnationale Netzwerke und Bewegungen, so radikalisierten in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre auch viele Frauenorganisationen

1 Der Beitrag ist eine leicht überarbeitete Fassung des gleichnamigen Kapitels aus: Christa Wichterich, *Femme global. Die Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral*. AttacBasisTexte 7, VSA. Hamburg 2003

und -netzwerke ihre Globalisierungskritik. Ursachen dafür waren zum einen die Krisen in Asien, Brasilien und Russland, wo der wirtschaftliche Absturz jeweils eine neue Verelendungswelle mit besonderen Lasten für Frauen auslöste. Zum anderen wurde der Widerstand gegen das multilaterale Investitionsabkommen (MAI), das transnationalen Unternehmen freie Bahn für Auslandsinvestitionen sichern sollte, zu einem Sammelbecken für Proteste gegen die undemokratischen und intransparenten Weichenstellungen für Liberalisierung durch die WTO.

Frauenorganisationen, die vorher strategisch vor allem auf Lobbying und die politische Verhandlungskultur der UN-Konferenzen gesetzt hatten, klinkten sich in die globalisierungskritische Bewegung ein. Nach der Einmischung in das von den Vereinten Nationen ausgehandelte *Global Governance*-Regime stellte sich Ende der neunziger Jahre bei vielen Aktivistinnen eine Ernüchterung über die geringe Wirkung der großen Anstrengungen ein: Die meisten Regierungen taten herzlich wenig, um die so kräftezehrend erstrittenen Beschlüsse der UN-Konferenzen umzusetzen, und die Vereinten Nationen haben keine Sanktionsgewalt, wenn Regierungen viel versprechen, aber wenig halten. Von daher stellte sich die Frage nach den Adressaten für geschlechterpolitische Forderungen, dem politischen Ort der Auseinandersetzung und den Strategien neu. Die Proteste und der mehr konfrontative Politikstil der globalisierungskritischen Bewegungen erschien in dieser Situation als politisch und strategisch attraktives Gegengewicht zur Verhandlungskultur, der zivilgesellschaftlichen Einbindung und dem kooperativen Politikstil der UN-Konferenzen.

Globalisierung von unten

Ein Signal für eine andere politische Strategie transnationaler Vernetzung setzten Frauen im Jahr 2000 mit einem Weltmarsch (Olympe 2000). Gegen den Trend, dass Frauen ihre Interessen in Institutionenpolitik einfädeln, statt autonome Politik zu machen, eroberte der Weltmarsch der Frauen zunächst einmal die Straße als öffentlichen Raum für Frauenpolitik zurück. Damit wollten Frauenaktivistinnen ihr eigenes Großereignis schaffen und ihre Themen selbst bestimmen statt nach dem UN-Kalender und dessen Themenvorgaben von einer Konferenz zur nächsten zu »hektiken«. Ausgehend vom Lokalen, beteiligten sich am Weltmarsch mehr Frauen als die privilegierte Schar von UN-Konferenz-Touristinnen. In den dezentralen Demonstrationen und Aktionen in 160 Ländern wurde Vielfalt bestärkt und gleichzeitig wurden zwei gemeinsame Nenner globalisiert: Der Kampf gegen Armut und gegen Gewalt gegen Frauen. Kritik an der Globalisierung war dabei eine Leitplanke. Als globales Ereignis wurde der Weltmarsch ein Mobilisierungserfolg, fand jedoch wenig

Aufmerksamkeit in den Medien und bei anderen sozialen Bewegungen und hatte insgesamt wenig Resonanz in Nordeuropa.

Frauen haben inzwischen an strategischen Fadenkreuzen der Kämpfe gegen das globalisierte neoliberale Regime und gegen transnationale Konzerne eine zentrale Rolle an der Basis übernommen (Mies 2002, Rowbotham; Lonkogle 2001, Naples; Desai 2002). Sie sind die Mehrheit in der südafrikanischen Anti-Privatisierungsbewegung, die in den Townships und auf dem Land Widerstand gegen die Einführung hoher Nutzungsgebühren für Wasser und Strom und gegen die Privatisierung der Versorgungsleistungen organisiert. In Nigeria protestierten sie unter anderem mit der traditionellen Methode der Entkleidung gegen den Raubbau von Shell an den lokalen Ressourcen und gegen die Profitmacherei des Konzerns auf Kosten ihrer Lebensgrundlagen. Überall in Lateinamerika machen Frauen gegen das panamerikanische Freihandelsabkommen FTAA mobil. In Indien leisten sie Widerstand gegen die Biopiraterie pflanzengenetischer Ressourcen und die Aneignung von Grund- und Flusswasser durch Konzerne wie Coca Cola und Pepsi Cola. Kleinbäuerinnen organisieren sich bei *Via Campesina* und anderen bäuerlichen Bewegungen, um ihr Recht auf Land, Biodiversität und Saatgut zu sichern und gegen private Landnahme, die Privatisierung von Gemeinschaftsgütern und die Patentierung von Saatgut, Heilkräutern und dem entsprechenden Erfahrungswissen durch Agrar- und Pharmamultis wie Monsanto zu verteidigen.

Frauenfriedensbewegungen wie die *Frauen in Schwarz* globalisierten sich zunehmend und stellten in ihren Protesten gegen den Irak-Krieg den Zusammenhang zwischen der konzerngesteuerten Globalisierung, dem wachsenden Militarismus und den neuen Kriegen zur Durchsetzung neoliberaler Hegemonie und der Aneignung von Ressourcen her. Initiativen gegen Frauenhandel und Zwangsprostitution intensivierten ihre transnationale Vernetzung. In den Kampagnen für »Saubere« Kleidung (*Clean Clothes Campaign*) und gegen *Sweat-shops* kämpft ein Bündnis verschiedener Organisationen aus Export- und Importländern für existenzsichernde Löhne und Einhaltung der Kernarbeitsnormen in der Exportproduktion und der gesamten Handelskette. In neuen gewerkschaftsähnlichen Organisationen im informellen Sektor wie *streetnet*, *homenet* oder in Netzwerken von Hausangestellten und Migrantinnen streiten die Marktmarginalisierten für elementare soziale und ökonomische Rechte.

Neben diesen Formen der Globalisierung des Widerstands an der Basis, die mit der Straße auch Sichtbarkeit für Frauen erobern, setzten andere Frauenaktivistinnen auf Politikintervention und Lobbying in der Hoffnung, durch Partizipation an nationalen und globalen Regierungssystemen das Schlimmste verhindern und Transformation in kleinen Schritten erreichen zu können (DAWN 1995). In einem Spagat zwischen Bewegungs- und Basispolitik und der Ebene der *Global Players* und Institutionenpolitik übersetzen internationa-

le und regionale Netzwerke die Proteste von Frauen an der Basis in Forderungen und direkten Lobbydruck auf die *Global Players*. So beschäftigten sich Netzwerke wie das *International Gender and Trade Network* (IGTN), in den vergangenen Jahren intensiv mit Makroökonomie, analysieren die Auswirkungen von WTO- und regionalen Freihandelsabkommen auf Frauen, fordern Moratorien für WTO-Verhandlungen und einen neuen Protektionismus vor allem für Agrarmärkte in den Ländern des Südens. *Women's Eyes on the Multilaterals* versuchten die Weltbank, den IWF und die WTO mit kritischem Frauenblick zu überwachen. *Gender Budget* Initiativen in über 40 Ländern schlüsseln die Einnahme- und Ausgabepolitik von Staatshaushalten geschlechtsdifferenzierend auf (UNIFEM 2002). Expertinnen des internationalen Netzwerks *Diverse Women for Diversity* setzten bei den Verhandlungen von Konventionen und Abkommen zu Biodiversität, TRIPS und Ernährungssicherung mit dem Vorsorgeprinzip eine Stärkung nationaler Regierungen gegenüber Konzernen und ihren Handelsrechten durch.

Die unterschiedlichen strategischen Handlungsansätze bewegen sich auf einer Skala zwischen Gegenwehr von unten und angestrebter Mitmacht bei nationaler oder globaler *Governance* durch *Gender Mainstreaming* und Partizipation. Ziel dieser Handlungsstrategien ist eine Zähmung des globalisierten neoliberalen Regimes, um seine negativsten Auswirkungen u.a. auf Frauen zu vermeiden, zu mildern oder sie zu kompensieren und damit die Globalisierung sozialer, humaner, frauengerechter oder ökologischer zu gestalten.

Ein dritter Strategieansatz versucht durch Alternativen innerhalb und jenseits der Marktökonomie eine Gegenmacht zum globalisierten neoliberalen Konzernkapitalismus aufzubauen. Dies sind Ansätze kleinräumigen Kreislaufwirtschaftens von ProduzentInnen-KonsumentInnen-Genossenschaften oder Kommunen, die die Ökonomie wieder lokalisieren und regionalisieren wollen, oder Versuche, parallele Strukturen durch gerechte Austauschbeziehungen wie *Fair Trade* zu etablieren. Diesen Ansätzen zum Aufbau von Alternativen liegt noch stärker als den beiden Strategien der Gegenwehr und Mitmacht der Anspruch zu Grunde, die Ökonomie zu remoralisieren und erneut sozial einzubetten. Geschlechtshierarchische Strukturen wie die Arbeitsteilung werden jedoch auch in alternativen, sozial gerechteren und remoralisierten Wirtschaftsbeziehungen keineswegs automatisch auf- und zusammenbrechen. Deshalb müssen Frauen in den verschiedenen neoliberalismuskritischen Kämpfen Verhandlungsmacht bilden und zur Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit nutzen.

Neue Bewegungen

Soziale Bewegungen bewegen sich. Sie sind ein Prozess. Auf dem Weg von den UN-Konferenzen bis zu den Weltsozialforen in Porto Alegre veränderten sich Frauenbewegungen, und neue Typen von Frauenorganisationen und Netzwerken entstanden.

Anfang der 1990er Jahre war die Suche nach gemeinsamen Nennern und eine Konsensbildung der Ausgangspunkt bei den Interventionsversuchen in die Verhandlungen zu *Global Governance*. Die »Internationale« der Frauen ankerterte damals in gemeinsamen Problemanalysen und verbindenden Interessennidentifikationen – trotz gewusster innerer Differenzen und Widersprüche –, um auf Grundlage der Kategorie Geschlecht politisch artikulationsfähig und eingriffsmächtig zu sein. Organisationen und Aktivistinnen bildeten handlungs- und ergebnisorientiert eine Allianz, eine »strategische Schwesternschaft«, wie Bina Agarwal (1996) dies im Anschluss an den Begriff der »strategischen Gender-Interessen« nannte. Die beiden Säulen, auf denen die Verschwisterung ruhte, waren globalisierte Problemlagen und gemeinsame Strategien – nicht aber eine einzige Geschlechtsidentität.

Bereits bei der 4. Weltfrauenkonferenz in Beijing fand eine Akzentverschiebung von der Orientierung vom Konsens zur Pluralität statt. »Vielfalt ist unsere Stärke« war die Devise für die internationale Sammlungsbewegung der Frauen und Grundlage für die selbstbewusste Einschätzung: »Wir sind der Nukleus der internationalen Zivilgesellschaft auf dem Weg ins 21. Jahrhundert.« (Wichterich 1996; Lachenmann 1996).

Auf nationaler wie auf internationaler Ebene veränderten sich die politischen Praktiken und feministischen Kämpfe, gleichzeitig aber auch das Verständnis von Frauenbewegung. So erklärte eine Frauenbewegte aus Argentinien: »Wir verstehen Mobilisierung nicht mehr im klassischen Sinne der 1970er Jahre, sondern versuchen, Kerne von Frauenzusammenhängen aufzubauen, z. B. durch Informationsaustausch und Zugang zu Ressourcen als Grundsteine für eine selbstorganisierte politische Frauenarbeit« (Rodenberg; Wichterich 1999).

Beim 2. Weltsozialforum 2002 in Porto Alegre erweiterten Leliana Celibert und Virginia Vargas noch einmal das Verständnis von Frauenbewegungen und Feminismen im »Deutungsrahmen« Globalisierung: Nicht mehr als »vereinigte Akteurinnen« oder als »globale feministische Schwesternschaft« verstehen sie sich, sondern als »weites diverses Akteurinnenfeld in ständiger Veränderung« (Celibert; Vargas 2002, 13). Sonja Alvarez nimmt die neuen sozialen Bewegungen als diskursive, heterogene Felder mit polyzentrischen Aktivitäten und mehreren alternativen Öffentlichkeiten wahr. »In diesem heterogenen Feld bestehen verschiedene Widerstandsformen. Die Orte politischer Intervention vervielfachen sich, wobei durch elektronischen Austausch

der kollektive Wille von Tausenden verknüpft und koordiniert wird.« (ebd.) Jede Form von formaler oder zentralistischer Organisationsstruktur ist mit diesem Verständnis von Bewegung unvereinbar. Entsprechend werden gemeinsame Nenner zunehmend breiter und vage. So fand sich in Porto Alegre eine Allianz von Frauenorganisationen unter dem Kampagnenmotto: »Gegen Fundamentalismen, die Menschen sind fundamental!« zusammen.

Der Kern der vielen Feminismen ist ein Kampf für Gerechtigkeit, wobei soziale, wirtschaftliche und politische Gerechtigkeit integriert wird in kulturelle und symbolische Gerechtigkeit. Dieser mehrdimensionale Kampf gegen Ungerechtigkeiten setzt die Politik für Anerkennung und Umverteilung fort (Fraser 2001): Ziel ist die Anerkennung von Frauen als politische, ökonomische und kulturelle Subjekte, die Umverteilung politischer Entscheidungsmacht, kultureller Definitionsmacht sowie von Ressourcen, Arbeit und Einkommen.

Durch das erweiterte Verständnis und die innere Differenzierung haben Frauenbewegungen an Trennschärfe verloren, und die Übergänge zwischen Vielfalt und Beliebigkeit sind fließender geworden. Nicht ein einheitliches globalisierungskritisches Profil haben Frauenbewegungen, sondern ein buntes, vielgesichtiges.

Feministische Perspektiven zwischen Widerstand und Identitätsfindung

Vier unterschiedliche Ansätze auf verschiedenen Ebenen zeichnen sich in der feministischen Auseinandersetzung mit Globalisierung ab:

- Feministischer Widerstand bezieht sich vor allem auf die nationalstaatliche Ebene, Forderungen werden an die nationalen Regierungen gerichtet – so wie das auch im Kontext der UN-Konferenzen der 1990er Jahre geschah (Bergeron 2003). Von ihnen wird – gegenläufig zur aktuellen Deregulierung – eine Regulierung des Marktes und der Privatwirtschaft erhofft. Feministische Neoliberalismusanalyse auf diesem Hintergrund mündet häufig in einen Tunnelblick von Globalisierung, wo die nationalen Regierungen als Licht am Ende des Tunnels erscheinen und als Garanten sozialer und wirtschaftlicher Frauenrechte und als potenzielle Widersacher gegen den neoliberalen Umbau der Wirtschaft projiziert werden (World Development 1995).

- Die Globalisierung des neoliberalen Systems fordert globalen feministischen Widerstand auf der transnationalen Ebene. Dieser Ansatz mündet leicht in eine homogenisierende Sicht des globalisierten Konzernkapitalismus und der neoliberalen Logik einerseits und der Unterstellung eines globalen globalisierungskritischen Feminismus als Antwort auf die Hegemonie des Neoliberalismus andererseits. Dieser »globalozentrische« Diskurs vermittelt Ohnmachtsgefühle angesichts der Übermacht des kapitalistischen Weltsystems und drängt AkteurInnen in eine bloß reaktive Rolle (Marchand; Runyan 2001; Ber-

geron 2003). Als Gegenentwurf zum (be-)herrschenden neoliberalen maskulinen Regime werten viele Feministinnen das »Weibliche« als das per se Fürsorgliche, Friedliebende, Soziale und Gleichheitliche auf. Diese Kontra-Homogenisierung bestätigt die dualistische Gesellschafts- und Geschlechtsordnung.

- In Abgrenzung von diesen »globalozentrischen« Diskurs bemühen sich andere feministische Theoretikerinnen darum, die Homogenisierung der neoliberalen Weltordnung einerseits und die Viktimisierung von Frauen andererseits aufzubrechen. »Wie können wir die Globalisierung dazu bringen, ihre Erektion zu verlieren?«, fragten die Sozialwissenschaftlerinnen Gibson and Graham (1996, 126f). Sie konstatieren, dass Globalisierungskonzepte einem »Vergewaltigungsskript« folgen, einer Geradlinigkeit kapitalistisch-patriarchaler Penetration der Schwachen und Wehrlosen. Wenn Frauen diese Sicht übernehmen, schreiben sie sich selbst in der Rolle der Opfer fest, übersehen die inneren Widersprüche der Neoliberalismus und unterschätzen die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Logik. Gerade dort liegen aber die Chancen zum Eingreifen und dazu, Handlungsmacht zu erlangen. Deshalb ist es notwendig, das Globalistische und die Hegemonie des neoliberalen Konzernkapitalismus zu »dekonstruieren«, den homogenen Block aufzuschlüsseln, um dann Widerstand an den nationalen oder lokalen Schwachstellen und Widersprüchen anknüpfen zu können. Den globalisierten Neoliberalismus mit der Unterstellung eines »globalen Feminismus« und vereinter Fraueninteressen zu beantworten, wurde zunehmend gerade von Frauen aus dem Süden als westliche feministische Bevormundung und als »strategischer Essentialismus« zurückgewiesen (Spivak in Kerner 1999). Feministischer Widerstand gegen Globalisierung wird aus dieser Perspektive gerade auch auf der lokalen und der Basisebene angesiedelt (Bergeron 2003).

- Intersektionalität ist das neue methodische Stichwort. Die Kategorie Geschlecht wird als Schnittpunkt unterschiedlicher Diskriminierungsrisiken oder -praktiken betrachtet. Damit wird zum einen der Diversität weiblicher Identitäten und Subjektivitäten in globalisierten Zusammenhängen Rechnung getragen, die in Konzepten der Geschlechtergleichheit zu kurz kommen. Zum anderen wird der Verschränktheit der Kategorie Geschlecht mit anderen sozialen Kategorien wie Klasse, Ethnie, Religion, Alter, sexuelle Orientierung mehr Bedeutung beigemessen.

Die beiden letzten Ansätze verweisen bereits auf einen zweiten Schwerpunkt feministischer Globalisierungskritik neben dem ökonomischen: die kulturwissenschaftliche Perspektive. Sie will explizit über ein »enges materialistisches Verständnis von globaler Umstrukturierung hinausgehen« (Marchand; Runyan 2001, 137) und bewegt sich in dem Spannungsbogen zwischen Globalisierung und Lokalem. Im Unterschied zur These einer Cocacolisierung, d.h. einer kulturellen Gleichschaltung der ganzen Welt, die häufig aus makroökonomischen und makro-politischen Analysen abgeleitet wird, vertreten femi-

nistische Kulturwissenschaftlerinnen als Gegenposition die Hybridisierung oder Creolisierung von Kulturen. Hier wird nicht davon ausgegangen, dass das Indigene und Lokale allüberall durch McDonalds und McWorld platt gemacht wird, sondern dass Verschmelzungen und Überlagerungen von kulturellen Elementen stattfinden, dass Werte selektiv übernommen und multiple Identitäten entwickelt werden. In einem solchen »Tanz der Kulturen« (Breidenbach; Zukrigl 2000) entstehen neue Synthesen. Schlüsselgestalten in diesen Prozessen sind vor allem Migrantinnen, die neue Identitäten, Deutungen und Bedeutungen konstruieren und dadurch Macht über die Realität gewinnen können. Aus der Perspektive der Subjektivitäten, ihrer Wünsche und Horizonte bieten die durch die Globalisierung ausgelösten Umbrüche auch viele Chancen, verkrustete Machtverhältnisse in der Gesellschafts- und Geschlechterordnung aufzubrechen, sich neue Handlungsfähigkeiten und -räume zu erschließen und Rechte umzusetzen (Hess; Lenz 2002).

Identitätspolitische und kulturwissenschaftliche Fragestellungen sind für Frauen auch mit Blick auf konservative und fundamentalistische Reaktionen auf die wirtschaftliche Globalisierung besonders relevant. Fundamentalismen sind kulturelle, symbolische und ethische Gegenentwürfe zur westlich individualistisch markierten Globalisierung. Sie bauen regelmäßig auf neuen Zuschreibungen von »Weiblichkeit« und einer hierarchischen Geschlechterordnung als sozialen und moralischen Strukturprinzipien auf.

Allerdings dünnt in den diskurstheoretischen und dekonstruktivistischen Ansätzen und in der Vielfalt ihrer Deutungen die Kritik an der neoliberalen Globalisierung stark aus. Und über den Fokus auf Subjektivitäten und Identitäten, der berechtigterweise deren Pluralität und Widersprüchlichkeiten Rechnung trägt, geraten Strukturen und der »Sachzwang Weltmarkt« zunehmend aus dem Blick (Davids; Driel 2001).

Sag mir, wo die Frauen sind

Feministische Globalisierungskritik in das breite Spektrum der Porto-Alegre-Bewegung einzubringen, ist kein Deckchensticken. 2001 war die Beteiligung von Frauennetzwerken und Feminismen am Weltsozialgipfel mager, verbesserte sich dann aber in den Folgejahren langsam. Beim Asiatischen Sozialforum 2003 in Hyderabad veranstalteten Frauenorganisationen ein eigenes Plenum, weil sie sich auf den gemischten Podien nicht ausreichend vertreten fanden. Beim Afrikanischen Sozialforum 2003 in Addis Abeba kamen Frauen bestenfalls als Armenmasse vor. Erstaunlicherweise unterscheiden sich die Sozialforen nicht wesentlich von konventionellen politischen Orten, wenn es um das Einklinken feministischer Ansätze geht. In den dominanten Diskursen globalisierungskritischer Bewegungen geben wieder einmal alt- und neulinke

Männer den Ton an. Wieder einmal herrscht eine weitgehende Geschlechterblind- und -taubheit, feministische Perspektiven sind randständig geblieben.

Dabei ist es nicht das Anliegen von Feministinnen, Frauen und Geschlechterungleichheiten dem Spektrum der Globalisierungskritik als Opferelemente hinzuzufügen. Sie wollen Leerstellen von Herrschaftskritik ausfüllen, Demokratie von unten, die ohne Geschlechterdemokratie ebenso unvollständig ist wie die von oben, vervollständigen und feministische Konzepte in die Suche nach Alternativen einbringen. Es fällt auf, dass Frauen nicht den einen großen globalen Wurf suchen, sondern dezentrale Alternativen aufspüren wollen. Grundannahme ist, dass eine Vielfalt von Ökonomien, Kulturen und Sozialstrukturen nicht nur möglich, sondern auch notwendig ist. Bereits diskutierte oder praktizierte alternative Konzepte müssen auf ihren Mehrwert an Geschlechtergerechtigkeit geprüft werden: Kooperativen und Fair-Trade-Nischen, das Subsidiaritätsprinzip der Wirtschaft und kollektive Rechte lokaler Gemeinschaften an Ressourcen, alternative Währungen oder Budgets, die alle Formen von Arbeit neu bewerten, Tauschringe.

Feministische Ökonomie ist ein zentrales Vehikel der Kritik und ein Baustein für mögliche Alternativen. Sie stellt das Gesamt von Arbeit und Wirtschaft, den Zusammenhang von Reproduktion und Produktion, unbezahlter und bezahlter Arbeit, Markt- und Sorgeökonomie ins Zentrum. Dahinter steht – noch schemenhaft – ein alternatives Modell ökonomischer Gerechtigkeit, in dem Frauen die Kontrolle über Ressourcen, ihre Wirtschaftsformen, ihre Körper, ihr Leben zurückgewinnen können.

Voraussetzung ist in jedem Fall eine radikale Demokratisierung von Politik, Ökonomie und Kultur, in der Frauen ihre bürgerschaftliche Handlungsfähigkeit realisieren. Nur unter der Bedingung einer partizipativen Demokratie von unten sind Umverteilungsgerechtigkeit, soziale Sorge und Sicherheit, aber auch Toleranz gegenüber ethnischer, religiöser und kultureller Vielfalt denkbar.

Frauenorganisationen müssen ihre Konzepte und Kämpfe neu orientieren und die »Globalisierung neu erfinden« – so der Titel der Mega-Konferenz, die das nordamerikanische Netzwerk AWID 2002 in Mexiko organisierte. Dort forderte Bene Madunagu von DAWN eine »Reradikalisierung« der Frauenbewegungen: »Wir müssen weg vom derzeitigen NRO-Stil, der durch Lobbying und fast schon unterwürfiges Bitten und Betteln beim Staat und den männerdominierten politischen Strukturen gekennzeichnet ist«. Dies geschieht erneut als Tandem: Frauenorganisationen wollen autonome Positionen entwickeln und sich gleichzeitig in die globalisierungskritischen Bewegungen einmischen, und zwar weder am Rande noch als Fußvolk. Nach neuen theoretischen und praktischen Ansätzen gegen die neoliberale Globalisierung suchend, gehen sie vorwärts. Neue Bewegungen, Allianzen und Wege sind notwendig und möglich.

Literatur

- Agarwal, Bina (1996): From Mexico 1975 to Beijing 1995. In: *Indian Journal of Gender Studies*, Vol 3 No 1, S. 87-92
- Bergeron, Susan (2003): Polit-Ökonomische Diskurse über Globalisierung und feministische Politik. In: Scharenberg, Albert; Schmidtke, Oliver (Hrsg.): *Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen*, Münster, S.55-78
- Breidenbach, Joana; Zukrigl, Ina (2000): *Tanz der Kulturen. Kulturelle Identität in einer globalisierten Welt*, Reinbek b. Hamburg
- Celibert, Lilian; Vargas, Virginia (2002): *Feminists at the Forum*. In: *Marcosur Feminist Articulation: your mouth is fundamental against fundamentalisms*, Montevideo, S.11-25
- Davids, Tine; van Driel, Francien (2001): *Globalization and Gender: Beyond Dichotomies*. In: Schuurman, Frans: *Globalization and Development Studies*, Amsterdam, S. 153-176
- DAWN (1995): *Markers on the Way: The DAWN Debates on Alternative Development*, Barbados
- Fraser, Nancy (2001): Von der Umverteilung zur Anerkennung? Dilemmata der Gerechtigkeit in »post-sozialistischer« Zeit. In: Fraser, Nancy: *Die halbierte Gerechtigkeit*, Frankfurt, S. 23-66
- Gibson-Graham, Julie Katherine (1996): *The End of Capitalism (as we knew it). A Feminist Critique of Political Economy*, Cambridge
- Hess, Sabine; Lenz, Ramona (Hg.) (2002): *Geschlecht und Globalisierung. Ein kulturwissenschaftlicher Streifzug durch transnationale Räume*, Königstein/Taunus
- Kerner, Ina (1999): *Feminismus, Entwicklungszusammenarbeit und postkoloniale Kritik. Eine Analyse von Grundkonzepten des Gender-and-Development Ansatzes*, Hamburg
- Lachenmann, Gudrun (1996): *Weltfrauenkonferenz und Forum der Nichtregierungsorganisationen in Peking – internationale Frauenbewegungen als Vorreiterinnen einer globalen Zivilgesellschaft? Working Paper No 251*, Bielefeld
- Marchand, Marianne; Runyan, Anne Sisson (2001): *Feminist Sightings of Global Restructuring: Conceptualizations and Reconceptualizations*. In: Schuurman, Frans: *Globalization and Development Studies*. Amsterdam, S. 135-152
- Mies, Maria (2002): *Globalisierung von unten. Der Kampf gegen die Herrschaft der Konzerne*, Hamburg
- Naples, Nancy; Desai, Manisha (eds.) (2002): *Women's Activism and Globalization*, New York/London
- Olympe 13 (2000): *Marche mondiale des femmes. Exploration – ein Mosaik*, Zürich
- Rodenberg, Birte; Wichterich, Christa, (1999): *Macht gewinnen. Eine Studie über Frauenprojekte der Heinrich-Böll-Stiftung im Ausland*. Berlin
- Rowbotham, Sheila; Linkogle, Stephanie (eds.) (2001): *Women resist Globalization. Mobilizing for Livelihood and Rights*, London/New York
- Wichterich, Christa (1996): *Wir sind das Wunder, durch das wir überleben. Die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking*, Köln
- Wichterich, Christa (2000): *Strategische Verschwisterung, multiple Feminismen und die Globalisierung von Frauenbewegungen*, in: Lenz, Ilse; Mae, Michiko; Klose, Karin (Hg): *Frauenbewegungen weltweit. Aufbrüche, Kontinuitäten, Veränderungen*, Opladen, S. 233-257
- Wichterich, Christa (2003): *Femme global. Die Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral*. Hamburg
- UNIFEM (2002): *Gender Budget Initiatives. Strategies, Concepts and Experiences*, New York
- World Development (1995): *Gender, Adjustment and Macroeconomics*, Vol 23, No 11

Wohin mit Gender Mainstreaming? Zum Für und Wider einer geschlechterpolitischen Strategie¹

Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über das Konzept Gender Mainstreaming (GM): Die Entstehungsgeschichte der Strategie wird zunächst konturiert, anschließend werden die Positionen in der aktuellen Debatte um GM zusammengefasst. Vor diesem Hintergrund illustrieren drei Beispiele die Umsetzung von GM in unterschiedlichen Institutionen. Zum Schluss betrachtet der Beitrag kritische Punkte von GM für die Zukunft.

Die Perspektive der Autorinnen ist die einer kritischen Affirmation: Wir begreifen GM als eine Chance zur Veränderung der gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse und der in Institutionen eingeschriebenen Geschlechterordnungen. Die Umsetzung von GM ist voraussetzungsreich, und angesichts der bisher erfolgreichen Marginalisierung von gleichstellungspolitischen Strategien sind Erfolgsprognosen schwierig. GM sehen wir dennoch als eine Erfolg versprechende gleichstellungspolitische Strategie, die allerdings auf das Engagement von Feministinnen und kritischen Männern angewiesen ist. Deswegen liegt uns daran, einerseits das transformative Potenzial und andererseits die Defizite oder gar Gefahren von GM auszuloten.

Aus politikwissenschaftlicher Perspektive ist GM vor allem deshalb interessant, weil es eine Strategie ist, die quer zu politischen Räumen liegt: Im Kontext sozialer Bewegungen entstanden, über internationale politische Institutionen (UNO, EU) auf die nationale Ebene transportiert, bringt GM geschlechterpolitische Fragestellungen in öffentliche Institutionen. Diese sind, wie die Geschlechterforschung und die institutionelle Frauenpolitik zeigen, in der Regel nicht nur gegen Geschlechterfragen immun, sondern sie sind auch aktiv daran beteiligt, Geschlechterhierarchien zu reproduzieren. In diesen Institutionen sollen AkteurInnen, die bisher der Kategorie Geschlecht keinerlei Bedeutung zugemessen haben, mit der Relevanz von Geschlecht in den entsprechenden fachlichen Fragestellungen konfrontiert werden – ein komplexes und anspruchsvolles Unterfangen.

1 Dieser Text wurde uns mit freundlicher Genehmigung von gender-politik-online.de zum Nachdruck zur Verfügung gestellt. Zu erreichen ist das Internetportal seit 2004 unter <http://www.gender-politik-online.de>. Der Artikel ist unter <http://www.fu-berlin.de/gpo/gleichstellung.htm> veröffentlicht.

Gender Mainstreaming: Grundlegendes

GM ist eine neue geschlechterpolitische Strategie, die seit etwa Ende der 1990er Jahre auch im bundesdeutschen Kontext diskutiert und umgesetzt wird. Ihr Anliegen ist es, die Kategorie Gender als Querschnittsthema im »Hauptstrom« von Politik und Verwaltung zu verankern, somit Geschlechtereffekte sichtbar und die Welt diskriminierungsfreier zu machen.

Institutionen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit sowie einige skandinavische Regierungen und die der Niederlande arbeiten bereits seit Jahrzehnten mit einem »cross-sektoralen Ansatz« der Gleichstellungspolitik², der davon ausgeht, dass Gleichstellungsaspekte in allen Politikbereichen Berücksichtigung finden müssen. Seit Anfang der 1990er Jahre wurde dies mit »Gender Mainstreaming« bezeichnet (vgl. Razavi; Miller 1995). Hier zu Lande begann das Konzept GM außerhalb der entwicklungspolitischen Institutionen – also reichlich verzögert – bekannt zu werden.

Definitionsvielfalt

Heutzutage kursieren und konkurrieren mehrere Definitionen, über die eine Annäherung an das Konzept GM möglich ist.³ Eine in der bundesdeutschen Diskussion häufig gebrauchte Definition stammt vom Europäischen Rat (1998). In dieser Übersetzung von Krell, Mückenberger und Tondorf (2001) ist der Begriff der »Gleichstellung« zentral: »Gender Mainstreaming besteht in der (Re-)Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung der Entscheidungsprozesse mit dem Ziel, dass die an politischer Gestaltung beteiligten AkteureInnen den Blickwinkel der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern in allen Bereichen und auf allen Ebenen einnehmen« (2001, 63).

Die Europäische Kommission zieht häufig den Begriff der Chancengleichheit heran, GM sei die »(...) Einbindung der Chancengleichheit in sämtliche politische Konzepte und Maßnahmen der Gemeinschaft«.⁴ Im Glossar der

2 So gibt es beispielsweise in den Niederlanden schon seit 1977 ein Staatssekretariat mit der Aufgabe der »Koordination der Gleichstellungspolitik« in allen Ministerien (vgl. Outshoorn 1995). Auch in Belgien beinhaltet Gleichstellungspolitik schon seit 1985 sowohl spezifische Frauenpolitik als auch Gleichstellung als Querschnittsaufgabe, die in allen Ministerien zu integrieren ist. Dieses Verständnis der Bandbreite der Aufgaben liegt der »Doppelstrategie« spezifischer Geschlechterpolitik (Frauenförderung) plus der Integration von Geschlechteraspekten in die allgemeine Politik (Gender Mainstreaming) zu Grunde.

3 In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass einige Begriffsunklarheiten offensichtlich aufgrund von Übersetzungen zu Stande kommen. So verweisen Krell, Mückenberger und Tondorf darauf, dass die deutsche Fassung eines zentralen EU Dokuments zu GM wesentliche Übersetzungsfehler in der Definition von GM aufweist, da z.B. »la perspective de l'égalité« mit »geschlechterspezifischer Sichtweise« übersetzt wird (vgl. Krell; Mückenberger; Tondorf 2001). In der Übersetzung des österreichischen Bundesministeriums für Soziale Sicherheit und Generationen (BMSuG1999) ist die deutsche Übersetzung gelungen.

4 Europäische Kommission: Gleichstellung von Frauen und Männern – »Gender Mainstreaming«, http://europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp/gms_de.html.

Gleichstellung von Frauen und Männern der Europäischen Kommission (ohne Datum) ist GM die »Einbeziehung der Dimension der Chancengleichheit in sämtlichen Bereichen der Politik/Querschnittsaufgabe Frauen- und Gleichstellungspolitik«.

Das United Nations Development Programme (UNDP) betont in seiner Definition die innerinstitutionelle Veränderung. GM heißt hier: »Taking account of gender concerns in all policy, programme, administrative and financial activities, and in organisational procedures, thereby contributing to a profound organisational transformation.«⁵ Diese Definition verweist vor allem darauf, dass GM ein Organisationsentwicklungsprozess ist. Auf diese unterschiedlichen inhaltlichen Betonungen wird weiter unten noch eingegangen, wenn es um die geschlechterpolitischen Zielsetzungen geht, die im Diskurs mit GM verbunden werden.

Drei Dimensionen von GM

Aus oben vorgestellten Definitionen können drei zentrale Ansatzpunkte von GM destilliert werden, die jeweils zueinander in Bezug stehen. GM besteht aus

- strukturellem,
- personellem und
- fachlichem Mainstreaming.

Strukturelles Mainstreaming bedeutet, dass in Strukturen und Verfahren einer Institution Gleichstellung als Ziel integriert wird. Dies impliziert, Planungs- und Entscheidungsprozesse im Rahmen einer Organisationsentwicklung zu verändern, zu ergänzen oder neu einzuführen. Eine zentrale Rolle kommt bei dieser Aufgabe der Leitung zu. Das Konzept GM sieht als zentrale Herangehensweise bei der Implementation die »Top Down-Strategie« vor: Die Leitung der Institution ist für die Umsetzung verantwortlich.

Personelles Mainstreaming beinhaltet den Aspekt der Repräsentation und den der Kompetenz. Repräsentation bedeutet vor allem die ausgewogene Beteiligung von Frauen und Männern an Entscheidungen – dies ist eine alte Zielsetzung der klassischen Frauenpolitik. GM bedeutet außerdem, dass Gender-Kompetenz⁶ eine fachliche Anforderung an alle MitarbeiterInnen wird.

Das strukturelle GM und das personelle GM in seiner Kompetenzdimension beziehen sich auf interne Prozesse einer Institution. Das *fachliche Main-*

5 United Nations Development Programme, <http://www.undp.org/gender/>.

6 Verloo definiert Genderkompetenz wie folgt: Knowledge of the mechanisms of gender as a structural principle of interpretations, norms and distributing resources in society. The ability to analyse gender relations in terms of different dimensions of gender (social categories, identities, symbols, behaviour and institutions); Knowledge of current gender relations in a specific context, their complexity and dynamics linked to other structures of inequality such as class, ethnicity and nationality, sexual orientation and age; Knowledge of strategies to change gender relations (von Verloo aktualisierte englische Fassung aus Benschop; Verloo 1999).

streaming als dritter Ansatzpunkt bezieht sich auf die Facharbeit einer Institution und betrifft daher auch deren Außenwirkung.

Fachliches GM heißt, dass sich die jeweiligen Arbeitsergebnisse einer Institution, also der »output«, positiv auf Gleichstellung auswirken.

Diese drei Dimensionen bedingen einander. Deutlich wird auch, dass die Strategie des GM die Ziele der klassischen Frauenpolitik weiterverfolgt, darüber hinaus aber an Strukturen und Verfahren ansetzt und Raum für eine geschlechterpolitische Diskussion der fachlichen Ziele schafft. Allein schon aufgrund dieser Komplexität wird jeder GM-Prozess in der Praxis unterschiedlich aussehen. Die unten beschriebenen Beispiele illustrieren dies.

Internationale und bewegungspolitische Entstehungsgeschichte

Die Ursprünge von GM sind im Kontext der internationalen Frauenbewegungen und Institutionen der Entwicklungspolitik zu verorten. Vor allem UN-Organisationen gelten hier als Vorreiterinnen (vgl. Callenius 2002, 69f.). Der im Entwicklungsdiskurs eingeläutete Paradigmenwechsel von der »Integration von Frauen in die Entwicklung« (Women in Development, WID) zur Anforderung einer durchgehenden Berücksichtigung von Geschlechterverhältnissen (Gender and Development, GAD) (vgl. Rathgeber 1990, Braunmühl 1997, Frey 2003, 78f.) mündete in der Strategie des GM. Dabei wurden verschiedenste Ansätze mit entsprechenden Gender-Analyse-Instrumenten geschaffen und eingesetzt, um Gender-Aspekte in den Mainstream zu befördern (vgl. March u.a. 1999).

Im Rahmen der 4. Weltfrauenkonferenz 1995 in Beijing war GM eine Forderung vieler Nichtregierungsorganisationen. Das »mainstreaming« konnte im Abschlussdokument, der so genannten Aktionsplattform (APF), immer wieder verankert werden. So fordert dieses Dokument Regierungen auf, nationale Mechanismen zu schaffen mit dem Ziel: »(...) to support government-wide mainstreaming of a gender-equality perspective in all policy areas« (APF H 201). Was eine solche Perspektive beinhaltet, füllt die Aktionsplattform durch die konkrete Formulierung von strategischen Zielen und Maßnahmen in zwölf thematischen Feldern. Dieses erfolgreiche Festschreiben geschlechterpolitischer Ziele ist auf die Zusammenarbeit von Aktivistinnen verschiedener Politikbereiche zurückzuführen. Irene Tinker beschreibt bereits 1990 die gemeinsamen Ideenschnittstellen von »internen Advokatinnen«, Praktikerinnen und Wissenschaftlerinnen, die – aus unterschiedlichen Perspektiven – das Politikfeld »Women in Development« formierten (Tinker 1990).⁷ Das heißt, Akteurinnen der internationalen Frauenbewegungen und der Vereinten Nationen sind die »Erfinderinnen« von GM.⁸ So bezeichnet

7 Im Original: »The Making of a Field: Advocats, Practitioners and Scholars“.

8 Vgl. Wichterich 2001, für die UN siehe: Pietilä; Vickers 1996.

Christa Wichterich Mainstreaming neben Lobbying als die »dominante Politikform« der internationalen Frauen-Nichtregierungsorganisationen (Wichterich 2001, 128f.).

Weitere »Entstehungsgeschichten«

Dies wird von einigen KritikerInnen von GM allerdings anders gesehen: GM wird von ihnen nicht als Idee engagierter Frauen- bzw. Geschlechterpolitik dargestellt, sondern als neo-liberale Kooptierungsstrategie. Hierfür wird dann der Ursprung von GM in die USA verlegt: »GM geht auf ein in den 80er Jahren in den USA erarbeitetes Konzept der Personal- und Organisationsentwicklung namens ›Managing Diversity‹ zurück«, so Schunter-Kleemann (Schunter-Kleemann 2003, 19).⁹ Schunter-Kleemann zitiert als Beleg einen Beitrag von Krell (2000)¹⁰, in dem der Begriff GM nicht vorkommt. Auch im Entstehungszeitraum von GM, also in den 1990er Jahren, taucht im internationalen GM-Diskurs diese Verbindung von GM mit betriebswirtschaftlichen Personalstrategien nicht auf. Andere Belege für diese These lassen sich ebenfalls nicht finden. Umso erstaunlicher ist die schnelle Verbreitung eines solchen Entstehungsmythos.

Vertreterinnen dieser Position ignorieren zum Zwecke der Beweisführung die Bewusstheit, mit der GM-AkteurInnen die »Sprache der Macht« (Woodward 1999) in den Mund nehmen, und blenden den oben erläuterten Entstehungszusammenhang von GM aus. Gleichzeitig diffamieren sie damit gleichstellungspolitische Akteurinnen, die die Potenziale von GM für feministische Ziele nutzen wollen. So polemisiert Wetterer gegen »die« Gender-Expertinnen, denen sie neben Theorieblindheit (2002, 139) unterstellt, vor allem auf die eigene Arbeitsbeschaffung aus zu sein (ebd., 140).¹¹ Problematisch ist dabei vor allem, dass GM – in diesen Kontext gerückt – bei Teilen der bewegungspolitischen Basis als Büchse der Pandora unbesehen verdammt und die Strategie von vornherein delegitimiert wird.

Auch wenn GM in Deutschland erst vergleichsweise kurz und nicht in der breiten Öffentlichkeit diskutiert wird, ist die Diskussion über das Thema in feministischen Kreisen an unterschiedlichen Orten in vollem Gange. Seit 2001 erschien eine Vielzahl an praxisorientierten Veröffentlichungen – Sammelbände, Einzelbeiträge und viel »graue« Literatur. Allerdings zeigt der deutsche

9 Vgl. auch 2001, 128. Auch Wetterer bezeichnet GM, sich auf Schunter-Kleemann beziehend, als »Variante des Managing Diversity« (2002, 134). Rhetorisch setzt sie die beiden Strategien durch Formulierungen wie »MD & GM« (ebd., 135) gleich.

10 Bei einem Vortrag am 5. Juni 2003 an der Freien Universität Berlin erklärte Gertraude Krell auf die Frage nach dem Zusammenhang von GM und Managing Diversity, dass die Notwendigkeit einer chancengleichheitsorientierten Personalpolitik bei Managing Diversity mit ökonomischen Vorteilen begründet wird und diese Begründung auch bei GM zutrifft.

11 Eine differenzierte Betrachtung auf das soziologische Phänomen der Professionalisierung von Feministinnen bietet Woodward 1999.

GM-Diskurs bis heute auffallend wenig Interesse an den Erfahrungen, die in internationalen Institutionen mit GM gemacht wurden. Sicher sind diese Erfahrungen nicht immer auf den bundesdeutschen Kontext übertragbar, denn das, was als »Gender-Ansatz« im internationalen Diskurs entwickelt wurde, hat andere Entstehungsbedingungen und Ausformungen (vgl. Frey 2003). Es gibt hier jedoch eine Reihe interessanter Reflexionen über die Wirkungsstärke, die GM in Institutionen bisher entfalten konnte (vgl. Goetz 1997), über Gender-Analyse-Instrumente (Kabeer 1992) sowie über Gender Training als ein Instrument im Rahmen von GM-Prozessen (Cummings; van Dam; Volk 1998). Neben einer partiellen Ausblendung des internationalen Diskurses ist für den deutschsprachigen Raum zudem eine starke Fokussierung der Diskussion auf das Feld der Arbeitsmarktpolitik zu beobachten. Zu erklären ist dies durch die Tatsache, dass die Europäische Union wesentlicher Motor für die Einführung von GM in Deutschland war und eine entsprechende Schwerpunktsetzung durch die Strukturfondspolitik erfolgte (siehe unten).

Zieldebatten

Wie oben gezeigt, greifen Definitionen von GM auf unterschiedliche Begrifflichkeiten zurück, und die jeweiligen AkteurInnen verbinden mit der Zielstellung von GM unterschiedliche geschlechterpolitische Visionen, die mit Begriffen wie »Geschlechterdemokratie« oder »Geschlechtergerechtigkeit« umschrieben werden. Für staatliche AkteurInnen sind die verbindlichen Ziele »Gleichberechtigung«¹² und »Gleichstellung«.¹³ Ein grundsätzlicher Einwand, der in der gendertheoretischen Diskussion gegen unterschiedliche Gleichheitskonzepte hervorgebracht wird, ist, dass Gleichheit eine Anpassung an männliche Normen implizieren kann. Wenn mit der Forderung nach Gleichheit nicht auch zu Grunde liegende männliche Normen hinterfragt werden, kann diese zur »masculinising strategy« (Plumwood 1990, 219) werden.

Die abstrakten gesellschaftlichen Ziele »Gleichberechtigung« und »Gleichstellung« sind jedoch nicht, z.B. in einer gesellschaftspolitischen Vision, explizit ausformuliert. Eine Konkretisierung dieser Ziele ist auch im Konzept von GM nicht enthalten.

Was also beinhalten diese abstrakten Zielstellungen?

Das Grundgesetz und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs stecken den rechtlichen Rahmen für das anzustrebende geschlechterpolitische Gesellschaftsideal ab, der eingehalten

12 »Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.« Grundgesetz Artikel 3, Absatz 2, Satz 2.

13 Gesetz zur Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern (Gleichstellungsdurchsetzungsgesetz – DGLG) vom 30. November 2001.

werden muss. Beide Gerichte weisen in die progressive Richtung, dass zu der Gleichberechtigung de jure die Gleichstellung de facto gehört. Eine Politik, die traditionelle Geschlechterrollen an Männer und Frauen zuweist, ist damit rechtlich nicht zulässig. Gerade staatliche AkteurInnen, wie öffentliche Verwaltungen, haben durch Grundsatzurteile klare Vorgaben bekommen (Baer 2002). Die Strategie GM kann also nicht als völlig beliebig bezüglich der Ergebnisse verstanden werden.

In der Arbeitshilfe »Gender Mainstreaming bei der Vorbereitung von Rechtsvorschriften« der Bundesregierung (siehe unten) findet sich das Verständnis von Gleichstellung aus den Grundsatzurteilen des Bundesverfassungsgerichts wieder, und es ist zu lesen:

»Gleichstellung bedeutet,

- Frauen und Männern ein gleichermaßen selbst bestimmtes Leben zu ermöglichen. Gleichstellungspolitik gibt nicht vor, wie Menschen leben sollen.

- dass niemand zur Anpassung an stereotype Vorstellungen von »Männern« und »Frauen« gezwungen werden darf. An das Geschlecht und an Geschlechterrollen dürfen grundsätzlich keine Vor- oder Nachteile geknüpft werden. Rollenverteilungen, die zu einer höheren Belastung oder sonstigen Nachteilen für ein Geschlecht führen, dürfen durch staatliche Maßnahmen nicht verfestigt werden. Faktische Nachteile, die typischerweise ein Geschlecht treffen, dürfen durch begünstigende Regelungen ausgeglichen werden« (BMFSFJ, Quelle: www.gender-mainstreaming.net).

Zur Frage nach den Inhalten von Gleichstellungspolitik meint Barbara Stiegler »(...) in welche Richtung sich die Geschlechterverhältnisse verändern sollen, muss durch eine politische Zielsetzung beantwortet werden« (Stiegler 2002, 26). Diese Aussage trifft also – was die Richtung angeht – nicht zu.

Richtig ist jedoch, dass die Zielsetzungen wie »Gleichberechtigung« oder »Gleichstellung« bisher selten – und von einer Bundesregierung noch nie – ausformuliert wurden. Die inhaltliche Konkretisierung, woran »die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung« (Grundgesetz Art. 3, Abs. 2, Satz 2) in unterschiedlichen Politikfeldern zu erkennen wäre, fehlt. Hierfür bedarf es einer politischen Debatte um die konkreten Ziele. Dies wird durch GM dringend, da ohne inhaltliche Vorgaben diejenigen, die nun die Gleichstellungsaspekte in ihrer täglichen Arbeit integrieren sollen, ge- und (über)fördert sind, diese Ziele selbst zu definieren.

Positionen zu GM

In der Diskussion um GM finden sich vielfältige feministische Positionen,¹⁴ wie dekonstruktivistische, differenztheoretische, sozialistische und postkoloniale Ansätze, die auch in den Hauptsträngen der Frauen- und Geschlechterfor-

schung verortbar sind.¹⁵ Alte Dispute, wie der zwischen liberalen und autonom orientierten Strömungen der Frauenbewegung¹⁶ über die Fragen der Kooperation mit Mainstream-Institutionen und die Gefahren der Vereinnahmung und Anpassung werden durch GM wiederbelebt. Die Bandbreite der Bewertungen zu GM soll hier kurz dargestellt und die vielfältigen Positionierungen, die die Haltung zu GM beeinflussen, sollen angesprochen werden.

Viele sehen in GM ein Erfolg versprechendes Reformkonzept, in dem strategische Schwachpunkte der traditionellen Frauenpolitik beseitigt werden. Dabei werden die beiden Ansätze oft als komplementär gegenübergestellt. Für andere ist GM hingegen ein Reformkonzept, das sich in der immanenten Logik von (patriarchalen) Institutionen bewegt und diese nicht transformieren kann. Sie geben dem geschlechterpolitischen Engagement in Institutionen von vornherein kaum eine Chance, sondern halten die Konzentrierung auf den »Mainstream« für vergebene Liebesmüh.

Wer sich stark mit Grundannahmen der zweiten Frauenbewegung wie dem Konzept des Patriarchats identifiziert, tut sich schwer mit einer Strategie, die davon ausgeht, dass Frauen mit Männern im gleichen Boot sitzen. Die Zuweisung von Verantwortung für Gleichstellung an (mächtige) Männer wird aus dieser Haltung als Abkehr von der feministischen Grunderkenntnis kritisiert, dass (persönliche) Erfahrung unabdingbar für politische Parteilichkeit ist.

Wer hingegen postmoderne Politikkonzepte favorisiert, die nicht von Identität oder Identifikation ausgehen, kann GM als eine Strategie sehen, mit der an unerwarteten Orten BündnispartnerInnen gefunden und Spielräume für strategische Allianzen genutzt werden können. Eine solche Position erlaubt es auch, subversives Potenzial in GM zu sehen, wenn gleichstellungspolitische Ziele strategisch in Mainstream-Diskurse integriert werden (wie beispielsweise den der Verwaltungsmodernisierung). So wird diesen Zielen Geltung verschafft, und es werden Zielallianzen hergestellt.

Eine dekonstruktivistische Position kann allerdings auch die Praxistauglichkeit von GM als Methode zur Überwindung von Geschlechterverhältnissen in Frage stellen: Wer die Wirkungsmacht von Geschlecht in diskursiven und performativen Methoden erkannt hat, wird sich von einem Konzept, das immerzu von »Männern und Frauen« spricht, nicht überzeugen lassen. Vielmehr erwarten KritikerInnen eine Stereotypisierung und Perpetuierung anachronistischer Geschlechterordnungen. So warnen Gildemeister und Wetterer völlig zu Recht bereits lange vor einer »Reifizierung der Zweigeschlechtlichkeit« (Gildemeister; Wetterer 1992). Was sie hier als Gefahr im Rahmen von Frauenforschung identifiziert haben, kann ohne weiteres auf GM übertragen

14 Für einen Überblick über die Hauptströmungen des Feminismus siehe z.B. Tong 1998.

15 Zum »Verhältnis von Gender Mainstreaming und Gender Studies« siehe Degele 2003.

16 Zur Darstellung der liberalen und autonomen Strömungen der deutschen Frauenbewegung siehe z.B. Gerhard 2002.

werden (vgl. Wetterer 2002, vgl. auch Frey 2003). So ist es sehr problematisch, dass eine Reihe von Instrumenten zur Gender-Analyse, die im Zuge von GM entstanden sind (und auch eingesetzt werden), lediglich nach Männern und Frauen fragt. Verfügen AnwenderInnen der Instrumente über wenig Genderkompetenz, kann dies dazu führen, dass zwei vermeintlich homogene Gruppen konstruiert werden.¹⁷ Andererseits beinhaltet GM in den Augen vieler BefürworterInnen die notwendige Feindifferenzierung der Hauptkategorie Geschlecht durch weitere soziale Dimensionen wie Alter, Herkunft, materielle Situation und vieles andere mehr, was auch innerhalb der Geschlechter weitere Differenzen ins Blickfeld rückt und damit eine Homogenisierung verhindert.

Wichtige Faktoren, die eine Rolle für die Haltung zu GM und die Einschätzung der zu erwartenden Folgen spielen, sind die Abhängigkeit von Geldern aus Institutionen, die nun GM umsetzen und der Zugang zu EntscheidungsträgerInnen: VertreterInnen von Projekten, die von staatlichen Geldern abhängig und damit von den gegenwärtigen und weiterhin zu erwartenden Kürzungen bedroht bzw. betroffen sind, beobachten selbstverständlich alle Veränderungen in den Vorgaben zur Zuwendungsverteilung sehr skeptisch. Das Konzept GM sieht die Vorgabe von Gleichstellungskriterien für die »Mainstream-Töpfe« vor. Doch der neoliberale Wind und kursierende Beispiele erfolgreichen Missbrauchs von GM, bei dem Mainstream-Kriterien für Frauentöpfe festgesetzt wurden, lassen viele ZuwendungsempfängerInnen mit GM Schlimmes assoziieren. Wer wiederum Zugang zu GM-aktiven formellen und informellen politischen Netzwerken hat, wird Veränderungen durch GM unter Umständen mit mehr Gelassenheit entgegensehen können und sich eröffnende Chancen für Einflussnahme und Mitgestaltung genau ausloten.

Gender Mainstreaming in der Praxis

Während die Debatte in feministischen Zirkeln auf Hochtouren kommt, wird in der Praxis munter GM-Politik gemacht. Das geschieht zum Teil schon recht lange und in konzeptionell ausgefeilter Weise. GM wird heute in Deutschland auf verschiedenen Politikebenen (Bund, Länder, Kommunen), bei unterschiedlichen AkteurInnen (Gewerkschaften, Verbände, Bildungsträger, Verwaltungen, Stiftungen u.a.) und in verschiedensten Fachbezügen (von der Außenpolitik bis zur Zuwendungsvergabe) auf den Weg gebracht.

Die Vielfalt der Umsetzungsbemühungen macht deutlich, dass jeder GM-Prozess anders aussehen wird und die Herausforderung für interne und

17 Die Studie von Andresen und Dölling (Andresen; Dölling 2003) zeigt, dass Vorverständnisse zu Geschlechterverhältnissen und fehlende Genderkompetenz ein wesentliches Problem bei der Umsetzung von GM sein werden und besondere Aufmerksamkeit im Umsetzungsprozess verdienen.

externe AkteurInnen gerade darin besteht, an die Institution und deren fachliche Anforderungen angepasste GM-Lösungen zu entwickeln. Es wird auch klar, dass GM nicht mit den Fällen gleichgesetzt werden kann, in denen gleichstellungspolitische Strukturen mit dem Verweis auf die neue Zuständigkeit aller für Gleichstellung abgebaut werden. Das hieße Missbrauch als GM zu akzeptieren und alle ernsthaften Umsetzungsanstrengungen mitsamt beispielhaften Ansätzen unbesehen zu diskreditieren.

Einen Überblick über all diese GM-Aktivitäten zu leisten, ist an dieser Stelle aufgrund ihrer Anzahl und Diversität unmöglich. Um aber eine Vorstellung davon zu vermitteln, wie unterschiedlich GM konkret umgesetzt werden kann, werden Beispiele aus der internationalen (GTZ), der europäischen (EU Strukturfonds) und der deutschen Ebene (Bundesregierung) kurz vorgestellt.

Beispiel Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)

Die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) befasst sich bereits seit Anfang der 1990er Jahre mit Gender als Querschnittsaufgabe (vgl. GTZ 2001a). Dabei ging es hier zunächst – wie in vielen anderen entwicklungspolitischen Institutionen – um mehr Projekteffizienz: Da sich gezeigt hatte, dass Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit kaum nachhaltig sein können, wenn Geschlechterverhältnisse unberücksichtigt bleiben, lag der Fokus auf einer geschlechterdifferenzierenden Zielgruppenanalyse im Rahmen der Projektplanung (vgl. GTZ 1995). Allerdings begriff die GTZ spätestens ab 1995 den Gender-Ansatz auch als organisationsentwicklungsrelevante Aufgabe nach innen. 1996 hat sie sich einen innerinstitutionellen Genderplan verschrieben (vgl. GTZ ohne Datum), dieser wurde 2001 als Unternehmensstrategie fortgeschrieben (vgl. GTZ 2001a). Mit dieser Strategie verfolgt die GTZ drei Ziele: Frauen und Männer sollen in Zukunft einen gleichen Nutzen aus der Arbeit der GTZ ziehen und hier auch gleichermaßen aktiv mitgestalten. Dieses Ziel bezieht sich weiterhin nach außen, also auf die »Erhöhung der entwicklungspolitischen Wirksamkeit auf Zielgruppenebene«. Ein zweites Ziel bezieht sich auf die »Vermarktung« des Gender-Wissens der GTZ: Die Genderexpertise der deutschen TZ (Technische Zusammenarbeit) soll international stärker nachgefragt werden. Das dritte Ziel bezieht sich deutlich auf die interne Struktur der Organisation und beinhaltet eine Quotenregelung der Führungspositionen innerhalb der GTZ (30 Prozent) (vgl. GTZ 2001a, 8f.). Das von der »Steuerungsgruppe Qualitätsmanagement« verfasste Papier enthält für jedes Ziel Indikatoren, die Umsetzung soll durch die Führungskräfte der beteiligten Bereiche gesteuert werden, ein Team »interne Evaluierung« berät dabei fachlich und dokumentiert (ebd., 18).

Betrachtet man die Vielzahl an Publikationen, die die GTZ rund um das Thema Gender in den letzten 15 Jahren produziert hat (vgl. GTZ 2001b), so muss diese Institution sicherlich als Vorreiterin des GM in Deutschland

betrachtet werden. Allerdings monieren KritikerInnen auch, dass die Gender-Arbeit der GTZ in der rhetorischen Selbstdarstellung gut sei, in der tatsächlichen Umsetzung weiterhin viel zu wünschen übrig lasse.

Beispiel EU-Strukturfondspolitik

Wie schwierig es ist, GM als Querschnittsstrategie gerade in großen Programmen umzusetzen, zeigt das Beispiel der Europäischen Strukturfondspolitik. In EU-Dokumenten ist immer wieder zu lesen, dass GM in den Strukturfonds angewandt werden soll. Eine Rolle spielt GM allerdings nur im Europäischen Sozialfonds (ESF), der Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und der Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) kommen weitestgehend ohne GM aus (vgl. Meseke 2002). Dies stellt eine erste Ausfilterung von Geschlechterpolitik dar: Lediglich so genannte weiche Politikbereiche scheinen relevant für Gleichstellung zu sein, die anderen Fonds, in die nicht unwesentliche Summen fließen, werden weiterhin als geschlechtsneutral behandelt.

Ein Blick in deutsche Planungsdokumente zum ESF verrät jedoch ein widersprüchliches Verständnis von GM. Im »Einheitlichen Programmplanungsdokument zur Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Humanressourcen« (EPPD), in denen die Ziele des ESF beschrieben sind (Europäische Kommission, EPPD 30. August 2000), werden verschiedene Interventionsbereiche definiert; die Mittelverteilung sieht dabei 10 Prozent der Gesamtmittel für Maßnahmen vor, die in den Bereich E »Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern« fallen. Zunächst heißt es hier: »Bund wie Länder haben sich für die kommenden Jahre eindeutige Ziele gesetzt, die den Gender-Mainstreaming-Ansatz unterstützen und insbesondere die Beschäftigungslage von Frauen nachhaltig verbessern sollen« (EPPD 193). Die dann beschriebenen Maßnahmen bewegen sich allesamt im Bereich der klassischen Frauenförderung (vgl. EPPD 193f.).

Wo die EU noch beteuert, nach dem dualen Ansatz zu arbeiten, nämlich GM als Querschnittsstrategie anzulegen und gleichzeitig spezifische Maßnahmen für Frauen zu fördern, wird GM hier zu Lande in den spezifischen Bereich E integriert und mit Frauenförderung gleichgesetzt. Unter anderem birgt dies die Gefahr, dass alle anderen Bereiche außer E weiterhin unberührt von der Geschlechterfrage bleiben und hier keine Steuerung in Richtung Gleichstellung erfolgt. Darüber hinaus wird auch einer Argumentation Vorschub geleistet, die Abstriche bei der Frauenförderung fordert: Da GM das Geschlechterverhältnis fokussiere und Männerförderung nicht ausschließe, würden aus dem Topf der Frauenförderung so genannte »GM Projekte« gefördert, von denen auch Männer profitieren sollen. Obwohl Männerförderung in bestimmten Bereichen sicherlich angebracht sein kann, darf sie nicht gegen Frauenförderung ausgespielt werden. Wer die Strategie GM kennt, weiß, dass es keine

»GM-Projekte« geben kann. Ein Verständnis von GM als »Sonderbereich« widerspricht dem Grundgedanken von GM als Querschnittsaufgabe diametral. Wenn ein derart wichtiges Planungsdokument jedoch ein Verständnis von GM zeigt, das die Grundidee der Strategie nicht zu reflektieren weiß, dann ist davon auszugehen, dass Strukturfondspolitik in Deutschland GM als Strategie derzeit noch nicht zielgerecht umsetzt.

Beispiel Bundesregierung

Die Bundesregierung fasst GM als »(...) bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen, da es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt« (BMFSFJ ohne Datum).

In der Koalitionsvereinbarung der rot-grünen Bundesregierung von 1998 ist Gleichstellung als durchgängiges Leitprinzip und Querschnittsaufgabe festgehalten. In der Vereinbarung von 2002 wird GM explizit als Methode zur Umsetzung von Artikel 3 des Grundgesetzes genannt und soll in allen Ministerien der Bundesregierung nachhaltig verankert werden. Außerdem wird Gender Budgeting als Teil des GMs genannt.

Der Ort für die Umsetzung von GM in der Bundesregierung sind die Bundesministerien. Seit dem Jahr 2000 haben die Ministerien ein gemeinsames Gremium, die »Interministerielle Arbeitsgruppe GM« (IMA GM), eingerichtet. Alle Ministerien sind in der IMA, entsprechend dem Top-Down-Ansatz, durch AbteilungsleiterInnen bzw. UnterabteilungsleiterInnen vertreten. Den Vorsitz in den Sitzungen hat der Staatssekretär des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Das Referat GM im BMFSFJ hat die Geschäftsführung (Sekretariatsfunktion) der IMA. Der Implementationsprozess wird von einer wissenschaftlichen Begleitung unterstützt.

In der IMA koordinieren die Ministerien den Implementationsprozess, treffen Richtungsentscheidungen zum Vorgehen und tauschen Ergebnisse des Prozesses aus. Wie bei anderen Querschnittsthemen und Anstrengungen zur Verwaltungsmodernisierung ist auch bei GM jedes Ministerium für die konkrete Umsetzung der Vereinbarungen eigenverantwortlich zuständig. Die Gestaltung der Umsetzung in den Ministerien ist sehr unterschiedlich, wie sich an den Projektbeschreibungen¹⁸ ablesen lässt. Sie reichen von der Vergabe eines Forschungsauftrages bis hin zur Installation von Organisationsstrukturen zur Koordination der hausinternen Umsetzung oder der Integration von GM in die Facharbeit.

Das Umsetzungskonzept der IMA GM beinhaltet eine erste Phase, in der Fortbildungen durchgeführt und in Pilotprojekten erste Erfahrungen mit der Integration der Gleichstellungsorientierung in die alltägliche Verwaltungsar-

18 Eine Liste der Projekte findet sich unter www.gender-mainstreaming.net.

beit gesammelt werden. Jedes Ministerium führt mindestens ein Pilotprojekt durch. Die insgesamt über 30 Pilotprojekte decken die Bandbreite der Arbeitsfelder der Verwaltung ab: Es gibt Projekte zur Personalentwicklung, Öffentlichkeitsarbeit, zur Gesetzgebung, zur Zusammenarbeit mit nachgeordneten Behörden und mit gesellschaftlichen Organisationen. Erste Ergebnisse der Pilotphase sind Arbeitshilfen, die die MitarbeiterInnen bei der Integration der Gleichstellungsorientierung in ihre Facharbeit, zum Beispiel der Forschungsvergabe für Ressortforschung und der Rechtssetzung, unterstützen sollen.

Das Konzept der Bundesregierung entspricht dem Ansatz von GM und berücksichtigt die drei Dimensionen. Die strukturellen Anforderungen von GM werden durch eine eigene, aber gängige Organisationsstruktur in Form einer interministeriellen Arbeitsgruppe sowie durch die Einrichtung eines zuständigen Referats im BMFSFJ beantwortet. Auch das Verfahren entspricht gewohnten Abläufen: Auf Leitungsebene werden gemeinsam Vereinbarungen getroffen und in den Ministerien eigenständig umgesetzt.

Auf der personellen Ebene ist das Top-Down-Prinzip verwirklicht: Die Umsetzung von GM ist Teil der Führungsaufgabe der Leitung. Dies bedeutet aber auch, dass entsprechend der vertikalen Segregation in der Bundesverwaltung die zahlenmäßig ausgewogene Repräsentation von Frauen und Männern in der IMA nicht gegeben ist.

Langfristiges Ziel des Prozesses soll die durchgängige Gleichstellungsorientierung aller Ministerien bei all ihren Aufgaben sein, so dass die Arbeit der Bundesverwaltung zur Umsetzung der Gleichstellung beiträgt.

Die Vergabe eines Auftrages für die Prozessberatung an eine wissenschaftliche Begleitung zeigt, dass GM als Aufgabe erkannt wurde, die spezieller, nicht in den Ministerien verfügbarer Expertise bedarf und dass hierfür zusätzliche Ressourcen bereitgestellt werden müssen. Über Fortbildungsveranstaltungen, die Aufgaben des Referates GM, die wissenschaftliche Begleitung und durch Erfahrungsaustausch wurde der Wissenstransfer in die IMA und innerhalb der IMA organisiert.

Aufgrund der Charakteristika von Verwaltung sind kurzfristig keine flächendeckenden Veränderungen zu erwarten. Wie bei allen Anstrengungen zur Verwaltungsmodernisierung muss mit einer verwaltungstypischen Trägheit gerechnet werden. Darüber hinaus ist auch die Bundesverwaltung eine vergeschlechtlichte Institution mit eigenen Ausformungen der Mechanismen von Geschlechterhierarchien und -normen, die als Widerstände im GM-Prozess eine zentrale Rolle spielen werden. Diese Eigenschaften beinhalten, dass die Anforderungen von GM an die Beschäftigten in den Verwaltungen potenziell auch eine Überforderung darstellen können, die gezielt im Umsetzungsprozess berücksichtigt werden muss.

Gender Mainstreaming in der Zukunft

Es ist deutlich geworden, dass GM eine prozessorientierte Strategie ist, die an Organisationsentwicklung und politischem Organisationslernen (Bothfeld; Gronbach; Riedmüller 2002) ansetzt, langfristig angelegt ist und mit Sachverstand und ausreichenden Ressourcen umgesetzt werden muss. GM ist damit eine Strategie, die von der Annahme der Veränderungs- und Lernfähigkeit ausgeht, auch wenn Institutionen Geschlechterverhältnisse »orientieren« und »sozialisieren« (Ostendorf 1999, 158) und »patriarchal überformt« sind (vgl. Longwe 1997). GM setzt an den Organisationsstrukturen, den Verfahren, den MitarbeiterInnen und der Qualität der Arbeitsergebnisse an. Es geht systemkonform vor und bedient sich der vorhandenen Machtstrukturen wie der Steuerung durch das Top-Down-Prinzip.

Für die Integration der Gleichstellungsorientierung bedarf es des massiven Wissenstransfers in die Organisationen. Erkenntnisse der Frauen- und Geschlechterforschung, auch der kritischen Männerforschung, sollen mit GM Teil des Fachwissens werden. Insgesamt bedeutet GM also auch eine Aufwertung der Frauen- und Geschlechterforschung als professionalisiertes Wissen der Frauenbewegung. Der Transfer ist ein schwieriger Prozess, der angesichts der Wirkungsweisen von Geschlecht eine große Herausforderung für alle Beteiligten darstellt. Somit ist auch evident, dass GM Gefahr läuft, wie bereits andere geschlechterpolitische Strategien, ghettoisiert zu werden, z.B. in Pilotprojekten und gesondert geschaffenen Strukturen. Ein zentraler Knackpunkt der Umsetzung wird deshalb unter anderem der Übergang von Pilotprojekten in die Breitenanwendung und die sinnvolle Anwendung neuer Verfahren und erstellter Instrumente in den Arbeitsroutinen sein.

Die vielen bisherigen Beispiele von GM liefern eine Basis an Erkenntnissen zur Umsetzung inklusive der Überwindung von Schwierigkeiten und Widerständen. Bezüglich der Widerstandsmechanismen sollten auch die letzten Jahrzehnte der Gleichstellungspolitik zu Rate gezogen werden, um die Prozesse auf der Grundlage der gemachten Erfahrung zu gestalten. Auch die internationalen Debatten, in denen viele Erfahrungen ausgeführt und weitergedacht sind, sollten wahrgenommen werden.

Es sind aber nicht nur exogene Faktoren, die weitere Aufmerksamkeit erfordern. Auch gendertheoretisch inspirierte Einwände wie die Gefahr der »Dramatisierung des Geschlechterunterschieds« durch GM erfordern eine fortwährende Reflexion der eigenen Annahmen und Grundkonzepte vor allem durch diejenigen, die GM in die Institutionen hineinbringen möchten. Dies erfordert eine Zusammenarbeit über institutionelle Grenzen hinweg: AkteurInnen aus Wissenschaft, praktischer Umsetzung und Bewegungen können (und sollten) unter dem Dach von GM strategische Koalitionen eingehen. Denn: GM hat das Potenzial einer erfolgreichen geschlechterpolitischen Strategie.

Literatur

- Andresen, Sünne; Dölling, Irene (2003): Geschlechter-Wissen in Organisationen. Einblicke in die Deutungsmuster leitender Fachbeamter einer Berliner Kommunalverwaltung. In: Edeling, Thomas; Jann, Werner; Wagner, Dieter (Hg.): Schriftenreihe Interdisziplinäre Organisations- und Verwaltungsforschung, Opladen
- APF (Aktionsplattform von Peking), United Nations: Beijing Declaration Platform for Action; unter <http://www.un.org/womenwatch/daw/beijing/platform/index.html> (Download: 22.11.2003)
- Baer, Susanne (2002): Gender Mainstreaming als Operationalisierung des Rechts auf Gleichheit. In: Bothfeld, Silke; Gronbach, Sigrid; Riedmüller, Barbara (Hg.): Gender Mainstreaming – Eine Innovation in der Gleichstellungspolitik, Frankfurt a.M., S. 41-62
- Benschop, Yvonne; Verloo, Mieke (1999): Gender in Balans – Mainstreaming gender in personeelsmanagement. Opdracht van en in samenwerking van het Ministerie van de Vlaamse Gemeenschap, Brüssel
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), ohne Datum: Gender Mainstreaming; unter www.gender-mainstreaming.net (Download: 22.11.2003).
- BMFSFJ, ohne Datum: Arbeitshilfe zu § 2 GGO: Gender Mainstreaming bei der Vorbereitung von Rechtsvorschriften; pdf-download unter www.gender-mainstreaming.net (Download: 22.11.2003)
- BMSuG (Österreich), 1999: Gender Mainstreaming, Begriffsschema, Methodologie und Darstellung nachahmenswerter Praktiken; pdf-download unter http://www.gap-europe.net/Sprachen/home_deutsch/Bibliothek/Gender2/gender_EU.pdf.pdf (sic!) (Download: 22.11.2003)
- Bothfeld, Silke; Gronbach, Sigrid (2002): Vom Kopf auf die Füße. Politisches Lernen durch Gender Mainstreaming? In: Bothfeld, Silke; Gronbach, Sigrid; Riedmüller, Barbara (Hg.): Gender Mainstreaming – eine Innovation in der Gleichstellungspolitik, Frankfurt a.M., S. 231-254
- Bothfeld, Silke; Gronbach, Sigrid; Riedmüller, Barbara (Hg.) (2002): Gender Mainstreaming – Eine Innovation in der Gleichstellungspolitik; Frankfurt a.M.
- Braunmühl, Claudia v. (1997): Gender Mainstreaming oder von den Grenzen, dieses zu tun. In: Braig, Marianne u.a. (Hg.): Begegnungen und Einmischungen. Festschrift für Renate Rott zum 60. Geburtstag, Stuttgart, S. 375-394
- Braunmühl, Claudia v. (2002): Gender Mainstreaming: neue Konzepte – neue Chancen?. In: Nohr, Barbara; Veth, Silke (Hg.): Gender Mainstreaming. Kritische Reflexion einer neuen Strategie, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, S. 17-25
- Callenius, Carolin (2002): Wenn Frauenpolitik salonfähig wird, verblasst die lila Farbe. Erfahrungen mit Gender Mainstreaming im Bereich internationaler Politik. In: Bothfeld, Silke; Gronbach, Sigrid; Riedmüller, Barbara (Hg.): Gender Mainstreaming – Eine Innovation in der Gleichstellungspolitik, Frankfurt a.M., S. 63-80
- Cummings, Sarah; van Dam, Henk; Volk, Mike (Hg.) (1998): Gender Training: The Source Book; Royal Tropical Institute und Oxfam, Amsterdam, Oxford
- Degele, Nina (2003): Anpassen oder unterminieren: Zum Verhältnis von Gender Mainstreaming und Gender Studies, pdf-download unter <http://www.soziologie.uni-freiburg.de/degele/> (Download 11.12.2003)
- Europäische Kommission: Gender Mainstreaming; unter http://www.europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp/gms_de.html (Download 3.12.2003)
- Europäische Kommission, EPPD 30. August 2000: Bundesrepublik Deutschland, 2000: Strukturfondssperiode 2000 – 2006. »Einheitliches Programmplanungsdokument zur Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Humanressourcen« für die Interventionen des Ziels 3 in Deutschland; pdf-download unter http://europa.eu.int/comm/employment_social/esf2000/ms/d-obj-3-fulldoc-de.pdf (Download vom 21.11.2003)
- Europäische Kommission – Referat für die Chancengleichheit, ohne Datum: 100 Begriffe aus der Gleichstellungspolitik. Glossar der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern.
- Frey, Regina (2003): Gender im Mainstreaming. Geschlechtertheorie und -praxis im internationalen Diskurs. Frankfurt a.M.
- Frey, Regina; Zdunek, Gabriele (2002): Gender Mainstreaming in der Entwicklungspolitik: Ansätze, Instrumente und Erfahrungen. In: Nohr, Barbara; Veth, Silke (Hg.): Gender Mainstreaming. Kritische Reflexion einer neuen Strategie, Rosa Luxemburg-Stiftung, S. 71-79
- Gerhard, Ute (2002): The Women's Movement in Germany. In: Griffin, Gabriele; Braidotti, Rosi (Hg.): Thinking differently – a reader in European Women's Studies, London, New Jersey

- Gildemeister, Regine; Wetterer Angelika (1992): Wie Geschlechter gemacht werden. Die Soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung. In: Knapp, Gudrun Axeli; Wetterer, Angelika (Hg.): TraditionenBrüche. Entwicklungen feministischer Theorie, Freiburg, S. 201-254
- Goetz, Anne Marie (Hg.) (1997): *Getting Institutions Right For Women in Development*; London, New Jersey
- GTZ Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (Hg.), ohne Datum: Der unternehmensweite Genderplan der GTZ für 1996-1997; Eschborn
- GTZ (Hg.) (1995): Gender-Differenzierung im Projektzyklus – Hinweise zur Planung, Monitoring und Evaluierung, Eschborn
- GTZ (2001a): Gender in der GTZ. Unternehmensstrategie 2001-2005, Eschborn
- GTZ (Hg.) (2001b): Gender-Spektrum. Kommentierter Überblick zu den Gender-Materialien der GTZ, Eschborn (2. Aufl.)
- Kabeer, Naila (1992): *Triple Roles, Gender Roles, Social Relations: the Political Sub-Text of Gender Training*; IDS Discussion Paper No. 313, Sussex
- Kabeer, Naila (1994): *Reversed Realities. Gender Hierarchies in Development Thought*; London, New York
- Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen, Bonn, 20. Oktober 1998: Aufbruch und Erneuerung - Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert; unter <http://www.datenschutz-berlin.de/doc/de/koalo/> (Download: 20.11.2003)
- Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Oktober 2002: Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit. Für ein wirtschaftlich starkes, soziales und ökologisches Deutschland. Für eine lebendige Demokratie; unter <http://www.spd.de/servlet/PB/menu/1023283/> (Download: 20.11.2003)
- Krell, Getraude (2000): Managing Diversity – Chancen für Frauen. In: KOBRA – Koordinierungs- und Beratungszentrum für die Weiterbildung von Frauen: Managing Diversity. Ansätze zur Schaffung transkultureller Organisationen, Berlin, S. 27-38
- Krell, Getraude; Mückenberger, Ulrich; Tondorf, Karin (2001): Gender Mainstreaming: Chancengleichheit (nicht nur) für Politik und Verwaltung. In: Krell, Getraude (Hg.): Chancengleichheit durch Personalpolitik, Wiesbaden (3. Aufl.), S. 59-75
- Longwe, Sara Hlupekile (1997): The evaporation of gender policies in the patriarchal cooking pot; in: *Development in Practice*, 7. Jg., Nr. 2, S. 148-156
- March, Candida; Smyth, Ines; Mukhopadhyay, Maitrayee (1999): *A Guide to Gender-Analysis Frameworks*; Oxfam, Oxford
- Meseke, Henriette (2002): Beim Geld hört die Gleichstellung auf! Die Strukturpolitik der Europäischen Union. In: Allroggen, Ulrike; Berger, Tanja; Erbe, Birgit (Hg.): Was bringt Europa den Frauen? Feministische Beiträge zu Chancen und Defiziten der Europäischen Union, Hamburg, S. 93-112
- Moser, Caroline O. N. (1989): Gender Planning in the Third World: Meeting Practical and Strategic Gender Needs; In: *World-Development*; 1989, Vol. 17, No. 11, S. 1799-1825.
- Nohr, Barbara; Veth, Silke (Hg.) (2002): *Gender Mainstreaming. Kritische Reflexion einer neuen Strategie*; Rosa Luxemburg-Stiftung, Berlin
- Ostendorf, Helga (1999): Die Konstruktion des Weiblichen durch politisch-administrative Institutionen. In: Bauhardt, Christine; Wahl, Angelika von (Hg.): *Gender and Politics. »Geschlecht« in der feministischen Politikwissenschaft*, Opladen, S. 149-170
- Outshoorn, Joyce (1995): Administrative Accomodation in the Netherlands: The Departement for the Coordination of Equality Policy. In: Stetson McBride, Dorothy; Mazur, Amy G. (Hg.): *Comparative State Feminism*, London
- Pietilä, Hilka; Vickers, Jeanne (1996): *Making Women Matter. The Role of the United Nations*; London, New Jersey
- Plumwood, Val (1990): Women, Humanity and Nature. In: Sayers, Sean; Osborne, Peter (Hg.): *Socialism, Feminism and Philosophy. A Radical Philosophy Reader*, London, S. 211-234
- Rathgeber, Eva M. (1990): WID, WAD, GAD: Trends in Research and Practice. In: *The Journal of Developing Areas*, Vol. 24, S. 489-502
- Razavi, Shahra; Miller, Carol (1995): *Gender Mainstreaming - A Study of Efforts by the UNDP, the World Bank, and the ILO to Institutionalize Gender Issues*; Occasional Paper 4, UNRISD/UNDP, Geneva.
- Rodenberg, Birte (2003): *Gender Mainstreaming in der Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Kommission: Rahmenbedingungen, Konzepte, Umsetzung. Gutachten im Auftrag des BMZ*; Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn

- Schunter-Kleemann, Susanne (2003): Was ist neoliberal am Gender Mainstreaming? In: Widerspruch – Beiträge zu sozialistischer Politik. Nr. 44, Feminismus, Gender, Geschlecht, 23. Jhg., Zürich, S. 19 - 33
- Stetson, Dorothy McBride; Mazur, Amy G. (Hg.) (1995): Comparative State Feminism; London
- Stiegler, Barbara (2002): Wie Gender in den Mainstream kommt. Konzepte, Argumente und Praxisbeispiele zur EU-Strategie des Gender Mainstreaming. In: Bothfeld, Silke; Gronbach, Sigrid; Riedmüller, Barbara (Hg.): Gender Mainstreaming – Eine Innovation in der Gleichstellungspolitik, Frankfurt a.M., S. 19-40
- Tinker, Irene (1990): The Making of a Field: Advocats, Practitioners and Scholars. In: Dies. (Hg.): Persistent Inequalities. Women and World Development, Oxford, S. 27-53
- Tong, Rosemarie (1998): Feminist Thought; Boulder Colorado
- Wetterer, Angelika (2002): Strategien rhetorischer Modernisierung. In: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien, Nr. 3; 2002, S. 129-148
- United Nations Development Programme, unter <http://www.undp.org/gender/> (Download 3.12.2003)
- Wicherich, Christa (2001): From Passion to Profession? Mehr Fragen als Antworten zu Akteurinnen, Interessen und Veränderungen politischer Handlungsbedingungen der neuen internationalen Frauenbewegung. In: Zeitschrift Frauenforschung und Geschlechterstudien, 19 Jg., Nr. 1-2, S. 128-137
- Woodward, Alison (1999): Women Acting Rationally: Speaking the Language of Power to Gender Test the State. In: Goldmann, M. (Hg.): Rationalisation, Organisation, Gender, Proceedings of the International Conference. Beiträge aus der Forschung 111, Dortmund, S. 133-144

Über Frauenpolitik, Gender Mainstreaming und die Notwendigkeit der Weiterentwicklung politischer Theorie und Praxis

Frauenpolitik als Sackgasse

Die Erfolgsbilanz von Frauenpolitik in Deutschland ist bescheiden. Noch immer ist der Anteil von Frauen an den gesellschaftlichen Ressourcen – Einkommen, berufliche Entwicklungschancen, Anteil an Führungspositionen etc. – deutlich geringer als der der Männer. Die Geschlechterfrage ist nach wie vor ungelöst.

Frauenpolitik hat die herrschenden Zustände in den Geschlechterverhältnissen als patriarchal markiert und zum öffentlichen Thema gemacht. Sie hat dafür gesorgt, dass im öffentlichen Dienst, an Universitäten und auch in Betrieben Frauenfördermaßnahmen angeboten, Frauenbeauftragte eingesetzt sowie Landesgleichstellungsgesetze verabschiedet wurden. Angesichts des ausgebliebenen Durchbruchs ist jedoch zu fragen, ob nicht der frauenpolitische Ansatz selbst Denkblockaden perpetuiert oder gar installiert hat und inwieweit er selbst weitergehenden Veränderungen im Wege stand oder noch immer steht.

Die Engführung der Geschlechterverhältnisse als Frauenfrage beinhaltet Implikationen, deren Gültigkeit entweder von Anfang an fraglich war oder aber zumindest in heutiger Zeit bestreitbar ist: Frauen sind als Kollektivsubjekt zu verstehen, Opfer der Männerherrschaft und als solche in ihren Entwicklungsmöglichkeiten beschnitten worden, folglich defizitär und von daher der frauenpolitischen Hilfe bedürftig. Diese Grundannahmen sollen im Folgenden einer kritischen Inspektion unterzogen werden:

Frauen als Kollektivsubjekt

Wird im Rahmen statistischer Analysen die Datenerhebung getrennt nach der Gruppe der Frauen und der Gruppe der Männer durchgeführt, ergeben sich in vielen Indikatoren geschlechtsspezifische Unterschiede – von daher ist auch außerhalb biologistischer Vorstellungen die Denkfigur des Kollektivsubjekts Frau erklärbar. Dieser steht analog und spiegelbildlich die Denkfigur des Kollektivsubjekts Mann gegenüber.

Dabei wird jedoch verkannt, dass sowohl die Gruppe der Frauen als auch die der Männer sozial in sich differenziert ist und es zudem innerhalb dieser so genannten Genusgruppen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse gibt. Beispielfhaft seien hier einerseits Chandra Mohanty genannt, die die dis-

kursive Produktion einer einheitlichen Dritte-Welt-Frau durch eine Reihe westlicher Feministinnen kritisiert und die Notwendigkeit differenzierender Analysen begründet hat (Mohanty 1988) und andererseits Peter Döge, der auf die Vielfalt von Männlichkeiten hinweist (Döge 2001).

Der statistische Blick suggeriert die Existenz geschlechtsspezifischer Eigenschaften, Fähigkeiten, Interessen oder sozialer Lebenslagen und vernebelt den Blick auf die Binnendifferenzierung der statistisch gebildeten Großgruppen der Frauen und der Männer. So werden die für die Erwerbsbiografien von Frauen in der alten Bundesrepublik typischen Muster in zunehmendem Maße auch für Männer zur Normalität. Es gibt inzwischen Frauen in Topjobs und es gibt Frauen, die in technischen Berufen arbeiten oder militärische Laufbahnen einschlagen und wieder andere, in deren Lebenskonzept Kinder von vornherein nicht vorgesehen waren sowie solche, die sich für Hobbys oder Sportarten interessieren, von denen lange Zeit behauptet wurde, dass sich nur Männer für sie erwärmen könnten. Auf der anderen Seite gibt es Männer, die von Frauen aus ihren Positionen verdrängt worden sind und auf der sozialen Stufenleiter einen Abstieg hinnehmen müssen; es gibt Männer, die Elternzeit nehmen und es gibt Männer, die sich für Schmuck, Schminken und Mode interessieren, ohne dabei ihr männliches Selbstbild in Frage zu stellen.¹ Kurzum: Die auf Männer und Frauen bezogenen Erwartungen, Zuschreibungen und Verortungen sind unscharf geworden.

Diese Ausdifferenzierungen und Vermischungen werden sich im Zuge der in den westeuropäischen Gesellschaften zu beobachtenden Individualisierungs- und Pluralisierungsprozesse noch verstärken. Ulrich Beck konstatiert in nahezu allen Lebensbereichen eine »Freisetzung aus den Lebensformen und Selbstverständlichkeiten der industriegesellschaftlichen Epoche der Moderne« (Beck 1986, 20 und 115 ff.). Das Rollenmodell des sozialen Lebens, das die Muster vorgab, nach denen die eigene Existenz zu gestalten war, verliert an Bedeutung. An dessen Stelle tritt die individuell zu lösende Aufgabe, die eigene Biografie selbst zu entwerfen und somit der Zwang zur Wahl. Ulrich Beck spricht vom »Zeitalter des eigenen Lebens« (Beck 2001), das zwar keineswegs als völlige individuelle Freiheit oder gar als Möglichkeit absolut authentischer Ich-Verwirklichung missverstanden werden darf, jedoch für die Selbstdarstellung und für die Lebensgestaltung einen »Optionsraum« zur Verfügung stellt, »der subversive, (non)konformistische Vielfalt ermöglicht« (ebd., 4). Das Postulat der Existenz von wie auch immer gearteten »Frauenin-

1 Für sie prägte Mark Simpson 1994 den Begriff Metrosexuelle. Er bezeichnet keine sexuelle Ausrichtung, sondern einen Lebensstil. Metrosexuelle Männer zeigen offen ihre feminine Seite. Sie tragen Röcke, gehen regelmäßig zum Friseur und lassen sich dabei auch ausgefallene Frisuren machen, sie gehen zur Pediküre, Maniküre und geben viel Geld für Mode aus. Diese Männer sind auch eine wichtige Zielgruppe für die Mode- und Kosmetikindustrie. Berühmte Metrosexuelle sind David Beckham, Brad Pitt, George Clooney, Robbie Williams und Ian Thorpe. www.net-lexikon.de. (Zugriff 02.12.2003).

teressen« oder »Männerinteressen« ist angesichts dieser Entwicklungen endgültig obsolet.

Damit soll keineswegs bestritten werden, dass es strukturelle Mechanismen in der Gesellschaft gibt, die die Geschlechterhierarchie – auf sich permanent veränderndem Niveau – immer wieder reproduzieren. Jedoch verlieren diese aus der individuellen Perspektive in dem Maße an quasi schicksalhafter Unausweichlichkeit, wie – individuell unterschiedlich große – Entscheidungsräume zur Verfügung stehen.

Die Geschlechterverhältnisse als Täter-Opfer-Konstellation

Es ist zu einfach gedacht, Männer und Frauen zueinander in Beziehung zu setzen als Täter und Opfer, wie das im dominierenden Geschlechterdiskurs in der alten Bundesrepublik lange Zeit der Fall war und bis heute nachwirkt. Frauen werden auf Grund ihres Geschlechts von Männern unterdrückt in immer gleicher und homogener Weise – das Patriarchat ist eine Männerverschwörung gegen Frauen, so das Diktum. Frauen waren hierbei stets Opfer im doppelten Sinn: Zum einen als Opfer der Männerherrschaft und zum anderen als Opfer von Männergewalt. Die Vorstellung, Frauen seien bloße Opfer der Verhältnisse, ignoriert deren Beteiligung und Verantwortung an eben diesen Verhältnissen. Sie ist mit der These von der Mittäterschaft (Thürmer-Rohr 1987) als Illusion entlarvt oder zumindest relativiert worden. Das von Foucault entwickelte Konzept der Gouvernamentalität macht zudem deutlich, dass Macht und Herrschaft nicht als simple Oben-/Unten-Verhältnisse zu denken sind, bei dem das Unten am Tun und den Wirkungen des Oben nicht beteiligt und für dieses auch in keiner Weise verantwortlich ist (Foucault 2000).

Auch hinsichtlich der Gewaltfrage sind die Dinge nicht so einfach, wie frühere feministische Überzeugungen glauben machen wollten. Neuere Kriminalstatistiken weisen Frauen im Bereich der Gewalt in heterosexuellen Beziehungen, bei rechtsextremer oder bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder zu einem Anteil von ca. 5-10 Prozent als Täterinnen aus. Auch in etwa einem Drittel der gleichgeschlechtlichen Beziehungen kommt es zu Gewalt. Noch immer wird die Tatsache weitgehend ignoriert, dass Opfer männlicher Gewalt überwiegend Männer sind (abgesehen vom Bereich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung).² So haben junge Männer im Vergleich zu Frauen ein etwa vierfach höheres Risiko, Opfer einer Gewalttat zu werden (Pfeiffer; Wetzel 1999). Frauen sind nicht nur Opfer und Männer nicht nur Täter. Nicht das Geschlecht als solches bestimmt die Zuordnung zur Täter- bzw. Opferseite, vielmehr liegt die Vermutung nahe, dass Beziehungsgewalt in der Existenz von Hierarchien und in der Unfähigkeit des konstruktiven Umgangs damit ihren Ursprung hat. Dass beides nicht allein auf der individuellen Ebene,

2 Zum Beispiel in Döge, Peter (2001): Geschlechterdemokratie als Männlichkeitskritik. Bielefeld, S. 47 ff.

quasi als psychische Störung, abzuhandeln ist, sondern in einem engen Zusammenhang zu den jeweiligen konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen steht, ist unbestreitbar.

Frauenförderung und Frauenpolitik als Gegenstrategie

Die politische Antwort auf die genannten Denkfiguren vom Kollektivsubjekt Frau und von ihrem Opfersein war die Formulierung von »Fraueninteressen«, denen im Rahmen von Frauenpolitik als Politik von Frauen für Frauen Geltung verschafft werden sollte. Frauenförderung sollte die Defizite ausgleichen und über die (Frauen-)Quote den Zugang zu Macht und Einfluss erzwingen. Die moralische Überlegenheit von Frauen würde dort strukturelle Veränderungen zur Folge haben – so die Erwartung.

In der Realität bestand die Wirkung bestenfalls darin, dass sich die Situation von einigen Frauen partiell verbesserte, an den herrschenden Strukturen und Verhältnissen änderte sich jedoch nichts. Frauenpolitik behandelte diese nur als Skandalon, nicht aber als Arbeitsprojekt im direkten Sinne. So wurde zwar die häusliche Arbeitsteilung kritisiert, jedoch ausschließlich aus der Perspektive patriarchaler sozialstaatlicher Kalküle sowie – damit korrespondierend – eines unterstellten subjektiven Interesses von Männern an ihr. Weitergehende Fragen etwa nach dem unfreiwilligen Eingebundensein von Männern in die gesellschaftlichen Strukturen und den Gründen des Interesses von Frauen an deren Aufrechterhaltung oder nach dem Anteil von Frauen an den herrschenden Verhältnissen wurden nicht gestellt. Frauenpolitik verblieb auf der Ebene des Vorwurfs gegen das Kollektivsubjekt Mann, das für diese Strukturen und Verhältnisse alleinverantwortlich gemacht wurde. Männern wurde ein genuines Interesse an der Misere unterstellt und ihr Einverständnis mit den herrschenden Verhältnissen quasi als naturgegeben vorausgesetzt. Nach ihren tatsächlichen Motivationen, Strategien und Interessen oder Zwängen, denen sie glauben folgen zu müssen, wurde nicht gefragt. Männer wurden als Täter mit Vorwürfen und Angriffen konfrontiert, die sie in ihrer gnadenlosen Verallgemeinerung (wie z. B. »Männer sind potenzielle Vergewaltiger«) nicht wirklich tangierten. Mit Frauenförderung und mit Frauenpolitik waren Männer nicht gemeint, für sie hatten diese Ansätze keine Konsequenzen, sieht man von den sicherlich durch die Emanzipation von Frauen in manchen heterosexuellen Beziehungen entstandenen Irritationen ab. Eine Politik, die auf den Abbau der Verteilungsungerechtigkeit und Chancenungleichheit auf der strukturellen Ebene zielt, wurde nicht konzipiert. Es war für die überwiegende Mehrheit der Männer in der alten Bundesrepublik leicht, den Aufbruch engagierter Frauen ab Ende der 60er Jahre mehr oder weniger amüsiert oder auch empört zur Kenntnis zu nehmen und schließlich achselzuckend zu ignorieren.

Frauenpolitik als solche geht zudem grundsätzlich am Problem vorbei: Der statistische Blick ergibt zwar für die Indikatoren Repräsentanz, Ressourcen-

verteilung und Zugang zu diesen für die Gruppe der Frauen im Vergleich zu der der Männer noch immer deutliche Nachteile, aber ein brauchbarer Anhaltspunkt für Politik ist dies auf Grund der Binnendifferenzierung dieser Gruppen nicht. Auf gruppenspezifische Durchschnittswerte mit einer gruppenbezogenen Politik zu reagieren, erreicht diejenigen nicht, die zwar der Gruppe angehören, deren Situation sich aber vom Durchschnitt unterscheidet und auch nicht diejenigen, die nicht dieser Gruppe angehören, aber in vergleichbarer Lage sind wie der Durchschnitt. Es ist das generelle Problem einer gruppenbezogenen Politik, dass sie stets Ausschlüsse und Ausgrenzungen produziert, auch ungewollte, und somit ihren vorgeblichen Zweck grundsätzlich verfehlt.

Erst wenn die strukturell gesetzten Differenzierungen zum Gegenstand von Politik werden, diese sich also konsequent an Lebenslagen und deren Ursachen orientiert, besteht die Chance, willkürliche Ausschlüsse und Diskriminierungen von vornherein zu vermeiden. Dies setzt voraus, dass sich die Politik jeder Bezugnahme auf intrapersonale Merkmale oder Eigenschaften wie Geschlecht, Geschlechtsrollenverhalten, sexuelle Orientierung, Behinderung oder ethnische Herkunft etc. enthält und gleiche Lebenslagen gleich behandelt – unabhängig davon, welche Gruppenzugehörigkeit oder Identität den sich in diesen Lagen befindenden Menschen zugeschrieben werden kann.

Auch auf der Ebene der Persönlichkeitsentwicklung macht es keinen Sinn, Frauen als solchen jene Defizite zuzuschreiben und den Männern als solchen diese. Dass sich Frauen und Männer in unterschiedlichen Anteilen auf Rhetorik-, Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse oder auf Trainings sozialer Kompetenz und emotionaler Intelligenz verteilen, ändert nichts an dieser Aussage. Jede Form der an den binär definierten Frauen- und Männerkörper geknüpften Pauschalbeschreibungen reproduziert die geschlechtsspezifisch aufgeladenen Bilder, Vorstellungen, Assoziationen, Zuschreibungen etc. und ist somit selbst der wohl nachhaltigste Beitrag zum fatalen *doing gender*.

Der gruppenbezogene Blick ist damit nicht bedeutungslos geworden – für die Evaluation von Politik ist er unverzichtbar. Der Fortschritt in der Gleichstellung der Geschlechter kann daran abgelesen werden, inwieweit die Unterschiede in den Indikatoren für die Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen zwischen der Gruppe der Frauen im Vergleich zur Gruppe der Männer im Zeitverlauf geringer geworden oder gar verschwunden sind.

Frauenpolitik ist letztlich – so mutig sie an ihrem Beginn auch gewesen ist – eine Defensivstrategie, die zudem die strukturellen Ursachen gesellschaftlicher Ungleichheiten nicht angreift. Die Fokussierung auf Frauen hat dazu beigetragen, dass sie in ihrer Gesamtheit noch immer als hilfebedürftig, schwach und verfügbar fantasiert werden. Frauenpolitik ist eine Sackgasse. Sie ist es von Anfang an gewesen – unabhängig davon, ob es zur Zeit ihrer Entstehung eine realistische Alternative zu ihr gegeben hat oder nicht.

Gender Mainstreaming als Alternative

Das Konzept des Gender Mainstreaming signalisiert einen Paradigmenwechsel im politischen Umgang mit der Geschlechterfrage. Zum einen wird die frauenbezogene Fokussierung abgelöst durch den Blick auf die von Männern *und* Frauen sowohl aktiv als auch passiv gestalteten Geschlechterverhältnisse und zum anderen wird der Anspruch formuliert, das Thema nicht länger als Sondergruppenthema zu diskutieren, sondern es aus der Frauenecke herauszuholen und in die dominierenden Diskurse zu implementieren.

Der Begriff des Gender Mainstreaming als solcher sagt allerdings noch nichts über die Art und Qualität der angestrebten Geschlechterverhältnisse aus.³ Erst die Definition von Gender und die Formulierung der gesellschafts-politischen Zielstellung legen ihn inhaltlich fest. In der Europäischen Gemeinschaft gibt es den Konsens, dass das politische Ziel in der »Gleichstellung von Frauen und Männern« im Sinne von Chancengleichheit, Entgeltgleichheit, Repräsentanz und Diskriminierungsfreiheit⁴ besteht.

So verstanden, eröffnet der Gender-Mainstreaming-Ansatz neue Chancen, birgt jedoch auch Risiken und weist zudem grundsätzliche Begrenzungen auf, die ein Weiterdenken erforderlich machen.

Chancen

Gender Mainstreaming im eben genannten Sinne thematisiert die Geschlechterfrage als ein strukturelles Gerechtigkeitsproblem – sowohl für Frauen als auch für Männer.⁵ Es geht bei Gender Mainstreaming nicht darum, die Passfähigkeit von Frauen für unverändert bleibende Strukturen in Organisationen oder in der Gesellschaft zu verbessern, wie es bei der Frauenförderung der Fall ist. Gleichstellung im Sinne von Chancengleichheit kann nur durch Veränderung eben jener Strukturen selbst erreicht werden.⁶ Chancengleichheit

3 Diese sind abhängig vom zu Grunde gelegten Gender- und Gleichstellungsbegriff. So sind beispielsweise traditionelle Vorstellungen von Frauen und Männern sowie der Relation zwischen ihnen, wie sie insbesondere in den fundamentalistischen Strömungen aller monotheistischen Religionen zu finden sind, durchaus nicht per se inkompatibel mit dem Gender-Mainstreaming-Ansatz. Sie werden es erst, wenn Egalität in den Geschlechterverhältnissen als Ziel definiert wird.

4 Zum Beispiel in: Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Einbindung der Chancengleichheit in sämtliche politischen Konzepte und Maßnahmen der Gemeinschaft. KOM (96) 67 endg., Brüssel 1996 sowie Art. 3 des Amsterdamer Vertrages.

5 So können in diesem Rahmen auch strukturelle Benachteiligungen von Männern thematisiert werden. Wenn sie z.B. ihr Recht auf aktive Vaterschaft wahrnehmen wollen, müssen sie im Regelfall vergleichbare Nachteile im Erwerbsbereich hinnehmen wie Frauen.

6 Von daher unterscheidet sich Gender Mainstreaming deutlich vom Gleichstellungsbegriff, wie er in der alten Bundesrepublik üblicherweise in Gebrauch war und noch immer ist. Demgegenüber verband die ostdeutsche Frauenbewegung mit »Gleichstellung« stets Chancengleichheit von Frauen und Männern mit der Konsequenz der Aufhebung des Geschlechts als Strukturkategorie. Daran war die Kritik sowohl der herrschenden Männlichkeits- als auch der Weiblichkeitskonstruktionen zwingend eingeschlossen. So gibt es zahlreiche Beispiele dafür, dass Frauen trotz vorhandener Qualifikation und För-

wiederum setzt die Anerkennung der Gleichwertigkeit der bisher als weiblich bzw. männlich konnotierten Lebensmuster, Eigenschaften, Fähigkeiten, Interessen, Tätigkeiten etc. voraus und zielt perspektivisch auf die Aufhebung der an die Wahrnehmung von Männer- und Frauenkörpern geknüpften geschlechtsadressierten Zuordnungen und Zuweisungen. Das bedeutet nichts weniger als die Entselbstverständlichung der jetzigen Verhältnisse, die Thematisierung der Geschlechterhierarchien als Demokratieproblem im Sinne ungleicher Chancen auf Teilhabe an den gesellschaftlichen Ressourcen⁷ und perspektivisch die Erosion der Bedeutung des Geschlechts als Strukturkategorie.

Frauen und Männern werden zudem als Beteiligte an den bestehenden Verhältnisse benannt und zugleich als AkteurInnen der angestrebten Veränderungsprozesse in die Pflicht genommen. Männer werden somit erstmals in die notwendigen Diskurse hineingezwungen. Rational begründbare Verweigerungsmöglichkeiten gibt es nicht mehr. Des Weiteren nimmt der *top-down*-Ansatz die Führungsebene der jeweiligen Organisation für deren geschlechtergerechte Reorganisation in die Verantwortung ohne *bottom-up*-Prozesse als kritische Rückkopplung auszuschließen.

Neue Instrumente wie das Gender Budgeting ermöglichen eine sachlich-rationale Debatte über Ungerechtigkeiten im Zugang zu den gesellschaftlichen Ressourcen. Die wenig zwingende Argumentation in moralischen Kategorien, die die Situation von Frauen und Mädchen lediglich im Rahmen eines Opferdiskurses thematisiert, wird obsolet. So kann die Bereitstellung von Frauen- und Mädchenprojekten beispielsweise mit dem Hinweis auf die Kosten für nichtsexistische Jungenarbeit oder für die von Jungen und Männern ausgeübte Gewalt legitimiert und eingefordert werden. Solange für die Folgen von Männergewalt Kosten⁸ entstehen, kann die Finanzierung von Frauenhäusern sowie von Selbstverteidigungskursen oder Selbstbehauptungstrainings für Frauen etc. nicht auf legitime Weise verweigert werden. Mit einem ausschließlich frauenpolitischen Ansatz hingegen werden diese kausalen Zusammenhänge kaum in die Öffentlichkeit hinein kommuniziert. Erst der Verweis auf das Gender Budgeting macht die Gerechtigkeitslücke auch für die Ahnungslosesten deutlich und deren Behebung zum Erfordernis.

derung Führungspositionen nicht übernehmen wollen wegen der unzureichenden Vereinbarkeit von Beruf und Familie bzw. der fehlenden work-life-balance sowie den dort herrschenden Umgangsformen.

7 Der zuweilen verwandte Begriff der Geschlechterdemokratie unterstellt den sog. Genusgruppen jeweils spezifische Interessenlagen, ist insofern selbst essentialistisch und daher für den behaupteten Zweck der Entkernung des Geschlechts als Strukturkategorie ungeeignet. Zur Kritik des Begriffes siehe auch Thürmer-Rohr, Christina (2001).

8 Laut Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Christina Schenk und der Fraktion der PDS (Drucksache 14/849) belaufen sich die Folgekosten von Männergewalt in Deutschland auf ca. 15 Mrd. € jährlich.

Risiken

Frauenpolitik setzt Gewissheiten über das Frausein und – komplementär – über das Mannsein voraus. Gender Mainstreaming ist nicht gegen die Gefahr gefeit, diesen essentialistischen Ansatz zu perpetuieren und die Geschlechternormierungen und Geschlechterkonstruktionen zu reproduzieren.⁹ Die Anerkennung männlich oder weiblich konnotierter Lebensmuster, Eigenschaften, Interessen, Handlungsweisen etc. als gleichwertig bedeutet nicht zwingend, die an den binär definierten Geschlechtskörper geknüpften sozialen Zuordnungen und Erwartungen aufzulösen, sie also ihres geschlechtlichen Bezugs zu berauben. Dies jedoch ist die Voraussetzung für ein *undoing gender*, für eine Aufhebung der strukturierenden Wirkung der Geschlechtswahrnehmung (Ohlendieck 2003).

Zuweilen wird Gender Mainstreaming als Argument für die Abschaffung von individueller Frauenförderung benutzt. Dabei wird übersehen, dass Gender Mainstreaming als Strukturpolitik bzw. als Verfahren der Organisationsentwicklung durchaus durch personenorientierte Maßnahmen ergänzt werden kann – allerdings gibt es keinen Grund, diese an die Großgruppe der Frauen als solche zu adressieren und Männer gar nicht erst in den Blick zu nehmen. Personenbezogene Maßnahmen sollten sich auf spezifische individuelle Bildungs- und Trainingsbedürfnisse und Lebenslagen richten – unabhängig vom Geschlecht. So wären beispielsweise Unterstützungsangebote für Männer, die Beruf und Vaterschaft miteinander vereinbaren wollen, ebenso sinnvoll wie für lesbische Co-Mütter in vergleichbarer Lage. Nicht alle Frauen wollen ihr Wissen in Frauencomputerkursen ausbauen und nicht alle Männer lehnen weiblich konnotierte Tätigkeiten für sich ab.

Grenzen

Der Prozess des Gender Mainstreaming wird in seiner Wirksamkeit begrenzt zum einen durch die in Deutschland geltenden gesetzlichen Bestimmungen und Organisationsprinzipien des Sozialstaates, zum anderen durch den verweigerten Abschied von der Frauenförderung und zum dritten durch die Nichtberücksichtigung nicht geschlechtsbezogener Hierarchisierungen und Diskriminierungen.

Gesetzliche Regelungen und gesellschaftliche Bedingungen, wie z.B. das Ehegattensplitting oder das durch die Lohnpolitik von Gewerkschaften und Arbeitgebern unterstützte Leitbild von Frauen als Hausfrauen bzw. Mütter

⁹ So heißt es beispielsweise in der 2002 vom BMFSFJ herausgegebenen Broschüre »Gender Mainstreaming. Was ist das?«: »Gender Mainstreaming bedeutet, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen.« In der Kommissionsmitteilung zur »Einbindung der Chancengleichheit in sämtliche politische Konzepte und Maßnahmen der Gemeinschaft« (COM(96)67 endg.) heißt es: »Die Maßnahmen zur Gleichstellung erfordern ein ... Konzept, das von der Anerkennung der weiblichen und der männlichen Identität ... ausgehen muß.«

und von Männern als Ernährer der Familie, fixieren die strukturellen Voraussetzungen für geschlechtshierarchisierende Verhältnisse. Die dadurch gesetzte Blockade für Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen kann Gender Mainstreaming als Prozess, Methode und Verfahren auf der Ebene von Organisationen nicht aushebeln.

In der deutschen Literatur zum Gender Mainstreaming dominieren noch immer Auffassungen, dass dieser Ansatz durch Frauenförderung, nicht jedoch durch Männerförderung flankiert werden müsse, oder dass Gender Mainstreaming das Wissen um die Verhältnisse und Frauenförderung die Methode zur Veränderung der Geschlechterverhältnisse sei oder ein Instrument der Frauenförderung darstelle.¹⁰ Gender Mainstreaming wird damit wieder in der Frauenecke verortet und lediglich als neuer Begriff für eine altbekannte Sache kommuniziert. Die vielfach praktizierte Verschränkung von Gender Mainstreaming und Frauenförderung desavouiert ersteres. Letztlich wird im Beharren auf Frauenförderung der frauenzentrierte Opferdiskurs fortgesetzt und es werden die bekannten mentalen Blockaden perpetuiert (Döge 2003). Insofern muss die Doppelstrategie der Europäischen Union, die die Einbeziehung einer Geschlechterperspektive in alle Politiken und Programme der Europäischen Union ausschließlich mit gezielten Frauenfördermaßnahmen verknüpfen will (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2000), als kontraproduktiv bezeichnet werden.

Gender Mainstreaming thematisiert die Geschlechterverhältnisse, während andere Hierarchisierungen oder Diskriminierungen, z.B. auf Grund der Hautfarbe, der kulturellen und ethnischen Verortung, der sexuellen Orientierung, der geschlechtlichen Identität, des Alters, der körperlichen Leistungsfähigkeit etc. in diesem Konzept ignoriert oder nur am Rande aufgegriffen werden.

Gender Mainstreaming kann aus diesen Gründen nicht die letzte Antwort auf hierarchisierende und diskriminierende Praxen sein. Im folgenden Abschnitt soll ein Ansatz skizziert werden, der die beschriebenen Fehlstellen vermeidet.

Managing Diversity als Perspektive

Die gegenwärtigen westeuropäischen Gesellschaften sind durch Prozesse zunehmender Individualisierung gekennzeichnet, die durch parallel verlaufende Freisetzen aus den bisherigen Mustern sozialen Lebens (Beck 1986, 20 und 115ff) ermöglicht und zugleich angetrieben werden. Die Vorstellungen

10 So heißt es beispielsweise in der vom Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt 2003 herausgegebenen Broschüre »Gender Mainstreaming in Sachsen-Anhalt«: »Gender Mainstreaming ist ausdrücklich als Ergänzung zu spezifischen Frauenfördermaßnahmen zu verstehen und umzusetzen.« (S. 14)

davon, was »normal« ist, erweitern sich; das Spektrum des akzeptierten oder zumindest tolerierten Verhaltens wird breiter. In der Folge nehmen die Möglichkeiten der authentischen Selbstverortung zu und es entsteht eine Vielfalt von Lebensentwürfen.

In säkularen und demokratisch organisierten Gesellschaften entsteht daraus die Notwendigkeit, nicht nur die an die Wahrnehmung des Geschlechtskörpers geknüpften Hierarchisierungen, sondern auch die übrigen Anknüpfungspunkte für Diskriminierung und Ausgrenzung, wie sexuelle Orientierung, Familienstand, Alter, ethnische Herkunft, Behinderung etc., zu thematisieren. Nur der wertschätzende Umgang mit Vielfalt und Uneindeutigkeit eröffnet den Weg hin zu gesellschaftlichen Zuständen, in denen Menschen »ohne Angst verschieden sein« (Adorno 1980) können. Gender Mainstreaming hat hierauf keine Antwort.

Für eine Politik der Verschiedenheit kann das in den USA entwickelte Konzept des Diversity Management Anregungen geben (Ohms; Schenk 2003). Dieses entstand in der Auseinandersetzung mit Rassismus, Sexismus und Behindertenfeindlichkeit und führte zu »Affirmative Action Acts«. Danach haben Universitäten, Verwaltungen und Betriebe etc. das Recht, bestimmte benachteiligte Gruppen der Bevölkerung zu fördern. Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist an die Auflage an die sich darum bewerbenden Unternehmen geknüpft, niemanden in der Belegschaft wegen »Rasse«, Geschlecht, Religion, Hautfarbe oder Herkunft zu diskriminieren.

Der positive Umgang mit Vielfalt etablierte sich in Unternehmen als Strategie des Managing Diversity. Ziel ist, den Zugang zu öffentlichen Aufträgen zu erhalten und Schadensersatzklagen wegen Verstoßes gegen die gesetzlichen Bestimmungen zur Chancengleichheit zu entgehen. Schnell wurde deutlich, dass eine solche Strategie auch neue Märkte und neue KundInnenkreise sowie im Unternehmen selbst Produktivitätsreserven zu erschließen vermag. Gemischte Teams sind kreativer und effektiver – es werden weniger Ressourcen verbraucht für das Versteckspiel oder für Anpassungsleistungen, die ansonsten von Menschen erbracht werden (müssen), die nicht der Mehrheitskultur angehören wie z.B. Angehörige ethnischer oder religiöser Gruppen oder Lesben, Schwule oder transidente Menschen. Zusätzlich führt das Gefühl, in seiner spezifischen Individualität im Unternehmen willkommen und akzeptiert zu sein, auch zu verstärkter Bereitschaft, sich beruflich zu engagieren.

Der positive Umgang mit Verschiedenheit kommt zwar als bloße Strategie der Gewinnmaximierung daher, kann jedoch Ansatzpunkt sein für die Erschließung von Potenzialen im zivilgesellschaftlichen Umgang mit Vielfalt, aber auch im Verwaltungshandeln sowie – perspektivisch – zu einem Paradigmenwechsel in der Gesetzgebung führen (Schenk 2004).

Managing Diversity zielt darauf ab, Chancengleichheit dadurch herzustellen, dass die Persönlichkeit eines Menschen in einer Vielzahl von Facetten

(Geschlecht, Alter, Lebensweise, ethnische Herkunft, kultureller Hintergrund, weltanschauliche Verortung, sexuelle Orientierung, sexuelle Identität, körperliche und geistige Fähigkeiten, Reproduktivität etc.) wahrgenommen wird und darauf geachtet wird, dass keine davon zum Anknüpfungspunkt von Privilegierungen oder Benachteiligungen wird.

Dieser Ansatz macht die Mechanismen sozialer Differenzierung und die daran anknüpfenden Platzzuweisungen nicht unwirksam, verdeutlicht jedoch immerhin deren Dysfunktionalität im Ökonomischen.

Auch dieses Konzept ist nicht ohne Risiken und Begrenzungen:

Zum einen werden beim Managing Diversity üblicherweise die verschiedenen Diskriminierungstatbestände als gleichrangig nebeneinander gestellt. Dabei wird jedoch verkannt, dass die Geschlechterfrage die einzige ist, die in ausnahmslos alle übrigen Diskriminierungsfelder eingeschrieben ist. Das muss in der konzeptionellen und praktischen Arbeit im Rahmen des Diversity-Ansatzes berücksichtigt werden.

Zum anderen findet die Politik der Vielfalt ihre Grenze dort, wo die Anerkennung anderer als Gleiche bzw. Gleichwertige versagt wird und wo das Ausmaß an kultureller Fremdheit eine Kommunikation oder einen Dialog nicht entstehen lässt. Missachtung der Menschenrechte, Vorbehalte gegenüber der Gleichberechtigung von Frau und Mann, Nichtanerkennung der Gleichwertigkeit aller einvernehmlichen Formen von Sexualität unter Erwachsenen und der Vielfalt der Beziehungsformen oder Rassismus etc. stehen dem Diversity-Ansatz ebenso entgegen wie die Unfähigkeit oder der Mangel an Bereitschaft, sich mit dem »Fremden« auseinander zu setzen. Damit sind zugleich die Spannungsfelder umrissen, in denen sich das Diversity-Konzept bewegt: Es sind dies Traditionen, Kulturen und Religionen.

Ein lohnendes Arbeitsfeld bleibt der wertschätzende Umgang mit Vielfalt dennoch oder gerade deshalb.

Literatur

Adorno, Theodor W. (1980): *Minima Moralia*, Reflexionen aus dem beschädigten Leben (1944-1947) In:

Theodor W. Adorno: *Gesammelte Schriften*, Band 4, Frankfurt a. M.

Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft*. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a.M.

Beck, Ulrich (2001): *Das Zeitalter des »eigenen Lebens«*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 29/2001

Bundesregierung (Hrsg.): *Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Christina Schenk und der Fraktion der PDS: Kosten häuslicher Gewalt von Männern gegen Frauen*. Drucksache 14/849

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2002): *Gender Mainstreaming*. Was ist das? Berlin

Döge, Peter (2001): *Geschlechterdemokratie als Männlichkeitskritik*. Blockaden und Perspektiven einer Neugestaltung des Geschlechterverhältnisses. Bielefeld

Döge, Peter (2003): *Gender Mainstreaming als gemeinsamer Lernprozess von Männern und Frauen – Blockaden und Ansatzpunkt*. Schriften des Essener Kollegs für Geschlechterforschung, 3. Jg. 2003, Heft I

Foucault, Michel (2000): *Die Gouvernementalität*. In: Bröckling, Ulrich; Krammann, Susanne; Lemke, Thomas (Hrsg.): *Gouvernementalität der Gegenwart*. Frankfurt a. M.

- Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) (2001): Geschlechterdemokratie. Vielfalt der Visionen – Visionen der Vielfalt. Berlin
- Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) (2003): Geschlechterdemokratie wagen. Königstein/Taunus
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1996): Einbindung der Chancengleichheit in sämtliche politische Konzepte und Maßnahmen der Gemeinschaft (COM(96)67 endg.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2000): Für eine Rahmenstrategie der Gemeinschaft für die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern 2001-2005. KOM(2000) 335 endg.
- Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.) (2003): Gender Mainstreaming in Sachsen-Anhalt. Konzepte und Erfahrungen. Opladen
- Mohanty, Chandra T. (1988): Aus westlicher Sicht: feministische Theorie und koloniale Diskurse. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 23/1988
- Ohlendieck, Lutz (2003): Gender Trouble in Organisationen und Netzwerken. In: Pasero, Ursula; Weinbach, Christine (Hrsg.): Frauen, Männer, Gender Trouble. Systemtheoretische Essays. Frankfurt a.M.
- Ohms, Constance; Schenk, Christina (2003): Diversity – Vielfalt als Politikansatz in Theorie und Praxis: Von einer Zielgruppenpolitik hin zu einer Politik der Verschiedenheit. In: Hessisches Sozialministerium (Hrsg.): Diversity. Dokumentation der Fachtagung des Hessischen Sozialministeriums am 25.4.2003 in Wiesbaden
- Pfeiffer, Christian; Wetzels, Peter (1999): Zur Struktur und Entwicklung der Jugendgewalt in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/1999
- Schenk, Christina (2004): Vom Ende der Eindeutigkeit. Zu den politischen Folgen der Entgrenzung von Geschlecht, Sexualität und Beziehungsform. Im Druck
- Thürmer-Rohr, Christina (1987): Aus der Täuschung in die Ent-Täuschung. Zur Mittäterschaft von Frauen. In: Thürmer-Rohr, Christina: Vagabundinnen. Berlin
- Thürmer-Rohr, Christina (2001): Geschlechterdemokratie. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Geschlechterdemokratie. Vielfalt der Visionen – Visionen der Vielfalt. Berlin

Geschlechtergerechtigkeit in der Kultur?

Gedanken zum Thema aus der Sicht einer kulturpolitischen Sprecherin des Sächsischen Landtages

Zu Beginn unserer Tagung beklagten westdeutsche Feministinnen die in ihren Augen defensive Haltung der ostdeutschen Frauen nach der Wiedervereinigung. Sie hätten sich in ihnen (ich kann ja auch sagen: in uns), die in der DDR schon stärker Gleichstellung erfahren hatten, aktivere Mitstreiterinnen für die Frauenrechte erhofft.

Diese Hoffnung war eine Illusion. Die Mehrheit der Frauen aller gesellschaftlichen Gruppierungen und aller sozialen Schichten in der DDR sah sich nach 1990 so vielen Umbrüchen im privaten und beruflichen Bereich und deren Bewältigung ausgesetzt, dass die Fragen der Gleichstellung zwischen Frau und Mann nur partiell wahrgenommen wurden (vorwiegend über die neue Erfahrung der Frauenarbeitslosigkeit). Eine zweite Ursache für diese Zurückhaltung gegenüber feministischem Gedankengut sehe ich darin, dass dieses Thema in der DDR von den meisten Frauen keinesfalls als existenziell angesehen wurde; sie fühlten sich, natürlich mit Einschränkungen, im Wesentlichen gleichberechtigt. Diese Haltung kennzeichnete in ihrer Mehrzahl auch die ostdeutschen Künstlerinnen und Intellektuellen. Und das, obwohl in der DDR-Literatur von namhaften und auch viel gelesenen Schriftstellerinnen die Notwendigkeit weiblicher Emanzipation seit Beginn der 70er Jahre immer wieder thematisiert und feministisches Gedankengut von jenseits der Mauer aufgegriffen wurde. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an Irmtraud Morgner, die 1972 in einem Interview für die Weltbühne (Heft 32, 1972), befragt nach ihrem zentralen Thema, geradezu programmatisch antwortete: »Der Eintritt der Frau in die Historie.«

Zum besseren Verständnis füreinander erscheint es mir sinnvoll, dass ich mich Ihnen, bevor ich zu den Ausführungen über meine parlamentarische Arbeit komme, mit einigen biografischen Angaben vorstelle.

Ich bin 1936 geboren. Nachhaltig geprägt wurde meine Kindheit und Jugend durch die unabhängig voneinander getroffene Entscheidung meiner Eltern – sie waren zu jener Zeit ja tausende Kilometer voneinander entfernt –, nach ihren schwer wiegenden Kriegserfahrungen eine neue politische und berufliche Heimat im Osten Deutschlands zu suchen. Der Vater, hoher Wehrmachts-offizier in der Paulus-Armee, Kriegsgefangenschaft, Mitbegründer des »Nationalkomitees Freies Deutschland« und des »Bundes deutscher Offiziere«, die Mutter, vor ihrer Heirat Lehrerin, die Frau eines deutschen Offiziers durfte nicht berufstätig sein, infolge der antifaschistischen Aktivitäten des Mannes Frauengefängnis und Sippenhaft mit ihren drei kleinen Töchtern.

Die Wiederaufnahme der Berufstätigkeit meiner Mutter in der sowjetischen Besatzungszone und später die Berufstätigkeit der drei Töchter (Architektin, Kinderärztin, Dramaturgin) war für die DDR selbstverständlich (90 Prozent der Frauen waren erwerbstätig). Ungeachtet aller Schwierigkeiten, Familie und Beruf erfolgreich miteinander vereinbaren zu können, habe ich – zeitlich nur unterbrochen durch dreimaligen Schwangerschaftsurlaub – an verschiedenen Theatern der DDR als Dramaturgin und von 1976 – 1996 als Intendantin des kommunalen Dresdner Kinder- und Jugendtheaters gearbeitet. Als wir östlichen Intendantinnen (damals drei an der Zahl – so stark wirkten auch noch in der DDR die patriarchalischen Strukturen) und unsere vielen männlichen Kollegen 1990 in den machtvollen Deutschen Bühnenverein aufgenommen wurden, begrüßte uns dessen Präsident August Everding bei der feierlichen Auftaktveranstaltung mit »Meine Herren Intendanten«. Später mehrfach auf die anwesenden weiblichen Neankömmlinge verwiesen, konnte er sich doch nur schwer von dieser Anrede lösen. Ich glaube, erst hier hatte ich auch emotional begriffen, dass in der Gleichstellungsfrage ein größeres Problem auf uns zukommt, als ich es in meinem bisherigen Leben wahr- und ernst genommen hatte.

Diese persönlichen Erfahrungen decken sich auch mit wissenschaftlichen Forschungsergebnissen, wie sie im 3. Report des Zentrums für Kulturforschung »Frauen im Kultur- und Medienbetrieb« dargestellt wurden:

»Frauen aus den neuen Bundesländern haben – historisch gesehen – keinerlei Training im Umgang mit dem ›Geschlechterkampf‹. Obwohl sie in der DDR längst nicht gleichberechtigt an wichtigen Leitungsentscheidungen teilnahmen und nur in Ausnahmefällen wirklich herausragende Führungspositionen innehatten, war ihre Berufsausübung und durch sie ihre Existenz gesichert... Gerade in künstlerischen und intellektuellen Bevölkerungsschichten der DDR, wo beide Partner berufstätig waren, war ein vergleichsweise gleichberechtigtes Leben von Mann und Frau mit geteilten Pflichten Alltag... In allen künstlerischen Bereichen wird noch heute mit der Argumentation der – vom Geschlecht unabhängigen – überzeugenden Qualität von Arbeitsergebnissen der geschlechtsspezifische Zugang zum männlich geprägten Kunstmarkt verdeckt und nur partiell von Künstlerinnen als ungleich empfunden. Daraus resultiert bei vielen von ihnen eine mehr oder weniger ausgeprägte Ablehnung gezielter Künstlerinnenförderung, die sie zum Teil als ausgrenzend oder diffamierend empfinden.« (Mann 2001, 7).

Dieser gewesene Vorteil lässt noch heute nicht wenige Künstlerinnen der mittleren und älteren Generation gewissermaßen »vornehm trutzig« jedes feministisch erscheinende Engagement von Frauen für Frauen, deren Programme und Angebote zu Gemeinsamkeit, abwehren, obwohl sie die alte, uralte Ungleichheit nur zu gut zu spüren bekommen.

Auch die an der Thematik interessierte Klientel in der Bevölkerung, immer eine wichtige Bezugsgröße für wieder gewählt werden wollende Politikerin-

nen und Politiker, scheint eher gering. In einer Repräsentativbefragung des Instituts für Demoskopie Allensbach zu Fraueninteressen und Frauenpolitik vom März 2000 sehen 73 Prozent der Befragten im kulturellen Bereich, in der Kunst, beim Theater, Film und Fernsehen die Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann gegeben, nur 7 Prozent der Männer und 12 Prozent der Frauen sind anderer Auffassung und vermuten auch in diesem Bereich ernsthafte Probleme. Sie haben Recht.

Es mehren sich bundesweit Recherchen und Forschungsergebnisse, die bei unübersehbaren Fortschritten in einer stärkeren Präsenz von Künstlerinnen nach wie vor auf erhebliche Ungleichgewichte in der Rollenverteilung zwischen Künstlerinnen und Künstlern und im Kulturbereich arbeitenden Frauen und Männern aufmerksam machen (Ost wie West).

Sie entsprechen auch meinen Recherchen zu dieser Thematik als Landtagsabgeordnete, parlamentarisch und außerparlamentarisch, und als Mitglied des Sächsischen Kultursenats. Dabei ist es schwer, mit der Gleichstellungsthematik im künstlerischen und kulturellen Bereich parlamentarisch wirksam zu werden – noch dazu aus der Opposition heraus. Die Medien zeigen sich wenig interessiert, dieses sensible Thema im Rahmen der Berichterstattung über Landespolitik aufzugreifen. Es fehlen die harten Fakten und sensationellen Ereignisse, um ihr Interesse zu wecken. Auch viele Künstlerinnen selbst verhalten sich der Thematik gegenüber äußerst zurückhaltend – darauf wies ich bereits hin.

Fast auf den Tag genau vor sechs Jahren schockte mich eine Notiz in der Zeitung über das bundesweit durchschnittlich niedrige Jahreseinkommen von freiberuflichen Künstlerinnen und Künstlern aller Sparten, das sie (bei allen Zahlen geht es immer nur um Mitglieder der Künstlersozialkasse) aus ihrer künstlerischen Arbeit erzielten. In den alten Bundesländern waren das (nach den Erhebungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung München) 19.786 DM, in den neuen Bundesländern 14.414 DM (ifo studien 1997, 1). Über eine Kleine Anfrage an den Sächsischen Landtag (Landtags-DS 2/10993 1997) erhielt ich auch das Ergebnis für Sachsen: 17.090 DM. Damals hatte ich noch nicht geschlechtsspezifisch gefragt, erfuhr jedoch wenig später, dass die Frauen noch erheblich unter diesem Jahresverdienst lagen (in den verschiedenen Sparten zwischen 10 Prozent und 40 Prozent). Tendenziell ist die Situation bis heute so geblieben. Von diesem Zeitpunkt an hat mich das Thema der Chancengleichheit von Frau und Mann in der Kunst nicht losgelassen, und wo ich nur konnte, habe ich es versucht öffentlich zu machen, manchmal wohl recht nervend für Beamte und Regierung. Meine Fraktion, besonders unser Arbeitskreis Gleichstellung, den es seit 1999 gibt, unterstützte mich in dieser Haltung und gab mir auch außerhalb kulturpolitischer Debatten im Landtag die Möglichkeit, zu verschiedenen Facetten der Benachteiligung von Frauen im Kunst- und Kulturbereich zu sprechen – so etwa im April 2001 im Rahmen der De-

batte um die Regierungserklärung der Staatsministerin für Gleichstellung von Frau und Mann (damals gab es sie noch, wenn auch ohne eigenes Ministerium). Kürzlich konnte ich auch in einer aktuellen Debatte zu den negativen Auswirkungen der neuen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Kürzungen der Bundesregierung auf die ab 1990 neu aufgebaute Infrastruktur in der Soziokultur in Sachsen sprechen. In diesem »Niedriglohnsektor« der Kultur arbeiten ja hauptsächlich Frauen, Kulturarbeiterinnen und Künstlerinnen. Mit diesen Maßnahmen wurden viele ihrer Hoffnungen, eines Tages wieder im ersten Arbeitsmarkt erwerbstätig sein zu können oder sich auf dem freien Kunstmarkt durchzusetzen, zerstört.

Frage ich mich rückblickend, inwieweit es mir seit 1997 gelungen ist, die Gleichstellungsthematik im Kunst- und Kulturbereich im Parlament auf die Tagesordnung zu setzen, so ist das Ergebnis dürftig. Im Vergleich allerdings zu meinen männlichen Sprecherkollegen aus SPD und CDU könnte ich mir die Siegeskrone aufsetzen. Fragen der Gleichstellung von Frau und Mann haben diese Männer bisher einfach nicht interessiert, und sie sind den von mir (von meiner Fraktion) auf die Tagesordnung gesetzten Themen in der Debatte im Ausschuss für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien und im Parlament weitestgehend aus dem Wege gegangen.

Auch der bis Juli 2002 amtierende Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Prof. H.-J. Meyer – ansonsten ein engagierter, wertkonservativer Verteidiger der Kunst vor den haushälterischen Zugriffen der neoliberalen Ökonomen – zeigte sich bei diesem Thema verschlossen. Er unterschätzte ganz offensichtlich die weibliche Sichtweise mit ihren ästhetisch-künstlerischen Komponenten in ihrer Unersetzbarkeit für die Entfaltung der Kunst – vielleicht trog ihn jedoch auch der äußere Anschein, da es in Sachsen eine erhebliche Anzahl begabter Künstlerinnen gibt, die es, zum Teil untereinander verbündelt, verstehen, sich öffentlichkeitswirksam in Szene zu setzen und auch mit Geschick und List die schmalen Fördertöpfe erfolgreich anzupapfen. Spätestens jedoch beim Blick auf die vom Kunstminister eingesetzten Führungskräfte der höchsten Leitungsebene in fast allen staatlichen Kultureinrichtungen und im Ministerium selbst wird eine verblüffend einseitige Männerherrschaft sichtbar. Und falls ein Weib ausnahmsweise einmal den Zuschlag für eine Führungsposition erhalten hat (Ausschreibungen gibt es immer seltener), dann ist es mit ziemlicher Sicherheit eine so genannte Karrierefrau aus den alten Bundesländern, deren Stärke in dem von ihr zu verantwortenden Bereich nicht gerade in der Gleichstellungspolitik liegt. Sicher erscheint diese Formulierung zugespitzt, aber die politische Realisierung von »Frau als Führungskraft« und »Karrierefrau« hat nach meiner Auffassung wenig mit ehrlicher Gleichstellungspolitik zu tun. Da ich nach 1990 durch meine Intendantinnenposition zu den so genannten Frauen in Führung zählte, also Karriere gemacht hatte, wurde ich auch wiederholt über Einladungen mit dieser Problematik persönlich kon-

frontiert. Ich entdeckte dort Frauen, die mehr den Männern in Führungspositionen nacheiferten, anstatt ihre eigenen weiblichen Lebenserfahrungen (selbst-)bewusst in ihre Führungsarbeit einzubringen.

Auch die Zusammensetzung der Fördergremien der Sächsischen Staatsregierung und der von ihr geförderten Kulturstiftung mit einem weiblichen Anteil von Null bis 33 Prozent zeigen, dass Gender Mainstreaming in der sächsischen Kulturpolitik noch in den Kinderschuhen steckt.

Wenn aus dem erfolgreichen Kurs der geschlechterbewussten Handlungsstrategie in Schweden geschlussfolgert werden kann, dass ein sichtbares Engagement der höchsten politischen Führungsebene dazu die Voraussetzung ist, dann gibt der Freistaat Sachsen eine traurige Figur ab.

Was liegt nun als bisheriges Ergebnis meiner Bemühungen vor?

- Juni 1998: Die Große Anfrage der PDS-Fraktion mit Antwort der Staatsregierung zur Arbeits- und Lebenssituation freiberuflicher Künstlerinnen und Künstler – begleitet von vielen Arbeitsgesprächen mit Künstlerinnen und Künstlern und ihren Verbänden (Landtags-DS 2/8355 1998). Die schärfste Kritik kam von dem Schriftsteller Till Seiler aus Beeskow (Brandenburg), damals stellvertretender Vorsitzender des Vereinigten Schriftstellerverbandes bei der IG Medien. Er sagte: »Obwohl die Große Anfrage scheinbar ins Leere läuft, ist der Fraktion für den Vorstoß zu danken. Der Minister wurde zu Äußerungen veranlasst, die in der bundesweiten Diskussion von Bedeutung sein könnten, etwa das Eingeständnis, dass das zuständige Staatsministerium so gut wie keine Informationen über die Lage der freiberuflichen und nebenberuflichen Künstlerinnen und Künstler besitzt – ein beredtes Armutszeugnis« (Seiler, 1998, Statement auf der Öffentlichen Anhörung der PDS-Fraktion, Dresden).
- Januar 1999: Die Plenardebatte zur Großen Anfrage wurde zum heftigen ideologisierten Schlagabtausch, in dessen Ergebnis jedoch (über den Umweg eines SPD-Entschließungsantrages) die Staatsregierung verpflichtet wurde, zum Thema eine Studie in Auftrag zu geben.
- Von Juni 1998 bis Juni 1999 Erarbeitung einer Studie durch die Literaturwissenschaftlerin Dr. Christel Hartinger (Leipzig) im Auftrag der PDS-Fraktion mit dem Titel »Zwischen Hobby und Lobby... Freiberufliche KünstlerInnen in Sachsen« mit besonderer Schwerpunktsetzung zur Situation von Künstlerinnen. Im Vor- und Nachfeld zur Studie gab es wieder viele Gespräche mit Künstlerinnen und Künstlern. Mit der Erarbeitung der Studie war außerdem eine Fragebogenaktion verbunden.
- Oktober 2000: Große Anfrage der PDS-Fraktion mit Antwort der Staatsregierung zum Thema »Frauen in Kunst und Kultur im Freistaat Sachsen« (Landtags-DS 3/2083 2000).
- Januar 2001: Öffentliche Beratung der Arbeitskreise der PDS Landtagsfraktion »Gleichstellung« und »Bildung, Wissenschaft und Hochschulen, Kultur und Medien« mit sächsischen Künstlerinnen und der Leiterin des Frauenkul-

turbüros Nordrhein-Westfalen e. V., Ursula Theißen. Beschluss: Antrag auf die Gründung eines landesweiten sächsischen Frauenkulturbüros wird gestellt.

- April 2001: Fertigstellung der schon erwähnten, von der Staatsregierung in Auftrag gegebenen Studie »Zur sozialen Lage der freiberuflichen Künstler und Künstlerinnen im Freistaat Sachsen« (Mühlner, Kurt; Wilsdorf, Steffen, 2001).

- Mai 2001: Öffentliche Anhörung des Landtagsausschusses für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien zur Großen Anfrage »Frauen in Kunst und Kultur im Freistaat Sachsen« und zum Antrag »Schaffung eines Frauenkulturbüros in Sachsen«; die CDU verzichtet auf ihr Recht, Gutachter einzuladen, nur die drei von der PDS und der SPD eingeladenen Gutachterinnen sprechen zum Thema und bejahen überzeugend den Wert eines landesweiten Frauenkulturbüros.

- September 2001: Mehrheitliche Ablehnung des eben erwähnten Antrages durch die CDU-Fraktion.

- Oktober 2002: Gespräch in der PDS-Fraktion mit einem Autor der benannten Leipziger Studie, Prof. Dr. Steffen Wilsdorf. Konsequenzen aus der Studie und der Bericht der Staatsregierung darüber im Landtag stehen noch aus.

Zusammenfassend möchte ich aus diesen Aktivitäten, die natürlich auf einem breiten außerparlamentarischen Umfeld basieren, schlussfolgern:

1. Es ist außerordentlich schwierig, ja fast unmöglich, eine fundierte, geschweige denn geschlechtsspezifische Datenlage über in Kunst und Kultur Tätige (das beginnt bei der Definition des Begriffs Künstler/Künstlerin) zu erreichen. Eine aussagekräftige Datenlage wäre jedoch als Ausgangspunkt für Gender Mainstreaming (für eine geschlechterbewusste Handlungsstrategie) auch im Kultur- und Kunstbereich erforderlich. Dort, wo Landespolitik die Bedeutung der Thematik erkannt hat, finden sich jedoch Methoden und Wege, das Datenproblem wenigstens empirisch zu lösen. Dass das möglich ist, beweist die Große Anfrage der SPD-Fraktion zum Thema »Frauenkultur in Nordrhein-Westfalen« vom September 1993 (Landtags-DS 11/3845) – hier gelang ministeriumsübergreifend, bei großer Kooperationsbereitschaft der Kultureinrichtungen und Verbände, eine umfassende Bestandsaufnahme der Frauenkulturpolitik in NRW.¹ Eine glückliche Voraussetzung war neben Mikrozensus, Künstlersozialkasse und Beschäftigungsstatistik die Tatsache, dass 1987 in NRW eine Volkszählung stattgefunden hatte.

1 Ich empfehle an der Thematik Interessierten die Beratung mit Ursula Theißen, der engagierten und sachkundigen Leiterin des seit 1991 mit Landesmitteln geförderten Frauenkulturbüros NRW e. V. Seit dieser Zeit bemüht sich U. T. unverdrossen, die Chancen für professionelle kunstschaftende Frauen landesweit zu verbessern. Es ist zu fragen, wo liegen die Ursachen dafür, dass dieses nachweislich erfolgreiche Modell bundesweit bisher keine Nachahmung fand? Sollte man etwa künftig auf den Begriff Frauenkultur angesichts der Karriere des Begriffes Gender Mainstreaming verzichten? Besteht dann aber nicht die Gefahr, dass das in Mode gekommene, staatlich und europapolitisch geförderte, Gender die nach wie vor auch im Kunst- und Kulturbereich notwendige Frauenförderung zurückdrängt?

2. So fragmentarisch die inhaltlichen Ergebnisse der beiden benannten Großen Anfragen der PDS-Landtagsfraktion und der angeführten beiden Studien zur sozialen Lage der freiberuflichen Künstlerinnen und Künstler in Sachsen auch sein mögen, weisen sie jedoch besonders durch die angefügten statistischen Erhebungen die Benachteiligung von Frauen im Kunst- und Kulturbereich aus. So war z. B. das Jahreseinkommen der Künstlerinnen im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen im Jahr 2.000 bis zu 9.000 DM niedriger, gab es Differenzen im durchschnittlichen Rentenbezug bis zu 13 Prozent. Die Zusammensetzung der Gremien zur individuellen Künstlerförderung ist eindeutig männerzentriert, in künstlerischen und kulturwissenschaftlichen Fächern stehen den 62 Prozent Studentinnen nur 25 Prozent weibliche Lehrkräfte gegenüber u.a.m.

Hier ist Handlungsbedarf angezeigt.

Die Einschätzung der Staatsregierung auf meine Frage (zitiert aus der im Oktober 2000 beantworteten Großen Anfrage unserer PDS-Fraktion zum Thema »Frauen in Kunst und Kultur im Freistaat Sachsen«, Landtags-DS 3/2083) ist inakzeptabel: »Wie beurteilt die Staatsregierung das Ergebnis der Bestandsaufnahme über die Förderung der Frauen in Kunst und Kultur?«

Antwort:

»Die Staatsregierung erachtet die Förderung von Frauen in Kunst und Kultur als angemessen. Dabei betont die Staatsregierung, dass die Förderung von Kunst und Kultur dazu dient, den Künstlerinnen und Künstlern einen Handlungsrahmen für ihr künstlerisches Schaffen zu eröffnen. Das künstlerische Schaffen selbst steht im Mittelpunkt und nicht die formale Zuordnung, ob der Schöpfer eines Kunstwerkes dem einen oder anderen Geschlecht, einer bestimmten Bevölkerungsgruppe o. ä. angehört. Eine Absonderung der Frauen aus dem Gesamtbild des künstlerischen Schaffens ist daher nicht wünschenswert.«

3. Genauere Analysen zeigen, dass die wichtigsten Voraussetzungen für die Chancengleichheit von Künstlerinnen und Künstlern nicht die - auch wichtigen - geschlechtsspezifischen Rahmenbedingungen der Landespolitik im kulturellen Bereich sind, sondern die sozialen Rahmenbedingungen, die auf kommunaler Ebene und vor allem auf Bundesebene beschlossen werden. Spätestens hier wird natürlich deutlich, dass gerade Gender Mainstreaming als verbindliche Handlungsstrategie in allen Ebenen der Politik und Verwaltung Einzug halten muss.

Als ich am Tag des offenen Ateliers im November 2002 in Dresden acht Künstlerinnen besuchte und mich nach den Arbeitsbedingungen erkundigte, standen vor allem zwei soziale Probleme im Vordergrund:

a) Bei jungen Frauen die Sorge um die (zu jenem Zeitpunkt in Dresden heftig umstrittene) Einführung von erschwerten Zugangsbedingungen zu Kitas sowie deren unvariable Öffnungszeiten und steigende Gebühren. Also: Ein kom-

munales Problem, natürlich vor dem Hintergrund der Sparpolitik des Bundes und des Landes.

b) Bei den älteren Künstlerinnen aufgrund der geringen Verkaufsmöglichkeiten besonders in den letzten Jahren die Angst vor einer nicht ausreichenden Altersrente, eine berechtigte Sorge, die sie mit ihren Kolleginnen aus den Altbundesländern teilen – vor allem also ein Problem der Bundesgesetzgebung, nach 20 Jahren ist gerade in dieser Rentenfrage dringend eine Novellierung des Künstlersozialversicherungsgesetzes geboten.

Ich zitiere den Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann: »Die Probleme sind uns allen bekannt. Zu wenig beachtet werden bislang die Künstlerinnen und Künstler, die jetzt ins Rentenalter kommen. Sie sind die erste Generation, die ihre Rente von der Künstlersozialkasse erhalten werden. Und es zeigt sich jetzt: Die Zahlungen an diese Kolleginnen und Kollegen aus der Künstlersozialkasse sind beschämend! Wir müssen darüber nachdenken, öffentlich reden und letztendlich auch einfordern, dass hier *strukturelle* Verbesserungen erzielt werden. Wenn *wir* nichts *ändern*, schicken wir sie alle in die Altersarmut !« (Zimmermann 1998, 10).

Die drei letztgenannten Feststellungen belegen nach meiner Auffassung überzeugend, wie notwendig, ja längst überfällig die kürzlich beschlossene Kulturenquete des Bundestages ist, die nach sage und schreibe 28 Jahren eine gründliche Analyse im Kultur- und Kunstbereich der Bundesrepublik vornehmen wird. Erstmals wird diese Analyse ja auch auf der Grundlage des Gender Mainstreaming erfolgen – und, so steht zu hoffen, in den Folgerungen der Chancengleichheit von Frau und Mann Beachtung zollen.

Nach der ersten Kulturenquete 1976 haben linke Sozialdemokraten im Bundestag (an ihrer Spitze der Münchner Schriftsteller Dieter Lattmann) das Künstlersozialversicherungsgesetz erstritten und nach zähem Ringen 1983 durchgesetzt. Damit war auch für freiberufliche Künstlerinnen in der BRD erstmalig eine soziale Absicherung ihrer Lebensgrundlage gegeben. (In der DDR war dieses Problem, wenn auch auf niedrigem Niveau, von Beginn an gelöst.) Es ist zu hoffen, dass nach der zweiten Kulturenquete die Notwendigkeit einer grundlegenden Novellierung des Künstlersozialversicherungsgesetzes von allen im Bundestag vertretenen Parteien erkannt und umgesetzt wird. Unsere 2001 noch im Bundestag vertretene Fraktion hatte einen Novellierungsvorschlag eingebracht, mit dem u.a. der aus selbständiger künstlerischer und publizistischer Tätigkeit resultierende Rentenbeitrag so angehoben werden sollte, dass er in jedem Falle über der Sozialhilfe gelegen hätte.

Abschließend ein paar Zeilen über eine kleine parlamentarische Aktion:

Im Dezember 1999 stellte ich eine so genannte Kleine Anfrage an die Staatsregierung, die für die Jahre 1998/99/2000 nach der Vergabe von Stipendien und Arbeitsaufenthalten in Künstlerhäusern durch die Kulturstiftung des Freistaa-

tes Sachsen fragte – aufgeschlüsselt nach weiblichen und männlichen Bewerbern, ihrem Durchschnittsalter und der Höhe der zu vergebenden Fördermittel (Landtags-DS 3/0346). Berücksichtigt man die weitaus höhere Anzahl männlicher Bewerber, so war das Ergebnis relativ ausgeglichen, annähernd chancengleich für Künstlerinnen und Künstler.

Später gestand mir der Stiftungsdirektor, der die Zuarbeit für die Antwort der Staatsregierung an mich vorzubereiten hatte, dass er regelrecht erschrocken über meine Anfrage und dann um so erleichterter über das Ergebnis gewesen sei, denn er hätte zuvor bei der Beratung über die Fördermittelvergabe mit keinem Gedanken die Gleichstellungsproblematik mitbedacht.

Es wäre ihm sozusagen nicht einmal aufgefallen, wenn das Ergebnis ein völlig anderes gewesen wäre.

Dieses kleine Beispiel, dem ich ähnlich gelagerte parlamentarische Erfahrungen hinzufügen könnte, macht das ungelöste Problem noch einmal deutlich: Solange in politischer Verantwortung Stehende die geschlechterspezifische Betrachtungsweise nicht verinnerlicht haben (kleine persönliche Randfrage: Inwieweit ist das in unserer bestehenden Gesellschaft überhaupt möglich?), werden sie in ihren Arbeitsbereichen auch nicht auf die Idee kommen, Rahmenbedingungen zu entwickeln und durchzusetzen, die der Gender-Strategie gerecht werden.

Auf den konkreten Fakt bezogen bedeutet das: Im Freistaat Sachsen gibt es keine Künstlerstipendien, die sich in ihren Ausschreibungsbedingungen nach Frauenbiografien richten. Und Erfahrungen, wie die des Frauenkulturbüros in NRW, scheint man (oder besser gesagt: scheinen Männer) nicht zur besseren Kenntnis nehmen zu wollen. So wurden z. B. im Oktober 1997 vom Frauenbüro NRW fünf Stipendien für Bildende Künstlerinnen mit Kindern ohne Wohnortwechsel für je fünf Monate im Auftrag des Ministeriums für Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen ausgeschrieben.

Ich habe meinen Beitrag persönlich begonnen und möchte ihn auch so beenden. Nicht selten wurde mir in meiner Leitungstätigkeit als Intendantin vorgeworfen, dass ich die jungen Schauspielerinnen zu sehr in mein Herz geschlossen hätte, was sich in ihrer guten Bezahlung, in kontinuierlichen schauspielerischen Entfaltungsmöglichkeiten, Kämpfen um Wohnraum, Prämienvorschlägen, Sorge um den Arbeitsschutz, Einrichtung einer Kinderstube u.a.m. widerspiegeln würde.

Rückblickend bin ich der festen Überzeugung, dass diese fürsorgliche Haltung in einem Ensembletheater möglich war und ist und eine nicht zu unterschätzende Stärkung der ja auch im Schauspiel (im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen) schwierigeren Frauenbiographien darstellte.

Nicht ohne innere Genugtuung beobachte ich heute aus der Ferne, wie selbstbewusst sich gerade jene in ihren Anfängerjahren aufmerksam geförderten

und geforderten begabten Schauspielerinnen bei dem nun häufigen Wechsel in die Freie Szene behaupten, wie sie mit dieser neuen Lebenssituation kreativ und oft auch sehr tapfer umzugehen gelernt haben.

»Sie wollen die Künstler in Watte packen, wie zu DDR-Zeiten«, wie oft musste ich mir in öffentlichen Debatten diesen Vorwurf von Vertretern der CDU-Landtagsfraktion anhören.

Ich jedoch kann an meinem Eintreten für sensible geschlechtsspezifische Rahmenbedingungen zur Förderung des künstlerischen und kulturellen Schaffens nur Sinnvolles sehen, denn, um mit Peter Hacks zu sprechen: »... ich müsste mich sehr irren oder Kunst hat nie einen anderen Sinn gehabt als Leben üben...« (Hacks 1996). Und dazu braucht es, füge ich hinzu, dass die Kunst von Frauen ihren gleichberechtigten Platz hat neben der von Männern.

Literatur

- Brinkmann, Annette; Wiesand, Andreas Joh. u. a. (2001): Frauen im Kultur- und Medienbetrieb III. Zentrum für Kulturforschung (Hg.). In: kultur und wissenschaft, Band 19, Bonn
- Fraueninteressen und Frauenpolitik. Eine Repräsentativbefragung zu den Interessen von Frauen und ihren Erwartungen an die Politik (2000), Institut für Demoskopie Allensbach
- Hacks, Peter (1996): Die Maßgaben der Kunst. Gesammelte Aufsätze 1959 – 94, Hamburg
- Hartinger, Christel (1999): Zwischen Hobby und Lobby... Freiberufliche KünstlerInnen in Sachsen. Studie im Auftrag der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag, Leipzig
- Große Anfrage 13 der Fraktion der SPD im Landtag Nordrhein-Westfalen, 11. Wahlperiode (1993): Frauenkultur in Nordrhein-Westfalen, Landtagsdrucksache 11/3845
- Große Anfrage der Fraktion der PDS im Landtag des Freistaates Sachsen (1998): Zur Lage der freiberuflichen KünstlerInnen, Landtagsdrucksache 2/8355
- Große Anfrage der Fraktion der PDS im Landtag des Freistaates Sachsen (2000): Frauen in Kunst und Kultur im Freistaat Sachsen, Landtagsdrucksache 3/2083
- Hummel, Marlies; Waldkirchner-Heyne, Cornelia (1997): Höhe und Zusammensetzung des Arbeitsinkommens selbständiger Künstler und Publizisten. In: ifo studien zu kultur und wirtschaft 21, München
- Lattmann-Kretschmer, Gunild (1997): Kleine Anfrage an den Sächsischen Landtag, Landtagsdrucksache 2/10993
- Lattmann-Kretschmer, Gunild (1999): Kleine Anfrage an die Staatsregierung, Landtagsdrucksache 3/0346
- Mann, Bärbel (2001): In: Brinkmann, Annette; Wiesand, Andreas Joh. u. a. (2001): Frauen im Kultur- und Medienbetrieb III. Zentrum für Kulturforschung (Hg.). In: kultur und wissenschaft, Band 19, Bonn
- Mühlner, Kurt; Wilsdorf, Steffen (2001): Zur sozialen Lage der freiberuflichen Künstlerinnen und Künstler im Freistaat Sachsen. Forschungsbericht zur schriftlichen Befragung 2000/2001, Leipzig
- Morgner, Irmtraud (1972): In: Weltbühne, Heft 32
- Seiler (1998): Statement auf der Öffentlichen Anhörung der PDS-Fraktion, Dresden
- Zimmermann, Olaf (1998): Kultur braucht eine Lobby. In: Kunst und Kultur, IG Medien, Heft 8/9

»Ach, ich weiß – ich bohr in der Nase und mach auf dumm.« Geschlechterreflexive Perspektiven und jugendliche Inszenierungen

Die Geschlechterdiskussion in der Kinder- und Jugendhilfe hat sich in den letzten Jahren sehr ausdifferenziert. Die geschlechterbezogene Pädagogik ist – spätestens mit dem Prinzip des Gender Mainstreaming – formal zur Chefsache geworden. Obwohl »die Genderfrage« selbst in der Kinder- und Jugendhilfe nichts Neues ist, da sie seit Anfang 1990 rechtlich verankert ist (§ 9 Abs. 3 KJHG), stellt die Ausdifferenzierung der Anforderungen an die Genderpädagogik und die Institutionenanalyse des Gender Mainstreaming eine neue Herausforderung für die Kinder- und Jugendhilfe dar: Die Genderpädagogik hat die Entwicklungen der Genderforschung auszuwerten und diese für die Praxis der Kinder- und Jugendhilfe anwendbar und übertragungsfähig zu vermitteln. Das Prinzip des Gender Mainstreaming formuliert darüber hinaus Anforderung an die Institutionenanalysen. Diese verschiedenen Erweiterungen lassen es sinnvoll erscheinen, die unterschiedlichen Erkenntnisebenen zu differenzieren und sie in ihrer jeweiligen Handlungsrelevanz aufzuzeigen. Dies soll im Folgenden an einem Beispiel aus der Praxis unternommen werden. Dabei steht die Transparenz von Erkenntnisebenen im Mittelpunkt. Diese wird mit Hilfe von drei unterschiedlichen Beobachtungsperspektiven (hier »Genderbrillen« genannt) entfaltet und in ihrer Relevanz für die Wahrnehmung von Entwicklungen innerhalb einer Gruppe ausgewertet.

Beobachtungen während eines Osterkulturcamps in der Landesjugendakademie Niedersachsen/Jugendhof Steinkimmen¹

Die Landesjugendakademie Niedersachsen lud in Kooperation mit dem Förderprogramm Lebensweltbezogene Mädchenarbeit zu einer Veranstaltung im Jugendhof Steinkimmen ein, die im Frühjahr 2003 als dreitägige Ferienaktion für Zehn- bis Vierzehnjährige stattfand. Angefragt waren Kolleginnen und Kollegen aus der offenen Jugendarbeit. Sie waren gebeten worden, eine Gruppe von max. vier Jugendlichen mitzubringen und diese Gruppe in gemischt geschlechtlicher Zusammensetzung auszuwählen. Angekündigt war ein Seminar unter Anleitung von zwei Kultur- und TheaterpädagogInnen zum Thema »Träume«.

1 Grundlage dieses Praxisbeispiels ist ein Seminar, das im Rahmen eines Modellversuchs der Landesjugendakademie Niedersachsens/Jugendhof Steinkimmen in Kooperation mit dem Förderprogramm Lebensweltbezogener Mädchenarbeit in Niedersachsen durchgeführt wurde.

Der erste Tag (die ersten Eindrücke) stand(en) unter dem Eindruck der »Vielfalt«
Die Gruppe der insgesamt 18 Kids reiste mit wenig Vorerfahrungen in der Theaterarbeit an, die Erwartung war eher diffus gerichtet auf »lustige Ferienaktionen«. Während die KollegInnen Bettina Huhn (Kultur- und Theaterpädagogin, Köln) und Christof Meckel (Regisseur und Kulturwissenschaftler, Bremen) die Arbeit mit den Jugendlichen begannen, wurde für uns als Beobachterinnen deutlich, dass es verschiedene Perspektiven der Beobachtung geben könnte. Ich möchte die Betrachtungen meiner Kollegin Astrid Schwarz (Förderprogramm Lebensweltbezogene Mädchenarbeit in Niedersachsen im Jugendhof Steinkimmen) und meine durch die Beschreibung von imaginierten »Genderbrillen« fokussieren.

Die erste »Gender-Beobachtungsbrille« werde ich mit einem Fokus auf das Thema Diversity *Priorität der Vielfalt* nennen.

Die Genderbrille »Vielfalt« bezieht die neueren Forschungen zum Geschlechterthema ein und ist eingestellt auf eine kritische Distanz zu unseren eigenen Deutungen und Wahrnehmungen. Wie die neuere Genderforschung heraus gearbeitet hat, stehen wir immer wieder in der Gefahr, die Geschlechterverhältnisse durch Zuschreibungsprozesse aktiv neu zu festigen (Voigt-Kehlenbeck 2003a, Hartmann 2001). Mit der Genderbrille »Vielfalt« lässt sich der Blick schärfen für die Vielfalt der Persönlichkeiten. Diese Perspektive sensibilisiert die Augen für die Wahrnehmung von Uneindeutigkeiten, für Zwischenräume und sieht den Raum für die diversen Differenzen innerhalb einer Gruppe von Mädchen bzw. von Jungen (Sielert 2002).

Mit der »Brille der Vielfalt« die Gruppe der Kids beobachtend fiel uns auf, wie unterschiedlich die Mädchen und Jungen auf den ersten Blick wirkten – und wie sie sich auch in ihrer Unterschiedlichkeit verhielten. Wir konnten (einige der älteren) Mädchen beobachten, die kräftig auftraten, direkt und eindeutig waren. Weiter fiel uns auf, dass manche Jungen (jüngere und auch die etwas älteren) sich eher zögerlich und schüchtern verhielten. Diese Beobachtungen wurden durch die verfeinerte Perspektive der »Genderbrille Vielfalt« besonders interessant, weil wir aufmerksam wurden auf Inszenierungen der Jugendlichen quer zur klassischen Geschlechterkonnotation (direkt und eindeutig = männlich konnotiertes Verhalten; schüchtern und weiblich = weiblich konnotiertes Verhalten). Zugleich erkannten wir durch diesen Blickwinkel etliche Gemeinsamkeiten von Jungen und Mädchen: Der sich eher schüchtern, zurückhaltend und ernsthaft verhaltende Junge schien mehr Gemeinsamkeiten mit dem schüchternen Mädchen zu haben als mit den sich eher klassisch männlich dominant inszenierenden Jungen. Das *bäuerlich stämmige Mädchen* (um ein weiteres Klischee zu bemühen) in ihrer Autorität wirkte ähnlich dominant und »beeindruckend« wie der sich in männlichen Dominanzgesten erprobende türkische Jugendliche. Ein anderer Jugendlicher türkischer Herkunft distanzierte sich von dieser dominanten Inszenierung, verhielt sich deutlich zurückhaltend und richtete sein Verhalten eher aus an beobachtenden

Positionen und hatte damit vieles gemeinsam mit einigen Mädchen, die sich aufs stille Beobachten verlegt hatten.

Fazit: Diese »Vielfalt-Genderbrille« bestärkte unsere Vermutungen, dass es sehr gewinnbringend sein kann, eine Gruppe, die sich noch nicht kennt, auf ihre Unterschiedlichkeiten in der jugendlichen Inszenierung hin zu beobachten und nicht den Blick durch die klassische Suche nach den Unterschieden zwischen Jungen und Mädchen zu verengen.

Der zweite Tag war geprägt von Eindrücken durch die Genderbrille »Differenz«
Die Ereignisse des zweiten Tages machten deutlich, wie sehr eine andere Brille, die wir hier als »Genderbrille Differenz« bezeichnen möchten, hilfreich ist, um die Wirksamkeit der Normzuschreibungen und mit ihr die Dynamik der Begrenzung von Persönlichkeitsentwicklungen zu erkennen.

Die klassische Gender-Brille mit dem Fokus auf Differenz schärft den Blick für die Auswirkungen der Geschlechterkonstruktion. Geschlecht ist einem Herstellungsprozess unterworfen (vgl. Faulstich-Wieland 1995). Diese soziale Konstruktion Geschlecht zwingt zur Zuordnung innerhalb eines Systems der Zweigeschlechtlichkeit, das durch die Setzung von Gegensätzlichkeiten (Bipolaritäten) gekennzeichnet ist: Alles sogenannte Männliche, das in der patriarchalen Ordnung im Sinne der androzentrischen hegemonialen Norm dominiert, definiert sich über die Abgrenzung und Abwertung von allem sogenannte Weiblichem und bedingt damit beide Geschlechterkonstruktionen (vgl. Connell 1999). Die Genderbrille der Differenz schärft den Blick für die Auswirkungen der geschlechtsspezifischen Sozialisationsverläufe. Durch die »Genderbrille Differenz« lässt sich beobachten, wie sich Kinder und Jugendliche die vermeintlich natürlichen Vorgaben der Geschlechterordnung in ihrer bipolaren Anordnung aneignen und diese in ihre körpergebunden Selbstinszenierungen zu integrieren suchen.

Die »Genderbrille Differenz« wurde am zweiten Tag sinnvoll, weil nach der ersten Schnupperphase, in der sich die Gruppe mit dem Ort und dem Angebot für diese Ferientage vertraut gemacht hatte, sich immer deutlicher abzeichnete, wie sich das (heimliche) Gruppenthema, die »Etablierung von (geschlechtsbezogenen) Gruppennormen«, durchsetzte: Wie in jeder fremden Gruppe entstanden, völlig unabhängig von der Anleitung durch die PädagogInnen, eigene Verhaltens- und Gruppennormen. Besonders an der Dynamik innerhalb der Gruppe der Mädchen und der Jungen war dabei eindrucksvoll zu beobachten, wie die Geschlechterzuschreibungsprozesse durch die peer group in dieser Phase des Kennenlernens beeinflusst wurden.

Uns fielen vor allem die männlichen Jugendlichen in ihrem Prozess der Zuschreibung von Geschlechternormen auf. Deutlich wahrnehmbar war, dass in dem Freiraum der bis dahin weniger klar definierten Verhaltens- und Gruppennorm sich die Jugendlichen noch in allen Unterschiedlichkeiten hatten zeigen können. Am zweiten Tag wurde die Not der Zuschreibung größer, und es entwickelte sich eine Dynamik, die bestimmt war von dem Bemühen der

Jungen, sich an solchen männlichen Jugendlichen zu orientieren, die deutlich sichtbar *männliche Normen* setzten. Gemäß den Vorgaben der hegemonialen Männlichkeit² waren diese Normierungen geprägt durch die Ab- bzw. Ausgrenzung sogenannte homosexuellen Gebahrens (»Ej, bist Du schwul ej?«) und durch die Abwertung des weiblichen Geschlechts (»Ich würde mir im Traum nicht einfallen lassen, ein Mädchen sein zu wollen...«).

Die Jungen homogenisierten sich als Gruppe dadurch, dass sie alle darum bemüht waren, sich mit den etablierenden Normen vertraut zu zeigen und sich entsprechend zuzuordnen. Sie suchten nach Kodierungen, um zu zeigen, dass sie sich entsprechend zu verhalten gelernt hatten und schienen besonders bemüht, nicht in die Nähe der sanktionierten Zuschreibungsprozesse zu geraten. Alles von Männlichkeitsnormen abweichende Verhalten wurde als »schwul« titulierte. Das zentrale Bemühen war ganz offenbar darauf ausgerichtet, die eigene »Inszenierung« so zu kontrollieren, dass sie in den Rahmen der sich etablierenden Männlichkeitszuschreibungen passte und nicht als abweichend bewertet wurde. Uneindeutigkeiten wurden eher gemieden, Abgrenzungen und Zuschreibungsprozesse (z.B. durch die verbale Abwertung der Mädchen oder der anwesenden Frauen) aktiv genutzt, nicht in die Nähe einer Zuschreibung von *weiblichem* Verhalten zu rücken oder gar als »schwul« titulierte zu werden. Das Verhalten der Jungen war deutlich geprägt von der Gefahr der Diffamierung durch die eigenen Geschlechtsgenossen. Durch die Beteiligung an der Vermittlung hegemonialer Männlichkeitsnormen schien es möglich, diese Gefahr zu bannen und die eigene Geschlechtszugehörigkeit zu festigen.

Am Tag vorher, in der Gruppe von Kindern und Jugendlichen, die sich nicht kannten, waren die Geschlechternormen noch diffus gewesen. Es hatte ein eher normfreier Raum bestanden, der sich nicht so einschränkend ausgewirkt hatte. In diesem Freiraum konnte sich deutlich die faktische Vielfalt der Persönlichkeiten abbilden, dieser Freiraum bot die Möglichkeit für Inszenierungen in Zwischenräumen, in geschlechtsbezogenen Verflüssigungen und Uneindeutigkeiten der Zuschreibungsprozesse (vgl. Voigt-Kehlenbeck 2003).

Am zweiten Tag aber wirkte sich der Normierungsdruck der Zweigeschlechtlichkeitsvorgaben deutlich aus. Durch die »Genderbrille der Differenz« fiel uns besonders auf, wie sehr die Inszenierungsnot der männlichen Jugendlichen unausweichlich die Bewegungs- und Inszenierungsmöglichkeiten der Mädchen einschränkte. Die Mädchen wurden deutlich zu einer gemeinsam von Diffamierung betroffenen Gruppe, die sich in ihrem Verhalten sehr indifferent gaben – ganz offensichtlich, um den (verbalen und nonverba-

2 Hegemoniale Männlichkeit wird als jene Form von Männlichkeit bezeichnet, die in einer »gegebenen Struktur des Geschlechterverhältnisses die bestimmende Position einnimmt, eine Position allerdings, die jederzeit in Frage gestellt werden kann (...). Hegemoniale Männlichkeit kann man als jene Konfiguration geschlechtsbezogener Praxis definieren, welche die momentan akzeptierte Antwort auf das Legitimitätsproblem des Patriarchats verkörpert und die Dominanz der Männer sowie die Unterordnung der Frauen gewährleistet (oder gewährleisten soll)« (Connell 1999, 97f).

len) Abwertungen der Jungen im Zuge ihrer Männlichkeitsinszenierung zu entgehen.

Uns erschien es, als würden die Mädchen imaginäre Rollläden herunterlassen, um sich auf die männlichen Inszenierungen einzustellen. Sie, die offensichtlich solche Entwicklungen in koedukativen Zusammenhängen kannten, wirkten scheinbar unbeeindruckt: Sie kannten es offenbar, sich nicht (mehr) als Individuum zu zeigen, sich stattdessen zurückzuziehen und nicht zu exponieren – um sich nicht dem kollektiven Gespött der Jungen auszusetzen – und sich defensiv in *Deckung* zu begeben.

Gerade nach den Beobachtungen des ersten Tages erschütterten diese Reaktionen der Mädchen, sich der Dynamik der verletzenden Abwertung bis zur Unkenntlichkeit der eigenen Inszenierung zu entziehen. Dies fiel besonders ins Auge, da die Aktivitäten des Seminars gerade auf theatrale Exponiertheit abzielte. Die Mädchen blieben insgesamt eher abwartend und schienen sich auf eine für sie offensichtlich recht bekannte Art zu langweilen. Ihr Rückzug trug keine Nuancen von Empörung oder gar Protest, sondern eher den der Gewohnheit.

Fazit: Diese Beobachtungen mit der »Differenz-Genderbrille« erschütterten uns nachhaltig und machten uns nochmals sehr deutlich, wie wichtig es bleibt, – auch heute in der koedukativen Arbeit – Mädchen und Jungen getrennt Erfahrungen zu ermöglichen, damit sie sich jenseits der Dynamik der Zuschreibungsprozesse bewegen, erleben und entwickeln können.³

Der dritte Tag war geprägt durch Eindrücke und Beobachtungen zur Systemkategorie Zweigeschlechtlichkeit

Am Ende des zweiten Tages zeichnete sich eine Veränderung ab, die uns auf eine dritte Ebene aufmerksam machte: Auf die Interaktion zwischen den Geschlechtern in ihrer wechselseitigen Einflussnahme auf die Geschlechternormierungen. Mit der dritten Brille, die ausgerichtet ist auf Erkenntnisse zur Struktur der Zweigeschlechtlichkeit wird das Augenmerk auf die wechselseitige Bedingtheit in der gegengeschlechtlichen Zuschreibung der Geschlechter gelegt.

Die »Brille zur Struktur der Zweigeschlechtlichkeit« schärft den Blick für die Strukturkategorie Geschlecht und ist auf die Auswirkungen der Dynamiken der Zweigeschlechtlichkeit gerichtet. Mit ihr wird deutlicher analysiert, wie sich die Vorgaben der Anordnungen der kulturell gesetzten Zweigeschlechtlichkeit in der Zuschreibungsdynamik und damit im Prozess des doing gender beider Geschlechter niederschlagen. Kinder und Jugendliche eignen sich nicht nur Geschlechterstereotypisierung

3 Diese Beobachtung ist eine klassische Begründungsstruktur für geschlechtshomogene Angebote für Mädchen und Jungen, die sich mit der hier beobachteten Entwicklung durchaus bestätigt hat. Zu Fragen der Weiterentwicklung der Mädchenarbeit vgl. Bitzan; Daigler 2001 und Heiliger 2002, zur Praxis der Jungenarbeit vgl. Sturzenhecker; Winter 2003, Grote; Jantz, 2003.

gen an (Jungen weinen nicht, Mädchen sind nicht intellektuell und rational begabt), sie setzen sich auch interaktiv mit diesen Vorgaben auseinander. Sie antizipieren ihre Beobachtungen im Laufe ihres Aneignungsprozesses als vermeintlich natürliche Zuschreibungen und erlernen die strukturellen Vorgaben der Geschlechterordnung als System. Die bipolaren Bedingtheiten (alles was nicht weiblich ist, ist männlich und umgekehrt) prägen auch die wechselseitigen Erwartungshaltungen und damit z. B. auch die Entwicklung erotisch besetzter Bilder.

Mit dieser Brille werden die Vermittlungsformen der vermeintlich natürlichen Verhaltensweisen unter Jungen und Mädchen skandalisierbar. Für die Entwicklungen am Abend des zweiten Tages, die geprägt waren von der bevorstehenden abendlichen Disco, erschien es uns bedeutsam, das Augenmerk auf die Dynamik der Zweigeschlechtlichkeit in ihrer (zwangs-)heterosexuellen Normierung zu richten.

Während sich die Jugendlichen für die Disko präparierten, zeigte sich sehr deutlich, wie sehr nun (spätestens) die Jungen ihr Verhalten änderten und mehr darauf achteten, den Normsetzungen der Mädchen gerecht zu werden. Ihre Inszenierung wurde immer komplizierter, da sie nun ihr Verhalten ganz offenbar (auch noch) an den (verbal und nonverbal vermittelten) Männlichkeitserwartungen der Mädchen ausrichten mussten. Interessant war die Beobachtung, dass sich auch das Verhalten der Mädchen veränderte. Die bisherige Zurückhaltung nahm ab, und eine kleine Gruppe tonangebender Mädchen trat deutlich hervor. Sie hatten nun deutlich an Norm setzenden Einflussmöglichkeiten gewonnen. Die Mädchen konzentrierten sich dabei auf die Jungen, die auch innerhalb der Jungengruppe schon als die Attraktiven galten und bestätigten sie in ihrer Männlichkeitsinszenierung. Dieses Phänomen war in gewisser Weise überraschend. Es bestätigt, dass die Verhaftung an hegemonialen Männlichkeitsbildern nicht nur ein Problem der Jungen ist, sondern sich auch im Verhalten der Mädchen niederschlägt.⁴

Durch diese dritte Genderbrille wurde klarer erkennbar, wie sehr das Verhalten der Jungen sowohl durch die Normen innerhalb der Jungengruppe als auch die der tonangebenden Mädchen geprägt war; die männliche Inszenierung wird also nicht unerheblich auch durch die Männlichkeitserwartungen der Mädchen beeinflusst. Diese von Männern und Frauen reproduzierten Bilder stellen die Jungen vor hohe Integrationsanforderungen. Den Stolz auf den (subjektiv empfunden) gelungenen Integrationsprozess dieser unterschiedlichen Erwartungen zeigten einige der älteren männlichen Jugendlichen, als sie den Regisseur zur Seite nahmen und ihm eine »Flirtschule« angedeihen ließen (»Komm mal her, wir zeigen dir mal, wie man sich (richtig) kleidet, wie man

4 Eine hochinteressante Studie von Peter Döge und Rainer Volz hat in diesem Zusammenhang jüngst auch auf die Geringfügigkeit der Veränderungen in den Männlichkeitsbildern bei beiden Geschlechtern (hier bei Erwachsenen) aufmerksam machen können und damit auch das Beharrungsvermögen von Frauen im Veränderungsprozess der Geschlechterverhältnisse sichtbar gemacht (Döge; Volz 2002).

cool aussieht und wie man so mit Mädchen flirtet«)⁵. Die jüngeren Jungen beneideten die älteren um diese Souveränität und zeigten deutlich, dass sie sich mit den Widersprüchen zwischen den weiblichkeitsabwertenden Gesten des Tages und den mädchenumschwärmenden Gesten des Abends schwer taten. Sie suchten meist die Aufmerksamkeit der Jungengruppen wiederzugewinnen, z.B. durch Humor, wie in einem sehr augenfälligen Beispiel eines jüngeren türkischen Jungen, der sich als »Miss Super-Titti« verkleidete und mit zwei großen Bällen unter seinem T-Shirt den gesamten Abend eine eindrucksvolle Lachnummer inszenierte.

Durch die teilnehmende Beobachtung mit der dritten Brille wurde aber noch ein Weiteres deutlich: Auch im Verhalten der Mädchen hatte eine entscheidende Veränderung stattgefunden; mit der beginnenden Disko hatten sie eine neue Funktion erhalten. Deutlich war durch die bevorstehende *Bühne der Disko* die Selbstinszenierung der männlichen Jugendlichen nicht mehr nur auf die Wirksamkeit in der männlichen Gruppe gerichtet. Damit war ihr Verhalten verändert. Die öffentlich wirksamen Abwertungen von Weiblichkeit gingen zugunsten einer tastenden Neugierde herauszufinden, was die (tonangebenden) Mädchen an Männlichkeitsnormen setzten, zurück. Erstmals schien es von Bedeutung, was Mädchen überhaupt – vor allem aber, was sie an Jungen – attraktiv finden. Dies förderte die Kommunikationsbereitschaft der Jungen, die sich jetzt deutlicher auf die Mädchen ausrichtete. Die älteren zeigten offen ihr Interesse daran, von den (tonangebenden) Mädchen akzeptiert zu werden. Die Jungen und Mädchen aber, die sich selbst nicht als Teil der Tonangebenden fühlten, schienen, unabhängig vom Geschlecht, in dieser Phase der *Disko-Normierung*, in ihrem Verhalten noch einmal mehr von der Furcht vor Ausgrenzung (»Ach die ist ja nun voll uncool, hässlich, fett ...« – »Ach der ist doch eh schwul ...«) betroffen.

Fazit: Die »Struktur-Genderbrille« ließ uns nachdenklich werden darüber, wie diesen für beide Geschlechter wirksamen Ängsten der Ausgrenzung entgegenzuwirken sei. Deutlich zeigte sich, dass in sich selbst überlassenen gemischten Gruppen beide Geschlechter von dem Prozess der Ausgrenzung bedroht sind und zwangsweise ihre Inszenierung von dieser Angst vor der Diffamierung der Abweichungen von der erwarteten Geschlechternorm der jeweiligen peer group geprägt ist.

Die Genderbrillen in der Gesamtschau – Zusammenfassung der Beobachtungen der Dynamik in der peer group

Die »Genderbrille Vielfalt« des ersten Tages:

Alle Teilnehmenden waren unsicher, die Vielfalt und die Unterschiedlichkeit

5 Der männliche Kollege, der sich in den Augen der Jugendlichen »unmännlich« verhielt, hatte sie im Verlaufe des Tages in deutliche Ambivalenzstimmungen versetzt. Sie suchten seine (körperliche) Nähe und Zuwendung, und zugleich schien er sie allein durch sein Auftreten – er trug bequeme Hosen und ein einfaches T-Shirt zum Theaterspielen – verunsichert zu haben.

fielen auf. Jugendliche männlichen und weiblichen Geschlechts, verschiedener Herkunft, Mentalität, Alter und Schichtzugehörigkeiten, Stadt-Landgefälle etc. konnten in ihrer Unterschiedlichkeit, unabhängig von den Geschlechtergrenzen, beobachtet werden.

Die »Genderbrille Differenz« des zweiten Tages:

Es etablierten sich die Normen innerhalb der Mädchen- und Jungengruppe. Die Inszenierung qua Geschlecht wurde durch die Entwicklung einer Gruppennorm geformt. Hierzu gehörten die von den männlichen Kids geprägten Normen: Abwertung weiblichen Verhaltens, öffentliche Diffamierung von Mädchen und Frauen und Etablierung hegemonialer Männlichkeitsnormen durch Abgrenzung von unerwünschtem männlichen Verhalten. Die kollektive, verbal propagierte Verleumdung weiblichen Verhaltens, die öffentliche Beleidigung von weiblichen Personen des Teams durch die Jungen (zum Eindruckschinden) etc. dominierten. Der Effekt auf die Gesamtgruppe war, dass Jungen die Definitionsmacht für die gesamte Gruppe erhielten und die Mädchen sich als gesamte Gruppe dieser entzogen bzw. sich durch Schweigen unterwarfen. Es entwickelte sich innerhalb der Jungengruppe eine Hierarchie, die sich dadurch auszeichnete, dass die tonangebenden Jungen sich exponierten. Ihren Normsetzungen unterwarfen sich die anderen Jungen und traten entweder – ähnlich wie die Mädchen – in eine Art Deckung, um nicht Diffamierungen ausgesetzt zu werden, oder agierten aktiv im Sinne der Männlichkeitsnormsetzungen, d.h. diffamierten selbst andere (Jungen oder Mädchen) und wurden dadurch zum akzeptierten Mitglied der Jungengruppe.

Die »Genderbrille Vielfalt« des dritten Tages bzw. des Vorabends:

Ausgelöst durch die bevorstehende Disko am Abend zeigte sich die Macht der Mädchen durch ihr Mitagieren in der Manifestation des Geschlechterverhältnisses. Auch das Verhalten der Jungen ließ die Furcht vor Ausgrenzungserfahrungen, hier durch die Vorstellungen der Mädchen über coole Jungen, erkennen. Dies wurde besonders bei den weniger hegemonial männlich agierenden Jungen bzw. den – von beiden Geschlechtergruppen übrigens gleichermaßen – abgewerteteren Mädchen deutlich. Individuen beider Geschlechtergruppen erfuhren die Rigidität der Zweigeschlechtlichkeit, die von Einschluss- bzw. Ausschlussdynamiken lebt. Es gab Mädchen und Jungen, die diese aktiv praktizierten und andere, die diese deutlich fürchteten.

Dynamisierung des Prozesses – oder was passiert, wenn das Geschlecht zum Thema wird?

Nach der Beobachtung der Gruppendynamik innerhalb der peer group zielte unser weiteres Interesse auf die Frage, was passiert, wenn Geschlecht im Seminar selbst zum Thema wird.

Theater und Geschlecht. Beobachtungen während der Theaterarbeit des Seminars

Der Beginn der themenbezogenen Arbeit war gekennzeichnet von Vorübungen und Anwärmphasen, um die Jugendlichen überhaupt an Theaterarbeit heranzuführen. Ihnen wurde anfangs die Möglichkeit gegeben, durch Spielvorschläge sich mit der eigenen und der gegengeschlechtlichen Inszenierung qua Geschlecht zu konfrontieren.

Beispiel 1: Nach einigen Vorarbeiten war der Raum durch ein quer durch den Raum geklebtes Kreppklebeband aufgeteilt in eine Bühne und einen Zuschauerraum. Die Jugendlichen saßen alle vor der sogenannten Bühne und fungierten als Zuschauer. Nun wurden die Jungen aufgefordert, sich auf der Bühne in eine sog. freeze-position zu begeben (Anweisung: Geh auf die Bühne und bewege Dich wie ein Mädchen bzw. nimm eine Position ein – sitzend, stehend, liegend und friere (=freeze) diese ein und verharre in dieser Position, bis sich alle Jungen »als Mädchen« auf der Bühne befinden!). Danach wechselte die Perspektive, und die Mädchen stellten sich als Jungen dar.

Die Gruppe der Jungen zierte sich erst sehr, sich »als Mädchen« darzustellen. Schließlich aber folgten sie der Aufforderung und griffen auf klassische Klischees zurück: Sie imitierten Mädchen im Schminken, Lächeln, Kämmen etc. Der Kommentar der Mädchen war verhalten und wirkte wie ein stummes Einverständnis eines »... Ja, ja, das kennen wir, so werden Mädchen immer dargestellt«.

Als die Aufforderung an die Mädchen erging, nun Jungen darzustellen, reagierten sie erst etwas verwundert. Offensichtlich war es für sie ungewohnt, sich in die »Inszenierung« von Jungen bewusst hineinzudenken. Recht rasch aber war ihnen die Aufgabe klar und sie überlegen, wie sich denn Jungen überhaupt »als Jungen« inszenieren. Mit dem Kommentar einer Jugendlichen zu ihrer Freundin »Ach ich weiß, ich bohre in der Nase und mach auf dumm« wurde der Gang der Mädchen auf die Bühne eingeleitet. Am Ende standen die Jugendlichen – wie eine Gruppe männlicher Jugendlicher – cool, an einen imaginierten Bretterzaun gelehnt, und wirkten sehr überzeugend.

Überraschend war der lautstarke Protest der zuschauenden männlichen Jugendlichen (»Mann ej, das ist ja voll übertrieben, was soll das denn?«). Deutlich verunsichert durch das Spiel ihrer eigenen Inszenierung war es für sie offensichtlich sehr problematisch, dass die Mädchen sie in ihrer Inszenierung beobachtet hatten und sie so treffend nachahmen konnten.

Für uns, die Beobachtenden, war dabei besonders interessant zu erkennen, wie sehr die Mädchen um die Selbstdepotenzierung der Jungen wissen. Wie auch der Titel dieses Beitrages heraushebt, zeigt der Kommentar des einen Mädchens, dass sie offensichtlich gedacht hat – Ach, was mach ich: Ich inszeniere mich als Junge, d. h. ich muss mich »dumm« darstellen und d.h. ich muss abweichendes Verhalten zeigen (hier Nasebohren). Sie schien erkannt zu haben, dass die Fassade von Männlichkeit der männlichen Gleichaltrigen in der Verstellung und Selbstdepotenzierung gründet.

Die ergangene Aufforderung, männliches Verhalten zu imitieren, ist – zu unserem Erstaunen – nicht in männliches Potenzgehabt gemündet, sondern in die Darstellung des für sie Alltäglichen – in der jugendlich männlichen Depotenzierung. Uns wurde schlagartig bewusst, wie sehr sich letztlich beide (!) Geschlechter Formen der (Selbst-)Zurücknahme bzw. Depotenzierung unterwerfen müssen, um sich in den engen Korsetts der Geschlechterzuschreibungen adäquat bewegen und innerhalb der Geschlechtergruppe und in der gegengeschlechtlichen Wahrnehmung Akzeptanz finden zu können.

Die Angebote der Kulturpädagogen dynamisierten das Seminar im Folgenden damit, dass sie die Gruppe der Jungen und die der Mädchen im Anschluss aufforderten, eine Szene zu entwickeln, in der ein Traum, präziser ein typischer Mädchen- bzw. Jungentraum, dargestellt werden sollte.

Beispiel 2: Gegengeschlechtliche Inszenierung: Jungenträume/Mädchenträume

Erneut waren die Jungen nicht sehr erfreut, sich mit Mädchen identifizieren zu müssen. Nach anfänglichen Schwierigkeiten aber – so berichtete uns der männliche Kollege, denn wir waren in der Mädchengruppe zur Beobachtung geblieben – fanden sie jedoch zu einem recht freundlichen Traum. Sie entwarfen eine Szene, in der eine Gruppe von Mädchen auf einem Pferdehof lebt und Schwärmereien nachhängt. Sie entwarfen das Leben von pferdebegeisterten Mädchen, die sich nach einem Popstar verzehren und schlussendlich einen Preis gewinnen, so dass sie mit ihren Pferden zu einem Konzert reiten können, um diesen Star zu treffen.

Die Mädchen provozierte die Aufforderung, einen Jungentraum zu erfinden, augenscheinlich weniger. Erst an der Vehemenz der Spielfreude und den lautstark verlaufenden Vorproben wurde deutlich, dass sie offensichtlich ein großes Bedürfnis hatten, sich in der männlichen Inszenierung selbst einmal auszutoben. Sie fanden alle (!) große Freude darin, männliche Personen zu imitieren. Ihre Spielfreude zeigte sich in der Lust, Männlichkeit lächerlich machen zu können. Dabei war auffällig, dass sie keine Jungen-, sondern Männerrollen entwarfen. Sie reproduzierten augenfällig Klischees zur Männlichkeit – mehr oder weniger deutlich den täglichen Fernsehsoaps entnommen. Ihre Szene war angefüllt mit lebensunfähigen, alkoholfixierten männlichen Figuren, die keinerlei Überblick über ihr Handeln hatten und deren männliches Verhalten im abweichenden Modus (klauen, saufen und verkehrsgefährdendes Autofahren) Ausdruck fand. Am Ende wurden die Männer von Polizisten überwältigt, sie endeten alle im Gefängnis (und zwar nicht bei »Wasser und Brot«, sondern bei »Essensresten«!).

In der wechselseitigen Präsentation spielte sich folgende Dynamik ab: Nach der Präsentation der Jungen applaudierten die Mädchen relativ freundlich, und es wurde gelacht. Nach der Vorführung der Mädchen aber kam ein Sturm der Entrüstung auf. Der Protest der Jungen während der Aufführung der

Mädchenszene wollte schier kein Ende nehmen: Sie fühlten sich unlauter denunziert (»Das soll ein Traum sein, das ist ja ein Alptraum ...«) und von der negativ gefärbten Spiellust der Mädchen verärgert bis verletzt. Die Mädchen hingegen schienen durch die Reaktion der Jungen verunsichert bis beschämt. Rasch suchten sie ihre eigene Spieleidenschaft zu schmälern und in ihren Kommentaren durch vermittelnde Kommentare den Jungen gegenüber ihrer Inszenierung die Schärfe zu nehmen – offenbar mit der Absicht, die Alltäglichkeit des (geschlechterordnenden) Miteinanders wieder herzustellen.

Erst durch das Insistieren der Kulturpädagogen, dass alle Kommentare gehört würden, begann dann später, nachdem sich die Wogen etwas geglättet hatten, zögerlich auch der Protest einiger Mädchen zur Darstellung der Jungen. Sie beschwerten sich, dass sie ja schließlich auch nicht alle Pferdenärrinnen seien und auch nicht so blöd seien, ein Pferd mit zu einem Konzert zu nehmen ...

Fazit

Im Vergleich der Geschlechtergruppen ist uns deutlich geworden, dass - im Gegensatz zu den Mädchen - den meisten Jungen kaum bewusst ist, dass sie sich auch an Rollenvorgaben orientieren. Offensichtlich erleben sie ihre männliche Inszenierung weit mehr noch als Mädchen als naturwüchsige Gesetzmäßigkeit.

Für die Weiterentwicklung genderpädagogischer Fragestellungen erscheint es zentral, genauer darüber nachzudenken, wie Situationen beschaffen sein müssen, die Jungen und Mädchen die Chance geben, sich über die Wirkungsweise von Geschlechterzuweisung bewusst werden zu können. Das Ziel wäre, Distanzierungsmöglichkeiten für die Jugendlichen zu den Setzungen der Geschlechterordnung zu gewinnen. Bislang wird in koedukativen Arbeitszusammenhängen kaum über diese Chance gesprochen, es Jungen und Mädchen zu ermöglichen, sich öffentlich von den Konstruktionsvorgaben qua Geschlecht zu distanzieren und gemeinsam mit dem anderen Geschlecht über solche Bedürfnisse zu diskutieren. Methodische Angebote zu entwickeln, die diesem Problem Rechnung tragen, erscheint eine weit größere Herausforderung als die Frage, ob Mädchen- oder Jungenarbeit in ihrer Angebotsstruktur obsolet oder gar veraltet sei. Adäquate Formen zu finden, die sowohl der Unterschiedlichkeit der Zugängen, als auch der Dynamik der gegengeschlechtlichen Zuschreibung Rechnung tragen, stellt eine große Herausforderung für die Weiterentwicklung der genderpädagogischen Praxis in koedukativen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe dar.

Literatur

- Bitzan, Maria; Daigler, Claudia (2001): Zwischen Eigensinn und Einmischung, Weinheim
- Connell, Robert (1999): Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten, Opladen
- Döge, Peter; Volz, Rainer (2002): Wollen Frauen den neuen Mann? Traditionelle Geschlechterbilder als Blockaden von Geschlechterpolitik, Broschüre Nr. 47 der Reihe Zukunftsforum Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Stankt Augustin, 11/2002
- Erdheim, Mario (1988): Die Psychoanalyse und das Unbewusste in der Kultur, Frankfurt a.M.
- Faulstich-Wieland, Hannelore (1995): Geschlecht und Erziehung. Grundlagen des pädagogischen Umgangs mit Mädchen und Jungen, Darmstadt
- Grote, Christoph; Jantz, Olaf (2003): Jungenarbeit, Opladen
- Hartmann, Jutta (2001). Bewegungsräume zwischen Kritischer Theorie und Poststrukturalismus. Eine Pädagogik vielfältiger Lebensweisen als Herausforderung für die Erziehungswissenschaft. In: Fritzsche, Bettina u.a.: Dekonstruktive Pädagogik, Opladen
- Heiliger, Anita (2002): Mädchenarbeit im Gendermainstream. Ein Beitrag zur aktuellen Diskussion, Frauenoffensive, München
- Sielert, Uwe (2002): Difference Troubles – Anerkennungskultur als Basis einer Pädagogik der Vielfalt. In: Difference Troubles. Dokumentation eines Fachtags vom 21. März 2002 im Rahmen des Projekts Difference Troubles, unveröffentlichtes Manuskript, Universität Kiel
- Sturzenhecker, Benedict; Winter, Reiner (Hrsg) (2002): Praxis der Jungenarbeit, Weinheim
- Voigt-Kehlenbeck, Corinna (2003a): Geschlechterreflexive Kinder- und Jugendhilfe und Gender Mainstreaming. In: Neue Praxis 3/2003, S. 46 - 61
- Voigt-Kehlenbeck, Corinna (2003b): Gender Mainstreaming. Forschungsanforderungen an eine geschlechterreflexive Kinder- und Jugendhilfe. In: Bruhns, Kirsten (Hg.): Perspektiven der Geschlechterforschung in der Kinder- und Jugendhilfe, Wiesbaden
- Voigt-Kehlenbeck (2003c): Raus aus der Zuschreibungsfalle: Genderdialoge als pädagogische Zukunftsaufgabe. In: Betrifft Mädchen 4/2003

Hochschulpolitische Projekte und Erfahrungen

ILONA PACHE

Erfolgsgeschichte oder Auslaufmodell? Gratwanderungen in den Gender Studies

Einleitung

Die Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechterforschung wird als ambivalenter Prozess beschrieben, in dem die Erfolge der beeindruckenden Zahl von Einrichtungen der Frauen- und Geschlechterstudien dem anhaltenden Mangel an Ressourcen und Anerkennungsstrukturen gegenüberstehen. Mit der seit der Bologna-Vereinbarung (1999) forciert an den Hochschulen durchgesetzten Studienstrukturreform scheint sich die ambivalente Situation bedrohlich zu entwickeln.

Gegenstand dieses Beitrags sind Überlegungen zur Perspektive der Frauen- und Geschlechterforschung in der Reform der Studienstrukturen. Zunächst werde ich in einem kurzen Überblick die Ambivalenzen der Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechterforschung an den Hochschulen skizzieren. Dann erläutere ich die Auswirkungen der Studienstrukturreform am Beispiel des 1997 an der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) gegründeten Studiengangs Gender Studies/Geschlechterstudien. Im Anschluss diskutiere ich hochschulpolitische Strategien und ihre Einsatzmöglichkeiten in der Studienstrukturreform.

Ambivalenzen der Institutionalisierung

Die Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechterforschung in den verschiedenen deutschen Hochschultypen wird gerne als Erfolgsgeschichte erzählt (vgl. Metz-Göckel 2002, 30). So wurden in den letzten Jahren an mehr als 30 Universitäten und Fachhochschulen Lehreinheiten, Studiengänge, Forschungszusammenhänge auch in Form eines Instituts, Zentrums oder als zentrale Einrichtung, institutionalisiert (ebd.). Eine Übersicht zum »Status quo der Gender Studies im deutschsprachigen Raum« (Jähnert 2004) verzeichnet allein 26 Studiengänge, die verschiedene Abschlüsse wie Magister, Bachelor (BA), Master (MA) und Zertifikate umfassen (ebd. 11 ff.).

Diese Entwicklung wird im Zusammenhang mit dem massiven Modernisierungsdruck gesehen, unter dem die Hochschulen stehen: »... an einigen

Universitäten [wird] die Entwicklung und Integration von Frauen- und Geschlechterforschung als Innovation begrüßt und die mangelnde ›Geschlechtergerechtigkeit‹ als Modernisierungsdefizit erkannt« (Bock 2002, 124). Entsprechend erscheint der Entwicklungsschub bei der Einrichtung von Studiengängen zur Frauen- und Geschlechterforschung »als Maßnahme zur Frauenförderung sowie zur Wissenschafts- und Hochschulreform« (Kahlert 2000, 6).

Obwohl sich die summarische Darstellung der Entwicklung der Frauen- und Geschlechterforschung als Erfolgsstory anbietet, wird gleichzeitig auf die Ambivalenz dieses Prozesses (vgl. Bock 2002, 124) verwiesen. Geteilt wird die Einschätzung der Politikwissenschaftlerin Barbara Holland-Cunz (2001, 45), dass die »Institutionalisierung noch immer eher prekär, häufig marginal und potenziell gefährdet ist«. Zwei Gründe werden bisher für die Gefährdung angeführt: Die immer noch vom Mainstream der Wissenschaft verweigerter Anerkennung der inzwischen beeindruckenden Ergebnisse der Frauen- und Geschlechterforschung (vgl. Bock 2002, 124 f.) sowie die administrative Zwangsjacke der »Kostenneutralität«, die fehlenden Anerkennungsstrukturen und materiellen Ressourcen (vgl. Hark 2003).

Die aktuelle Studienstrukturreform stellt meines Erachtens ein akutes drittes Bedrohungsmoment für die Frauen- und Geschlechterforschung dar. Gemeint ist die europäische Hochschulreform nach dem Bologna-Modell von 1999: Gemäß der Zielsetzung der Bologna-Vereinbarung soll ein einheitlicher europäischer Hochschulraum geschaffen werden, der voraussetzt, dass auch die deutsche Studienstruktur bis 2010 in ein gestuftes System mit Bachelor- und Master-Studiengängen (BA/MA) umgewandelt wird. Trotz weit verbreiteter Skepsis in den deutschen Universitäten – z.B. an der viel beschworenen Vergleichbarkeit der Abschlüsse – wird die europäische Hochschulreform von der Wissenschaftspolitik kräftig vorangetrieben (vgl. Glaser 2004, 66). Die Entwicklung der neuen Studiengänge wird, »weil man dem Verordneten ohnehin nicht entgehen könne« (Brandt 2004, 74), wenn auch »zähneknirschend«, so doch an allen deutschen Universitäten umgesetzt.

Mit den Konsequenzen dieses Prozesses für die in der BRD bestehenden Studiengänge der Frauen- und Geschlechterforschung befassen sich Ebeling, Flaake, Fleßner (2004, 132 f.) am Beispiel der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg. Sie fordern, dass die bisherigen Gender-Inhalte in der neuen Studienstruktur verankert werden müssen, dass sie nicht verloren gehen dürfen bzw. sogar neu erstritten werden müssen. »Gelingt der Um- und Einbau in die neue Struktur nicht, dann sind die Gender-Studienprogramme Auslaufmodelle« (ebd., 133).

Die Nachhaltigkeit der Erfolge in der Frauen- und Geschlechterforschung wird sich also in der Studienreform erweisen müssen. Infolge der an der Bologna-Vereinbarung orientierten Wissenschaftspolitik entsteht in den Universitäten ein sehr großer Druck auch auf die bestehenden Gender-Studies-Studi-

engänge und -schwerpunkte, die Strukturreform ebenfalls umzusetzen. An allen Hochschulen sind daher die Modularisierungen des Lehrangebots oder Bachelor- und Masterstudiengänge geplant, die die etablierten Magisterstudiengänge ersetzen werden.

Studienreform und Geschlechterstudien an der Humboldt-Universität

Mit welchen Auswirkungen etablierte Gender Studies Studiengänge in der Studienreform rechnen müssen, möchte ich am Beispiel der Geschlechterstudien an der Humboldt-Universität darstellen.

Zum Profil der Humboldt-Universität (HU) gehört – natürlich – auch die »Chancengleichheit der Geschlechter«. In Punkt 9 des Leitbildes wird z. B. als Selbstverständnis formuliert: Die Humboldt-Universität »stärkt die Frauen- und Geschlechterforschung in der Wissenschaft«. Signalisiert wird damit, dass die HU sich einem Zukunftsmodell der Hochschulbildung verpflichtet fühlt, wie es auf einer Tagung der Bund-Länder-Kommission 2001 in dem Vortrag »Geschlechterdifferenz und Geschlechterarrangement: Ein Zukunftsmodell für Hochschulbildung?« anvisiert wurde. In dem Beitrag war von neuen »Vernünftigkeiten« die Rede, d.h. von zentralen Vorstellungen, Regelungen und Normen; von Orientierungen also für vernünftiges Handeln in Organisationen wie der Hochschule. (vgl. 2. Juli 2003: www.impulse-nutzen.de)

Die Einrichtung des Studiengangs Geschlechterstudien/Gender Studies (1997) und die Neugründung des Zentrums für transdisziplinäre Geschlechterstudien (2003), in dem der Studiengang und das bereits 1989 gegründete Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung (ZiF) nicht zuletzt zur besseren Absicherung der Frauen- und Geschlechterforschung an der HU zusammengeführt wurden, sprechen für die Realisierung dieses Selbstverständnisses.

Auf der »Vorderbühne« (vgl. Goffman 1983), muss mit dem in der Organisationssoziologie produktiv gewordenen Begriff hinzugefügt werden (vgl. Wobbe 2003b, 14 ff.). Es gibt aber – wie alle wissen – eine »Hinterbühne«, die den Alltag in der Hochschule, in den Fächern und Gremien betrifft. Auf die »Hinterbühne« bezogen müsste jedoch das »t« in Leitbild durch ein »d« ersetzt und zu Leidbild umformuliert werden. Denn die Erfahrungen mit der Studienreform aktualisieren bekannte Leiden aus den frühen Phasen der Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung.

Die Durchführung der Studienreform an der HU, das beinhaltet vor allem die mit Nachdruck verfolgte Entwicklung von BA- und MA-Abschlüssen, illustriert leider, dass die Relevanz der Geschlechterstudien oft nicht zu den selbstverständlich anerkannten Vernünftigkeiten gehört. Im Gegenteil: Die konzeptionelle Gestaltung der Studienreform gibt zu pessimistischen Prognosen Anlass, zumal die Studienreform gepaart ist mit dem Druck existenziell

verknappter Ressourcen. Die HU kämpfte sich – wie die anderen Berliner Hochschulen – im Jahre 2003 (wieder) durch Kürzungsvorgaben und Pläne zur Einsparung von Fächern oder sogar Fakultäten, die in neue und geschrumpfte Strukturpläne mündeten, welche Bestandteil weiterer grundlegender Umbauten universitärer Strukturen sind. In diesem durch fiskalische Zwänge schmerzhaft begrenzten Szenario wird die Studienreform vorangetrieben.

Für die Absicherung des Curriculums der Geschlechterstudien müssen in den neuen BA- und MA-Studiengängen der einzelnen Fächer Lehrangebote für die Geschlechterstudien gesichert werden, denn die Struktur der Geschlechterstudien an der HU besteht vor allem aus einem transdisziplinären Netzwerk, in dem acht Fakultäten und siebzehn verschiedene Fächer kooperieren. Zu den Fächern gehören u. a. die Rechtswissenschaft, Sozialwissenschaft, Landwirtschaft, Erziehungswissenschaft, Medizin, Kulturwissenschaft, Germanistik, Amerikanistik/Anglistik, Skandinavistik, Afrikawissenschaften, um die wichtigsten zu nennen. Dieses Netzwerk wird von wenigen eigenen Lehrkapazitäten getragen und stützt sich wesentlich auf Kapazitäten in den einzelnen Fächern. Für das Curriculum der Geschlechterstudien ist also die explizite Verankerung der Frauen- und Geschlechterforschung in den Modulen der BA-/MA-Studiengänge der verschiedenen kooperierenden Fächer unabdingbar.

Erfahrungen in der Studienreform mit den kooperierenden Fächern

Generell wird die Studienreform in den Fakultäten und Fächern der HU kritisch eingeschätzt. Als Gefahren und Probleme werden genannt: Verlust der Wissenschaftlichkeit zugunsten der Berufsorientierung, Verschulung der Fächer, Einschränkung der Wahlmöglichkeiten, stärkere Bindung der Lehrkapazitäten in den Pflichtbereichen sowie Anstieg der Prüfungsbelastung für alle Beteiligten.

Aus Sicht der Geschlechterstudien wird als weitere kritisch zu bewertende Veränderung die *Retraditionalisierung* der Fächer beobachtet. Diese Entwicklung lässt sich in den neuen BA- und MA-Studienprogrammen feststellen. Ein Beispiel dafür ist an der HU die Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät, die bereits 2001 BA- und MA-Abschlüsse einführte. Dort wurde nach einer negativen Evaluation durch den Wissenschaftsrat die Studienreform als probates Reformmittel gesehen. Konzeptionell setzte sich bei der Entwicklung von BA- und MA-Abschlüssen die Stärkung traditioneller Fachkerne durch. Dies ging einher mit der Abtrennung von innovativen, beispielsweise interdisziplinären Bereichen. Als Folge wurde die Rurale Frauenforschung abgewickelt, die eine wichtige Ressource für die Geschlechterstudien im Themenbereich Internationalität, Globalisierung und Praxisanbindung darstellt.

Die Kämpfe der Lehrenden aus der Ruralen Frauenforschung zeigten, dass Gender kaum als Leitorientierung bzw. als Vernünftigkeit in der Studienre-

form aner kennbar und damit durchsetzbar war. Im Gegenteil wird Gender häufig nicht den Fachkernen zugerechnet, sondern auch dann als Einschränkung des Kanons betrachtet, wenn Jahrzehnte erfolgreicher Frauen- und Geschlechterforschung das Fach auszeichnen. Die Studienreform kann also zur Marginalisierung der Geschlechterstudien führen. Perspektivisch wird es dann kritisch, wenn Professuren in solchen Lehrbereichen, in denen die Frauen- und Geschlechterforschung selbstverständlich praktiziert wurde, aber keine Gender-Denomination vorlag, neu besetzt werden müssen. Hier sind die Kapazitäten zukünftig besonders gefährdet.

Eine positiv zu bewertende Ausnahme bildet im Rahmen der Entwicklung von BA-, MA-Studiengängen eine Tendenz, die *Modernisierung* der Fächer genannt werden könnte. Diese Form der Umsetzung der Studienreform ist nur als Einzelfall zu beobachten; sie beinhaltet neben dem Fachwissen die Vermittlung disziplin kritischen und wissenschaftskritischen Wissens als Gegenstand des Faches. Die zu Grunde liegende reflexive Haltung hat Parallelen zum Selbstverständnis der Geschlechterstudien. Durch die wissenschaftskritische Konzeption wird die Vereinbarkeit mit den Geschlechterstudien gewährleistet. Aber auch hier kann die Stärkung der Kooperation nur realisiert werden, wenn ausreichend Ressourcen vorhanden sind.

Die Neuformation der Fachgebiete durch BA- und MA-Studiengänge wirkt sich also generell auf die konzeptionellen Anschlussmöglichkeiten der Fächer mit den Geschlechterstudien aus. Darüber hinaus reduziert die stärkere Einbindung der ProfessorInnen und MitarbeiterInnen in die neue Studienstruktur inhaltliche und zeitliche Freiräume und verknüpft so die Ressourcen für Lehre und Forschung in den Geschlechterstudien. Die Auswirkungen der Studienreform in den Fächern auf die Geschlechterstudien berühren also immer auch kapazitäre Fragen, zumal wenn die Geschlechterstudien – wie an der HU – kaum über eigene Kapazitäten verfügen, sondern als Netzwerk funktionieren.

Erfahrungen mit der Studienreform in den Geschlechterstudien

Neben der Verankerung in den BA- und MA-Studiengängen der kooperierenden Fächer müssen die Geschlechterstudien an der HU selbst BA- und MA-Studiengänge entwickeln, wenn das bisherige grundständige und weiterführende Angebot der Geschlechterstudien nicht auslaufen soll. Aus diesem Grund wurde im Wintersemester 2003 mit der Entwicklung von BA- und MA-Studiengängen begonnen. Bis dahin wurde gehofft, dass lediglich die Modularisierung des Magister-Studienprogramms ausreichen könnte, um mit den neuen Studiengängen kooperieren zu können. Im Sommersemester 2003 stellte sich jedoch heraus, dass keines der bisherigen Magisterfächer als Magisterfach erhalten bleiben wird. Infolgedessen würde nach Einführung der BA- und MA-Studiengänge für den Studiengang Geschlechterstudien/Gender Studies als Magisterteilstudiengang kein Kombinationsfach mehr zur Verfüg-

gung stehen. Deshalb müssen auch die Geschlechterstudien auf BA/MA umsteigen, wenn sie nicht den Anschluss verlieren wollen.

Bei der Entwicklung der neuen Studienprogramme wurde versucht, folgende klassische und neue Herausforderungen der Geschlechterstudien besser zu integrieren. Das betrifft die Bereiche:

1. Kanonisierung: Kanon oder kein Kanon, wie viel Kanon?
2. Interdependenzen: Welchen Stellenwert haben andere Kategorien wie »race«, »class« oder »queer« etc.? Sollen »Differenzen« als Querschnittsaufgabe in alle Module aufgenommen werden?
3. Transdisziplinarität: Wie ist das Verhältnis von fachspezifischen und fächerübergreifenden Grundlagen? Wie kann *deskilling* vermieden werden?
4. Projektstudium: Wie kann »forschendes Lernen« und auch die Verbindung mit Praxisfeldern integriert werden?

Die nachfolgenden Ausführungen zum BA- und MA-Gender zeigen einen vorläufigen Entwicklungsstand, der sich durch weitere Überarbeitungsrounden noch verschieben wird.

Das *BA-Modell* orientiert sich zum einen an den bewährten Strukturen des jetzigen Magister-Studiengangs. Zentral bleibt das Selbstverständnis der Inter- bzw. Transdisziplinarität, beispielsweise wurde die Gliederung in zwei grundlegende Wissenschaftsschwerpunkte als soziale, politische und naturwissenschaftliche Perspektive einerseits und als kulturgeschichtliche Perspektive andererseits modifiziert. Der geplante BA-Gender umfasst 6 Semester und 180 Studienpunkte; davon entfallen 60 Studienpunkte auf das Kernfach, 20 Studienpunkte auf den Bereich Spezialisierung, 30 Studienpunkte auf den Bereich berufsbezogene Qualifizierung und 10 Studienpunkte auf die Abschlussarbeit; der BA-Gender wird mit einem Zweifach im Umfang von 60 Studienpunkten kombiniert; der Kernbereich des BA-Gender (60 Studienpunkte) kann ebenfalls als Zweifach gewählt werden. Der BA-Gender-Kernbereich umfasst 4 Grundlagen-Module sowie 4 Vertiefungs-Module; dazu kommen ein Spezialisierungs-Modul sowie je ein Modul berufsbezogene Qualifizierung und BA-Abschluss.

Der geplante MA-Gender umfasst 4 Semester und 120 Studienpunkte; davon entfallen 72 Studienpunkte auf Fachmodule, 18 Studienpunkte auf den überfachlichen Bereich und 30 Studienpunkte auf die Masterarbeit. Zwei Module (Gender im Kontext, Wissen) bilden den Grundlagenbereich. Weitere Module (Normierungen, Repräsentationen, soziale und kulturelle Strukturen, Geschichtlichkeit, Interventionen) differenzieren verschiedene Perspektiven auf die Kategorie Geschlecht.

Strategien

Die endgültige Konzeption und Struktur der zukünftigen Gender-Studienprogramme an der HU lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abse-

hen. Entscheidend jedoch wird die »Machbarkeit« der neuen Studienmodelle sein. Das betrifft wiederum die Frage der Ressourcen, für deren Erhalt verschiedene top-down- und bottom-up-Strategien eingesetzt werden.

Zu den top-down-Strategien gehört insbesondere die Politik in den Gremien. Die Aussage zum Leitbild, dass die HU »die Frauen- und Geschlechterforschung in der Wissenschaft stärkt«, ist natürlich kein Selbstläufer. Es steckt ein gutes Stück Lobbyarbeit aller am Studiengang Beteiligten hinter einem im Dezember 2001 erreichten Beschluss des Akademischen Senats, »dass in der Studienreform die Lehrkapazitäten und Kooperationsgrundlagen für die Geschlechterstudien erhalten bleiben und die inhaltliche Gestaltung der Module mit den Geschlechterstudien abgestimmt werden soll.«

Eine weitere Strategie ist die Integration der Geschlechterstudien in die neuen (modularisierten bzw. BA- und MA-) Studienordnungen der Fächer durch eine im Sommersemester 2003 entwickelte Generalklausel. Mit der Generalklausel formuliert das Fach sein Selbstverständnis zu den Geschlechterstudien. Die Generalklausel lautet, dass »der Studiengang ... Fragestellungen, die sich aus der Auseinandersetzung mit Ansätzen und Ergebnissen der Geschlechterstudien ergeben, berücksichtigt und entsprechende Veranstaltungen für den Pflicht- und Wahlpflichtbereich des Studiengangs Geschlechterstudien« öffnet.

Am wichtigsten aber sind die bottom-up-Strategien zur Stärkung des Netzwerks insbesondere an den Rändern der Geschlechterstudien, also in Fächern, in denen keine Denomination vorliegt:

- Die Stützung der Motivation aller Beteiligten, der Studierenden, der ProfessorInnen, der MitarbeiterInnen, den Austausch in den Geschlechterstudien lebendig und produktiv zu halten.
- Die Schaffung von Kommunikationsmöglichkeiten durch gemeinsame Projekte, Foren, Tagungen.

Die in der Studienreform eingesetzten Strategien zur Absicherung der Geschlechterstudien an der Humboldt-Universität nutzen also das spezifische Selbstverständnis der HU zur Stärkung der Frauen- und Geschlechterforschung. Das Bündel der Strategien zeigt zunächst die Doppelstrategie, Verankerung *in* den Fächern sowie Institutionalisierung *neuer* Studienprogramme; weitere Strategien entsprechen einer engen Verknüpfung von top-down-Strategien (Gendern der Universität bzw. der Studienreform) und bottom-up-Strategien (Stärkung des Netzwerks).

Hochschulpolitische Ambivalenzen und Strategien in der Studienstrukturreform

Aber reichen diese Strategien aus? Werden sie nachhaltig sein? Welche Strategien brauchen wir langfristig zur Absicherung der Frauen- und Geschlechter-

studien in der Studienstrukturreform? Müssen wir unterscheiden zwischen Strategien für erstmalig zu institutionalisierende Studienprogramme und Strategien für den Um- und Einbau in die neue Struktur? Welche neuen Verfahren zur Mittelvergabe werden die in Zeiten des Sparzwangs erdachte Studienreform begleiten? Wie werden sich damit einhergehende Verfahren der Leistungskontrolle auf die Geschlechterstudien auswirken?

Blicken wir noch einmal auf die Strategien der Institutionalisierung zurück, so stellen wir fest, es ist kennzeichnend, dass Institutionalisierungsstrategien generell sehr stark von den länder- und hochschulspezifischen Rahmenbedingungen und deren wissenschaftspolitischen Strategien beeinflusst werden (vgl. Hornscheidt; Jähnert 2004, 160 f.). In der Schweiz wurden beispielsweise vier Graduiertenkollegs im Rahmen einer Offensive zur gezielteren und nachhaltigen Nachwuchsförderung etabliert (vgl. Grisard 2004). An der Freien Universität Berlin wurde der Zusatzstudiengang Gender-Kompetenz mit dem im Feld der Gleichstellungspolitik erfolgreich erprobten Instrument der Zielvereinbarung durchgesetzt (vgl. Runge 2004).

Aber auch die Umsetzung der Studienreform – also die Einführung der BA- und MA-Studiengänge – kann zu den hochschulspezifischen Rahmenbedingungen gehören, die eine Chance bieten, Studienangebote der Geschlechterstudien zu integrieren. Diese Institutionalisierungsstrategie wurde an der Ruhr-Universität Bochum (RUB) verfolgt (vgl. Gerding; Röser 2002). Dort ermöglichte die Studienreform die Entwicklung eines Konzepts für einen MA-Studiengang »Gender Studies – Kultur, Kommunikation, Gesellschaft«. Geplant ist, nach erfolgreichem BA-Abschluss in zwei Fächern, eines der abgeschlossenen Fächer mit Gender Studies zu kombinieren und zum Abschluss zu führen. Die Verwirklichung des Konzepts wurde im November 2002 vom Senat der Universität Bochum beschlossen. Zudem ist die Institutionalisierung des MA Bestandteil einer Zielvereinbarung zur Chancengleichheit zwischen der Ruhr-Universität Bochum und dem Wissenschaftsministerium Nordrhein-Westfalen. Ähnlich förderliche Rahmenbedingungen haben – nach intensiven Diskussionen zur umfassenden Einführung der Studienreform (vgl. HWP-Magazin 1/2001) – auch an der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) in Hamburg die Entwicklung eines MA-Studiengangs begünstigt. Der MA »Gender & Arbeit« ging im Wintersemester 2002 mit zwanzig Studierenden an den Start. Damit ist »Gender & Arbeit« der erste Master-Studiengang im Bereich der deutschsprachigen Frauen- und Geschlechterforschung. Dieser MA hat bereits im Dezember 2003 die Hürde der Akkreditierung erfolgreich genommen.

Bei den genannten Beispielen der Institutionalisierung im Rahmen der Studienstrukturreform handelt es sich, obwohl ihnen die Verankerung der Frauen- und Geschlechterforschung in den einzelnen Fächern vorausging, um neue Einrichtungen von Studienprogrammen. Welche Strategien greifen, um die bereits (z.B. als Haupt- und Nebenfach) etablierten Studiengänge abzusi-

chern? Die Strukturüberlegungen von Ebeling, Flaake, Fleßner (2004: 133) lauten: »Für Gender Studies als interdisziplinäres Studienkonzept galt und gilt dabei stärker als für die bislang weitaus überwiegende Zahl der an disziplinären Profilen orientierten Studiengänge, sich in die Kommunikations- und Planungsprozesse zwischen den Fächern intensiv einzumischen und dort dem interdisziplinären Profil Gehör und Raum zu verschaffen. Unser Ziel ist es, Gender-Inhalte in den einzelnen auch weiterhin disziplinär definierten Studienfächern zu verankern, andererseits Geschlechterthemen auch in den neuen Studienstrukturen interdisziplinär zu verorten.«

Diese Überlegungen bestätigen erneut die Doppelstrategie, Verankerung in den Fächern und als eigenes Studienprogramm, das sich bereits an anderen Universitäten bei der Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechterstudien (vgl. Rüling 2004) bewährt hat. Allerdings ist es möglicherweise aufgrund der spezifischen Dynamik der Studienstrukturreform, die nach ersten Erfahrungen mit der Retraditionalisierung (siehe oben) der Fächer einhergeht und neue Verteilungskämpfe knapper Ressourcen erwarten lässt, schwieriger als bisher, dem interdisziplinären Anliegen Gehör, Raum und vor allem Nachhaltigkeit zu verschaffen.

Da noch keine auswertbaren Erfahrungen vorliegen, sei ein Blick nach Großbritannien gestattet. Dort verlief die Institutionalisierung von Women's Studies zeitgleich »mit außer- und innerakademischen Entwicklungen, die ihre Wirkung auf die Women's Studies nicht verfehlten« (Griffin 2002, 77). Nach der Reform der Universitäten in die modulare Struktur seit den 1980er Jahren wurden, so Griffin (2002, 77 f.), in den 1980er und 1990er Jahren zwei Verfahren eingeführt, die bis heute einen signifikanten Einfluss auf den Status und die Finanzierung der einzelnen Hochschulen haben. »Das eine, *Teaching Quality Assessment* (TQA), betrifft die Evaluierung der Lehre und das andere, *Research Assessment Exercise* (RAE), die der Forschung« (ebd. 78). Beide Verfahren werden auf jeweilige Disziplinen angewendet und beruhen auf disziplinären Kategorien. Griffin (ebd. 77) sieht in der disziplinären Fokussierung dieser Evaluierungserfahren, dass der Effizienzdruck den disziplinären Konservatismus verstärkt. Dies hat zur Folge, da die von den Women's Studies erbrachten Leistungen sich einerseits nicht in den aktuellen Standards abbilden, andererseits aber alle Institutionen erwarten, dass die Leistungen sich in die traditionellen Disziplinen einfügen lassen, dass die Leistungen für die Women's Studies nicht nur nicht anerkannt werden, sondern auch, dass Mittel für die Women's Studies nicht bewilligt werden. Vor diesem Hintergrund ist für Großbritannien eine Krise festzustellen, die kennzeichnet, dass – obwohl sich feministische Forschung in einigen Disziplinen im Aufwind befindet – Studiengänge geschlossen werden und Professorinnen aus den Women's Studies in ihre »angestammten Disziplinen« zurückkehren (vgl. Griffin und Andermahr 1997; Griffin 2002, 79).

Ausblick

Damit bestätigt der Blick nach Großbritannien, dass die Studienstrukturenform Bestandteil eines umfassenden Umbaus der Hochschulstrukturen ist, mit dem die Spielregeln auch für die Frauen- und Geschlechterstudien neu formuliert werden. Der Umbau geht mit neuen Studienstrukturen sowie neuen Instrumenten der Bewertung von Leistungen in Lehre und Forschung einher, die insbesondere das Geschehen auf der universitären »Hinterbühne« in noch nicht vorstellbarer Weise nachhaltig verändern werden. Damit der Um- und Einbau der Frauen- und Geschlechterstudien in die neue Struktur gelingt, wird eine angesichts der Schwächen des neuen Systems verständliche resignative Haltung nicht genügen. Wahrscheinlicher ist, dass die Verankerung der Frauen- und Geschlechterforschung erneut erstritten werden muss.

Literatur

- Bock, Ulla (2002): Zwanzig Jahre Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterforschung an deutschen Universitäten. In: Feministische Studien. Heft 1-2, S. 113-125
- Brandt, Rüdiger (2004): »Die Sache durchziehen«. Über geforderte Praxisanteile und Akkreditierungszwänge der BA-/MA-Studiengänge. In: Forschung & Lehre. 2/2004, S. 74
- Ebeling, Smilla; Flaake, Karin; Fleßner, Heike (2004): Frauen- und Geschlechterstudien in Zeiten der Modularisierung und Übergänge in die BA/MA-Studiengangsstrukturen. In: femina politica 1/2004, S. 132-135
- Gerding, Masha; Röser, Jutta (2002): Gender Studies im Rahmen gestufter Studiengänge. In: Netzwerk-Journal Nr. 13/2002, S. 40-43
- Glaser, Horst Albert (2004): Vom alten ins neue Chaos? Die europäische Hochschulreform nach dem Bologna-Modell. In: Forschung & Lehre. 2/2004, S. 66-68
- Goffman, Erving (1983): Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag. München
- Griffin, Gabriele (2002): Was haben wir erreicht? Eine kritische Auseinandersetzung mit dem »Schicksal« von Women's Studies im Vereinigten Königreich. In: Feministische Studien. Heft 1, S. 70-86
- Griffin, Gabriele; Andermahr, Sonya (Hrsg.) (1997): Straight Studies Modified, London
- Grisard, Dominique (2004): Politisierung der Wissenschaft oder Entpolitisierung der Geschlechterstudien. Gender Studies an der Universität Basel. In: Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien (Hrsg.), S. 162-166
- Hark, Sabine (2003): Material Conditions. Begrenzte Möglichkeiten inter- und transdisziplinärer Frauen- und Geschlechterforschung. In: Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien. Heft 2+3, S. 76-89
- Holland-Cunz, Barbara (2001): Zwanzig Jahre wissenschaftliche Revolution? In: Hornung, Ursula; Gümen, Sedef; Weilandt, Sabine (Hrsg.): Zwischen Emanzipationsvision und Gesellschaftskritik. (Re)Konstruktionen der Geschlechterordnung, Münster, S. 42-55
- Hornscheidt, Antje; Jähner, Gabriele (2004): Einführung. In: Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien (Hrsg.), Geschlechterstudien im deutschsprachigen Raum. Studiengänge, Erfahrungen, Herausforderungen, Berlin, S. 160-161
- Hornung, Ursula, Gümen, Sedef, Weilandt, Sabine (Hrsg.) (2001): Zwischen Emanzipationsvision und Gesellschaftskritik. (Re)Konstruktionen der Geschlechterordnung, Münster
- Hochschule für Wirtschaft und Politik-Magazin (2001): Die Studienreform. Vorschläge und Meinungen, Heft 1
- Jähner, Gabriele (2004): Der Status quo der Gender Studies im deutschsprachigen Raum. In: Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien (Hrsg.): Geschlechterstudien im deutschsprachigen Raum. Studiengänge, Erfahrungen, Herausforderungen, Berlin, S. 10-18
- Kahlert, Heike (2000): (Aus-)Bildung durch Wissenschaft: Frauen- und Geschlechterstudien als Beiträge zur Hochschulreform. In: Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien. Heft 1+2, S. 5-21

- Metz-Göckel, Sigrid (2002): Institutionalisierung der Frauenforschung oder vom Verbrauch der Visionen. In: Netzwerk-Journal Nr. 13, S. 31-39
- Rüling, Annelie (2004): Gender Studies zwischen Isolation und Integration: Welche Modelle der strukturellen Verankerung bieten sich heute an? In: Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien (Hrsg.), Geschlechterstudien im deutschsprachigen Raum. Studiengänge, Erfahrungen, Herausforderungen, Berlin, S. 167-170
- Runge, Anita (2004): »Zielvereinbarungen« als Chance für die Einrichtung innovativer Studienprojekte im Bereich der Frauen- und Geschlechterforschung/Gender Studies. In: Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien (Hrsg.), Geschlechterstudien im deutschsprachigen Raum. Studiengänge, Erfahrungen, Herausforderungen, Berlin, S. 171-173
- Wobbe, Theresa (2003): Instabile Beziehungen. Die kulturelle Dynamik von Wissenschaft und Geschlecht. In: Wobbe, Theresa (Hg.): Zwischen Vorderbühne und Hinterbühne. Beiträge zum Wandel der Geschlechterbeziehungen in der Wissenschaft vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Bielefeld

Aus(nahme)fälle in der Nachwuchsförderung. Qualifizierungen im Themenfeld »Gender und Nachhaltigkeit«

Einleitung

Das Themenfeld »Gender und Nachhaltigkeit« ist im Kontext des umwelt- und entwicklungspolitischen Diskurses entstanden bzw. von dort aus in die wissenschaftliche Sphäre gedrungen. So war es ein politisches Papier – die auf dem Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro verabschiedete »Agenda 21« – in dem zum ersten Mal auf den Zusammenhang von Geschlechterverhältnissen und nachhaltiger Entwicklung (engl. sustainable development) verwiesen wurde. Die globale ökologische Krise und die soziale Situation von Menschen wurden als zwei Seiten ein und derselben Medaille anerkannt.

Das Verdienst einer gender-sensiblen Perspektive auf den Nachhaltigkeitsdiskurs besteht vor allem in einem herrschaftskritischen Beitrag: So wurde das weiterhin postulierte Wachstumsparadigma hinterfragt, wurden eingeschriebene Machtverhältnisse aufgedeckt (z. B. Nord gegenüber Süd, Männer gegenüber Frauen) und die hegemoniale Stellung der Natur- und Technikwissenschaften im Nachhaltigkeitsdiskurs kritisiert (vgl. z.B. Hofmeister et al. 2002).

Während sich das Themenfeld »Gender und Nachhaltigkeit« als Innovationsmoment in Studiengängen, Forschungs- und Förderprogrammen zu etablieren beginnt, erfährt es gleichzeitig eine Marginalisierung, die sich aus einer komplexen Verflechtung struktureller und inhaltlicher Bedingungen ergibt:

1. Frauen sind im Wissenschaftsbetrieb nach wie vor *strukturell benachteiligt*.¹ Zugleich sind es insbesondere Frauen, die sich mit Fragen der Geschlechterforschung auseinander setzen.

2. Während die Frauen- und Geschlechterforschung in den Geistes- und Sozialwissenschaften mittlerweile etabliert ist, stößt sie in den Natur- und Technikwissenschaften auf erhebliche *Rezeptionsblockaden*. Es sind jedoch gerade diese Disziplinen, die die Inhalte des Nachhaltigkeitsdiskurses maßgeblich bestimmen.

1 Im Wintersemester 2002/2003 waren erstmals mehr weibliche als männliche Studierende eingeschrieben (Zimmermann 2003). Demgegenüber ist der Anteil von Professorinnen mit 10 Prozent weiterhin erstaunlich niedrig. Für nahezu alle Fächer gilt gleichermaßen, dass vom Studium über die wissenschaftliche Mitarbeit/Promotion bis hin zur C3- und C4-Professur der Frauenanteil rapide sinkt, wobei es die Zeit nach der Promotion wie auch die Familienphase sind, die den entscheidenden Karriereknick in der weiblichen Wissenschaftlerinnenbiographie verursachen.

3. Die Analyse von Geschlechterverhältnissen wie auch die Bearbeitung von nachhaltigkeitsrelevanten Fragestellungen setzen je für sich eine *interdisziplinäre Denk- und Arbeitsweise* voraus. Werden beide Bereiche zusammen betrachtet, führt dies zu »doppelt quer liegenden« Forschungsfragen, die eine noch größere Herausforderung an die interdisziplinäre Kompetenz stellen.

Diejenigen, die sich im Themenfeld »Gender und Nachhaltigkeit« qualifizieren wollen, stehen damit vor verschiedenen Hürden: Sie sind mit der strukturellen Diskriminierung von Frauen im Wissenschaftsbetrieb, mit einem bisher kaum etablierten bzw. einem in den Herkunftsdisziplinen marginalisierten und wenig renommierten Themenfeld sowie – infolge der disziplinären Organisation der Wissenschaft – der mangelhaften fachwissenschaftlichen Anerkennung interdisziplinärer Qualifizierungen konfrontiert.

Entsprechend gibt es bislang wenig institutionalisierte Forschung an der thematischen Schnittstelle von »Gender und Nachhaltigkeit« (Katz et al. 2003).

Eine explorative Untersuchung an der Universität Lüneburg befasste sich mit den derzeit gegebenen und zukünftig notwendigen Voraussetzungen für die Qualifizierung von Nachwuchswissenschaftlerinnen im Themenfeld »Gender und Nachhaltigkeit«.² Dazu wurden

- institutionelle und personelle Anbindungspotenziale für Qualifizierungsvorhaben im Bereich Gender- und Nachhaltigkeits-Forschung an deutschen Universitäten, außeruniversitären und unabhängigen Forschungseinrichtungen sowie an den Förderinstitutionen *recherchiert*³ und
- VertreterInnen universitärer Einrichtungen, ForscherInnen und KoordinatorenInnen von Programmen oder/und Förderinstitutionen in Deutschland in ihren jeweiligen (Mehrfach-)Rollen als Qualifizierende und Sich-Qualifizierende, als Gutachter/in und Antragsteller/in, als Programmgestaltende, -beratende und als (forschungs-/hochschul-)politisch Steuernde *befragt*⁴.

Die zentralen Ergebnisse dieser Studie liegen dem vorliegenden Beitrag zu Grunde. Im Folgenden werden zunächst drei wesentliche, der Nachwuchsför-

2 Kooperationsprojekt zwischen den Universitäten Lüneburg (Fachbereiche Umwelt- und Erziehungswissenschaften) und Bremen (Zentrum für feministische Studien): »Universitäre und universitätsübergreifende Voraussetzungen für Nachwuchsförderung im Themenfeld »Gender und Nachhaltigkeit«; Vorstudie für die BMBF-Förderinitiative »Sozial-ökologische Forschung« von Oktober 2000 bis März 2001 (Katz et al. 2001).

3 Ausgewertet wurden Internetinformationen von 112 Universitäten, Hochschulen und Gesamthochschulen, 13 Zentralen Einrichtungen, 15 Zentren im Kontext der Umweltforschung, 82 Instituten der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL), 47 Instituten der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), 79 Instituten der Max Planck Gesellschaft (MPG), 16 Einrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF), 11 unabhängigen Forschungsinstituten, 18 Förderinstitutionen und Stiftungen sowie von nahezu 30 Netzwerken und Kooperationszusammenschlüssen.

4 Insgesamt wurden 32 problemzentrierte, leitfadengestützte Interviews durchgeführt (davon 13 telefonisch) und inhaltsanalytisch ausgewertet. Es handelte sich um keine geschlechtsspezifische Befragung, ausschlaggebend war die Funktion der interviewten Experten/innen. Im Bereich des wissenschaftlichen Nachwuchses wurden nur Frauen interviewt. Entsprechend wird die weibliche Form ausschließlich dann verwendet, wenn die Gruppe der Befragten nur aus Frauen bestand.

derung in interdisziplinären Gender-Themenfeldern entgegenstehende Hindernisse skizziert. Anhand einiger Beispiele wird veranschaulicht, welche Bewältigungsstrategien und -maßnahmen von den Betroffenen zur Überwindung dieser Barrieren herangezogen werden. Abschließend werden diese individuellen Einschätzungen vor dem Hintergrund forschungspolitischer Realitäten für die Nachwuchsförderung in interdisziplinären Themenfeldern gespiegelt.

Hindernisse

Wissenschaftler/innen, die in einem interdisziplinären Themenfeld wie »Gender und Nachhaltigkeit« forschen oder/und sich weiterqualifizieren wollen, sind mit einer Reihe von »Stolpersteinen« – vor allem was die Verankerung quer liegender Arbeiten anbelangt – konfrontiert. Dies benachteiligt sie strukturell in der Karriereplanung gegenüber anderen, deren Qualifizierungswege innerhalb einer Fachdisziplin und außerhalb der Gender-Forschung verlaufen.

Hindernis 1: Institutionelle Verortung

Die Suche von Sich-Qualifizierenden nach institutioneller Anbindung ihrer Arbeiten gestaltet sich nicht selten ausgesprochen aufwändig. Für diejenigen mit einer naturwissenschaftlichen Ausbildung bedeutet die Beschäftigung mit quer liegenden interdisziplinären Gender-Forschungsinhalten im Rahmen ihrer Weiterqualifizierung, dass sie sich eine neue wissenschaftliche »Heimat« suchen müssen. Denn bis auf wenige Ausnahmen können solche Arbeiten nicht in naturwissenschaftlichen Fachbereichen verankert werden. Neben mangelnder Bereitschaft und Offenheit der einzelnen Fachbereiche oder/und deren Angehörigen für solche Themen, werden formale Gründe als Argument genannt. Für die betroffenen Nachwuchswissenschaftlerinnen bedeutet dies meist eine hohe Bereitschaft zu räumlicher und zeitlicher Flexibilität.

Hindernis 2: Inhaltliche und formale Begleitung

Von fast allen Befragten wird der Mangel an inhaltlicher Betreuung und Unterstützung in der Qualifizierungsphase beklagt und als ein wesentliches Hindernis für ein zeitgerechtes Abschließen thematisch quer liegender Arbeiten betrachtet. Aus Sicht derjenigen, die sowohl formal zuständig sind als auch solche Arbeiten inhaltlich betreuen wollen und können, wird insbesondere auf ein Dilemma hingewiesen: Einerseits schätzen sie die interdisziplinären Kompetenzen solcher Nachwuchswissenschaftler/innen und den Bedarf an entsprechend ausgebildeten Forschern/innen für den Wissenschaftsbetrieb recht hoch ein, andererseits sind sie überzeugt davon, dass die wissenschaftliche Reputation aus der Disziplin kommen muss. Die zu ihrer Rolle als Begleiten-

de solcher Arbeiten befragten Personen stellen heraus, dass ihrer Meinung nach insbesondere die Promotionsphase der wissenschaftlichen Spezialisierung dienen muss.

Hindernis 3: Begutachtung und Bewertung

Diese wenig optimale Ausgangssituation macht sich auch bei der Suche nach geeigneten GutachterInnen bemerkbar, also bei den Fragen danach, wer überhaupt doppelt quer liegende Anträge oder/und Arbeiten sachdienlich beurteilen kann und wie dies formal und institutionell bewerkstelligt werden könnte. Die Einschätzung, dass dies häufig nicht gelingt, teilen sowohl zu ihrer Funktion als GutachterInnen befragte ForscherInnen als auch Programmausführende und Sich-Qualifizierende. Oft sei es nahezu unmöglich, jemanden zu finden, der/die zum einen die formalen Voraussetzungen erfülle und darüber hinaus die entsprechenden Kompetenzen besäße, interdisziplinäre Anträge zur Gender-Forschung begutachten zu können. Nicht selten werden die wenigen geeigneten Personen mit entsprechenden Anfragen überstrapaziert.

Bewältigungsmaßnahmen und Strategien

Um die in der Qualifizierungsphase erlebten Barrieren zu umgehen oder abzubauen, nutzen die AkteurInnen unterschiedliche Gestaltungsspielräume. Die entwickelten Strategien sind sowohl individuell-informeller als auch strukturreformerischer Art.

Individuell-informelle Ansätze entstehen häufig »bottom-up« aufgrund eines hohen Problemdruckes und sind stark an der individuellen Bedürfnislage ausgerichtet. Ein solches Vorgehen generiert (zunächst) informelle neue Strukturen und zielt auf die Wahrnehmung und Nutzung individueller Gestaltungsspielräume.

- Ein Beispiel ist das *Umgehen formaler Restriktionen*: Über eine formal zwar kompetente, fachlich jedoch in den Themenkontext nicht umfassend eingearbeitete Betreuungsperson werden Qualifizierungsarbeiten zur Frauen- und Gender-Forschung, die sich thematisch zwischen verschiedenen Fachdisziplinen bewegen, institutionell und formal passend angesiedelt. Für die inhaltliche Betreuung sind in diesem Fall verschiedene WissenschaftlerInnen verantwortlich, häufig aus dem Mittelbau, die auch unterschiedlichen Fachbereichen angehören können und die darüber hinaus eine Scharnierfunktion für die Sich-Qualifizierenden haben: Sie eröffnen und vermitteln den Kontakt zum/r formal zuständigen BetreuerIn. Außerdem organisieren und gewährleisten sie die fachlich-inhaltliche Begleitung der Arbeiten. Das Gelingen dieser Bewältigungsstrategie ist an verschiedene Voraussetzungen gebunden. So muss

der/die HochschullehrerIn sowohl interdisziplinären Gender-Forschungsthemen aufgeschlossen gegenüberstehen als auch die nötige wissenschaftliche Breite im eigenen Forschungsgebiet aufweisen, um die Anbindung von Randthemen rechtfertigen zu können. Weiterhin muss es genügend Personen geben, die zur fachlich-inhaltlichen Betreuung solcher Qualifizierungsarbeiten fähig sind. Schließlich bedarf es fachbereichsübergreifender, funktionierender Netzwerkzusammenhänge und (hochschulpolitischer) Vorarbeiten, über die es gelingt, tragfähige Kooperationsbeziehungen herzustellen und für die Dauer von Qualifizierungsphasen – also über mehrere Jahre – aufrechtzuerhalten.

- Auch wenn die formale Betreuung durch ProfessorInnen der Hochschulen gesichert ist, fehlt häufig der kontinuierliche inhaltliche Austausch (beispielsweise durch eine Arbeitsgruppe). Die Auswertung der Gespräche zeigt, dass die *Organisation informeller Betreuungsmodelle* meist in der Verantwortung der Sich-Qualifizierenden liegt. In diesem Zusammenhang wird die Bedeutung informeller Zusammenschlüsse zur inhaltlichen und motivationalen Unterstützung von Gender-Forschungsarbeiten in der Qualifizierungsphase hervorgehoben. Solcherart Arbeitsgruppen oder Netzwerke beheben damit das Manko hochschulinterner Möglichkeiten der fachlichen Reflexion von Qualifizierungsarbeiten, der inner- und intrafachlichen Anregung und Diskussion sowie der Informationsvermittlung.

Viele Maßnahmen, die im Kontext *strukture reformerischer Ansätze* stehen, fußen auf dem Engagement und der Initiative von WissenschaftlerInnen aus dem Mittelbau – häufig eingebettet in oder/und gestützt durch spezifische Frauenförderprogramme. Dieserart aktive wissenschaftliche und forschungsrelevante AkteurInnen sind politisch motiviert und zielen mit ihrer Gestaltungsbereitschaft auf die Veränderung struktureller Rahmenbedingungen. Dabei ist die eigene Qualifizierungssituation nicht der einzige Antrieb zum Handeln.

- Als geeignete *Maßnahmen zur Modifikation oder/und Reform von Hochschulstrukturen* werden in diesem Zusammenhang vor allem die Entwicklung differenzierter Anreizsysteme (z. B. finanzielle Anreize zur Unterstützung und Etablierung interdisziplinärer Forschung im Allgemeinen und Gender-Forschung im Speziellen, Interdisziplinarität als Förder- oder Berufungskriterium), die Weiterentwicklung der Studien- und Prüfungsordnungen sowie des Lehrangebotes (z. B. »Gender Studies«) und die Gestaltung von Hochschul-/Entwicklungsplänen genannt.

- *Geeignete Instrumente zur Nachwuchsförderung* scheinen den Befragten sowohl themenspezifische Programme zur Weiterqualifizierung (im Rahmen von Gender-Forschung in Naturwissenschaft, Technik und Medizin oder im Rahmen der die Geschlechterverhältnisse berücksichtigenden Nachhaltigkeitsforschung) als auch themenunabhängige, personenbezogene Frauenförderprogramme zu sein. Als notwendige Rahmenbedingung diesbezüglicher

Förderprogramme wird eine den interdisziplinären Erfordernissen angemessene Zeitplanung, die Abschaffung des Alleinbeantragungsrechtes von Hochschullehrenden, die Abschaffung von Altersbegrenzungen sowie eine bevorzugte Finanzierung über Stellen (anstelle von schlecht ausgestatteten Stipendien) als dringend erforderlich erachtet.

Bedeutung forschungspolitischer Realitäten für die Nachwuchsförderung in interdisziplinären Themenfeldern

Dass Personalmanagement und -entwicklung an den Hochschulen dringend der Reformierung bedürfen, gilt als unbestritten und wird begrüßt, wenn dadurch mehr Flexibilität sowie mehr Transparenz und Durchlässigkeit erreicht würden und wissenschaftliche Qualifikationswege der Hochschulen nicht nur kürzer, sondern auch frauen- und familienfreundlicher würden (Wissenschaftsrat 1998; Dunst 1999; European Commission 2000 zit. in BLK 2000, 9; Kriszio 2003). Bezogen auf den Bereich der fachkulturübergreifenden interdisziplinären Hochschulforschung im Allgemeinen und der Frauen- und Gender-Forschung im Besonderen sind die Auswirkungen dieser Reformen allerdings kritisch zu hinterfragen.

Gegenstand der Auseinandersetzung ist nicht zuletzt die Zeit- und Altersstaffelung im Rahmen des Qualifizierungsprozesses von NachwuchswissenschaftlerInnen. Auch wenn das neue Hochschulrahmengesetz (HRG) keine expliziten Altersgrenzen enthält, sind durch die im Rahmen der 6- bzw. 12-Jahresregelung vorgesehenen Zeitstufen, innerhalb derer bestimmte Qualifizierungsschritte abgeschlossen werden müssen, implizite Altersbegrenzungen gegeben.

So ist mit der Nachwuchsförderung im Rahmen der Juniorprofessur ein wichtiger Schritt in Richtung frühzeitiger Autonomie und der Auflösung von Abhängigkeiten zwischen Sich-Qualifizierenden und ProfessorInnen gemacht worden, da auf diese Weise die persönliche Zuordnung der AssistentInnen zu einer Professur mit allen damit verbundenen Konsequenzen für den Karriereverlauf von HochschullehrerInnen und für die Entwicklung von Wissenschaftsdisziplinen, aber auch für den Prozess der beruflichen Sozialisation und die Persönlichkeitsentwicklung, ein Stück weit abgeschafft wird (Harders 2003). Die vormals zeitlich getrennten Phasen der wissenschaftlichen Qualifizierung/Profilierung und beruflichen Professionalisierung als Hochschullehrende werden durch die Juniorprofessur allerdings zusammengelegt. Damit steigen der Zeit-, Erwartungs- und Erfolgsdruck – die Entwicklung von Kompetenzen im Lehr-, Hochschul-, und Forschungsmanagementbereich und das wissenschaftliche Renommee betreffend – für diese entscheidende Zeitspanne der wissenschaftlichen Laufbahn erheblich. Nach allen bisherigen Erfahrungen

gen mit interdisziplinärer Forschung und aufgrund der Kenntnislage der vorliegenden Untersuchung ist davon auszugehen, dass interdisziplinär oder fachkulturübergreifend arbeitende WissenschaftlerInnen vom Instrument der Juniorprofessur im Vergleich zu stärker disziplinär ausgerichteten ForscherInnen strukturelle Nachteile zu erwarten haben.

Vor dem Hintergrund der hier dokumentierten Ergebnislage erscheint darüber hinaus jede Art von Altersbegrenzung – die im übrigen auch den internationalen Standards widerspricht – mit Blick auf das Themenfeld »Gender und Nachhaltigkeit« als kontraproduktiv. Eingedenk der aufgezeigten vielfachen Schwierigkeiten von ForscherInnen, die sich mit fachkulturübergreifenden, interdisziplinären Problemen beschäftigen, zeichnet sich die *zeitliche Dimension* als der alles entscheidende Faktor ab – sowohl die eigenen Karrierevorstellungen und -chancen betreffend als auch bezogen auf die Qualität der Durchführung von Forschungsprojekten.

Wie aus zahlreichen Gesprächen mit ForscherInnen und wissenschaftspolitischen ExpertInnen deutlich wurde, kann an die Qualifizierungsphase von WissenschaftlerInnen mit interdisziplinären, fachkulturübergreifenden Forschungsarbeiten nicht der gleiche Zeitmaßstab angelegt werden wie für vorwiegend disziplinär Arbeitende (Wissenschaftsrat 1998; Hofmeister et al. 2001; Kriszio 2003). Wer sich im Ausbildungsprozess – also noch in der Promotion – mit verschiedene Fachgebiete, -bereiche oder -kulturen berührenden Themen beschäftigt, braucht dazu notwendigerweise wesentlich länger, da es gilt, sich zusätzliche Kompetenzen anzueignen.

Als Fazit ist festzuhalten, dass der Wunsch nach interdisziplinär ausgebildeten, vermehrt in der Untersuchung gesellschaftlich relevanter Problemlagen wie z. B. sozial-ökologischen Forschungsgebieten erfahrenen, NachwuchswissenschaftlerInnen auf der einen Seite und Altersbegrenzungen für die Förderwürdigkeit auf der anderen Seite sich gegenseitig ausschließen. Dies gilt tendenziell grundsätzlich für interdisziplinäre bis interfachkulturelle Themenfelder und insbesondere in Kombination mit der Gender-Forschung. Eine Altersbegrenzung schließt darüber hinaus aus vielerlei Gründen verstärkt Forscherinnen aus (Wissenschaftsrat 1998) – weniger wegen wahrgenommener Reproduktionszeiten, sondern wegen der bei ihnen häufiger anzutreffenden »Umwegbiographien«, die verstärkt auftreten, wenn die Frauen mit ihrem wissenschaftlichen Anliegen *quer* und *zwischen* den Fachkulturen liegen.

Synthese und Ausblick

Im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Wissenschaftsbetriebe wird für Hochschulen und außeruniversitäre öffentlich geförderte Forschungseinrichtungen eine stärkere Ausrichtung an marktwirtschaftlichen Effizienz- und

Leistungskriterien angestrebt. Neben dem Erreichen internationaler Wettbewerbsfähigkeit stehen dabei die Realisierung von Chancengleichheit, der Erwerb von Mehrfachqualifikationen und die Ausbildung zu multikompetenten WissenschaftlerInnen sowie die Generierung innovativer Forschungsfragestellungen von gesellschaftspolitischer Relevanz ganz oben auf der Zielagenda.

Dieser Entwicklung tragen zahlreiche Initiativen der Hochschulen Rechnung, indem sie sich neue, interdisziplinäre Strukturen geben: Z.B. durch die Zusammenführung mehrerer Fachbereiche unter ein Dach mit gemeinsamer Verwaltung und eigenständigen Kooperationsvereinbarungen (z.B. an der Humboldt-Universität zu Berlin), durch die Schaffung neuer fakultäts- oder fachbereichsübergreifender zentraler Einrichtungen (wie an der Technischen Universität Darmstadt oder in Bielefeld) oder durch die Einrichtung neuer breit und interdisziplinär oder fachbereichsübergreifend angelegter Studiengänge (wie an den Universitäten Lüneburg, Oldenburg und Freiburg).

Mit Blick auf die Etablierung interdisziplinärer Hochschulforschung oder/und die Möglichkeiten, Forschungsfragen, die sich zwischen Fachkulturen bewegen, zu bearbeiten, ist diese Entwicklung durchaus positiv einzuschätzen. Weniger fruchtbar hingegen sind die damit verbundenen Auswirkungen auf die Frauen- und Gender-Forschung im Kontext der Nachhaltigkeitsforschung.

Gender-Forschung versteht sich als eine grenzüberschreitende, problemorientierte und gesellschaftsbezogene Forschungsperspektive, die in der herkömmlichen Fächerordnung nicht aufgeht. In nicht explizit genderorientierten interdisziplinären Forschungszusammenhängen droht der Frauenforschung weitere Marginalisierung. Denn erstens gehen mit der Institutionalisierung derartiger Kooperationsformen generell immer Besitzstandskämpfe der beteiligten Fakultäten einher, in welchen sowieso schon als unmaßgeblich erlebte Frauenforschungsfragen i. d. R. als erste wegfallen. Zum zweiten genießt die Gender-Forschung in den die Nachhaltigkeitsdiskussion dominierenden Umwelt-, Natur- und Technikwissenschaften weder Anerkennung noch wird sie dort umfassend wahrgenommen. Interdisziplinäre umwelt- oder ökologieorientierte Zusammenschlüsse verschiedener Fachrichtungen bieten von daher der Frauenforschung bislang kaum Anschlussmöglichkeiten. Umgekehrt fehlt es wiederum in den interdisziplinären Frauenforschungszentren der Hochschulen an der inhaltlichen Verschränkung mit der Nachhaltigkeitsforschung oder/und mit umwelt- bzw. ökologieorientierten Themen.

Es ist also derzeit nicht ersichtlich, dass die bisherigen hochschulrelevanten Zusammenschlüsse oder Neugruppierungen von Fachbereichen oder die Zusammenführung thematischer Forschungsfelder zum Zwecke ihrer effizienteren wissenschaftlichen Bearbeitbarkeit positive Effekte für das Themenfeld »Gender und Nachhaltigkeit« haben könnten. Im Gegenteil finden sich selbst in den Frauenforschungszentren bislang nur wenige Ansätze oder Initiativen

für die wissenschaftliche Beschäftigung mit nachhaltigkeitsorientierten Querschnittsfragen.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass sich Genderforschung im Kontext von Nachhaltigkeitsforschung einem mehrfachen Dilemma ausgesetzt sieht: Sie ist in zweifacher Weise interdisziplinär angelegt und trifft mit ihren »widerspens-tigen Themen« auf »widerständige Strukturen« (Katz; Mölders 2002). Diesen Charakteristika stehen die forschungspolitischen Realitäten sowie die Entwicklungen im Zuge der Hochschulreform nur bedingt problemlösend gegenüber. Eine Verbesserung dieser Situation können die Initiativen der betroffenen AkteurInnen allein nicht leisten. Vielmehr muss es als eine wissenschaftspolitische Reformaufgabe verstanden werden, Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich das Themenfeld »Nachhaltigkeit und Gender« im Wissenschaftsbereich zu etablieren vermag. Eine solche Ausrichtung wäre nicht allein der Weiterentwicklung inter- und transdisziplinärer Zugänge in den Wissenschaften förderlich, sondern würde den Blick für neue Perspektiven und Fragestellungen einer an zukunftsfähiger Entwicklung orientierten Forschung eröffnen.

Literatur

- Dunst, Claudia (1999): Autonomie der Hochschulen – Nutzen für die Gleichstellung. Neue Impulse 6
- European Commission (2000): Science policies in the European Union. Promoting excellence through mainstreaming gender equality. A report from the Etan Expert Working Group on Women and Science, Brussels. S. u. <http://www.cordis.lu/etan/src/document.htm>
- BLK, Bund-und-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (2000): Frauen in der Wissenschaft – Entwicklung und Perspektiven auf dem Weg zur Chancengleichheit. Heft 87, Bonn
- Harders, Cilja (2003): Mit der Juniorprofessur zur geschlechtergerechten Hochschulreform? Erste Erfahrungen aus der Praxis einer Juniorprofessorin. In: DHB (Hrsg.): Wissenschaft auf Zeit – Leistungs- oder Leidensdruck für Frauen durch das HRG? Öffentliches Kolloquium, Universität Dortmund
- Hofmeister, Sabine; Karsten, Maria-Eleonora; Weller, Ines; Brinkmann, Verena; Kägi, Sylvia; Katz, Christine; Mölders, Tanja; Thiem, Anja (2002): Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Dokumentation zum aktuellen Stand von Forschung und Diskussion zum Thema »Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit«. Abschlussbericht für das Umweltbundesamt. S.u. www.bmu.de/de/1024/js/download/b_zeit_fuer_eine_erweiterung/
- Katz, Christine; Mölders, Tanja; Kägi, Sylvia; Hofmeister, Sabine; Karsten, Maria-Eleonora; Weller, Ines; Walther, Kerstin (2001): Universitäre und universitätsübergreifende Voraussetzungen für Nachwuchsförderung im Themenfeld »Gender und Nachhaltigkeit«. Abschlussbericht einer BMBF-Vorstudie im Rahmen der sozial-ökologischen Forschung, Lüneburg
- Katz, Christine; Mölders, Tanja (2002): Die Widerständigkeit wissenschaftlicher Strukturen gegenüber widerspenstigen Themen. Nachwuchsförderung im Themenfeld »Gender und Nachhaltigkeit«. In: Verein FluMiNut (Hrsg.): Wissen_schaff(t) Widerstand, 27. Kongress von Frauen in Naturwissenschaft und Technik, Wien
- Katz, Christine; Mölders, Tanja; Kägi, Sylvia (2003): Aus-, Um-, Auf-Brüche: Forschungs- und Qualifizierungserfahrungen im Themenfeld »Gender und Nachhaltigkeit«. Feministische Studien 1
- Kriszio, Marianne (2003): Die Idee der Juniorprofessur und ihre Umsetzung im bundesdeutschen Hochschulsystem. In: DHB (Hrsg.): Wissenschaft auf Zeit – Leistungs- oder Leidensdruck für Frauen durch das HRG?, Öffentliches Kolloquium, Universität Dortmund
- Wissenschaftsrat (1998): Empfehlungen zur Chancengleichheit von Frauen in Wissenschaft und Forschung, Köln
- Zimmermann, Ute (2003): Gleichstellungsarbeit an der Universität Dortmund. In: DHB (Hrsg.): Wissenschaft auf Zeit – Leistungs- oder Leidensdruck für Frauen durch das HRG?, Öffentliches Kolloquium, Universität Dortmund

Liaisons manifesto.

Netzfeminismus als Praxis von WissenschaftlerInnen

Einleitung

Die Bedingungen für universitäre Forschung verschlechtern sich zunehmend. Dies gilt auch für die Geschlechterforschung. Das im Folgenden präsentierte Netzprojekt stellt einen Versuch dar, unter anderen Bedingungen neue Formen der Forschung zu etablieren.

Es gibt bereits zahlreiche Erfahrungen mit der Nutzung des Internets für Plattformen des Austauschs zwischen WissenschaftlerInnen und über feministische Themen. Auch die Internationale Frauenuniversität »ifu«, ein aufgrund der Teilnahme an der Expo 2000 und ihrer elitären Struktur in feministischen Kreisen umstrittenes Projekt (Schleicher 2000, 48-49), war bereits in der Vorbereitungszeit virtuell begleitet worden und mündete schließlich in die *vifu* (Virtuelle Frauenuniversität). Als positiv hervorzuheben ist hier, dass von Beginn an mit dem Anspruch gearbeitet wurde, ein in feministischer Perspektive formuliertes Technikverständnis umzusetzen bzw. feministische Techniktheorie weiterzuentwickeln (Schelhowe 2003).

An dieser Stelle möchte ich ein Projekt der Vernetzung von RomanistInnen, die sich mit Geschlechterforschung befassen, vorstellen. In Form einer gemeinsamen Website soll versucht werden, nicht nur einen weiteren Umschlagplatz für Informationen über Tagungen, Vorträge, Projekte, Publikationen zu schaffen, sondern zugleich auch im virtuellen Raum in eine inhaltliche Diskussion zu treten.

Ausgangspunkt der Projektidee bildete zunächst die Erfahrung, dass an Geschlechterforschung interessierte AkademikerInnen oft sehr isoliert arbeiten. Dies trifft gerade dann zu, wenn sie an Universitäten, die keine Studiengänge im Bereich der Geschlechterforschung anbieten, oder an einzelnen Instituten, in denen es keine Professur für Geschlechterforschung gibt, studieren oder promovieren. Hier schien es, wie immer wieder bekundet wurde, ein Interesse an mehr Austausch über theoretische und praktische Fragen zu geben. Zugleich stellte sich die Frage, inwiefern es sinnvoll und möglich sei, auch denjenigen, die außeruniversitär arbeiten und sich mit Fragen der Geschlechterforschung befassen, ein Forum zu bieten.

Das Angebot, auf der Website mit dem Namen *Liaisons* zu veröffentlichen und Kontakte auf- und auszubauen, richtet sich also nicht ausschließlich an den so genannten wissenschaftlichen Nachwuchs und nicht nur an diejenigen, die in einem festen universitären Rahmen forschen und publizieren. Aus Ar-

beitsgruppen, aus Projekten wie Ausstellungen, Vortragsreihen und – nicht zuletzt – auf Tagungen entstehen zahlreiche Kontakte zwischen AkademikerInnen und Personen, die nicht an der Universität studieren, promovieren, arbeiten, gleichwohl forschen und an einem Austausch interessiert sind.

Zugleich wird es für die Akademikerin im universitären Kontext immer schwieriger, sich neben Lehre, Gremienarbeit und Drittmittelbeschaffung kontinuierlich Forschungsthemen zu widmen. Die Zusammenhänge, in denen geforscht wird, legen strukturell zahlreiche Beschränkungen auf, die sich inhaltlich auswirken. Mit dem Projekt soll ein Ort geschaffen werden, an dem Interaktionen in größerer Unabhängigkeit von diesen Zwängen stattfinden. So können die *Liaisons* auch als eine praktisch gewordene Kritik an institutionalisierter Forschung aufgefasst werden.

Das Netzprojekt stellt auch den Versuch dar, inner- und außeruniversitäre Forschung enger miteinander zu verbinden und dabei wirklich eine Beziehung zwischen beiden herzustellen. Nicht nur ermöglichen die *Liaisons* WissenschaftlerInnen, die sich aufgrund einer schlechten Stellenlage, wegen rigider werdender Altersgrenzen, inakzeptabler Befristungen oder politischer Ablehnung der zu Grunde liegenden Karrierekonzepte von der Universität weg orientieren wollten oder mussten, zu vernetzen und ihnen so die Fortsetzung ihrer Arbeit zu erleichtern. Auch sollen andere, nichtinstitutionelle, dezentrale Formen des wissenschaftlichen Arbeitens eine stärkere Anerkennung erfahren. Damit ist nicht die übliche Zusammenarbeit zwischen Universität und anderen Institutionen und Organisationen (NGOs etc.) gemeint, die in den meisten Fällen aus finanziellen Gründen angestrebt wird. An die Stelle eines hektischen Treibens mit dem Ziel, Gelder einzuwerben, soll ein inhaltlicher Austausch mit allen treten, die an feministischen Fragestellungen interessiert sind.

Pragmatismus und Cyberfeminismus¹

Das Medium Internet wurde für dieses Projekt aus verschiedenen Gründen gewählt, eigentlich aus einer Mischung von pragmatischen und institutionskritischen Überlegungen. Als ein No-Budget-Projekt, für das auch durch Nutzung von freier Software niemandem Kosten entstehen, mit einem möglichst geringen technischen Aufwand, mit einem niedrigen Grad an Institutionalisierung, behält es eine offene Struktur für den Austausch zwischen AutorInnen und LeserInnen.

1 Der Begriff *Cyberfeminismus* bezeichnet hier die Nutzung der Möglichkeiten, die das Internet bietet, für feministische Theoriebildung und Praxen.

Man möge mit der Annahme vorsichtig sein, dass es sich bei den *Liaisons* um die Avantgarde des Cyberfeminismus handelt, aber selbstverständlich stellen sie ein Projekt feministischer Theorie und Praxis im Netz dar. Viele können oder wollen aufgrund von Ausgrenzungen und schlechten institutionellen Bedingungen nicht mehr an der Universität forschen. Hier kann ein solches Projekt nicht nur Ein-, sondern auch Ausstiege erleichtern, umorientieren und Übergänge schaffen. Zudem gilt es, Formen des Sich-Aneignens von Wissen wieder aufzuwerten, die auf einem Austausch basieren. Die zunehmende Institutionalisierung der *Gender Studies* hat bereits den Effekt einer Retorsion, d.h. dass die mit dem Begriff des Feminismus noch verbundene Idee einer gesellschaftlichen Emanzipation bis hin zur Befreiung gedreht und entstellt wird. Um immer wieder die Inhalte institutionalisierter Geschlechterforschung hinterfragen und neu bestimmen zu können, sind Diskussionsräume notwendig, die nicht fest in die Institution eingebunden sind. Kritik an hegemonialen Geschlechterdiskursen und an praktizierten Geschlechtermodellen erfordert offenere Formen des Kommunizierens und des Zusammenarbeitens, *face-to-face* oder virtuell. Nur Impulse von einem relativen Außen können verhindern, dass Geschlechterstudien einem Mainstream überlassen werden, der sie letztlich ihrer kritischen Zielsetzung beraubt.

Liaisons praktisch

Für die inhaltliche Ausgestaltung der Homepage wird eine große thematische Bandbreite angestrebt. Es werden medien-, literatur- und sprachwissenschaftliche Beiträge und Texte zu gesellschaftspolitischen Fragestellungen veröffentlicht. Die eingereichten Texte werden sukzessive veröffentlicht, zwar unter zeitlich befristet gesetzten Schwerpunktthemen, jedoch nicht in Nummern gebündelt, die erst dann ein Erscheinen ermöglichen, wenn alle Beiträge eingetroffen wären.

Bereits jetzt können Beiträge eingereicht werden. Möglich ist die Veröffentlichung von Artikeln (ca. 20.000 Zeichen), von Tagungsberichten (bis zu 5.000 Zeichen) und natürlich von Rezensionen einschlägiger Veröffentlichungen. Alle Texte können kommentiert werden, d.h. Nachfragen und Einwände werden direkt unter die Texte gesetzt. Der erste Schwerpunkt der virtuellen Zeitschrift, die im Jahr 2004 online gehen soll, widmet sich der Frage nach Geschlecht und Utopie in verschiedenen Medien. Texte zu literarischen Geschlechterutopien, zu sprachlichen und künstlerischen Experimenten, zur Selbstreflexion des hier gewählten Mediums können mit einem Abstract vorgeschlagen werden.

Veröffentlicht werden kann auf deutsch, englisch, französisch, spanisch und italienisch mit einer Zusammenfassung in deutsch oder englisch. Forma-

tierungshinweise sind bei liaisons@copyriot.com erhältlich. Die eingesandten Texte sollten bereits sorgfältig lektoriert und korrigiert sein.

Vorschläge für Links, für Veranstaltungshinweise und für Schwerpunktthemen (bitte mit Abstract) sind herzlich willkommen.

Es ist möglich, sich schon jetzt per eMail in einen Verteiler eintragen zu lassen, um regelmäßig über neue Texte auf der Seite und über angedachte Themenschwerpunkte informiert zu werden.

ab 2004: www.copyriot.com/liaisons; Kontakt: liaisons@copyriot.com

Es ist nicht geplant, und sei es mit einem feministischen Anliegen verbunden, ein weiteres Projekt der Ziehung von Geschlechtergrenzen entstehen zu lassen. Die Liaisons stellen kein Frauenprojekt dar, verfolgen auch nicht eine Strategie des Gender Mainstreamings. Hier entsteht ein Versuchsfeld, auf dem zu Grunde liegende binäre Codes zur Decodierung der Binarität genutzt werden können. Nicht nur die Veröffentlichung der Texte, sondern auch die Offenheit für alle Geschlechter trägt hierzu bei.

Liaisons soll nicht nur verbinden, sondern fesseln, an die Stelle institutioneller Ketten virtuelle Verkettungen setzen. Die closed Community etablierter Frauenforscherinnen kann von einem Cluster der Gendernauts abgelöst werden.

Literatur

Schleicher, Regina (2000): Summer in the expo-city: ifu und iksu. In: *diskus* 2., S. 48-49

Schelhowe, Heidi (2003): Interaktion als spezifische Qualität informationstechnischer Medien – Die Virtuelle Internationale Frauenuniversität (vifu). In: *Feministische Studien* 1, S. 126-132

(Ohn)Macht und Gewalt

RONALD LUTZ

Faszination der Gewalt

Zur Einstimmung

Gewalt, und das ist sicherlich eine wesentliche und nicht hintergehbare Botschaft modernen Vernunftdenkens, widerspricht dem Ethos der Menschenwürde und bricht jeden Dialog ab. Sie unterbindet Kommunikation und die Suche nach Kompromissen, sie beendet Aushandlungsprozesse; Gewalt befördert Stummheit (Thürmer-Rohr 2002). Dennoch oder deswegen ist sie ein kulturelles Muster moderner Gesellschaften, dem wir uns stellen müssen. Trotz einer notwendig moralischen Verurteilung von Gewaltexzessen müssen wir begreifen, was um uns herum geschieht.

Gewalt ist dabei weder Ausdruck eines abgründig Bösen noch ist sie nur eine Erbschaft der Evolution, noch ist sie einzig ein Produkt von Herrschaft, noch ist sie ausschließlich das Ergebnis ausgrenzender Politik, noch ist sie lediglich eine gefährliche Illusion der Macht. Sicherlich hat Gewalt Ursachen in sozialer Benachteiligung und in der ideologischen Hetze gegen Anderslebende und -denkende. Natürlich hat sie Hintergründe in erlebter und struktureller Gewalt. Doch das alles erklärt sie nicht vollständig.

Gewalt scheint zudem ein fast ausschließlich männliches Muster der Konfliktbewältigung und der Lustbefriedigung zu sein. Das belegen zumindest vorhandene Daten der Kriminalstatistik und die schon nicht mehr zu bewältigende Fülle an Forschungsarbeiten. Ich werde diesem Interpretationsmuster auch zunächst folgen und entsprechend auf männliche Gewaltmuster geprägte Zugänge zum Thema legen.

In einer erweiternden Perspektive soll dann aber ein Wechsel des Blickwinkels die aufkeimenden Debatten über die Gewalt von Mädchen aufgreifen und durcharbeiten. In einer dritten Perspektive werde ich schließlich einen verbindenden Interpretationsrahmen liefern, der sich eher geschlechtsunspezifisch auf zentrale Muster kultureller Ordnungen bezieht.

In meinen Überlegungen gehe ich dabei von einer zentralen These gegenwärtiger Gewaltforschung aus: Die Bedeutung und die Allgegenwart von Gewalt zeigen, dass in ihrer kulturellen Logik etwas zum Ausdruck kommt, was menschliche Existenzen »gierig« macht, was »Sensationen« anbietet, die sonst nicht möglich scheinen. Gewalt macht etwas mit den Menschen, das ihnen offensichtlich ein Bedürfnis sein kann.

Faszination von Gewalt

Ferdinand Sutterlüty, der Gewaltmotive biographisch herleitet (Sutterlüty 2002b, 98ff), will über Aussagen jugendlicher Täter, die er in einem Forschungsprojekt gesammelt hat, die intrinsische Attraktion der Gewaltausübung, die oft über jeden erkennbaren Sinn und Zweck hinausschießt, besser verstehen lernen: »Es ist nämlich in vielen Fällen die berauschende Gewalterfahrung selbst, die in den entsprechenden Situationen zu einem enthemmten Gewaltexzess führt. Diese Erfahrung kann aber auch dasjenige sein, was die Jugendlichen Situationen der Gewalt zuallererst herstellen läßt. Es entstehen, mit einem Wort, ›intrinsische Gewaltmotive‹, das heißt Motive, die direkt aus dem Erleben der Gewaltausübung hervorgehen und sich verselbständigen« (Sutterlüty 2002 a, 107).

In den Interviews, die Sutterlüty geführt hat, ist vielfach von Triumphgefühlen die Rede, vom triumphalen Erlebnis, sich durch die körperliche Überwältigung des Gegners als bedingungslos überlegen zu beweisen. Es ist, so Sutterlüty in seinen Interpretationen, ein Machtgefühl erkennbar, es ist eine Verfügungsmacht analysierbar, die über Leben und Tod des Gegenüber entscheiden kann.

Es entsteht, so würde ich es formulieren, in den Gefühlen und Interpretationen der Befragten eine scheinbare Gewissheit eigener Authentizität, die sich zu eigener Größe überhöht. Das lässt sich interessanterweise sowohl biographisch – wie es Sutterlüty darstellt – als auch anthropologisch – im Sinne von Sofsky oder von Trotha – diskutieren (Sofsky 1996; von Trotha 1997), die Gewalt eher im kulturellen bzw. sozialen Kontext verorten.

Die Genugtuung, auf Grund eigener Stärke zu leben und zu überleben, scheint zum einen ein essenzielles Moment zu sein, das die eigene Macht und Identität hervorhebt: Gewalt lässt diese männlichen Täter scheinbar erst zu einer starken Person werden, erst so nehmen sie sich wahr und gewinnen über ausgeübte Macht anderen gegenüber ihre eigene fragwürdige Identität. Ihrer eigenen Ohnmacht, die sie immer wieder erleben mussten, setzen sie in den Momenten des Gewaltexzess' grenzenlose Macht gegenüber.

Gewaltentfaltung erscheint zum anderen aber auch als ein Moment, das die beteiligten Menschen einbindet und sie aus der Realität in eine eigenartige Realität der Gewalt transferiert, die eine große Faszination auszuüben scheint. Die Gewaltsituation schafft offenkundig einen »Bann des Augenblicks«, einen Moment, in dem regulierende Normen außer Kraft gesetzt sind und Gedanken über mögliche Folgen verpuffen. Erkennbar werden »Zeiten zwischen den Zeiten«, die von Gewaltausübung besetzt sind und sich dadurch außerhalb der normalen Ordnung von Zeit und Raum befinden. Es entsteht eine Eigenwelt mit einer Eigenzeit, einer »Gewaltzeit« (Sofsky 1997), in der alles anders ist.

Sofsky hat in seinem neuesten Buch darauf hingewiesen, dass die Zerstörung der Körper, das Wimmern des Gegners, der Geruch des Blutes, was normalerweise abstößt und Ekel verursacht, in solchen Momenten außerhalb der Zeit für Täter verlockend ist, Sensationen darstellt, die der Alltag – zum Glück – nicht bieten darf und kann, die aber gerade deswegen so faszinierend schauerlich sein können (Sofsky 2002). Das ist im Übrigen auch eine Erfahrung vieler Zuschauer!

Sutterlüty zeigt darüber hinaus in seinen Interviews, dass es offenkundig einen biographisch bedeutsamen »Genuss« des Täters an den Schmerzen des Opfers gibt, es wird zumindest ein »schönes Gefühl« berichtet, das darauf beruhe, selber Schmerzen verursachen zu können (Sutterlüty 2002). In diesen Interviews taucht so durchgängig eine Metaphorik des Rausches auf.

Das implizierte Erlebnismoment eigener Größe steigert diese Affekte und lässt die Frage nach richtig und falsch völlig verblassen. Letztlich wird der Sieg über diese Unterscheidung im Moment der Gewaltentfaltung durch deren Qualitäten selbst getätigt.

Neben der erlebten körperlichen Überlegenheit und der darin implizierten biographischen Selbstvergrößerung ist es vor allem die Überschreitung des Alltags, die ein »gewaltiges« Motiv für die Ausübung von Gewalt darstellt: Dieser Aspekt bezieht dabei seine Attraktion aus der Entgegensetzung von Gewaltsituation und gewohnter Lebensführung.

Zentrale Elemente der Faszination

Diese Faszination soll nun in einer »dichten Beschreibung« zentraler Elemente vorgestellt werden.

Eigenwelt und Eigenzeit

Gewalt als ein dynamischer Prozess, der auf eine Vielfalt der Gefühle baut, führt die Beteiligten aus dem Alltag heraus in eine andere, durch die Taten selbst konstruierte Welt, eine Eigenwelt mit einer eigenen Zeit. Sofsky hat darauf hingewiesen, dass das Überschreiten des Verbotenen einen nicht vorhersehbaren Weg freimacht; dabei wirkt die Grausamkeit wie eine Sucht (Sofsky 1996, 55 ff).

Sutterlüty resümiert seine Befragungsergebnisse: Gewalt feuere sich in den Darstellungen der Gewalttäter selbst an, am Leid und am Tod des Opfers erlebe der Täter eine »absolute Freiheit« von den Lasten der Moral und der Gesellschaft; Gewalt steigere sich selbst, einmal losgelassen, folge sie der unendlichen Bewegung des Exzesses, die keinen Gipfel und auch kein Ende kennt. Er zitiert einen Täter, der von sich behauptet, dass er im Moment der Tat regelrecht »ausklinkt, abschaltet und nicht nachdenkt« (Sutterlüty 2002 a, 110).

Es ist ein Ausstieg aus dem Alltag, wie es im Ritual ja auch geschah, der sich hinter der Faszination der Gewaltausübung verbirgt. Dieser Aspekt bezieht dabei seine Attraktion aus der Entgegensetzung von Gewaltsituation und gewohnter Lebensführung: »Im Akt der Gewalt«, so Sutterlüty, »erleben manche Jugendliche Augenblicke, in denen alles auf Geschwindigkeit angelegt ist und in denen sie sich in einem Zustand des reinen Agierens befinden. Solche Augenblicke kennen nichts als die Gegenwart, die Unmittelbarkeit des Geschehens« (Sutterlüty 2002, 113/114). Das »Spiel der Gewalt« lebt offensichtlich von Geschwindigkeit, Risiko und einem situativen Enthusiasmus, der sich jenseits der normalen Zeit als Eigenzeit mit eigenen Gesetzen entfaltet.

Die Arbeiten von Sutterlüty zeigen zudem, dass in diesen situativen Spannungen und Risiken alle Sinne in Beschlag genommen werden (Sutterlüty 2002 a und b). Es ist etwas Eigenartiges, was sich in diesen Gewaltmomenten einstellt: Im Akt der Gewalt stehen die Täter in einem merkwürdigen Spannungsverhältnis zwischen Konzentration und Körperkontrolle, um den entscheidenden Schlag gut und zielorientiert auszuüben, und einer hemmungslosen Freigabe eigener Körperaktionen.

Diese Spannung und ihre letztlich Auflösung scheinen Lust zu bereiten, scheinen Sensationen zu bieten. Der Moment des Angriffs, so Sutterlüty, kann im Gewalttäter zusätzlich ekstatische Zustände freisetzen, die im alltäglichen Leben ausgeschlossen sind; so zitiert er einen Täter: »Und im gleichen Moment anzugreifen, das ist übergeil, das ist richtig geil, das ist besser als jeder Trip« (Sutterlüty 2002, 116).

Die Gewalt hat eine eigene Zeit, eine eigene Welt; sie ist eine Ordnung der unmittelbaren und situationsbezogenen Zeit, die aus sich selbst heraus lebt und ihre Bedeutung entfaltet. »Die Zeit der Gewalt«, schreibt deshalb Sofsky, »ist intensiv und knapp: intensiv, weil sie schlagartig, blitzschnell hereinbricht; knapp, weil die Bedenk- und Vorwarnzeiten auf Minuten, ja Sekunden verkürzt sind« (Sofsky, 1996, 37).

Vergangenheit und Zukunft sind abgespalten, sie haben keine Bedeutung mehr. Der Kampf, die Gewaltentfaltung, findet in der absoluten Gegenwart statt. Sutterlüty zitiert aus dem Interview eines Gewalttäters: »In dem Moment, wenn man so was erlebt hat, dann hat man nur noch eins im Kopf: Zerstören« (Sutterlüty 2002, 116).

Nicht die Menschen, die Gewalttäter, bestimmen allerdings diese Gegenwart, die Wirklichkeit der Gewalt bestimmt die Menschen. Sie erliegen einem »Bann des Augenblicks« und werden von einer ungeheuerlichen Kraft gefesselt, die »Gewalt regulierende Normen außer Kraft setzt und Gedanken über mögliche Folgekosten verpuffen lässt« (Sutterlüty 2002, 110).

Allmacht

Gewalt schafft Leidenschaft, sie wird grundlos, sie wird absolut, sie agiert aus

sich selbst und genügt sich selbst. Auch spielt mitunter die pure »Lust an der Zerstörung und Vernichtung« eine nicht zu unterschätzende Rolle. Sie überspringt aber auch Grenzen des alltäglichen Lebens, sie entzieht sich den Gesetzen der Vernunft, der Zwecke und Werte. Die begangenen Grausamkeiten nähren vor allem aber die Illusion der Allmacht.

Häufig geht es den Gewalttätern nämlich einzig und allein um die Ausübung von Gewalt als Macht, um die Terrorisierung Schwächerer und um das Erleben eigener Stärke. Eigene Ohnmacht soll sich zu Allmacht wandeln. Der Schlag ins Gesicht des anderen zeigt, dass der Täter lebendig, stark, unberechenbar und machtvoll ist. Er kontrolliert die Situation und wird nicht mehr von anderen kontrolliert.

Die geplante und erlebte physische Gewalt hat ihre eigenen Gesetze: »Die physische Gewalt ist der intensivste Machtbeweis. Sie trifft das Opfer unmittelbar im Zentrum seiner Existenz, in seinem Körper. Keine Sprache ist von größerer Überzeugungskraft als die Sprache der Gewalt. Sie braucht keine Übersetzung und lässt keine Fragen offen. Nirgendwo hat die Macht mehr wirkende Kraft, nirgendwo ist sie mehr Wirklichkeit. Keine andere Aktion zeigt drastischer die Überlegenheit des Herrn über den Knecht. In der Verletzung bekommt er die Macht im eigenen Leib zu spüren« (Sofsky 1996, 19).

Sutterlüty berichtet beispielsweise von einem Straftäter, dessen Begründung der Tat schlicht war: »Bin wer« (Sutterlüty 2002 110). Die Gewalt gab ihm die biographisch bedeutsame Gewissheit, entgegen sonstiger Erfahrungen, ein Nichts zu sein, doch über Stärke und Macht zu verfügen.

Letztlich bringt Sofsky in seinem anthropologischen Zugang aber die in der Gewalt sich präsentierende Allmacht, die Ohnmacht verdrängen soll, auf einen erschreckenden, traurigen Punkt: »Er zieht in den Krieg um zu töten. Er beteiligt sich an der Menschenjagd, um sich gefahrlos selbst zu erhöhen« (Sofsky 2002, 17).

Geschlecht

Gewalt scheint vor allem Männern, insbesondere männlichen Heranwachsenden, vorbehalten zu sein. Dies hat mittlerweile einen großen Konsens erreicht. Männliche Kinder und Jugendliche sind demnach eher von unreflektierten Allmachtsfantasien besessen, die aus Ohnmachtserfahrungen resultieren und sich zu Überlegenheitsfantasien verdichten (Lutz 2000, 2002). In Gewaltmotiven und Gewalthandlungen kann offensichtlich gerade ein gefährdeter männlicher Charakter seine verzweifelte Identitätssuche ausleben.

Hintergründe hierfür liefert eine altbekannte anthropologische Debatte: Die Jahrhunderte lange gesellschaftliche Vormachtstellung der Männer, von Connell und Gilmore als hegemoniale Männlichkeit beschrieben (Connell 1987; Gilmore 1991), die als kulturelle Praxis öffentliche Räume und den Zugang zu Frauen kontrollierte, ist in den letzten Jahrzehnten fragwürdig geworden.

Besonders die derzeit heranwachsende Generation hat angesichts vielfältiger Desintegrationstendenzen hiermit sowohl auf der individuellen als auch auf der sozialen Ebene massive Bewältigungsprobleme. Es fehlen u. a. sowohl Rituale zum Umgang mit Gewaltbereitschaft als auch Grenzen setzende Instanzen. »In dieser eklatanten Mangelsituation«, so Bergmann und Leggewie, »in der die Ausbildung verantwortlicher Individualität scheitert, haben Gewalt-handlungen nicht primär mit dem Wunsch zur Erniedrigung und Vernichtung anderer zu tun, sondern mit dem narzißtischen Streben, die eigenen Fähigkeiten zu testen und Grenzen auszureizen« (Bergmann; Leggewie 1993, 21).

Aus Grenzenlosigkeit erwächst, neben dem Wunsch Ohnmacht durch Allmacht zu ersetzen, eine Suche nach Grenzen, die Grenzen überschreitet und so Gefahren für Leib und Leben anderer hervorruft. Die problematische Männlichkeit der Heranwachsenden orientiert sich dabei an einer kulturell überlieferten Methodik, die zudem noch durch den ihr eigenen Charakter Faszination und Erlebnis garantiert.

Zur Wiedereroberung der Kontrollmöglichkeiten war und ist Gewalt eben schon immer ein legitimes Mittel der Männlichkeit. Gewaltanwendung diene und dient der Bestätigung, ein Mann zu sein und damit der Sicherung des sozialen Raums, in dem Männlichkeit ihre hegemoniale Bestätigung findet. Männlichkeit zeigt sich vor allem in der Betonung und Zurschaustellung von Mut und Kampfbereitschaft, sie gründet auf der sexuellen Vorherrschaft des Mannes, auf seiner Dominanz auf dem Arbeitsmarkt und auf seinem angestammten Recht der Gewaltausübung gegenüber Fremden und Feinden, die ihn und sein Territorium gefährden, es gar in Besitz genommen haben.

Mädchen und Gewalt

Jugendgewalt ist ein stark männlich geprägtes Phänomen. Allerdings, und das relativiert bzw. erweitert bisherige Aussagen zum Geschlecht, hat das Thema Mädchen und Gewalt in letzter Zeit starke Beachtung gefunden, dies zeigt sich vor allem an einer zunehmenden Publikationstätigkeit (z.B. Heiland 2002); dennoch gibt es noch immer starke Vorbehalte, diesen Kontext zu thematisieren.

Im März 1998 wurde durch einen SPIEGEL-Artikel das Thema in der Öffentlichkeit manifest. Darin war von einer ganz normalen Gewalt die Rede: Mädchen würden als Einzelgängerinnen aber auch in der Gruppe auftreten, bei denen es sich nicht um geschlechtshomogene Zusammensetzungen handeln müsse. Die Gegner seien dabei sowohl Mädchen als auch Jungen und Männer, die gewalttätigen Formen reichten von Drohungen bis zu Misshandlungen und Schädigungen. Als Motive würden Eifersucht, Beziehungsprobleme, Machtdemonstrationen gegenüber eigentlich Schwächeren, aber auch Lust und Spaß genannt.

Die Aussagen des SPIEGEL-Artikels lassen zunächst einmal erkennen, dass sich Mädchen und Jungen hinsichtlich der Qualität ihres gewaltförmigen Handelns anscheinend kaum unterscheiden. Allerdings, und das zeigt ein Blick auf die Statistik, sind Männer bezüglich der Gewaltbereitschaft noch immer deutlich überrepräsentiert; die Geschlechterverteilung bewegt sich noch immer zwischen 90 Prozent Jungen und 10 Prozent Mädchen. Dennoch haben Langzeitbeobachtungen hinsichtlich der Einstellungen zu Gewalt ergeben, »dass weibliche Gewaltakzeptanz – auch die physische – im Vergleich zur männlichen überproportional angestiegen ist« (Möller 2001, 372).

Allerdings besteht auf dem Gebiet der Gewalt weiblicher Jugendlicher bisher noch ein immenses Forschungsdefizit! Dennoch lassen sich aus bisher vorliegenden Befunden einige Thesen herausarbeiten (Bruhns; Wittmann 2002; Wittmann, 2002; Möller 2001; von Felten 2000; von Felten 2002; Silkenbeumer 2000): Mädchen und junge Frauen schildern Gewalthandlungen in Interviews durchaus ausführlich, detailliert und nahezu lustvoll; dabei präsentieren sie sich als außerordentlich gewaltbereit. Derartige Präsentationen erhalten dabei mitunter eine selbstwertstärkende Funktion. In ihren Außenkontakten zu Gleichaltrigen pflegen Mädchen wie Jungen offensichtlich ein Image, dem hinsichtlich Durchsetzungsfähigkeit und Kampfkraft Respekt und Hochachtung gezollt wird und das als Mittel gilt, sich Achtung zu verschaffen.

Mädchen verstehen unter Gewalt vor allem physische Gewalt und sie lehnen diese nicht stärker ab als Jungen; auch für sie ist Gewaltanwendung ein legitimes Mittel zur Lösung von Konflikten.

Auch wenn Mädchen mitunter Jungen attackieren, schlagen sie sich vor allem mit Mädchen; sie prügeln sich, weil schlecht über sie geredet wurde, wegen »dummer Sprüche« oder »schräger Blicke«, aus Eifersucht und zur Verteidigung von Freundinnen und Freunden. Bei den Mädchen entstehen die Gründe für körperliche Attacken überwiegend auf der Beziehungs- und Kommunikationsebene.

Weibliche Jugendliche beschreiben ihre Hemmungslosigkeit in Gewaltkontexten auch als Kontrollverlust, als ein Ausrasten oder Ausflippen. Die Intensität ist dabei sehr unterschiedlich; manche hören auf, wenn das Opfer weint, manche schlagen weiter, bis Blut fließt; manche empfinden Mitleid und manche gar nichts. In ihrer Bestrafungsbereitschaft unterscheiden weibliche Jugendliche, ob es sich bei den Tätern um Freunde handelt oder nicht. Überhaupt wird die Gewalt durch fremde Jugendliche als weitaus schwerer eingestuft als die Gewalt im eigenen Freundeskreis, die bagatellisiert wird.

Verbale Gewalt gilt vielfach als harmlos, Gelderpressungen mit einer Spritze werden aber beispielsweise als schwer eingestuft. Es sind aber vor allem Beleidigungen und Beschimpfungen durch ein Mädchen, die zu Gewalthandlungen führen: »Die Gewaltbereitschaft weiblicher Jugendlicher zeigt sich darin, dass bei Beleidigungen, Verleumdungen und der Infragestellung von part-

nerschaftlichen Besitzansprüchen durch Gruppenexterne verbale Strategien der Konfliktlösung abgelehnt, Gegengewalt als einzige Handlungsoption bei körperlichen Angriffen akzeptiert und Gewaltanwendung als Mittel der solidarischen Unterstützung und der Machtdemonstration sowie als Bekundung des Gruppenzusammenhangs befürwortet werden« (Wittmann 2002, 18).

Überhaupt spielt die Gruppe eine wesentliche Rolle: »Mit zunehmendem Organisationsgrad der Freundesgruppe erhöht sich die Wahrscheinlichkeit als Täterin in Erscheinung zu treten, aber auch das Risiko, Opfer von Gewalt zu werden« (von Felten 2002, 44). Die Zugehörigkeit zu einer Freundesgruppe hat einen aussagekräftigen Einfluss auf die Wahrnehmung von Gewalt. Außerhalb des Freundeskreises wird Gewalt als schwerwiegender wahrgenommen, es gibt in der Gruppe eine höhere Neigung zur Gewaltbereitschaft und eine geringere Angst vor Jungengewalt.

Die Gewaltschilderungen der Mädchen widersprechen Forschungsergebnissen, die ihnen die Rolle des Mädchens im Hintergrund zuweisen oder verdeckte Gewalt zur typischen weiblichen Gewaltform erklären. Die Schilderungen zeigen ein offen aggressives und häufig auch sehr brutales Vorgehen. Auch kann nicht bestätigt werden, dass Annahmen zur männlichen Überlegenheit und zum weiblichen Schutzbedürfnis (These der männlichen Beschützerrolle) noch greifen; Mädchen fühlen sich nicht auf Grund eines männlichen Rückhalts stärker, auch nehmen weibliche Gruppenmitglieder mitunter diese Schutzfunktion an.

Die Hervorhebung von Gewaltbereitschaft und Gewalttätigkeit kann vor dem Hintergrund der im Jugendalter erfolgenden Verortung im System der Zweigeschlechtlichkeit »bei weiblichen Jugendlichen zudem als Versuch gesehen werden, alte geschlechtstypische Zuschreibungen in Frage zu stellen (z.B. Mädchen sind friedlich) und ein Gewalttätigkeit integrierendes Bild von Weiblichkeit zu konstruieren« (Wittmann 2002, 17).

Die gewaltorientierte Haltung der weiblichen Jugendlichen kann durchaus als »Effekt von gruppenwirksamen Weiblichkeitskonstruktionen gesehen werden, in denen Unabhängigkeit und Durchsetzungsfähigkeit einen hohen Stellenwert haben« (Wittmann 2002, 23). Sie betonen, wie Wittmann in ihren Analysen hervorhebt, Gewalt als Aspekt einer selbstbewussten Weiblichkeit unter Zurückweisung von Unterordnungs- und Anpassungszwängen im Geschlechterverhältnis, die den eigenen Interessen und Bedürfnissen nach Autonomie und Selbstbehauptung widersprechen. Die Mädchen konstruieren somit ein Weiblichkeitsbild, in das Gewaltbereitschaft und Gewalttätigkeit integriert sind.

Gewaltbereitschaft wird dann aber nicht als Defizit, sondern als Ressource im Umgang mit anderen Jugendlichen gesehen, die Anerkennung verschafft, Überlegenheitsgefühle vermittelt und das Selbstwertgefühl stärkt; damit wird sie zu einem festen Bestandteil ihres sozialen Verhaltensrepertoires.

Zur Entgrenzung der Gewalt

Es gibt sicherlich hinsichtlich Gewaltbereitschaft und Gewaltentfaltung erhebliche Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen, das lässt sich allein schon an der Zahl der Gewalthandlungen messen. Doch es lassen sich auch Gemeinsamkeiten finden, die sich vor allem in der Faszination und dem Erlebnischarakter der Gewalthandlung verdichten, aber auch hinsichtlich sozialer Kontexte wie Anerkennung, Überlegenheitsgefühl und Selbstwertgefühl evident sind. Dabei wird Gewalt von Mädchen auch zum experimentellen Umgang mit neuen Rollenkonstruktionen genutzt.

Vorbilder für die Prozesse der Gewaltentfaltung liefern zweifelsohne Videos, das Feld bereitet mitunter die Politik, die Ursachen liegen sicherlich auch in struktureller Gewalt unserer Kultur. Doch die Gewaltsituation entfaltet ihre eigene Zeit, formt ihre eigene Welt, die Menschen involviert, sie unendlich grausam werden lässt, ihnen Allmachtsfantasien suggeriert, Körper und Sinne bedient und eine Identität vorgaukelt, die fragwürdig ist, da sie aus einer entgrenzten und nicht in den kollektiven Sinn einer Gemeinschaft integrierten, ritualisierten Gewaltentfaltung resultiert.

Jenseits einer biographischen und sozialwissenschaftlichen Ursachenforschung müssen wir deshalb insbesondere jene kulturalanthropologische Tatsache reflektieren, dass Gewalt in modernen und individualisierten Gesellschaften jene rituelle Einhegung und damit auch jene rituelle Begrenzung und Sinnhaftigkeit im Kontext der Gemeinschaft verloren hat und ausschließlich als unkontrollierte und entbettete, individualisierte Gewalt umhergeht.

Solchen Überlegungen liegen dabei nicht nur die oben entfalteten Thesen einer Faszination zu Grunde, sondern zugleich auch die These, dass insbesondere männliche Heranwachsende Zeiten und Räume für die Zivilisierung, für die Einhegung ihrer latenten Aggressionspotentiale benötigen. Dabei finden wir zugleich eine seltsame und noch nicht verstehbare Entwicklung: Für Mädchen scheint Ähnliches zu gelten. Das soll nun noch einmal vertieft werden, um so Gewalt auf einer anderen Ebene zu thematisieren.

Ich beziehe mich zur weiteren Erläuterung der Zusammenhänge auf Studien aus französischen Vorstädten, die uns eine »dichte Beschreibung der Gewalt« und ihrer kulturalanthropologischen Hintergründe liefern. Dubet und Lapeyronnie haben in ihrer Analyse der Gewaltbereitschaft von Jugendlichen in den »banlieus« von Paris auf das Folgende aufmerksam gemacht (Dubet; Lapeyronnie 1994; Dubet 1997): Sie gehen davon aus, dass es ein essenzieller Aspekt des Heranwachsens Jugendlicher ist, insbesondere männlicher, sich auszutoben, Erfahrungen mit den Fähigkeiten des Körpers zu machen und dabei Grenzen dieser Fähigkeiten einzuüben. Ihre Vorstellungen ruhen dabei konsequent auf den Thesen zur Rolle der Initiation und des Rituals in traditionellen Gesellschaften.

Doch in Gesellschaften, in denen Integration zunehmend zum Problem wird und Gewalt sich veralltäglicht, eben nicht mehr ausschließlich in rituell vorgesehenen Zeiten zulässig ist, treten interessante Verwerfungen auf: »Es hat den Anschein, als wären traditionelle Gesellschaften im Stande gewesen, Gelegenheiten, Augenblicke und Orte herzustellen, in denen es für die Jugendlichen möglich war, Normen zu übertreten, ohne daß diese Devianz die soziale Ordnung ernsthaft gestört hätte. Diese Form der Gewalt war hochgradig ritualisiert und wurde in Verbindung mit Festen, karnevalistischen Veranstaltungen und Initiationsriten geduldet« (Dubet 1997, 221/222).

Traditionelle Gesellschaften waren »stark integrierte Gesellschaften«, denen es möglich war eine enge soziale Kontrolle auszuüben. Geduldete Gewalttätigkeiten hatten die Funktion von Sicherheitsventilen, sie lieferten Beweise der Männlichkeit und Beweise der Stärke junger Männer. So war Jugendgewalt lange Zeit ein Teil der volkstümlichen Kultur, die einen festen Platz darin hatte.

Diese geduldete Gewalt scheint heute vom Verfall der traditionellen Gemeinschaften und ihren Prozessen der sozialen Kontrolle bedroht. Je mehr sich die individualistischen, hygienischen und zivilisierten kulturellen Modelle der Mittelklassen und deren Selbstkontrolle verbreiten, werden diese Formen der Gewalt buchstäblich nicht mehr verstanden. Sie werden abgelehnt und mit dem Verschwinden der sie kontrollierenden Gemeinschaften zudem entgrenzt. Gewalt wird somit nicht mehr als traditionelle Gewalttätigkeit verstanden, sondern als Rohheit und Barbarei wahrgenommen.

Die informelle soziale Kontrolle traditioneller sozialer Gemeinschaften, der volkstümlichen Kultur, die Räume für heranwachsende junge Männer schuf, in denen sie sich austoben konnten, wurde durch die professionelle Kontrolle von Sozialarbeitern, Lehrkräften, Polizisten und Hausmeistern ersetzt. Diese ist aber immer schlecht an die Verhaltensweisen der Jugendlichen angepasst.

Wo sich autonomes Jugendleben entfalten könnte, treten Institutionen auf, die diese Jugend betreuen; Freizeitgestaltung und Spiele werden organisiert. Diese Betreuung wird kolonialistisch, bevormundend, strafend und fordernd. Die Jugendlichen, so in den »banlieus«, entziehen sich. Ihre latente Gewaltbereitschaft agiert sich weiterhin aus, allerdings fehlen nun die Einhegungen, und so toben sie ungehindert in der Realität und gefährden unreflektiert deren Moral und Normen, ja deren Zusammenhalt.

Mit dem Verlust traditioneller Einhegungen korrespondieren immer stärkere Belastungen der Jugendphase, die zusätzliche Gewaltbereitschaft fördern. In den »banlieus« von Paris haben die beiden französischen Soziologen eine ungeheure Frustration angesichts fehlender Zukunftschancen der Heranwachsenden, vor allem männlichen, Subjekte festgestellt. Dies wird verstärkt durch eine immense Trostlosigkeit der Gebäude und der sozialen und kulturellen Infrastruktur, durch eine starke Diskriminierung auf Grund ethnischer

Zugehörigkeit und einer großen sozialen Benachteiligung, die vielfältig als exclusion und als residenzielle Segregation beschrieben wird. Die soziologisch auffindbaren Gründe für Gewaltbereitschaft junger und vor allem männlicher Heranwachsender stärken die latente, im Aufwachsen auftretende, zusätzlich.

Diese entgrenzte Gewalt können wir nun vielfältig beobachten, so bei Hooligans und Straßengangs. Ich verweise hier nur auf den Band von Bill Buford mit dem schlagkräftigen Titel »Geil auf Gewalt« (Buford 1992).

Kulturanthropologisch verweist dies aber auf etwas, das in traditionellen Kulturen Gegenstand von Ritualen und von männlichen Initiationsriten war: Das zeitlich befristete Aufgeben der Realität, um in einer anderen Realität Erfahrungen zu sammeln, die neue Aufbrüche in der eigentlichen Realität erst ermöglichen und die zudem eine Stärkung und Herausforderung der individuellen und kollektiven Identität darstellen.

Diese rituellen Aktionen waren zu allen Zeiten eingehegt und eingegrenzt von sozialen Mustern, die sie ermöglichten und in ihren Wirkungen begrenzten; sie konnten die eigentliche Realität nie in Frage stellen noch sie gefährden. Durch ihre Eingrenzungen blieben sie auf die kontrollierbare Eigenwelt der Gewaltentfaltung verwiesen und verletzten so eher selten die Normen und die Moral der Außenwelt, deren wesentlich soziales und kulturelles Muster zur Integration in die Gemeinschaft sie zudem waren. Schneider hat uns schon vor einiger Zeit mit diesen Gedanken konfrontiert:

»Die Ratlosigkeit der Gesellschaft gegenüber dem Aggressionspotenzial heranwachsender Männer, die bis zu dessen Verleugnung geht, deutet auf einen kollektiven Dämmerzustand. Alle so genannten primitiven Kulturen haben aufwändige Rituale entwickelt, um die Aggression männlicher Pubertierender zu formen und zu lenken. Nach allem, was wir wissen, dienten diese schmerzhaften und langwierigen Initiations- und Mannbarkeitsriten keineswegs der Vorbereitung auf einen Kriegsfall. Sie hatten die Aufgabe, den aggressiven Strebungen den Weg zu zeigen, auf dem allein die Gemeinschaft ihnen erlaubte, sich zu äußern. Von diesen Riten hat die industrielle Zivilisation nur den Massensport und den militärischen Drill in Gestalt des Wehrdienstes übrig gelassen. Nur zivilisatorische Hybris und Selbstvergessenheit konnte zu dem Irrtum verleiten, das aggressive Potenzial pubertierender männlicher Jugendlichen könne durch Wegsehen zum Verschwinden gebracht werden« (Schneider 1993, 140).

Mit dem Verfall der traditionellen Ordnungen, die Gewalt entbettet und sie somit auch individualisiert, wird möglicherweise, und das ist bisher in seiner Dynamik völlig unverstanden, auch ein neuer Raum für Mädchen geöffnet, die sich nun ebenfalls in Handlungen und Rollen darstellen können, die ihnen zuvor kaum möglich waren. Darin ist aber keine Befreiung, sondern ebenfalls eine Gefahr für den kulturellen Kontext zu sehen.

Zur »Ausstimmung«

Es ist vor allem die produzierte Körperlosigkeit des heranwachsenden Mannes in unserer modernen Kultur, die Anlass zum eruptiven Umgang mit Körperkräften wird, die den Körper sogar zur Waffe werden lässt. Der junge Mann soll kalt und hart sein, sich in der Brutalität des Lebens bewähren lernen, seinen Körper ohne Gefühlsaufwallungen missachten und so seiner Umwelt körperlos begegnen.

Diese gegen den Körper entworfenen Zurichtungsprozesse haben weit reichende Konsequenzen: »Die Produktion der Körperlosigkeit und Gefühllosigkeit ist ein gesellschaftlicher Prozeß, der die Jungen befähigen soll, ihren Mann zu stehen. Die Gewaltbereitschaft erscheint nun ... als ein Ventil oder als Sublimierung der eigenen Körperlosigkeit. Die Jungen, die keinen Kontakt zu ihrem Körper haben, versuchen über aktive Weltaneignung Identität herzustellen. Der Schlag ist ein Zeichen der eigenen Lebendigkeit« (Schenk 1993, 165).

Mit diesem Schlag aber soll zugleich ein Akt begangen werden, der nicht nur den Körper zum Schwingen bringt, sondern zugleich auch die eigene Identität, das eigene Selbst, die eigene Gruppe und die eigene Art neu gründen soll. Das Opfer wird zum Täter. Damit aber schließt sich ein Kreis, der sich als gefährliche Bedrohung der Kultur herausstellt.

Literatur

- Bergmann, Jörg; Leggewie, Claus (1993): Die Täter sind unter uns, in: Kursbuch 113, S. 7-37
- Bruhns, Kirsten; Wittmann, Svendy (2002): »Ich meine, mit Gewalt kannst du dir Respekt verschaffen.« Mädchen und junge Frauen in gewaltbereiten Jugendgruppen, Opladen
- Buford, Bill (1992): Geil auf Gewalt, München
- Connel, Ralph W. (1987): Gender and Power, London
- Dubet, Francois (1997): Die Logik der Jugendgewalt. In: Trotha, Trutz von (Hg.): Soziologie der Gewalt, Sonderheft 37 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen, S. 220-234
- Dubet, Francois; Lapeyronnie, Didier (1994): Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft, Stuttgart
- Engler, Wolfgang (1993): Das halbierte Gewissen, in: Kursbuch 113, S. 117-128
- Felten, Mirjam von (2000): »...aber das ist noch lange nicht Gewalt«. Empirische Studie zur Wahrnehmung von Gewalt bei Jugendlichen, Opladen
- Felten, Mirjam von (2002): Gewaltwahrnehmung und Zugehörigkeit zu einer Freundesgruppe. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung zur Gewaltperzeption weiblicher Jugendlicher, in: Soziale Probleme 1/2002, S. 27-53
- Gilmore, David (1991): Mythos Mann, München
- Heiland, Hans-Günther (2002): Variationen von Gewalt: Mädchen – ethnische Konflikte – Amok, in: Soziale Probleme, 1/2002, S. 5-10
- Lutz, Ronald (2000): Her mit den Geistern! Zur kulturellen Dynamik der Moderne, Erfurt
- Lutz, Ronald (2002): Entgrenzte Gewalt. Eine kulturelle Apokalypse, in: Klein, Michael (Hrsg.): Gewalt – interdisziplinär, Münster, S. 223-239
- Möller, Kurt (2001): Coole Hauer und brave Engelein. Gewaltakzeptanz und Gewaltdistanzierung im Verlauf des frühen Jugendalters, Opladen
- Schenk, Michael (1993): Jugend-Gewalt ist männlich, in: deutsche jugend, 4/1993, S. 165-172
- Schneider, Peter (1993): Erziehung nach Mölln, in: Kursbuch 113, S. 131-141

- Sofsky, Wolfgang (1996): Traktat über die Gewalt, Frankfurt a.M.
- Sofsky, Wolfgang (1997): Gewaltzeit. In: Trotha, Trutz von (Hg.): Soziologie der Gewalt, Sonderheft 37 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen, S. 102-121
- Sofsky, Wolfgang (2002): Zeiten des Schreckens: Amok, Terror, Kriege, Frankfurt a.M.
- Silkenbeumer, Mirja (2000): Im Spiegel ihrer Lebensgeschichten – Gewalttätiges Verhalten Jugendlicher und Geschlechtszugehörigkeit, Stuttgart
- Sutterlüty, Ferdinand (2002a): Gewalterfahrung als Motiv, in: Kursbuch 147 Gewalt, Berlin, S. 106-118
- Sutterlüty, Ferdinand (2002b): Gewaltkarrieren, Frankfurt a.M.
- Thürmer-Rohr, Christina (2002): Die Stummheit der Gewalt und die Zerstörung des Dialogs. In: UTOPIE kreativ. Diskussion sozialistischer Alternativen, Nr. 143, September 2002, S. 773-780
- Trotha, Trutz von (1997): Zur Soziologie der Gewalt, In: Trotha, Trutz von (Hg.): Soziologie der Gewalt, Sonderheft 37 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen, S. 9-56
- Wittmann, Svendy (2002): Gewaltbereitschaft und Gewalthandeln von Mädchen und jungen Frauen im jugendgruppenspezifischen Umfeld. In: Soziale Probleme 1/2002, S. 11-26

Zur politischen Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes in Sachsen-Anhalt

Einleitung

Gesellschaftlich und politisch wurde in Deutschland das Thema Gewalt gegen Frauen im Gegensatz zu anderen Gewaltphänomenen lange Zeit hingenommen. Gewalt schien untrennbar mit dem Verhältnis der Geschlechter und den gesellschaftlichen Rollenzuweisungen qua Biologie verbunden. Der Mann schlägt, die Frau wird geschlagen, die Gesellschaft kann nichts tun außer Frauenhäuser und Schutzwohnungen bereitzustellen. Gewalt durch den Beziehungspartner wurde somit zum Schicksal von Frauen. Die Frage nach Intervention und Recht stellte sich bei einer solchen Betrachtung nicht, denn gegen Schicksal kann Recht nichts bewirken. Es gibt keine Schuld, keinen Täter, nur Schicksale, tragische Beziehungen und tragische Opfer.

Ausgelöst durch das am 1. Mai 1997 verabschiedete Gewaltschutzgesetz in Österreich hat in den vergangenen Jahren eine breitere politische Diskussion über grundlegende Veränderungen in der Bekämpfung von häuslicher Gewalt stattgefunden. Es geht um einen Paradigmenwechsel, der zu einem neuen Verständnis der häuslichen Gewalt und zu einer anderen Konzeption der staatlichen Reaktion geführt hat. Auch wenn das »Phänomen der häuslichen Gewalt« offenbar nicht wie in Österreich als Ergebnis einer breiten gesellschaftlichen Debatte in die Verantwortung der staatlichen Behörden übergegangen ist, muss dennoch festgestellt werden, dass durch mühsame Schritte kleine Erfolge erzielt wurden. Hierzu zählen die Gesetzesänderungen im Bund, die Veränderungen der Polizeigesetze in den Ländern sowie die Aus- und Weiterbildung von PolizeibeamtInnen, die diesen Paradigmenwechsel – wenn nicht gleich verinnerlicht – ihn aber dennoch per Gesetz oder Verordnung ermöglichen haben. Eine breite Diskussion außerhalb der bekannten Gremien hat so gut wie nicht stattgefunden. Es ist auch nicht zu erwarten, dass Gesetze und Verordnungen kurzfristig eine generationsübergreifende Weitergabe des Gewaltmusters durchbrechen. Eine Chance, Gesellschaft zu verändern, liegt jedoch in den flankierenden Maßnahmen.

In Sachsen-Anhalt wurde auf Initiative der PDS im Januar 2000 ein »Programm zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder« eingefordert. Sachsen-Anhalt war somit das erste Bundesland, das strukturelle Veränderungen in der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder einleitete. Das Landesprogramm »Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt« (ISA) gliedert sich in folgende Schwerpunkte:

- Prävention
- Staatliche Reaktion in Fällen von häuslicher Gewalt
- Hilfsangebote für betroffene Frauen und Kinder
- Täterarbeit
- Kooperation zwischen staatlichen Institutionen und NROs
- Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit

Ich will versuchen, die Schritte zu verdeutlichen, die im Land erarbeitet und umgesetzt wurden und damit einen Überblick über die Problematik schaffen. Weiter soll aufgezeigt werden, was alles getan werden muss, um nachhaltigt Gewalt im häuslichen Bereich einzugrenzen. Ich will dabei nicht verhehlen, dass wir im Land in einer sehr komfortablen Situation waren und dass sich diese Situation mit dem Regierungswechsel verändert hat. Nun ist es an uns, das Erreichte zu erhalten – denn an einen Ausbau der Maßnahmen ist auf Grund der politischen Konstellation nicht zu denken.

Das gesamte Landesprogramm zielte darauf ab, ressortübergreifend zu agieren, damit die zuständigen Ministerien (Ministerium für Gesundheit und Soziales (MS), Ministerium des Innern (MI), Ministerium der Justiz (MJ) und das Kultusministerium (MK)) und NROs umfangreich initiativ werden konnten. Eine wichtige Rolle spielten dabei die Schulungen in den Ministerien. Sie zielten auf eine Sensibilisierung für das Problem häuslicher Gewalt ab, um das Programm innerhalb der eigenen Ressorts wie auch der jeweiligen nachgeordneten Behörden bekannt und transparent zu machen und damit die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen abzusichern.

Der Erfolg des Landesprogramms hing in erheblichem Maße davon ab, ob und wie es von den gesellschaftlichen und politischen AkteurInnen mitgetragen wurde. Deshalb berichtete die Landesregierung regelmäßig in den Landtagsausschüssen und bei Zusammenkünften der NROs über den Umsetzungsstand und gewährleistete somit, dass das Landesprogramm im politischen und gesellschaftlichen Raum zielgenau fortgesetzt wurde.

Ohne die aktive Unterstützung aller mit dieser Thematik konfrontierten staatlichen Stellen, Vereine, Verbände und Projekte, die durch eigene Maßnahmen und die breite Vorstellung des Landesprogramms auf kommunaler Ebene die Philosophie dieses Programms an die Basis transportiert haben, wäre die Breitenwirkung nicht in dem erreichten Maße gelungen.

Nahezu allen Berufsgruppen, die mit der Problematik in Berührung kommen könnten, wurden Sensibilisierungsangebote unterbreitet. Ziel war es, bei allen Beteiligten ein einheitliches Verständnis für die Behandlung der Thematik »Gewalt gegen Frauen und Kinder« zu erreichen. So wurde in vielfältigen Aus-, Fort- und Weiterbildungen sowie zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen vermittelt, dass Gewalt gegen Frauen kein individuelles, isoliertes Problem

der betroffenen Frau ist, sondern in den gesamtgesellschaftlichen Kontext der strukturellen Machtverteilung zwischen Männern und Frauen eingeordnet werden muss.

Prävention

In den Aus-, Fort- und Weiterbildungen von Lehrkräften, Erzieherinnen und Erziehern, Sozialarbeiterinnen und -arbeitern wurden Seminare angeboten, die Kenntnisse der geschlechtsspezifischen Gewaltformen wie auch diesbezügliche Präventionsstrategien vermittelten. Für die genannten Berufsgruppen wurden Handreichungen erstellt, in denen es um eine intensive Sensibilisierung für Gewaltfragen ging und die Hinweise zum Erkennen wie zum Umgang mit dieser Thematik beinhalteten. Auch die Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen für eine gewaltfreie Streitschlichtung wurden ausgebaut sowie Strategien der Persönlichkeitsstärkung vermittelt.

Im Rahmen eines Kooperationsprojektes zwischen dem Kultusministerium, (MK) dem Landesinstitut für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung (LISA), dem Ministerium für Gesundheit und Soziales (MS) und dem Landesjugendamt (LJA) wurde eine Gruppe von MultiplikatorInnen zur Prävention und Intervention bei sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen fortgebildet. Präventionsarbeit muss im Kindesalter beginnen und bei Jugendlichen fortgesetzt werden. Das Selbstbewusstsein und die Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen müssen gestärkt werden, damit sie Gewalttätigkeiten als unzulängliche Übergriffe erkennen und benennen. Deshalb wurden Maßnahmen wie Selbstbehauptungs- und Verteidigungskurse für Mädchen sowie spezifische Angebote der Mädchen- sowie Jungenarbeit aufgenommen und von Trägern der freien Jugendhilfe organisiert.

Des Weiteren wurde die Prävention von Gewalt gegen Frauen und Kinder auch als ein Arbeitsschwerpunkt der Präventionsdienststellen der Polizeidirektionen des Landes aufgenommen. Dort wurden verschiedene Projekte zur Gewaltprävention initiiert und durchgeführt.

Zur Sensibilisierung des erzieherischen Personals im Hinblick auf das Erkennen von und dem Umgang mit häuslicher Gewalt bei Kindern und Jugendlichen ist ein Leitfaden für Lehrkräfte und ErzieherInnen »Gewalt gegen Kinder und Jugendliche« in Zusammenarbeit mit dem MK und dem MS entwickelt und fertig gestellt worden. Auf Grundlage dieses Leitfadens wird die Thematik nunmehr verstärkt in den Ausbildungskatalog des Landesjugendamtes (LJA) für Jugendamtsmitarbeiter/innen aufgenommen.

Einen wichtigen Beitrag zum Erlernen und Erleben gewaltfreier Umgangsformen können und müssen Eltern leisten. Deshalb steht Elternarbeit im Mittelpunkt aller Initiativen und Aktivitäten der Freien Träger. Eltern müssen be-

fähigt werden, einen aktiven Beitrag zur Prävention von Gewalt in der Erziehung zu leisten. So wurden zahlreiche Kurse, Workshops und Tagesveranstaltungen angeboten.

Staatliche Reaktion in Fällen von Gewalt gegen Frauen und deren Kinder

Es ist von zentraler Bedeutung, dass von staatlichen Institutionen, die mit häuslicher Gewalt direkt konfrontiert sind, das unmissverständliche Zeichen an die gefährdete Frau wie auch an den Gewalttäter ausgeht, dass die Bekämpfung von Gewalthandlungen im öffentlichen Interesse liegt und von seiten des Staates reagiert wird. Eine Voraussetzung dafür ist, dass den mit häuslicher Gewalt konfrontierten staatlichen Institutionen (u.a. Polizei, Sicherheitsbehörden und Justiz) über verschiedene Wege die entsprechende Handlungskompetenz vermittelt wird.

Die Polizei ist meist die erste Institution, die zur Intervention bei häuslicher Gewalt eingeschaltet wird. An der Reaktion der Polizeibeamten messen misshandelte Frauen und männliche Gewalttäter, wie sich Gesetzesvertreter ihnen und der Straftat gegenüber verhalten. Die polizeiliche Intervention schafft die Grundlage für eine mögliche Strafverfolgung und für ein zivilrechtliches Verfahren, da sich Staatsanwaltschaft und Gerichte auf die polizeilichen Ermittlungsakten stützen. Polizeiliches Verhalten kann die Aussagebereitschaft der Frau entscheidend unterstützen und zur Gewinnung und Sicherung von Beweisen beitragen. Damit ist die gründliche Arbeit der Polizei eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg in weiteren Interventionsbereichen.

Ein Nichteingreifen der BeamtInnen ist jedoch für den Täter Ermutigung und Bestätigung dafür, dass er tun und lassen kann was er will. Die Frauen werden dadurch entmutigt und in ihren Ohnmachtsgefühlen bestärkt; dadurch steigt die Gefahr von erneuter Gewalt. Früher war das Ob und Wie der polizeilichen Intervention stark von den einzelnen BeamtInnen abhängig. Bei der häufig verwendeten Formulierung »Familienstreitigkeiten« als Einsatzauftrag kam eben nicht zum Ausdruck, dass eine Straftat vorliegt. Häusliche Gewalt darf jedoch nicht als Privatangelegenheit der betroffenen Personen angesehen werden. Die Behörden und Einrichtungen der Polizei des Landes wurden mit Erlass vom 15. August 2000 angewiesen, in den zentralen und dezentralen Veranstaltungen zur Aus- und Fortbildung den Begriff »Familienstreitigkeiten« nicht mehr zu verwenden und durch »häusliche Gewalt« zu ersetzen. Damit steht nunmehr der Gewaltaspekt im Vordergrund und in der Aus- und Fortbildung der Polizeibeamtinnen und -beamten werden dazu entsprechende Möglichkeiten zur Intervention vermittelt. Erreicht wurde auch, dass in der Ausbildung zum gehobenen Polizeivollzugsdienst für die Themen »Gewalt im sozialen Nahbereich« innerhalb des Hauptstudiums in den

Fächern Kriminalistik und Kriminologie 12 bzw. 4 Wochenstunden vorgesehen sind. Die im Spektrum häuslicher Gewalt vorkommenden Gewaltdelikte sowie die einschlägigen Strafverfolgungsmaßnahmen werden während der gesamten theoretischen Studienzeit vertiefend behandelt. Gleiches gilt für die einschlägigen Ermächtigungsgrundlagen des Gefahrenabwehrrechts.

Darüber hinaus bietet die Fachhochschule der Polizei das Seminar »Professionelle polizeiliche Intervention bei häuslicher Gewalt und anderen polizei-relevanten familiären Problemen« an. Dieses 5-tägige Seminar ergänzt die schon vorhandenen Fortbildungsseminare mit einschlägigem Themenbezug und ist insbesondere für die Fortbildung von PolizeibeamtInnen vorgesehen, die innerhalb ihrer Behörden als Multiplikatoren für diese Thematik eingesetzt werden.

Am 12. Juni 2003 hat der Landtag das SOG (Sicherheits- und Ordnungsge-setz) novelliert und mit dem § 36a die Wegweisung für eine Dauer bis zu 14 Tagen beschlossen. Leider wurden keine weiteren Maßnahmen, wie z.B. Re-gelungen zur Absicherung des Betretungs- und Rückkehrverbotes in die ge-meinsame Wohnung oder auch die Möglichkeit der Schlüsselabnahme, verab-schiedet. Auch blieb ungeregelt, auf welchen räumlichen Bereich sich Platz-verweis und Rückkehrverbot beziehen und ob die Weitergabe von Daten (wie Name und Anschrift) an die Interventionsstelle erfolgt. Der versuchte pro-aktive Ansatz der letzten Jahre bot die Möglichkeit, aktiv auf die Opfer zuzuge-hen. Da keine hinreichend aussagekräftige Auswertung von Fällen häuslicher Gewalt über die polizeiliche Kriminalstatistik möglich war, wurde die Polizei-direktion Halle beauftragt, eine spezielle Erfassung von Einsätzen für das Jahr 2001 vorzunehmen. Damit wurde auch die Tätigkeit des in Halle angesiedel-ten Interventionsprojektes ISA unterstützt.

Eine zentrale Maßnahme vonseiten des Ministeriums der Justiz (MJ) ist die Begleitung und Unterstützung des am 1. Januar 2002 in Kraft getretenen »Gesetzes zur Verbesserung des zivilgerichtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen sowie der Erleichterung der Überlassung der Ehewohnung bei Trennung« (sog. Gewaltschutzgesetz). So wurde ein ausführliches Informationsblatt entwickelt und mit Schreiben des MJ an jede RichterIn sowie jeder Staatsanwalt und jede Staatsanwältin im dortigen Geschäftsbereich als Handreichung zu den neuen gesetzlichen Regelungen übermittelt.

Über die im Landesprogramm aufgeführten Maßnahmen hinaus werden vom MJ Anzahl und Dauer der Verfahren seit 1. Januar 2002, denen ein Antrag nach dem Gewaltschutzgesetz zugrunde liegt, statistisch erfasst. Dadurch soll eine Auswertung der Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes in Sachsen-Anhalt ermöglicht werden. Um die RichterInnen und StaatsanwältInnen für die besonderen Problemstellungen der häuslichen Gewalt in rechtlicher und psy-chologischer Hinsicht zu sensibilisieren, wurden regelmäßig Fortbildungsver-anstaltungen zu Fragen des Umgangs mit häuslicher Gewalt angeboten.

Da in Sachsen-Anhalt keine gesicherten empirischen Erkenntnisse über die strafrechtliche Behandlung von Gewalt und Sexualstraftaten an Frauen existieren, wird seit 2001 eine Justizaktenanalyse durchgeführt.

Hilfsangebote für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder

Auch bei einer kontinuierlichen staatlichen Intervention in Fällen von häuslicher Gewalt werden die speziellen Hilfsangebote für betroffene Frauen und deren Kinder weiterhin erforderlich bleiben, da die Betroffenen spezieller Betreuung und Beratung bedürfen, um sich langfristig aus der Gewaltbeziehung lösen zu können. Da realistischerweise kurz- und mittelfristig nicht mit einem Rückgang dieser Gewalt zu rechnen ist, müssen diese Opferschutzeinrichtungen weiter bestehen. Und dies »stationär« wie »ambulant«.

Eine Untersuchung in Sachsen-Anhalt bestätigt eine allgemeine Tätigkeitsverschiebung der Frauenhausarbeit in Richtung vermehrter ambulanter Beratung ohne Frauenhaus-Aufenthalt. Die Frauenhausmitarbeiterinnen wurden frühzeitig über die gesetzlichen Änderungen durch das sogenannte Gewaltschutzgesetz informiert. Gegenwärtig arbeiten Frauenhausmitarbeiterinnen an Qualitätskriterien und Weiterbildungsangeboten, um den neuen Tätigkeitsprofilen gerecht zu werden. Es gab in den letzten Jahren trotz der umfangreichen Maßnahmen auch immer Versuche, Frauenhäuser zu schließen. Begründet wurde dies zum einen mit der kommunalen finanziellen Beteiligung und dem Hinweis, dass dies keine Pflichtaufgabe sei, und zum anderen mit der Möglichkeit, den Täter aus der Wohnung zu verweisen.

Bis vor kurzem konnte durch die öffentliche Debatte in den jeweiligen Kreisen die Finanzierung der insgesamt 23 Frauenhäuser und Geschützten Wohnungen im Land sichergestellt werden. Die aktuelle Situation ist allerdings eine andere: Die erste Schließung eines Frauenhauses wurde gemeldet. Der Träger, die AWO, zieht sich auf Grund ungeklärter Landeszuweisungen zurück. Es bleibt zu befürchten, dass dies fortgesetzt wird.

Insbesondere für ausländische Frauen ist es auf Grund spezifischer kultureller oder religiöser Hintergründe schwer, sich aus Gewaltbeziehungen zu lösen. Sie brauchen besondere Hilfe und Unterstützung. Das Land Sachsen-Anhalt hat ein Frauenflüchtlingshaus für allein reisende traumatisierte Frauen eingerichtet. Dazu wurde der Charakter des Hauses verändert, und es wird jetzt als eine Wohngemeinschaftsform angeboten, um Frauen mit dem Konzept »Hilfe zur Selbsthilfe« zu stärken. Dieses Angebot war in dieser Form bundesweit einmalig. Aber auch dieses Projekt ist dem Prioritätenwechsel der Landesregierung zum Opfer gefallen.

Seit dem Jahr 2000 bietet die Beratungsstelle »VERA« Opfern von Menschenhandel und Zwangsprostitution Hilfe und Betreuung an. Ziel ist es,

Frauen als Zeuginnen für Gerichtsprozesse zu gewinnen, um somit internationale organisierte Kriminalität zu bekämpfen. Aufgrund des unbestrittenen Bedarfs für diese Beratungstätigkeit ist es notwendig, das Projekt auch über die Modellphase hinaus weiterzuführen. Dies ist jedoch gegenwärtig nicht gesichert.

Angebote des Gesundheitswesens

Früher oder später sucht jede geschlagene und misshandelte Frau Einrichtungen des Gesundheitswesens auf. Verletzungen – ob sichtbar oder nicht – werden behandelt, ein Nachfragen über deren Ursache ist nicht selbstverständlich. Einer US-amerikanischen Studie zufolge werden von häuslicher Gewalt betroffene Patientinnen nicht als solche erkannt.

Zur Sensibilisierung und Schärfung der Wahrnehmung von häuslicher Gewalt wurde die Broschüre »Hinsehen – Leitfaden für die ärztliche Praxis zu häuslicher Gewalt« im Auftrag des MS durch die Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e.V. erarbeitet. Durch eine breite Einbeziehung von AkteurInnen der ärztlichen Praxis und der Frauenprojekte ist es gelungen, ein kompaktes, handhabbares Informations- und Nachschlagewerk zu dieser Thematik zu erstellen.

Täterarbeit

Um Gewalt gegen Frauen umfassend zu begegnen, bedarf es neben spezialisierten operorientierten Hilfeeinrichtungen auch Angeboten für Männer. Denn es ist klar, dass Verhaltensänderungen nicht allein durch eine konsequente staatliche Reaktion zu erwarten sind.

So wurde 1999 in Sachsen-Anhalt das Modellprojekt »Pro Mann« – eine Beratungsstelle gegen Männergewalt – eingerichtet. Ziel ist es, neben Beratungstätigkeit auch die präventive Arbeit im Bereich der Jungen- und Männerarbeit zu entwickeln.

Ausgangspunkt der Überlegungen war, dass bislang im Rahmen der Gewaltbekämpfung der Fokus ausschließlich auf die Opfer von Gewalt gerichtet war. Effektiver Opferschutz kann jedoch nur erreicht werden, wenn auch Hilfsangebote für die Täter bereitgestellt werden, in deren Rahmen sie sich aktiv mit ihrem Gewaltverhalten auseinander setzen und dafür Verantwortung übernehmen. Seit Eröffnung der Beratungsstelle hält der Zustrom von Beratungswilligen ununterbrochen an.

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil der Beratungsstelle ist die Fort- und Weiterbildungsarbeit auf dem Gebiet der Täter- und Gewaltarbeit. Aufgrund der großen Nachfrage verschiedener Bildungsträger und Universitäten wurde

eine Ausbildungsreihe für Interessierte in Form von aufbauenden Seminaren etabliert.

Kooperation zwischen staatlichen Institutionen und Nichtregierungsorganisationen

Das Prinzip des Landesprogramms ist der gesamtgesellschaftliche Handlungsansatz und die daraus erforderliche Kooperation aller beteiligten Akteure. Das schließt nicht nur die Zusammenarbeit der staatlichen Stellen, sondern auch die mit NROs ein. So haben sich auf kommunaler Ebene Runde Tische und sogenannte Einsatzgruppen gebildet, um gemeinsam Maßnahmen zu initiieren und zu koordinieren.

Eine zentrale Funktion eines koordinierten Vorgehens aller mit häuslicher Gewalt konfrontierten Organisationen und Institutionen nehmen Interventionsprojekte ein. Wichtig ist, dass sich bisher kaum miteinander kooperierende Strukturen auf ein abgestimmtes Vorgehen bei der Intervention häuslicher Gewalt verständigen, um so eine lückenlose Schutzkette für die Opfer abzusichern.

Als Landesmodellprojekt mit einer Laufzeit von drei Jahren wurde ein Interventionsprojekt in der Stadt Halle/Saale eingerichtet. Zielstellung dieses Projekts ist der Auf- und Ausbau von engen Kooperationsstrukturen zwischen möglichst allen beteiligten Organisationen und staatlichen Instanzen auf kommunaler/regionaler Ebene, um das erforderliche Vorgehen dieser Institutionen bei der Intervention in Fällen häuslicher Gewalt aufeinander abzustimmen und zu vereinheitlichen.

Interventionsstellen sind ein neues Strukturelement in der Interventionskette bei häuslicher Gewalt und sichern die lückenlose Beratung zum Schutz der Betroffenen ab. Sie sind als Bindeglied zwischen der polizeilichen Wegweisung des Gewalttäters aus der Wohnung und der zivil- und strafrechtliche Ahndung der Tat zu sehen. Nach dem erfolgten polizeilichen Einsatz und der mehrtägigen Wegweisung des Gewalttäters nehmen sie von sich aus Kontakt mit der betroffenen Frau auf und bieten ihr sozialpsychologische Beratung in Form einer Krisenintervention sowie die Beratung über zivil- und strafrechtliche Folgeschritte an.

Interventionsstellen ergänzen die Arbeit der Frauenhäuser und Geschützten Wohnungen und sind nicht in Konkurrenz zu sehen, denn das Vorhalten eines sicheren Schutzraumes für betroffene Frauen wird weiterhin erforderlich bleiben. Auch die langfristige psychosoziale Beratung kann und wird nur von den Frauenhäusern umgesetzt werden.

Österreichische Erfahrungen weisen sogar darauf hin, dass mit einer erhöhten Inanspruchnahme der Frauenhäuser aufgrund der vermehrten öffent-

lichen Enttabuisierung zu rechnen ist. Auch wird für Frauen in absolut akuten Bedrohungssituationen die Flucht in ein Frauenhaus weiterhin alternativlos sein. Sie wird »geordnet« erfolgen und nicht mehr aus Todesangst. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass viele Frauen evtl. kurzfristig den Schutzraum eines Frauenhauses nach einem Polizeieinsatz aufsuchen, um die i.d.R. traumatischen Erfahrungen der Gewalttätigkeiten mit Unterstützung der dort tätigen Fachkräfte aufzuarbeiten. Die erste Interventionsstelle in Sachsen-Anhalt hat am 1. Juli 2002 in Halle/Saale im Rahmen des ISA ihre Arbeit aufgenommen. Weitere werden in Dessau und Magdeburg folgen.

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Um die Philosophie des Programms landesweit zu transportieren, war es neben einer Kampagne von Landesseite auch erforderlich, die entsprechenden örtlichen Initiativen für eine Unterstützung des Landesprogramms zu gewinnen. Nur so ist gewährleistet, dass neben der Fachöffentlichkeit auch die breite Bevölkerung über die Problematik Gewalt gegen Frauen informiert und sensibilisiert wird und sich das jeweilige Umfeld bei Kenntnis dieser Gewalt dagegen positionieren kann. So gab es Broschüren, Postkarten- und Plakataktionen, wo unter anderem bekannte Männer des Landes, wie der ehemalige Ministerpräsident Dr. Reinhard Höppner oder der Schauspieler Peter Sodan (»Tatort«-Kommissar), sich zu Wort meldeten.

Ich bin mir sicher, dass die Vielzahl der Maßnahmen das Landesprogramm möglich gemacht und die Problematik der häuslichen Gewalt ins öffentliche Bewusstsein gerückt haben.

Seltsam erscheint nur, dass trotz der Vielfalt und Breite heute eine Diskussion über Schließungen von Frauenhäusern möglich ist und die Auffassung, dass in Zeiten knapper Kassen solche Maßnahmen eingestellt werden, vertreten wird. Dies alles ist derzeit im Land zu beobachten. Auch wenn einige Betroffenen-Gruppen im Landesprogramm nicht ausschließlich Erwähnung fanden, waren jedoch der breite Ansatz und die Sensibilisierung von MultiplikatorInnen ein Erfolg. Hier gilt es nachzuarbeiten. Ich glaube, es ist nach wie vor unerlässlich, das Thema immer und immer wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Wie schnell geschlagene, gedemütigte und misshandelte Frauen und Kinder aus dem Bewusstsein verschwinden, zeigt aber auch, dass wir noch nicht zum Kern des ganzen vorgedrungen sind.

Literatur

- Dearing, Albin/ Haller, Birgit: (2000): Das österreichische Gewaltschutzgesetz, Wien, Band 163
- Lichtschriff (2001): Landesprogramm zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder der Landesregierung Sachsen- Anhalt, Magdeburg
- Heiliger, Anita (2000): Männergewalt gegen Frauen beenden, München
- Landesregierung Sachsen-Anhalt (2002): Bericht zur Umsetzung des Programms zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder in S/A, Magdeburg
- Interventionsstelle Halle (2002): Zwischenbericht

Keine Regel ohne Ausnahme.

Genderaspekte in der Bewältigung sexueller Gewalt

Einleitung

In den Medien und der Fachöffentlichkeit hat sexuelle Gewalt auf unterschiedlichste Weise zunehmend Beachtung gefunden. Die Gefahr schwerer Beeinträchtigung durch sexuelle Übergriffe wird heute kaum noch bestritten. Internationale Untersuchungen weisen sexuelle Gewalt als eine der schwersten Formen menschlicher Traumatisierung aus (vgl. Bange 1992; Flatten 2001; Russel 1986; Shalev 2000). Dennoch gibt es nach wie vor kontroverse Diskussionen, blinde Flecken und Defizite im Forschungs-, Interventions- und Behandlungsbereich. So ging die Fachliteratur bis vor wenigen Jahren in der Regel von vergewaltigten Frauen und missbrauchten Mädchen als Opfer sexueller Gewalt aus (vgl. z.B. van Outsem 1993; Wirtz 1990). Jungen und Männer bildeten darin jene Ausnahme, die in vielen anderen medizinischen und psychologischen Handbüchern traditionell Frauen zugewiesen wurde. Es fällt offensichtlich schwer, Jungen als Opfer sexueller Gewalt wahrzunehmen (Bange 1989; Fegert 1994).

Die gesellschaftlichen Bilder eines Phänomens spiegeln sich immer auch in den Opfern selbst und der praktischen Arbeit mit ihnen wieder. Ich möchte dies an einem Beispiel erläutern. In Berlin gibt es zwei sozialtherapeutische Einrichtungen für betroffene Jugendliche, eine für Mädchen und eine für Jungen. Der Ruf, der den Einrichtungen vorausseilt, unterscheidet sich grundlegend: In Einrichtungen für Jungen geht es »hoch her«, in Einrichtungen für Mädchen dagegen »ist ständig Krise angesagt«¹. Betrachtet man die Entwicklung der Konzeptionen der beiden Einrichtungen, so kann man eine weitere interessante Beobachtung machen: Die Jungeneinrichtung startete nach professionellem Verständnis über die Ähnlichkeit der Auswirkungen sexueller Übergriffe zunächst mit demselben sozialtherapeutisch auf Opfer sexueller Gewalt ausgerichteten Konzept wie die Mädcheneinrichtung. Nach relativ kurzer Laufzeit stellte sich jedoch heraus, dass viele der Jungen, die der Einrichtung zugewiesen wurden, durch verübte sexuelle Gewalt an anderen Jungen oder Mädchen aufgefallen waren. Diese Erkenntnis wurde noch vertieft, als die wenigen Jungen, die als »eindeutige Opfer« zugewiesen worden waren, ebenfalls begannen, Übergriffen bezichtigt zu werden. Konzeptionelle

1 Zitate aus Gesprächen mit MitarbeiterInnen von Facheinrichtungen gegen sexuelle Gewalt in Berlin.

Veränderungen waren die Folge, die sich neben der Betroffenheit zunehmend mehr auf die Täteranteile der Jungen bezogen.

Was jedoch bedeutet diese sowohl phänomenologische als auch in der Gesellschaft vorherrschende Assoziation: »Junge – Subjekt – Täter« und »Mädchen – Objekt – Opfer« für die betroffenen Mädchen und Jungen? Inwiefern beeinflusst diese »Regel« den Bewältigungsprozess bezüglich der erfahrenen sexuellen Gewalt? Was wird dabei aus den Männern und Frauen, die eine »Ausnahme« darstellen? Diese Frage war die Ausgangsmotivation für die Durchführung einer Untersuchung in Form von 20 lebensgeschichtlichen Interviews und begleitenden diagnostischen Fragebögen. Nach einigen einführenden Gedanken zu sexueller Gewalt² als traumatogenem Faktor in der (Geschlechts-)Entwicklung von Mädchen und Jungen möchte ich einige Ergebnisse daraus vorstellen.

Sexuelle Gewalt als traumatogener Faktor in der Entwicklung der (Geschlechts-) Identität

Bereits die frühkindliche Entwicklung verläuft bei weiblichen und männlichen Kindern so verschieden, dass sich bereits in den ersten Jahren ein unterschiedliches, individuelles Geschlechtskonzept herausbildet (Trautner 1991). Dieses sich über den gesamten Lebensverlauf interaktiv in Entwicklung befindliche Konzept wird wesentlich durch das Geschlechtsverständnis der jeweiligen Kultur geprägt. Geschlechtsrollen sind aus dieser Perspektive als »Regeln« zu betrachten, als Teil der komplexen soziopsychischen Dominanzverhältnisse, die sich in der lebenslangen Interaktion des Individuums bis hinein in die Psyche manifestieren (Nyssen 1990; West; Zimmermann 1987). Fast nichts wiederum ist in unserer Gesellschaft so eng mit Geschlecht und Geschlechtsidentität verknüpft wie Sexualität. Was als erotisch empfunden wird und sexuelle Erregung auszulösen vermag ebenso wie das, was als sexuelles Tun erlebt wird, ist nach Ergebnissen der Sozialisationsforschung ganz besonders eingebettet in dieses »kulturelle System der Zweigeschlechtlichkeit« (Hagemann-White, 1984). Sexuelle Gewalt trifft unmittelbar auf diese geschlechtsspezifisch differenzierten Konzepte des Selbst und wird im Kontext dieses Systems integriert und verarbeitet (Butollo; Gravanidou 1999; Herman 1993; Rommelspacher 1989).

2 Sexuelle Gewalt an Kindern wird in diesem Artikel als sexuelle Handlung eines Erwachsenen an einem mindestens sechs Jahre jüngeren Kind definiert, die entweder gegen den Willen des Kindes vorgenommen wird oder der das Kind aufgrund seines Entwicklungsstandes nicht frei und informiert zustimmen kann. Das Spektrum der Handlungen reicht dabei von expliziten sexuell motivierten Manipulationen des Kinderkörpers bis hin zum Geschlechtsverkehr.

Basierend auf diesen Erkenntnissen überrascht es daher nicht, dass die unmittelbaren Folgen sexueller Gewalt bei Jungen und Mädchen in der frühesten Kindheit kaum Unterschiede aufweisen: Sind sie doch als Kinder zunächst auf ganz ähnliche Art und Weise Opfer des Machtmissbrauchs und der sexuellen Traumatisierung durch Erwachsene. Schwach und ohnmächtig zu sein, passt jedoch nicht in unser gesellschaftlich vermitteltes Jungenbild. Umgekehrt hat ein aggressives, gewalttätiges Mädchen weit schärfere Sanktionen zu erwarten als ein Junge, der diese Verhaltensweisen zeigt. Auch die Entwicklung der Sexualität vollzieht sich – wie gerade ausgeführt – vor einem stark strukturierenden geschlechtsspezifischen Hintergrund. Es wäre also verwunderlich, wenn in der Verarbeitung der Folgen mit zunehmendem Alter nicht immer größere Differenzen im Rollenverhalten zwischen Mädchen und Jungen auftauchen würden. Sexuelle Gewalt trifft also »unmittelbar geschlechtsspezifisch«, die Unterschiede bilden sich jedoch erst im Sozialisationsprozess mit zunehmendem Alter heraus (Gahleitner 2000). Wo also liegen diese Unterschiede und wie wirken sie sich auf den Bewältigungsprozess der Mädchen und Jungen bzw. Frauen und Männer aus?

Ergebnisse der Untersuchung

Vergeschlechtlichte Wahrnehmung sexueller Gewalt

Alle InterviewpartnerInnen berichten übereinstimmend von Schwierigkeiten, über die Gewalterfahrungen zu sprechen. Die meisten entscheiden sich schließlich nach mehreren Jahrzehnten des Schweigens aus einem starken Symptombdruck heraus, Hilfe zu suchen. Aufgrund der gesellschaftlich bedingten Schwierigkeit, sich öffnen zu können und Gehör zu finden, beschreiben Männer wie Frauen auch traumabedingte Erinnerungsschwierigkeiten bzw. -lücken bezüglich der erfahrenen sexuellen Gewalt. Insgesamt gesehen jedoch schildern die Männer der Untersuchung den Prozess, den sexuellen Missbrauch wahrzunehmen, als noch schwieriger als die Frauen. Eine explizite Benennung wird für viele von ihnen erst durch Bestätigung von außen möglich, vorher hatten sie die Tat »nie als ... Missbrauch wahrgenommen« (Herr Profeld³). Bei vielen missbrauchten Männern scheint der Leitsatz: »Ich hatte immer alles im Griff!« im Vordergrund zu stehen. Gefühle wie Hilflosigkeit und Ohnmacht sind tabuisiert. Der Opferstatus wird nach ihren Aussagen Frauen selbstverständlicher zugeschrieben, Männern jedoch verwehrt. Am Beispiel von sexuellem Missbrauch an Jungen durch Frauen wird diese undifferenzierte Verallgemeinerung besonders deutlich (vgl. auch Rossilhol 2002).

3 Die Namen der UntersuchungsteilnehmerInnen wurden durch die Zuweisung neuer Namen anonymisiert.

Insbesondere für zwei meiner ForschungsteilnehmerInnen – einer 75-jährigen Frau, die bereits in ihrer Kindheit mit dem Krieg konfrontiert war und einem 30-jährigen Mann, der in besetzten Häusern der linkspolitischen Szene aufwuchs – liegt Hilfe von außen außer Reichweite. Bei Frau Ohnstedt wirkte die Tabuisierung und Ideologie während des Nationalsozialismus und Krieges perfekt. Und Herr Ohnwald erlebte das keinerlei Grenzen setzende Klima der Wohngemeinschaften der 68er als so wenig schützend, dass er sich niemandem anvertrauen konnte. Frau Ohnstedt spricht in der Untersuchung das erste Mal über ihre Erlebnisse als Kind. Diese Ähnlichkeit des Umgangs mit der Gewalterfahrung und die Tabuisierung von gesellschaftlicher Seite – trotz des großen Altersunterschieds – lassen einen interessanten Zusammenhang vermuten: »Mann« von heute gleicht darin »Frau« der vorherigen Generation. Die Verarbeitungsmöglichkeiten einer Frau, die nicht Frauenbewegung und Therapeutisierung der Gesellschaft, sondern den Krieg und die Nachkriegszeit erlebt hat, gleicht in dieser Hinsicht dem jungen Mann, zu dessen Kinderzeiten sexuelle Gewalt an Jungen ein gesellschaftlich tabuisiertes Thema war und dem der Weg zu Hilfseinrichtungen als »bürgerliches Feindesland« verschlossen blieb.

Auswirkungen der erfahrenen Gewalt

Alle Befragten der Untersuchung fühlen sich in ihrem Lebensverlauf stark von der sexuellen Gewalterfahrung beeinträchtigt und haben Krisen oder Suizidversuche durchlebt. Die meisten gehen davon aus, dass die Verarbeitung der Gewalterfahrung den weiteren Lebensverlauf in irgendeiner Form begleiten wird. In dieser Annahme zeigen sich die Frauen allerdings besorgter als die Männer. Während die Männer eher davon ausgehen, dass das Schlimmste überstanden ist, beschreiben die Frauen die lebenslange Auseinandersetzung mit der erfahrenen Gewalt als feststehende Größe, von der sie sich immer wieder aufs Neue herausfordert und zuweilen auch überwältigt fühlen. So kommt Frau Therow z. B. mehrfach darauf zurück, dass die Verarbeitung für sie eine »lebenslange Konfrontation« darstellt, während Herr Therburg betont: »das Schlimme, das war früher«.

Im Hinblick auf die Folgeerscheinungen sexueller Gewalt zeigen die InterviewpartnerInnen zunächst zahlreiche Übereinstimmungen. Insbesondere die unmittelbaren Folgen im Kindesalter weisen nur wenige Unterschiede auf. Belastungen aus dem posttraumatischen Spektrum⁴ betreffen beide Geschlechter gleichermaßen. Auch im Erwachsenenalter haben Männer und Frauen mit ähnlichen Folgeerscheinungen zu tun, z.B. mit Störungen im Kontakt- und Beziehungsbereich, häufig verbunden mit einem verunsicherten Körperbild und

4 Verschiedene Formen der Extremtraumatisierung verursachen einheitliche psychophysiologische Reaktionen und charakteristische Persönlichkeitsveränderungen, die sich zu einer so genannten Posttraumatischen Belastungsstörung (PTSD) verfestigen können (Flatten et. al. 2001).

sexuellen Problematiken, Krisensituationen und Suizidgefahr. Frauen nehmen diese Folgeerscheinungen jedoch bewusster wahr als Männer. Frauen sprechen zudem mehr als Männer von psychosomatischen Beschwerden, autoaggressiver Selbstzerstörung, sexistischen Abwertungen und Opfererfahrungen auf vielen Lebensgebieten, Männer hingegen von Drogenmissbrauch, aggressiven Fantasien, konkreten Handlungen oder auch Versagensgefühlen in Ausbildung und Beruf. Nahezu alle Interviewten beschreiben sich damit entsprechend dem geschlechtstypischen Auswirkungsspektrum: Frauen tendenziell eher internalisierend und in der Opferhaltung, Männer tendenziell externalisierend, in der Täterhaltung und soweit als möglich vermeidend bezüglich der erlittenen Erfahrung (vgl. Dykman et. al. 1997).

Bewältigung der erfahrenen Gewalt

Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass es in der Bewältigung sexueller Gewalt neben vielen Übereinstimmungen zwischen den Geschlechtern auch einige geschlechtstypische Differenzen, darüber hinaus jedoch auch dekonstruktivistische Tendenzen gibt.

Männer und Frauen erzählen zunächst gleichermaßen von vermeidenden Bewältigungsstrategien, die zum Zeitpunkt der Tat und unmittelbar danach wichtige Schutz- und Kontrollfunktionen erfüllen. Mit der Zeit jedoch werden diese Vermeidungsstrategien dysfunktional, und viele der Interviewten sehen sich zu einer aktiven Aufarbeitung der Gewalterfahrung veranlasst. Als wichtige Strategien dabei benennen Männer wie Frauen soziale und professionelle Unterstützung bzw. Kommunikation über die Gewalterfahrung. Daneben erleben sie auch Bildung, Ausdrucks- und künstlerische Medien und Spiritualität als unterstützend im Bewältigungsprozess.

Im Verlauf der aktiven Aufarbeitung der Gewalterfahrung kommt es bei allen InterviewpartnerInnen zu Überforderungssituationen und Krisen. An geschlechtsspezifischen Unterschieden zeigt sich dabei insbesondere die bereits erwähnte Diskrepanz zwischen internalisierender und autoaggressiver bzw. externalisierender und aggressiver Verarbeitung (vgl. Gold; Lucenko; Elhai; Swingle; Sellers 1999). Bei Frauen entsteht aus dieser internalisierenden Verarbeitung heraus offensichtlich eine Chance, das Missbrauchserlebnis biografisch insofern »sinnstiftend« zu verarbeiten, als sie sich herausgefordert fühlen, sich den Folgen zu stellen und an den Auswirkungen zu reifen. Aber es geschieht auch häufig, dass weitere negative Lebensereignisse retrospektiv auf den Missbrauch bezogen werden, so dass der ganze Lebenslauf als »Opferkarriere« verstanden wird.

Frauen, die auf diese Weise in der Opferrolle gefangen bleiben, scheinen ebenfalls wenig Chancen auf eine »vollständige« Aufarbeitung der Gewalterfahrung zu haben. Ohne Wahrnehmung der eigenen, auch aggressiven Gefühle und einer gewissen Verantwortungsübernahme – nicht für das Gesche-

hene, sondern für das weitere Leben – scheint eine ebenso starke Stagnation zu drohen wie bei einem Verhaftetsein in der Aggression oder Täterschaft, zumindest ein ähnlich hohes Risiko unaufgearbeiteter Krisenpotenziale. Die Extremisierung der Geschlechtstypik scheint also die Bewältigung für beide Geschlechter zu erschweren.

Auf dem Weg zur Besserung dagegen benennen die Männer der Untersuchung als zentrales Thema einen Zuwachs an Durchlässigkeit für Gefühle und emotionale Schwingungsfähigkeit: »Es wird besser, ... wenn es ... gelingt, Gefühle auszudrücken« (Herr Selcheneck). Frauen hingegen sprechen davon, ihre überwältigenden Gefühle »in den Griff zu bekommen« (Frau Prohaska). Während Herr Tägner beispielsweise durch die Konfrontation mit seiner Anwältin erstmals den Täterstatus verlässt und sich Verhaltensweisen wie den Zugang zu Gefühlen, Schutzbedürfnissen und Verletzlichkeiten aneignet, wendet sich Frau Täubig mit der Therapie erstmals von der Fixierung des Opferstatus ab und entwickelt problemorientiertes Verhalten und Abgrenzungsfähigkeiten. Eine positive Aufarbeitung der Gewalterfahrung scheint also für Frauen wie Männer weder ohne emotionale noch ohne kognitive Komponenten möglich zu sein. Am »Wendepunkt zur Verbesserung« werden von den UntersuchungsteilnehmerInnen also verstärkt »gegengeschlechtlich« konnotierte Bewältigungsstrategien herangezogen und Geschlechterrollen dekonstruiert. Es stellt sich folglich die Frage, ob eine gewisse Loslösung von typischem Rollenverhalten sich »heilsam« auswirkt.

Schlussfolgerungen

Betrachtet man die Ergebnisse im Überblick, so gibt es sowohl zahlreiche geschlechtsspezifische »Regeln« als auch »Ausnahmen« in den biographischen Erzählungen der Männer und Frauen bei der Bewältigung ihrer sexuellen Gewalterfahrung: Nahezu alle erleben die Übergriffe als prägend für ihren Lebensverlauf – unabhängig davon, auf welche Weise sie mit der Gewalterfahrung umgegangen sind. Bei den Männern jedoch gibt es aufgrund gesellschaftlicher Gegebenheiten mehr Verharmlosungstendenzen. Die gesellschaftliche Leugnung des Themas sexueller Gewalt lässt für sie den Gedanken noch weniger in Frage kommen als für Frauen und Mädchen.

Die unmittelbaren Auswirkungen und die ersten Jahre während und nach der Gewalterfahrung wiederum verlaufen bei Mädchen und Jungen sehr ähnlich, wobei hier bereits eine leichte Tendenz zur Internalisierung und Psychosomatisierung bei Mädchen und Externalisierung und Drogennähe bei Jungen aufscheint, die sich im Verlauf der Adoleszenz zunehmend verstärkt. Nach ähnlichem Muster erweist sich die posttraumatische Symptomatik im Erwachsenenalter zunächst als universell in Bezug auf sexuelle Traumata. In-

nerhalb der posttraumatischen Symptomatik jedoch zeigen Frauen auch hier wieder mehr psychosomatische Erscheinungen und autoaggressive Verhaltensweisen, während Männer eher dazu tendieren, aggressive Verhaltensmuster zu entwickeln oder in ihrer Autoaggression spektakuläre Selbstverletzungen zu initiieren. Weibliche sexuelle Gewaltopfer finden sich folglich eher in der Psychiatrie oder in der Psychosomatik, Jungen und Männern eher im Strafvollzug.

Frauen gelingt es daher zunächst zwar besser, sich einzugestehen, Opfer sexueller Gewalt geworden zu sein und die begleitenden Gefühle und Folgeerscheinungen wahrzunehmen, während Männer länger in der Verleugnung verharren. Die Wahrnehmung des eigenen Leidens ohne entsprechende Strategien, daraus gestärkt hervorzugehen, führt jedoch nicht selten zu einer Fixierung auf den Opferstatus. Eine solche Polarisierung kann die Bewältigung für beide Geschlechter erschweren. Auf dem Weg zu einer Verarbeitung des Geschehenen ist folglich für manche Betroffene – insbesondere für Männer – die Entdeckung und der Ausdruck von Gefühlsqualitäten zentral, für andere hingegen – häufiger Frauen – eine kognitive Strukturierung der überwältigenden Gefühle.

Diese Beobachtung führt zurück zur Ausgangsfrage: Das Verharren in stereotypen Geschlechtsrollen erschwert die Missbrauchsbewältigung offenbar für beide Geschlechter. Es scheint also besonders nach tief greifenden Traumata von großer Bedeutung zu sein, dass eine breite Verfügbarkeit an Bewältigungsstrategien, u. a. auch aus dem gegengeschlechtlichen Spektrum, vorhanden ist. Dieses Ergebnis der Untersuchung geht Hand in Hand mit neueren Androgynitätskonzepten der Geschlechter- und Gesundheitsforschung, in der Kombinationen möglichst funktioneller maskuliner und femininer Eigenschaften in einer Person als besonders gesundheitsfördernd betrachtet werden (vgl. u. a. Antonovsky 1997; Bem 1975; Bilden 2001; Sieverding 1997).

In jedem Falle werfen die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zahlreiche Fragen auf, die eine genauere Betrachtung verdienen und im Sinne der Entwicklung geschlechtsspezifischer Interventionsstrategien in Therapie und Beratung neue Wege aufzeigen könnten. Ich hoffe daher, dass es mir gelungen ist darzustellen, wo Männer und Frauen nach sexueller Gewalterfahrung geschlechtstypischem »Regel«verhalten folgen, wann sie bewusst oder unbewusst »Ausnahmen« davon machen und was dies jeweils für ihren Aufarbeitungsprozess bedeutet. Der Einblick in die Komplexität dieser Prozesse – und damit Geschlechterkompetenz – ist für Fachkräfte im psychosozialen Bereich von großer Bedeutung.

Literatur

- Antonovsky, Aaron (1997): Salutogenese. Zur Entmystifizierung der Gesundheit. Tübingen
- Bange, Dirk (1989): Es hätte mir ja sowieso keiner geglaubt. Sexuell mißbrauchte Jungen – Kinder ohne Lobby. In: *Päd extra & demokratische Erziehung*, 2 (10), S. 36-39
- Bange, Dirk (1992): Die dunkle Seite der Kindheit. Sexueller Mißbrauch an Mädchen und Jungen. Ausmaß – Hintergründe – Folgen. Köln
- Bem, Sandra L. (1975): Androgyny vs. the tight little lives of fluffy women and chesty men. In: *Psychology Today*, 9, S. 58-62
- Bilden, Helga (2001): Die Grenzen von Geschlecht überschreiten. In: Fritzsche, Bettina; Hartmann, Jutta; Schmidt, Andrea; Tervooren, Anja (Hrsg.): *Dekonstruktive Pädagogik. Erziehungswissenschaftliche Debatten unter postkulturalistischen Perspektiven*, Opladen, S. 137-147
- Butollo, Willi; Gavranidou, Maria (1999): Intervention nach traumatischen Ereignissen. In: Oerter, Rolf; von Hagen, Cornelia; Röper, Gisela; Noam, Gil (Hrsg.): *Klinische Entwicklungspsychologie*, Weinheim, S. 459-477
- Dykman, Roscoe A.; McPherson, Brian; Ackerman, Peggy T.; Newton, Joseph E. O.; Mooney, Donna M.; Wherry, Jeff; Chaffin, Mark (1997): Internalizing and externalizing characteristics of sexually and/or physically abused children. In: *Integrative Physiological and Behavioral Science*, 32(1), S. 62-83
- Fegert, Jörg Michael (1994): Sexuelle Gewalt gegen Kinder – geschlechtsspezifische Verarbeitung bei den Betroffenen und Gegenübertragungsreaktionen, Reaktionen sowie Vorurteile bei den BehandlerInnen. Unveröffentlichtes Manuskript, präsentiert auf der Tagung der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) an der Technischen Universität Berlin
- Flatten, Guido; Hofman, Arne; Liebermann, Peter; Wöller, Wolfgang; Siol, Torsten; Petzold, Ernst (2001): *Posttraumatische Belastungsstörung. Leitlinie und Quellentexte*. Stuttgart
- Fritzsche, Bettina; Hartmann, Jutta; Schmidt, Andrea; Tervooren, Anja (Hrsg.) (2001): *Dekonstruktive Pädagogik. Erziehungswissenschaftliche Debatten unter postkulturalistischen Perspektiven*. Opladen
- Gahleitner, Silke-Birgitta (2000): Sexueller Mißbrauch und seine geschlechtsspezifischen Auswirkungen. Marburg
- Gold, Steven N.; Lucenko, Barbara A.; Elhai, John D.; Swingle, Janine M.; Sellers, Alfred H. (1999): A comparison of psychological/psychiatric symptomatology of women and men sexually abused as children. In: *Child Abuse & Neglect*, 23 (7), S. 683-692
- Hagemann-White, Carol (1984): Sozialisation weiblich – männlich?. Opladen
- Herman, Judith Lewis (1993): *Die Narben der Gewalt. Traumatische Erfahrungen verstehen und überwinden*. München
- Metz-Göckel, Sigrid; Nyssen, Elke (Hg.) (1990): *Frauen leben Widersprüche. Zwischenbilanz der Frauenforschung*. Weinheim/Basel
- Nyssen, Elke (1990): Aufwachsen im System der Zweigeschlechtlichkeit. In: Sigrid Metz-Göckel; Nyssen, Elke (Hg.): *Frauen leben Widersprüche. Zwischenbilanz der Frauenforschung*. Weinheim/Basel, S. 25-48
- Oerter, Rolf; von Hagen, Cornelia; Röper, Gisela; Noam, Gil (Hrsg.) (1999): *Klinische Entwicklungspsychologie*. Weinheim
- Rommelspacher, Birgit (1989): Sexueller Mißbrauch von Mädchen. Feministische Erklärungsansätze. In: *Psychologie und Gesellschaftskritik*, 13 (4), S. 87-103
- Rossilhol, Jean-B. (2002): Sexuelle Gewalt gegen Jungen. *Dunkelfelder*. Marburg
- Russel, Diana E. H. (1986). *The Secret Trauma. Incest in the Lives of Girls an Women*. New York
- Shalev, Arie Y. (2000): Belastung versus traumatische Belastung. Von homöostratischen Akutreaktionen zur chronischen Psychopathologie. In: van der Kolk, Bessel A.; McFarlane, Alexander C.; Weisaeth, Lars (Hrsg.): *Traumatic Stress. Grundlagen und Behandlungsansätze. Theorie, Praxis und Forschung zu posttraumatischem Streß sowie Traumatherapie*, Paderborn, S. 97-116
- Sieverding, Monika (1997): Die Bedeutung von Prototype-Matching für präventives Verhalten: Ist die Teilnahme an Streßbewältigungskursen »unmännlich«. In: *Zeitschrift für Gesundheitspsychologie*, 5 (4), S. 272-289
- Trautner, Hanns Martin (1991): *Lehrbuch der Entwicklungspsychologie. Band 2*, Göttingen
- van der Kolk, Bessel A.; McFarlane, Alexander C.; Weisaeth, Lars (Hrsg.). (2000): *Traumatic Stress. Grundlagen und Behandlungsansätze. Theorie, Praxis und Forschung zu posttraumatischem Streß sowie Traumatherapie*. Paderborn
- van Outsem, Ron (1993): Sexueller Mißbrauch an Jungen. In: *Forschung – Praxis – Perspektiven*. Ruhmark
- West, Candace; Zimmermann, Don (1987): Doing gender. In: *Gender & Society*, 1, S. 125-151
- Wirtz, Ursula (1990): *Seelenmord. Inzest und Therapie* (2. Aufl.). Zürich

Recht lesbisch?

Das deutsche Gewaltschutzgesetz und Gewalt in lesbischen Beziehungen

Das größte Problem bei häuslicher Gewalt stellt nach wie vor die Privatheit der Gewalt dar. Nur gemeinsame Bemühungen von staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen können die Unantastbarkeit der Privatsphäre durchbrechen und so die Opfer aus ihrer Isolation herausholen. Mit dem seit Januar 2002 wirksamen zivilrechtlichen Gewaltschutzgesetz wird vom Staat ein weiteres wichtiges Signal gesetzt, Gewalt nicht länger zu tolerieren – und zwar unabhängig von dem Ort, an dem sie stattfindet. Das Gewaltschutzgesetz (GewSchG) ist geschlechtsneutral formuliert und kann von lesbischen und schwulen verpartnerten wie nicht-verpartnerten Paaren genutzt werden. Kern des Gesetzes ist ein verstärkter Opferschutz durch einen einstweiligen Rechtsschutz in Form eines Näherungs- oder Kontaktverbots oder die (dauerhafte) Überlassung der gemeinsamen Wohnung.

Im heterosexuellen Bereich ist das GewSchG eingebettet in ein komplexes System von Interventions- und Präventionsmaßnahmen, das sowohl die Arbeit mit Opfern (z. B. Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen, Interventionsstellen) als auch mit Tätern (z.B. angeleitete Selbsthilfegruppen in Männerzentren) und eine gesellschaftliche Wertesetzung (z. B. Öffentlichkeitsarbeit zur Vermittlung von Normen, Werten) beinhaltet. Es gibt auf kommunaler und Landesebene Arbeitskreise, die eine Vernetzung von Nichtregierungsorganisationen (z. B. Frauenhäuser oder Ärzte) mit staatlichen Einrichtungen (z. B. Polizei und Staatsanwaltschaft) fördern und strukturieren und so durch das koordinierte Zusammenspiel aller Beteiligten einen größtmöglichen Opferschutz her- bzw. sicherstellen. Die Einbettung des GewSchG in das breit gefächerte System von Präventions- und Interventionsmaßnahmen trägt zu dessen Wirksamkeit sehr bei.

Die geschlechtsunabhängige Formulierung des GewSchG wurde von den lesbischen Beratungsstellen sehr begrüßt. Mit dem Gesetz war die Hoffnung verknüpft, nicht nur das Problem der Gewalt in gleichgeschlechtlichen Beziehungen zu enttabuisieren, sondern den Opfern auch ein rechtliches Mittel an die Hand zu geben, das ihnen hilft, aus den gewalttätigen Dynamiken herauszukommen. Beide Hoffnungen haben sich jedoch nicht erfüllt.

Obwohl die Lesbenberatungsstellen und Lesbentelefone über die Möglichkeiten der Inanspruchnahme des GewSchG informieren, wird diese rechtliche Möglichkeit nur sehr selten von lesbischen Opfern häuslicher Gewalt wahrgenommen. Sogar bei schwerwiegenden Übergriffen besteht eine große Hemmschwelle, rechtliche Schritte gegenüber der (Ex)Partnerin zu unternehmen.

Werden diese dennoch in Betracht gezogen, dann solche, die für die Täterin augenscheinlich geringere Folgen hat; so wird eher auf die Möglichkeit des Kontakt- bzw. Näherungsverbots zurückgegriffen als auf eine Wohnungsüberlassung oder sogar strafrechtliche Maßnahmen. Mir ist kein einziger Fall bekannt, in dem eine Wohnungszuweisung nach dem GewSchG gegenüber einer lesbischen Partnerin beantragt wurde.

Die Frage, warum lesbische Frauen auch bei häuslicher Gewalt nur höchst selten rechtliche Möglichkeiten in Anspruch nehmen, muss gestellt werden.

Opferstrukturen und Homophobie

Gesellschaftliche Homophobie

Lesbische Opfer häuslicher Gewalt zeigen opfertypische Verhaltensmuster wie beispielsweise ein hohes Maß an Fürsorglichkeit gegenüber der (gewalttätigen) Partnerin bis hin zur Selbstaufgabe. Auch in höchster Not sind viele noch bemüht, die Täterin zu schützen. Dieser Mechanismus wird durch die nach wie vor in der Gesellschaft verbreiteten Vorurteile gegenüber lesbischen Frauen gefördert, denn die Furcht, durch das Sichtbarmachen von Gewalt in lesbischen Beziehungen negative Vorurteile zu bestärken, ist groß: »Wir kämpfen hart darum, dass wir lesbisch sind und dass wir lesbisch leben, und dann haben wir die Schwierigkeiten in den Beziehungen wie alle anderen auch. Und dann versuchen wir, uns zusammenzuraufen, und wir haben einen scheiß Druck von außen. Wir haben eigentlich alle den Anspruch, dass unsere Beziehungen besser sein müssten, damit wir bestehen können. [...] Zur Polizei wäre ich nicht gegangen, ich habe da die Vorstellung, dass da ein selbstzufriedener Beamter sitzt, der mich von oben bis unten anschaut und dann sagt: ›Echt, Sie lesbisch? Hätte ich nicht von Ihnen gedacht!‹«¹

Verinnerlichte Homophobie

Auch sind viele lesbische Frauen mit diesen Vorurteilen aufgewachsen und haben sie verinnerlicht. Die Täterin zu schützen oder keine Hilfe in Anspruch zu nehmen, kann auch Ausdruck verinnerlichter Homophobie sein, d.h. viele glauben bewusst oder unbewusst, keinen Anspruch auf Glück, Sicherheit und Unversehrtheit zu haben, wenn sie sich außerhalb der gesellschaftlichen Normalität bewegen.

Antizipation von Gewalt

Homophobie und die Antizipation von Gewalt sind eng miteinander verwo-

1 Das Zitat stammt aus einem der Interviews, die ich in den Jahren 2002/03 im Rahmen meiner Promotionsarbeit durchgeführt habe.

ben: Gewalt- und/oder Diskriminierungserfahrungen sowie fehlende Unterstützungs- und Hilfsangebote gehören zum Lebensalltag fast aller lesbischen Frauen. Gewalt, die zur Alltäglichkeit geworden ist, wird entweder als solche nicht länger wahrgenommen, oder die betroffenen Frauen entwickeln Strategien, dieser zu entgehen, bevor sie verübt wurde. So wie viele lesbische Frauen aus Furcht vor möglichen Übergriffen auf der Straße versuchen zu vermeiden, als lesbisch identifiziert zu werden, versuchen lesbische Opfer häuslicher Gewalt, mögliche Aktionen der Partnerin vorherzusehen und durch eigene Verhaltensänderungen potenzielle Risiken zu reduzieren und die damit verbundene mögliche Gewalt zu verhindern.

Die Antizipation von Gewalt als (im Kern erfolglose) Opferstrategie wird durch die homophoben Lebensumstände lesbischer Frauen in dieser Gesellschaft bestärkt.

Gewalt in lesbischen Beziehungen sowie deren Auswirkungen auf die Betroffenen muss folglich vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Homophobie, aber vor dem damit verknüpften Heterosexismus, diskutiert und analysiert werden.

Gewaltdynamiken in lesbischen Beziehungen

Die meisten Untersuchungen zu häuslicher Gewalt gehen von einem »Zwei-Rollen-System« aus, TäterIn und Opfer. Gewalt in heterosexuellen Paarbeziehungen wird in der Regel von einem männlichen Täter gegenüber einem weiblichen Opfer ausgeübt, das oftmals schwere Verletzungen davonträgt oder getötet wird. Innerhalb des heterosexuellen Modells von Opfer und Täter sind diese Rollen geschlechtsspezifisch markiert.²

Hinsichtlich der Gewalt in gleichgeschlechtlichen Beziehungen stößt dieses Modell an seine Grenzen, und es zeigen sich einige Definitionsprobleme. So kann zum Beispiel nicht auf das heterosexuell normierte Geschlechtsrollenverhalten zurückgegriffen werden, um die Rolle in der Misshandlungsbeziehung zu definieren. Da in lesbischen Beziehungen ein größeres Potenzial zur Gegenwehr vorhanden ist als in heterosexuellen Beziehungen, bedeutet das jedoch nicht, dass es sich dabei um »gegenseitige Misshandlungen« (Streit unter Gleichen) handeln könne. Dieses Konzept greift zu kurz und verschleiert die Gewalt- und Machtverhältnisse innerhalb gleichgeschlechtlicher Beziehungen, die sich allerdings nicht entlang der Geschlechtergrenzen definieren lassen.

2 In Frankfurt a.M. wurde erstmals für 2002 eine polizeiliche Statistik zu häuslicher Gewalt geführt. Erfasst wurden 529 Fälle häuslicher Gewalt. 91,2 Prozent der Opfer waren Frauen und 8,8 Prozent Männer. 93,4 Prozent der Täter waren männlich und 6,6 Prozent weiblich. Nicht erfasst wurde die Beziehung von Opfer und Täter/in.

Auch kann eine Beurteilung der Gewaltdynamik nicht alleine auf Indikatoren körperlicher Gewalt (Schwere der Verletzung, Initiierung körperlicher Aggressivität usw.) beruhen, da in gleichgeschlechtlichen Beziehungen ein hohes Maß an psychischer und verbaler Gewalt ausgeübt wird.³ Das führt dazu, dass körperliche Gewalt auch als Mittel der Gegenwehr gegen einerseits körperliche aber andererseits auch psychische Übergriffe eingesetzt werden kann.

Zwei-Rollen Modell: Täterin-Opfer

Die Dynamik einer Beziehung in dem Zwei-Rollen-Modell wird durch die eindeutige Zuschreibung der Rollen als Täterin und als Opfer beschrieben: Die Täterin initiiert die Gewalt und ist nicht an einer Deeskalation interessiert. Sie ist ichbezogen und nicht fähig, die Situation/Position der Partnerin/des Partners aufzunehmen. Sie ist hochgradig manipulativ und zwingt dem Opfer ihre Wahrnehmung des Geschehnisses auf. Die Täterin übernimmt nicht die Verantwortung für ihr Handeln, sie fühlt sich im Recht und durch das Verhalten der Partnerin provoziert. Das Opfer wiederum versucht, die Situation zu deeskalieren. Das Verhalten der Täterin ist jedoch für das Opfer nicht berechenbar und jegliche Versuche, durch Veränderung des eigenen Verhaltens gewalttätige Übergriffe zu verhindern, scheitern. Durch sich wiederholende Gewaltzyklen (Spannungsaufbau, Gewaltausbruch, Versöhnungsphase) wird die Psyche des Opfers destabilisiert. Durch die Manipulationen der Täterin ist sie in ihrer Wahrnehmung der Realität verunsichert, was auch dazu führt, dass sie sich für die Gewalt verantwortlich fühlt. Sie empfindet Scham und Schuld. Die jeweiligen Rollen als Täterin oder Opfer manifestieren sich und sind nicht austauschbar. Die Beziehung ist in ihrer gesamten Komplexität von der TäterIn-Opfer-Struktur geprägt.

Akteurinnenmodell⁴

Im Gegensatz zu dem Zwei-Rollen-Modell lassen sich die Rollen nicht mehr eindeutig einer Person zuordnen. Beide Parteien sind an der Eskalation der gewalttätigen Situation beteiligt, d.h. keine von beiden wirkt deeskalierend. Gegengewalt kann aus Rache für eine zuvor erlittene »Schmach« ausgeübt werden, aber nicht zum Zweck der Selbstverteidigung (»Die lasse ich jetzt an die Wand laufen!«). Beide Frauen sind manipulativ und versuchen, ihre Sicht auf das Geschehen durchzusetzen. Sie versuchen, diejenigen Lebensbereiche der Partnerin zu kontrollieren, in denen sie sich durchsetzen können, sie fühlen sich abhängig, sind aber eher als Täterinnen bereit, die Verantwortung

3 Im Anhang findet sich eine Tabelle, in der verschiedene Formen von Gewalt beispielhaft aufgeführt werden.

4 Im Rahmen meiner Promotionsarbeit wurden in den Jahren 2002/03 zwanzig qualitative Interviews geführt, anhand derer das Akteurinnen-Modell von mir entwickelt wird.

für ihr Handeln zu übernehmen. Dennoch sehen sie sich grundsätzlich eher als Opfer. Das Akteurinnen-Modell ist klar von der höheren Bereitschaft zur Gegenwehr bei Gewalt in lesbischen Beziehungen abzugrenzen: Die Motivation der Gegenwehr unterscheidet sich erheblich, von Selbstverteidigung (Gegenwehr) bis zu Rache (Akteurin). Die Dynamik des Akteurinnen-Modells kann sich innerhalb eines Konflikts (in der Momentaufnahme) zeigen, wird aber in der Langzeitperspektive sehr viel deutlicher, wenn Verletzungen nach Einschätzung der Verletzbarkeit der Partnerin (Gelegenheit macht Diebinnen) verübt werden.

Die Gewaltzyklen finden in zeitlich sehr kurzen Abständen statt. Die Verletzungen sind oftmals schwer, da keine von beiden deeskalierend auf die Situation einwirkt.

Insgesamt lassen sich folgende Typologien von Täterin, Akteurin und Opfer beschreiben sowie ihre Interaktion in den gewalttätigen Situationen:

<i>Täterin</i>	<i>Akteurin</i>	<i>Opfer</i>
Verlustängste ziehen sich durch den Alltag	In bestimmten Situationen sind Verlustängste vorhanden	Große Angst, die Partnerin zu verlieren; Angst vor Veränderung
Starke Unterlegenheitsgefühle	Unterlegenheits-, aber auch Überlegenheitsgefühle gegenüber der Partnerin	Hat Angst vor der Partnerin
Starke Abhängigkeitsgefühle	Mögliches Gefühl von Abhängigkeit gegenüber der Partnerin	Reale, erschaffene oder erzwungene materielle und psychische Abhängigkeit
Geringes Selbstwertgefühl	Fließend	Geringes Selbstwertgefühl
In hohem Maß eifersüchtig/ besitzergreifend	Teilweise eifersüchtig/ besitzergreifend	Zeigt kaum bzw. selten Anzeichen von Eifersucht
Kontrolliert die meisten Aspekte der Beziehung	Kontrolliert ausgewählte Bereiche der Beziehung	Illusion von Kontrolle
Manipulativ in allen Lebensbereichen	Ausgewählt manipulativ (Geld, Auto usw.)	Manipuliert die Umgebung/ die Situation, um Sicherheit herzustellen

Durchsetzen der eigenen Wahrnehmung von Abläufen, von Ereignissen, z.B. Streits, oder anderen Begebenheiten	Versuch, die eigene Wahrnehmung in Teilbereichen durchzusetzen	Verlust des Vertrauens in die eigene Wahrnehmung
Hohes Maß an Einmischung in die Beziehungen und Aktivitäten der Partnerin	Ausgewählte Einmischung in ausgewählte Bereiche	Keine Einmischung
Große Probleme, Wut zu kontrollieren	Probleme, Wut zu kontrollieren	Kaum Probleme mit der Kontrolle von Wut
Hohes Maß an Wut, Zorn	Drückt Vergeltung gegenüber der Partnerin aus (Rache)	Wenn, dann gegen sich selbst gerichtete Wut (Depressionen, Autoaggressionen usw.)
Stark auf sich selbst bezogen, zentriert	Vom Grundsatz her eher auf sich selbst bezogen, jedoch fließend	Auf andere bezogen, nach außen gerichtet
Wenig oder keinen Respekt vor den Grenzen der Partnerin	Die Grenzsetzung ist fließend	Kann Grenzen nicht behaupten
Fühlt sich im Recht	Sieht eher ihre Beteiligung, fühlt sich jedoch auch im Recht: Fließend	Scham und Schuldgefühle
Initiiert den Konflikt	Initiiert den Konflikt zwar nicht, nimmt aber daran teil	Initiiert den Konflikt nicht und versucht, ihn zu vermeiden
Engagiert sich völlig in dem Konflikt	Verbale oder körperliche Gegenwehr während des Konflikts, ist aktiv engagiert	Keine Gegenwehr, manchmal Selbstverteidigung
Lässt den Konflikt eskalieren	Es besteht kein Interesse, den Konflikt zu deeskalieren	Versucht, den Konflikt zu deeskalieren
Ist sich klar darüber, was der Auslöser für den Streit ist	Ist sich im Großen und Ganzen klar über den Grund, aber nicht im Detail	Es besteht große Unsicherheit über die aktuelle Ursache des Konflikts

<p>Übernimmt keine Verantwortung für das eigene Handeln und sieht sich als Opfer. Auch wenn die Erkenntnis vorliegt, »Täterin« zu sein, bedeutet das keinesfalls, dass die Verantwortung für das eigene Handeln übernommen wird. Vielmehr werden weitere »Schuldige« gesucht, z.B. mangelnde Unterstützung des FreundInnenkreises</p>	<p>Übernimmt eher Verantwortung für das eigene Handeln, fühlt sich aber dennoch vor allem als Opfer</p>	<p>Fühlt sich verantwortlich für das Geschehen. Sie schützt die Partnerin fast um jeden Preis, z.B. den der eigenen Gesundheit. Begreift sich nicht notwendigerweise als Opfer. Die Grenze zur Selbstaufgabe</p>
<p>Mehrfach-Viktimisierung: Hohe Korrelation mit Geschichte von Gewalterfahrung, d.h. in vorherigen Beziehungen; aber auch in Kindheit oder Jugend (erlernte Verhaltensmuster).</p>	<p>Mehrfach-Viktimisierung: Fließend</p>	<p>Mehrfach-Viktimisierung: Hohe Korrelation mit einer Geschichte von Gewalterfahrung, d.h. in der Kindheit oder Jugend (erlernte Verhaltensmuster)</p>
<p>Mehrfach-Täterinnen: Täterinnen nehmen ihre Verhaltensstruktur häufig mit in die nächste Beziehung, d.h. sehen keinen Grund für eine eigene Verhaltensänderung, sondern hoffen, dass die nächste Partnerin anders sein wird.</p>	<p>Akteurinnen nehmen ihre Verhaltensmuster i.d.R. mit in die neue Beziehung. Da aber das Beziehungsgefüge neu »erkämpft« wird, besteht hier die Möglichkeit, dass sich Muster nicht wiederholen, weil der Raum dafür nicht da ist.</p>	<p>Die Opfer waren im Regelfall in ihren vorherigen Beziehungen keine Täterinnen.</p>
<p>Wendet sich nach dem Vorfall möglicherweise an eine Beratungseinrichtung, wenn großer Leidensdruck besteht. Die Beratung wird im Regelfall abgebrochen.</p>	<p>Wendet sich nach dem Vorfall möglicherweise an eine Beratungseinrichtung, wenn der Leidensdruck groß ist. Die Beratung wird jedoch häufig abgebrochen.</p>	<p>Eine Beratung wird eher dann aufgesucht, wenn sich das Muster oder das Ausmaß der Gewalt wesentlich verändert hat. Beratungen werden oft abgebrochen.</p>

Wahrnehmung von (lesbischen) Täterinnen häuslicher Gewalt

Identifikation mit der Täterin in der lesbischen Subkultur

In der lesbischen Subkultur gibt es einerseits eine ausgeprägte »Kultur des Wegsehens« und andererseits viel Verständnis für die Täterinnen. Den Opfern wird nicht geglaubt oder das gewalttätige Geschehen bagatellisiert: »Was die? Die ist doch so charmant und sieht so gut aus! Das kann ich mir nicht vorstellen, dass sie schlägt!« oder »Warum hast du dich nicht gewehrt und bist gegangen?« Die Legitimierung der Gewalt hat viele Facetten, sie reicht von der Auffassung, dass das Opfer das schon verdient habe, bis hin zur Bezugnahme auf feministische Theorien über weibliche Sozialisation: So wurde daraus abgeleitet, Täterinnen hätten ihre weibliche Sozialisation überwunden und nicht nur einen Zugang zu ihren aggressiven Potenzialen gefunden, sondern seien sogar in der Lage, diese nach außen zu richten. Das Opfer verharre demgegenüber in seiner weiblichen Opferrolle. Bewundernswert ist jedoch die Überwindung der Opferrolle, nicht das Verbleiben in ihr.⁵

Delegation der Verantwortung

Neben der gesellschaftlichen und subkulturellen Rückendeckung greifen auch täterspezifische Mechanismen der Delegation der Verantwortung für das eigene Handeln, wie wir es auch von heterosexuellen Männern kennen. Ein wesentliches Merkmal von Täterinnen ist, nicht die Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen. Schuld ist demnach immer die Partnerin, die Gewalt wurde »provoziert«, die Täterin »konnte nicht anders«. Die Verleugnungsstrategie kann bis hin zu einer dissoziativen Selbstwahrnehmung gehen, das heißt, der/die Täterin behauptet, nicht selbst geschlagen zu haben: »Das war nicht ich, sondern meine Faust.«

Bewertung der Wirkmächtigkeit des deutschen Gewaltschutzgesetzes

Fehlende Einbettung der häuslichen Gewalt in gleichgeschlechtlichen Beziehungen in vorhandene Präventions- und Interventionskonzepte

Eine wesentliche Voraussetzung zur Entfaltung der Wirkmächtigkeit des GewSchG ist seine Einbettung in ein umfassendes Präventions- und Interventionskonzept. Im heterosexuellen Bereich ist das gegeben, während sie im lesbischen, respektive schwulen Bereich nicht vorhanden ist. Auch gibt es kaum Vernetzungsstrukturen hin zu lesbischen, lesbisch-schwulen oder schwulen Beratungseinrichtungen, und die vorhandenen Strukturen zur Bekämpfung

5 Die Beispiele basieren auf den von mir im Rahmen meiner Promotion durchgeführten Interviews von 2002/03.

häuslicher Gewalt sind deutlich heterosexuell ausgerichtet. In einer Erhebung von 2001 zur psychosozialen Versorgung lesbischer Frauen mit Gewalt- und/oder Diskriminierungserfahrungen⁶ wurde sehr deutlich, dass Frauenhäuser so gut wie gar nicht und Frauenberatungsstellen/Frauennotrufe nur bedingt zugänglich für lesbische Frauen sind. Auch zeigt die Polizei Defizite, das Thema ist bundesweit weder in der Aus- noch Fortbildung fest verankert noch werden einheitlich die Opfer-TäterIn-Beziehungen erfasst, so dass keine Informationen darüber vorhanden sind, ob es sich bei den männlichen Opfern um weibliche oder männliche Täter handelt, oder wen die weiblichen Täterinnen misshandelt haben.

Fehlende Auseinandersetzung mit Frauen als Täterinnen

In der Gesellschaft ist das Thema Frauen als Täterinnen nach wie vor stark tabuisiert. Mit Frausein wird vorrangig das Risiko einer Opferwerdung verknüpft, nicht jedoch Täterschaft. Das GewSchG kann erst dann seine volle Wirkung entfalten, wenn die Debatte um weibliche Täterschaft offen diskutiert wird – und Konzepte erarbeitet und zur Verfügung gestellt werden, die Täterinnenprogramme beinhalten.

Subkulturelle Dynamiken

In der lesbischen Subkultur ist das Thema ebenfalls stark tabuisiert. Dafür gibt es mehrere Gründe: Zum einen sehen sich Lesben als eine nach wie vor gesellschaftlich diskriminierte und benachteiligte Gruppe an. Eine Subkultur entsteht immer dort, wo es im Mainstream keine Räume gibt – d. h. die Subkultur ist immer auch eine abgrenzende Reaktion auf die Ausgrenzungen der Dominanzkultur. Es werden subkulturelle Werte aufgebaut, die den Vorurteilen positive Merkmale entgegensetzt. »Wir sind nicht so wie ihr«. Stellt sich dann jedoch heraus, dass Lesben und Schwule vergleichbare Probleme wie Heterosexuelle haben, besteht die berechtigte Befürchtung, dass Vorurteile bestätigt werden. Die Reaktion auf diese Befürchtung ist, das Thema zu verschweigen, »keine schmutzige Wäsche« in der Öffentlichkeit zu waschen. Hinzu kommt, dass bestimmte Eigenschaften, die eine Täterin hat, in der Subkultur positiv bewertet werden: Sie ist stark, oft sehr charmant und hat ihre weibliche Sozialisation über Bord geworfen. Sie verkörpert ein imaginäres Selbstbild von Lesben als starke, selbstbewusste Frau. Dieses Bild wird oftmals noch benötigt, um in einer ablehnenden Umwelt überleben zu können.

Fehlendes Täterinnenbewusstsein

Wie bereits dargestellt, betrachten sich die meisten Täterinnen und Akteurinnen primär als Opfer und nicht als Täterinnen. Das liegt einerseits an der tä-

6 Ohms, Constance; Müller, Karin: Gut aufgehoben? Zur psychosozialen Versorgung lesbischer Frauen mit Gewalt- und/oder Diskriminierungserfahrungen im europäischen Vergleich. Frankfurt a.M. 2001.

terspezifischen Dynamik, andererseits aber auch an dem gesellschaftlichen Bild von Frauen. Da es auch keine offene Auseinandersetzung mit dem Problem der häuslichen Gewalt in gleichgeschlechtlichen Beziehungen gibt, fehlt eine gesellschaftliche und subkulturelle Bewertung, dass das gewalttätige Verhalten inakzeptabel ist. Es fehlen Sanktionierungen verschiedenster Art (moralisch, rechtlich usw.). Frauen, die andere Frauen misshandeln, sehen deshalb kaum eine Notwendigkeit, ihr Verhalten als inakzeptabel anzuerkennen und es zu beenden.

Resümee

Es ist notwendig und sinnvoll, dass das Gewaltschutzgesetz geschlechtsneutral formuliert wurde und auch in gleichgeschlechtlichen Beziehungen seine Anwendung findet. Jedoch fehlen sämtliche Strukturen, um eine Wirkmächtigkeit zu erreichen. Hier ist nicht nur die Politik gefordert, sondern auch die Nichtregierungsorganisationen, die im Bereich der häuslichen Gewalt arbeiten.

Formen von Gewalt

Psychische Gewalt/verbale Gewalt

- Drohungen
- Bedrohung mit einer Waffe (Haushaltsgegenstände, Messer, Pistole, Baseballschläger usw.)
- Androhung von Gewalt gegenüber nahe stehenden Personen (Freundin, Kinder usw.)
- Androhung von körperlicher Gewalt
- Bedrängen
- Verfolgen auf der Straße, im Wohnumfeld, e-mails schicken, SMS schicken usw.
- Telefonterror
- Zwingen
- Einschüchtern
- Erniedrigen
- Demütigen
- Verspotten
- Herabsetzen
- Ausnutzen sprachlicher Überlegenheit
- Isolation (Kontrolle über den FreundInnenkreis)
- Bezichtigung der Untreue
- Androhung, zu outen (Arbeitsplatz, Familie usw.)

- Aufrechterhalten von Suchtstrukturen (Medikamenten-, Alkoholabhängigkeit usw.)
- Ausnutzen einer Behinderung
- Ausnutzen einer chronischen Erkrankung
- Ausnutzung des Migrantinnenstatus
- Ausnutzen von Ängsten und beeinträchtigenden Lebenserfahrungen
- Ausnutzen eines Angstzustandes (Angst vor Hunden, vor Dunkelheit, vor Spinnen, engen Räumen usw.)

Körperliche Gewalt

- Essensentzug
- Essenszwang
- Tritte
- Schläge mit der flachen Hand
- Schläge mit der Faust
- Kratzen
- Beißen
- An den Haaren ziehen
- Würgen
- Entzug von Schlaf
- Die Treppe hinunterstoßen
- Einwirken mit Gegenständen: Haushaltsgegenstände, Messer, Baseballschläger usw.
- Vorenthalten von Medikamenten
- Versuchte Tötung
- Vollzogene Tötung
- Freiheitsberaubung
- Sachbeschädigung

Sexualisierte Gewalt

- Vergewaltigung
- Zwang zur Prostitution
- Zwang zu unsafem Sex
- Zwang zu sexuellen Praktiken
- Vorenthalten von Sex
- Unangemessenes Kritisieren des sexuellen Verhaltens

Wirtschaftliche Gewalt

- Kontrolle über das Einkommen (z.B. kein Zugang zum gemeinsamen Einkommenskonto)
- Kontrolle über die Eigentumsverhältnisse

Literatur

Ohms, Constance; Müller, Karin (2001): Gut aufgehoben? Zur psychosozialen Versorgung lesbischer Frauen mit Gewalt- und/oder Diskriminierungserfahrungen im europäischen Vergleich. Frankfurt a.M.

Medien und Krieg

ELVIRA CLÄREN

Informationsmacht oder -ohnmacht?

Die Instrumentalisierung von Genderstrukturen im Krieg

»... There is no doubt that the information the media spreads around the world affects war and peace as never before. We need to put women into the picture – both as producers of media information and as subjects of it. Otherwise, women's role in peace-building will continue to be ignored, and the primary images we get from conflict zones will be ones of despair.«
Elisabeth Rehn and Ellen Johnson Sirleaf, United Nations
Development Fund for Women 2002.

Einleitung

»Informationsmacht« wird in den heute handlungsleitenden US-amerikanischen Doktrinen des »Informationskrieges« nicht mehr nur definiert als die Fähigkeit, den militärischen Gegner mit überlegenen Informations- und Kommunikationsstrategien auf dem Schlachtfeld zu schlagen. Vielmehr gelten inzwischen die Fähigkeit zur »Strategischen Einflussnahme« (»Strategic Influence«, vgl. Gardiner 2003) bzw. ein erfolgreiches »Perception Management« (Meinungssteuerung, Collins 2003) als gleichrangige Voraussetzungen für einen erfolgreichen Waffengang: Das massenmedial vermittelte »Bild«, das wir, die Zivilgesellschaften, uns vom Krieg machen, soll den jeweiligen politisch-militärischen Interessen entsprechend kontrolliert und geprägt werden. Der strategische Ansatz, sich dabei gesellschaftlich konstruierter männlicher und weiblicher Rollenbilder (»Images«) zu bedienen, ist zwar nicht neu. Er wird vielmehr seit dem Ersten Weltkrieg, dem »ersten mediatisierten Krieg der Geschichte« (Virilio 1991, 156), systematisch weiterentwickelt. Aber die Propagandaoffensiven der US- und NATO-Militärs führen seit Anfang der 90er Jahre zu qualitativ neuen Ausdifferenzierungen der verwendeten Images, die weit über traditionelle Dichotomisierungen wie »Männer als Helden/Feind/Täter« einerseits und insbesondere »Frauen als Opfer/Rückhalt an der Heimatfront« andererseits hinausgehen. Die Massenmedien übernehmen die entsprechenden, über die politisch-militärischen Presseabteilungen angebotenen, Meldungen und Bilder für ihre aktuelle Berichterstattung, weil man sich mit dem Bezug auf offizielle Quellen immer noch auf der sicheren Seite wähnt, was gerade in Kriegszeiten, in denen Zensur und unübersichtliche Ereignisla-

gen die Situation bestimmen, die Arbeit vereinfacht. Oder man verbreitet sie, weil man sich aus Loyalität dazu verpflichtet sieht; oder weil die Konkurrenz das Material auch bringt; oder weil »Stories fürs Herz« sich schlicht besser als Aufmerksamkeitsfänger eignen als trockene Einsatzstatistiken und Trefferquoten vom Schlachtfeld. Politiker und Militärs wiederum nutzen eben diese Mechanismen und platzieren je nach Ereignislage Bilder und Geschichten, die bei den RezipientInnen Mitgefühl, Entrüstung, Entsetzen und den Wunsch nach Beendigung der katastrophalen Situation – wenn »unvermeidbar« auch mit militärischen Mitteln – wecken sollen. Und womit könnte man die Werbung für den Krieg jeweils besser illustrieren als mit Geschichten über die Schwächsten, Frauen und Kinder, zu deren Rettung, Befreiung etc. man sich vorgeblich aufmacht?

Wie das offiziell verordnete Image eines Krieges entsteht, wer es generiert und wie wir unsere eigene Informationsmacht nutzen können, um für gewaltfreie, nicht-militärische Konfliktlösungen zu werben, soll nachfolgend anhand einiger Beispiele skizziert werden.

Vom »humanitären« zum »Anti-Terror«-Krieg

Nach dem Ende des Kalten Krieges konzentrierten sich die strategischen Informationsinterventionen der USA und der NATO-Staaten auf die Argumentation, ihre Militäreinsätze seien die »ultima ratio« im Namen der Menschlichkeit«. Damit wollte man von den tatsächlichen, teils mitverschuldeten Ursachen eines Krieges und den mit ihm verknüpften eigenen ökonomischen und machtpolitischen Interessen ablenken. Zum anderen sollten die direkten und indirekten Folgen der Waffengänge verschleiert werden, weil sie in jedem Fall belegten, wie kontraproduktiv Bomben und wie inkompetent Soldaten sind, wenn es darum geht, Konflikten den Nährboden zu entziehen und der betroffenen Zivilbevölkerung mittel- und langfristig ein friedliches, unabhängiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Handlungsleitend für diese Konsenskampagnen war die von den Militärs selbst konstatierte tief verwurzelte Kriegsunwilligkeit der eigenen Zivilbevölkerungen.¹ Also lieferte man beschönigende Charakterisierungen (»Befreiung von Kuwait« 1991, »humanitäres Eingreifen« in Somalia 1992-94, »Demokratie herstellen« in Haiti 1994, »humanitäre Unterstützung« in Bosnien 1995, »eine humanitäre Kata-

1 In den USA wird dies z.B. bis heute primär auf die traumatischen Vietnamkriegserfahrungen der BürgerInnen zurückgeführt (Eikenberry 1996, Mueller 2000). Für Westeuropa und Deutschland hieß es Anfang der 90er Jahre in Militärkreisen, dass »Streitkräfte ... an gesellschaftlicher Akzeptanz verlieren, wo ihre bloße Existenz als Bedrohung und angesichts der wachsenden ungelösten Weltprobleme als unverantwortliche Ressourcenverschwendung empfunden und nicht-militärische Mittel der Friedenssicherung favorisiert werden« (Fleckenstein 1990, 11).

strophe verhindern« in Ex-Jugoslawien 1999), appellierte an Moral und Pflichtgefühl und warb für einen Konsens über die Unverzichtbarkeit militärischer Gewaltmittel. Die Terroranschläge des 11. September 2001 enttabuisierten – vornehmlich in den USA – zwar vorübergehend viele der vorher als normativ geltenden gesellschaftlichen Vorbehalte gegen ein militärisches Engagement. Die Mehrheit forderte gewaltvolle Gegenmaßnahmen – um jeden Preis. Spätestens aber mit der Zuspitzung der Debatte um einen neuen Irak-Krieg, etwa ab Mitte 2002, trat der tradierte Argwohn gegenüber der Sinnhaftigkeit des Krieges als Mittel der Politik wieder deutlicher hervor. (Vgl. Claßen 2003c.) Bis dahin allerdings hatte die Bush-Regierung die Phase der Kriegsbereitschaft bereits genutzt, um eine beispiellose Struktur von Institutionen zu errichten, die den geografisch, zeitlich und strategisch entgrenzten so genannten »Anti-Terror-Krieg« in den Köpfen der eigenen und internationalen Öffentlichkeit als »Endkampf der Guten gegen das Böse« verankern und den Widerstand dagegen eindämmen soll. (Vgl. Claßen 2003a.)

Für die offiziellen Interpretationsvorgaben zur Kriegsbegründung wurden und werden gezielt Analogien und Leitthemen erzeugt, die die zivilgesellschaftliche Anteilnahme binden und Zweifel unterdrücken sollen. Als ein Grundmotiv der Kriegslegitimierung dient dabei z.B. der Vergleich mit dem Hitler-Faschismus. Was den »Krieg gegen Terror« betrifft, so übernahmen es in den ersten Tagen nach dem 11. September zunächst die US-Medien, die Situation in einen entsprechenden Bewertungszusammenhang zu setzen. Ann Coulter, Kolumnistin der New York Daily News, schrieb z.B. einen Tag nach den Terroranschlägen: »Das ist jetzt nicht die Zeit, in der man mit viel Aufwand nach den Individuen sucht, die direkt in diesen außergewöhnlichen Terrorangriff verwickelt sind. Wir sollten in ihre Länder einmarschieren, ihre Führer töten und die Bevölkerung zum Christentum bekehren. Wir haben auch nicht stur versucht, nur Hitler und seine höchsten Offiziere aufzuspüren. Wir überzogen ihre Städte mit Flächenbombardements, wir töteten ZivilistInnen. So ist es im Krieg. Und das hier ist Krieg.« (Zit. nach Fairness & Accuracy in Reporting 2001.) Diese sich schnell verbreitende und kaum kritisch reflektierte Perspektivierung der damaligen Krisensituation markierte das vorläufige Ende der Phase, in der die westlichen Gesellschaften daran gewöhnt werden sollten, das Militär als Instrument der »Friedensherstellung« zu verstehen. Die Bush-Administration nutzt jetzt das aktuelle Bedrohungsszenario »internationaler Terrorismus« als Rechtfertigung für »vorbeugende« militärische Intervention überall auf der Welt und als Begründung für das offen vortragene Bestreben, die seit langem angestrebte politische, wirtschaftliche und kulturelle Hegemonie in der islamischen Welt zu verwirklichen. Die Hitler-Analogie soll dabei den »Krieg gegen Terror« auf eine Stufe stellen mit der auch international unumstrittenen und teils glorifizierten Rolle der USA als ein Befreier vom Faschismus.² Solche Leitthemen dienen dazu, die jeweils an-

gebotenen Feindbilder in der Öffentlichkeit zu veranschaulichen und den Horrorgeschichten über die Verbrechen des Feindes Glaubwürdigkeit zu verleihen.

Moral und Emotionen als Werbung für den Krieg

Als ein Musterbeispiel für die neue Qualität der US-amerikanischen Kriegspropaganda Anfang der 90er Jahre gilt die weltweit verbreitete Nachricht, irakische Soldaten hätten nach dem Einmarsch in Kuwait im August 1990 die Krankenhäuser in Kuwait City geplündert, Brutkästen gestohlen und darin liegende Frühgeborene sterben lassen. Als wichtigste (und wirkungsvollste) »Kronzeugin« für diese Gräueltat präsentierte man die damals 15-jährige »Nayirah«, die als geflüchtete kuwaitische Schwesternhelferin vorgestellt wurde. Sie berichtete unter Tränen, zunächst vor dem US-Kongress und später sogar vor der UN, sie selbst habe beobachtet, wie die Iraker 15 Babies »auf dem Steinboden sterben ließen«. Wie sich später herausstellte (MacArthur 1992), war Nayirah in Wirklichkeit die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA; die Story hatte die PR-Firma Hill & Knowlton erfunden, im Auftrag der mit Unterstützung der US-Regierung in den USA operierenden kuwaitischen Lobbyorganisation »Citizens for a free Kuwait«. In der Konfliktphase 1990/91 jedoch wurde diese Geschichte – und das Bild der weinenden Schwesternhelferin – von den Regierungen der am Krieg beteiligten »Anti-Hussein-Koalition« immer wieder zitiert – als Beleg für die Barbarei des irakischen Regimes und als Argument für ein militärisches Eingreifen.³

-
- 2 Bush brachte es in seiner UN-Rede am 10.11.2001 auf folgenden Punkt: »Im 2.. Weltkrieg haben wir gelernt, dass es keinen Schutz vor dem Bösen gibt. Wir stellten fest, dass manche Verbrechen so schrecklich sind, dass sie die Menschlichkeit an sich beleidigen. Wir beschlossen, dass man der Aggression und den Bestrebungen des Bösen früh, entschieden und gemeinsam entgegenzutreten muss, bevor es uns alle bedroht. Dieses Böse ist zurückgekehrt und unsere Vereinbarung wird erneuert.« (CNN Transcript 2001.) Und auch vor dem jetzigen Irak-Krieg bediente sich Bush dieser Formel, indem er die für Feindbildkonstruktionen üblichen Verbrechen des Gegners ins Feld führte, das irakische Regime indirekt der (bis heute unbewiesenen) Mittäterschaft an den Terroranschlägen vom 11.9. bezichtigte und dafür auch noch ein Opfer des Faschismus als »Kronzeugen« heranzog: »Wir wissen von Menschenrechtsgruppen, dass Dissidenten im Irak gefoltert und eingesperrt werden und manchmal einfach verschwinden. Ihnen werden die Hände, Füße und Zungen abgeschnitten und die Augen ausgestochen. Ihre weiblichen Verwandten werden vor ihren Augen vergewaltigt. Wie sagte der Nobelpreisträger Eli Wiesel letzte Woche: ›Wir haben die Verpflichtung, da einzugreifen, wo das Böse regiert. Und heute ist dieser Ort der Irak.« (Garamone 2003.)
 - 3 Die »Brutkastenlüge« (eingefädelt wurde sie übrigens von der Hill & Knowlton-Mitarbeiterin Lauri Fitz-Pegado, die »Nayirah« auch für ihre öffentlichen Auftritte trainiert hat (Democracy Now! 2003)) schaffte es tatsächlich bis ins Vorfeld des aktuellen Irak-Krieges: Der US-Kabelsender HBO, wie CNN im Besitz des Medienkonzerns Time Warner, reproduzierte sie als »echte Hintergrund-Story« in einem Doku-Drama fürs Fernsehen, das in den USA am 4.12.2002 erstmals ausgestrahlt wurde und vom ZDF am 24.2.2003 im »Montagskino« gesendet wurde. (Vgl. Claßen 2003b.) Mit einer ähnlich gezielten Propagandakampagne versuchte das US-Außenministerium übrigens im Vorfeld des jetzigen Irak-Krieges die Betroffenheit und Kriegsbereitschaft der Zivilgesellschaften zu schüren: Ende August 2002 be-

Aber nicht nur Mitleid-Erregerinnen gehören zum Fundus genderspezifisch konstruierter »Images«, sondern auch die Frauen, die zur Personalisierung »des Bösen« vorgeführt werden. Hierzu zählen z.B. Diktatoren-Gattinnen wie Mirjana Markovic, die Ehefrau von Milosevic, die während des Kosovo-Konflikts von den Medien als »The Red Witch«, »Lady Macbeth of Belgrade« oder »Hexe von Belgrad« in Szene gesetzt wurde. Und auch z.B. die wiederkehrende Darstellung »fanatischer Musliminnen« (z.B. Selbstmord-Attentäterinnen, paradierende Frauen mit Schador und Maschinengewehr, die jubelnde Palästinenserin am 11. September 2001⁴) ist Teil dieses Repertoires, das tradierte negative Bewertungsmuster bedienen soll, nach denen Frauen als herrschsüchtig, habgierig, leicht manipulierbar und/oder vornehmlich affektiv handelnd charakterisiert werden.

Als Korrelat zu den »bösen Frauen« werden die »guten« im offiziellen Mediendiskurs als von den eigenen Soldaten Beschützte, Befreite und Beschenkte dargestellt, die Dankbarkeit, Loyalität und Kooperationswillen signalisieren. Die militärische Öffentlichkeitsarbeit liefert deshalb auch in inflationärem Maße Bilder von den eigenen Soldaten, die Lebensmittel verteilen, Kinder im Arm halten, als Retter mit Blumen und Jubel begrüßt werden usw. Für diese Inszenierungen eigener Wohltätigkeit wird die Not anderer punktuell dramatisiert, aber ansonsten wird die Lebenswirklichkeit von Frauen und Kindern in Krisen- und Kriegsgebieten – sofern sie nicht zur Herabsetzung des Gegners taugt – in der offiziell sanktionierten Präsentation des Krieges weitgehend ausgeblendet. Und wenn sich nach dem Ende der Kampfhandlungen das ganze Ausmaß des Blutvergießens und der Zerstörungen offenbart, binden längst andere Themen das Medieninteresse.

Die »Macherinnen« des Krieges

Die Managerinnen

Bemerkenswert ist, dass Frauen aber nicht nur als Thema und Zielgruppe stra-

gann man, unterstützt von der PR-Firma Rendon, die die US-Regierungen seit 1991 in Sachen Propaganda gegen das irakische Regime berät, mit einem Ausbildungsprogramm für Exil-IrakerInnen, das sie in Argumentations- und Rhetorik-Kursen darauf vorbereiten sollte, in der internationalen Medienöffentlichkeit – Zitat eines Außenamtsmitarbeiters – als »Meinungsbildner gegen die Propaganda-Maschine Saddam Husseins« aufzutreten. (Los Angeles Times 2002.)

- 4 Zu den weltweit veröffentlichten Aufnahmen von der »jubelnden Palästinenserin« aus Ost-Jerusalem, die, so hieß es am 11. September 2001, mit Freudenschreien die Terroranschläge in den USA begrüße, schreibt Mira Beham: »Zwei Tage danach gab es die ersten Meldungen, das dieses Bild aus dem Archiv stamme. Daraufhin haben Journalisten recherchiert, sie sind der Quelle gefolgt und bei der Agentur Reuters gelandet. Es wurde festgestellt, dass die Bilder zwar nicht aus dem Archiv stammen, dass sie aber gleichwohl inszeniert sind. Das Kamerateam hat die Frau und die Kinder mit Süßigkeiten gelockt und sie zum Jubeln überredet. Wie sich herausgestellt hat, wusste die Frau überhaupt nicht, warum sie jubeln sollte. Die Bilder gingen an CNN, und CNN hat sie dann weltweit verkauft.« (Zit. nach Arbeiterfotografie 2003.)

tegischer Einflussnahmen, sondern auch als »Perception-Managerinnen« offenbar zunehmend in den Mittelpunkt des Geschehens rücken. Die heute weltweite und immer schwerer zu kontrollierende zivile Informationssituation hat zu einem Bedeutungszuwachs professioneller Public Relations insbesondere in der Kriegskommunikation der Regierungen geführt. Um den als unerlässlich erachteten gesellschaftlichen Konsens über die Legitimität eines Krieges vor, während und nach den Kampfhandlungen zu schaffen bzw. aufrechtzuerhalten, entwickeln in den USA inzwischen KommunikationsexpertInnen aus Politik und Militär gemeinsam mit SpezialistInnen für Psychologische Kriegsführung und zivilen PR-Fachleuten kriegsvorbereitende und kriegsbegleitende Mobilisierungs- und Konsenskampagnen. Dass die Schaltstellen der Kriegskommunikation in der Bush-Administration vielfach mit Frauen besetzt werden, scheint zunächst widersprüchlich, weil republikanische Politik im Allgemeinen nicht als ausgeprägt avantgardistisch gilt, wenn es um die Chancengleichheit von Frauen geht. Aber dieser Trend ist kennzeichnend für Public Relations als Berufsfeld, das in den USA als Frauen-domäne gilt.⁵ Die PR-Professorin Larissa Grunig begründet diesen Effekt damit, dass PR als Teildisziplin des Journalismus für Frauen zur Zeit die besten Karrierechancen bietet. Denn privatwirtschaftliche Unternehmen bewerteten Führungspositionen im PR-Bereich als weniger wichtig als die in den Finanz- oder Marketingabteilungen, weshalb sie eher bereit seien, diese Posten mit Frauen zu besetzen. (Brown 1998.) Die Führungskräfte im Politikgeschäft jedoch bewerten den Nutzen von Public Relations offenbar völlig anders. Sie rekrutieren ihre Kommunikationsstrateginnen gezielt aus diesem Pool hochqualifizierter Frauen, die teils über Jahre mit Kreativität, Teamfähigkeit und Sachkenntnis alles Mögliche »verkauft« haben und nun, im »Anti-Terror-Krieg«, eingesetzt werden sollen, um das »Markenzeichen USA« (Snow 2002) als Synonym für Modernität, Wohlstand und Demokratie zu propagieren. Die engagierten Frauen bekommen so die Chance, sich als Expertinnen zu profilieren und die Bush-Regierung kann sie als Aufmerksamkeitsfänger und Fortschrittlichkeitssymbole für einen zusätzlichen Reputationsgewinn nutzen.

Die aktuellen »Public Diplomacy«-Programme (PD) richten sich insbesondere an muslimische »Frauen und Jugendliche« (Committee on International Relations 2001, 19) in aller Welt. Beers (Unterstaatssekretärin im »Büro für Internationale Informationsprogramme« des US-Außenministeriums) produzierte ab 2001 z.B. die 15 Mio. US-Dollar teure Kampagne »Shared Values«, deren Segment »Muslim Life in America« in islamischen Ländern als Hochglanzbrochure, in Zeitungsanzeigen, Radio- und TV-Spots sowie über die In-

5 Ende der 90er Jahre war die PR-Branche – neben Computerdienstleistungen und Gesundheitswesen – der Sektor mit den höchsten Wachstumsraten. Die US-amerikanischen Unis offerierten insgesamt 300 PR-Studiengänge und 70 Prozent der Abschlüsse dort wurden von Frauen gemacht. (Brown 1998.)

ternetseiten der US-Botschaften publiziert wird. In dem Material werden US-amerikanische Frauen, Männer und Kinder muslimischen Glaubens vorgeführt, die in den USA ein freies und erfülltes Leben führen und ihre Liebe zu Amerika bekunden.⁶

Eine weitere herausragende PD-Aktion war die »Fingernagel-Geschichte« aus den ersten Wochen des Afghanistan-Feldzuges der USA. Im November 2001 startete Jim Wilkinson, Bushs damaliger PR-Chef für den Krieg, eine Medienkampagne zur Situation der Frauen in Afghanistan. Er ließ u. a. die First Ladies Laura Bush und Cherie Blair in diversen Hearings, Pressekonferenzen und Treffen mit Exil-Afghaninnen für die US-Intervention werben. Diese Aktivitäten waren so gründlich koordiniert, dass die beiden sogar mit fast identischen Texten auftraten. So berichtete Laura Bush am 17. November 2001: »Nur die Terroristen und die Taliban drohen damit, Frauen die Fingernägel auszureißen, wenn sie Nagellack benutzen.« (The White House Coalition Information Center 2001.) Nur drei Tage später, am 20. November, ging Cherie Blair mit folgendem Satz an die Öffentlichkeit: »Wenn Sie in Afghanistan Nagellack benutzen, kann es sein, dass man Ihnen die Fingernägel ausreißt.« (Blair u. a. 2001.) Beide Auftritte wurden von den internationalen Medien interessiert aufgenommen. Aber wer hinterfragte damals die offensichtliche Synchronität dieser Statements? Jim Wilkinson jedenfalls, der ab Februar 2003 und während des Irak-Krieges als Pressesprecher von General Tommy Franks im Hauptquartier des US-Generalstabs in Katar diente, bewertete die Frauen-Kampagne als »das Beste, das wir je gemacht haben«. (Gardiner 2003, 9.)

Die Mustersoldatinnen

Die Geschichte der Gefreiten Jessica Lynch ist ein weiteres Beispiel für aktuelle gender-orientierte Kriegspropaganda. Lynchs »Befreiung« aus einem Krankenhaus in Nassiriyah am frühen Morgen des 2. April war im Auftrag des Pentagon inszeniert worden, wohl um von den sonst eher negativen Nachrichten aus dem Krieg abzulenken. Wie der britische Guardian am 15. Mai aufdeckte (Kampfner 2003), wurde Private Lynch weder misshandelt oder bewacht noch hielt sich irakisches Militär im Hospital oder in seiner Umgebung auf. Trotzdem »stürmten« Marines das Gebäude, zündeten Rauchgranaten und feuerten mit Platzpatronen, während ihre mit lichtempfindlichen Kameras bewaffneten Kameraden den Vorgang filmten. Die internationalen Massenmedien übernahmen den von den Militärs selbst in der gleichen Nacht noch geschnittenen Filmbericht, zum Teil ohne auf seine Herkunft hinzuweisen. Kaum jemand hinterfragte öffentlich seine Echtheit, obwohl die Journalisten

6 Zynischer geht's kaum, wenn man bedenkt, dass in den USA gleichzeitig junge Araber in aller Öffentlichkeit verhaftet und zum Teil für Wochen festgehalten werden. Schon wer einen arabischen Namen trägt, sich auf offener Straße auf arabisch unterhält oder eine Zeitung in dieser Sprache liest, setzt sich der Gefahr aus, »unwillkommene Aufmerksamkeit« zu erregen. (Vgl. Said 2002.)

listInnen und RedakteurInnen aufgrund einschlägiger Erfahrungen Anlass genug gehabt hätten, die Authentizität dieser Geschichte zu bezweifeln. Verschwiegen wurde zudem auch die nicht unwichtige Information, dass Mitarbeiter des Krankenhauses sogar versucht hatten, Jessica zu den US-Truppen zu bringen, aber umkehren mussten, weil Wachposten auf sie feuerten. Lynch hat inzwischen bestätigt, dass die Pentagon-Version ihrer »Befreiung« eine Erfindung war. (BBC (b), Pitzke 2003.) Aber die von allen Zweifeln weitgehend unbeeinflusste gesellschaftliche Nachbereitung der Geschichte – Jessicas glanzvoller Empfang zu Hause (MSN News 2003), ihre omnipotente Medienpräsenz als vom Pentagon hochdekorierte Heldin, eine Buchpublikation (BBC (a)) und die gleich zweifache Verfilmung ihrer »Rettung« als TV-Doku-Drama⁷ – scheint symptomatisch, nicht nur für die Haltbarkeit eines gesellschaftlichen Mythos, sondern auch für die Realitätsresistenz der Massenmedien. John MacArthur kommentierte anlässlich der Heimkehr Lynchs: »Es spielt in Amerika keine Rolle mehr, was wahr oder falsch ist. Die Bevölkerung wurde darauf konditioniert, alles zu schlucken: Egal ob rührselige Geschichten oder Lügen über Massenvernichtungswaffen.« (Zit. nach Die Tagesschau 2003.)

Als dominierendes Bild zum Thema »Frauen und Irak-Krieg« wird also den meisten KriegszuschauerInnen das der »Musterheldin« Lynch im Gedächtnis bleiben. Auch dies ist ein Ereignis des erfolgreichen »Perception Managements«, das »unbequeme« Nachrichten durch die geschickte Platzierung erwünschter, sinnstiftender Metaphern verdrängt. Eine offensivere Variante dieser Strategie war während des Afghanistan-Feldzuges zu beobachten, als die militärischen Pressestellen versuchten, den Eindruck einer »Feminisierung« des Einsatzes zu vermitteln. Damals lenkte man das Medieninteresse wiederkehrend auf die US-amerikanischen Militärpolizistinnen in Kabul und streute aus, die Soldaten bedienten sich nun neuer, sanfterer Herangehensweisen, um unnötige Konflikte zu vermeiden. Zum Beispiel setze man nun weibliche Polizeikräfte ein, um afghanische Frauen nach Waffen und Sprengstoff zu durchsuchen. (Vgl. The Washington Post 2002.) Diese Konstruktion ließ sich allerdings im aktuellen Irak-Krieg nicht durchhalten. Unter den in die Angriffsphase involvierten 269.363 US-SoldatInnen waren 25.455 Frauen. Und auch wenn ihnen per Gesetz Kampfeinsätze mit Bodentruppen nach wie vor nicht erlaubt sind, waren noch nie zuvor so viele von ihnen direkt an Kämpfen beteiligt. Sie wurden als Hubschrauber-, Jet- oder Bomberpilotinnen usw. eingesetzt und zum ersten Mal überhaupt wurden zwei Kampfschiffe von Kommandeurinnen befehligt. (Scarborough 2003.) Das Risiko war also relativ hoch, dass Soldatinnen als Opfer (oder Täterinnen) für die befürchteten negativen Schlagzeilen sorgen könnten. Also vermied man es, die aktive Beteiligung von Frauen in diesem

7 »Saving Jessica Lynch«/NBC und »The Elizabeth Smart Story«/CBS, Erstausstrahlung jeweils am 10. November 2003 (vgl. Dorsey 2003).

Krieg herauszustellen und lieferte der Presse bis zur »Befreiung« Jessica Lynchs nur die üblichen Hochglanzmotive vom Soldatinnenalltag auf Flugzeugträgern, im Sanitätsdienst, im Nachschubwesen oder in der Etappenküche.

Die hohe Präsenz von Frauen in diesem Krieg hatte zwar bei manchen KriegskritikerInnen die Erwartung geweckt, dass gerade Nachrichten und Bilder von gefangenen, vielleicht misshandelten Soldatinnen in der Hand des Feindes zu einem Stimmungsumschwung führen könnten, der z.B. das weit verbreitete Image »heldenhafter Kriegsgefangenschaft« relativiert und zu einer realistischeren Wahrnehmung führt, was die Tragik dieser Situation betrifft (Greenberg 2003). Aber weder die Nachricht von der ersten Kriegsgefangenen Shoshana Johnson (Phillip 2003) noch die von der ersten toten Soldatin, Lori Ann Piestewa (Gancarski 2003; Younge 2003.), riefen in der US-amerikanischen Öffentlichkeit besondere Reaktionen hervor. Nicht nur, weil die Medien – wie in solchen Fällen üblich – es gezielt vermieden, die Hintergründe dazu aufzudecken, sondern auch deshalb, weil sich die wenigen konkreten »offiziellen Verlautbarungen« zur Situation der Soldatinnen in diesem Krieg darauf beschränkten, konsequent abzuwiegeln. Oder man deutete dieses heikle Thema um in einen Ausdruck für den emanzipatorischen Charakter des Militärdienstes, wie es exemplarisch die Generalin Carol Mutter in einem Statement vor der Presse tat: »Die Frauen haben ihren Job gemacht, und sie machten ihn gut, Seite an Seite mit den Männern. Was haben Sie anderes erwartet? Dafür wurden sie ausgebildet.« (Zit. nach Scarborough 2003.)

Der massenmediale Umgang mit der Rolle von Frauen im Militär zeigt beispielhaft, wie sehr die teils bewusst betriebene, teils durch kaum noch hinterfragte Produktionsstandards bedingte Entkontextualisierung und Enthistorisierung der etablierten Kriegsberichterstattung die gesellschaftliche Wahrnehmung von Konflikten beeinflusst. Denn wie sonst ist es zu erklären, dass unser Militär Anfang Juli, kaum zwei Monate nach den geschilderten Ereignissen, im Rahmen seiner Propaganda-Show »Scoolday« das Pop-Sternchen Jeanette Biedermann als jugendgemäße Werbefläche ins Feld führen kann, ohne dass deshalb eine Welle der Empörung durchs Land geht? »So sexy ist die Bundeswehr« titelte die Bildzeitung über dem Biedermann-Foto und schrieb: »Dringend gesucht: junge Offiziers-Anwärter, natürlich auch Frauen«. (2003, 1) Wer protestierte gegen diese zynische Spiegelfechterei? Sind auch wir schon so »konditioniert«, dass wir das von hiesigen PR-SpezialistInnen angebotene Paradoxon akzeptieren, der »fordernde, abwechslungsreiche und motivierende« Arbeitsplatz Bundeswehr (Bundeswehr 2003; Plattform Orientiere Dich.de 2003) habe nichts damit zu tun, dass gleichzeitig Soldaten derselben Truppe vom Balkan bis zum Hindukusch kämpfen, töten und getötet werden? (Pflüger 2002, 2003.)

Um einen Kriegseinsatz zu legitimieren, werden Frauen also nicht mehr nur als passive, anonymisierte »Opfer« präsentiert. Sie werden vielmehr mediengerecht in Szene gesetzt und als Schutzbedürftige, Befreite oder Beschenk-

te vorgeführt. Sie werden – je nach Bedarf – als »Kronzeuginnen« für die Notwendigkeit einer militärischen Intervention (vgl. »Nayirah« oder die vom US-Außenministerium geschulten Exil-Irakerinnen des jetzigen Krieges) oder zur patriotisch-emotionalen Orientierung (Jessica Lynch) personalisiert und als »Medienstars« aufgebaut. Frauen werden in Kriegs- und Krisenzeiten auch nicht mehr marginalisiert, weil für sie im »Pantheon der männlichen Helden« (Mayer 2000) kein Platz ist. Ihnen wird vielmehr suggeriert, sie hätten die gleichen »Chancen« wie Männer, dort aufgenommen zu werden, wenn sie nur die gleichen Spielregeln beachten und »das Gleiche leisten«.

In den USA ist es überwiegend soziale Not und oktroyierter Patriotismus, in Deutschland der Mangel an beruflichen Perspektiven sowie eine gezielte »Emanzipations«-Reklame, die viele Frauen zur Armee treibt. In beiden Ländern nutzt das Militär die Eingliederung von Frauen darüber hinaus als zusätzliche Möglichkeit, das Image des Soldatentums aufzuwerten und sich als vermeintlichen Hort individuellen und gesellschaftlichen Fortschritts zu profilieren. So werden Soldatinnen zu aktiven Unterstützerinnen eines zerstörerischen Gewaltapparates, der von dem Mangel an gewaltfreien und konstruktiven Handlungsoptionen und Rollenvorbildern profitiert, den er selbst und das politische System, das ihn unterhält, gezielt erzeugen und in Stand halten. Und dieses Konzept erscheint umso glaubwürdiger, je mehr Frauen als ProtagonistInnen an vorderster Front im »Kampf um Herzen und Verstand« der Zivilbevölkerungen auftreten. Deshalb werden Frauen auch nicht mehr aus dem offiziellen politischen Diskurs verdrängt (Bunting 2001), wenn Krisen oder Kriege die Debatte prägen. Die »Macherinnen des Krieges« gelten vielmehr als glaubwürdige Präsentatorinnen, die von traditionellen Militarismus-Klischees unbelastet sind und ganz im Sinne gender-spezifischer Wesenszuschreibungen in den unübersichtlichen Ereignislagen des Krieges Aufmerksamkeit erzeugen, Anteilnahme wecken und für Ausgleich zwischen kontroversen Standpunkten oder Situationsbeschreibungen sorgen sollen.

Die Moderatorinnen des Krieges

Dieser Trend beeinflusst auch die Konzeption der massenmedialen Kriegsberichterstattung. Analog zu den idealisierten »Heldinnen« beim Militär und den PR-Managerinnen auf der politischen Bühne offerieren die Medien die Metapher von der unerschrockenen Star-Korrespondentin. Krieg sei heute kein »Spiel für Jungs« mehr, konstatiert Kate Adie, Medienpreisträgerin und Chefkorrespondentin der BBC, zumindest die Hälfte der involvierten Zivilbevölkerung und der berichtenden MedienvertreterInnen seien Frauen.⁸

8 Der internationale Gewerkschaftsdachverband ILO (International Labour Organisation) beziffert den Anteil von Redakteurinnen und JournalistInnen im Nachrichtenbereich mit international insgesamt über 40 Prozent, mehr als 50 Prozent der Nachrichtensendungen im Fernsehen und Radio werden von

Die Kriegsberichtersterterinnen unter den Medienschaffenden blicken inzwischen auf eine über hundertfünfzigjährige Geschichte zurück, sie reicht von Margaret Fullers New York Tribune-Reportage über die Bombardierung Roms durch französische Truppen im Jahr 1849 (vgl. Bartimus 2001) bis hin zu den ersten »eingebetteten« Korrespondentinnen während des aktuellen Irak-Krieges (Braiker 2003).⁹ Die wenigen Erfahrungsberichte von Kriegsreporterinnen selbst lassen zwar vordergründig die Einschätzung zu, dass sich die Entfaltungsmöglichkeiten, aber auch die Benachteiligungen von Frauen in diesem Berufsfeld kaum von anderen Arbeitsbereichen unterscheiden. Trotzdem erfordern die Umstände, unter denen Medienarbeiterinnen »an vorderster Front« unser Bild vom Krieg mitkonstruieren, besondere Aufmerksamkeit. Denn Journalistinnen, die aus Kampfgebieten berichten, müssen sich immer in zwei Männerdomänen behaupten: In den Nachrichtenmedien und im Krieg. Wie prekär schon der erste Teil dieser Bemühungen ist, offenbart sich im Ansatz in den Kommentaren von Journalisten, wenn sie sich mit der Arbeit ihrer Kolleginnen auseinander setzen. So ist die im April für ihre Kriegsberichterstattung aus Bagdad mit dem Hanns-Joachim-Friedrichs-Medienpreis ausgezeichnete RTL-Korrespondentin Antonia Rados aus Sicht des Spiegel »der beste Mann an der Presse-Front« (zit. nach Broder 2003). Und Jörn Lauterbach wollte sich in einem Interview mit der Preisträgerin in der WELT (Lauterbach 2003) die folgende Frage offenbar nicht verkneifen: »Wenn Sie dann gearbeitet haben, sah man Sie trotz aller Kriegswirrnisse immer in einer frisch gebügelten Bluse. Erklären Sie uns das Geheimnis.«

Andererseits spricht vieles dafür, dass die Korrespondentinnen von ihren Redaktionen gezielt als Aufmerksamkeitsfänger eingesetzt werden. Frauen, die seit Jahren Erfahrungen in Krisen- und Kriegsgebieten gesammelt haben, wie Antonia Rados oder auch Christiane Amanpour, die für CNN schon aus dem Golfkrieg 1991, über die gescheiterte US-Militäraktion in Somalia, aus Bosnien und 1999 aus Belgrad berichtet hat, wird eine hohe Glaubwürdigkeit zugesprochen. Sie gehören zu den Stars der TV-Berichterstattung, die vom Publikum in besonderer Weise als Orientierungshilfen und »Medienheldinnen« angenommen werden. Betrachtet man jedoch die berichteten Inhalte, so

Frauen präsentiert, wobei jedoch »trotz zunehmender Möglichkeiten Diskriminierung und ungleiche Bezahlung immer noch Realität sind.« (ILO News 2003.)

9 Darüber, ob Frauen »besser oder schlechter« über einen Krieg berichten, wird viel diskutiert. Im Vordergrund stehen dabei meist biologische Aspekte (zu sensibel/zu »schwach«, um die Realität des Krieges auszuhalten; vgl. Persaud 2003), die Frage nach der Durchsetzungsfähigkeit von Journalistinnen gegenüber den männlichen Akteuren (Braiker 2003) oder auch, ob es von Frauen eher bevorzugte Sujets (Bunting 2001) bzw. einen »weiblichen« Blick auf den Krieg gibt. Ob und wie solche Filter die Berichterstattung beeinflussen, sei dahin gestellt; sicher ist jedoch, dass Frauen, ebenso wie Männer, versuchen müssen, ihren eigenen Ansprüchen, der in den Kriegsgebieten vorgefundenen Lage und den Anforderungen ihrer Redaktionen gerecht zu werden. Und sie unterliegen dabei den gleichen ethischen Konflikten, medienpezifischen Sachzwängen und politisch-militärischen Vereinnahmungsversuchen.

sind Abweichungen vom – immer noch von Männern geprägten – Mainstream kaum wahrnehmbar, weder in der Themenauswahl, in der jeweils verwendeten Sprache noch in den Interpretationsmustern, nach denen die Ereignisse bewertet werden.¹⁰

So scharten sich auch die US-amerikanischen Journalistinnen wie ihre Kollegen nach dem 11. September 2001 mehrheitlich um die Fahne und unterstützten den Kriegskurs ihrer Regierung. Die schon zitierte New York Daily News-Kolumnistin Ann Coulter war und ist da kein Einzelfall. Nur wenige widersetzen sich diesem Kurs, wie z.B. die in den USA verehrte Talkmasterin Oprah Winfrey, die es ablehnte, an einer von Karen Hughes und Condoleezza Rice geleiteten offiziellen PR-Tour nach Afghanistan teilzunehmen, um dort nach dem Fall des Taliban-Regimes die Rückkehr der Mädchen in die Schulen zu feiern. (Zeleny 2002.) Eine weitere offensive Bush-Kritikerin ist Helen Thomas (Wright 2002), die seit den 60er Jahren als Korrespondentin für UPI und heute als Kolumnistin dieser Nachrichtenagentur im Washingtoner Pressecorps akkreditiert ist. Sie mischt mit ihren unbequemen Fragen regelmäßig die Pressekonferenzen im Weißen Haus auf (Media Research CyberAlert 2003). KollegInnen beschimpften sie Anfang 2003 als »linksradike Verteidigerin der irakischen und palästinensischen Terroristen«; Kathryn Jean Lopez vom »National Review« (Lopez 2003) forderte sogar, Thomas solle ihren Presseausweis abgeben.

Das große öffentliche Interesse, die wechselnden Ereignislagen und die emotionale Aufladung des Themas »Krieg gegen Terror« reizen viele JournalistInnen, in die Krisenregionen Afghanistan oder Irak zu reisen, um sich dort als KriegsberichterstatterInnen zu profilieren. Es sei, schrieb Gerti Schön (2002) in der WELT angesichts der vielen jungen Reporter, die sich ab Herbst 2002 freiwillig für eine Korrespondentenstelle im Irak bewarben, »fast wie ein Männlichkeits-Ritual«. Aber die Wahrnehmung des Krieges als Abenteuer oder Reputationschance und der allgemeine Konkurrenzkampf locken offenbar auch Frauen in die Kampfzonen. Die britische Journalistin Yvonne Ridley wurde Ende September 2001 von Taliban-Kämpfern gefangen genommen, als sie versuchte, in einer Burka und ohne Pass über die pakistanische Grenze nach Afghanistan einzureisen. (Carter u. McCarthy 2001.) Erst zehn Tage später ließ man sie wieder frei.

Während der »Operation Iraqi Freedom« waren unter den ca. 750 »eingebetteten« JournalistInnen zwischen 60 (Markisz 2003) und 85 (Braiker 2003) Frauen. Genau wusste das auch Major Tim Blair nicht, der das »Embedding Program« fürs Pentagon organisiert hatte. Man habe das Geschlecht derjeni-

10 Der Journalist und Medienkritiker Michael Massing bezeichnete im Mai 1999 z.B. die Reportagen Christiane Amanpours vom Balkan als »tendenziöser denn je«. Sie habe immer wieder Kosovo-Flüchtlinge vor die Kamera geholt, die die NATO-Angriffe auf die Serben befürworteten. (Massing 1999.)

gen, die sich bewarben, nicht abgefragt, und es habe auch keinen Einfluss auf die Entscheidung gehabt, wer welcher Einheit zugewiesen worden sei. (Ebd. 2003.) Auch wenn einzelne Korrespondentinnen mutmaßten, sie seien als Frauen gezielt an der Peripherie des Krieges, auf Flugzeugträgern oder Luftwaffenstützpunkten, eingesetzt worden, so begrüßte doch die Mehrzahl der »Fembeds« (»female embeds«) das Einbettungskonzept. Denby Fawcett, in den 60er Jahren Vietnam-Kriegskorrespondentin, bewertet es im Vergleich zum Vietnam-Krieg als eindeutigen Fortschritt. Damals sei es den Journalistinnen verboten gewesen, über Nacht an der Front zu bleiben, was authentische Berichte über die Kämpfe unmöglich gemacht habe. (Vgl. ebd.) Dass die Frauen die Kampfeinheiten im Irak bis an die Front begleiten durften, verhöhnte viele mit der militärischen Pressebetreuung. Die meisten vermieden es, öffentlich Kritik zu üben, obwohl man wusste, dass das Pentagon das Embedding als »gute PR fürs Militär« plante (Barrett 2003).¹¹

Die bisher publizierten Auswertungen zur Situation der eingebetteten Reporterinnen im Irak-Krieg dokumentieren ein breites Spektrum an Erfahrungen, die sich, was die praktische Arbeit betrifft, kaum von denen ihrer Kollegen unterscheiden. Zwar habe es eine Woche gedauert, bis man sie nicht mehr mit »Ma'am« angesprochen habe, erzählt z.B. die CNN-Reporterin Lisa Rose Weaver, die von März bis April mit einer Artilleriebrigade im Irak unterwegs war, aber dann sei das Thema erledigt gewesen: »Es ist Krieg, und egal, mit wie vielen Ausbildungsprogrammen zum Thema ›Sexuelle Belästigung‹ die Army versucht, für mehr Sensibilität gegenüber Frauen zu werben, ich musste mich erst einmal als jemand beweisen, der locker ist und höchstens mal mit den Augen rollt, wenn einer einen sexistischen Witz reißt.« (Zit. nach Braiker 2003.) Andere, wie z.B. die Christian Science Monitor-Reporterin Ann Scott Tyson, die bei der Dritten Infanterie Division eingebettet war, bewerten den »Ma'am-Faktor« in der Eingewöhnungsphase sogar als eher hilfreich, weil er erst einmal dazu beiträgt, dass die Soldaten Frauen gegenüber offener und weniger »macho« sind. »Wenn du dich dann nicht als Feigling erweist, mit dem Strom schwimmst und keine Sonderbehandlung erwartest, ... ist der Ma'am-Faktor das Erste, das verschwindet. Das Fluchen und die obszönen Bemerkungen blieben. Wäre ich als unerwünscht wahrgenommen worden, hätten sie sich damit eher zurückgehalten.« (Ebd.) Geradezu euphorisch schilderte die Dallas Morning News-Fotografin Cheryl Diaz Meyer Anfang April ihre Erlebnisse auf dem Militärstützpunkt Camp Coyote. Sie war in der Nacht

11 Diesen Plan bestätigte auch der Pentagonsprecher und Erfinder des Konzepts, Bryan Whitman: »Wir glauben wirklich, dass die Reporter an der Front dokumentieren werden, mit welcher Professionalität und Hingabe die US-Soldaten ihre Pflicht erfüllen.« (Vgl. PBS 2003.) Um das zu gewährleisten, ließ man die Presse je zwei Verträge mit über 50 Anweisungen unterschreiben; so war das Reisen nur in Militärfahrzeugen gestattet, inoffizielle Interviews mit Soldaten waren verboten; die »Sicherheit der Operation« oder »bestimmte Kriegsoffer« betreffende Nachrichten mussten bis zu 72 Std. zurückgehalten werden. Wer gegen die Regeln verstieß, wurde nach Kuwait ausgeflogen.

zum 20. März mit dem dort stationierten Panzerbataillon als eine der Ersten in den Krieg gezogen: »In der kurzen Zeit im Camp haben mich die Männer mit Respekt, Großzügigkeit und Liebenswürdigkeit behandelt. Ich entwickelte eine große Sympathie für diese Männer, die aus allen Teilen der USA kamen, um ihrem Land zu dienen und enorme Belastungen auf sich zu nehmen, um das Anliegen unserer Regierung zu erfüllen. Ich bin von ihnen adoptiert worden und habe tausend große Brüder bekommen.« (Diaz Meyer 2003.) Dass sich KriegsreporterInnen mit den begleiteten Soldaten identifizieren, sich sogar im Aussehen (Helm, Schutzweste, Camouflage etc.) angleichen und irgendwann dazu übergehen Formulierungen zu benutzen wie »wir rücken vor«, »wir werden beschossen«, ist eine nicht erst seit Vietnam beobachtete und von militärischer Seite erwünschte Tendenz, der sich viele JournalistInnen offenbar kaum entziehen können. Diaz Meyer lieferte dann auch zunächst die entsprechenden stimmungsvollen Bilder, »Panzer im Mondlicht«, schmeichelnde Portraitaufnahmen einzelner Soldaten usw. Aber als sie wenig später US-Marines dabei fotografierte, wie sie einen irakischen Kriegsgefangenen für eine Durchsuchung nackt auszogen und diese Aufnahme am 10. April zeitgleich in den Dallas Morning News (DMN) und der New York Times erschien, endete ihr Einsatz an der Front abrupt: Das Pentagon kündigte dem Washingtoner DMN-Büro umgehend an, man werde Cheryl Diaz Meyer deshalb von ihrem Posten entfernen. Um dies zu verhindern, wurde die Fotografin von ihrer Zeitung selbst nach Bagdad versetzt. »Wir hätten dieses Foto nicht veröffentlichen sollen und besser aufpassen müssen, dass wir unsere Vereinbarung mit dem Militär nicht verletzen«, kommentierte Diaz Meyers Chefredakteur Ken Geiger diesen Vorfall schuldbewusst. (Markisz 2003.)

Genauso gut wie die »Schere im Kopf« funktioniert meist auch der Impuls, das »hässliche Gesicht des Krieges« zu verdrängen. Die Hoffnung, als Urheber möglichst dramatischer Reportagen oder Bilddokumente in einem Krieg berühmt zu werden, oder auch die Befürchtung, dass ein Mangel an Risikobereitschaft von der eigenen Redaktion als fehlendes Engagement ausgelegt werden könnte, fördern unter vielen Betroffenen die Neigung, ihre schrecklichen Erlebnisse, Ängste und Zweifel zurückzudrängen und zu verschweigen. Eine der wenigen publizierten aktuellen Auseinandersetzungen mit diesem Phänomen stammt von Chantal Escoto, die selbst fünf Jahre in der Armee gedient hatte und im letzten Frühjahr als Journalistin für den Leaf-Chronicle (Clarksville/Tennessee) eine 700 Mann starke Luftlandeeinheit durch die irakische Wüste begleitet hat. Escoto schreibt, sie habe Kampfsituationen erlebt, in denen sie nur noch voller Angst zu Gott gebetete habe. Am schlimmsten sei es während eines Gefechts bei Amarah gewesen: »Die toten Iraker lagen einfach so herum, niemand schaffte sie weg. Überall waren Fliegen, und dann setzten sich diese Fliegen auch auf mich. Das machte mich fertig. Und dann sah ich die Kinder, halb verbrannt durch Bomben.« Chantal Escoto kehrte am

27. April nach Hause zurück. »Ich wollte nicht unter Leuten sein und mit niemandem sprechen. Ich zog mich zurück. Ich war physisch unverletzt, aber psychisch stimmte etwas nicht. ... Manche nennen das wohl posttraumatischen Stress. Ich bin jetzt in einer Gesprächstherapie, etwas, was ich nie zuvor getan habe. Ich habe nicht damit gerechnet, dass mich das so belastet ..., aber es hat mich fertig gemacht.« (Escoto 2003.)

Falls es also tatsächlich einen »weiblichen Blick« auf Kriegs- oder Krisensituationen gibt, realistischer, anteilnehmender und weniger heroisch, so fällt er in den aktuellen oder Live-Nachrichten der Massenmedien wahrscheinlich dem Druck der Mainstream-Berichterstattung zum Opfer, der eigenen Schere im Kopf oder den militärischen Lenkungs- und Zensurpraktiken. Vielleicht ist es deshalb besonders tragisch, dass unter den bisher 20 Medienleuten, die 2003 im Irak-Krieg starben, auch zwei Frauen sind. Veronica Cabrera, eine 28-jährige argentinische Kamerafrau erlag am 15. April in Bagdad den Folgen eines Autounfalls; die Boston Globe-Journalistin Elizabeth Neuffer starb am 9. Mai im Alter von 46 Jahren nahe Samara, als das Militärfahrzeug, in dem sie sich befand, mit einer Leitplanke kollidierte.

Die veränderten Prämissen der Kriegsberichterstattung im Informationszeitalter und das wachsende Interesse von Frauen, sich als Journalistinnen im Krieg zu behaupten, haben nach Ansicht der BBC-Chefkorrespondentin Kate Adie unweigerlich zur Folge, dass sie auch in gefährlichen Situationen mehr leisten und mehr riskieren müssen als die Kollegen: »Du musst dort rennen, wo die Männer gehen«. (Zit. nach ILO News 2003.) Dass die meisten Medien-»Frontfrauen« aber weder das emanzipatorische Potenzial der zivilen Berichterstattung noch das ihres spezifischen Blickwinkels frei nutzen können, unterstreicht die Notwendigkeit, die journalistischen und externen Rahmenbedingungen der Kriegsberichterstattung grundsätzlich neu zu überdenken. Denn so lange es den etablierten Massenmedien nicht gelingt, sich den politisch-militärischen Informationsstrategien zu entziehen, die sie entweder als Übermittler und Verstärker ihrer Botschaften oder als Angriffsziel wahrnehmen, wird es auch den Frauen kaum möglich sein, unabhängige, authentische und glaubwürdige Nachrichten über den Krieg zu produzieren.

Frauen gegen den Krieg: Informationsmacht erkennen und nutzen

Die politisch-militärischen Offensiven strategischer Einflussnahme und Meinungssteuerung sowie das offensichtliche mehrheitliche Scheitern der Massenmedien, sich gegen die Instrumentalisierung durch die PR-ManagerInnen des Krieges zur Wehr zu setzen, haben in den letzten Jahren dazu geführt, dass die Zivilgesellschaften den offiziellen Darstellungen, warum, wie und mit welchen Zielen ein Krieg geführt wird, immer weniger Glauben schenken. An-

dererseits benötigen die Bevölkerungen gerade in Konfliktsituationen unabhängige Informationen und Kommunikationsmittel, um potenzielle Bedrohungen, Krisenlagen und angebotene Bewältigungsstrategien realistisch einschätzen zu können. Die Wahrnehmung dieses Mangels führte in den letzten fünfzehn Jahren zur Herausbildung einer inzwischen international agierenden, alternativen Informations- und Kommunikationsstruktur, die getragen wird von Friedens- und Menschenrechtsbewegungen, Medieninitiativen, WissenschaftlerInnen und kritischen JournalistInnen. Ihr Einfluss auf die politische Kommunikation war erstmals während des NATO-Krieges gegen Ex-Jugoslawien 1999 weltweit unübersehbar, als FriedensaktivistInnen in Informationsveranstaltungen, auf Flugblättern und Kundgebungen aktuellere und authentischere Informationen aus dem Kriegsgebiet anbieten konnten als die Massenmedien mit ihrer Fixierung auf offizielle Verlautbarungen. Im Kontext des »Anti-Terror-Krieges« hat sich dieses Aufklärungspotenzial – Quellenlagen, Darstellungsmöglichkeiten, Aktualität und Reichweiten – noch einmal verstärkt (vgl. z.B. Claßen 2003c) und ist für den Kampf gegen den Krieg unverzichtbarer denn je.

Genderorientierte Friedensarbeit und Konfliktforschung ist Teil dieser alternativen friedenspolitischen Kommunikation. Sie legt Kriegsursachen frei, arbeitet gegen die Verschleierung der Kriegswirklichkeit, stellt Feindbild- und Imagekonstruktionen in Frage und initiiert Projekte der gewaltfreien Konfliktprävention und -bearbeitung. Neben global agierenden Netzwerken, wie zum Beispiel die Women's International League for Peace and Freedom (WILPF), die mit ihrer Website »PeaceWomen.Org« die Kommunikation und den Informationsaustausch zwischen den Frauenorganisationen weltweit fördern will, oder das International Women's Tribune Centre (IWTC, www.iwtc.org), das seit den 70er Jahren u. a. gezielt Medienarbeit mit und für Frauen organisiert, nutzen viele Aktivistinnen in Krisenregionen die Medien für ihre Arbeit gegen Hass und Gewalt sowie zum Aufbau friedensfördernder Strukturen (vgl. Rehn u. Sirleaf 2002).

Im Jahr 1999 entstand die Idee, ein gesamt-afrikanisches Radioprogramm mit dem Schwerpunkt »Gender und Frieden« aufzubauen. In diesem Rahmen entstand der erste unabhängige Radiosender Burundis, Ijambo. Quotenrenner des Senders war 2002 eine Hörspielserie mit dem Titel »Unsere Nachbarn und wir« über Freundschaften zwischen der Hutu- und Tutsi-Bevölkerung. Nach eigenen Angaben verfolgten 87 Prozent der Einheimischen die Serie; 82 Prozent von ihnen sagten, dass Ijambo damit einen wichtigen Beitrag zur Versöhnung leistet.

In Somalia liegt die Analphabetenrate bei den Mädchen und jungen Frauen bei 98 Prozent. Um diesen Missstand zu bekämpfen, haben Frauen Alphabetisierungskurse entwickelt, die im Land und den angrenzenden Staaten via BBC World Service verbreitet werden.

In Bosnien hat sich vor einem Jahr der Frauensender »Radio Jednostavno Zena« (Simply Women), gegründet, der insbesondere das Genre Talkshow nutzt, um über das eher verschwiegene Problem der Kriegstraumata und Techniken der Konfliktbearbeitung zu informieren.

In Ost-Timor betreibt das East Timorese Women's Communications Forum zwei Radiostationen, die für Frauenrechte werben, über Gewalt gegen Frauen aufklären und Frauen dazu ermutigen, politisch aktiv zu werden.

In Israel/Palästina haben israelische und palästinensische Frauengruppen damit begonnen, Artikel auszutauschen und sie in ihren jeweiligen Publikationen abzdrukken. (Vgl. www.j-c-w.rg/public_correspondence1.htm.) Terri Greenblatt, Mitglied der Frauenfriedensgruppe Bat Shalom (www.batshalom.org), beschreibt diese Aktivitäten als »unseren gemeinsamen Versuch, den Frauen beider Seiten in den Medien Gehör zu verschaffen. Sie beharren öffentlich darauf, dass nur gegenseitige Anerkennung und gegenseitiger Respekt den Weg für einen Friedensprozess ebneten, und sie widerlegen zugleich die Behauptung, in diesen Zeiten sei eine politische Partnerschaft unmöglich.« (Rehn u. Sirleaf 2002, 108.)

Dieses Engagement von Frauen überall auf der Welt und insbesondere auch ihr Beitrag zur zivilen Konfliktbearbeitung vor und nach dem Ende der »heißen Phase« eines Krieges wird jedoch in der internationalen, etablierten Medienöffentlichkeit bis heute kaum wahrgenommen. Dabei sind etwa Mediationsprojekte, Trauma-Arbeit und Programme zur Herstellung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Handlungsfähigkeit von Frauen in Kriegs- und Krisenregionen usw. nicht nur richtungsweisende Modelle für einen gewaltfreien und konstruktiven Umgang mit Krisensituationen. Die hier gesammelten authentischen Erfahrungen mit dem Leid und den materiellen Verwüstungen, die ein Krieg verursacht, haben auch einen hohen Informationswert, weil sie die Absurdität des Krieges als Mittel der Politik in konkreten Beispielen offen legen. Eine der zentralen Aufgaben der genderorientierten Friedens- und Konfliktforschung sollte es deshalb sein, die Frauen, die überall auf der Welt die Auswirkungen von Krieg und Gewalt bekämpfen und sich für Frieden und Versöhnung engagieren, dabei zu unterstützen, sich »in den Medien Gehör zu verschaffen«. Dafür muss professionelle friedenspolitische Öffentlichkeitsarbeit (auch unter Einbeziehung engagierter JournalistInnen und KommunikationsspezialistInnen) als eine eigene Disziplin der gewaltfreien Konfliktprävention und -bearbeitung wahrgenommen und entsprechend ausgestattet werden.

Perspektiven: Friedenspolitische Einflussnahme gegen Krieg und Gewalt

Es hat sich in den letzten Jahren immer wieder gezeigt, dass das offiziell verordnete »Image« einer Krise oder eines Krieges zu keiner Zeit wirklich verbindlich ist. Die systematische Entlarvung des Mythos vom »präzisen«, »opferarmen« oder »gerechten« Krieg durch eine internationale, kriegskritische und aufklärende Gegenöffentlichkeit kann den politisch-militärisch dringend benötigten gesellschaftlichen Konsens über die Legitimität eines Waffengangs be- oder sogar verhindern. »Die Kunst des Lügens wird angesichts der sich immer weiter vernetzenden Gesellschaften ... zunehmend schwieriger« monieren Martin Libicki und Jeremy Shapiro, zwei der wichtigsten Vordenker des Informationskrieges (Libicki u. Shapiro 1999, 442) angesichts dieser Entwicklung. Wie können wir es ihnen noch viel schwerer machen?¹² Wie dringlich die Beantwortung dieser Frage ist, spiegelt sich z. B. wider in einer aktuellen UN-Expertise zum »Einfluss bewaffneter Konflikte auf Frauen und der Rolle von Frauen in Friedensprozessen« (Rehn u. Sirleaf 2002). Ihre Auswertung der Frauenfriedensarbeit weltweit ergibt zusammengefasst zwei zentrale Erkenntnisse: Erstens existiert eine Vielzahl von bewährten und neuen Ansätzen, um auf die massenmedial vermittelte zivilgesellschaftliche Debatte über Krieg und Frieden Einfluss zu nehmen. Zweitens werden diese Interventionsmöglichkeiten systematisch bedroht durch den sich verschärfenden politisch-militärischen Kampf um Informationsüberlegenheit. Vor diesem Hintergrund rufen die Autorinnen dazu auf, über diese Situation und die Rolle der Frauen darin ihrer Bedeutung entsprechend aufzuklären. Im Kapitel »Media Power« (ebenda, 110) fordern sie im Sinne einer genderorientierten Medienpolitik u. a.: »...eine Ausweitung der Geldmittel und Partizipationsmöglichkeiten, um Frauen den Zugang zu Medien- und Kommunikationstechnologien zu erleichtern, damit Genderperspektiven, die Erfahrung von Frauen und Frauenmedien Einfluss nehmen können auf den öffentlichen Diskurs und die Entscheidungsprozesse über Krieg und Frieden; die Bereitstellung öffentlicher Informationen und Hintergrundwissen über die genderspezifischen Dimensionen von Friedensprozessen, Sicherheit, Versöhnung, Abrüstung und Menschenrechten durch die UN, durch Regierungen sowie durch private und unabhängige Medien; die grundsätzliche strafrechtliche Ahndung von Medienhetze durch nationale und internationale Gerichte, insbesondere dann, wenn direkt zu Verbrechen gegen Frauen aufgerufen wird; Geldmittel und Institu-

12 Oder: Wie kann »Medienkompetenz im weitesten Sinne« als friedenspolitisches Instrument gefördert werden – von Formulierungstipps für Presseerklärungen bis hin zum Aufbau unabhängiger, emanzipatorischer, gewaltabbauender Medien vor Ort? Wie können die gegebenen strukturellen (Informationsnetzwerke, Publikationsmöglichkeiten auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene) und technischen (Internet, digitale audio-visuelle Dokumentation, »Live«-Option usw.) Möglichkeiten noch besser genutzt werden, um die »Werbung für den Krieg« zu entkräften?

tionen, um JournalistInnen und RedakteurInnen darin auszubilden, genderspezifische Einseitigkeit in der Berichterstattung zu erkennen und zu überwinden, in Kriegs- und Nachkriegssituationen investigativen Journalismus zu praktizieren sowie Gleichberechtigung und genderorientierte Betrachtungsweisen zu fördern; die Einrichtung einer ExpertInnenkommission, die die Bedeutung und die Auswirkungen der ›psychologischen und informationalen Kriegführung‹ sowie deren Einfluss auf Frauen untersucht.«

Literatur

- Arbeiterfotografie (2003): Der Krieg und die Medien (1): Wie die Menschen auf den Krieg eingestimmt werden. www.galerie-arbeiterfotografie.de/galerie/kein-krieg/hintergrund/index-medien-und-krieg-1.html
- Barrett, Patrick (2003): US reporters condemn Pentagon press controls. In: The Guardian, 27.2.2003; <http://media.guardian.co.uk/presspublishing/story/0,7495,903552,00.html>
- Bartimus, Tad (2001): Bullets and Bathrooms. Women had to contend with sexism in the military to win recognition as war correspondents. In: Media Studies Journal: Front Lines and Deadlines, Sommer 2001, www.freedomforum.org/publications/msj/2001/msjsummer2001.pdf
- BBC (2003): Private Lynch signs \$1m book deal. 3.9.2003, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/3076624.stm>. (a)
- BBC (2003): Jessica Lynch condemns Pentagon. 7.11.2003, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/3251731.stm>. (b)
- Bildzeitung (2003): So sexy ist die Bundeswehr. 5.7.2003, www.bild.t-online.de/BTO/showpromis/2003/07/05/jeanette/jeanette,templateId=renderKomplett.html
- Blair, Cherie u. a. (2001): Educating women in Afghanistan. Edited transcript of a press conference, dok. unter www.ukinindia.com/press/background/note_65.asp; 20.11.2001
- Braiker, Brian (2003): 'Fembeds' Reflect on Covering War. What was it like to be a female reporter embedded with U.S. troops during the war on Iraq? In: MSNBC Newsweek, 16.5.2003, www.msnbc.com/news/914570.asp?0cv=KB20&cp1=1
- Broder, Henryk M. (2003): TV-Reporter im Kriegseinsatz. Spanner sind immer die anderen. In: Der Spiegel, 26.3.2003, www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,242121,00.html
- Broecker, Jerry (2003): Loose Lips Float Ships! How the military uses the media today. April 2003, www.rakemag.com/printable.asp?catID=46&itemID=2136&pg=all
- Brown, Janelle (2003): Spin Sisters. Why is PR the only High Tech Field that Women run? In: Salon.com; 3.12.1998, http://archive.salon.com/21st/feature/1998/12/cov_03feature.html
- Bundeswehr (2003): Arbeitgeber Bundeswehr. 2003, www.bundeswehr-karriere.de/redaktionen/personal/inet/base.nsf/Frame/N25BAEJ6803MHUTDE
- Bunting, Madeleine (2001): Women and war. While the media's response to the destruction in America has been deafening, the voices of women have grown strangely quiet. 20.9.2001, www.guardian.co.uk/Columnists/Column/0,5673,554926,00.html
- Democracy Now! (2003): Did PR Firm Hill & Knowlton Invent the Story of Iraqi Soldiers Pulling Kuwaiti Babies From incubators? Transkript vom 2.12.2003, www.democracynow.org/article.pl?sid=03/12/02/1540237
- Carter, Helen; McCarthy, Rory (2001): British female journalist freed. In: The Guardian, 9.10.2001, <http://media.guardian.co.uk/attack/story/0,1301,566065,00.html>
- Claßen, Elvira (2003a): Kriegs-Marketing. In: Marxistische Blätter, H. 1: Irak-Krieg. Das angekündigte Verbrechen, S. 39-46
- Claßen, Elvira (2003b): Am Anfang stand die Lüge. »Live aus Bagdad« – Erneuerung der »Brutkasten-Lüge« im ZDF. In: Telepolis, 26.2.2003, www.heise.de/tp/deutsch/special/irak/14271/1.html
- Claßen, Elvira (2003c): Strategische Information im Krieg. In: Schweitzer, Christine; Aust, Björn; Schlotter, Peter (Hg.): Demokratien im Krieg. AFK Friedensschriften, Band 31. Baden-Baden (im Druck)
- CNN Transcript (2001): U.S. President Bush's speech to United Nations. 10.11.2001, www.cnn.com/2001/US/11/10/ret.bush.un.transcript/index.html

- Collins, Steven (2003) Mind games. In: NATO-Review, 5.9.03, www.nato.int/docu/review/2003/issue2/english/art4.html
- Committee on International Relations (2001): The Message is America: Rethinking US Public Diplomacy. Hearing before the Committee on International Relations, Washington, 14.11.2001, www.house.gov/international_relations/76189.pdf
- Diaz Meyer, Cheryl (2003): It's as Close to Marilyn Monroe as I'm Ever Going to Get. In: The Digital Journalist, 4.4.2003, www.digitaljournalist.org/issue0304/cmeyer.html
- Die Tagesschau (2003): Die Heimkehr von Private Jessica Lynch. 23.07.2003 14:29 Uhr, www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID2079396_TYP6_THE_NAVSPM1_REF1,00.html
- Eikenberry, Karl W. (1996): Take No Casualties. In: Parameters 26, No. 2
- Escoto, Chantal (2003): Not Just One of the Boys in Iraq. Woman Embed: »It Messed Me Up«. In: Katovsky, Bill; Carlson, Timothy (Hg.): Embedded: The Media at War in Iraq, The Lyons Press 2003, zit. nach Auszug in: Editor and Publisher.com; 18.9.2003, [www.editorandpublisher.com/editorandpublisher-headlines/article_display.jsp?vnu_content_id=1980220](http://www.editorandpublisher.com/editorandpublisher/headlines/article_display.jsp?vnu_content_id=1980220)
- Eskew, Tucker (2003): The White House Office of Global Communications. Radio-Interview/Transkript, 24.1.2003, <http://fpc.state.gov/16852.html>
- Fairness & Accuracy in Reporting (2001): Media March to War. Press Release, 17.9.2001, www.fair.org/press-releases/wtc-war-punditry.html
- Fleckenstein, Bernhard (1990): Streitkräfte in friedensbereiter Gesellschaft. In: Information für die Truppe, 1990/6, S. 5-24
- Gancarski, Anthony (2003): When Young Mothers Die in Combat, 24.4.2003, www.lewrockwell.com/orig4/gancarski1.html
- Garamone, Jim (2003): Bush Calls for Military Transformation, American Forces Press Service, 11.12.2003, www.defenselink.mil/news/Dec2001/n12112001_200112115.html
- Gardiner, Sam (2003): Truth from These Podia. Summary of a Study of Strategic Influence, Perception Management, Strategic Information Warfare and Strategic Psychological Operations in Gulf II., 8.10.2003, Download unter www.disinfopedia.org/wiki.phtml?title=Sam_Gardiner
- Greenberg, David (2003): The POW in the American Imagination. Why we're obsessed with American soldiers captured by the enemy, 1.4.2003, <http://slate.msn.com/id/2080944/>
- ILO News (2003): Eminent women journalists mark International Women's Day at the ILO, Breaking through the glass ceiling to break the news. Presseerklärung vom 7.3.2003, www.ilo.org/public/english/bureau/inf/pr/2003/10.html
- Kampfner, John (2003): The truth about Jessica. 15.5.2003, www.guardian.co.uk/Iraq/Story/0,02763,956255,00.html
- Lauterbach, Jörg (2003): »Krieg ist sehr sexy für das Fernsehen«. RTL-Reporterin Antonia Rados zieht ihre Bagdad-Bilanz, Interview in: Die Welt, 28.4.2003, www.welt.de/data/2003/04/28/80362.html
- Libicki, Martin; Shapiro, Jeremy (1999): The Changing Role of Information in Warfare. In: RAND Publications 1999, www.rand.org/publications/MR/MR1016/, S. 442
- Lopez, Kathryn Jean (2003): Helen Thomas Should Not Have a White House Press Pass, Con't. In: National Review Online, The Corner, 11.1.2003, www.nationalreview.com/thecorner/03_01_05_corner-archive.asp#002357
- Los Angeles Times (2002): Exiles recruited as US steps up war of words, 26.8.2002, dok. unter www.smh.com.au/articles/2002/08/25/1030053011170.html
- MacArthur, John R. (1992): Remember Nayirah, Witness for Kuwait? In: The New York Times, Op-Ed, January 6, 1992, dokumentiert u. a. unter www.mindfully.org/Reform/Nayira-Witness-Incubator-Kuwait6jan92.html
- Markisz, Susan B. (2003): Putting the Media in Soldiers Shoes. In: The Digital Journalist, 12.5.2003, www.digitaljournalist.org/issue0305/smarkisz.html
- Massing, Michael (1999): The media's own Kosovo crisis. In: The Nation, Mai 1999, dok. unter www.one-world.net/anydoc2.cgi?u=http://www.freemedia.at/KosovoB_Massing.htm#UnitedStates | root=528
- Mayer, Tamar (Hg.) (2000): Gender Ironies of Nationalism. Sexing the Nation. London
- Media Research CyberAlert (2003): Another Anti-Bush Harangue from Helen Thomas. 7.1.2003, www.media-research.org/cyberalerts/2003/cyb20030107.asp#3
- Miller, Laura; Rampton, Sheldon (2001): The Pentagon's Information Warrior: Rendon to the Rescue. Okt. 2001, www.prwatch.org/prwissues/2001Q4/rendon.html
- Miller, Laura (2002): War Is Sell. In: PR Watch, Okt. 2002, www.prwatch.org/prwissues/2002Q4/war.html

- MSN News (2003): Verletzte Heldin kehrt heim. 13.04.03, <http://news.focus.msn.de/G/GN/gn.htm?snr=118952&streamsnr=308>
- Mueller, Karl P. (2000): Politics, Death and Morality in US Foreign Policy. In: *Aerospace Power Journal* Vol. XIV, No. 2
- PBS (2003): Battlefield Bylines. Barbara Starr, CNN, und Bryan Whitman, Pentagon-Berater für Medienoperationen, im Interview mit Terence Smith, 18.2.2003, www.pbs.org/newshour/bb/military/jan-june03/bylinesb_2-18.html
- Persaud, Raj (2003): The battle we don't report. A survey shows that the effects of war can often be devastating for reporters as well as combatants. In: *The Guardian*, 28.4.2003, <http://media.guardian.co.uk/iraqandthemedias/story/0,12823,945022,00.html>
- Pflüger, Tobias (2002): Die Calwer Truppe Kommando Spezialkräfte auf Terroristenjagd. Einsätze sind leider vom Bundestag gedeckt, 5.3.2002, www.imi-online.de/download/ksk-afghanistan.pdf
- Pflüger, Tobias (2003): Verteidigungspolitik ade. Bundeswehreinätze im Innern und weltweit. In: *Wissenschaft und Frieden* 3/2003, S. 57-60, www.imi-online.de/2003.php?id=606
- Phillip, Christine (2003): The Real World We Live In! Double Standards for Shoshana Johnson, 6.11.2003, www.nathanielturner.com/shoshanajohnson.html
- Pitzke, Marc (2003): Das Ende des Mythos Jessica. In: *Der Spiegel online*, 12.11.2003, www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,273615,00.html
- Plattform Orientiere Dich.de (2003): Ausbildungsplätze und Jobs bei der Bundeswehr, 3.7.2003, www.orientiere-dich.de/aktuell.nsf/meldung/749A8
- Rehn, Elisabeth; Johnson Sirleaf, Ellen (2002): Women, War and Peace: The Independent Experts' Assessment on the Impact of Armed Conflict on Women and Women's Role in Peace-building, United Nations Development Fund for Women, [www.reliefweb.int/w/lib.nsf/0/3f71081ff391653dc1256c69003170e9/\\$FILE/unicef-WomenWarPeace.pdf](http://www.reliefweb.int/w/lib.nsf/0/3f71081ff391653dc1256c69003170e9/$FILE/unicef-WomenWarPeace.pdf); 2002
- Said, Edward (2002): Thoughts about America. 2.3.2002, www.zmag.org/content/TerrorWar/saidamer.cfm
- Scarborough, Rowan (2003): In war's wake, no further combat roles seen for women. In: *Washington Times*, 23.6.2003, <http://washtimes.com/national/20030623-122741-5014r.html>
- Schmitt, Eric (2002): New Group Will Lobby for Change in Iraqi Rule. In: *New York Times*, 14.11.2002
- Schön, Gerti (2002): Viele junge Reporter wollen freiwillig in den Irak. In: *Die Welt*, 31.10.2002, www.welt.de/daten/2002/10/31/1031mm365515.htx?search=gerth&searchHILI=1
- Snow, Nancy (2002): Propaganda War: One Year Later. The Selling of America. Interview mit Guerrilla News Network, Nov. 2002; www.guerrillanews.com/media/cointel/doc744.html
- Snow, Nancy (2003): While the Propaganda Czar Departs, the Product Pitching Remains, 4.3.2003, www.commondreams.org/views03/0304-08.html
- The Washington Post (2002): New U.S. strategy in Afghanistan: winning hearts and minds, 2.10.2002
- The White House Coalition Information Center (2001): First Lady Laura Bush on Rebuilding the Afghan Family, 16.11.2001, www.rnc.org/Newsroom/Releases/November01/FirstLady111601.html
- Virilio, Paul (1991): Krieg und Kino. Logistik der Wahrnehmung. Frankfurt a.M.
- Wright, Sarah H. (2002): Journalist Helen Thomas condemns Bush administration. In: MIT Tech Talk, News Office, 6.11.2002, <http://web.mit.edu/newsoffice/tt/2002/nov06/thomas.html>
- Young, Gary (2003): What about Private Lori? In: *The Guardian*, 10.4.2003, www.guardian.co.uk/Iraq/Story/0,2763,933586,00.html
- Zeleny, Jeff (2002): Winfrey declines Bush invite to Afghan trip. U.S. hoped to show its help for women. In: *The Chicago Tribune*, 29.3.2002, www.chicagotribune.com/templates/misc/printstory.jsp?slug=chi%2D0203290235mar29

HANNELORE BULS

Jg. 1952, Industriekauffrau und Fremdsprachenkorrespondentin, Diplom-Volkswirtin und Diplom-Sozialökonomin, 1989-2002 diverse (Leitungs-)Tätigkeiten bei der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG) in Hamburg, seit 2002 im Bereich Frauen- und Gleichstellungspolitik beim ver.di-Bundesvorstand in Berlin mit dem Schwerpunkt Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik für Frauen. Aktuelle Publikationen: Von der Frauenförderung zur Frauenverpflichtung. In: Forum Wissenschaft Nr. 22. 4/2003; Frauen – mit Recht in bezahlte Arbeit, die neue Subsidiarität am Arbeitsmarkt. Vortragstext zum GendA-Projekt der Uni Marburg, www.verdi.de/verdi_2/intranet/gruppen_frauen/frauen/gesundheitsreform/hartz-gesetze
Kontakt: Hannelore.Buls@verdi.de

NANCY SHUI-YEN CHENG

Jg. 1971, Staatsexamen in Germanistik, Evangelische Theologie und Pädagogik und Psychologie im Nebenfach, Arbeit an der Promotion zum Thema »Actionkörper, Heldenkörper: Männlichkeit zwischen Macht und Melancholie«. Aktuelle Publikationen: Das Begehren ist immer schwarz: Critical Whiteness am Beispiel von »Aimée und Jaguar«. In: (Hrsg.): Gender xy, Münster 2004; Man in the Making und die Lust am Actionkörper. Sylvester Stallone in »First Blood«. In: Hertzfeldt, Hella/ Schäffen, Katrin (Hrsg.): Kultur, Macht, Politik. Perspektiven einer kritischen Wissenschaft. Zweites Doktorandenseminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2004
Kontakt: nancycheng@web.de

ELVIRA CLASSEN

Jg. 1960, Medienwissenschaftlerin und freie Journalistin (dju), Promotionsstipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, davor wiss. Mitarbeiterin an der Uni Siegen und Chefredakteurin der ZivilCourage, dem Mitgliedermagazin der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) e.V. Aktuelle Publikationen: Media Transmitted Values Transfer: The US at »War Against Terrorism«, Implications for the Information Society. In: Hamm, Bernd/ Smandych, Russell C.: Cultural Imperialism: Essays in the Political Economy of Cultural Domination, Broadview Press 2004; Strategische Information im Krieg. In: Christine Schweitzer/ Aust, Björn/ Schlotter, Peter (Hrsg.): Demokratien im Krieg. Reihe AFK-Friedensschriften. Band 31. Baden Baden 2004, S. 247-271
Kontakt: info@elvira-classen.de

ANETTE DIETRICH

Jg. 1972, Studium der Dipl.-Pädagogik, Promotionsstipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, engagiert in den unterschiedlichsten feministischen und antirassisti-

schen Projekten und Arbeitsgruppen. Aktuelle Publikationen: *Die unmarkierte Weiße Frau. Feministische Debatten über den Deutschen Kolonialismus*. In: *Iz3w April/Mai 2004* (276), S. 30-33; *GeschlechterKrieg und FriedensFronten. Zur Funktion(alisierung) der Kategorie Geschlecht in Diskursen um Krieg* (zusammen mit Andrea Nachtigall). In: BUKO (Hg.): *radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke*, Münster 2003

Email: anettedietrich@gmx.de

BRITTA FERCHLAND

Jg. 1967, examinierte Krankenschwester/ Oberschwester, MdL Sachsen-Anhalt seit 1998, gleichstellungspolitische Sprecherin, Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Kinder, Jugend und Sport; Aktuelle Publikationen: *Rechtsextremismus – reiner Männerwahn?*, Dokumentation einer Fachtagung am 20. Mai 2000 in Rostock; *Mädchen, Mädchen, Mädchen. Dokumentation über Mädchenarbeit in Sachsen-Anhalt*, 2003

Kontakt: letter@britta-ferchland.de/, www.britta-ferchland.de

DR. REGINA FREY

Jg. 1966; Politikwissenschaftlerin, Leiterin des Gender Büros in Berlin, Lehrbeauftragte im Rahmen des Ergänzungsstudiengangs Gender-Kompetenz der Freien Universität Berlin; Mitbegründerin der Initiative für eine geschlechtergerechte Haushaltsführung in Berlin, Mitglied im Netzwerk Gender Training. Aktuelle Publikationen: *Gender im Mainstreaming. Geschlechtertheorie- und praxis im internationalen Diskurs*. Frankfurt a. M. 2003; *Gender Mainstreaming in der Entwicklungspolitik: Ansätze, Instrumente und Erfahrungen*. In: Nohr, Barbara/Veth, Silke (Hrsg.) *Gender Mainstreaming. Kritische Reflexion einer neuen Strategie*, Berlin 2002, S. 71-79

Kontakt: frey@gender.de, www.gender.de

SILKE-BIRGITTA GAHLEITNER

Jg. 1966, Studium der Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Promotion in Klinischer Psychologie, Ausbildung zur Psychotherapeutin (A) in Wien, derzeit Lehrbeauftragte an verschiedenen Berliner Hochschulen und Psychotherapeutin in einer stationären Einrichtung für Mädchen und junge Frauen nach (sexueller) Traumatisierung. Aktuelle Publikationen:

»Ich wusste, das ist hier verschlossen und das musste dort bleiben«. Sexuelle Gewalterfahrung – (k)ein Thema im Alter. In: *Psychologie & Gesellschaftskritik*, 28 (1) 2004, 55-69; *Gender-specific aspects of coming to terms with sexual abuse. Results of a qualitative study*. In: Mechthild Kiegelmann & Leo Gürtler (Eds.), *Research questions and matching methods of analysis. Qualitative Research in Psychology*, Vol. III (pp. 171-182) 2003

Kontakt: silkegahleitner@t-online.de

PROF. DR. FRIGGA HAUG

Jg. 1937, bis 2001 Professorin an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik, Gastprofessorin in Kopenhagen, Klagenfurth, Innsbruck, Sidney, Toronto, Durham (USA); Mitherausgeberin und Redakteurin der Zeitschrift *Das Argument*, Redakteurin des Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus und des Forums *Kritische Psychologie*. Aktuelle Publikationen: *Lernverhältnisse. Selbstbewegungen und Selbstblockierungen*, Hamburg 2003; *Vorlesungen zur Einführung in die Erinnerungsarbeit*, Hamburg 1999; *Frauen-Politiken*. Hamburg 1996
Kontakt: FriggaHaug@aol.com

GERDA HECK

Jg 1968, Diplom-Pädagogin, Stipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitarbeit in der Forschungsstelle für interkulturelle Studien der Universität zu Köln; promoviert zum Thema »Illegalisierung von Einwanderung und soziale Bewegungen im öffentlichen Diskurs. Ein Vergleich USA-BRD.« Forschungsschwerpunkte: Migration, soziale Bewegungen. Aktuelle Publikation: »Jetzt hab ich Deutschland kennen gelernt. Einen Monat habe ich gearbeitet und keinen Lohn erhalten«. In: D-A-S-H. für Vernetzung – gegen Ausgrenzung. Dossier 9. Prekäre Arbeit und Migration, http://d-a-s-h.org/dossier/09/06_keinen_lohn.html
Kontakt: gerda@kein.org

DR. HELLA HERTZFELDT

Jg. 1952, Politologin, stellv. Leiterin des Studienwerkes der Rosa-Luxemburg-Stiftung, diverse Veröffentlichungen zum Thema Frauen und Arbeit. Aktuelle Publikationen: *TATort und TATSache. Ferienakademie der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Rosa-Luxemburg-Stiftung*, Augustusburg bei Chemnitz, Berlin 2004 (Hrsg.); *Kultur, Macht, Politik. Perspektiven einer kritischen Wissenschaft. Zweites Doktorandenseminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung*, Berlin 2004 (Hrsg. zusammen mit Kathrin Schäffen)
Kontakt: hertzfeldt@rosalux.de

INGRID JUNGWIRTH

Jg. 1969, Studium der Literaturwissenschaft, Sozialpädagogik und Soziologie, promoviert über die Konstitution einer Wissens-Identität in den Sozialwissenschaften bei G. H. Mead, E. H. Erikson und E. Goffman sowie postkoloniale und queer Kritik. Ehemalige Promotionsstipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Stipendiatin des Berliner Programms zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre. Aktuelle Publikation: *Dimensionen postmoderner Feminismen. Plädoyer für die Mehrstimmigkeit im feministischen Theoriekanon*. In: *Feministische Studien* 1/2000, S. 129-144
Kontakt: ingridju@zedat.fu-berlin.de

DR. CHRISTINE KATZ

Jg. 1960, Diplom-Biologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Büro für Technikfolgenabschätzung beim Dt. Bundestag (1991-1996), freie wissenschaftliche Mitarbeit an der Universität Lüneburg in Projekten im Themenfeld »Gender und Nachhaltigkeit«, Vorbereitung einer Habilitationsschrift: »Für die r(echte) Natur!? Erkenntnisgrundlagen und Handlungszusammenhänge von Akteuren im Natur- und Umweltbereich« (Arbeitstitel); Arbeitsschwerpunkte: feministische Umwelt-/Naturwissenschaftsforschung; Zusammenhang von gesellschaftlichen Natur- und Geschlechterverhältnissen. Aktuelle Publikationen: Waldnutzung und Waldschutz im Wandel. Neue Chancen für mehr Geschlechtergerechtigkeit? In: Hayn, D. (Hrsg.): Gender Mainstreaming im Naturschutz. Gelbe Reihe des Bundesamtes für Naturschutz, Bonn 2004; Globalisierung und gesellschaftliche Naturverhältnisse, Wuppertal Papier, Wuppertal 2004 (zusammen mit C. Müller und U. Winterfeld)
Kontakt: waldfrauen@uni-lueneburg.de

LILL-ANN KÖRBER

Jg. 1977, M.A. Abschluss in Skandinavistik und Kunstgeschichte, Studium in Tübingen, Stockholm und Berlin, Magisterarbeit zum Thema »Männlichkeit, Arbeit und Nation bei Edvard Munch«, Promotionsstipendiantin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied des AK »Gender«, stipendiatische Vertreterin im Auswahlausschuss der RLS. Aktuelle Publikationen: Bathing Men. The Construction of a Pure Male Body in Vitalist Art and Discourse, Tagungsband zur Konferenz »The Gendered Body – Aesthetics and Experience«, 3.-6. Juni 2004 in Kristiansand/Norwegen (in Vorbereitung); Whiteness in Fredrika Bremers Hemmen i den nya världen, Sondernummer der Tijdschrift voor Skandinavistiek zum Arbeitskreis »Reiseliteratur unter dem Gesichtspunkt der Postcolonial Studies« auf der 16. Arbeitstagung der deutschsprachigen Skandinavistik, 5.-9. Oktober 2003 in Basel/Schweiz (in Vorbereitung)
Kontakt: lill-ann.koerber@berlin.de

MARA KUHL

Jg. 1973, Mag. Art., GAS (belg. postgrad. Dipl.), Studium der Politikwissenschaften, Volkswirtschaftslehre, Philosophie und Frauenforschung, Teilnehmerin der Internationalen Frauenuniversität (ifu), entwickelte den STIVA Online-Studiengang Frauenforschung mit, wissenschaftliche Mitarbeiterin und Koordinatorin der wissenschaftlichen Begleitung der Bundesregierung bei der Implementation von Gender Mainstreaming, zur Zeit freiberufliche Tätigkeit als Expertin für ein Projekt zur Verwaltungsmodernisierung der estnischen Regierung. Aktuelle Publikationen: Gender Mainstreaming and the Women's Movement – Paper presented at the »Gender and Power in the New Europe – the 5th European Feminist Research Conference« August 2003 in Lund, Sweden.<http://www.5thfeminist.lu.se/>; Vifu – the virtual part of the International Women's University ifu. In: Sara Goodman, Gill Kirkup and Magda

Michielsens: ICTs in Teaching and Learning Women's Studies – Perspectives and Practices in Europe. University Utrecht – Center for Gender Studies, Lund University 2003, http://www.let.uu.nl/women_studies/athena/ICTreport.pdf
Kontakt: kuhl@fg-gender-main.de

GUNILD LATTMANN

Jg. 1936, Diplom an der Theaterhochschule »Hans Otto« in Leipzig, 1959 bis 1964 Dramaturgin am Theater der Jungen Generation in Dresden, 1965 bis 1969 Dramaturgin an den Städtischen Theatern Karl-Marx-Stadt, 1969 bis 1976 Dramaturgin, dann Chefdramaturgin an der Staatsoperette Dresden, 1976 bis 1996 Intendantin des Theaters Junge Generation in Dresden, 1990 bis 1994 Stadtverordnete in Dresden in der Fraktion Aktionsbündnis PDS, 1996 bis 1999 Vorsitzende des Dresdner Kulturvereins »Kleine Freiheit« e. V. (ehrenamtlich), Mitglied des sächsischen Landtages seit 1994, kulturpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, Mitglied des Sächsischen Kultursenats
Kontakt: gunild.lattmann-kretschmer@slt.sachsen.de

PROF. DR. RONALD LUTZ

Jg. 1951, Soziologe am FB Sozialwesen der FH Erfurt; Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Aktuelle Publikationen: Rückblicke und Aussichten. Soziale Arbeit im Wandel, Oldenburg 2004 (Hrsg.); Soziale Arbeit in Südafrika, Oldenburg 2003 (Hrsg.)
Kontakt: lutz@fh-erfurt.de

TANJA MÖLDERS

Jg. 1975; Diplom-Umweltwissenschaftlerin; wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt »Blockierter Wandel? Denk- und Handlungsräume für eine nachhaltige Regionalentwicklung«, Promotion zu Geschlechteraspekten in gesellschaftlichen Naturverhältnissen, Arbeitsschwerpunkte: Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit, gesellschaftliche Naturverhältnisse, feministische Theorien, Globalisierungskritik. Aktuelle Publikationen: Zwischentöne gestalten: Dialoge zur Verbindung von Geschlechterverhältnissen und Nachhaltigkeit, Bielefeld 2003 (zusammen mit S. Hofmeister, M.-E. Karsten); Im Namen der Natur! Welcher Natur? Naturverständnisse und -verhältnisse bei ausgewählten Natur- und Umweltschutzverbänden. In: Rink, Dieter & Wächter, Monika (Hrsg.): Naturverständnisse in der Nachhaltigkeitsforschung. Campus Verlag: Frankfurt a. M. / New York 2004, S. 173-202 (zusammen mit C. Katz und S. Unterreiner)
Kontakt: gender@uni-lueneburg.de

DR. BETTINA MUSIOLEK

Jg. 1961, Studienleiterin der Ev. Akademie Meißen für den Bereich Arbeitswelt, Koordinatorin Osteuropa der Internationalen Clean Clothes Campaign; Vertreterin des NRO-Frauenforum e.V. im TrägerInnenkreis der deutschen Clean Clothes Campaign; Collaborator der Fair Wear Foundation, Amsterdam. Aktuelle Publikationen: *Gezähmte Modemultis. Verhaltenskodizes: ein Modell zur Durchsetzung von Arbeitsrechten? Eine kritische Bilanz*, Frankfurt a. M., Wien 1999 (Hrsg.); *Made in... Osteuropa – Die neuen »fashion Kolonien«*, herausgegeben von Terre des Femmes e.V., Tübingen/Berlin 2003 (Hrsg.)

Kontakt: B.Musiolek@knuut.de

DR. GISELA NOTZ

Jg. 1942, Studium der Industriesoziologie, Arbeitspsychologie und Erwachsenenbildung, wissenschaftliche Referentin in der Forschungsabteilung Sozial- und Zeitgeschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung. Aktuelle Publikationen: *Frauen in der Mannschaft. Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag 1948/49 – 1957*, Bonn 2003; *Löcher im sozialen Netz, Sozialpolitik und Geschlecht*. Frankfurt a. M. 2003

Kontakt: gisela.notz@fes.de

CONSTANCE OHMS

Jg. 1961, Promovendin an der Carl-von-Ossietzky Universität in Oldenburg, Promotionsthema: *Gewalt in lesbischen Beziehungen*, Projektleiterin des europäischen Projekts zu Gewalt gegen Lesben der Lesben Informations- und Beratungsstelle Frankfurt e.V., Vorstand des Bundesverbandes lesbischer, lesbisch-schwuler und transidenter Anti-Gewalt-Projekte; Koordinatorin des Netzwerkes hessischer Lesbeninitiativen Hessisch Lesbisch. Aktuelle Publikationen: *Gut aufgehoben? Zur psychosozialen Versorgung lesbischer Frauen mit Gewalt- und/oder Diskriminierungserfahrungen im europäischen Vergleich*, Frankfurt 2001 (zusammen mit Karin Müller); *Gegen Gewalt – Ein Leitfaden für Beratungsstellen und Polizei zum Umgang mit Gewalt in lesbischen Beziehungen*, Frankfurt 2002 (Hrsg.)

Kontakt: daphne@lesben-gegen-gewalt.de, www.broken-rainbow.de

ILONA PACHE

Jg. 1955, Studium der Linguistik, Soziologie, Neue deutsche Literatur, Speech and Communication, Women's Studies, Promotion in der Linguistik an der Universität Potsdam, arbeitete von 1994 bis 1997 im Lehrbereich Kommunikationstheorie und Linguistik und von 1997 bis 1998 im Forschungsprojekt »Kommunikationskultur in den Gremien der Hochschule« an der Universität Potsdam, seit 2001 Koordinatorin des Studiengangs Geschlechterstudien/Gender Studies an der Humboldt-Universität. Aktuelle Publikationen: *Geschichte(n) eines Studiengangs: Geschlechterstudien an der Humboldt-Universität*. In: Spellerberg, Annette (Hrsg.), *Ein anderer Blick auf*

Studium, Hochschule, Wissenschaft und Technik. Berlin 2004 (im Druck); An Interview with Audre Lorde. In: Hall, Joan Wylie (Hg.) Conversations with Audre Lorde. University Press of Mississippi 2004, S. 164-170 (zusammen mit Regina Dackweiler); Gefährdete Reziprozität: Kommunikative Praktiken im Bewerbungsgespräch. Wiesbaden 2004

Kontakt: ilona.pache@gender.hu-berlin.de

HEIKE RAAB

Studium der politischen Wissenschaft in Giessen und Frankfurt, Doktorandin am Institut für Politikwissenschaft Wien. Arbeitstitel der Dissertation: Sexual Politics, juristische Emanzipationsdiskurse und Staat, Mitorganisation der Frankfurter Queer-Tagung: queer beliebt und beliebig (1999), Gründungsmitglied der AG Krüppellesben beim hessischen Netzwerk für behinderte Frauen (Kassel), Online-Journalistin, Projektmitarbeit bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen. Aktuelle Publikationen: Sexuelle Politiken im Spätkapitalismus. Aspekte queerer Kapitalismuskritik. In: Politix, Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien, 14/2003; Queering (dis)abled Theories – Lesben und Behinderung. In: Hermes, Gisela; Köbsell, Swantke (Hg.): Disability Studies in Deutschland – Behinderung neu denken, Kassel 2003, S. 137-142

Kontakt: raabheike@freenet.de

DR. KATRIN SCHÄFGEN

Jg. 1963, Soziologin, Leiterin des Studienwerks der Rosa-Luxemburg-Stiftung, davor wissenschaftliche Mitarbeiterin und Assistentin an diversen Universitäten. Aktuelle Publikationen: Gleichstellung, Förderung, Emanzipation? Frauen- und Familienpolitik in der Bundesrepublik und in der DDR. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): Handbuch deutsche Zeitgeschichte, erscheint 2005; Gender in der Soziologie: eigenständige Teildisziplin und/oder querliegende Mittlerin? In: Peter Döge; Karsten Kassner; Gabriele Schambach (Hrsg.): Schaustelle Gender. Aktuelle Beiträge sozialwissenschaftlicher Geschlechterforschung, Bielefeld 2004 (zusammen mit Iris Peinl)

Kontakt: schaeffen@rosalux.de

CHRIS SCHENK

Jg. 1952; Physikstudium (Diplom); postgrad. Studium der Soziologie (HU Berlin); Zusatzstudium Gender- und Diversity-Kompetenz (FU Berlin); Mitglied des Deutschen Bundestages von 1990 bis 2002; jetzige Tätigkeit: Politikberatung für NGOs, Text-Coaching. Arbeitsschwerpunkte: Diversity Management, Lebensweisenpolitik, queer politics. Aktuelle Publikationen: Diversity – Vielfalt als Politikansatz in Theorie und Praxis. Vortrag, gehalten auf dem Fachtag des Hess. Sozialministeriums in Wiesbaden am 25.4.2003, http://www.sozialnetz.de/homosexualitaet/referat/Fachtag-Div/Ohms_Grundsatzreferat_Diversity.pdf (zusammen mit Constanze Ohms); Vom Ende der Eindeutigkeit. Zu den politischen Folgen der Entgrenzung von Geschlecht,

Sexualität und Beziehungsform, Ort 2004
Kontakt: schenk.ex-mdb@web.de; www.christina-schenk.de

REGINA SCHLEICHER

Jg. 1965, Magistra der Romanistik, Germanistik und Kunstgeschichte, 1995 bis 1999 Öffentlichkeitsreferentin bei medico international, seit 1999 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich Neuere Philologien der Goethe-Universität in Frankfurt a. M., Dissertation über antisemitische Bilddiskurse im 19. Jahrhundert in Frankreich und Deutschland, Frauenbeauftragte am Fachbereich 10 der Universität Frankfurt a. M. Aktuelle Publikationen: Der Kritiker als literarische Figur – Antisemitismus als Strategie der Diffamierung, in: *Variations. Literaturzeitung der Universität Zürich*. Heft 10, 2003, S. 59-75; Ouranautes oder Guérillères? Science Fiction und Fiktionen einer feministischen Wissenschaft. In: *trans. Internetzeitschrift für Kulturwissenschaften* (2004), Nr. 15, www.inst.at/trans/15Nr/10_2/schleicher15.htm
Kontakt: r.schleicher@em.uni-frankfurt.de

DR. SYLKA SCHOLZ

Jg. 1964, Kulturwissenschaftlerin und Soziologin, 1996-2003 Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Frauenforschung an der Universität Potsdam, 2002 Promotion; derzeit Mitarbeiterin am Sozialwissenschaftlichen Institut der Humboldt-Universität zu Berlin. Aktuelle Publikation: *Männlichkeiten erzählen. Lebensgeschichtliche Identitätskonstruktionen ostdeutscher Männer*, Münster 2004
Kontakt: sylka.scholz@sowi.hu-berlin.de

SUSANNE SPINDLER

Jg. 1971, Diplom-Pädagogin; Bildungsreferentin der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW, Mitarbeit in der Forschungsstelle für interkulturelle Studien der Universität zu Köln, promoviert zum Thema »Männlichkeit und Herkunft als Orientierung und Falle. Geschlechterkonstruktionen inhaftierter Jugendlicher mit Migrationshintergrund«, Forschungsschwerpunkte: Geschlecht, Migration, Rassismus. Aktuelle Publikationen: *Ausgegrenzt, eingesperrt und abgeschoben. Migration und Jugendkriminalität*. Opladen 2003 (zusammen mit Wolf-Dietrich Bukow, Klaus Jünsche und Ugur Tekin; *Geschlecht hinter Mauern. Zur Ordnung von Männlichkeiten durch Ethnisierung*. In: *beiträge zur feministischen theorie und praxis*, Heft 63/64, 2003

PROF. DR. BRIGITTE STOLZ-WILLIG

Professorin an der Fachhochschule Frankfurt am Main, Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit mit dem Schwerpunkt Arbeit und Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschwerpunkte: Arbeit, Arbeitsmarktpolitik und Geschlechterbeziehungen, Familien- und Sozialpolitik, Arbeitszeit, Gewerkschaften, Humanisierung der Arbeit und Arbeitsbedingungen in sozialen Berufen. Aktuelle Publikationen: *Arbeit und Demokratie. Solidaritätspotentiale im flexibilisierten Kapitalismus*, Hamburg 2001; *Ernährer-*

modell plus Halbtagskultur. Deutsche Sonderwege in der Familienpolitik. In: Forum Wissenschaft 3/2002; Familie und Arbeit zwischen Modernisierung und (Re-) Traditionalisierung. In: Baatz, Dagmar; Rudolph, Clarissa; Satilmis, Ayla (Hrsg.): Hauptsache Arbeit? Feministische Perspektiven auf den Wandel von Arbeit, Münster 2004
Kontakt: willig@fb4.fh-frankfurt.de

SILKE VETH

Jg. 1971, seit 1999 Referentin für Geschlechterverhältnisse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Gender und Migration, geschlechtliche Strukturierung von Arbeit, kollektive Interessensvertretungen, soziale Bewegungen. Aktuelle Publikationen: Keine Teilnehmerin ist Frau allein. Überlegungen zu einer geschlechterreflektierenden Bildungsarbeit. In: Feministisch – Geschlechterreflektierend – Queer. Perspektiven aus der Praxis politischer Bildungsarbeit, Berlin 2004 (Hrsg. zusammen mit Birgit zur Nieden); Gender Mainstraming. Kritische Reflexionen einer neuen Strategie, Berlin 2002 (Hrsg. zusammen mit Barbara Nohr)
Kontakt: veth@rosalux.de

DR. CORINNA VOIGT-KEHLENBECK

Jg. 1957; Sozialwissenschaftlerin, Erziehungswissenschaftlerin; Bildungsreferentin Landesjugendakademie/Jugendhof Steinkimmen, Lehrbeauftragte. Aktuelle Publikationen: »Inszenierung qua Geschlecht«. Geschlecht als Bewältigungsanforderung im Zeitalter der Entdramatisierung der Gegensätze. In: Lotte, Rose u. a. (Hrsg.): Die Rede von den starken Mädchen und schwachen Jungen, Weinheim/München 2004; »Playing Arts und Gender«. Playing Arts – ein neuer Impuls für die genderpädagogisch reflektierende Jugendarbeit? Auswertung des Osterkulturcamps 2004 – ein Modellversuch zur methodischen Umsetzung von Vielfalt und Diversity. In: Sturzenhecker, Benedict/Riemer, Christoph: Playing Arts und Jugendarbeit, Leske und Budrich, Wiesbaden erscheint 2005 (zusammen mit Astrid Schwarz)
Kontakt: voigt-kehlenbeck@t-online.de

HEINZ-JÜRGEN VOB

Jg. 1979, Studium der Biologie, Studienstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung, derzeit Projektierung einer Dissertation zu »Die Geschlechterdekonstruktion aus biomedizinischer Perspektive«, Mitarbeit bei der AG queer der PDS, zeitweise Landessprecherin der AG queer bei der PDS Sachsen
Kontakt: loxxel@web.de

DR. CHRISTA WICHTERICH

Jg. 1949, Promotion in Soziologie (Dr. rer. pol.), Staatsexamen in Pädagogik und Germanistik, freiberufliche Publizistin, Beraterin in der Entwicklungszusammenarbeit. Aktuelle Publikationen: Transnationale Frauenpolitik und Partizipation als Elemente im neoliberalen Strukturwandel. In: Scharenberg, Albert /Schmidtke, Oliver (Hrsg.):

Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen, Münster 2003, S. 316-336; Femme global. Die Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral, Hamburg, 2004
E-Mail: christawic@aol.com

KATJA WOLF

Jg. 1976, Diplom-Sozialpädagogin/Sozialarbeiterin, frauen- und gleichstellungspolitische Sprecherin der PDS-Landtagsfraktion in Thüringen
Kontakt: wolf@pds-fraktion-thueringen

